Boston Athenæum.
From the income of the fund given by
John Bromfield
of Boston, merchant, b. 1779, d. 1849.
CANCELLED
Received Jan. 14, 1895.

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM.

"If any book shall be lost or injured, or if any notes, comments, or other matter shall be written, or in any manner inserted therein, the person to whom it stands charged shall replace it by a new volume, or set, if it belongs to a set."

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Florida, George A. Smathers Libraries

http://www.archive.org/details/staatsarchiv54inst

UNIVERSITY
OF FLORIDA
LIBRARIES

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

Vierundfünfzigster Band.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1893.

327.08
S775
v.54

Inhaltsverzeichniss.

Brüsseler Internationale Antisclaverei-Konferenz. (Vergl. Bd. 53.)

1889. Nov. 28. England. Project für die internationale Beaufsichtigung des afrikanischen Sklavenhandels. Kommissionssitzung vom 28. November 1889 . . . . . 10320.

1890. Jan. 20. Frankreich. Gegenproject zu dem vorigen. Kommissions-Sitzung vom 20. Januar 1890 . . . . . 10321.

„ März 16. Konferenz-Staaten. Kommissionsentwurf zum Vertrage der Konferenzstaaten über die Unterdrückung des Sklavenhandels und zu einem entsprechenden Reglement. Sitzung vom 16. März 1890 . . . . . 10322.

„ Juni 14. — Sitzungsprotokoll vom 14. Juni 1890. Widerspruch der Niederlande gegen die Zollerhöhung . . . . 10298.

„ „ 24. Frankreich. Bericht des französ. Gesandten in Brüssel an den französ. Minister des Auswärtigen über die Zollfrage . . . . . 10299.

„ „ 19. Konferenz-Staaten. Sitzungsprotokoll vom 19. Juni 1890. Verhandlungen über die Waffenausfuhr nach den englischen Besitzungen in Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika . . . . . 10300.

„ „ 25. — Sitzungsprotokoll vom 25. Juni 1890. Deklaration der Niederlande über die Zollfrage . . . . . 10301.

„ „ 27. — Sitzungsprotokoll vom 27. Juni 1890. Fortsetzung des Vorigen . . . . . 10302.

„ Juli 2. — Protokoll der Schlusssitzung vom 2. Juli 1890 . . 10303.

„ „ 2. — Generalakte nebst Declaration . . . . . 10304.

„ „ 4. — Frankreich. Bericht der französ. Bevollmächtigten an den französ. Minister des Auswärtigen über die Stellung der Niederlande . . . . . 10305.

„ Aug. 2. Zanzibar. Verfügung des Sultans von Zanzibar gegen den Sklavenhandel, vom 2. August 1890 . . . . . 10306.

„ Oct. 23. Belgien. Der belgische Gesandte im Haag an den niederländischen Minister des Auswärtigen. Einladung zu der in der Deklaration vorbehaltenen Verhandlung über die Zollverwaltung im Kongobecken . . . . 10307.

„ Nov. 1. Niederlande. Niederländisches Memorandum über die Zollfrage, am 1. November 1890 dem franz. Minister des Auswärtigen überreicht . . . . . 10308.

1890. Nov. 6. Frankreich. Französ. Gesandter in Brüssel an den französ. Minister des Auswärtigen. Bericht über den Beginn der Arbeiten der Zollkommission . . . . . 10309.
„ „ 7. — Antwort auf das Vorige . . . . . 10310.
„ „ 17. Niederlande. Note des niederländischen Gesandten in Paris. Wunsch der Niederlande, auf Grund der gemachten Vorschläge zu einer Verständigung zu gelangen . . . . . 10311.
„ „ 18. Frankreich. Französ. Gesandter in Brüssel an den französ. Minister des Auswärtigen. Die Isolirung Frankreichs in der Kommission . . . . . 10312.
„ „ 23. — Minister des Auswärtigen an den französ. Gesandten in Brüssel. Es ist eine Verständigung über die Zollfrage durch Verhandlung von Cabinet zu Cabinet zu hoffen . . . . . 10313.
„ Dec. 13. Vereinigte Staaten. Declaration vom 13. Dez. 1890. Separatverständigung zwischen den Vereinigt. Staaten und dem Kongostaate über die Zollfrage . . . . 10314.
„ „ 13. Frankreich. Französ. Minister des Auswärtigen an den belgischen Gesandten in Paris. Grundlagen einer Verständigung über die Zollfrage . . . . . 10315.
„ „ 22. Deutschland, England, Italien. Vereinbarung vom 22. Dez. 1890 über die Zölle an der Ostküste von Afrika . 10319.
„ „ 30. Niederlande. Der niederländische Gesandte in Brüssel an den belgischen Minister des Auswärtigen. Die Niederlande treten den beiden Akten der Brüsseler Konferenz bei . . . . . 10316.
1891. Febr. 9. Frankreich, Kongostaat und Portugal. Protokoll vom 9. Februar 1891. Verständigung zwischen Frankreich, dem Kongostaate und Portugal über die Eingangszölle . . . . . 10317.
„ Jan. 24. Vereinigte Staaten und Kongostaat. Handelsvertrag vom 24. Januar 1891 . . . . . 10318.

Die Neufundländer Fischereifrage. (Vergl. Bd. 52.)

1890. Grossbritannien. Petition der Neufundländer an die Königin . . . . . 10323.
„ Juni 24. — Lord Knutsford an den Gouverneur Sir T. O'Brien. Antwort auf die Petition . . . . . 10324.
„ Juli — Adresse der beiden Häuser der Legislatur von Neufundland an die Königin. Juli 1890 . . . . . 10325.
„ Sept. 24. — Marquis of Salisbury an Earl of Lytton, Gesandten in Paris. Vorschlag eines Arrangements . . . . 10326.
„ Oct. 29. Frankreich. M. Ribot an den Earl of Lytton. Ablehnung der Vorschläge . . . . . 10327.
„ Nov. 10. Grossbritannien. Lord Knutsford an Governor Sir T. O'Brien. Bericht über den Stand der Verhandlungen . . . . . 10328.
„ „ 17. — Marquis of Salisbury an Earl of Lytton. Stand der Vorschläge in Frankreich . . . . . 10329.

1890. Nov. 29. Frankreich. M. Waddington an den Marquis of Lytton. Ablehnung der englischen Vorschläge. (Received December 2.) . . . . . 10330.
1891. Jan. 20. Grossbritannien. Marquis of Salisbury an M. Waddington. Vorschlag eines Schiedsgerichts . . . . . 10331.
„ Febr. 11. — Marquis of Salisbury an Earl of Lytton. Frankreich hat den Vorschlag angenommen . . . . . 10332.
„ März 11. Grossbritannien und Frankreich. Vertrag zwischen Grossbritannien und Frankreich, betr. ein Schiedsgericht in der Neufundländer Fischereifrage . . . . . 10333.
„ „ 11. Frankreich. M. Waddington an Marquis of Salisbury. Ernennung der Schiedsrichter . . . . . 10334.
„ „ 11. Grossbritannien. Marquis of Salisbury an M. Waddington. Dasselbe . . . . . 10335.

Die Altkatholiken in Bayern. (Vergl. Bd. 51.)

1890. März 15. Bayern. Erlass des Kultusministers von Lutz, welcher den Altkatholiken die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche abspricht . . . . . 10336.
„ „ 15. — Der Minister theilt das vorhergehende Aktenstück dem Ausschusse des bayerischen altkatholischen Landesvereins mit . . . . . 10337.
„ „ 16. — Der Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins an den Kultusminister. Bitte, vorläufig ihren Gottesdienst fortsetzen zu dürfen . . . . . 10338.
„ „ 19. — Erklärung des bayerischen altkatholischen Landesvereins . . . . . 10339.
„ „ 27. — Eingabe des Ausschusses des bayerischen altkatholischen Landesvereins an das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten: staatsrechtliche Stellung der in der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken . . . . . 10340.
„ April 2. — Entschliessung des Königl. bayerischen Staatsministeriums für Kirchen- und Schulangelegenheiten . . 10341.
„ „ 9. — Erklärung der ausserordentlichen Generalversammlung des bayerischen altkatholischen Landesvereins . . 10342.
„ Juli 18. — Eingabe des Ausschusses des altkatholischen Landesvereins an das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten . . . . . 10343.
„ Aug. 8. — Entschliessung des Königl. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, gerichtet an den Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins . . . . . 10344.
„ Oct. 26. — Der Ausschuss des Landesvereins an das Königliche Staatsministerium des Innern für Kirchen- u. Schulangelegenheiten . . . . . 10345.
„ Nov. 13. — Rundschreiben des Ausschusses an alle seine Vertrauensmänner. Rath an alle Altkatholiken, sich bei der Volkszählung als Katholiken zu bezeichnen . . 10346.
„ „ 19. — Das Kultusministerium an den Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins. Verbot, sich „Katholiken“ zu nennen . . . . . 10347.

1890. Nov. 25. Bayern. Der Landesausschuss an das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten . . . . . 10348.
1891. Mai 16. — Der Kultusminister an den Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.) in München . 10349.
„ „ 24. — Vorstellung des Ausschusses an das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten . . . . . 10350.
„ Sept. 2. — Eingabe des Ausschusses des bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.) . . . . . 10351.
„ Okt. 11. — Der Kultusminister an den Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins in München . . . . 10352.
„ „ 25. — Erklärung des Ausschusses, gerichtet an das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten . . . . . 10353.
„ „ 30. — Der Kultusminister an den Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins . . . . . 10354.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc.

1890. Juni 1. Deutsches Reich und Marokko. Handelsvertrag vom 1. Juni 1890 . . . . . 10359.
„ Juli 25. Deutsches Reich und Kongo-Staat. Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Kongo-Staate über die Auslieferung der Verbrecher und die Gewährung sonstiger Rechtshülfe in Strafsachen zwischen den deutschen Schutzgebieten in Afrika und dem Gebiete des Kongo-Staates . . . . . 10357.
„ Aug. 26. — Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag . . 10358.
„ Okt. 14. Vertrags-Staaten (Deutsches Reich, Oesterreich-Ungarn, Liechtenstein, Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Luxemburg, Russland, Schweiz). Internationales Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr . . . . . 10356.
1891. Jan. 24. Vereinigte Staaten und Kongo-Staat. Handelsvertrag . 10318.
„ März 11. Grossbritannien und Frankreich. Vertrag zwischen Grossbritannien und Frankreich, betreffend ein Schiedsgericht in der Neufundländer Fischereifrage . . . 10333.
„ Juli 4. Convention postale universelle (Weltpostvertrag) conclue entre l'Allemagne et les Protectorats Allemands, les Etats-Unis d'Amérique, la République Argentine, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, la Bolivie, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, la République de Colombie, l'Etat Indépendant du Congo, la République de Costa-Rica, le Danemark et les Colonies Danoises, la République Dominicaine, l'Egypte, l'Equateur, l'Espagne et les Colonies Espagnoles, la France et les Colonies Françaises, la Grande-Bretagne et diverses Colonies Britanniques, les Colonies Britanniques d'Australasie, le Canada, l'Inde Britannique, la Grèce, le Guatemala, la République d'Haïti, le Royaume d'Hawaï, la République du Honduras, l'Italie, le Japon, la République de Libéria, le Luxembourg, le Mexique,

le Monténégro, le Nicaragua, la Norvège, le Paraguay, les Pays-Bas et les Colonies Néerlandaises, le Pérou, la Perse, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Russie, le Salvador, la Serbie, le Royaume de Siam, la République Sud-Africaine, la Suède, la Suisse, la Régence de Tunis, la Turquie, l'Uruguay et les Etats-Unis de Venézuéla . . . . . 10355.

1892. Jan. 30. Conferenz-Staaten (Grossbritannien, Deutsches Reich, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Portugal, Russland). Internationale Sanitäts-Convention zu Venedig, betr. Aegypten und den Suez-Canal . . . . . 10361.

Dresdener Internationale Sanitäts-Conferenz. 1893.

1893. April 15. Conferenz-Staaten (Deutsches Reich, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Montenegro, Niederlande, Russland, Schweiz). Dresdener Internationale Sanitäts-Conferenz . . . . . 10360.

Brüsseler Internationale Antisclaverei-Konferenz.

(Fortsetzung.)

Nr. 10298. KONFERENZ-STAATEN. — Sitzungsprotokoll vom 14. Juni 1890. Widerspruch der Niederlande gegen die Zollerhöhung.

Baron Gericke de Herwynen, having asked leave to speak, expresses himself in these terms:— || "Gentlemen, || As you are aware, I was unable to concur entirely in the feelings of approval which the communication made to us, on the 10th May last, by our honourable President, met with generally in this assembly. || I was obliged to confine myself to assuring you of the great interest which my Government have not ceased to take, from the beginning, in all that has taken and still is unintermittently taking place for the development of the Congo State. I added, that they had no intention of yielding to any other Government in their friendly feelings towards that State. They could not, therefore, be indifferent to the exigencies of its financial condition. || "The Government of the King, however, Gentlemen, are unable, to their regret, to give their support to the proposal of the 10th May, as formulated, and have charged me to explain briefly their motives. I shall have the honour to indicate them. || The proposal of the 10th May, and the declaration of the Plenipotentiaries of the Congo Free State, appear to be based principally, if not solely, on the consideration of the obligation of meeting the expenses which will result from the execution of the Brussels General Act, and which expenses result, themselves, from Article IX of the Berlin General Act. || "It is for this last reason that our President has thought it possible now to discuss the proposed measure. || Most certainly the Government of the King readily recognize that the execution of the obligations imposed on the Congo State for the suppression of the Slave Trade in its territory will entail a certain expense; but they think, that this circumstance cannot logically lead to other results than an inquiry into what may be the

Nr. 10298. Konferenz-Staaten. 14. Juni 1890.

best means to be placed at the disposal of the Governments interested, to enable them to discharge their obligations. Consequently it would be expedient to ascertain what may be the importance of the expenses which have to be met. You will permit me to remark, that this is not what has happened. Our honourable President has confined himself to proposing a means of increasing the resources, without estimating the expenditure which would have to be met under the head of the obligations contracted. || This may present inconveniences, not only on account of the uncertainty as to the expenditure which will have to be met, but especially inasmuch as the proposal before the Conference would cut short an exhaustive examination of other and perhaps better expedients. || This examination, nevertheless, seems extremely desirable, because, on the one hand, the method proposed of establishing import duties arouses in commercial quarters very strong objections, and because it is, on the other hand, contrary to the stipulations of the Berlin General Act, which formally prohibited the establishment of import duties in the conventional basin of the Congo, although the obligation of watching over the suppression of the Slave Trade had been already imposed by that very Act on the Contracting Powers. || Nevertheless, as the present Conference has thought fit to occupy itself with the financial consequences of the obligations recorded in the Act which we have discussed, it seems necessary not to allow the question to diverge from its rational path, but to take care lest one mode of getting out of the difficulty, of very doubtful expediency, should prevent others being considered as well. || I therefore am charged, Gentlemen, to request you to put on the paper of our deliberations the examination of the question of the best means to meet the expenditure which will be entailed on the Governments interested by the obligations for the suppression of the Slave Trade in the conventional basin of the Congo. The reply to this question should be recorded at the end of the General Act, as the expression of the wish of the Conference. || This mode of procedure, which has been employed more than once under similar circumstances, seems to recommend itself for several reasons. Seeing that our sole object is, in fact, to find a means of meeting our anti-sclavery obligations, the proposal I have just formulated is, in the first place, the most logical; in the next it is equitable, in view of the complaints which the establishment of import duties calls forth even now in commercial quarters; it is prudent, in consideration of the prohibition contained in the Congo Act; it is, besides, acceptable to the Conference, as it would remove any chance of again calling in question decisions arrived at with so much trouble and anxiety in connection with the slavery question. || The chief anxiety of my Government has been to remove this danger; and I venture to hope, Gentlemen, that the serious motives for the proposal I have now submitted to your consideration will not be denied by any member of the Conference." || Baron Gericke de Herwynen then reads the following explanatory note:— || "I should reproach myself with a want of respect to-

wards all the Governments here represented, towards the Conference in general, and towards each of its members in particular, if I were not to explain further in some detail the motives of our opposition to the establishment of import duties in the Congo. I venture to hope, that, when examined in the friendly spirit which I invite, my observations will be recognized as not being unfounded, and as justifying our attitude. || We are quite disposed to recognize the necessity for the Congo Free State seeking to augment its revenue, so as to meet the expenses accepted by the Conference for effectually combating the Slave Trade; but we think the Congo State can obtain equivalent resources by other means than import duties, without infringing the Berlin General Act, without depriving the traders in the Congo Basin of their freedom of commercial action, and without inflicting on them all the troubles, formalities and difficulties of all kinds which import duties would entail. || To explain these difficulties, it will suffice to state that more than twenty years before the European occupation of the Congo Basin large commercial houses were established in the territories now belonging to the Congo Free State, France and Portugal. || They possessed factories along the whole coast and the courses of the rivers. They all had a central depôt in the best situated localities, from whence goods were distributed for sale among the factories according to the requirements of their business. But it must be borne in mind, that trade in the Congo Basin is very capricious, and that it very frequently happens that after bad rainy seasons, sickness, or disputes among the natives, trade is suspended in certain districts for a considerable time. The merchandize is then withdrawn and sent to factories often far distant, but where circumstances are less unfavourable. || This power of freely moving goods about, of which trade is at present in the enjoyment, offers a great advantage, by allowing of trading with a much smaller capital than would have to be employed if the goods could not be disposed of by sending them to the factories which are temporarily most favourably situated. || Several of the abovementioned houses still exist. They have their depôts in the Congo Free State, or in the Portuguese Congo, and send, according to circumstances, to the various factories they possess in the three States of the Congo Basin. || This complete freedom of action, without great expense and without any formalities, offers advantages which would gradually vanish under the collection of import duties. There would be an end to this free exchange, especially if each Government fixed the Tariff as it chose within the maximum limit. || It is hard to conceive the difficulties, the verifications and the formalities which would be entailed in the continual movement I have just sketched by the proposed measure when applied to a thousand articles of all kinds. Trade would thereby suffer considerably, and the enormous outlay in the construction of general warehouses would be in great part lost. || The small commercial houses would suffer as well as the large; numerous factories are established in localities where there is neither territorial nor fiscal authority, and where

Nr. 1029s. Konferenz-Staaten. 14. Juni 1890.

steamers discharge goods. By forcing the traders to make them discharge in a port where there are fiscal authorities, the Governments being unable to establish these authorities in all parts, it would then be necessary to hire boats to transport the goods to the factory, whereas the steamers used to deliver them at their doors. || Import duties would be, therefore, a source of difficulty and expense for all traders, large or small, and, indeed, for all trade. || What profits will accrue, on the whole, to the Governments themselves from the import duties, after deducting the expenses which the collection of the duty must necessarily entail? These profits will be very small, as the collection of the duty will necessitate rigorous verification to avoid fraud. This verification will require a numerous staff, in order to protect honest traders against the proceedings of less scrupulous competitors. It will be all the more necessary to establish a strict supervision, because the way in which the three Congos are divided offers special facilities for smuggling. Warehouses must be built in certain localities, and they must be of large dimensions, as European marketable goods are almost, without exception, very voluminous and of not much value. The net profits from the import duties, therefore, will be very small. There are countries where a much higher Tariff exists than that proposed for the Congo, and where the proceeds are entirely absorbed by the expenses of collection. Why, then, impose on the trade so many obstructions, expenses and losses in order to obtain such a small result? || Doubtless the Congo wants revenues, and we shall not oppose any reasonable measure for obtaining them; but we protest against any import duties, because trade would suffer thereby, and the State will reap hardly any profit. || The Congo States have, for some years past, established export duties on exported goods. Why not raise these duties in proportion to those which it is desired to collect on imports? This increase would entail no supplementary expenditure, as the same staff would suffice to collect duties either at a higher or lower rate. || Hitherto the produce of the Upper Congo has paid no export duty, although this produce returns trade the highest profits. Why this immunity? || Perhaps other taxes could still be found, less hurtful to trade than import duties. Our honourable President stated himself at the Berlin Conference, on the 27th November, 1884, that the collection of export duties is less vexatious than that of import duties, and several other members of the same Conference expressed themselves in a similar sense. || His Excellency Baron Lambermont, in his speech on the 10th May, told us, that the Berlin Act, while prohibiting the levying of any import duties in the conventional basin of the Congo, had no intention of fixing definitively and irrevocably the economical system under which he placed the territories which are included in it. There can be no doubt about this, for the second paragraph of Article IV of the Act states, that the Powers reserve to themselves to decide, after a period of twenty years, whether the exemption from duties shall be maintained or not. || The proof, moreover, of the importance

attached by all the Powers Signatories of the Berlin Act to the exemption clause, at least for twenty years, is to be found in all the Conventions concluded between these Powers and the Congo Free State. The exemption clause occupies a prominent position. || True, it is said, that the favourable results hoped for from the European occupation after a period of twenty years have been already realized after five. It may be questioned whether this calculation is not rather optimistic. The great efforts made by the Congo Free State to open the Upper Congo to civilization and trade are assuredly worthy of recognition. Several stations and centres of administration have been established there; some fifteen boats plough the waters of the upper river. Much has been accomplished by the infant State, and at great sacrifices. But the organization of the public service is not everything; there must also be the development of trade and agriculture, and these are only just beginning in the Upper Congo. || Allow me, Gentlemen, to sketch in a few lines the commercial situation in the Congo Basin. There is no evidence of a progressive movement in the Lower Congo. If, in the last two or three years, the exports have been rather more important than in the two or three previous years, it is owing to more favourable rainy seasons, that great factor in the fertility of the Congo. One may, then, say, that, in the Lower Congo and in the region of the littoral of the Congo Basin, trade has remained stantionary of late years, with periods of prosperity more or less great, according to the abundance or lack of rain. But one valuable article of exportation is at present not found in the Lower Congo. This article is ivory, which the natives used formerly to sell in the Lower Congo, and especially on the littoral of the Portuguese Congo, whereas it is now purchased in the Upper Congo by the commercial houses latterly established there. It is a transference of trade, with this difference—that buying ivory in the interior yields more profit than buying it on the coast did formerly. || If, then, the situation in the Lower Congo has remained much the same, one must not forget to notice in the interior the presence of three commercial houses, all possessing steamers, occupied in the purchase of ivory. The exportation of india-rubber, which seems to abound in the interior, is as yet only in its first phase. There are, of course, other products which might be profitably cultivated. But they cannot now be taken into calculation. The cost of transport, in the region of the cataracts, is too high, and transport by bearers would, moreover, be insufficient. || "But, thanks to the energy and enterprising spirit of a Belgian Society, a railway is in process of construction, and will, it is anticipated, connect in three or four years the Lower Congo with the navigable upper river. The transport will then become rapid and less difficult, and a great development of trade and cultivation by Europeans may result. || But in the four years which still separate us from the opening of the railway, the commercial and agricultural development can only progress slowly and painfully, and one may well question the justice, or even the prudence, of imposing taxes on trade,

Nr. 1029S. Konferenz-Staaten. 14. Juni 1890.

industry and agriculture which are forced to progress under such difficult conditions. || A Belgian Company has been created recently with the object of forming plantations in the Upper Congo. This is the first enterprise of this kind. It is to pay its black labour, and to buy its provisions in exchange for European goods. Is it just, that this Company, which can scarcely get any return from its plantations for three or four years, should see its expenses increased 8 or 10 per cent. by import duty during these initial difficulties? || The industrial Companies want quantities of textile fabrics and other articles to pay transport and labour, and to buy provisions for the black labourers and the staff of whites. Is it just, that they likewise should see their expenses increase 8 or 10 per cent. for import duty on textile fabrics, &c., and on tinned provisions, of which it is necessary to import large quantities for the European staff? || And the numerous Missions which likewise import considerable quantities of stuffs to pay carriage, and of provisions, is it just to burden their budget with import duties? Yet the missionaries only labour for a humane and civilizing object, and their budget is sustained partially by people of small means in Europe and America. || It is otherwise with trade. Even where in the beginning there are certain difficulties to be encountered, the exports will always represent a certain profit. For this reason preference should be given to export duties (of course within reasonable limits) over the import duties which it was wished to establish. || This organization will, no doubt, impose heavier charges likewise on trade, since the Missions, among others, who would, in such an event, contribute to the import duties, have nothing to pay; but trade will accept these heavier charges rather than be subjected to the annoyance of a system of import duties, and to the loss of its freedom of movement. || By not compelling it to pay import duties, trade (except only that in ivory), as well as agriculture, will develop gradually until the opening of the railway; but after the establishment of this rapid means of transport a great impetus will be given to everything, and there will commence a state of things which is supposed to be already in existence, whilst in reality there exist now only anticipations, and there is still need for all the solicitude and protection of the Government. || Give time for the construction of the railway. Then give time for European and American capital and energy to find out and to develop the resources of the interior. One might then think seriously of doing away with Article IV of the Berlin General Act. The period of twenty years adopted therein has in reality been admirably fixed. || In the above you will find, Gentlemen, the explanation of the attitude of the Netherlands on the question of import duties. Far be it from us to wish to refuse the Government its necessary resources; only we propose a different system, one more advantageous to trade and to the Governments themselves. || May I be allowed to add a few words regarding the position of the Netherlands in particular in this matter? Before the occupation of the Congo Basin by the European Powers the trade of Holland was and

is still among the most important there. In 1885 the Congo Basin was divided between the Congo State, France and Portugal. The Netherlands, like all the other Powers, secured the guarantee of exemption from import duties for at least twenty years. After only five years, it is proposed to withdraw this exemption, a withdrawal by which the trade of Holland, and, on the West Coast, that of America, would be the only sufferers. As a matter of fact, although the English, Germans, French and Portuguese have likewise commercial establishments, and very important ones too, in the conventional basin of free trade, their Governments could find compensation, if Article IV of the Berlin General Act were annulled, in being able, if they thought fit, to levy import duties thenceforth in their respective territories. || It would be no small matter, Gentlemen, to see one's self deprived under these circumstances, without any compensation, of a right which one had a claim to consider as assured to the trade of Holland for another fifteen years. || That, however, is not the motive of our opposition to the import duties. But we think, as I have shown above, that the State can establish more just duties, and such as will not interfere with the freedom of trade."

The President says, that, as he had undertaken to present the proposal regarding the establishment of an import duty on the Congo, he now finds it necessary, after the considerations set forth by the Netherlands Minister, to enter into some explanations. || When he laid the draft on the table it had a preamble, but the enacting part of the proposal was in some sort in embryo; it merely stipulated for the establishment of import duties, and fixed their maximum. This draft has been read once in Committee; some fresh ideas have been brought forward; others have been abandoned. Thus the idea was abandoned of drawing up a uniform Tariff, which was for a moment thought of; and it was decided only to fix a maximum, leaving to each Power complete freedom in its application.

A formula was then sought which might best answer these views. A draft has been prepared in this sense. It would constitute a fresh Chapter, which would logically be inserted in the body of the Treaty, and would have for its title: "Financial Measures destined to facilitate the execution of the General Act." || It runs as follows:—

"Article I.

The Signatory Powers, taking into account the necessity of facilitating for certain among them means whereby they may meet the expenditure imposed upon them by the present General Act with a view to the suppression of the Slave Trade, have agreed, that import duties may be levied, under the conditions laid down in the following Article, by the Signatory Powers which have possessions in Africa where the collection of such duties is not at present authorized, and in cases where an authorization to this effect may be necessary.

Article II.

Nr. 1029S. Konferenz-Staaten. 14. Juni 1890.

The import duties mentioned in the preceding Article shall not exceed a rate equivalent to 10 per cent. on the value of goods at the port of importation. || It is, moreover, understood:—

1. That the rate of 10 per cent. is not applicable to alcohols, which remain subject to the special Regulations laid down in Capter VI of the present General Act;

2. That, with respect to the other goods, the rate of 10 per cent. shall not constitute a uniform and imperative rule, each of the Powers interested having the power to impose lower duties, or to admit certain products free;

3. That the import duties shall not be the subject of any differential treatment;

4. That, in applying the new Customs Regulations, each Power shall endeavour to simplify as much as possible all formalities, and to facilitate trading operations."

The President points out, that, in drawing up the first Article, they were guided by the text of the Articles of the draft Treaty which authorize the establishment of a duty on spirituous liquors, and which the Conference has already adopted. This latter provision reserved full latitude to raise the taxes above the fixed minimum to the Powers where such a minimum is already in force. In the present case, the authority to levy import duties to the due amount of 10 per cent. is only necessary for the Powers who are bound by certain engagements, in so far as these engagements are applicable. || Those who may have reservations to make in virtue of existing Treaties are confirmed in their rights, and all the Contracting Parties to the General Act could sign this Article. || Article II leaves each Power at liberty to settle its own system of Customs. It is probable, that in exercising this right the Powers will not tax all the products indifferently, and that one sort of goods may escape any taxation. This prospect will certainly, in point of fact, lessen the inconveniences which it seems were apprehended in certain quarters. || The President reminds the Conference, that the original draft, when first presented, met almost unanimously with a most favourable reception from the Plenipotentiaries. || This draft was again submitted to the meeting after most of the Plenipotentiaries had received their instructions. || They ratified it then, not acting on their personal impressions, but in obedience to the orders of their Governments. It is the same draft which is submitted to them to-day, in a more precise and complete form. || The President adds, that Baron Gericke de Herwynen has just evinced, in his own name and in that of the Netherlands Government, sentiments of sympathy with the task of the King, and with the labours of the Conference, and he has assured us of the conciliatory feelings of his Government and of his own personal good-will. These sentiments cannot fail to be appreciated, and his Excellency will meet with complete reciprocity in this respect. || The President thinks he must here notice shortly some of

the remarks made by the Netherlands Minister which must suffice until the text has been distributed and a fuller reply can be given. || His Excellency, he says, has pointed out, that it was proposed to augment the resources of the Congo Free State without defining the expenses which would have to be met. In this respect it is well to recall to mind the declaration made, at a recent sitting, by the Plenipotentiaries of the Free State. Animated by a sentiment to which the assembly has rendered homage, they thought it their duty to explain honestly, as indeed they said, and have moreover done, the situation which will result from the burdens imposed by the General Act, and the impossibility for their Government, in the present state of its resources, to help in the task on the accomplishment of which all the Powers are intent. The Conference will not fail to take into consideration this declaration and its accompanying explanations when the time comes to take a decision. || On the other hand, it must be borne in mind, that in the draft principles only are laid down. As regards fixing the duties and with the reservation of the maximum, it leaves the Powers interested a full latitude, and there can be no doubt that they will seek to observe the interests of trade and to reconcile them, as far as possible, with the object in view. || The Netherlands Government suggest an inquiry in common into measures which may allow of the Congo State fulfilling the requirements of the Treaty. There is here an essential distinction to be made. The members of the Conference have not forgotten, that, in the course of their deliberations, every time that there has been a question of a provision infringing on the prerogatives of any country in what concerns its internal jurisdiction, and when it is not restricted by international engagements, these prerogatives have been insisted on with never-failing care. It was a consequence of the principle of sovereignty, which has never been disputed by the Conference. This principle, apparently, could not be denied its application here. || Mention has already been made, on various occasions, and the Netherlands Minister did not call them in question, of the charges which would be imposed on the Free State by the General Act, in excess of its resources. Among the measures to which recourse should be had to procure for it the resources in question, the fiscal measures to be taken in the interior of the State have been mentioned in the first instance. || But on this point it must be allowed, that the independence of the Congo State is not restricted, and that therefore the necessity for a deliberation on the part of the Powers, and its postponement to a later date before it can be authorized to exercise those powers which belong to every independent State, would be hard to explain. It is, however, only in view of this right, and without deeming it indispensable to press it, that the President makes this reservation. In point of fact, either the taxes in question would be moderate and would not furnish the resources required, or, if raised to a rate which would render them productive, they would deal trade a much heavier blow than there is any fear of import duties doing. The same would apply to export duties. ||

Nr. 1029S. Konferenz-Staaten. 14. Juni 1890.

The Treaties in operation authorize their collection; they have been in existence some years. There is good ground for believing, that the financial resources which are required could not, without committing an economical error, be supplied from raising the duties in question; but, as in the case of the internal taxes, one does not see how any further deliberation on the part of the Powers can be necessary to legalize the alteration. || The above considerations point to the fact that, among the most suitable measures for supplying the Congo State with the resources it lacks, the only one which can become the subject of a discussion of the Conference is the establishment of an import duty. || The President here reminds the Conference, that he has always defended the principle of free trade, and that he is not prepared to disavow it. He thinks that in now supporting the proposal with regard to the establishment of an import duty, he is consistent. Under existing circumstances, it may be convenient, it may even be of use to trade, to withdraw the prohibition recorded in the Berlin Treaty. || The Netherlands Minister has represented the state of commercial affairs on the Congo as less favourable than it has been depicted; he added, that we could look forward to the moment when certain undertakings, such, for example, as the railway, being finished, a better era will unfold itself; from this he argued the necessity of refraining from laying fresh burdens on trade. Without wishing at this moment to discuss the picture drawn by the Netherlands Minister, the President thinks it possible to deduce from it a very different result. It is, in fact, with a view to meeting the financial requirements of the period of transition, and the urgent requirements for the suppression of the Slave Trade, that the Congo State is in want of immediate financial assistance. If, as all must agree with the Netherlands Minister in hoping, trade should later on develop, as one may expect it will, it will be more than compensated for the sacrifices imposed on it, by the general progress and by the security and facilities which will be assured to it. || Were the General Act concluded, there could be no question of the desire of the Powers interested to consult, as far as possible, in fixing the import duties, the interests of trade, which moreover are identical with their own. || The President asks leave of the Conference to read certain passages of a Report quite recently published, which defines the position of the Congo State from the point of view of the suppression of the Slave Trade, and of the obligations which will be imposed on it in this respect by the General Act. They are from an official letter from Major Wissmann, who, previous to his present appointment, was in a position to be well acquainted with the territory of the Congo:— || "When we have made sufficient progress in all directions to allow of the natives asking for our protection, and when we are strong enough to grant it, no one will venture any longer to capture or transport slaves. We can only suppress slave-hunting when we make it impossible for them to be transported to the coast, and, consequently, put a stop to the Trade itself. Slave-hunting is only carried on in those unhappy countries

where the natives have nothing but spears and bows for defence against their cruel enemies. To protect the natives in those countries we should establish communications with these distant regions by a line of stations. These territories are almost '*exclusively situated in the interior within the boundaries of the Congo State;*' but the exportation of captive slaves takes place almost entirely through German East Africa, and by certain fixed routes where the slave-merchants have contrived rallying points, such as Tabora and Ujidji. || Tabora is the principal junction of these routes. || The slaves collected in the north-west of Lake Victoria, those who come from the interior of '*the Congo State (by far the most numerous),*' and many who are captured on the west of Lake Nyassa, meet at Tabora on their way to the coast; that is, therefore, the point it is most necessary to watch. || Next to it in importance comes Einja, situated near the three great lakes. By watching this spot, a task which would be extraordinarily facilitated by a small steamer, Germany would have done all that is possible against the African plague, and her efforts would certainly be crowned with success." || It will be noticed, that Major Wissmann twice indicates the Congo as the principal centre of the Trade. || By that can be estimated the importance of the mission of the Congo State, as regards the suppression of the Trade, the urgent character of the measures she will have to adopt, and the imperative necessity, from the same point of view, of supplying it as soon as possible with the requisite resources to carry out this mission. || In conclusion, the President says, that the proposal of Baron Gericke de Herwynen shall, like all submitted to the Conference, be immediately distributed amongst all the Plenipotentiaries.

Nr. 10298. Konferenz-Staaten. 14. Juni 1890.

Baron Gericke de Herwynen, for his part, will examine with the most serious attention the proposal made by the President; he still thinks, however, that export duties would be preferable to the import duties which it is wished to establish.

The President replies, that the Plenipotentiaries of the Congo Free State will offer explanations at the next sitting on this as well as on the other issues discussed by his Excellency.

Nr. 10299. FRANKREICH. — Bericht des franz. Gesandten in Brüssel an den franz. Minister des Auswärtigen über die Zollfrage.

Bruxelles, le 24 juin 1890.

Je remercie Votre Excellence d'avoir bien voulu me faire parvenir les pleins pouvoirs que je lui avais demandés et que M. Baudin m'a apportés ce matin. Presque en même temps, le docteur Ballay me remettait la lettre du Département du 23 juin qui a trait aux derniers arrangements arrêtés par la Conférence au sujet de l'établissement de droits d'importation dans le bassin conventionnel du Congo. En ce qui concerne le projet d'Acte additionnel qui,

Nr. 10299. Frankreich. 24. Juni 1890.

Nr. 10299. Frankreich. 24. Juni 1890.

sous la forme d'une déclaration „doit être joint à l'Acte général" et être signé en même temps que lui, Votre Excellence paraît attacher à cette disposition un caractère et un sens transactionnels qu'il n'était nullement dans notre intention de lui donner, pour ce qui touche tout au moins les conditions dans lesquelles devrait être établi, dans la zone délimitée par l'Acte de Berlin, le régime douanier se rapportant aux nouveaux droits. J'ai déjà eu l'honneur d'expliquer à Votre Excellence que l'idée de recourir à cette convention séparée était née du désir de nous assurer le concours des États-Unis et leur participation à „l'Acte général", en écartant de ce traité tout ce qui aurait pu en rattacher les clauses aux stipulations, non ratifiées par eux, de „l'Acte de Berlin". Dès que l'on adoptait cette façon de procéder, il devenait indispensable de modifier la forme du chapitre additionnel*) dont je vous avais précédemment soumis les termes. On en a profité pour insérer dans la nouvelle rédaction un paragraphe destiné à donner, dans une certaine mesure, satisfaction au vœu manifesté par les Plénipotentiaires Hollandais de voir réunir une Commission internationale à laquelle serait confié le soin d'étudier la question des nouveaux tarifs projetés, afin de rendre aussi peu onéreux que possible les sacrifices que le commerce aurait, de ce chef, à supporter. || Rien de tout cela n'était de nature à éveiller à aucun degré nos inquiétudes. Mais il n'en était pas de même du membre de phrase final où il était dit que la Commission serait chargée „d'arrêter, dans la limite maximum de 10 p. 100 de la valeur, les bases d'un tarif commun des droits d'entrée, applicable dans toute l'étendue du Bassin conventionnel du Congo." Ceci par contre, introduisait, au point de vue de la doctrine que nous soutenons, un changement capital et inacceptable dans le projet qui avait été précédemment soumis à la Conférence et que pour notre compte nous avions accepté. En modifiant cette disposition essentielle de la sorte, avant que le texte se rapportant à cette matière eût été l'objet d'une discussion générale, le Baron Lambermont s'était préoccupé des objections que les Anglais et les Allemands, appuyés par les Autrichiens et les Italiens, avaient manifesté l'intention d'opposer à une clause qui eût laissé chaque État possessionné dans la zone, libre d'établir à son gré les tarifs qui lui conviendraient sur toute l'étendue des territoires placés sous sa juridiction. Nous nous trouvions, par suite, mis en présence d'un système dont la discussion, vraisemblablement très vive, eût divisé profondément la Conférence en deux, et rejeté à une époque incertaine, peut-être éloignée, la possibilité d'un accord définitif sur l'ensemble des matières visées dans l'Acte général, et cela, au moment même où l'on s'occupait de désigner le jour de la signature. || Il m'a paru, quant à moi, qu'il était infiniment désirable d'ajourner un débat aussi intempestif et c'est ce qui m'a engagé à substituer à la phrase du projet Belge une rédaction qui avait pour objet d'ajourner et de déférer à l'examen de la Commission projetée le règlement de la question de

*) Siehe die vorige Nr. S. 7 und 8.

principe que nous n'envisagions pas de la même façon et au sujet de laquelle chacun se réserverait, plus tard, de soutenir la solution de son choix. C'est ce que j'ai eu soin de dire très clairement; le Protocle en fera foi et ces explications mêmes ont eu pour effet de rallier à mon amendement l'assentiment unanime de mes collègues. Il n'y a donc eu de notre part rien qui ressemble à une transaction quelconque; tout au contraire, le point de vue que le Département, de concert avec l'Administration des Colonies, m'avait recommandé, a été très fermement maintenu, et quand le moment en sera venu, les Représentants Français seront aussi libres que je l'eusse été moi-même avant-hier et que je le serais encore, si Votre Excellence le jugeait bon, de défendre le terrain sur lequel j'ai déclaré d'avance que nous entendions nous placer pour régler l'application du droit nouveau proclamé par la Conférence. || En sens inverse, nous avions intérêt à faire consacrer la rédaction proposée pour le paragraphe 7. Mais ici encore je me suis heurté à des idées qui ne concordaient pas avec les nôtres. Lord Vivian, par exemple, interprétait l'arrangement à intervenir dans ce sens qu'au bout du terme de quinze années, prévu par l'article IV de l'Acte de Berlin, un nouvel accord devrait être conclu entre les Puissances signataires qui ne seraient nullement libres d'établir chez elles tels tarifs qu'elles voudraient. || Ici encore, pour ne pas compromettre la clôture de nos travaux, il devenait désirable de recourir à une formule dilatoire également acceptable pour tous. || Vous connaissez celle que j'ai suggérée et qui a eu la bonne fortune d'un accueil aussi favorable que la précédente. Nous sommes donc maintenant prêts à signer l'Acte général, puisque Votre Excellence a bien voulu donner son approbation au texte que je lui ai fait tenir et qui a été accepté aussi par le Gouvernement Anglais et par le Gouvernement Allemand. Mais, je ne saurais trop le redire, cette solution n'implique de notre part aucun sacrifice quel qu'il soit. Notre résolution définitive sur les points dont il s'agit n'est que suspendue; elle n'est préjugée dans aucun sens, pas plus pour nous que pour personne et la future Commission trouvera intactes pour tous les questions dont le règlement lui sera déféré.

Nr. 10299. Frankreich. 24. Juni 1890.

Bourée.

Nr. 10300. KONFERENZ-STAATEN. — Sitzungsprotokoll vom 19. Juni 1890. Verhandlungen über die Waffenausfuhr nach den englischen Besitzungen in Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika.

Lord Vivian expresses himself as follows:— || "At the sitting of the Conference of the 29th May his Excellency the French Minister, in answer to a question which we asked him, declared, that if Her Majesty's Government should express to the French Government a desire to see extended to the British possessions on the West Coast of Africa the engagement which the letter had entered into for promoting the necessary measures for preventing

Nr. 10300. Konferenz-Staaten. 19. Juni 1890.

Nr. 10300. Konferenz-Staaten. 19. Juni 1890.

the importation of arms and munitions of war from Madagascar and the Comoro Archipelago to the German possessions on that coast, the Government of the Republic would agree to defer to that desire. || "We are now instructed by Her Majesty's Government to ask, that the advantages of this engagement may be extended to the British possessions or Protectorates on the East Coast."

M. Bourée replies, that he had not failed to make known to his Government the desire expressed by the English Minister. The instructions which his Excellency has received authorize him to promise, that the guarantees offered to Germany shall be extended in their entirety to England, and that, consequently, the necessary measures will be taken in the ports of Madagascar and the Comoro Islands to prevent any traffic in arms which might prejudice the interests of Great Britain in her possessions on the East Coast of Africa.

Lord Vivian thanks the French Minister for this reply. || His Excellency then makes the following declaration for the purpose of determining the meaning which the Representatives of Great Britain attach to the provisions of Articles XLIX and L:— || "According to the provisions contained in the second paragraph of Article XLIX of the General Act, each of the Signatory Powers engages to nominate, in the maritime zone, Consular authorities or Special Delegates authorized to search vessels of its own nation which have been arrested on the charge of usurping its flag, fraud, or taking part in the Slave Trade as defined in Article L. || The British Plenipotentiaries declare, that they understand the provisions of Articles XLIX and L to mean that, should the authorities in question be called upon to exercise their functions in a country other than their own, they will, for this object, be allowed by the territorial authority to swear all persons, witnesses and otherwise, whom they may think necessary to hear, and whose oath would be required according to the legal procedure of Great Britain." || Lord Vivian adds, that, according to the provisions of Article L, every vessel arrested ought to be judged by the authority of its own nation and according to the laws of its own country. It was asked whether the laws of every country allow the foreign Consul to take sworn evidence in this case from every person whose testimony might be necessary. The declaration which has just been read is intended to record, that such is the interpretation given to this provision by the British Government. || The English Minister has also been instructed to make a declaration on the subject of Article XCIV, couched in the following terms:— || "At the plenary meeting of the Conference of the 24th May his Excellency the Principal German Plenipotentiary declared, that 'the Imperial Government reckon on the good offices of Her Majesty's Government, with a view to induce her South African Colonies to take severe measures for controlling the trade in alcoholic liquors, and their introduction into the zone determined in Article I, and the territories which are in direct contact with

the zone.' || Having at that time no instructions, we could not make any reply to this declaration. || According to the instructions which we have received in the meantime from Her Majesty's Government, we must remind the Conference that, by means of all the measures which Her Majesty's Government have taken in Bechuanaland and Zululand—measures which the South African Compagny, in consequence of the engagements made by the British Government, must also apply in that part of its sphere of operations which touches on the zone—the traffic in spirituous liquors will be severely repressed in those various regions. || As to the British South African Colonies which lie at such a distance from the zone, that it is practically impossible to import alcoholic liquors from them into the zone, it would scarcely be admissible to invite them to fetter the exportation of spirituous liquors by land, as this trade is almost exclusively directed towards the two South African Republics in which are several flourishing centres, inhabited by an European population, for whom these spirits are destined. || For these reasons Her Majesty's Government is not in a position to carry out in any other way the declaration made by the German Plenipotentiaries."

M. Göhring says the opinion of the Imperial Government differs from that which the English Minister has just expressed. At the same time he will not begin the discussion over again. The present question is chiefly one of the future, and it will be seen what the future has in store. Nevertheless, if the past is considered, one must come to the conclusion that the danger which has been pointed out is very real. A certain number of years ago an industry engaged in the manufacture of alcoholic liquors, by means of the refuse of grapes, was established in the English possessions in South Africa. These spirits, which were of a very inferior quality, reached the German possessions in Southwest Africa from the interior and played havoc among the natives. They attempted, with a measure of success, to hamper this importation; but great difficulties were met with. In fact, they ought to be able to exercise an effective supervision over the inland frontiers. The Colonial authorities would even have prohibited the sale of spirituous liquors altogether; but such a measure is impossible as long as the inland frontiers remain open. It would be inconsistent to close the country by sea while importation was going on by land. In the opinion of the Imperial Government, the consequences of such an abnormal situation might jeopardize the whole control over alcoholic liquors. These considerations, M. Göhring adds, have prompted the attitude taken by the German Government in regard to the question of alcoholic liquors in Africa; if occasion should arise, it will renew its endeavours with a view to obtaining the good offices of Her Majesty's Government.

Lord Vivian thanks the Second German Plenipotentiary for the courtesy of his reply. At the same time, his Excellency wishes to draw M. Göhring's attention to the fact, that the English South African Colonies lie at a distance of 1,300 kilom. from the zone specified by the General Act, and it has been

Nr. 10300. Konferenz-Staaten. 19. Juni 1890.

admitted in the Conference itself that spirituous liquors cannot be profitably transported more that 300 kilom. by land.

M. Göhring replies, that he did not say that the alcoholic liquors from the English possessions in South Africa are imported into the zone itself, but he maintains that they are introduced into the German possessions which the zone crosses. || For the future, in order to reach the alcoholic liquors which reach that zone, Germany would be compelled to establish a Customs cordon in the middle of her possessions. The Imperial Government do not, however, wish to urge anything more at the present time, but reserve to themselves the right to act as future events may require.

Lord Vivian is convinced, that Her Majesty's Government will examine carefully, and in the most conciliatory way, any communication which the Imperial Government might make to them on the subject.

Nr. 10301. KONFERENZ-STAATEN. — Sitzungsprotokoll vom 25. Juni 1890. Deklaration der Niederlande über die Zollfrage.

Nr. 10301. Konferenz-Staaten. 25. Juni 1890.

The President invites the Netherlands Minister to make known to the meeting the declaration announced by him at the sitting of yesterday.

Baron Gericke de Herwynen, after having thanked his colleagues for the courtesy which they had shown in allowing him to defer until to-day's sitting the declaration he proposed to make, expresses himself in these terms:—

"Gentlemen, || You are aware of the position which my Government has thought it right to adopt since the question of the imposition of import duties on the Congo has been raised in the Conference. I have had the honour to explain, that the Government of the King are unable to consider the present Conference as called together to decide a question implying a modification of the General Act of Berlin. I added, that a proposal with this object should have been announced when the Brussels Conference was convoked; that the respect with which the decisions of the Berlin Conference should be regarded does not allow of the present discussion of the proposal unexpectedly introduced by our honourable President on the 10th May last. You are aware, Gentlemen, that my Government has been from the outset, and still are, of opinion that this proposal required, in order to be regularly introduced, the convocation of a Conference specially charged with discussing the advisability of modifying the General Act of Berlin. They therefore proposed to postpone for six months the meeting of this Conference, which would afford every one sufficient time to enable decisions to be taken after careful examination, and with a perfect knowledge of the case. That was, in the view of my Government, a logical, equitable and prudent mode of procedure, and one which, at the same time, would appear acceptable to all, in a question which might give rise, and did, in fact, give rise, on the part of the Netherlands, to ob-

jections which are not without force. || It was considered possible, with the best intentions I freely admit, to obviate this drawback by separating from the General Act the provisions implying the necessity of modifying the General Act of Berlin. This proposal might, indeed, have the good effect, which I sincerely approved, of allowing all to join in the humanitarian and civilizing provisions which have during seven months formed the subject of such conscientious and painstaking discussion. It is, i confess, with great astonishment, that I have since learnt that the special provisions dropped from the General Act were to be introduced in a special Act inseparable from the General Act. The difficulties which I had thought removed thus continue to exist under another form. || You could not, moreover, Gentlemen, be mistaken as to the character of the request which I took the liberty of addressing yesterday to our honourable President. The reply which was given me unfortunately tends, if it is upheld, to the rejection of our adhesion to the General Act. || I declare myself, Gentlemen, prepared to sign with you all this Act, and I hold here the Royal full powers authorizing me to do so. I may, I think, moreover, openly and formally claim the right to do so, the General Act constituting the only object indicated and provided for when this Conference was convoked. I declare, further, that I should regret more deeply than I can say not to see my august Sovereign mentioned among all the Sovereigns or Heads of Governments who have desired to participate in this grand and eminently civilizing work, brought to a successful termination by our Conference; but I must, in the name of the Government of the King, solemnly and entirely decline before the civilized world and before history all responsibility for the forced abstention of the Netherlands."

Nr. 10301. Konferenz-Staaten. 25. Juni 1890.

The President subsequently proposes to the assembly to adjourn to Friday, the 27th June. The Plenipotentiaries of the United States will probably be in a position on that date to make known the instructions which they are awaiting from their Government.

Nr. 10302. KONFERENZ-STAATEN. — Sitzungsprotokoll vom 27. Juni 1890. Fortsetzung des Vorigen.

The President calls upon M. van Maldeghem, Plenipotentiary of the Congo State, who expresses himself as follows:— || "The Netherlands Plenipotentiary, in the sitting of the 25th, read us a declaration by his Government, the design of which was to postpone to a subsequent Conference the examination of the means required to carry out the measures against the Slave Trade which have been determined on by the Conference. The Plenipotentiary of the Free State must repeat, that they cannot share this view. || Unless the war against the Slave Trade is to remain one on paper merely, the resolutions which have been come to require practical measures for carrying them

Nr. 10302. Konferenz-Staaten. 27. Juni 1890.

Nr. 10302. Konferenz-Staaten. 27. Juni 1890.

into execution. || There is no question, nor has there ever been one, of a platonic labour; the Slave Trade is to be actually made to disappear. Import duties are indispensable to cover, at any rate partially, the expenses which will be incurred by the efforts necessary for attaining, without loss of time, the end that you have in view in Africa. || We could never, Gentlemen, sign an Act, unless some provision was made at the same time for this Act not remaining a dead letter, and our instructions only allow of our accepting it if it assures, and in no academic fashion, the suppression of the Slave Trade by giving us the means of attacking it effectually. || You know how many lives are daily sacrificed in Africa to the Slave Trade. || Our conscience will not allow us to let such crimes go unpunished, even for a time, for secondary considerations. || We are consequently obliged to ask the Conference to have the General Act and the separate Act signed simultaneously, as they originally decided should be done."

The President says:— || "I have nothing to add in substance to what the Congo Plenipotentiary has just said; but I think I ought to make a few remarks and furnish some explanations with regard to various points dealt with in the declaration which the Netherlands Plenipotentiary read to us on the 25th. || His Excellency first of all declines to acknowledge, that the present Conference has the powers necessary for settling a question connected with a modification of the General Act of Berlin. The Netherlands Minister adds, that, out of respect for the decisions of the Berlin Conference, the proposal to establish import duties in the conventional basin of the Congo must not be called lightly into discussion; in the name of his Government, he expresses the opinion, that, in order to be regularly introduced, this proposal demands the summoning of a special Conference, whose business it would be to deliberate on the advisability of modifying the General Act of Berlin, and he suggested that this Conference should not be summoned for another six months, in order that each Power may have sufficient time to be able to take its decision after careful examination, and with a thorough knowledge of the subject. || "Gentlemen, you have already discussed these various questions more than once, and they have formed the subject of explanations and ratifications which are set out in the Acts of the Conference. || The invitation addressed to the Powers expressly includes the Berlin Act of the 26th February, 1885. The object therein given for their meeting is to find between them, and in a broad spirit of conciliation, the best means for attaining the essential object of the fresh Conference, that is to say, the suppression of the Slave Trade in Africa; it expressly states, in so many words, that His Majesty's Government think it inexpedient to limit the sphere of action of the Brussels Conference, and that His Majesty wishes to leave to the Representatives of the Powers perfect liberty to suggest whatever practical measures may appear to them most suited to the circumstances. || In face of so explicit a passage it is impossible to admit, that the action of the new Conference should have been confined within

the limits laid down by the Netherlands Minister. The Conference has confirmed our view by inserting in the General Act various provisions respecting alcohols which are evident encroachments on the Treaty of Berlin, encroachments to which the Netherlands Minister declares he is prepared to give his assent by signing the General Act. || The scheme for establishing import duties in the conventional basin of the Congo, brought forward on the 10th May, was submitted for examination to all the Powers; who, a few weeks after, with one exception, made known the result of the careful consideration they had given it, and they unanimously recommended its adoption. It would be difficult to explain why they should be obliged to enter on a second examination of a question they have already examined once without considering that they were violating the laws of logic, equity and prudence. || As for the objection, that the scheme made its appearance in some sort unexpectedly, it will doubtless be sufficient to recall the fact that it was rendered necessary by the necessity of providing certain States with the resources which are indispensable for them if they are to defray, even in part, the expenses which will be imposed upon them by the new General Act. It was impossible to form any estimate of what these expenses would be before the various Chapters in which they were set out had been adopted; the scheme had therefore been presented in due course. || The Netherlands Minister expressed his astonishment, that the General Act and the Declaration relative to the import duties should have been declared inseparable. You are well aware, Gentlemen, that the Conference has again and again been called upon to state its intentions as to the connection of the two Acts, and that it has expressed them in terms which leave no room for doubt. || The Netherlands Minister has, in conclusion, protested, that his Government are most anxious to share in the work which the Conference has accomplished. Here, at any rate, his Excellency is certain to find us in agreement with him. The authors of the proposal no less than Baron Gericke de Herwynen, would be happy to see the name of His Majesty the King of the Netherlands among the Sovereigns and Heads of States who accept the two Acts which contain the results of our labours."

Baron Gericke de Herwynen says, that after having brought the Declaration which he was charged to make to the knowledge of the Conference at the sitting of the 25th June, he again consulted his Government and proposed certain modifications in the statement in question. He is happy to be able to say, that these observations have not been without result, as the Conference will be able to see when they hear a new Declaration which the Netherlands Government wish to have substituted for the former. It is in these terms:— || "The Signatory Powers of the General Act of Berlin of 1885, represented at the Brussels Conference, are agreed and have duly authorized their Plenipotentiaries at the latter Conference to make the following declaration:—

I.

Nr. 10902. Konferenz-Staaten. 27. Juni 1890.

"Whereas, on the one hand, ever since 1885, various public Departments have been organized in the conventional basin of the Congo which have proved useful to the interests of trade and the well-being of the people; and whereas, on the other, it is necessary to enable such States or possessions as are confined within this basin to procure means for meeting the expenses which the General Act of the Brussels Conference, signed to-day, imposes on them in view of the suppression of the Slave Trade, the Signatory Powers unanimously recognize, that it is necessary, within six months, to summon a Conference which shall consider the advisability of revising the General Act of Berlin.

II.

This revision of the General Act of Berlin can only take place on the following conditions:—

1. The right of States in the conventional basin of the Congo to levy import duties on the goods imported into their possessions cannot in any case be recognized by all the Signatory Powers until it has been shown by examination that every other means proposed for furnishing, without uselessly hampering trade, the said States with the necessary resources is of no avail.

2. The Signatory Powers feel sure, that every Power in whose favour the General Act of Berlin shall be revised will make a point of simplifying formalities and facilitating the operations of trade as much as possible, and especially will not in any way interfere with freedom of transit.

III.

The separate Act to be concluded on the basis above indicated between all the Signatory Powers of the General Act of Berlin shall be signed within months from the signature of the General Act of the Conference, and shall come into force at the same time as this latter. || In witness whereof," &c. Baron Gericke de Herwynen hopes the Conference will see in the presentation of this Declaration a proof of the sincere desire felt by his Government to arrive at an understanding.

Prince Ouroussoff requests, that this Declaration may be distributed to all the Plenipotentiaries, so that they may be able to form their opinions.

Baron Gericke de Herwynen expresses his wish for an immediate discussion.

M. Bourée thinks he understood that the scheme spoke of a revision of the whole of the General Act of Berlin.

Baron Gericke de Herwynen says that, in his opinion, there can be no question of any Article of the Treaty except No. IV.

The President would like, merely as a matter of information, to be furnished with some explanation as to the sense borne by Article I of the Declaration.

M. Bourée concludes, from what the Netherlands Minister has just read,

that during the six months which would elapse before the new Conference met each Power would make inquiries as to the Free State of the Congo, so as to see what was its administrative organization and what were the resources of which it could avail itself. || As a matter of fact, there can be no question of any of the other States which have possessions in the conventional basin of the Congo, since they have asked for nothing, and have besides means at their disposal for carrying out such obligations as may be imposed upon them by the General Act of Brussels. But how would it be possible to justify such interference in the internal affairs of a State whose sovereign independence has been solemnly recognized? The French Minister cannot conceive on what principle such a control could be established. He adds, that the declarations made at the last sittings by the Plenipotentiaries of the Free State of the Congo ought to be held to suffice, and he cannot see how their exactness can be called in question, nor how they can be submitted, as it were, to a higher jurisdiction.

M. van Maldeghem is of opinion, that the Declaration read by Baron Gericke de Herwynen brings no new element into the discussion. The proposal for an inquiry therein suggested was answered beforehand. The Plenipotentiaries of the King-Sovereign have affirmed his right to seek for fresh sources of income by means of taxes independently of import duties. They have repeatedly declared, without contradiction, that His Majesty was in this matter the best, the only judge. The Declaration of the Netherlands Minister only reproduces in a more decided form that which he read at the sitting of the 21st Mai. It does not, therefore, seem possible to accept it.

M. de Martens points out, that there is a difference between the two Declarations. The second recognizes, that a revision of Article IV of the General Act of Berlin is possible and necessary; it even concedes the imposition of import duties if the future Conference should be of opinion, that the Free State has no other resources. The Conference and the Netherlands Government are therefore agreed as to the principle of the revision of Article IV. In the view of the Conference import duties are an immediate necessity, while the Netherlands Government consider them as the last resource, of which the Free State should only make use in the event of all others failing.

Baron Gericke de Herwynen says, that his Declaration has been correctly interpreted by the Russian Plenipotentiary. In answer to the French Minister, he would point out, that the principle of the proposed negotiations is already to be found in paragraph 6 of the Declaration which the President submitted to the Conference.

M. Bourée replies, that the paragraph in question only concerned a Regulation.

Baron Gericke de Herwynen says, that, as a matter of fact, that is all his Government want.

M. Banning draws attention to a point in the Dutch Declaration which

Nr. 10302 Konferenz-Staaten. 27. Juni 1890.

appears to him to be obscure. It is suggested, that six months hence a new Conference should make a further examination of the question of what resources, besides those of import duties, the Congo State can dispose of. If no agreement could be come to on this point, would the vote of the majority be enough to revise Article IV of the General Act of Berlin?

Baron Gericke de Herwynen thinks, that such a case could not arise. The majority of the Conference would decide the question.

M. Bourée says, that it is clear that such an inquiry as that described in the Dutch Declaration could not be made by one Power in the dominions of another. No Government would allow such a thing to be done. This being so, it does not seem to the French Minister to have any practical bearing, unless the questions provided for in paragraph 6 of the Declaration presented by the President to the Conference are concerned. But in that case the task the Netherlands Minister wishes the Conference to undertake would not have the scope he desires should belong to it. In any case, in six months' time, as at the present moment, they would still be obliged to depend absolutely on the statements of the Congo State, without having any right to discuss or verify them.

Prince Ouroussoff says, that the programme of the Commission of Technical Delegates was limited to the examination of the Customs system. The Dutch Government suggest, that this programme should be somewhat enlarged, and that such other proposals as the Powers may judge convenient to submit to this new body should be included. || The nature of those proposals is in no way prejudiced, and the Plenipotentiaries of the Free State of the Congo will still be free to declare that they cannot examine them, because they concern the internal affairs of their Government. No obligation to admit the inquiries to which the French Minister is so opposed is implied.

M. Bourée reminds the Conference, that the formula adopted at his instance was intended to cover the two different systems, which were supported by the English Plenipotentiaries on one side and himself on the other. He is convinced, that the negotiations of the Commissioners will result in a compromise between the two systems—in a mixed Customs system with a sort of general Tariff. But the inquiries necessitated by such a Customs system are quite different from those which the Netherlands Government wish to make into the resources of the Congo State and into the expenses which it will have to incur.

Lord Vivian asks if it would not be possible to restrict the inquiry which the Netherlands Government wish to have, in order to avoid its extending to the internal affairs of an independent State, by adding the words: "within the bounds of territorial sovereignty." He adds that, without the signatures of all the Signatory Powers of the Berlin Act, every Act modifying its provisions would be considered by Her Majesty's Government as incomplete.

M. Bourée is of opinion, that an inquiry so limited would not answer the views of the Netherlands Government. It is the Free State alone which is in question. Its Representatives have said, as in six months they will say again, that import duties are a matter of necessity. The Conference is, with one exception, unanimous in thinking that they ought to be granted. To show that other resources are available, an inquiry in the contrary sense will be necessary; and such an inquiry the French Minister declares to be inadmissible. Nr. 10302. Konferenz-Staaten. 27. Juni 1890.

M. de Martens would wish to see inserted in the Declaration the following words: "Customs system to be established." Sooner or later, according to him, import duties will have to be conceded, since the levying of export dues is guaranteed by the General Act of Berlin, and the imposition of others is left to the sovereign discretion of the State. All the members of the Conference will agree in this, that an inquiry properly speaking is not to be thought of, only an inquiry into the Customs system of somewhat wider scope than was indicated in the Declaration, which was due to the President's initiative.

M. Banning points out, that the Netherlands note is conceived in a spirit different from the interpretation put upon it by M. de Martens.

Baron Gericke de Herwynen says, that the end the Netherlands Government have in view is to get rid of the difficulties which are in the way of a simultaneous signature of the two Acts. To this end what they propose is to inquire, by means of a Conference which would meet later on, whether there are grounds for modifying the Berlin General Act. This Conference would then seek means for arriving at an understanding. His Excellency has attributed only the same meaning as M. de Martens to the attempt made to discover these means. If the Commission did not find any which were acceptable, it would remit the import duties. Such is the bearing of the Declaration he has just read. By submitting to the Conference the Netherlands Government have made a great step towards conciliation, in the hope that the signature of the two Acts might be rendered possible.

M. Bourée says, that, if this solution were admitted by the Conference, the Congo Free State would in its turn be unable to sign the General Act. The end, therefore, that they have in view would not be attained.

Baron Gericke de Herwynen observes with regret that the Declaration which he has read does not meet with the approval of the assembly. Another proposal which had been suggested in the course of the debate was not pursued.

Nr. 10303. **KONFERENZ-STAATEN.** — Protokoll der Schlusssitzung vom 2. Juli 1890.

Nr. 10303. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

The President invites the Plenipotentiaries to proceed to the signature of the General Act, and of the Declaration thereto annexed. || This formality

Nr. 10303. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

being accomplished, *M. Gutierrez de Agüra* speaks as follows:— || "At this moment, when our labours are on the point of termination, I desire, Gentlemen, to make mention of a name which calls forth universal respect and sympathy. || That this Conference has met is a proof of the part the Governments here represented have wished to take in the movement by which Europe has been stirred in favour of the unhappy inhabitants of Africa. But we must not forget the efforts which the Sovereign Pontiff has made to forward this movement, nor the proofs of paternal solicitude which he has given for the unfortunate races whose fate has preoccupied us for so long, nor the sacrifices and labours of those who have so powerfully seconded his generous views. The General Act will lay the foundation of a work which is essentially one of humanity and civilization. More than once we have appealed for help to everybody disposed to render it. I think, Gentlemen, that I am correctly interpreting your sentiments in suggesting that the Protocol of the Conference should express a wish which we all entertain: May Pope Leo XIII lend in the future, as in the past, to the cause which has been our care, and especially to those measures which the Powers have just settled upon by common accord, the support of his words, and the assistance of those moral forces which follow the banner of the Head of the Catholic Church. The great esteem in which the Governments hold the Holy Father is a guarantee of the reception which my proposal, which, moreover, reserves the wishes of some of my colleagues, will meet with at the hands of the members of this assembly."

The President says, that the name of Pope Leo XIII cannot be pronounced, as the Spanish Minister has said, without evoking deep respect and sympathy. The President thinks, that he will be acting in conformity with the wishes of his colleagues by declaring his adhesion to what the Spanish Minister has said; the Protocol of the Conference will record the homage which has been paid to His Holiness.

Carathéodory Effendi delivers the following speech:— || "Gentlemen, || An unexpected incident procures me the honour of speaking in the name of my colleagues. I think I interpret your feelings correctly when I say how much we regret the absence at this moment of our dear and respected Doyen, M. Gericke de Herwynen. It is he who could best have expressed the feelings which we all experience at this solemn moment. But though I am without authority, I will none the less neglect nothing which can make me deserving of your kind indulgence. || We have now arrived at the conclusion of our labours. || It is not our place to judge the work which we have accomplished; the world will estimate its value. At the same time we may be allowed to record the fact that the problem the solution of which we were to decide has been one of the most arduous and difficult which history has ever had to record. || This problem has been dealt with by us in a large spirit of liberty, justice and conciliation. The road which we have had to traverse

has been long and painful, the obstacles numerous. After more than seven months of continuous labour we have the satisfaction of presenting a Charter of Enfranchisement to millions of slaves. We have, at the same time, drawn tighter the bonds of friendship by which we were already united, and amicably solved problems which concern one of the most important and doubtful questions of international law, and which at first sight appeared insoluble. || The work evolved out of our deliberations cannot, of course, pretend to be perfect it will probably not escape criticism; but, such as it is, it is nevertheless a considerable step on the road to the suppression of the African Slave Trade, and will as such form a landmark in history. We may, I think, without presumption, avow ourselves its authors, and feel certain, that we have neglected no possible means of assuring the welfare of the populations of Africa. || To whom, Gentlemen, to whom do we owe this grand result, unless to the promoter of this Conference—to the Sovereign who, for the past quarter of the century, has watched over the prosperity of the country which offers us so splendid an hospitality? || It was at the call of King Leopold that we met; it is to him that we owe profound gratitude, not only for having invited us to join with him in the elaboration of a great humanitarian work, but also for the constant kindniss, the numberless attentions, of which His Majesty, his august family, and the Government have not ceased to give us proofs during the whole course of our labours. || May His Majesty, then, accept the expression of our sincere thanks, and those wishes for their happiness which we entertain for him, for the Royal Family and for Belgium, as well as the assurance of our profound sympathy for that work of civilization which His Majesty pursues in Africa with as much courage as perseverance. || But we have still, Gentlemen, another duty to fulfil, and one of which we are all equally anxious to acquit ourselves. The difficult and painful road that we have had to traverse, and that the Prince the Chimay told us at our opening meeting we must expect, could not be undertaken without a sure and experienced guide. The Belgian Minister of Foreign Affairs, to whom we already owe so many thanks for the graceful hospitality which he has been good enough to extend to us, has a claim on our particular gratitude for having given us this guide, this counsellor, this mediator, who has so constantly sustained us at critical moments. || Who among us, Gentlemen, has not had recourse to Baron Lambermont's profound wisdom and consummate experience? To preside for many months over a considerable work, to avoid or to surmount difficulties, to disarm resistance, and at the same time to bring to this task such elevated sentiments, such kindness and moderation, as we have all seen; has not that been the part that Baron Lambermont has played without once giving way during the whole time that our session has lasted? || As the Prince de Chimay so well put it when we began our labours, the eminent statesman who has guided them so brilliantly has long ago exhausted all honours. For close upon forty years he has attached his name to most of the important events

Nr. 10303. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

in his country's history. His Sovereign has invested him with the highest dignities a Belgian citizen can receive, giving him thus a proof of the esteem and confidence placed in him by the whole nation. His grateful country has had his features graved on the monument which perpetuates the recollection of another liberation memorable for this country. Only yesterday great and powerful States bestowed on him the most striking proofs of the confidence with which he had inspired them by the elevation of his character and the extent of his knowledge. What more can we offer our worthy and respected President, unless it be the tribute of our thanks, which we beg him to accept as a feeble but sincere testimony of our profound gratitude? || We trust, that the homage thus publicly paid his talents and his character will always recall to Baron Lambermont's recollection not the least glorious incident of a career which has been so brilliant and so active. || I cannot conclude, Gentlemen, without sincerely thanking the Second Belgian Plenipotentiary for the zealous and efficacious assistance he has lent us in our labours, as well as the Secretaries for the able manner in which they have discharged the difficult task which has devolved upon them."

The President replies as follows:— || "Time and ability are equally lacking to enable me to reply as I should wish to the speech which you have just heard. There is, besides, another cause which hinders me from so doing; having been prisoners for so long, you are entitled, no less than the victims of the Slave Trade, to hope for a freedom which has been well earned. || Our work, Gentlemen, is, above all, that of the Powers; we have done no more than carry out their intentions and follow their instructions. || Nor is it, as the Turkish Plenipotentiary has pointed out, our place to judge of the value of our labours. || We have none of us ever thought that the Conference was going at once and without further delay to put a stop to the odious Slave Trade. Such a task is not among those which can be accomplished in a day. We have marked out the road our Governments will follow, and traced the plan of action which has seemed to us to be the wisest and the most effective. As a matter of fact, the value of the Treaty will depend on the way in which it is carried out, and its success will be proportionate to the perseverance and energy which the Powers bring to the execution of the measures we have indicated. We venture to think, that the generous aspirations of the public will not allow their efforts to relax, and will hasten the realization of the noble end which the Conference has pursued. || "Gentlemen, if our labours have been long, if we have encountered difficulties, there is yet nothing to regret. Edifices which are to last long take long to build. When in the future we reflect on our labours and our fatigues we shall forget them at the thought that perhaps at that very moment some unhappy African family, escaped from the horrors of slavery, is blessing our name. || Gentlemen, in the name of the King, my august Sovereign, I have to thank you. His Majesty will always remain profoundly grateful for the assistance which you have been

good enough to lend him and for those sentiments of which you have given him such numerous proofs. || Much as I have been touched, however, by the kindness which has been so often shown me during the course of our discussions, I cannot allow to pass without remark that portion of the Turkish Plenipotentiary's speech which concerns me personally. It is to the enlightened views, conciliaory bearing, and incessant activity of its members, the faithfult interpreters of the desires of their respective Governments, that the Conference owes the Act which is the result of its long labours The President has no other merits than those you have yourselves given him, and he will consider himself richly rewarded if, as a recompense for anything he may have been able to do, so many distinguished men are good enough to accord him, and to let him keep—their friendship."

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Prince Ouroussoff wishes in his turn to express feelings which he feels sure are shared by all his colleagues by inviting them to offer their respectful homage to Her Majesty the Queen of England, who it was who, in conjunction with His Majesty the King of the Belgians, took the initiative in calling the Conference together. Such a testimony may perhaps be considered more valuable as coming from the Representative of a Power which is disinterested so far as African questions are concerned, and on these grounds especially the Russian Minister is happy to be able to suggest it to the Conference.

Baron de Renzis is convinced, that he is the mouthpiece of all there when he suggests the inclusion of the distinguished diplomatist who represents Her Majesty's Government among them.

Lord Vivian has heard with feelings of the liveliest gratitude the remarks, full of courtesy and consideration towards his august Sovereign, which Prince Ouroussoff has made. His Excellency has also been much touched at Baron de Renzis having, in such flattering terms, added the name of Her Majesty's Representative. || The British Minister is happy to think, that, if the long deliberations of the Conference have passed through critical moments, the obstacles have always been surmounted, thanks to the conciliatory disposition which has animated the members, and to their sincere desire to see their common labours successfully terminated.

The President declares, that the mission of the Conference is at an end, and that the moment has come for its labours to conclude.

Nr. 10304. KONFERENZ-STAATEN. — General-Akte nebst Declaration. 2. Juli 1890.

Acte Général
de la Conférence de Bruxelles.

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Au nom de Dieu Tout Puissant.

Sa Majesté l'empereur d'Allemagne, roi de Prusse; Sa Majesté l'empereur d'Autriche, roi de Bohême, etc., et roi apostolique de Hongrie; Sa Majesté le

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

roi des Belges; Sa Majesté le roi de Danemark; Sa Majesté le roi d'Espagne, et en son nom la reine régente du royaume; Sa Majesté le roi souverain de l'Etat indépendant du Congo; le président des Etats-Unis d'Amérique; le président de la République française; Sa Majesté la reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, impératrice des Indes; Sa Majesté le roi d'Italie; Sa Majesté le roi des Pays-Bas, grand-duc de Luxembourg, etc.; Sa Majesté le schah de Perse; Sa Majesté le roi de Portugal et des Algarves, etc., etc.; Sa Majesté l'empereur de toutes les Russies; Sa Majesté le roi de Suède et de Norvège, etc.; Sa Majesté l'empereur des Ottomans et Sa Hautesse le sultan de Zanzibar; || Egalement animés de la ferme volonté de mettre un terme aux crimes et aux dévastations qu'engendre la traite des esclaves africains, de protéger efficacement les populations aborigènes de l'Afrique, et d'assurer à ce vaste continent les bienfaits de la paix et de la civilisation; || Voulant donner une sanction nouvelle aux décisions déjà prises dans le même sens et à diverses époques par les puissances, compléter les résultats qu'elles ont obtenus et arrêter un ensemble de mesures qui garantissent l'accomplissement de l'œuvre qui fait l'object de leur commune sollicitude; || Ont résolu, sur l'invitation qui leur a été adressée par le gouvernement de Sa Majesté le roi des Belges, d'accord avec le gouvernement de Sa Majesté la reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, impératrice des Indes, de réunir à cet effet une conférence à Bruxelles, et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'empereur d'Allemagne, roi de Prusse; || Les sieurs, etc., etc.

. . . . . .

Lesquels, munis de pleins pouvoirs qui ont été trouvés en bonne et due forme, ont adopté les dispositions suivantes:

Chapitre I.

Pays de traite. — Mesures à prendre aux lieux d'origine.

Article 1.

Les puissances déclarent que les moyens les plus efficaces pour combattre la traite à l'intérieur de l'Afrique sont les suivants:

1) Organisation progressive des services administratifs, judiciaires, religieux et militaires dans les territories d'Afrique placés sous la souveraineté ou le protectorat des nations civilisées;

2) Etablissement graduel, à l'intérieur, par les puissances de qui relèvent les territoires, de stations fortement occupées, de manière que leur action protectrice ou répressive puisse se faire sentir avec efficacité dans les territoires dévastés par les chasses à l'homme;

3) Construction de routes et notamment de voies ferrées reliant les stations avancées à la côte et permettant d'accéder aisément aux eaux intérieures et sur le cours supérieur des fleuves et rivières qui seraient coupés par des

rapides et des cataractes, en vue de substituer des moyens économiques et accélérés de transport au portage actuel de l'homme;

4) Installation de bateaux à vapeur sur les eaux intérieures navigables et sur les lacs, avec l'appui des postes fortifiés établis sur les rives:

5) Etablissement de lignes télégraphiques assurant la communication des postes et des stations avec la côte et les centres d'administration;

6) Organisation d'expéditions et de colonnes mobiles, qui maintiennent les communications des stations entre elles et avec la côte, en appuient l'action répressive et assurent la sécurité des routes de parcours;

7) Restriction de l'importation des armes à feu, au moins des armes perfectionnées, et des munitions dans toute l'étendue des territoires atteints par la traite.

Article 2.

Les stations, les croisières intérieures organisées par chaque puissance dans ses eaux et les postes qui leur servent de ports d'attache, indépendamment de leur mission principale, qui sera d'empêcher la capture d'esclaves et d'intercepter les routes de la traite, auront pour tâche subsidiaire:

1) De servir de point d'appui et au besoin de refuge aux populations indigènes placées sous la souveraineté ou le protectorat de l'Etat de qui relève la station aux populations indépendantes et temporairement à toutes autres en cas de danger imminent; de mettre les populations de la première de ces catégories à même de concourir à leur propre défense; de diminuer les guerres intestines entre les tribus par la voie de l'arbitrage; de les initier aux travaux agricoles et aux arts professionnels, de façon à accroître leur bien-être, à les élever à la civilisation et à amener l'extinction des coutumes barbares, telles que le cannibalisme et les sacrifices humains;

2) De prêter aide et protection aux entreprises du commerce, d'en surveiller la légalité en contrôlant notamment les contrats de service et de préparer la fondation de centres de culture permanents et d'établissements commerciaux;

3) De protéger sans distinction de culte les missions établies ou à établir;

4) De pourvoir au service sanitaire et d'accorder l'hospitalité et des secours aux explorateurs et à tous ceux qui participent en Afrique à l'œuvre de la répression de la traite.

Article 3.

Les puissances qui exercent une souveraineté ou un protectorat en Afrique, confirmant et précisant leurs déclarations antérieures, s'engagent à poursuivre graduellement, suivant que les circonstances le permettront, soit par les moyens indiqués ci-dessus, soit par tous autres qui leur paraitront convenables, la répression de la traite, chacune dans ses possessions respectives et sous sa direction propre. Toutes les fois qu'elles le jugeront convenable, elles prêteront leurs bons offices aux puissances qui, dans un but purement humanitaire, accompliraient en Afrique une mission analogue.

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Article 4.

Les puissances exerçant des pouvoirs souverains ou des protectorats en Afrique, pourront toutefois déléguer à des Compagnies munies de chartes, tout ou partie des engagements qu'elles assument en vertu de l'article 3. Elles demeurent néanmoins directement responsables des engagements qu'elles contractent par le présent Acte général et en garantissent l'exécution. || Les puissances promettent accueil, aide et protection aux associations nationales et aux initiatives individuelles qui voudraient coopérer dans leurs possessions à la répression de la traite, sous la réserve de leur autorisation préalable et révocable en tout temps, de leur direction et contrôle, et à l'exclusion de tout exercice de la souveraineté.

Article 5.

Les puissances contractantes s'obligent, à moins qu'il n'y soit pourvu déjà par des lois conformes à l'esprit du présent article, à édicter ou à proposer à leurs législatures respectives, dans le délai d'un an au plus tard à partir de la date de la signature du présent acte général, une loi rendant applicables, d'une part, les dispositions de leur législation pénale qui concernent les attentats graves envers les personnes, aux organisateurs et aux coopérateurs de chasses à l'homme, aux auteurs de la mutilation des adultes et des enfants mâles et à tous individus participant à la capture des esclaves par violence; et, d'autre part, les dispositions qui concernent les attentats à la liberté individuelle, aux convoyeurs, transporteurs et marchands d'esclaves. || Les coauteurs et complices des diverses catégories spécifiées ci-dessus, les capteurs et trafiquants d'esclaves, seront punis de peines proportionnées à celles encourues par les auteurs. || Les coupables qui se seraient soustraits à la juridiction des autorités du pays où les crimes ou délits auraient été commis, seront mis en état d'arrestation, soit sur communication des pièces de l'instruction de la part des autorités qui ont constaté les infractions, soit sur toute autre preuve de culpabilité, par les soins de la puissance sur le territoire de laquelle ils seront découverts, et tenus sans autre formalité à la disposition des tribunaux compétents pour les juger. || Les puissances se communiqueront, dans le plus bref délai possible, les lois et décrets existants ou promulgués en exécution du présent article.

Article 6.

Les esclaves libérés à la suite de l'arrestation ou de la dispersion d'un convoi à l'intérieur du continent, seront renvoyés, si les circonstances le permettent, dans leur pays d'origine, sinon l'autorité locale leur facilitera, autant que possible, les moyens de vivre, et, s'ils le désirent, de se fixer dans la contrée.

Article 7.

Tout esclave fugitif, qui, sur le continent, réclamera la protection des puissances signataires, devra l'obtenir et sera reçu dans les camps et stations

officiellement établis par elles ou à bord des bâtiments de l'Etat naviguant sur les lacs et rivières. Les stations et les bateaux privés ne sont admis à exercer le droit d'asile que sous la réserve du consentement préalable de l'Etat. Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Article 8.

L'expérience de toutes les nations qui ont des rapports avec l'Afrique ayant démontré le rôle pernicieux et prépondérant des armes à feu dans les opérations de la traite et dans les guerres intestines entre les tribus indigènes, et cette même expérience ayant prouvé manifestement que la conservation des populations africaines, dont les puissances ont la volonté expresse de sauvegarder l'existence, est une impossibilité radicale si des mesures restrictives du commerce des armes à feu et des munitions ne sont établies, les puissances décident, pour autant que le permet l'état actuel de leurs frontières, que l'importation des armes à feu et spécialement des armes rayées et perfectionnées, ainsi que de la poudre, des balles et des cartouches, est, sauf dans les cas et sous les conditions prévus dans l'article suivant, interdite dans les territoires compris entre le 20e parallèle nord et le 22e parallèle sud et aboutissant vers l'ouest à l'océan Atlantique, vers l'est à l'océan Indien et ses dépendances, y compris les îles adjacentes au littoral jusqu'à 100 milles marins de la côte.

Article 9.

L'introduction des armes à feu et de leurs munitions, lorsqu'il y aura lieu de l'autoriser dans les possessions des puissances signataires qui exercent des droits de souveraineté ou de protectorat en Afrique, sera réglée, à moins qu'un régime identique ou plus rigoureux n'y soit déjà appliqué, de la manière suivante, dans la zone déterminée par l'article 8. || Toutes armes à feu importées devront être déposées, aux frais, risques et périls des importateurs, dans un entrepôt public placé sous le contrôle de l'administration de l'Etat. Aucune sortie d'armes à feu ni de munitions importées ne pourra avoir lieu des entrepôts sans l'autorisation préalable de l'administration. Cette autorisation, sauf les cas spécifiés ci-après, refusée pour la sortie de toutes armes de précision telles que fusils rayés, à magasin, ou se chargeant par la culasse, entières ou en pièces détachées, de leurs cartouches, des capsules ou d'autres munitions destinées à les approvisionner. || Dans les ports de mer et sous les conditions offrant les garanties nécessaires, les gouvernements respectivs pourront admettre aussi les entrepôts particuliers, mais seulement pour la poudre ordinaire et les fusils à silex et à l'exclusion des armes perfectionnées et de leurs munitions. || Indépendamment des mesures prises directement par les gouvernements pour l'armement de la force publique et l'organisation de leur défense, des exceptions pourront être admises à titre individuel, pour des personnes offrant une garantie suffisante que l'arme et les munitions qui leur seraient délivrées ne seront pas données, cédées ou vendues à des tiers, et pour les voyageurs munis d'une déclaration de leur gouvernement constatant

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

que l'arme et ses munitions sont exclusivement destinées à leur défense personnelle. || Toute arme, dans les cas prèvus par le paragraph précédent, sera enregistrée et marquée par l'autorité préposée au contrôle, qui délivrera aux personnes dont il s'agit des permis de port d'arme, indiquant le nom du porteur et l'estampille de laquelle l'arme est marquée. Ces permis, révocables en cas d'abus constaté, ne seront délivrés que pour cinq ans, mais pourront être renouvelés. || La règle ci-dessus établie de l'entrée en dépôt s'appliquera également à la poudre. || Ne pourront être retirés des entrepôts pour être mis en vente que les fusils à silex non rayés ainsi que les poudres communes dites de traite. A chaque sortie d'armes et de munitions de cette nature destinées à la vente, les autorités locales détermineront les régions où ces armes et munitions pourront être vendues. Les régions atteintes par la traite seront toujours exclues. Les personnes autorisées à faire sortir des armes ou de la poudre des entrepôts s'obligeront à présenter à l'administration, tous les six mois, des listes détaillées indiquant les destinations qu'ont reçues lesdites armes à feu et les poudres déjà vendues, ainsi que les quantités qui restent en magasin.

Article 10.

Les gouvernements prendront toutes les mesures qu'ils jugeront nécessaires pour assurer l'exécution aussi complète que possible des dispositions relatives à l'importation, à la vente et au transport des armes à feu et des munitions, ainsi qne pour en empêcher soit l'entrée et la sortie par leurs frontières intérieures, soit le passage sur les régions où sévit la traite. || L'autorisation de transit ne pourra être refusée, dans les limites de la zone spécifiée, lorsque les armes et munitions doivent passer à travers le territoire d'une puissance signataire ou adhérente occupant la côte vers des territoires à l'intérieur placés sous la souveraineté ou le protectorat d'une autre puissance signataire ou adhérente, à moins que cette dernière n'ait un accès direct à la mer par son propre territoire. Si cet accès était complètement interrompu, l'autorisation de transit ne pourra non plus être refusée. Toute demande de transit doit être accompagnée d'une déclaration émanée du gouvernement de la puissance ayant des possessions à l'intérieur, et certifiant que lesdites armes et munitions ne sont pas destinées à la vente, mais à l'usage des autorités de puissance ou de la force militaire nécessaire pour la protection des stations de missionnaires ou de commerce ou bien des personnes désignées nominativement dans la déclaration. Toutefois, la puissance territoriale de la côte se réserve le droit d'arrêter, exceptionnellement et provisoirement, le transit des armes et des munitions à travers son territoire si, par suite de troubles à l'intérieur ou d'autres graves dangers, il y avait lieu de craindre que l'envoi des armes et munitions ne pût compromettre sa propre sécurité*).

*) Il nous revient aussi que par rapport à l'application du deuxième alinéa de l'article 10 à certains cas, le représentant du Portugal a maintenu des réserves importantes, réserves qui sont insérées aux protocoles.

Article 11.

Les puissances se communiqueront les renseignements relatifs au trafic des armes à feu et des munitions, aux permis accordés ainsi qu'aux mesures de répression appliquées dans leurs territoires respectifs.

Article 12.

Les puissances s'engagent à adopter ou à proposer à leurs législatures respectives les mesures nécessaires afin que les contrevenants aux défenses établies par les articles 8 et 9 soient partout punis, ainsi que leurs complices, outre la saisie et la confiscation des armes et munitions prohibées, soit de l'amende, soit de l'emprisonnement, soit de ces deux peines réunies proportionnellement à l'importance de l'infraction et suivant la gravité de chaque cas.

Article 13.

Les puissances signataires qui ont en Afrique des possessions en contact avec la zone spécifiée à l'article 8, s'engagent à prendre les mesures nécessaires pour empêcher l'introduction des armes à feu, des munitions, par leurs frontières intérieures, dans les régions de ladite zone, tout au moins celle des armes perfectionnées et des cartouches.

Article 14.

Le régime stipulé aux articles 8 et 13 inclusivement restera en vigueur pendant douze ans. Dans le cas où aucune des parties contractantes n'aurait, douze mois avant l'expiration de cette période, notifié son intention d'en faire cesser les effets, ni demandé la revision, il continuera de rester obligatoire pendant deux ans, et ainsi de suite, de deux en deux ans.

Chapitre II.

Route des caravanes et transports d'esclaves par terre.

Article 15.

Indépendamment de leur action répressive ou protectrice aux foyers de la traite, les stations, croisières et postes dont l'établissement est prévu à l'article 2 et toutes autres stations établies ou reconnues aux termes de l'article 4 par chaque gouvernement dans ses possessions, auront en outre pour mission de surveiller, autant que les circonstances le permettront, et au fur et à mesure du progrès de leur organisation administrative, les routes suivies sur leur territoire par les trafiquants d'esclaves, d'y arrêter les convois en marche ou de les poursuivre partout où leur action pourra s'exercer légalement.

Article 16.

Dans les régions du littoral connues comme servant de lieux habituels de passage ou de points d'aboutissement aux transports d'esclaves venant de l'intérieur, ainsi qu'aux points de croisement des principales routes de caravanes traversant la zone voisine de la côte déjà soumise à l'action des puis-

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

sances souveraines ou protectrices, des postes seront établis dans les conditions et sous les réserves mentionnées à l'article 3 par les autorités dont relèvent les territoires, à l'effet d'intercepter les convois et de libérer les esclaves.

Article 17.

Une surveillance rigoureuse sera organisée par les autorités locales dans les ports et les contrées avoisinant la côte, à l'effet d'empêcher la mise en vente et l'embarquement des esclaves amenés de l'intérieur, ainsi que la formation et le départ vers l'intérieur des bandes de chasseurs à l'homme et des marchands d'esclaves. || Les caravanes débouchant à la côte ou dans son voisinage, ainsi que celles aboutissant à l'intérieur dans une localité occupée par les autorités de la puissance territoriale, seront, dès leur arrivée, soumises à un contrôle minutieux quant à la composition de leur personnel. Tout individu qui serait reconnu avoir été capturé ou enlevé de force ou mutilé, soit dans son pays natal, soit en route, sera mis en liberté.

Article 18.

Dans les possessions de chacune des puissances contractantes, l'administration aura le devoir de protéger les esclaves libérés, de les rapatrier, si c'est possible, de leur procurer des moyens d'existence et de pourvoir en particulier à l'éducation et à l'établissement des enfants délaissés.

Artikel 19.

Les dispositions pénales prévues à l'article 5 seront rendues applicables à tous les actes criminels et délictueux accomplis au cours des opérations qui ont pour objet le transport et le trafic des esclaves par terre, à quelque moment que ces actes soient constatés. || Tout individu qui aurait encouru une pénalité à raison d'une infraction prévue par le présent acte général, sera soumis à l'obligation de fournir un cautionnement avant de pouvoir entreprendre une opération commerciale dans les pays où se pratique la traite.

Chapitre III.

Répression de la traite sur mer.

§ I. — *Dispositions générales.*

Article 20.

Les puissances signataires reconnaissent l'opportunité de prendre d'un commun accord des dispositions ayant pour objet d'assurer plus efficacement la répression de la traite dans la zone maritime où elle existe encore.

Article 21.

Cette zone s'étend entre, d'une part, les côtes de l'océan Indien (y compris le golfe Persique et la mer Rouge) depuis le Belouchistan jusqu'à la pointe de Tangalane (Quilimane) et, d'autre part, une ligne conventionnelle qui suit d'abord le méridien de Tangalane jusqu'au point de rencontre avec le 26°

de latitude sud, se confond ensuite avec ce parallèle, puis contourne l'île de Madagascar par l'est en se tenant à 20 milles de la côte orientale et septentrionale, jusqu'à son intersection avec le méridien du cap d'Ambre. De ce point, la limite de la zone est déterminée par une ligne oblique qui va rejoindre la côte du Belouchistan, en passant à 20 milles au large du cap Raz-el-Had.

Article 22.

Les puissances signataires du présent Acte général, entre lesquelles il existe des conventions particulières pour la suppression de la traite, se sont mises d'accord pour restreindre les clauses de ces conventions concernant le droit réciproque de visite, de recherche et de saisie des navires de mer, à la zone susdite.

Article 23.

Les mêmes puissances sont également d'accord pour limiter le droit susmentionné aux navires d'un tonnage inférieur à 500 tonneaux. || Cette stipulation sera revisée dès que l'expérience en aura démontré la nécessité.

Article 24.

Toutes les autres dispositions des conventions conclues entre lesdites puissances pour la suppression de la traite restent en vigueur pour autant qu'elles ne seront pas modifiées par le présent Acte général.

Article 25.

Les puissances signataires s'engagent à prendre des mesures efficaces pour prévenir l'usurpation de leur pavillon et pour empêcher le transport des esclaves sur les bâtiments autorisés à arborer leurs couleurs.

Article 26.

Les puissances signataires s'engagent à prendre toutes les mesures nécessaires pour faciliter le prompt échange des renseignements propres à amener la découverte des personnes qui se livrent aux opérations de la traite.

Article 27.

Un bureau international au moins sera créé; il sera établi à Zanzibar. Les hautes parties s'engagent à lui faire parvenir tous les documents spécifiés à l'article 41, ainsi que les renseignements de toute nature susceptibles d'aider à la répression de la traite.

Article 28.

Tout esclave qui se sera réfugié à bord d'un navire de guerre sous pavillon d'une des puissances signataires sera immédiatement et définitivement affranchi, sans que cet affranchissement puisse le soustraire à la juridiction compétente, s'il a commis un crime ou délit de droit commun.

Article 29.

Tout esclave retenu contre son gré à bord d'un bâtiment indigène aura le droit de réclamer sa liberté. || Son affranchissement pourra être prononcé

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

par tout agent d'une des puissances signataires, à qui le présent Acte général confère le droit de contrôler l'état des personnes à bord desdits bâtiments, sans que cet affranchissement puisse le soustraire à la juridiction compétente, si un crime ou délit de droit commun a été commis par lui.

§ 2. — *Règlement concernant l'usage du pavillon et la surveillance des croiseurs.*

1. — Règles pour la concession du pavillon aux bâtiments indigènes, le rôle de l'équipage et le manifeste des passages noirs.

Article 30.

Les puissances signataires s'engagent à exercer une surveillance rigoureuse sur les bâtiments indigènes autorisés à porter leur pavillon dans la zone indiquée à l'article 21, et sur les opérations commerciales effectuées par ces bâtiments.

Article 31.

La qualification de bâtiment indigène s'applique aux navires qui remplissent une des deux conditions suivantes:

1) Présenter les signes extérieurs d'une construction ou d'un gréement indigène;

2) Etre monté par un équipage dont le capitaine et la majorité des matelots soient originaires d'un des pays baignés par les eaux de l'océan Indien, de la mer Rouge ou du golfe Persique.

Article 32.

L'autorisation d'arborer le pavillon d'une desdites puissances ne sera accordée à l'avenir qu'aux bâtiments indigènes qui satisferont à la fois aux trois conditions suivantes:

1) Les armateurs ou propriétaires devront être sujets ou protégés de la puissance dont ils demandent à porter les couleurs;

2) Ils seront tenus d'établir qu'ils possèdent des biens-fonds dans la circonscription de l'autorité à qui est addressée leur demande, ou de fournir une caution solvable pour la garantie des amendes qui pourraient être éventuellement encourues;

3) Lesdits armateurs ou propriétaires, ainsi que le capitaine du bâtiment, devront fournir la preuve qu'ils jouissent d'une bonne réputation et notamment n'avoir jamais été l'objet d'une condamnation pour faits de traite.

Article 33.

L'autorisation accordée doit être renouvelée chaque année. Elle pourra toujours être suspendue ou retirée par les autorités de la puissance dont le bâtiment porte les couleurs.

Article 34.

L'acte d'autorisation portera les indications nécessaires pour établir l'identité du navire. Le capitaine en sera détenteur. Le nom du bâtiment indi-

gène et l'indication de son tonnage devront être incrustés et peints en caractères latins à la proue; et *la ou les* lettres initiales de son port d'attache, ainsi que le numéro d'enregistrement dans la série des numéros de ce port, seront imprimés en noir sur les voiles.

Article 35.

Un rôle d'équipage sera délivré au capitaine du bâtiment au port de départ par l'autorité de la puissance dont il porte le pavillon. Il sera renouvelé à chaque armement du bâtiment ou, plus tard, au bout d'une année, et conformément aux dispositions suivantes:

1) Le rôle sera, au moment du départ, visé par l'autorité qui l'a délivré;

2) Aucun noir ne pourra être engagé comme matelot sur un bâtiment sans qu'il ait été préalablement interrogé par l'autorité de la puissance dont ce bâtiment porte le pavillon ou, à défaut de celle-ci, par l'autorité territoriale, à l'effet d'établir qu'il contracte un engagement libre;

3) Cette autorité tiendra la main à ce que la proportion des matelots ou mousses ne soit pas anormale par rapport au tonnage ou au grèement des bâtîments;

4) L'autorité qui aura interrogé les hommes préalablement à leur départ les inscrira sur le rôle d'équipage, où ils figureront avec le signalement sommaire de chacun d'eux en regard de son nom;

5) Afin d'empêcher plus sûrement les substitutions, les matelots pourront en outre être pourvus d'une marque distinctive.

Article 36.

Lorsque le capitaine d'un bâtiment désirera embarquer des passagers noirs, il devra en faire la déclaration à l'autorité de la puissance dont il porte le pavillon ou, à défaut de celle-ci, à l'autorité territoriale. Les passagers seront interrogés, quand il aura été constaté qu'ils s'embarquent librement, ils seront inscrits sur un manifeste spécial donnant le signalement de chacun d'eux en regard de son nom, et indiquant notamment le sexe et la taille. Les enfants noirs ne pourront être admis comme passagers qu'autant qu'ils seront accompagnés de leurs parents ou de personnes dont l'honorabilité serait notoire. Au départ, le manifeste des passagers sera visé par l'autorité indiquée ci-dessus, après qu'il aura été procédé à un appel. S'il n'y a pas de passagers à bord, mention expresse en sera faite sur le rôle d'équipage.

Article 37.

A l'arrivée dans tout port de relâche ou de destination, le capitaine du bâtiment produira devant l'autorité de la puissance dont il porte le pavillon ou, à défaut de celle-ci, devant l'autorité territoriale, le rôle d'équipage et, s'il y a lieu, les manifestes de passagers antérieurement délivrés. L'autorité contrôlera les passagers arrivés à destination ou s'arrêtant dans un port de relâche, et fera mention de leur débarquement sur le manifeste. Au départ,

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

la même autorité opposera de nouveau son visa au rôle et au manifeste, et fera l'appel des passagers.

Article 38.

Sur le littoral africain et dans les îles adjacentes, aucun passager noir ne sera embarqué à bord d'un bâtiment indigène hors d'une localité où réside une autorité relevant d'une des puissances signataires. || Dans toute l'étendue de la zone prévue à l'article 21, aucun passager noir ne pourra être débarqué d'un bâtiment indigène, hors d'une localité où réside une autorité relevant d'une des hautes parties contractantes et sans que cette autorité assiste au débarquement. || Les cas de force majeure qui auraient déterminé l'infraction à ces dispositions devront être examinés par l'autorité de la puissance dont le bâtiment porte les couleurs ou, à défaut de celle-ci, par l'autorité territoriale du port dans lequel le bâtiment inculpé fera relâche.

Article 39.

Les prescriptions des articles 35, 36, 37 et 38 ne sont pas applicables aux bateaux non pontés entièrement, ayant un maximum de dix hommes d'équipage et qui satisferont à l'une des deux conditions suivantes:

1) S'adonner exclusivement à la pêche dans les eaux territoriales;

2) Se livrer au petit cabotage entre les différents ports de la même puissance territoriale, sans s'éloigner de la côte à plus de cinq milles. || Ces différents bateaux recevront, suivant les cas de l'autorité territoriale ou de l'autorité consulaire, une licence spéciale renouvelable chaque année et révocable dans les conditions prévues à l'article 41 et dont le modèle uniforme, annexé au présent Acte général, sera communiqué au Bureau international de renseignements.

Article 40.

Tout acte ou tentative de traite légalement constaté à la charge du capitaine armateur ou propriétaire d'un bâtiment, autorisé à porter le pavillon d'une des puissances signataires ou ayant obtenu la licence prévue à l'article 39, entrainera le retrait immédiat de cette autorisation ou de cette licence. Toutes les infractions aux perscriptions du paragraphe 2 du chapitre III seront punies, en outre des pénalités édictées par les lois et ordonnances spéciales à chacune des puissances contractantes.

Article 41.

Les puissances signataires s'engagent à déposer au Bureau international de renseignements les modèles types des documents ci-après:

1) Titre autorisant le port du pavillon;

2) Rôle d'équipage;

3) Manifeste des passagers noirs.

Ces documents, dont la teneur peut varier suivant les règlements propres à chaque pays, devront renfermer obligatoirement les renseignements suivants libellés dans une langue européenne:

I. En ce qui concerne l'autorisation de porter le pavillon: || *a.* Le nom, le tonnage, le gréement et les dimensions principales du bâtiment; || *b.* Le numéro d'inscription et la lettre signalétique du port d'attache; || *c.* La date de l'obtention du permis et la qualité du fonctionnaire qui l'a délivré.

II. En ce qui concerne le rôle d'équipage: || *a.* Le nom du bâtiment, du capitaine et de l'armateur ou des propriétaires; || *b.* Le tonnage du bâtiment; || *c.* Le numéro d'inscription et le port d'attache du navire, sa destination, ainsi que les renseignements spécifiés à l'article 25.

III. En ce qui concerne le manifeste des passagers noirs: || Le nom du bâtiment qui les transporte et les renseignements indiqués à l'article 36 et destinés à bien identifier les passagers. || Les puissances signataires prendront les mesures nécessaires pour que les autorités territoriales ou leurs consuls envoient au même bureau des copies certifiées de toute autorisation d'arborer leur pavillon, dès qu'elle aura été accordée, ainsi qu'avis du retrait dont ces autorisations auraient été l'objet. || Les dispositions du présent article ne concernent que les papiers destinés aux bâtiments indigènes.

2. — De l'arrêt de bâtiments suspects.

Article 42.

Lorsque les officiers commandant les bâtiments de guerre de l'une des puissances signataires auront lieu de croire qu'un bâtiment d'un tonnage inférieur à 500 tonneaux et rencontré dans la zone ci-dessus indiquée, se livre à la traite ou est coupable d'une usurpation de pavillon, ils pourront recourir à la vérification des papiers à bord. || Le présent article n'implique aucun changement à l'état de choses actuel en ce qui concerne la juridiction dans les eaux territoriales.

Article 43.

Dans ce but, un canot, commandé par un officier de vaisseau en uniforme, pourra être envoyé à bord du navire suspect, après qu'on l'aura hélé pour lui donner avis de cette intention. || L'officier envoyé à bord du navire arrêté devra procéder avec tous les égards et tous les ménagements possibles.

Article 44.

La vérification des papiers consistera dans l'examen des pièces suivantes:

1) En ce qui concerne les bâtiments indigènes, les papiers mentionnés à l'article 41.

2) En ce qui concerne les autres bâtiments, les pièces stipulées dans les différents traités ou conventions maintenus en vigueur. || La vérification des papiers de bord n'autorise l'appel de l'équipage et des passagers que dans les cas et suivant les conditions prévus à l'article suivant.

Article 45.

L'enquête sur le chargement du bâtiment ou la visite ne peut avoir lieu qu'à l'égard des bâtiments naviguant sous le pavillon d'une des puissances qui

ont conclu ou viendraient à conclure les conventions particulières visées à l'article 22 et conformément aux prescriptions de ces conventions.

Article 46.

Avant de quitter le bâtiment arrêté, l'officier dressera un procès-verbal suivant les formes et dans la langue en usage dans le pays auquel il appartient. || Ce procès-verbal doit être daté et signé par l'officier et constater les faits. || Le capitaine du navire arrêté, ainsi que les témoins, auront le droit de faire ajouter au procès-verbal toutes explications qu'ils croiront utiles.

Article 47.

Le commandant d'un bâtiment de guerre qui aurait arrêté un navire sous pavillon étranger doit, dans tous les cas, faire un rapport à son gouvernement en indiquant les motifs qui l'ont fait agir.

Article 48.

Un résumé de ce rapport, ainsi qu'une copie du procès-verbal dressé par l'officier à bord du navire arrêté, seront, le plus tôt possible, expédiés au bureau international de renseignements, qui en donnera communication à l'autorité consulaire ou territoriale la plus proche de la puissance dont le navire arrêté en route a arboré le pavillon. Des doubles de ces documents seront conservés aux archives du bureau.

Article 49.

Si par suite de l'accomplissement des actes de contrôle mentionnés dans les articles précédents, le croiseur est convaincu qu'un fait de traite a été commis à bord durant la traversée ou qu'il existe des preuves irrécusables contre le capitaine ou l'armateur pour l'accuser d'usurpation de pavillon, de fraude ou de participation à la traite, il conduira le bâtiment arrêté dans le port de la zone le plus rapproché où se trouve une autorité compétente de la puissance dont le pavillon a été arboré. || Chaque puissance signataire s'engage à désigner dans la zone et à faire connaître au bureau international de renseignements les autorités territoriales ou consulaires ou les délégués spéciaux qui seraient compétents dans les cas visés ci-dessus. || Le bâtiment soupçonné peut également être remis à un croiseur de sa nation, si ce dernier consent à en prendre charge.

3. — De l'enquête et du jugement des bâtiments saisis.

Article 50.

L'autorité visée à l'article précédent, à laquelle le navire arrêté a été remis, procédera à une enquête complète, selon les lois et règlements de sa nation, en présence d'un officier du croiseur étranger.

Article 51.

S'il résulte de l'enquête qu'il y a eu usurpation du pavillon, le navire arrêté restera à la disposition du capteur.

Article 52.

Si l'enquête établit un fait de traite défini par la présence à bord d'esclaves destinés à être vendus ou d'autres faits prévus par les conventions particulières, le navire et sa cargaison demeurent sous séquestre à la garde de l'autorité qui a dirigé l'enquête. || Le capitaine et l'équipage seront déférés aux tribunaux désignés aux articles 54 et 56. Les esclaves seront mis en liberté après qu'un jugement aura été rendu. || Dans les cas prévus par cet article, il sera disposé des esclaves libérés conformément aux conventions particulières conclues ou à conclure entre les puissances signataires. A défaut de ces conventions, lesdits esclaves pourront être remis à l'autorité locale, pour être renvoyés, si c'est possible, à leur pays d'origine, sinon cette autorité leur facilitera, autant qu'il dépendra d'elle, les moyens de vivre, et, s'ils le désirent, de se fixer dans la contrée.

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Article 53.

Si l'enquête prouve que le bâtiment est arrêté illégalement, il y aura lieu de plein droit à une indemnité proportionnelle au préjudice éprouvé par le bâtiment détourné de sa route. || La quotité de cette indemnité sera fixée par l'autorité qui a dirigé l'enquête.

Article 54.

Dans le cas où l'officier du navire capteur n'accepterait pas les conclusions de l'enquête effectuée en sa présence, la cause serait, de plein droit, déférée au tribunal dont le bâtiment capturé aurait arboré les couleurs. || Il ne sera fait d'exception à cette règle que dans le cas où le différend porterait sur le chiffre de l'indemnité stipulée à l'article 53, lequel sera fixé par voie d'arbitrage, ainsi qu'il est spécifié à l'article suivant.

Article 55.

L'officier capteur et l'autorité qui aura dirigé l'enquête désigneront chacun dans les quarante-huit heures un arbitre, et les deux arbitres choisis auront eux-mêmes vingt-quatre heures pour désigner un sur-arbitre. Les arbitres devront être choisis, autant que possible, parmi les fonctionnaires diplomatiques, consulaires ou judiciaires des puissances signataires. Les indigènes se trouvant à la solde des gouvernements contractants sont formellement exclus. La décision est prise à la majorité des voix. Elle doit être reconnue comme définitive. || Si la juridiction arbitrale n'est pas constituée dans les délais indiqués, il sera procédé, pour l'indemnité comme pour les dommages-intérêts, conformément aux dispositions de l'article 58, paragraphe 2.

Article 56.

Les causes sont déférées, dans le plus bref délai possible, au tribunal de la nation dont les prévenus ont arboré les couleurs. Cependant les consuls ou toute autre autorité de la même nation que les prévenus, spécialement

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

commissionnés à cet effet, peuvent être autorisés par leur gouvernement à rendre les jugements aux lieu et place des tribunaux.

Article 57.

La procédure et le jugement des infractions aux dispositions du chapitre III auront toujours lieu aussi sommairement que le permettent les lois et règlements en vigueur dans les territoires soumis à l'autorité des puissances signataires.

Article 58.

Tout jugement du tribunal national ou des autorités visées à l'article 61 déclarant que le navire arrêté ne s'est point livré à la traite sera exécuté sur le champ, et pleine liberté sera rendue au navire de continuer sa route. || Dans ce cas, le capitaine ou l'armateur du navire arrêté sans motif légitime de suspicion ou ayant été soumis à des vexations aura le droit de réclamer des dommages-intérêts dont le montant serait fixé de commun accord entre les gouvernements directement intéressés ou par voie d'arbitrage, et payé dans le délai de six mois à partir de la date du jugement qui a acquitté la prise.

Article 59.

En cas de condamnation, le navire séquestré sera déclaré de bonne prise au profit du capteur. || Le capitaine, l'équipage et toutes autres personnes reconnus coupables seront punis, selon la gravité des crimes ou délits commis par eux, et conformément à l'article 5.

Article 60.

Les dispositions des articles 50 à 59 ne portent aucune atteinte ni à la compétence ni à la procédure des tribunaux spéciaux existants ou de ceux à créer pour connaître des faits de traite.

Article 61.

Les hautes parties contractantes s'engagent à se communiquer réciproquement les instructions qu'elles donneront, en exécution des dispositions du chapitre 3, aux commandants de leurs bâtiments de guerre naviguant dans les mers de la zone indiquée.

Chapitre IV.

Pays de destination dont les institutions comportent l'existence de l'esclavage domestique.

Article 62.

Les puissances contractantes dont les institutions comportent l'existence de l'esclavage domestique, et dont, par suite de ce fait, les possessions, situées dans ou hors l'Afrique, servent, malgré la vigilance des autorités, de lieux de destination aux esclaves africains, s'engagent à en prohiber l'importation, le transit, la sortie ainsi que le commerce. La surveillance, la plus active et la plus sévère possible, sera organisée par elles sur tous les points où s'opèrent l'entrée, le passage et la sortie des esclaves africains.

Article 63.

Les esclaves libérés en exécution de l'article précédent seront, si les circonstances le permettent, renvoyés dans leur pays d'origine. Dans tous les cas, ils recevront des lettres d'affranchissement des autorités compétentes et auront droit à leur protection et à leur assistance afin de trouver des moyens d'existence.

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Article 64.

Tout esclave fugitif arrivant à la frontière d'une des puissances mentionnées à l'article 42 sera réputé libre et sera en droit de réclamer des autorités compétentes des lettres d'affranchissement.

Article 65.

Toute vente ou transaction dont les esclaves visés aux articles 63 et 64 auraient été l'objet par suite de circonstances quelconques, sera considérée comme nulle et non avenue.

Article 66.

Les navires indigènes portant le pavillon d'un des pays mentionnés à l'article 62, s'il existe des indices qu'ils se livrent à des opérations de traite, seront soumis par les autorités locales, dans les ports qu'ils fréquentent, à une vérification rigoureuse de leur équipage et des passagers, tant à l'entrée qu'à la sortie. En cas de présence à bord d'esclaves africains, il sera procédé judiciairement contre le bâtiment et contre toutes personnes qu'il y aura lieu d'inculper. Les esclaves trouvés à bord recevront des lettres d'affranchissement par les soins des autorités qui auront opéré la saisie des navires.

Article 67.

Des dispositions pénales en rapport avec celles prévues par l'article 5 seront édictées contre les importateurs, transporteurs et marchands d'esclaves africains, contre les auteurs de mutilation d'enfants ou d'adultes mâles et ceux qui en trafiquent, ainsi que contre leurs co-auteurs et complices.

Article 68.

Les puissances signataires reconnaissent la haute valeur de la loi sur la prohibition de la traite des noirs, sanctionnée par Sa Majesté l'empereur des Ottomans le 4/16 décembre 1889 (22 Rebi ul Akhir 1307), et elles sont assurées qu'une surveillance active sera organisée par les autorités ottomanes particulièrement sur la côte occidentale de l'Arabie et sur les routes qui mettent sur la côte occidentale de l'Arabie et sur les routes qui mettent cette côte en communication avec les autres possessions de Sa Majesté Impériale en Asie.

Article 69.

Sa Majesté le shah de Perse consent à organiser une surveillance active dans les eaux territoriales et sur celles des côtes du golfe Persique et du golfe d'Oman, qui sont placées sous sa souveraineté, ainsi que les routes in-

Nr. 10804. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

térieures qui servent au transport des esclaves. Les magistrats et les autres autorités recevront à cet effet les pouvoirs nécessaires.

Article 70.

Sa Hautesse le sultan de Zanzibar consent à prêter son concours le plus efficace pour la répression des crimes et délits commis par les trafiquants d'esclaves africains sur terre comme sur mer. Les tribunaux institués à cette fin dans le sultanat de Zanzibar appliqueront strictement les dispositions pénales prévues à l'article 5. Afin de mieux assurer la liberté des esclaves libérés, tant en vertu des dispositions du présent Acte général que des décrets rendus en cette matière par sa Hautesse et ses prédécesseurs, un bureau d'affranchissement sera établi à Zanzibar.

Article 71.

Les agents diplomatiques et consulaires et les officiers de marine des puissances contractantes prêteront, dans les limites des conventions existantes, aux autorités locales leur concours afin d'aider à réprimer la traite là où elle existe encore; ils auront le droit d'assister aux procès de traite qu'ils auront provoqués sans pouvoir prendre part à la délibération.

Article 72.

Des bureaux d'affranchissement ou des institutions qui en tiennent lieu, seront organisés par les administrations des pays de destination des esclaves africains aux fins déterminées à l'article 18.

Article 73.

Les puissances signataires s'étant engagées à se communiquer tous les renseignements utiles pour combattre la traite, les gouvernements que concernent les dispositions du présent chapitre, échangeront périodiquement avec les autres gouvernements les données statistiques relatives aux esclaves arrêtés et libérés, ainsi que les mesures législatives ou administratives prises afin de réprimer la traite.

Chapitre V.

Institutions destinées à assurer l'exécution de l'acte général.

§ 1. — *Du bureau international maritime.*

Article 74.

Conformément aux dispositions de l'article 27, il est institué à Zanzibar un bureau international où chacune des puissances signataires pourra se faire représenter par un délégué.

Article 75.

Le bureau sera constitué dès que trois puissances auront désigné leur représentant. || Il élaborera un réglement fixant le mode d'exercice de ses attributions. Ce règlement sera immédiatement soumis à la sanction des puissances

signataires qui auront notifié leur intention de s'y faire représenter et qui statueront à cet égard dans le plus bref délai possible.

Article 76.

Les frais de cette institution seront répartis, à parts égales, entre les puissances signataires mentionnées à l'article précédent.

Article 77.

Le bureau de Zanzibar aura pour mission de centraliser tous les documents et renseignements qui seraient de nature à faciliter la répression de la traite de la zone maritime. || A cet effet, les puissances signataires s'engagent à lui faire parvenir dans le plus bref délai possible:

1) Les documents spécifiés à l'article 61;

2) Le résumé des rapports et la copie des procès-verbaux visés à l'article 48;

3) La liste des autorités territoriales ou consulaires et des délégués spéciaux compétents pour procéder à l'égard des bâtiments arrêtés, aux termes de l'article 49;

4) La copie des jugements et arrêts de condamnation rendus conformément à l'article 58;

5) Tous les renseignements propres à amener la découverte des personnes qui se livrent aux opérations de la traite dans la zone susdite.

Article 78.

Les archives du bureau seront toujours ouvertes aux officiers de la marine des puissances signataires autorisées à agir dans les limites de la zone définie à l'article 21, de même qu'aux autorités territoriales ou judiciaires et aux consuls spécialement désignés par leurs gouvernements. || Le bureau devra fournir aux officiers et agents étrangers autorisés à consulter ses archives, les traductions en une langue européenne des documents qui seraient rédigés dans une langue orientale. || Il fera les communications prévues à l'article 48.

Article 79.

Des bureaux auxiliaires en rapport avec le bureau de Zanzibar pourront être établis dans certaines parties de la zone, en vertu d'un accord préalable entre les puissances intéressées. || Ils seront composés des délégués de ces puissances et établis conformément aux articles 75, 76 et 78. || Les documents et renseignements spécifiés à l'article 77, en tant qu'ils concernent la partie afférente de la zone, leur seront envoyés directement par les autorités territoriales et consulaires de cette région, sans préjudice de la communication au bureau de Zanzibar prévue par le même article.

Article 80.

Le bureau de Zanzibar dressera, dans les deux premiers mois de chaque année, un rapport sur ses opérations et celles des bureaux auxiliaires pendant l'année écoulée.

§. II. — *De l'échange entre les gouvernements des documents et renseignements relatifs à la traite.*

Article 81.

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Les puissances se communiqueront dans la plus large mesure et le plus bref délai qu'elles jugeront possibles:

1) Le texte des lois et règlements d'administration existants ou édictés par application des clauses du présent Acte général;

2) Les renseignements statistiques concernant la traite, les esclaves arrêtés et libérés, le trafic des armes, des munitions et des alcools.

Article 82.

L'échange de ces documents et renseignements sera centralisé dans un bureau spécial rattaché au département des affaires étrangères à Bruxelles.

Article 83.

Le bureau de Zanzibar lui fera parvenir chaque année le rapport mentionné à l'article 80 sur ses opérations pendant l'année écoulée et sur celles des bureaux auxiliaires qui viendraient à être établis conformément à l'article 79.

Article 84.

Les documents et renseignements seront réunis et publiés périodiquement et adressés à toutes les puissances signataires. Cette publication sera accompagnée chaque année d'une table analytique des documents législatifs, administratifs et statistiques mentionnés aux articles 81 et 83.

Article 85.

Les frais de bureau, de correspondance, de traduction et d'impression qui en résulteront seront supportés, à parts égales, par toutes les puissances signataires et recouvrés par les soins du département des affaires étrangères à Bruxelles.

§. III. — *De la protection des esclaves libérés.*

Article 86.

Les puissances signataires ayant reconnu le devoir de protéger les esclaves libérés dans leurs possessions respectives s'engagent à établir, s'il n'en existe déjà, dans les ports de la zone déterminée à l'article 21, et dans les endroits de leurs dites possessions, qui seraient des lieux de capture, de passage et d'arrivée d'esclaves africains, des bureaux ou des institutions en nombre jugé suffisant par elles et qui seront chargés spécialement de les affranchir et de les protéger, conformément aux dispositions des articles 6, 18, 52, 63 et 66.

Article 87.

Les bureaux d'affranchissement ou les autorités chargées de ce service délivreront les lettres d'affranchissement et en tiendront registre. ‖ En cas de

dénonciation d'un fait de traite ou de détention illégale, ou sur le recours des esclaves eux-mêmes, lesdits bureaux ou autorités feront toutes les diligences nécessaires pour assurer la libération des esclaves et la punition des coupables. || La remise des lettres d'affranchissement ne saurait en aucun cas être retardée, si l'esclave est accusé d'un crime ou délit de droit commun. Mais après la délivrance desdites lettres, il sera procédé à l'instruction en la forme établie par la procédure ordinaire.

Article 88.

Les puissances signataires favoriseront, dans leurs possessions, la fondation d'établissements de refuge pour les femmes et d'éducation pour les enfants libérés.

Article 89.

Les esclaves affranchis pourront toujours recourir aux bureaux pour être protégés dans la jouissance de leur liberté. || Quiconque aura usé de fraude ou de violence pour enlever à un esclave libéré ses lettres d'affranchissement, ou pour le priver de sa liberté, sera considéré comme marchand d'esclaves.

Chapitre VI.

Mesures restrictives du trafic des spiritueux.

Article 90.

Justement préoccupées des conséquences morales et matérielles qu'entraîne pour les populations indigènes l'abus des spiritueux, les puissances signataires sont convenues d'appliquer les dispositions des articles 91, 92 et 93, dans une zone délimitée par le 20° latitude nord et par le 22° latitude sud et aboutissant vers l'ouest à l'océan Atlantique et vers l'est à l'océan Indien et à ses dépendances, y compris les îles adjacentes au littoral jusqu'à 100 milles marins de la côte.

Article 91.

Dans les régions de cette zone où il sera constaté que, soit à raison des croyances religieuses, soit pour d'autres motifs, l'usage des boissons distillées n'existe pas ou ne s'est pas développé, les puissances en prohiberont l'entrée. La fabrication des boissons destillées y sera également interdite. || Chaque puissance déterminera les limites de la zone de prohibition des boissons alcooliques dans ses possessions ou protectorats et sera tenue d'en notifier le tracé aux autres puissances dans un délai de six mois. || Il ne pourra être dérogé à la susdite prohibition que pour des quantités limitées, destinées à la consommation des populations non indigènes et introduites sous le régime et dans les conditions déterminées par chaque gouvernement.

Article 92.

Les puissances ayant des possessions ou exerçant les protectorats dans les régions de la zone qui ne sont pas placées sous le régime de la prohibition et où les spiritueux sont actuellement importés librement ou soumis à un

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

droit d'importation intérieur à 15 francs par hectolitre à 50° centigrades, s'engagent à établir sur ces spiritueux un droit d'entrée qui sera de 15 francs par hectolitre à 50° centigrades, pendant les trois années qui suivront la mise en vigueur du présent Acte général. A l'expiration de cette période, le droit pourra être porté à 25 francs pendant une nouvelle période de trois années. Il sera, à la fin de la sixième année, soumis à revision, en prenant pour base une étude comparative des résultats produits par ces tarifications, à l'effet d'arrêter alors, si faire se peut, une taxe maxima dans toute l'étendue de la zone où n'existerait pas le régime de la prohibition visé par l'article 91. || Les puissances conservent le droit de maintenir et d'élever les taxes au delà du minimum fixé par le présent article dans les régions où elles le possèdent actuellement.

Article 93.

Les boissons distillées qui seraient fabriquées dans les régions visées à l'article 92 et destinées à être livrées à la consommation intérieure, seront grevées d'un droit d'accise. || Ce droit d'accises, dont les puissances s'engagent à assurer la perception, dans la limite du possible, ne sera pas inférieur au minimum des droits d'entrée fixés par l'article 92.

Article 94.

Les puissances signataires qui ont en Afrique des possessions en contact avec la zone spécifiée à l'article 90 s'engagent à prendre les mesures nécessaires pour empêcher l'introduction des alcools, par leurs frontières intérieures, dans les territoires de ladite zone.

Article 95.

Les puissances se communiqueront, par l'entremise du bureau de Bruxelles, dans les conditions indiquées au chapitre V, les renseignements relatifs au trafic des alcools dans leurs territoires respectifs.

Chapitre VII.

Dispositions finales.

Article 96.

Le présent Acte général abroge toutes stipulations contraires des conventions antérieurement conclues entre les puissances signataires.

Article 97.

Les puissances signataires, sans préjudice de ce qui est stipulé aux articles 14, 23 et 92, se réservent d'introduire au présent Acte général, ultérieurement et d'un commun accord, les modifications ou améliorations dont l'utilité serait démontrée par l'expérience.

Article 98.

Les puissances qui n'ont pas signé le présent Acte général, pourront être admises à y adhérer. || Les puissances signataires se réservent de mettre à

cette adhésion telles conditions qu'elles jugeraient nécessaires. || Si aucune condition n'est stipulée, l'adhésion emporte de plein droit l'acception de toutes les obligations et l'admission à tous les avantages stipulés par le présent Acte général. || Les puissances se concerteront sur les démarches à faire pour amener l'adhésion des Etats dont le concours serait nécessaire ou utile pour assurer l'exécution complète de l'acte général. || L'adhésion se fera par un acte séparé. Elle sera notifiée par la voie diplomatique au gouvernement de Sa Majesté le roi des Belges, et par celui-ci à tous les Etats signataires et adhérents.

Article 99.

Le présent Acte général sera ratifié dans un délai qui sera le plus court possible et qui en aucun cas ne pourra excéder un an. || Chaque puissance adressera sa ratification au gouvernement de Sa Majesté le roi des Belges qui en donnera avis à toutes les autres puissances signataires du présent Acte général. || Les ratifications de toutes les puissances resteront déposées dans les archives du royaume de Belgique. || Aussitôt que toutes les ratifications auront été produites, ou au plus tard un an après la signature du présent Acte général il sera dressé acte du dépôt dans un protocole qui sera signé par les représentants de toutes les puissances qui auront ratifié. || Une copie certifiée de ce protocole sera adressée à toutes les puissances intéressées.

Article 100.

Le présent Acte général entrera en vigueur dans toutes les possessions des puissances contractantes le soixantième jour à partir de celui où aura été dressé le protocole de dépôt prévu à l'article précédent. || En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Acte général et y ont apposé leur cachet.

L'Acte général est suivi d'une déclaration des puissances signataires qui ont des possessions ou des protectorats dans le bassin du Congo. En voici le texte:

Déclaration.

Les puissances réunies en conférence à Bruxelles, qui ont ratifié l'Acte général de Berlin du 26 février 1885 ou qui y ont adhéré. || Après avoir arrêté et signé de concert, dans l'Acte genéral de ce jour, un ensemble de mesures destinées à mettre un terme à la traite des nègres sur terre comme sur mer, et à améliorer les conditions morales et matérielles d'existence des populations indigènes; || Considérant que l'exécution des dispositions qu'elles ont prises dans ce but impose à certaines d'entre elles, qui ont des possessions ou exercent des protectorats dans le bassin conventionnel du Congo, des obligations qui exigent impérieusement, pour y faire face, des ressources nouvelles. || Sont convenues de faire la déclaration suivante: || Les puissances signataires ou adhérentes qui ont des possessions ou exercent des protectorats dans ledit bassin conventionnel du Congo pourront, pour autant qu'une autorisation leur

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

soit nécessaire à cette fin, y établir sur les marchandises importées des droits dont le tarif ne pourra dépasser un taux équivalent à 10 0/0 de la valeur au port d'importation, à l'exception, toutefois, des spiritueux qui sont régis par les dispositions du chapitre VI de l'Acte général de ce jour. || Après la signature dudit Acte général, une négociation sera ouverte entre les puissances qui ont ratifié l'Acte général de Berlin ou qui y ont adhéré, à l'effet d'arrêter dans la limite maxima de 10 0/0 de la valeur, les conditions du régime douanier à instituer dans le bassin conventionnel du Congo. || Il reste néanmoins entendu:

1° Qu'aucun traitement différentiel ni droit de transit ne pourront être établis;

2° Que, dans l'application du régime douanier qui sera convenu, chaque puissance s'attachera à simplifier, autant que possible, les formalités et à faciliter les opérations du commerce;

3° Que l'arrangement à résulter de la négociation prévue restera en vigueur pendant quinze ans, à partir de la signature de la présente déclaration.

A l'expiration de ce terme, et à défaut d'un nouvel accord, les puissances contractantes se retrouveront dans les conditions prévues par l'article 4 de l'Acte général de Berlin, la faculté d'imposer à un maximum de 10 0/0 les marchandises importées dans le bassin conventionnel du Congo leur restant acquise. || Les ratifications de la présente déclaration seront échangées en même temps que celles de l'Acte général du même jour.

En foi de quoi, les soussignés, etc. . .

Les signataires sont, par ordre alphabétique : les délégués de l'Allemagne, de l'Autriche, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de l'Etat indépendant du Congo, des Etats-Unis, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Perse, du Portugal, de la Russie, de la Suède et de la Norvège, de la Turquie et du sultanat de Zanzibar.

General-Akte der Brüsseler Konferenz nebst Deklaration, beide vom 2. Juli 1890.

(Uebersetzung.)

Im Namen Gottes des Allmächtigen.

Se. Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches; || Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc., und Apostolischer König von Ungarn; || Se. Majestät der König der Belgier; || Se. Majestät der König von Dänemark; || Se. Majestät der König von Spanien und in Seinem Namen Ihre Majestät die Königin-Regentin des Königreiches; || Se. Majestät der König-Souverän des Unabhängigen Congo-Staats; || der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika; || der Präsident der Französischen Republik; || Ihre Majestät die Königin des Vereinigten

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Königreichs von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien: || Se. Majestät der König von Italien; || Se. Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg etc.; || Se. Majestät der Schah von Persien; || Se. Majestät der König von Portugal und Algarbien etc.; || Se. Majestät der Kaiser aller Reussen; || Se. Majestät der König von Schweden und Norwegen etc.; || Se. Majestät der Kaiser der Ottomanen und || Se. Hoheit der Sultan von Sansibar; || einmüthig von dem festen Willen beseelt, den Verbrechen und Verwüstungen, welche der afrikanische Sklavenhandel hervorruft, ein Ziel zu setzen, die eingeborenen Völkerschaften Afrikas wirksam zu schützen und diesem ausgedehnten Kontinent die Wohlthaten des Friedens und der Civilisation zu sichern; und in der Absicht, den bereits in gleichem Sinne und zu verschiedenen Zeiten von den Mächten gefassten Beschlüssen eine neue Sanktion zu geben, die Resultate, zu denen sie gelangt, zu vervollständigen und einheitliche Maassregeln aufzustellen, welche die Vollendung des Werkes sichern, das den Gegenstand ihrer gemeinsamen Sorge bildet; || Haben in Folge der von der Regierung Sr. Majestät des Königs der Belgier im Einverständniss mit der Regierung Ihrer Majestät der Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, an sie ergangenen Einladung beschlossen, zu diesem Zweck eine Konferenz in Brüssel zu vereinigen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Se. Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches: || den Herrn Friedrich Johann Grafen von Alvensleben, Kammerherrn, Ihren Wirklichen Geheimen Rath und ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier, und || den Herrn Wilhelm Göhring, Ihren Geheimen Legations-Rath, General-Konsul für das Deutsche Reich zu Amsterdam;

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen und Apostolischer König von Ungarn: || den Herrn Rudolph Grafen Khevenhüller-Metsch, Kammerherrn, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem König der Belgier;

Se. Majestät der König der Belgier: || den Herrn August Baron Lambermont, Staats-Minister, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, und || den Herrn Emil Banning, General-Direktor im belgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten;

Se. Majestät der König von Dänemark: || den Herrn Friedrich Georg Schack von Brockdorff, General-Konsul für Dänemark zu Antwerpen;

Se. Majestät der König von Spanien und in Seinem Namen Ihre Majestät die Königin-Regentin: || Don José Gutierrez de Aguëra, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier;

Se. Majestät der König-Souverän des Unabhängigen Congo-Staats: || den Herrn Edmund Van Eetvelde, General-Verwalter des Departements der Aus-

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

wärtigen Angelegenheiten für den Unabhängigen Congo-Staat, und || den Herrn August Van Maldeghem, Rath beim Kassationshof zu Brüssel;

der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika: || den Herrn Edwin H. Terrel, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Vereinigten Staaten von Amerika bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier, und || den Herrn Henry Shelton Sanford;

der Präsident der Französischen Republik: || den Herrn Albert Bourée, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Frankreichs bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier, und || den Herrn Georg Cogordan, bevollmächtigten Minister, Direktor des Kabinets des französischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Gross-Britannien und Irland, Kaiserin von Indien: || den Lord Vivian, Pair des Vereinigten Königreichs, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier, und || Sir John Kirk;

Se. Majestät der König von Italien: || den Herrn Franz de Renzis, Baron de Montanaro, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier, und || den Herrn Thomas Catalani, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister;

Se. Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg: || den Herrn Louis Baron Gericke de Herwynen, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier;

Se. Kaiserliche Majestät der Schah von Persien: || den General Nazare Aga, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevöllmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier;

Se. Majestät der König von Portugal und Algarbien: || den Herrn Heinrich de Macedo Pereira Coutinho, Mitglied des Conseils, Pair des Königreichs, Minister und Staatssekretär ad hon., Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem König der Belgier;

Se. Majestät der Kaiser aller Reussen: || den Herrn Leo Prinzen Ouroussoff, Hofmeister, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier, und || den Herrn Friedrich von Martens, Ihren Wirklichen Staatsrath, ständiges Mitglied des Rathes des russischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten;

Se. Majestät der König von Schweden und Norwegen: || den Herrn Carl von Burenstam, Kammerherrn, Ihren bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier und bei Sr. Majestät dem Könige der Niederlande;

Se. Majestät der Kaiser der Ottomanen: || Etienne Carathéodory Effendi, Grosswürdenträger des Reichs, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige der Belgier;

Se. Hoheit der Sultan von Sansibar: || Sir John Kirk und || den Herrn Wilhelm Göhring; || welche, versehen mit Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden worden sind, die folgenden Bestimmungen angenommen haben:

Kapitel I.

Länder des Sklavenhandels. Maassregeln, welche in den Gebieten zu treffen sind, in denen der Sklavenhandel seinen Ursprung hat.

Artikel I.

Die Mächte erklären, dass die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung des Sklavenhandels im Innern Afrikas folgende sind: Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

1) Fortschreitende Organisation der Verwaltung, der Gerichtsbarkeit, sowie der kirchlichen und militärischen Einrichtungen in den der Hoheit oder dem Protektorate der civilisirten Nationen unterstellten Gebieten Afrikas.

2) Allmähliche Errichtung von Stationen im Innern seitens der Mächte, zu denen die betreffenden Gebiete im Abhängigkeitsverhältniss stehen, und zwar mit einer derart starken Besatzung, dass in den durch die Menschenjagden verwüsteten Gebieten ein kräftiger Schutz der Eingeborenen und eine wirksame Unterdrückung des Sklavenhandels ausgeübt werden können.

3) Anlage von Strassen und namentlich Eisenbahnen, welche die vorgeschobenen Stationen mit der Küste verbinden und den Zugang zu den Binnengewässern und zu dem oberen Laufe der durch Schnellen und Katarakte unterbrochenen Ströme und Flüsse erleichtern, um auf diese Weise billige und schnellere Transportmittel an die Stelle des jetzt üblichen Trägerdienstes zu setzen.

4) Einführung von Dampfschiffen auf den schiffbaren Flüssen des Innenlandes und auf den Seen sowie zu deren Unterstützung Anlegung von Stützpunkten an den Ufern.

5) Errichtung von Telegraphenlinien zur Sicherung der Verbindung der Stützpunkte und Stationen mit der Küste und den Verwaltungscentren.

6) Organisation von Expeditionen und mobilen Truppenkörpern, welche die Verbindung der Stationen unter sich und mit der Küste aufrechterhalten, bei der Unterdrückung des Sklavenhandels mitwirken und die Verkehrswege sichern.

7) Beschränkung der Einfuhr der Feuerwaffen, wenigstens der vervollkommneten, sowie der Munition in der ganzen Ausdehnung der von dem Sklavenhandel berührten Gebiete.

Artikel II.

Die Stationen, die von jeder der Mächte auf ihren Gewässern angeordneten Kreuzfahrten und die für diese als Schutzhäfen bestimmten Stützpunkte haben, abgesehen von ihrer Hauptaufgabe, nämlich der Verhinderung der Sklavenjagden und der Absperrung der dem Sklavenhandel dienenden Strassen, noch folgende Nebenbestimmungen:

1) den eingeborenen Völkerschaften, welche der Oberhoheit oder dem Schutz des Staats unterstellt sind, von dem die Station abhängig ist, sowie den unabhängigen Völkerschaften und bei drohender Gefahr zeitweise allen anderen als Schutz- und nöthigenfalls Zufluchtsort zu dienen; die Völker-

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

schaften der ersterwähnten Kategorie in den Stand zu setzen, zu ihrer eigenen Vertheidigung beizutragen, die inneren Kriege zwischen den Stämmen auf schiedsrichterlichem Wege zu vermindern, dieselben mit Ackerbau und Gewerbe vertraut zu machen, um so ihren Wohlstand zu heben, sie zur Civilisation zu erziehen und die Ausrottung barbarischer Bräuche wie des Kannibalismus und der Menschenopfer herbeizuführen;

2) Hülfe und Schutz den Handelsunternehmungen zu gewähren, deren Gesetzmässigkeit zu überwachen, namentlich auch durch Kontrole der Dienstverträge mit den Eingeborenen und die Gründung von dauernden Kulturcentren und Handelsniederlassungen vorzubereiten;

3) ohne Unterschied des Kultus die bereits bestehenden oder noch zu begründenden Missionen zu schützen;

4) für Krankenpflege zu sorgen und den Forschern sowie allen denen, die sich in Afrika an dem Werk der Unterdrückung des Sklavenhandels betheiligen, Gastfreundschaft und Hülfe zu gewähren.

Artikel III.

Die Mächte, welche in Afrika Souveränetätsrechte oder eine Schutzherrschaft ausüben, verpflichten Sich in Bestätigung und näherer Bestimmung Ihrer früheren Erklärungen, nach und nach, je nachdem es die Umstände zulassen, sei es durch die oben erwähnten Mittel oder durch jedes andere, das Ihnen zuträglich erscheinen sollte, die Unterdrückung des Sklavenhandels, Eine Jede in Ihren bezüglichen Besitzungen und unter Ihrer eigenen Leitung zu betreiben. So oft Sie es für möglich erachten, werden Sie denjenigen Mächten Ihre guten Dienste leihen, welche in rein humanitärer Absicht eine ähnliche Aufgabe in Afrika erfüllen sollten.

Artikel IV.

Die Mächte, welche Hoheitsrechte oder eine Schutzherrschaft in Afrika ausüben, können gleichwohl die Verpflichtungen, die Sie kraft Artikels III übernehmen, insgesammt oder zum Theil an Gesellschaften, die mit Schutzbriefen versehen sind, übertragen. Sie bleiben nichtsdestoweniger direkt für die Verpflichtungen verantwortlich, welche Sie durch die gegenwärtige General-Akte eingehen, und stehen für die Ausführung derselben ein. || Die Mächte versprechen den nationalen Vereinigungen und den individuellen Bestrebungen, welche an der Unterdrückung des Sklavenhandels in Ihren Bereichen mitwirken wollen, Entgegenkommen, Hülfe und Schutz unter dem Vorbehalt Ihrer vorgängigen und jederzeit widerruflichen Ermächtigung, Ihrer Leitung und Beaufsichtigung, sowie unter Ausschluss jeder Ausübung von Hoheitsrechten.

Artikel V.

Die kontrahirenden Mächte verpflichten Sich, sofern nicht schon durch Gesetze, die dem Geist des gegenwärtigen Artikels entsprechen, dafür Sorge getragen ist, innerhalb des Verlaufes von spätestens einem Jahre vom Tage

der Unterzeichnung der gegenwärtigen Generalakte ab ein Gesetz zu erlassen oder bei Ihren betreffenden gesetzgebenden Körperschaften in Vorschlag zu bringen, das einerseits die Bestimmungen Ihrer Strafgesetze über die schwereren Vergehen gegen die Person auf die Veranstalter und Theilnehmer von Menschenjagden, auf diejenigen, welche sich der Verstümmelung von Erwachsenen und Kindern männlichen Geschlechts schuldig machen und auf alle Theilnehmer am gewaltsamen Sklavenfange, sowie andererseits die Bestimmungen über die Vergehungen gegen die persönliche Freiheit auf die Sklavenhändler — Führer und Transporteure — für anwendbar erklärt. || Die Theilnehmer und Gehülfen der verschiedenen vorbezeichneten Kategorien der Sklavenfänger und Händler sollen mit Strafen belegt werden, welche zu den durch die Thäter verwirkten im Verhältniss stehen. || Die Schuldigen, die sich der Rechtsprechung der Behörden des Landes entzogen haben, in welchem die Verbrechen oder Vergehen begangen sind, sollen entweder auf Grund der von den Behörden, welche die Gesetzesverletzung festgestellt haben, übermittelten Untersuchungsakten oder auf Grund jedes andern Beweises ihrer Straffälligkeit auf Betreiben derjenigen Macht, in deren Bereiche sie betroffen worden, in Haft genommen werden und ohne weitere Förmlichkeit zur Verfügung der für ihre Aburtheilung kompetenten Gerichte gehalten werden. || Die Mächte werden Sich binnen möglichst kurzer Frist die bereits vorhandenen oder in Ausführung des gegenwärtigen Artikels erlassenen Gesetze oder Verordnungen mittheilen.

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Artikel VI.

Die in Folge des Anhaltens oder der Auflösung eines Sklaventransportes im Innern des Kontinents frei gewordenen Sklaven sollen, sofern die Umstände es gestatten, in ihr Heimathsland zurückgesandt werden; andernfalls soll ihnen die Ortsbehörde nach Möglichkeit die Beschaffung von Lebensmitteln und, falls sie es wünschen, die Niederlassung an Ort und Stelle erleichtern.

Artikel VII.

Jeder flüchtige Sklave, welcher auf dem Kontinent den Schutz der Signatärmächte anruft, soll ihn erhalten und soll in Ihren von Amtswegen errichteten Lagern und Stationen oder an Bord der die Seen und Flüsse befahrenden staatlichen Schiffe Aufnahme finden. Die Privatstationen und Privatschiffe sollen das Asylrecht nur unter Vorbehalt der vorgängigen staatlichen Genehmigung ausüben dürfen.

Artikel VIII.

Da die Erfahrung aller Stationen, die mit Afrika in Beziehung stehen, gezeigt hat, welche verderbliche und hervorragende Rolle bei der Ausübung des Sklavenhandels sowie bei den inneren Kriegen zwischen den eingeborenen Stämmen die Feuerwaffen spielen, und da diese Erfahrung selbst klar erwiesen hat, dass die Erhaltung der afrikanischen Völkerschaften, deren Fortbestehen zu sichern der ausdrückliche Wille der Mächte ist, vollkommen unmöglich ist,

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

wenn hinsichtlich des Handels mit Feuerwaffen und Munition keine Einschränkungsmaassregeln getroffen werden, so bestimmen die Mächte, dass, soweit es der gegenwärtige Zustand Ihrer Grenzen ermöglicht, die Einfuhr von Feuerwaffen und besonders von gezogenen und vervollkommneten Gewehren, sowie von Schiesspulver, Kugeln und Patronen, abgesehen von den im folgenden Artikel vorgesehenen Fällen und Bedingungen, in den zwischen dem 20. Grad nördlicher und dem 22. Grad südlicher Breite gelegenen und westlich vom Atlantischen Ozean, östlich vom Indischen Ozean begrenzten Territorien und deren Dependenzen einschliesslich der längs dem Meeresufer bis auf 100 Seemeilen von der Küste entfernt belegenen Inseln verboten sein soll.

Artikel IX.

Die Einfuhr von Feuerwaffen und Munition soll, falls sie in den Bereichen der Signatärmächte, welche Souveränetätsrechte oder eine Schutzherrschaft in Afrika ausüben, verstattet werden soll, sofern noch keine gleichen oder strengeren Bestimmungen daselbst bestehen, für die in Artikel VIII bezeichnete Zone in folgender Weise geregelt werden. || Sämmtliche importirte Feuerwaffen müssen auf Kosten, Risiko und Gefahr des Importeurs in einem öffentlichen, der Aufsicht der Staatsverwaltung unterstellten Lagerhause deponirt werden. Eine Herausgabe der importirten Feuerwaffen und Munition aus dem Lagerhause darf ohne vorgängige Erlaubniss der Verwaltung nicht stattfinden. Diese Erlaubniss soll, abgesehen von den nachfolgend bezeichneten Fällen, für alle Präzisionswaffen, als gezogene Gewehre, Magazingewehre oder Hinterlader, ganz oder auseinandergenommen, nebst deren Patronen, Zündhütchen und anderem für dieselben bestimmten Munitionsbedarf verweigert werden. || An Seehafenplätzen und unter Bedingungen, welche die nöthige Sicherheit verbürgen, können die betreffenden Regierungen auch Privatlagerhäuser zulassen, dies jedoch nur für gewöhnliches Schiesspulver und für Feuersteingewehre unter Ausschluss der vervollkommneten Waffen und deren Munition. Unabhängig von den seitens der Regierungen direkt für die Bewaffnung der öffentlichen Wacht und für die Organisation Ihrer Vertheidigung getroffenen Maassregeln können besondere Ausnahmen verstattet werden für solche Personen, die eine hinreichende Sicherheit dafür gewähren, dass die ihnen ausgehändigte Waffe nebst Munition nicht an Dritte vergeben, abgetreten oder verkauft wird, sowie für Reisende, die mit einer Bescheinigung ihrer Regierung versehen sind, dahin lautend, dass die Waffe nebst Munition ausschliesslich zu ihrer persönlichen Vertheidigung bestimmt ist. || Jede Waffe soll in den im Vorstehenden vorgesehenen Fällen von der Aufsichtsbehörde registrirt und gestempelt werden; die letztere hat auch den in Frage kommenden Personen Erlaubnissscheine zum Tragen der Waffen auszustellen, mit der Angabe des Namens der zum Tragen der Waffe berechtigten Person und des Stempels, mit welchem die Waffe versehen ist. Diese im Falle erwiesenen Missbrauchs widerruflichen Erlaubnissscheine sollen nur auf fünf Jahre ausgestellt, können jedoch wieder erneuert werden. || Die

vorstehende Bestimmung über die Deponirung im Lagerhause ist in gleicher Weise auf Schiesspulver anzuwenden. || Aus den Lagerhäusern dürfen für den Handel nur nichtgezogene Feuersteingewehre und gewöhnliches Schiesspulver, sogenanntes „Handelspulver“ (poudres de traite) herausgegeben werden. Bei jeder Herausgabe derartiger Gewehre und Munition zu Handelszwecken sollen die Ortsbehörden die Bezirke bestimmen, innerhalb deren diese Waffen und Munition verkauft werden können. Die vom Sklavenhandel berührten Distrikte sollen stets ausgeschlossen bleiben. Diejenigen Personen, welchen die Entnahme von Waffen oder Schiesspulver aus den Lagerhäusern verstattet worden ist, müssen sich verpflichten, der Verwaltungsbehörde alle sechs Monate genaue Listen mit der Angabe des Verbleibs der verkauften Feuerwaffen und des verkauften Schiesspulvers sowie des noch für den Verbrauch restirenden Bestandes einzureichen.

Artikel X.

Die Regierungen werden alle Maassregeln treffen, welche Sie für erforderlich erachten zur Sicherung einer möglichst vollständigen Durchführung der Bestimmungen über die Einfuhr, den Verkauf und den Transport von Feuerwaffen und Munition sowie zur Verhinderung der Ein- und Ausfuhr über Ihre inneren Grenzen und der Durchfuhr nach den Gebieten, wo der Sklavenhandel herrscht. || Die Durchfuhr-Erlaubniss darf innerhalb der Grenzen der im Artikel VIII bezeichneten Zone nicht verweigert werden, wenn die Waffen und Munition durch das Gebiet einer Macht, welche diese Akte gezeichnet hat oder derselben beigetreten ist und welche sich im Besitz der Küste befindet, nach im Innern gelegenen Gebieten überführt werden sollen, welche unter der Souveränetät oder dem Protektorat einer anderen Macht stehen, welche diese Akte gezeichnet hat oder derselben beigetreten ist, sofern nicht diese letztere Macht durch Ihr eignes Gebiet einen direkten Zugang zum Meere besitzt. Sollte dieser Zugang vollständig abgeschnitten sein, so darf die Durchfuhr-Erlaubniss ebensowenig vorenthalten werden. Jedem Transitgesuch muss eine von der Regierung der im Innern angesessenen Macht abgegebene Erklärung beigefügt sein, in welcher bezeugt wird, dass die besagten Waffen und Munition nicht zum Verkauf, sondern zur Verwendung bei den Behörden der betreffenden Macht oder für das zum Schutz der Missions- oder Handelsstationen nothwendige Militär oder für namentlich in der Erklärung bezeichnete Personen bestimmt sind. Gleichwohl behält sich die Territorialmacht der Küste das Recht vor, ausnahmsweise und provisorisch die Durchfuhr von Präzisionswaffen und Munition durch Ihr Gebiet zu beanstanden, wenn wegen Unruhen im Innern oder anderer ernster Gefahren zu befürchten ist, dass durch die Beförderung der Waffen und Munition Ihre eigene Sicherheit gefährdet werden kann.

Artikel XI.

Die Mächte werden Sich über den Vertrieb der Feuerwaffen und Munition, über die bewilligten Erlaubnissscheine und über die in Ihren betreffenden Gebieten getroffenen Repressionsmaassregeln Nachricht zugehen lassen.

Artikel XII.

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Die Mächte verpflichten Sich, diejenigen Maassregeln zu treffen oder Ihren betreffenden gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen, welche nöthig sind, um ausser der Beschlagnahnahme und Konfiskation der verbotenen Waffen und Munition eine Bestrafung der Uebertreter der Verbotsbestimmungen der Artikel VIII und IX sowie ihrer Mitschuldigen herbeizuführen, sei es durch Geldstrafe, Freiheitsstrafe, oder beides, entsprechend der Schwere der Uebertretung und der Bedeutung des einzelnen Falles.

Artikel XIII.

Die Signatärmächte, welche in Afrika Besitzungen haben, die sich mit der im Artikel VIII begrenzten Zone berühren, verpflichten Sich, Maassregeln zu treffen, welche erforderlich sind, um die Einfuhr von Feuerwaffen und Munition über Ihre Inlandgrenzen nach den Gebieten der besagten Zone zu verhindern, zum wenigsten die der vervollkommneten Gewehre und Patronen.

Artikel XIV.

Die in den Artikeln VIII bis einschliesslich XIII vereinbarte Regelung soll auf zwölf Jahre in Kraft bleiben. Dieselbe soll, falls keine der kontrahirenden Parteien zwölf Monate vor Ablauf dieses Zeitraums Ihre Absicht gegen das weitere Bestehen derselben bekanntgegeben oder eine Revision beantragt haben sollte, auf zwei weitere Jahre verbindlich bleiben und so fort von je zwei zu zwei Jahren.

Kapitel II.

Karawanenwege und Sklaventransporte zu Lande.

Artikel XV.

Abgesehen von ihrer auf Unterdrückung des Sklavenhandels und Schutz gegen denselben an seinen Ursprungsstätten gerichteten Thätigkeit sollen die Stationen, die Kreuzfahrten und die Stützpunkte, deren Einrichtung im Artikel II vorgesehen ist, sowie alle anderen Stationen, welche gemäss Artikel IV von Einer Jeden Regierung in Ihrem Bereiche errichtet oder anerkannt sind, noch ausserdem, soweit es die Umstände ermöglichen und je nach dem Fortschritt in der Organisation ihrer Verwaltung, die auf ihrem Gebiet von den Sclavenhändlern benutzten Wege überwachen, die auf dem Marsch befindlichen Sklavenzüge anhalten oder dieselben so weit verfolgen, als sie gesetzlich dazu berechtigt sind.

Artikel XVI.

In den Küstengebieten, welche als Durchgangsplätze oder Endpunkte der aus dem Innern kommenden Sklaventransporte bekannt sind, sowie an den Kreuzungspunkten der hauptsächlichsten Karawanenstrassen derjenigen Zone, welche der schon unter der Einwirkung souveräner oder Schutzrechte ausübender Mächte stehenden Küste benachbart ist, sollen innerhalb der Bedingungen und Bestimmungen des Artikels III seitens der Behörden, welchen

die betreffenden Gebiete unterstehen, Stützpunkte errichtet werden, um von dort aus die Sklaventransporte abzufangen und die Sklaven in Freiheit zu setzen.

Artikel XVII.

An den Seehafenplätzen und in den der Küste benachbarten Gegenden sollen seitens der Ortsbehörden strenge Aufsichtsmaassregeln getroffen werden, um den Verkauf und die Einschiffung der aus dem Innern ausgeführten Sklaven sowie die Bildung von Menschenjäger- und Sklavenhändlerbanden und deren Aufbruch nach dem Innern zu verhindern. || Die an der Küste oder in deren Nähe anlangenden Karawanen sowie diejenigen, welche im Innern einen von der Behörde der betreffenden Territorialmacht besetzten Platz erreichen, sollen bei ihrer Ankunft einer eingehenden Kontrole mit Bezug auf die Zusammensetzung ihres Personals unterworfen werden. Jede Person, von der sich erweist, dass sie eingefangen, gewaltsam entführt oder verstümmelt worden, sei es im Geburtslande oder unterwegs, soll in Freiheit gesetzt werden.

Artikel XVIII.

In den Gebieten Einer Jeden der vertragschliessenden Mächte soll die Verwaltung verpflichtet sein, die befreiten Sklaven zu beschützen, dieselben, wenn möglich, in ihre Heimath zurückzusenden, ihnen Existenzmittel zu beschaffen und besonders für die Erziehung und Unterbringung der verlassenen Kinder Sorge zu tragen.

Artikel XIX.

Die im Artikel V vorgesehenen Strafbestimmungen sollen auf alle bei Ausübung des Sklaventransports und des Sklavenhandels zu Lande begangenen Verbrechen und Vergehen in Anwendung kommen, sobald deren Begehung festgestellt ist. || Jede Person, welche sich eine Bestrafung wegen einer in der gegenwärtigen Generalakte vorgesehenen Uebertretung zugezogen hat, soll zur Stellung einer Kaution verpflichtet werden, bevor sie wieder zu Handelsunternehmungen in den Ländern, wo der Sklavenhandel herrscht, zugelassen werden darf.

Kapitel III.

Unterdrückung des Sklavenhandels zur See.

§ 1. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel XX.

Die Signatärmächte halten es für zweckmässig, gemeinsam Bestimmungen zu erlassen, um die Unterdrückung des Sklavenhandels innerhalb derjenigen Meereszone, wo er noch besteht, in wirksamerer Weise zu sichern.

Artikel XXI.

Diese Zone wird begrenzt auf der einen Seite von den Küsten des Indischen Ozeans (einschliesslich derjenigen des Persischen Meerbusens und des Rothen Meeres), von Beludschistan bis zum Kap von Tangalane (Quilimane), und anderer-

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1892.

seits von einer konventionellen Linie, welche zunächst dem Meridian von Tangalane bis zu dessen Schnittpunkt mit dem 26. Grad südlicher Breite folgt, sich hierauf mit diesem Parallelkreise vereinigt und dann östlich um die Insel Madagaskar führt, zwanzig Meilen von deren Ost- und Nordküste entfernt, bis sie den Meridian des Kaps Amber erreicht. Von diesem Punkt aus wird die Grenze der Zone durch eine in schräger Richtung nach der Küste von Beludschistan zurückführende Linie bestimmt, welche in einer Entfernung von 20 Meilen vom Kap Ras-el-Had vorbeiführt.

Artikel XXII.

Diejenigen Signatärmächte der gegenwärtigen Generalakte, zwischen welchen besondere Abmachungen behufs Unterdrückung des Sklavenhandels bestehen, sind übereingekommen, die Klauseln dieser Abmachungen, welche das Recht des Besuchs, der Durchsuchung und Beschlagnahme („droit de visite, de recherche et de saisie") von Schiffen auf See betreffen, auf die obgedachte Zone einzuschränken.

Artikel XXIII.

Dieselben Mächte sind gleichfalls darüber einig, dass das vorerwähnte Recht auf Schiffe von weniger als 500 Tonnen Gehalt zu beschränken ist. || Diese Bestimmung soll einer Revision unterzogen werden, sobald die Erfahrung eine solche nothwendig erscheinen lässt.

Artikel XXIV.

Alle anderen Bestimmungen der zwischen den besagten Mächten behufs Unterdrückung des Sklavenhandels vereinbarten Abmachungen bleiben in Kraft, soweit sie durch die gegenwärtige Generalakte nicht verändert werden.

Artikel XXV.

Die Signatärmächte verpflichten Sich, wirksame Maassregeln zu treffen, um die missbräuchliche Führung Ihrer Flagge sowie den Sklaventransport auf denjenigen Schiffen zu verhindern, welche berechtigt sind, ihre Flagge zu führen.

Artikel XXVI.

Die Signatärmächte verpflichten Sich, alle diejenigen Maassregeln zu treffen, welche erforderlich sind, um den pünktlichen Austausch der zur Ermittelung der den Sklavenhandel betreibenden Personen geeigneten Auskünfte zu erleichtern.

Artikel XXVII.

Mindestens ein Internationales Bureau soll errichtet werden; dasselbe soll seinen Sitz in Sansibar haben. Die hohen vertragschliessenden Theile verpflichten Sich, alle im Artikel XLI bezeichneten Dokumente sowie Auskünfte jeder Art, welche geeignet sind, zur Unterdrückung des Sklavenhandels beizutragen, an dasselbe gelangen zu lassen.

Artikel XXVIII.

Ein jeder Sklave, welcher sich an Bord eines unter der Flagge einer der Signatärmächte fahrenden Kriegsschiffes begeben hat, soll unverzüglich und ohne Vorbehalt die Freiheit erhalten; er kann aber hierdurch nicht dem zuständigen Richter entzogen werden, falls er ein Verbrechen oder Vergehen im Sinne des gemeinen Rechts begangen hat. Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2.7 Juli 1890.

Artikel XXIX.

Ein jeder wider seinen Willen an Bord eines einheimischen Schiffes zurückgehaltene Sklave soll das Recht haben, seine Freiheit zu beanspruchen. || Derselbe soll von jedem Beamten einer der Signatärmächte, welchem die gegenwärtige Generalakte das Recht verleiht, den Personalbestand am Bord der besagten Schiffe zu kontroliren, für frei erklärt werden können, ohne dass eine solche Befreiung ihn dem zuständigen Richter entziehen kann, wenn er ein Verbrechen oder Vergehen im Sinne des gemeinen Rechts begangen hat.

§ II. Regulativ, betreffend die Führung der Flagge und die Ueberwachung durch die Kreuzerschiffe.

1) Vorschriften für die Verleihung des Flaggenrechtes an einheimische Schiffe, für die Musterrollen und für die Listen der schwarzen Passagiere.

Artikel XXX.

Die Signatärmächte verpflichten Sich, innerhalb der im Artikel XXI angegebenen Zone die zum Führen Ihrer Flagge berechtigten einheimischen Schiffe sowie die von denselben vermittelten Handelsunternehmungen streng zu überwachen.

Artikel XXXI.

Die Bezeichnung „einheimisches Schiff“ findet auf solche Schiffe Anwendung, welche eine der beiden folgenden Bedingungen erfüllen:

1) Sie müssen eine einheimische Bauart und Takelung zeigen.

2) Von der Besatzung müssen der Kapitän und die Mehrzahl der Matrosen Eingeborene eines der vom Indischen Ozean, vom Rothen Meer oder vom Persischen Meerbusen bespülten Länder sein.

Artikel XXXII.

Das Recht, die Flagge einer der genannten Mächte zu führen, soll den einheimischen Schiffen künftig nur verliehen werden, wenn sie gleichzeitig den folgenden drei Bedingungen entsprechen:

1) Die Rheder oder Schiffseigner (armateurs ou propriétaires) müssen Unterthanen oder Schutzbefohlene derjenigen Macht sein, deren Flagge sie führen wollen.

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

2) Sie sind gehalten, nachzuweisen, dass sie im Bereich der Behörde, an welche ihr diesbezügliches Gesuch gerichtet ist, Grundeigenthum besitzen, oder eine baare Kaution zu stellen zur Sicherheit für die etwa von ihnen verwirkten Geldstrafen.

3) Die besagten Rheder oder Schiffseigner sowie der Kapitän des betreffenden Schiffes müssen den Nachweis erbringen, dass sie sich eines guten Rufes erfreuen und insbesondere noch niemals sich wegen Sklavenhandels eine Verurtheilung zugezogen haben.

Artikel XXXIII.

Die bewilligte Berechtigung muss jedes Jahr erneuert werden. Dieselbe soll jederzeit von derjenigen Macht, deren Flagge das Schiff führt, zeitweilig aufgehoben oder zurückgezogen werden können.

Artikel XXXIV.

Die Berechtigungsurkunde soll die zum Erweis der Identität des betreffenden Schiffes erforderlichen Angaben enthalten. Der Kapitän hat dieselbe in Gewahrsam zu nehmen. Der Name des einheimischen Schiffes sowie dessen Tonnengehalt sollen am Heck in eingelegten und bemalten lateinischen Buchstaben angegeben sein; der oder die Anfangsbuchstaben seines Heimathshafens nebst der Registernummer des Nummernverzeichnisses dieses Hafens sollen in schwarzer Farbe auf die Segel gedruckt werden.

Artikel XXXV.

In dem Abgangshafen soll dem Kapitän des betreffenden Schiffes seitens der Behörde derjenigen Macht, deren Flagge es führt, eine Musterrolle ausgeantwortet werden. Dieselbe soll bei jeder neuen Ausreise des Schiffes oder spätestens nach Verlauf eines Jahres und in Gemässheit folgender Bestimmungen erneuert werden:

1) Die Musterrolle muss bei der Abfahrt von der Behörde, die sie ausgeantwortet hat, geprüft sein;

2) kein Schwarzer soll auf einem Schiffe als Matrose eingestellt werden können, ohne dass zuvor von der Behörde derjenigen Macht, deren Flagge das Schiff führt, oder, in Ermangelung dieser, von der betreffenden Territorialbehörde ein Verhör mit ihm vorgenommen worden ist, um festzustellen, dass er ein freies Vertragsverhältniss eingeht;

3) diese Behörde soll darauf achten, dass die Zahl der Matrosen oder Schiffsjungen zum Tonnengehalt und zum Takelwerk der Schiffe nicht ausser Verhältniss stehe;

4) Die Behörde, welche die betreffenden Personen vor ihrer Abfahrt in Verhör genommen, soll dieselben in die Musterrolle eintragen, wo sie in der Weise aufzuführen sind, dass neben dem Namen eines Jeden eine allgemeine Beschreibung seiner Person vermerkt wird;

5) Um Unterschiebungen um so sicherer zu verhüten, können die Matrosen ausserdem mit einer Unterscheidungsmarke versehen werden.

Artikel XXXVI.

Wenn der Kapitän des Schiffes schwarze Passagiere einzuschiffen wünscht, so muss er davon der Behörde derjenigen Macht, deren Flagge das Schiff führt, oder, in Ermangelung dieser, der Territorialbehörde Anzeige machen. Die Passagiere sollen in ein Verhör genommen und, wenn sich herausstellt, dass sie sich freiwillig eingeschifft haben, in ein besonderes Verzeichniss eingeschrieben werden, welches neben dem Namen eines Jeden auch dessen Signalement aufweist und insbesondere die Grösse und das Geschlecht angiebt. Kinder von Schwarzen dürfen als Passagiere nur dann zugelassen werden, wenn sie von ihren Eltern oder von Personen notorischer Ehrenhaftigkeit begleitet sind. Bei der Abfahrt soll das Verzeichniss der Passagiere nach erfolgtem Aufrufe derselben von der vorerwähnten Behörde visirt werden. Wenn sich keine Passagiere an Bord befinden, soll dies in der Musterrolle ausdrücklich erwähnt werden.

Artikel XXXVII.

In jedem Anlege- oder Bestimmungshafen soll der Kapitän des Schiffes bei der Ankunft der Behörde derjenigen Macht, deren Flagge das Schiff führt, und, in Ermangelung dieser, der Territorialbehörde die Musterrolle und nöthigenfalls die zuvor ausgestellten Verzeichnisse der Passagiere vorlegen. Die Behörde soll die an dem Bestimmungsorte angelangten oder in einem Anlegehafen sich aufhaltenden Passagiere kontroliren und ihre Ausschiffung in dem Verzeichniss vermerken. Bei der Abfahrt soll dieselbe Behörde abermals ihr Visa auf die Musterrolle und auf das Verzeichniss setzen und die Passagiere aufrufen.

Artikel XXXVIII.

An der afrikanischen Küste und auf den anliegenden Inseln darf kein schwarzer Passagier ausserhalb der Oertlichkeiten, wo eine Behörde der Signatärmächte Ihren Sitz hat, an Bord eines einheimischen Schiffes eingeschifft werden. || In der ganzen Ausdehnung der im Artikel XXI vorgesehenen Zone darf kein schwarzer Passagier anders als an einem Platze, wo eine Behörde der hohen vertragschliessenden Theile ihren Sitz hat, und ohne dass diese Behörde der Ausschiffung beiwohnt, von einem einheimischen Schiffe ausgeschifft werden. || Wenn Fälle von vis major die Uebertretung dieser Bestimmungen veranlasst haben sollen, soll die Behörde derjenigen Macht, deren Flagge das betreffende Schiff führt, oder, in Ermangelung dieser, die Territorialbehörde desjenigen Hafens, in welchem das verdächtige Schiff angelegt hat, solche einer Prüfung unterziehen.

Artikel XXXIX.

Die Vorschriften der Artikel XXXV, XXXVI, XXXVII und XXXVIII sollen keine Anwendung finden auf Schiffe, welche kein Volldeck haben, deren

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Schiffsmannschaft sich höchstens auf zehn Personen beläuft und welche einer der beiden folgenden Bedingungen entsprechen:

1) Sie müssen ausschliesslich dem Fischfang auf den Territorialgewässern nachgehen.

2) Sie müssen sich dem kleinen Küstenhandel zwischen den verschiedenen Hafenplätzen derselben Territorialmacht widmen, ohne sich auf mehr als fünf Meilen von der Küste zu entfernen.

Diese verschiedenen Schiffe sollen, je nach Lage des Falles, von der Landesbehörde oder der Konsulatsbehörde einen besonderen Erlaubnissschein erhalten, welcher jedes Jahr zu erneuern ist, unter den im Artikel XL vorgesehenen Bedingungen widerrufen werden kann, und von dem nach dem Formular der Anlage der gegenwärtigen Generalakte dem Internationalen Auskunftsbureau Kenntniss zu geben ist.

Artikel XL.

Alle Fälle von Sklavenhandel oder von versuchtem Sklavenhandel, welche dem Kapitän, dem Rheder, oder dem Eigener eines Schiffes, das berechtigt ist, die Flagge einer der Signatärmächte zu führen, oder die im Artikel XXXIX vorgesehene Erlaubniss erhalten hat, gesetzlich nachgewiesen sind, sollen die unverzügliche Zurücknahme dieser Berechtigung oder dieser Erlaubniss nach sich ziehen. Alle Uebertretungen der Vorschriften des § 2 des Kapitels III sollen ausserdem mit den in den besonderen Gesetzen und Verordnungen einer Jeden der vertragschliessenden Mächte angedrohten Strafen bestraft werden.

Artikel XLI.

Die Signatärmächte verpflichten Sich, bei dem Internationalen Auskunftsbureau die Modellformulare für die nachstehenden Urkunden niederzulegen:

1) die Urkunde über die Berechtigung zur Führung der Flagge;

2) die Musterrolle;

3) das Verzeichniss der schwarzen Passagiere.

Diese Urkunden, deren Fassung je nach der Verschiedenheit der einem jeden Lande eigenthümlichen Vorschriften wechseln kann, müssen stets die folgenden, in einer europäischen Sprache abgefassten Nachweise enthalten:

1) Was die Berechtigung zur Führung der Flagge betrifft: || a. den Namen, den Tonnengehalt, die Takelung und die hauptsächlichsten Angaben über die Raumverhältnisse des Schiffes; || b. die Registernummer und den Signalbuchstaben (lettre signalétique) des Heimathshafens. || c. Das Datum der Ertheilung des Erlaubnissscheins sowie die amtliche Eigenschaft des Ausstellers.

2) Was die Musterrollen betrifft: || a. den Namen des Schiffes, des Kapitäns und des Rheders oder des Eigeners; || b. den Tonnengehalt des Schiffes; || c. die Registernummer und den Heimathshafen des Schiffes, den Bestimmungsort desselben sowie die im Artikel XXV im Einzelnen angegebenen Nachweise.

3) Was die Verzeichnisse der schwarzen Passagiere betrifft: || den Namen des Schiffes, das dieselben befördert, sowie die im Artikel XXXVI behufs

sicherer Feststellung ihrer Identität angeordneten Angaben. || Die Signatärmächte werden die erforderlichen Maassregeln treffen, damit die Territorialbehörden oder Ihre Konsuln beglaubigte Abschriften von einer jeden Ermächtigung, Ihre Flagge zu führen, sobald eine solche ertheilt worden ist, sowie auch eine Benachrichtigung über die Zurücknahme einer jeden solchen Ermächtigung dem bezeichneten Bureau übersenden. || Die Vorschriften des gegenwärtigen Artikels betreffen nur die für die einheimischen Schiffe bestimmten Papiere.

2) Die Sistirung verdächtiger Schiffe.

Artikel XLII.

Wenn die kommandirenden Offiziere von Kriegsschiffen Einer der Signatärmächte Grund haben, anzunehmen, dass ein Schiff von weniger als 500 Tonnen Gehalt, innerhalb der vorbezeichneten Zone betroffen, dem Sklavenhandel dient oder sich der missbräuchlichen Führung einer Flagge schuldig macht, so können sie eine Prüfung der Schiffspapiere vornehmen. || Der gegenwärtige Artikel soll keine Veränderung der gegenwärtigen Jurisdiktionsverhältnisse in den Territorialgewässern begründen.

Artikel XLIII.

Zu dem gedachten Zweck kann ein von einem Schiffsoffizier in Uniform befehligtes Boot an Bord des verdächtigen Schiffes geschickt werden, nachdem dieses vorher angerufen und von diesem Vorhaben in Kenntniss gesetzt worden ist. || Der an Bord des angerufenen Schiffes gesandte Offizier soll mit der grösstmöglichen Rücksicht und Schonung vorgehen.

Artikel XLIV.

Die Prüfung der Schiffspapiere soll in der Untersuchung der folgenden Dokumente bestehen, nämlich

1) der im Artikel XLI erwähnten Papiere bei den einheimischen Schiffen,

2) der in den verschiedenen fortbestehenden Verträgen oder Vereinbarungen vorgeschriebenen Dokumente bei den übrigen Schiffen. || Die Prüfung der Schiffspapiere ermächtigt zum Aufruf der Schiffsmannschaft und der Passagiere nur in den Fällen und nach den Bestimmungen des folgenden Artikels.

Artikel XLV.

Die Prüfung der Schiffsladung oder die Durchsuchung darf nur bei den unter der Flagge derjenigen Mächte fahrenden Schiffen stattfinden, welche die im Artikel XXII angezogenen besonderen Vereinbarungen abgeschlossen haben oder abschliessen sollten, und nur in Uebereinstimmung mit den Vorschriften dieser Vereinbarungen.

Artikel XLVI.

Vor dem Verlassen des angehaltenen Schiffes soll der Offizier in den Formen und in der Sprache des Landes, welchem er angehört, ein Protokoll aufnehmen. || Dieses Protokoll muss von dem Offizier mit Datum und Unter-

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

schrift versehen werden und soll den Sachverhalt feststellen. || Der Kapitän des angehaltenen Schiffes sowie die Zeugen sollen das Recht haben, dem Protokoll irgendwelche von ihnen für nützlich erachteten Erklärungen beifügen zu lassen.

Artikel XLVII.

Der Befehlshaber eines Kriegsschiffes, welcher ein unter fremder Flagge fahrendes Schiff angehalten hat, muss in allen Fällen bei seiner Regierung einen Bericht darüber mit der Angabe der Gründe seines Vorgehens einreichen.

Artikel XLVIII.

Eine Inhaltsangabe dieses Berichtes nebst einer Abschrift des von dem an Bord des angehaltenen Schiffes geschickten Offizier aufgenommenen Protokolls soll sobald als möglich an das Internationale Auskunftsbureau befördert werden, welches dieselben alsdann an die nächste Konsulats- oder Territorialbehörde derjenigen Macht, deren Flagge das auf der Fahrt angehaltene Schiff geführt hat, mittheilen wird. Duplikate dieser Urkunden sollen in den Archiven des Bureaus in Verwahrung zurückbehalten werden.

Artikel XLIX.

Wenn in Ausübung der in den vorhergehenden Artikeln erwähnten Aufsichtsmaassregeln der Befehlshaber des Kreuzers sich davon überzeugt, dass an Bord ein Fall von Sklavenhandel während der Fahrt vorgekommen ist, oder dass gegen den Kapitän oder den Rheder unumstössliche Beweise für die Begründung einer Anklage wegen missbräuchlicher Flaggenführung, wegen Unterschleifs oder Theilnahme am Sklavenhandel vorliegen, so soll er das angehaltene Schiff in den nächsten Hafen der Zone führen, in welchem sich eine zuständige Behörde derjenigen Macht befindet, deren Flagge geführt worden ist. || Jede Signatärmacht verpflichtet sich, in der Zone diejenigen Territorial- oder Konsulatsbehörden oder besonders bestimmten delegirten Personen, welche in den oben vorgesehenen Fällen zuständig sein sollen, zu bezeichnen und dem Internationalen Auskunftsbureau bekannt zu geben. || Das verdächtige Schiff kann auch einem Kreuzerschiff seiner Nation übergeben werden, falls dieses letztere einwilligt, dasselbe zu übernehmen.

3) Von dem Untersuchungs- und Spruchverfahren (enquête et jugement) bei der Sistirung von Schiffen.

Artikel L.

Die im vorstehenden Artikel gedachte Behörde, welcher das angehaltene Schiff überantwortet worden ist, soll nach den Gesetzen und Vorschriften ihrer Nation in Gegenwart eines Offiziers des fremden Kreuzerschiffes zu einem ausführlichen Untersuchungsverfahren schreiten.

Artikel LI.

Wenn diese Untersuchung ergiebt, dass ein Fall von missbräuchlicher

Flaggenführung vorliegt, so soll das angehaltene Schiff der Verfügung desjenigen verbleiben, welcher dasselbe aufgebracht hat.

Artikel LII.

Wenn die Untersuchung ergiebt, dass ein Fall von Sklavenhandel vorliegt, sofern nämlich zum Verkauf bestimmte Sklaven an Bord gewesen, oder dass andere, in den besonderen Vereinbarungen vorgesehene Fälle von Sklavenhandel vorliegen, so soll das Schiff und seine Ladung unter Aufsicht derjenigen Behörde, welche die Untersuchung geleitet hat, sequestrirt bleiben. || Der Kapitän und die Schiffsmannschaft sollen den in den Artikeln LIV und LVI bezeichneten Gerichtshöfen überwiesen werden. Die Sklaven sollen in Freiheit gesetzt werden, sobald ein Urtheil ergangen ist. || In den in diesem Artikel vorgesehenen Fällen soll über die Sklaven entsprechend den zwischen den Signatärmächten abgeschlossenen oder abzuschliessenden besonderen Vereinbarungen verfügt werden. In Ermangelung solcher Vereinbarungen können die besagten Sklaven der Ortsbehörde zugestellt werden, um, wenn es möglich ist, in ihr Heimathsland zurückgeschickt zu werden; andernfalls soll ihnen diese Behörde, so viel von ihr abhängt, zur Beschaffung von Lebensmitteln und, wenn sie es wünschen, zur Niederlassung an Ort und Stelle behülflich sein.

Artikel LIII.

Wenn die Untersuchung ergiebt, dass das Schiff zu Unrecht angehalten worden ist, so soll dasselbe einen unzweifelhaften Rechtsanspruch auf eine dem Schaden, den das von seiner Fahrt abgebrachte Schiff erlitten, entsprechende Entschädigung haben. || Der Betrag dieser Entschädigung soll von der Behörde, welche die Untersuchung geleitet hat, festgesetzt werden.

Artikel LIV.

Falls der Offizier des aufbringenden Schiffes sich nicht bei den Entscheidungen des in seiner Gegenwart vorgenommenen Untersuchungsverfahrens beruhigen sollte, so ist die Angelegenheit dem Gerichtshof derjenigen Nation zu übertragen, deren Flagge das aufgebrachte Schiff geführt hat. || Von dieser Regel soll eine Ausnahme nur für den Fall eintreten, dass über den Betrag der im Artikel LIII vorgesehenen Entschädigung eine Meinungsverschiedenheit entstehen sollte; in diesem Falle soll der Betrag gemäss den Bestimmungen des folgenden Artikels durch Schiedsspruch festgesetzt werden.

Artikel LV.

Der Offizier des aufbringenden Schiffes und die Behörde, welche die Untersuchung geleitet hat, sollen beiderseits binnen 48 Stunden je einen Schiedsrichter vorschlagen, und diese beiden Schiedsrichter sollen ihrerseits binnen 24 Stunden einen Obmann wählen. Die Schiedsrichter müssen, so weit als möglich, aus den diplomatischen, konsularischen oder richterlichen Beamten der Signatärmächte gewählt werden. Die bei den vertragschliessenden Regie-

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

rungen in Sold stehenden Eingeborenen sind ausdrücklich ausgeschlossen. Die Entscheidung erfolgt nach Stimmenmehrheit. Sie soll eine endgültige sein. || Wenn das Schiedsgericht nicht in den angegebenen Fristen gebildet ist, soll sich das Verfahren wegen der Entschädigung und der Schadensfestsetzung nach den Bestimmungen des Artikels LVIII § 2 richten.

Artikel LVI.

Die streitigen Fälle werden so bald als möglich dem Gerichtshof der Nation überwiesen, deren Flagge die Angeschuldigten geführt haben. Indessen können die Konsuln und jede andere, derselben Nation wie die Angeschuldigten zugehörige Behörde, sofern sie besonderen Auftrag hierzu erhalten haben, ermächtigt werden, an Stelle der betreffenden Gerichtshöfe Recht zu sprechen.

Artikel LVII.

Das Verfahren sowohl als das Urtheil in Betreff der Uebertretungen der Bestimmungen des Kapitels III sollen stets so summarisch gehalten sein, als es nur die Gesetze und Verordnungen verstatten, welche in den den Signatärmächten unterstellten Gebieten in Kraft sind.

Artikel LVIII.

Ein jedes Urtheil des nationalen Gerichtshofes, oder der im Artikel LXI bezeichneten Behörden, welches dahin lautet, dass das angehaltene Schiff nicht dem Sklavenhandel nachgegangen ist, soll auf der Stelle vollzogen und demgemäss dem betreffenden Schiff volle Freiheit gegeben werden, seine Fahrt fortzusetzen. || In diesem Fall soll der Kapitän oder der Rheder des ohne gesetzlichen Grund angehaltenen oder Beeinträchtigungen ausgesetzten Schiffes einen Rechtsanspruch auf Schadenersatz haben, dessen Betrag durch Vereinbarung der unmittelbar interessirten Regierungen oder durch Schiedsspruch festgesetzt und innerhalb einer Frist von sechs Monaten, vom Tage des die Beschlagnahme aufhebenden Urtheils an gerechnet, erstattet werden soll.

Artikel LIX.

Im Falle einer Verurtheilung soll das sequestrirte Schiff zu Gunsten dessen, der es aufgebracht hat, für gute Prise erklärt werden. || Der Kapitän, die Schiffsmannschaft und alle anderen für schuldig erkannten Personen sollen je nach der Schwere der von ihnen begangenen Verbrechen oder Vergehen und in Gemässheit des Artikels V bestraft werden.

Artikel LX.

Die Bestimmungen der Artikel L bis LIX berühren weder die Zuständigkeit noch das Verfahren der zur Entscheidung über die auf den Sklavenhandel bezüglichen Strafthaten eingesetzten oder einzusetzenden Sondergerichte.

Artikel LXI.

Die hohen vertragschliessenden Theile verpflichten Sich, die Instruktionen, welche Sie in Ausführung der Bestimmungen des Kapitels III den Comman-

deuren Ihrer innerhalb der bezeichneten Meereszone fahrenden Kriegsschiffe geben werden, Sich gegenseitig mitzutheilen.

Kapitel IV.

Bestimmungsländer der Sklaven, deren Institutionen das Bestehen der Haussklaverei verstatten.

Artikel LXII.

Die vertragschliessenden Mächte, deren Institutionen das Bestehen der Haussklaverei gestatten, und deren innerhalb oder ausserhalb Afrikas belegene Gebiete in Folge davon, trotz der Wachsamkeit der Behörden, als Absatzplätze für afrikanische Sklaven dienen, verpflichten Sich, deren Einfuhr, Transit und Ausfuhr sowie den Handel mit denselben zu verhindern. Eine möglichst wirksame und strenge Ueberwachung wird von Ihnen an denjenigen Orten gehandhabt werden, wo die Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr von afrikanischen Sklaven stattfindet.

Artikel LXIII.

Die in Ausführung des vorigen Artikels befreiten Sklaven sollen, wenn es die Umstände erlauben, in ihr Heimathsland zurückgeschickt werden. Sie sollen in allen Fällen von den zuständigen Behörden Freibriefe erhalten; auch haben sie ein Recht auf Schutz und Beistand, um sich ihren Lebensunterhalt zu beschaffen.

Artikel LXIV.

Ein jeder flüchtige Sklave, welcher die Grenze Einer der im Artikel LXII erwähnten Mächte erreicht, ist für frei zu erachten und soll berechtigt sein, bei den zuständigen Behörden einen Freibrief zu beanspruchen.

Artikel LXV.

Jeder Verkaufsvertrag oder jede Vereinbarung, deren Gegenstand die in den Artikeln LXIII und LXIV bezeichneten Sklaven in Folge irgendwelcher Umstände gewesen sein sollten, ist für null und nichtig zu erachten.

Artikel LXVI.

Die einheimischen Schiffe, welche die Flagge Einer der im Artikel LXII erwähnten Mächte führen, sollen, wenn Anzeichen dafür vorhanden sind, dass sie Sklavenhandel betreiben, von den Ortsbehörden in den Häfen, welche sie anlaufen, einer strengen Untersuchung ihrer Mannschaft und Passagiere, sowohl bei ihrer Ankunft als bei ihrer Abfahrt, unterzogen werden. Falls sich an Bord afrikanische Sklaven befinden, soll gegen das Schiff und gegen alle Personen, welche verdächtig erscheinen, gerichtlich vorgegangen werden. Die an Bord angetroffenen Sklaven sollen von den Behörden, welche die Sistirung der Schiffe bewerkstelligt haben, Freibriefe erhalten.

Artikel LXVII.

Strafbestimmungen sollen im Zusammenhang mit den im Artikel V vor-

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

gesehenen gegen alle diejenigen erlassen werden, welche Handel mit afrikanischen Sklaven, deren Import oder Transport betreiben, sowie gegen diejenigen, welche Verstümmelungen von Kindern oder Erwachsenen männlichen Geschlechts vornehmen oder welche mit solchen Verstümmelten Handel treiben, ebenso gegen die Theilnehmer und Gehülfen.

Artikel LXVIII.

Die Signatärmächte erkennen den hohen Werth des von Sr. Majestät dem Kaiser der Ottomanen unter dem 4./16. Dezember 1889 (22. Rebi-ul-Akhir, 1307) sanktionirten Gesetzes über die Verhinderung des Sklavenhandels an, und Sie halten Sich versichert, dass wirksame Ueberwachungsmaassregeln von den Ottomanischen Behörden werden getroffen werden, besonders an der Westküste Arabiens und auf den Strassen, welche diese Küste mit den übrigen Gebieten Sr. Kaiserlichen Majestät in Asien in Verbindung setzen.

Artikel LXIX.

Se. Majestät der Schah von Persien willigt ein, in den Territorialgewässern und den Gewässern der Sr. Hoheit unterstellten Küsten des Persischen Meerbusens und des Golfs von Oman wirksame Aufsichtsmaassregeln zu treffen, in gleicher Weise auf den Strassen im Innern, welche dem Sklaventransport dienen. Den Behörden und sonstigen Obrigkeiten sollen zu diesem Zweck die erforderlichen Ermächtigungen ertheilt werden.

Artikel LXX.

Se. Hoheit der Sultan von Sansibar willigt ein, auf das nachdrücklichste an der Unterdrückung der von den Händlern mit ostafrikanischen Sklaven zu Lande und zur See begangenen Verbrechen und Vergehen mitzuwirken; die zu diesem Zweck innerhalb des Sultanats von Sansibar eingesetzten Gerichtshöfe sollen die im Artikel V vorgesehenen Strafbestimmungen sorgfältig in Anwendung bringen. Um desto gewisser den in Freiheit gesetzten Sklaven ihre Freiheit zu sichern, soll kraft der Bestimmungen der gegenwärtigen Generalakte sowie der in derselben Angelegenheit von Sr. Hoheit und den Vorgängern Sr. Hoheit erlassenen Dekrete ein Bureau für Freilassungsangelegenheiten (Bureau d'Affranchissement) in Sansibar errichtet werden.

Artikel LXXI.

Die diplomatischen und konsularischen Beamten sowie die Marineoffiziere der vertragschliessenden Mächte sollen innerhalb der Bestimmungen der bestehenden Vereinbarungen den Ortsbehörden in der Unterdrückung des Sklavenhandels, wo er noch besteht, Beistand leisten; sie sollen das Recht haben, den Prozessen wegen Sklavenhandels, welche von ihnen anhängig gemacht worden sind, beizuwohnen, ohne an der Berathung Theil nehmen zu dürfen.

Artikel LXXII.

Zu dem in Artikel XVIII bezeichneten Zwecke sollen von den Verwaltungsbehörden der Absatzländer für afrikanische Sklaven Bureaus für Freilassungs-

angelegenheiten oder Anstalten, welche an die Stelle dieser treten, errichtet werden.

Artikel LXXIII.

Da die Signatärmächte Sich verpflichtet haben, Sich alle zur Bekämpfung des Sklavenhandels dienlichen Auskünfte mitzutheilen, so werden die Regierungen, die von den Vorschriften des gegenwärtigen Kapitals betroffen werden, in bestimmten Zwischenräumen mit den anderen Regierungen die auf die Anhaltung und Befreiung von Sklaven bezüglichen statistischen Angaben, sowie die behufs Unterdrückung des Sklavenhandels im Wege der Gesetzgebung oder der Verwaltung getroffenen Maassregeln gegenseitig austauschen.

Kapitel V.

Einrichtungen zur Sicherung der Ausführung der Generalakte.

§ I. Das Internationale maritime Bureau.

Artikel LXXIV.

In Gemässheit der Bestimmungen des Artikels XXVII wird in Sansibar ein internationales Bureau errichtet, bei dem sich eine jede der Signatärmächte durch einen Delegirten vertreten lassen kann.

Artikel LXXV.

Das Bureau soll konstituirt werden, sobald drei Mächte Ihre Vertreter ernannt haben. || Dasselbe soll ein Regulativ ausarbeiten, welches die Art der Ausübung seiner Befugnisse feststellt. Dies Regulativ soll unverzüglich der Sanktion derjenigen Signatärmächte unterbreitet werden, welche Ihre Absicht bekanntgegeben haben, Sich vertreten zu lassen, und welche darüber möglichst schnell Beschluss fassen sollen.

Artikel LXXVI.

Die Kosten dieser Einrichtung sollen zu gleichen Theilen unter die im vorgehenden Artikel erwähnten Signatärmächte vertheilt werden.

Artikel LXXVII.

Dieses Bureau in Sansibar soll die Sammelstelle aller zur Förderung der Unterdrückung des Sklavenhandels in der besagten Meereszone geeigneten Urkunden und Auskünfte bilden. || Zu diesem Zweck verpflichten Sich die Signatärmächte, an dasselbe binnen möglichst kurzer Zeit gelangen zu lassen:

1) die im Artikel XLI bezeichneten Dokumente,

2) den Inhalt der Berichte und die Abschrift der Protokolle, welche im Artikel XLVIII vorgesehen sind,

3) die Liste der Territorial- oder Konsulatsbehörden und der besonderen Delegirten, welche für das Verfahren mit Bezug auf angehaltene Schiffe nach den Bestimmungen des Artikels XLIX zuständig sind,

4) die Abschrift der in Gemässheit des Artikels LVIII ergangenen Urtheile und Verurtheilungen,

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

5) alle zur Ermittelung der Personen, welche in der obbezeichneten Zone Sklavenhandel betreiben, geeigneten Auskünfte.

Artikel LXXVIII.

Die Archive des Bureaus sollen den Marine-Offizieren der Signatärmächte, welche innerhalb der Grenzen der im Artikel XXI bezeichneten Zone thätig zu sein befugt sind, stets zugänglich sein; ebenso den Territorial- oder Gerichtsbehörden und den von ihren Regierungen besonders bezeichneten Konsuln. || Das Bureau soll verpflichtet sein, den fremden Offizieren und Beamten, welche befugt sind, die Archive einzusehen, von denjenigen Dokumenten, welche in einer morgenländischen Sprache abgefasst sind, Uebersetzungen in einer europäischen Sprache zu liefern. || Dasselbe soll die im Artikel XLVIII vorgesehenen Mittheilungen machen.

Artikel LXXIX.

In Verbindung mit dem Bureau in Sansibar können in gewissen Theilen der Zone nach vorgängigem Einverständniss der interessirten Mächte Hülfsbureaus errichtet werden. || Dieselben sollen aus den Delegirten dieser Mächte gebildet und den Artikeln LXXV, LXXVI und LXXVIII entsprechend eingerichtet werden. || Denselben sollen die im Artikel LXXVII vorgesehenen Urkunden und Auskünfte, soweit sie den in Betracht kommenden Theil der Zone betreffen, direkt von den Territorial- und Konsulatsbehörden dieses Bereichs übersandt werden, jedoch unbeschadet der in demselben Artikel vorgesehenen Mittheilung an das Bureau in Sansibar.

Artikel LXXX.

Das Bureau in Sansibar soll innerhalb der ersten beiden Monate eines jeden Jahres einen Bericht über seine Thätigkeit und diejenige der Hülfsämter während des verflossenen Jahres erstatten.

§ II. Von dem Austausch der auf den Sklavenhandel bezüglichen Urkunden und Auskünfte unter den Regierungen.

Artikel LXXXI.

Die Mächte sollen Sich unter Einander in möglichst ausführlicher Weise und kürzester Frist mittheilen:

1) den Wortlaut der in Anwendung der Bestimmungen der gegenwärtigen Generalakte bestehenden oder erlassenen Gesetze und Verwaltungsverordnungen,

2) die statistischen Nachweise, welche sich auf den Sklavenhandel, die angehaltenen und befreiten Sklaven, sowie den Waffen-, Munitions- und Spirituosenhandel beziehen.

Artikel LXXXII.

Der Austausch dieser Urkunden und Auskünfte soll seine Centralstelle in einem mit dem Auswärtigen Amt in Brüssel verbundenen besonderen Bureau haben.

Artikel LXXXIII.

Das Bureau in Sansibar soll an dasselbe jedes Jahr den im Artikel LXXX gedachten Bericht über seine Thätigkeit im letztverflossenen Jahr, sowie über diejenige der Hülfsämter gelangen lassen, welche in Gemässheit des Artikels LXXIX errichtet werden sollten. Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Artikel LXXXIV.

Die Urkunden und Nachweisungen sollen gesammelt und dann in bestimmten Zeitfolgen veröffentlicht und allen Signatärmächten mitgetheilt werden. Der Veröffentlichung soll jedes Jahr ein Sachregister über die in den Artikeln LXXXI und LXXXIII erwähnten Urkunden aus dem Gebiete der Gesetzgebung, der Verwaltung oder der Statistik beigefügt werden.

Artikel LXXXV.

Die Bureau-, Uebersetzungs- und Druckkosten sollen von allen Signatärmächten getragen und durch Vermittelung des Auswärtigen Amts in Brüssel eingezogen werden.

§ III. Von dem Schutz der in Freiheit gesetzten Sklaven.

Artikel LXXXVI.

Nachdem die Signatärmächte es als Pflicht anerkannt haben, die befreiten Sklaven in Ihren Gebieten zu schützen, machen Sie Sich verbindlich, in den Häfen der im Artikel XXI bestimmten Zone und an denjenigen Orten Ihrer gedachten Gebiete, woselbst Sklavenfang betrieben wird oder welche Durchgangs- und Ankunftsplätze von afrikanischen Sklaven sind, Bureaus und Anstalten in einer nach Ihrem Ermessen hinreichenden Anzahl einzurichten, falls solche noch nicht vorhanden sind; dieselben sollen die besondere Aufgabe haben, die Sklaven in Gemässheit der Bestimmungen der Artikel VI, XVIII, LII, LXIII und LXVI in Freiheit zu setzen und in Schutz zu nehmen.

Artikel LXXXVII.

Die Bureaus für Befreiungsangelegenheiten oder die zu gleichem Zwecke eingesetzten Behörden sollen die Freibriefe ausstellen und darüber Register führen. || Sobald ein Fall von Sklavenhandel oder ungesetzlicher Freiheitsberaubung zur Anzeige gelangt, oder auf Antrag der Sklaven selbst, sollen die besagten Bureaus oder Behörden die Befreiung der Sklaven sowie die Bestrafung der Schuldigen auf das angelegentlichste betreiben. || Die Ausstellung der Freibriefe darf keineswegs verzögert werden, wenn der betreffende Sklave wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach gemeinem Recht unter Anklage steht. Jedoch soll nach der Ausstellung der besagten Briefe die Sache im ordentlichen Gerichtsverfahren zum Austrag gebracht werden.

Artikel LXXXVIII.

Die Signatärmächte sollen in Ihren Gebieten die Errichtung von Zufluchtsstätten für die befreiten Frauen und Erziehungsanstalten für die in Freiheit gesetzten Kinder begünstigen.

Artikel LXXXIX.

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Die in Freiheit gesetzten Sklaven können sich stets an die Bureaus wenden, um im Genusse ihrer Freiheit beschützt zu werden. || Wer List oder Gewalt angewendet hat, um einem in Freiheit gesetzten Sklaven seinen Freibrief zu nehmen, oder denselben seiner Freiheit zu berauben, soll als Sklavenhändler angesehen werden.

Kapitel VI.

Maassregeln, betreffend die Beschränkung des Handels mit Spirituosen.

Artikel XC.

In gerechter Besorgniss wegen der moralischen und materiellen Folgen, welche der Missbrauch der Spirituosen bei den eingeborenen Völkerschaften mit sich bringt, sind die Signatärmächte übereingekommen, die Bestimmungen der Artikel XCI, XCII und XCIII innerhalb einer Zone in Anwendung zu bringen, welche vom 20. Grad nördlicher Breite und vom 22. Grad südlicher Breite begrenzt wird und welche sich im Westen bis an den Atlantischen Ocean, im Osten bis an den Indischen Ocean und seine Dependenzen einschliesslich der bis zu einer Entfernung von 100 Seemeilen am Meeresufer gelegenen Inseln erstreckt.

Artikel XCI.

In denjenigen Theilen dieser Zone, in welchen erweislich, sei es aus religiösen oder anderen Gründen, keine Spirituosen konsumirt werden, oder der Genuss derselben sich nicht eingebürgert hat, sollen die Mächte die Einfuhr derselben verhindern. Die Fabrikation der geistigen Getränke soll daselbst ebenfalls untersagt sein. || Jede Macht soll innerhalb Ihrer Besitzungen oder Schutzgebiete die Grenzen der der Spirituosensperre unterworfenen Zone bestimmen und soll gehalten sein, einen Abriss derselben binnen sechs Monaten den anderen Mächten mitzutheilen. || Ausnahmen von dem obenerwähnten Verbot können nur für beschränkte Quantitäten verstattet werden, wenn dieselben für den Gebrauch der Nichteingeborenen bestimmt sind und wenn sie in Gemässheit der von einer jeden Regierung erlassenen Vorschriften und Bedingungen eingeführt werden.

Artikel XCII.

Die Mächte, welche Besitzungen oder Protektorate in denjenigen Theilen der Zone innehaben, welche dem Verbote nicht unterliegen und wo die Spirituosen gegenwärtig frei eingeführt werden oder wo der Einfuhrzoll weniger als 15 Frank für den Hektoliter von 50 Grad (centigrades) Alkoholgehalt beträgt, verpflichten Sich, auf diese Spirituosen einen Einfuhrzoll von 15 Frank für den Hektoliter von 50 % Alkoholgehalt zu legen und zwar für die Dauer von drei Jahren von dem Tage an gerechnet, an welchem die gegenwärtige Generalakte in Kraft tritt. Bei Ablauf dieses Zeitabschnittes kann der Zoll auf 25 Frank für die Dauer von ferneren drei Jahren erhöht werden. Am

Ende des 6. Jahres soll derselbe auf Grundlage einer vergleichenden Untersuchung der durch diese Tarifbestimmungen gezeitigten Ergebnisse einer Revision unterzogen werden, damit alsdann, wenn möglich, in dem ganzen Gebiet derjenigen Zone, wo das im Artikel XCI vorgesehene Verbot nicht in Kraft stehen sollte, ein Minimalzoll festgesetzt wird. || Die Mächte behalten Sich das Recht vor, in denjenigen Gebieten, wo Sie dasselbe zur Zeit besitzen, die Zollsätze auch über das im gegenwärtigen Artikel festgesetzte Minimum hinaus aufrechtzuerhalten oder zu erhöhen.

Artikel XCIII.

Die Spirituosen, welche in den im Artikel XCII bezeichneten Gebieten fabrizirt werden sollten und für den Bedarf im Innern bestimmt sind, sollen mit einer Steuer belegt werden. || Diese Steuer, deren Erhebung die Mächte, soweit möglich, zu sichern Sich verpflichten, soll nicht niedriger sein als der im Artikel XCII festgesetzte Minimalsatz der Einfuhrzölle.

Artikel XCIV.

Die Signatärmächte, welche in Afrika Besitzungen haben, welche an die im Artikel XC bezeichnete Zone grenzen, verpflichten Sich, die erforderlichen Maassregeln zu treffen, um zu verhindern, dass Spirituosen über Ihre Inlandgrenzen in das Gebiet der erwähnten Zone eingeführt werden.

Artikel XCV.

Die Mächte werden Sich durch Vermittelung des Bureaus in Brüssel entsprechend den Bestimmungen des Kapitels V die auf den Spirituosenhandel in Ihren betreffenden Gebieten bezüglichen Nachweisungen mittheilen.

Kapitel VII. Schlussbestimmungen.

Artikel XCVI.

Die gegenwärtige Generalakte hebt alle entgegenstehenden Bestimmungen der früher zwischen den Signatärmächten abgeschlossenen Vereinbarungen auf.

Artikel XCVII.

Die Signatärmächte behalten Sich vor, unbeschadet der Bestimmungen der Artikel XIV, XXIII und XCII in die gegenwärtige Generalakte nachträglich und auf Grund gemeinsamen Einverständnisses diejenigen Abänderungen oder Verbesserungen aufzunehmen, deren Nützlichkeit durch die Erfahrung dargethan werden sollte.

Artikel XCVIII.

Den Mächten, welche die gegenwärtige Generalakte nicht unterzeichnet haben, kann verstattet werden, derselben beizutreten. || Die Signatärmächte behalten Sich das Recht vor, für diesen Beitritt diejenigen Bedingungen zu stellen, welche Sie für erforderlich erachten sollten. || Falls keine besondere Bedingung gestellt wird, so begründet der Beitritt zu vollem Recht die Uebernahme aller Verpflichtungen und die Zulassung zu allen Vortheilen, welche in der gegen-

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

wärtigen Generalakte vereinbart worden sind. || Die Mächte werden Sich über die Schritte verständigen, welche zu thun sind, um den Beitritt derjenigen Staaten herbeizuführen, deren Mitwirkung zur Sicherung der vollständigen Ausführung der Generalakte nothwendig oder erspriesslich sein sollte. || Der Beitritt wird durch einen besonderen Akt vollzogen werden. Er wird auf diplomatischem Wege der Regierung Sr. Majestät des Königs der Belgier und durch dessen Vermittelung allen Signatärstaaten und beitretenden Staaten bekanntgegeben werden.

Artikel XCIX.

Gegenwärtige Generalakte soll binnen kürzester und keinenfalls den Zeitraum eines Jahres überschreitender Frist ratifizirt werden. || Jede Macht wird Ihre Ratifikation der Regierung Sr. Majestät des Königs der Belgier zugehen lassen, welcher allen anderen Signatärmächten der gegenwärtigen Generalakte davon Kenntniss geben wird. || Die Ratifikationen aller Mächte bleiben in den Archiven des Königreichs Belgien aufbewahrt. || Wenn alle Ratifikationen beigebracht sind oder spätestens ein Jahr nach der Unterzeichnung der gegenwärtigen Generalakte, wird über den Hinterlegungsakt ein Protokoll errichtet, welches von den Vertretern aller Mächte, welche ratifizirt haben, unterzeichnet wird. || Eine beglaubigte Abschrift dieses Protokolls wird allen betheiligten Mächten übermittelt.

Artikel C.

Die gegenwärtige Generalakte tritt in allen Gebieten der vertragschliessenden Mächte in Kraft am sechszigsten Tage nach demjenigen Tage, an welchem das Hinterlegungsprotokoll aufgenommen worden ist. || Zur Beglaubigung dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten gegenwärtige Generalakte unterzeichnet und Ihr Siegel beigesetzt.

Geschehen zu Brüssel am 2. Juli 1890.

Anlage zu Artikel XXXIX.

Ermächtigung zur Küstenschiffahrt an der Ostafrikanischen Küste in Gemässheit des Artikels XXXIX.

Name d. Schiffes nebst Angabe seiner Bauart und seiner Takelung	Nationalität	Tonnengehalt	Heimathshafen	Namen des Kapitäns	Anzahl der Schiffsmannschaft	Höchste Anzahl der Passagiere	Grenzen, innerhalb deren das Schiff fahren darf	Allgemeine Bemerkungen

Die gegenwärtige Ermächtigung muss erneuert werden am . . . . . .

Amtliche Eigenschaft des Ausstellers des Erlaubnissscheins.

Erklärung.

Nr. 10304. Konferenz-Staaten. 2. Juli 1890.

Die zur Konferenz in Brüssel vereinigten Mächte, welche die Berliner Generalakte vom 26. Februar 1885 ratifizirt haben oder derselben beigetreten sind, || Nachdem Sie in der Generalakte des heutigen Tages übereinstimmend eine Zusammenstellung der Maassregeln verfasst und unterzeichnet haben, welche bestimmt sind, dem Sklavenhandel zu Lande wie zur See ein Ziel zu setzen und die moralische und materielle Lage der eingeborenen Völkerschaften zu verbessern, || Und in Erwägung, dass die Ausführung der Bestimmungen, die Sie zu diesem Zweck getroffen haben, gewissen Mächten unter Ihnen, welche im konventionellen Congobecken Besitzungen haben oder eine Schutzherrschaft ausüben, Verpflichtungen auferlegt, deren Erfüllung gebieterisch neue Hülfsmittel erheischt, || Sind übereingekommen, die folgende Erklärung abzugeben:

Die Signatärmächte oder die beitretenden Mächte, welche in dem bezeichneten konventionellen Congobecken Besitzungen haben oder eine Schutzherrschaft ausüben, können daselbst, soweit überhaupt eine Ermächtigung dazu für Sie erforderlich ist, von den eingeführten Waaren Zölle erheben, deren Tarif 10 % des Werthes im Einfuhrhafen nicht übersteigen darf, jedoch mit Ausnahme der Spirituosen, für welche die Bestimmungen des Kapitels VI der Generalakte vom heutigen Tage maassgebend sind. || Nach Unterzeichnung der erwähnten Generalakte werden zwischen den Mächten, welche die Berliner Generalakte ratifizirt haben oder derselben beigetreten sind, Verhandlungen eröffnet werden, um innerhalb der Maximalgrenze von 10 % des Werthes die Bedingungen des im konventionellen Congobecken einzuführenden Zollsystems zu vereinbaren.

Gleichwohl bleibt vereinbart:

1) dass keine ungleiche Behandlung stattfindet und kein Durchgangszoll erhoben wird;

2) dass bei Anwendung des vereinbarten Zollsystems eine jede Macht Sich bestreben wird, die Formalitäten soviel wie möglich zu vereinfachen und die Handelsunternehmungen zu erleichtern;

3) dass die auf Grund der in Aussicht genommenen Verhandlungen getroffene Vereinbarung für den Zeitraum von fünfzehn Jahren von der Unterzeichnung der gegenwärtigen Erklärung ab in Kraft bleibt.

Bei Ablauf dieses Termins und in Ermangelung eines neuen Uebereinkommens tritt für die vertragschliessenden Mächte dasjenige Verhältniss wieder ein, welches im Artikel IV der Berliner Generalakte in Aussicht genommen ist; jedoch verbleibt Ihnen das Recht, die in das Gebiet des konventionellen Congobeckens eingeführten Waaren mit einem Zoll bis zum Höchstbetrage von 10 % zu belegen. || Die Ratifikationen der gegenwärtigen Erklärung sollen gleichzeitig mit denen der Generalakte vom heutigen Tage ausgewechselt werden.

Zur Beglaubigung dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten die gegenwärtige Erklärung erlassen und ihr Siegel beigesetzt.

Geschehen zu Brüssel, am 2. Juli 1890.

Nr. 10305. FRANKREICH. — Bericht der franz. Bevollmächtigten an den franz. Minister des Auswärtigen über die Stellung der Niederlande.

Bruxelles, le 4 juillet 1890.

Nr. 10305. Frankreich. 4. Juli 1890.

Lord Vivian ayant fait connaître au Baron Lambermont, dans la soirée du 1er juillet, la teneur des instructions qu'il venait de recevoir, nous avons été convoqués dès le lendemain à 11 heures, pour entendre la Déclaration que le Premier Plénipotentiaire d'Angleterre avait à nous faire au nom de son Gouvernement. || Dès que nous fûmes entrés en séance, Lord Vivian nous donna lecture de ce document. || Rien ne s'opposait donc plus à ce que l'on conclût de la façon qui avait été précédemment convenue. Toutefois, le Premier Plénipotentiaire Anglais, après avoir lu sa Déclaration, a adressé à notre collègue des Pays-Bas un chaleureux appel en lui faisant remarquer que le sort de notre traité dépendait, en dernière analyse, de la détermination que prendrait son Gouvernement avant l'expiration du délai qui lui était accordé pour se prononcer, et il a exprimé le ferme espoir que le Cabinet de la Haye ne voudrait pas faire écrouler l'édifice élevé par la Conférence. || A la suite de cette Déclaration s'est engagée une discussion sur la question de savoir pendant combien de temps on laisserait ouvert le Protocole de signature pour la Hollande. Les uns demandaient un an; mais on fit observer qu'il était impossible de prolonger ainsi la phase d'incertitude jusqu'à l'époque même des ratifications. D'autres demandèrent un délai assez long pour que, dans cet intervalle, les Gouvernements pussent soumettre l'Acte général et la Déclaration qui l'accompagne à l'approbation de leurs Parlements respectifs, afin d'accroître ainsi l'autorité s'attachant aux résolutions de la Conférence. On a justement objecté qu'il n'y avait aucun moyen de présenter aux Parlements un Acte international qui n'aurait, avant l'adhésion des Pays-Bas, qu'une existence conditionnelle, dépendant d'une volonté étrangère à celle des pouvoirs publics dans chacun des Pays contractants. || Interrogé relativement à cette question de délai, le Plénipotentiaire des Pays-Bas répondit que six mois lui paraissaient suffisants et que d'ici là son Gouvernement serait, selon toute apparence, en situation de prendre un parti définitif en parfaite connaissance de cause. Cette indication, fournie par le principal intéressé, leva toutes les incertitudes: il fut entendu qu'on laisserait à la Hollande six mois pour se décider, et l'on convint de se réunir dans l'après-midi du même jour, pour procéder à la signature des instruments diplomatiques. Après avoir protesté de nouveau contre la décision de la Conférence qui avait prononcé la connexité obligatoire du Traité général et de la Déclaration, le Baron de Gericke a ajouté que "ne pouvant, dans ces conditions, s'acquitter de la mission qui lui était confiée par son Gouvernement et qui ne visait que le premier de ces deux Actes, il s'abstiendrait de reparaitre à la prochaine séance." || A 3 heures nous nous retrouvions, sauf notre collègue de Hollande, au Ministère des Affaires étran-

gères et deux heures après nos cachets et nos noms étaient apposés sur l'Acte général et la Convention qui l'accompagne. Nr. 10305. Frankreich. 4. Juli 1890.

Bourée.
Cogordan.

Nr. 10306. ZANZIBAR. — Verfügung des Sultans von Zanzibar gegen den Sklavenhandel, vom 2. August 1890.

Im Namen Gottes, des Gnädigen und Barmherzigen. || Das nachfolgende Dekret wird von Uns, Seyid Ali bin Said, Sultan von Sansibar, veröffentlicht und ist bekannt zu machen, damit es von allen Unseren Unterthanen in Unserem Gebiet vom gegenwärtigen Tage an befolgt werde: Nr. 10306. Zanzibar. 2. Aug. 1890.

1) Ich bestätige hierdurch alle früheren Dekrete und Anordnungen, welche von Unseren Vorgängern gegen die Sklaverei und den Sklavenhandel erlassen sind, und erkläre, dass, mögen diese Dekrete bis jetzt in Kraft gewesen sein oder nicht, sie in Zukunft für Uns und Unsere Unterthanen verbindlich sein sollen.

2) Wir erklären, dass unter den nachstehenden Bedingungen alle Sklaven, welche sich bis heute im rechtmässigen Besitz Unserer Unterthanen befunden haben, ihren Eigenthümern nach wie vor verbleiben sollen. Ihr Status soll unverändert bleiben.

3) Wir verbieten von heute ab unbedingt jeden Tausch, Kauf und Verkauf von Sklaven, Haussklaven oder anderen. Es darf kein Sklavenhandel irgendwelcher Art oder Gattung mehr stattfinden. Alle Häuser, welche bisher von Sklavenhändlern zum Zweck des Handels mit Haussklaven gehalten wurden, sollen für immer geschlossen werden, und alle Personen, welche als Händler für den Tausch oder Verkauf von Sklaven erfunden werden, sollen streng bestraft und aus Unserem Gebiet ausgewiesen werden. || Jeder Araber oder andere Unserer Unterthanen, welcher künftig beim Tauschen, Halten oder Verkaufen von Haussklaven oder anderen Sklaven erfunden wird, soll streng bestraft werden und zwar zur Verbannung und zum Verlust aller seiner Sklaven. Alle Häuser, in welchen in irgendeiner Form Sklavenhandel betrieben wird, werden konfiszirt.

4) Sklaven sind beim Tode ihrer Eigenthümer nur an die gesetzlichen Kinder vererbbar. Hat der Eigenthümer solche Kinder nicht hinterlassen, so sollen seine Sklaven bei dem Tode ihrer Eigenthümer ipso facto frei werden.

5) Jeder Araber oder andere Unserer Unterthanen, welcher gewohnheitsmässig seine Sklaven misshandelt oder im Besitz von wunden Sklaven befunden wird, verfällt harter Bestrafung und in flagranten Fällen von Grausamkeit dem Verlust aller seiner Sklaven.

6) Solche Unserer Unterthanen, welche sich mit Personen verheirathen, die der britischen Rechtspflege unterworfen sind, werden ebenso wie diejenigen, welche aus solchen Ehen hervorgegangen sind, hiermit für unfähig erklärt,

Nr. 10306. Zanzibar. 2. Aug. 1890.

Sklaven zu halten, und alle Sklaven derjenigen Unserer Unterthanen, welche bereits in dieser Weise verheirathet sind, werden für frei erklärt.

7) Alle Unsere Unterthanen, welche, früher selbst Sklaven, durch britische Autorität befreit worden sind, oder vorlängst freigelassen sind, werden ebenfalls für unfähig erklärt, Sklaven zu halten, und alle Sklaven solcher Personen werden für frei erklärt. || Alle Sklaven, welche nach Erscheinen dieses Dekrets gesetzmässig ihre Freiheit erlangen, sollen für immer unfähig sein, Sklaven zu halten, bei Androhung strengster Bestrafung.

8) Jeder Sklave soll berechtigt sein, zu jeder Zeit hinfort seine Freiheit zu einem gerechten und angemessenen Preise zu erkaufen, welcher von Uns und Unseren arabischen Unterthanen festgesetzt wird. Das Kaufgeld soll von dem Sklaven seinem Eigenthümer vor einem Kadi bezahlt werden, welcher dem Sklaven eine Bescheinigung über seine Freiheit auszustellen hat, und solche befreiten Sklaven werden unter Unseren besonderen Schutz gegen Misshandlung gestellt. Dieser Schutz soll ebenso auf alle Sklaven ausgedehnt werden, welche ihre Freiheit auf Grund einer der in diesem Dekret getroffenen Verfügungen erlangen. Vom Datum dieses Dekrets ab hat jeder Sklave dasselbe Recht, wie alle Unsere Unterthanen, welche nicht Sklaven sind, alle Beschwerden und Klagen vor Unsere Kadis zu bringen.

Gegeben unter Unserer Unterschrift und Siegel am 15. Tage des El Hej 1307 zu Sansibar (1. August 1890).

Ali bin Said,
Sultan von Sansibar.

Nr. 10307. BELGIEN. — Der belgische Gesandte im Haag an den niederländischen Minister des Auswärtigen. Einladung zu der in der Deklaration vorbehaltenen Verhandlung über die Zollverwaltung im Kongobecken.

La Haye, le 23 octobre 1890.

Nr. 10307. Belgien. 23. Oct. 1890.

La Déclaration annexée à l'Acte général du 2 juillet dernier contient une disposition ainsi conçue: || "Après la signature de l'Acte général, une négociation sera ouverte entre les Puissances qui ont ratifié l'Acte général de Berlin ou qui y ont adhéré, à l'effet d'arrêter, dans la limite maxima de 10 p. 100 de la valeur, les conditions du régime douanier à instituer dans le bassin conventionnel du Congo." || Je suis chargé par le Gouvernement du Roi, d'accord avec les autres Puissances intéressées, d'inviter le Cabinet de La Haye à se faire représenter par des Délégués et à titre officieux dans une Commission qui se réunira à cette fin le 5 novembre prochain. || La mission dont je m'acquitte s'inspire, avant tout, d'un sentiment de déférence envers le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas. || Elle est dictée, en outre, par le désir de ménager au commerce Néerlandais le moyen de faire

valoir les points qui pourraient le toucher particulièrement dans l'élaboration d'un tarif de droits d'entrée dans le bassin conventionnel du Congo. || Les Pays-Bas, il est vrai, n'ont pas sanctionné la Déclaration du 2 juillet; mais dans le but de prévenir toute équivoque et de maintenir toutes les situations, il serait entendu, je suis autorisé à en donner l'assurance, que la présence de délégues Néerlandais dans la Commission, à titre officieux, n'impliquerait pour le Cabinet de La Haye aucun engagement quant à ses déterminations ultérieures. || Le Gouvernement du Roi a l'entière confiance que, dans ces conditions, le Cabinet de La Haye accueillera l'invitation que j'ai l'honneur de lui faire parvenir. || Un projet de tarif à été préparé par les soins du Gouvernement de l'État Indépendant du Congo pour être soumis à l'examen de la Commission. Le même Gouvernement a résumé dans un exposé spécial ses vues sur les points essentiels se rapportant aux formalités de douane. Ces deux documents ont été communiqués au Gouvernement du Roi et je me fais un devoir de les placer à mon tour sous les yeux de Votre Excellence, persuadé qu'Elle en appréciera le caractère conciliant et qu'Elle y trouvera la preuve manifeste d'un sincère désir de faciliter une entente définitive.

Nr. 10307. Belgien. 23. Oct. 1890.

Nr. 10308. **NIEDERLANDE.** — Niederländisches Memorandum über die Zollfrage, am 1. November 1890 dem franz. Minister des Auswärtigen überreicht.

Tandis que l'établissement de droits d'entrée au Congo offrirait des inconvénients sérieux tant pour le commerce étranger en général que pour celui des Pays-Bas en particulier, le système préconisé par les nouvelles propositions Néerlandaises assure des avantages incontestables sous plus d'un rapport. || Surtout la première de ces propositions est recommandable par son exécution équitable et facile: toutes les Puissances intéressées à l'abolition de l'esclavage contribueraient collectivement à couvrir les frais occasionnés dans l'État Indépendant du Congo par la mise à exécution de l'Acte général de Bruxelles. || En garantissant à l'État du Congo le payement annuel d'une somme qui équivaudrait largement au rendement présumé des droits d'entrée projetés, les Puissances assureraient à cet État des ressources bien plus régulières et plus fixes que le produit d'un droit d'importation qui est essentiellement variable. || En même temps, cette solution éviterait toute entrave au commerce et ne serait en contradiction ni avec les principes de l'Acte de Berlin, qui s'oppose formellement à l'imposition de droits d'entrée dans le bassin du Congo, ni avec les intérêts du commerce dans ces parages. || D'ailleurs une répartition de la somme de 400,000 francs sur toutes les Puissances signataires paraît plus équitable que l'établissement de droits d'entrée. Car, tandis que ceux-ci viendraient presque exclusivement à la charge des Pays-Bas

Nr. 10308. Niederlande. 1. Nov. 1890.

Nr. 10308. Niederlande. 1. Nov. 1890.

seuls dont le commerce représente les trois quarts du commerce général du Congo, il est bien évident que toutes les Puissances sans exception sont également intéressées à l'abolition de l'esclavage. || Si les appréhensions des intéressées Néerlandais, comme nous avons des raisons de le croire, sont fondées et que l'imposition de droits d'entrée porte un coup mortel au commerce du Congo, est-il juste que les Pays-Bas en soient la principale victime? Et si même cette mesure devait seulement arrêter ou ralentir le développement de ce commerce, pourquoi encore les Pays-Bas en subiraient-ils seuls les désavantages? || Au cours des récentes discussions, les intérêts du Congo ont été l'objet d'une sollicitude toute spéciale: néanmoins tous les hommes d'État compétents réunis au Congrès de Berlin se sont accordés à reconnaître que l'imposition des droits d'entrée ne pourrait qu'être nuisible à l'essor de ce nouveau pays. || Au point de vue de l'équité, il y a donc certainement lieu de prendre en considération les intérêts Néerlandais dans une cause où le Gouvernement des Pays-Bas s'est efforcé d'attirer l'attention des Puissances sur une mesure aussi préjudiciable à l'intérêt du commerce général qu'au développement de l'État du Congo en particulier. || En résumé, une contribution qui annuellement ne dépasserait pas une somme de 25,000 francs constituerait-elle un bien grand sacrifice pendant une période de quinze années de la part des différentes Puissances qui s'intéressent à une cause aussi philanthropique que celle de l'abolition de l'esclavage? || Y-a-t-il un Parlement qui voudrait lui refuser son vote? || Le Times a même déjà émis l'opinion que le Parlement Britannique voterait les sommes requises à une majorité écrasante.

Nr. 10309. FRANKREICH. — Franz. Gesandter in Brüssel an den franz. Minister des Auswärtigen. Bericht über den Beginn der Arbeiten der Zollkommission.

Bruxelles, le 6 novembre 1890.

Nr. 10309. Frankreich. 6. Nov. 1890.

La Commission a inauguré ses travaux aujourd'hui. La séance d'hier avait été une simple séance d'ouverture. J'ai fait les plus expresses réserves touchant notre liberté de tarifier à notre gré au-dessous de 10 p. %, dans nos possessions du bassin conventionnel, sauf à nous entendre avec les Puissances dont les territoires confinent aux nôtres. Le Représentant du Portugal a parlé dans le même sens. Par contre, tous les autres Commissaires semblent prêts à se rallier à l'idée d'un tarif général. || Je vous prie instamment de me faire tenir, dans le plus bref délai possible, vos instructions, et même, si faire se peut, le texte de quelque Déclaration dont je donnerais lecture et où serait précisée la façon dont le Gouvernement entend concourir à l'établissement du régime douanier dans le bassin du Congo.

Nr. 10310. FRANKREICH. — Antwort auf das Vorige.

Paris, le 7 novembre 1890.

Nr. 10310. Frankreich. 7. Nov. 1890.

J'approuve l'attitude que vous avez prise dans la séance d'hier. La Commission ne peut manquer d'apprécier la valeur des réserves formulées par la France et le Portugal, puisque ces deux Puissances sont les seules qui aient des établissements sur les côtes qui donnent un accès direct dans le bassin conventionnel du Congo. || Si la Commission aborde l'étude des taxes inscrites au projet de tarif qui nous a été communiqué, vous ferez connaître que vous n'êtes pas en mesure d'entrer dans cette discussion et que vous devez attendre le résultat de l'examen dont les propositions en question sont actuellement l'objet de la part des administrations Françaises intéressées. || Vous savez, d'ailleurs, que, d'une manière générale, nous entendons ne prendre aucun engagement en ce qui concerne la question des droits d'entrée, tant que nous n'aurons pas reçu des Représentants de l'État du Congo des assurances satisfaisantes relativement à la suppression ou à la modification des droits de sortie qu'il a cru devoir établir et dont nous avons indiqué le caractère prohibitif, ainsi qu'aux autres points que nous avons eu, à diverses reprises, l'occasion de signaler.

Ribot.

Nr. 10311. NIEDERLANDE. — Note des niederländischen Gesandten in Paris. Wunsch der Niederlande, auf Grund der gemachten Vorschläge zu einer Verständigung zu gelangen. Le 17 novembre 1890.

Nr. 10311. Niederlande. 17. Nov. 1890.

Dans la Conférence anti-esclavagiste de Bruxelles, le Baron Gericke de Herwynen, délégué des Pays-Bas, a été empêche de signer l'Acte général de la Conférence, n'ayant pas reçu de son Gouvernement l'autorisation de signer en même temps une Déclaration accordant en principe la faculté de prélever des droits d'entrée dans le bassin conventionnel du Congo. || Les inconvénients des droits d'entrée ont été expliqués trop souvent pour qu'il soit nécessaire d'y revenir. || En attendant, la situation a été modifiée: le Gouvernement des Pays-Bas a fait des propositions qui, en maintenant l'Acte de Berlin, préviennent les inconvénients de l'introduction des droits d'entrée. || Le Gouvernement Néerlandais, tout en constatant qu'il a toujours été prêt et l'est encore à signer l'Acte général sans la déclaration y annexée, se permet d'appeler de nouveau l'attention des Puissances sur les propositions qu'il leur a soumises à l'effet de fournir à l'État Indépendant du Congo les ressources dont il a besoin, et il sollicite qu'une Conférence ad hoc soit convoquée dans le but de prendre en considération ces propositions ou toute autre proposition tendant à trouver une solution qui permette de laisser intact l'article 4 de l'Acte de Berlin.

Nr. 10312. FRANKREICH. — Franz. Gesandter in Brüssel an den franz. Minister des Auswärtigen. Die Isolirung Frankreichs in der Kommission.

Bruxelles, le 18 novembre 1890.

Nr. 10312. Frankreich. 18. Nov. 1890.

Il y a eu séance aujourd'hui, et je me suis énergiquement maintenu dans les propositions que vous m'avez ordonné de défendre. La séance a été très pénible; car l'unanimité est contre nous: le Portugal lui-même trouve notre doctrine trop absolue. Comme je l'ai, au surplus, fait observer à mes collègues, on ne discute ni nos vues, ni nos arguments, on les repousse en soutenant que la Commission est compétente pour établir définitivement et sanctionner les tarifs á concerter dans les deux zones. Les État-Unis revendiquent également cette garantie comme nécessaire à leur commerce. || La Commission est prête à choisir dans son sein une Sous-commission composée des délégués des trois Puissances possessionnées à la côte orientale d'Afrique, et qui serait chargée de préparer le régime des tarifs applicable à cette région. Cette Sous-Commission entamerait immédiatement ses travaux. Il demeurerait entendu que la question de savoir si la Commission aura à se prononcer sur le résultat de ses travaux, est formellement réservée. La Sous-Commission devant tenir son mandat de la Commission, celle-ci ne pouvant le conférer qu'à l'unanimité, j'ai consenti à vous demander si vous n'avez pas d'objection à ce que sur ce point, qui ne préjuge d'ailleurs rien de ce qui passera sur l'autre côte, je me range à l'avis de mes collègues. En outre, la Commission par l'organe de son Président m'a prié de vous demander ce que l'on entend à Paris par les négociations de Cabinet à Cabinet qui devraient aboutir à l'établissement d'un régime douanier pour la partie Occidentale du bassin conventionnel.

Bourée.

Nr. 10313. FRANKREICH. — Minister des Auswärtigen an den franz. Gesandten in Brüssel. Es ist eine Verständigung über die Zollfrage durch Verhandlung von Cabinet zu Cabinet zu hoffen.

Paris, le 23 novembre 1890.

Nr. 10313. Frankreich. 23. Nov. 1890.

J'ai reçu la visite du Baron Beyens, qui venait me demander officieusement, de la part du Baron Lambermont, sur quels points portaient plus spécialement nos réclamations en ce qui concerne les droits de sortie établis au Congo. Il ne m'a pas caché que cette démarche pouvait être considérée comme le préliminaire de l'ouverture d'une négociation de Cabinet à Cabinet. Le Gouvernement Belge renoncerait à saisir la Commission technique d'un projet de tarif commun pour la Côte occidentale. J'ai résumé les griefs que le commerce à élevés justement contre les récentes mesures prises par le Gouvernement du Congo. Le Baron Beyens a exprimé la pensée qu'une

négociation de Cabinet à Cabinet serait vue de bon oeil par le Gouvernement Hollandais. J'ai tenu naturellement à vous signaler cette démarche, dont le Baron Lambermont pourra être, d'ailleurs, amené lui même à vous entretenir; vous en apprécierez comme moi la portée. Notre vif désir d'arriver à une entente nous fait envisager, avec une satisfaction particulière, les dispositions dont elle est l'indice de la part du Gouvernement du Roi Léopold. Nr. 10313. Frankreich. 23. Nov. 1890.

Ribot.

Nr. 10314. VEREINIGTE STAATEN. — Declaration vom 13. Dez. 1890. Separatverständigung zwischen den Vereinigten Staaten und dem Kongostaate über die Zollfrage.

Les soussignés, Plénipotentiaires de la République des États-Unis d'Amérique et de l'État indépendant du Congo, || Tenant compte des dispositions de l'Acte général de ce jour, constituant un ensemble de mesures destinées à mettre un terme à la traite des nègres sur terre et sur mer et à améliorer les conditions morales et matérielles d'existence des populations indigènes; || Considérant que l'exécution des dispositions prises dans ce but impose à l'État indépendant du Congo des obligations qui exigent impérieusement, pour y faire face, des ressources correspondantes, || Sont convenus de faire la Déclaration suivante: || La République des État-Unis d'Amérique, reconnaissant qu'il est juste et nécessaire de faciliter à l'État indépendant du Congo l'accomplissement des obligations qu'il a contractées en vertu de l'Acte général de ce jour, admet, pour ce qui la concerne, que des droits d'entrée soient perçus sur les marchandises importées dans ledit État. || Le tarif de ces droits ne pourra dépasser 10 p. 100 de la valeur des marchandises au port d'importation, pendant quinze ans à partir de la signature de la présente Déclaration, sauf pour les spiritueux qui sont régis par les dispositions du chapitre VI de l'Acte général de ce jour. || Les États-Unis jouiront dans l'État indépendant du Congo, quant aux droits d'entrée, de tous les avantages accordés à la nation la plus favorisée. || Il a été convenu, en outre: Nr. 10314. Vereinigte Staaten. 13. Dez. 1890.

1° Qu'aucun traitement différentiel ni droit de transit ne pourra être établi;

2° Que, dans l'application du régime douanier qui sera introduit, l'État du Congo s'attachera à simplifier, autant que possible, les formalités et à faciliter les opérations du commerce.

Les deux Gouvernements s'engagent à substituer à la présente Déclaration un traité d'amitié, de commerce et de navigation conclu sur les bases de cette déclaration et assurant au pavillon, au commerce et aux citoyens des États-Unis d'Amérique dans les territoires de l'État indépendant du Congo tous les droits accordés aux Puissances signataires du traité de Berlin; la présente Déclaration est provisoire et ne doit servir que jusqu'à la conclusion définitive du traité. || En signant la présente Déclaration, les Plénipotentiaires des États-Unis entendent que leur pavillon, leurs intérêts commerciaux et leurs

Nr. 10314. Vereinigte Staaten. 13. Dez. 1890.

nationaux jouiront, dans les pays du bassin conventionnel du Congo, avec lesquels ils n'ont pas de traité spécial, du même traitement que reçoivent ou recevront les nationaux des Puissances signataires du Traité de Berlin. || Les ratifications du traité prévu par la présente Déclaration seront échangées en même temps que celles de l'Acte général de ce jour. || Il est bien entendu que, si la Déclaration au sujet des droits d'entrée signée aujourd'hui par les Puissances signataires de l'Acte de Berlin ne devait pas entrer en vigueur, en ce cas la présente Déclaration serait absolument nulle et sans effet. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé la présente Déclaration et y ont apposés leur cachet.

Edwin H. Terrell,
H.-S. Sanford,
Edmond van Eetvelde,
A. van Maldeghem.

Nr. 10315. FRANKREICH. — Franz. Minister des Auswärtigen an den belgischen Gesandten in Paris. Grundlagen einer Verständigung über die Zollfrage.

Paris, le 13 décembre 1890.

Nr. 10315. Frankreich. 13. Dec. 1890.

Vous avez bien voulu, au cours des entretiens que nous avons eus récemment ensemble, me faire connaître que le Gouvernement du Congo adhérait à la proposition formulée par le Gouvernement de la République et d'après laquelle un tarif commun pour les droits d'entrée dans le bassin occidental du Congo serait élaboré par les trois Puissances possessionnées dans cette région. Ce tarif, afin de pouvoir se prêter plus aisément aux modifications dont l'expérience révélerait la nécessité, ne serait pas soumis à l'approbation de la Commission technique. Il serait en revanche revisable d'année en année, sur la demande de l'une ou de l'autre des Parties contractantes. || Je vous remercie de cette communication qui donne satisfaction aux désirs exprimés en notre nom par nos Délégués devant la Conférence et devant la Commission: j'ai l'honneur d'en prendre acte. || Examinant ensuite les moyens de réaliser une entente sur ces bases, nous avons reconnu, d'un commun accord, au cours de ces mêmes entretiens, que le tarif commun à l'importation pourrait être établi ainsi qu'il suit. Nous adoptons pour ce, qui nous concerne, la nomenclature du projet belge. Tous les articles qui n'y sont pas compris, sont exempts. Pour ceux qui y figurent, les uns, savoir les armes, les munitions et le sel, acquitteront des droits d'entrée de 10 p. 100; tous les autres seront soumis à une taxe uniforme de 6 p. 100. Les alcools sont réservés. || En ce qui concerne les droits de sortie et autres, je prends acte avec satisfaction de la notification que vous avez bien voulu me faire touchant les intentions du Souverain de l'État libre. Agissant dans la plénitude de ses droits, Sa Majesté consent à remplacer les taxes de sortie et de patente par une taxe

unique de sortie de 10 p. 100 sur l'ivoire et le caoutchouc. Les droits de licence seront réduits d'un tiers. Ces dernières mesures seront appliquées pendant une période de dix ans. || Je vous serais reconnaissant de vouloir bien m'indiquer le plus tôt possible, en répondant à la présente communication, si, comme je le crois, j'ai noté exactement la série des points sur lesquels l'entente s'est faite entre nous. Dès que votre réponse constatant cet accord me sera parvenue, je me chargerai volontiers d'en porter la teneur à la connaissance du Gouvernement Portugais en le priant de l'examiner, et, s'il le veut bien, d'y adhérer. Ribot.

Nr. 10315. Frankreich. 13. Dec. 1890.

Nr. 10316. **NIEDERLANDE.** — Der niederländische Gesandte in Brüssel an den belgischen Minister des Auswärtigen. Die Niederlande treten den beiden Akten der Brüsseler Konferenz bei.

Bruxelles, le 30 décembre 1890.

Le Gouvernement des Pays-Bas s'est empressé d'accepter l'invitation qui lui avait été adressée au mois d'août 1889 d'assister à la Conférence anti-esclavagiste de Bruxelles, et m'a fait l'honneur de me désigner pour l'y représenter et pour prendre part en son nom à l'oeuvre humanitaire que la Conférence avait pour mission de mener à bonne fin. || Il a applaudi avec non moins d'empressement aux mesures arrêtées par la Conférence dans l'Acte Général du 2 juillet 1890. || Ce n'est pas sans un vif regret toutefois qu'il a vu la Conférence saisie au cours de ses travaux d'une proposition tendant à déroger aux dispositions de l'Acte Général de la Conférence de Berlin du 26 février 1885, afin de mettre l'État indépendant du Congo à même de se procurer les moyens d'exécuter sur son territoire les résolutions de la Conférence par rapport à la traite des noirs. Cette proposition ayant été adoptée, la connexité qui a été établie ensuite entre la Déclaration relative au prélèvement des droits d'entrée dans le bassin conventionnel du Congo et l'Acte Général de la Conférence a empêché le Gouvernement Néerlandais d'apposer sa signature à cet Acte. || Le respect des traités et le vif désir d'agir dans le véritable intérêt des populations noires de l'Afrique, tout en ménageant les intérêts du commerce, ont déterminé l'attitude prise par mon Gouvernement, et il s'était flatté qu'en mettant à profit le délai de six mois pendant lequel les actes élaborés par la Conférence resteraient ouverts à la signature, il pourrait réussir à faire partager aux autres Puissances intéressées sa manière de voir, exprimée dans la Conférence. || Tandis qu'il n'a rien négligé pour faire ressortir les inconvénients sérieux qui, selon lui, seront la conséquence infaillible de l'introduction de droits d'entrée dans le bassin du Congo, il a en outre cru devoir soumettre à l'examen des Gouvernements signataires d'autres moyens d'assurer à l'État Indépendant les ressources nécessaires pour l'exécution des mesures en question. || Ces démarches n'ont pas amené le ré-

Nr. 10316. Niederlande. 30. Dec. 1890.

Nr. 10316. Niederlande. 30. Dec. 1890.

sultat que mon Gouvernement se croyait en droit d'espérer. || Par la lettre que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser le 18 de ce mois, elle m'a fait connaître que les Puissances signataires se refusent unanimement à accéder aux propositions qui leur ont été faites et qu'elles maintiennent le voeu que le Gouvernement Néerlandais se décide à signer les deux actes de la Conférence. Les Puissances persistent donc dans leur avis que l'introduction de droits d'entrée est le seul moyen de mettre l'État Indépendant à même de subvenir aux frais que lui causera l'exécution de l'Acte Général. || Bien que par cette communication il ne se soit pas trouvé ébranlé dans sa conviction que la mesure visée par la Déclaration nuira indirectement à l'abolition de l'esclavage et au développement du commerce au Congo, mon Gouvernement ne veut pas encourir le reproche d'avoir fait échouer l'oeuvre humanitaire de la Conférence. || C'est pour cette raison, et en répudiant toute responsabilité quant aux conséquences de la mesure qu'il ne saurait approuver, qu'il s'est décidé à accéder au désir unanime des Puissances, et qu'il m'a autorisé à signer les deux Actes de la Conférence de Bruxelles. || En vous priant de vouloir bien donner connaissance de ce qui précède aux Puissances signataires, je saisis cette occasion, etc.

Nr. 10317. FRANKREICH, KONGOSTAAT und PORTUGAL. — Protokoll vom 9. Februar 1891. Verständigung zwischen Frankreich, dem Kongostaate und Portugal über die Eingangszölle.

Nr. 10317. Frankreich, Kongostaat und Portugal. 9. Febr. 1891.

Le Gouvernement de la République Française, le Gouvernement de l'État Indépendant du Congo et le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, ayant ouvert entre eux la négociation prévue par la Déclaration du 2 juillet, à l'effet d'établir un tarif de droits d'entrée dans le bassin occidental du Congo, se sont entendus sur les points suivants:

1° Tous les produits importés dans le bassin occidental du Congo seront taxés à 6 p. 100 de la valeur, sauf les armes, les munitions, la poudre et le sel, qui acquitteront le taux de 10 p. 100. Les alcools sont réservés.

2° Les navires et bateaux, les machines à vapeur, les appareils mécaniques servant à l'industrie ou à l'agriculture et les outils d'un usage industriel et agricole seront exempts à l'entrée pendant une période de quatre ans prenant cours le jour de l'application des droits et pourront ensuite être imposés à 3 p. 100.

3° Les locomotives, voitures et matériel de chemin de fer seront exempts pendant la période de construction des lignes et jusqu'au jour de l'exploitation. Ils pourront ensuite être imposés à 3 p. 100.

4° Les instruments de science et de précision, ainsi que les objets servant au culte, les effets d'habillement et bagages à l'usage personnel des voyageurs et des personnes qui viennent s'établir sur le territoire du bassin occidental du Congo, sont exempts.

5° Le présent tarif sera revisable d'année en année, sur la demande de l'une ou de l'autre des Parties contractantes, formulée six mois au moins avant l'expiration de chaque année. Il ne pourra toutefois être fait usage de cette dernière faculté qu'après dix-huit mois d'application du tarif. Nr. 10317. Frankreich, Kongostaat und Portugal. 9. Febr. 1891.

Au cas où une entente ne s'établirait pas sur les termes de la revision, les Puissances en cause retrouveraient leur liberté de tarification dans les limites prévues par la Déclaration du 2 juillet dernier. || En foi de quoi, les soussignés: M. Alexandre Ribot, Député, Ministre des Affaires étrangères de la République Française; M. le Baron Beyens, Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi Souverain de l'État Indépendant du Congo, et M. d'Antas, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, dûment autorisés à cet effet, ont dressé le présent Acte, qu'ils ont revêtu de leurs cachets.

Fait à Paris, en triple exemplaire, le 9 février 1891.

Ribot.
Beyens.
d'Antas.

Nr. 10318. VEREINIGTE STAATEN und KONGOSTAAT. — Handelsvertrag vom 24. Januar 1891.

Sa Majesté Léopold II., Roi des Belges, Souverain de l'État Indépendant du Congo, et les États-Unis d'Amérique, || Désirant consacrer, confirmer et encourager les rapports de commerce et de bonne intelligence existant déjà entre les pays respectifs, par la conclusion d'un traité d'amitié, de commerce et de navigation, ont, à cet effet, nommé pour leurs plénipotentiaires respectifs, savoir: | Sa Majesté Léopold II, Roi des Belges, Souverain de l'État Indépendant du Congo, || Edm. van Eetvelde, Administrateur général du Département des Affaires étrangéres, officier de Son Ordre de Léopold; || Et Son Excellence le Président des États-Unis d'Amérique, || Edwin H. Terrell, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire des États-Unis d'Amérique près Sa Majesté le Roi des Belges. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants: Nr. 10318. Vereinigte Staaten und Kongostaat. 24. Jan. 1891.

Article premier.

Il y aura liberté pleine, entière et réciproque de commerce, d'établissement et de navigation entre les concitoyens et les habitants des deux Hautes Parties contractantes. || Les citoyens et habitants de l'État Indépendant du Congo dans les États-Unis d'Amérique, et ceux des États-Unis d'Amérique dans l'État Independant du Congo auront réciproquement la faculté, en se conformant aux lois du pays, d'entrer, voyager et séjourner dans toutes les parties de leurs territoires respectifs, d'y faire le commerce, et ils jouiront, à cet égard, pour la protection de leurs personnes et de leurs biens, du même traitement et des mêmes droits

Nr. 10318. Vereinigte Staaten und Kongostaat. 24. Jan. 1891.

que les nationaux ou les citoyens et les habitants de la nation la plus favorisée. Il pourront librement exercer leur industrie ou leur commerce, tant en gros qu'en détail, dans toute l'étendue des territoires, sans être assujettis, en ce qui concerne leurs personnes ou leurs propriétés, ou à raison de leurs affaires, à des taxes générales ou locales, impôts ou conditions quelconques, autres ou plus onéreux que ceux qui se perçoivent ou pourront être perçus sur les nationaux autres que les indigènes non civilisés, ou sur les citoyens et habitants de la nation la plus favorisée. || De même ils jouiront réciproquement du traitement de la nation la plus favorisée pour tout ce qui touche aux droits, privilèges, exceptions et immunités quelconques en ce qui concerne leurs personnes et leurs propriétés, et en matière de commerce, d'industrie et de navigation.

Article II.

Pour tout ce qui concerne l'acquisition, la succession, la possession et l'aliénation des propriétés mobilières et immobilières, les citoyens et habitants de chacune des Hautes Parties contractantes jouiront, dans les territoires de l'autre, de tous les droits que les lois respectives accordent ou accorderont, dans ces territoires, aux citoyens et habitants de la nation la plus favorisée.

Article III.

Les citoyens et habitants de chacune des Hautes Parties contractantes seront exempts, dans les territoires de l'autre, de tout service personnel dans l'armée, la marine ou les milices, et de toutes contributions pécuniaires qui en tiendraient lieu, ainsi que de toutes les fonctions officielles obligatoires quelconques, sauf l'obligation de siéger, dans un rayon de cent kilomètres du lieu de leur résidence, comme juré dans les procédures judiciaires; en outre, leurs biens ne pourront pas être requis pour le service public, sans une compensation ample et suffisante. || Ils auront un libre accès auprès des tribunaux de l'autre, en se conformant aux lois régissant la matière, tant pour la poursuite que pour la défense de leurs droits, à tous les degrés de juridiction établis par la loi. Ils pourront se faire représenter par des advocats, et ils jouiront à cet égard, et en ce qui concerne les visites domiciliaires dans leurs maisons, fabriques, magasins, dépôts, etc., des mêmes droits et des mêmes avantages qui sont ou seront accordés aux citoyens et habitants de la nation la plus favorisée, no aux nationaux.

Article IV.

Les citoyens et habitants des deux États jouiront, sur le territoire de l'autre, d'une liberté de conscience pleine et entière. Ils seront protégés dans le libre exercice de leur culte; ils auront la faculté d'ériger des édifices religieux et de maintenir des missions.

Article V.

Il sera loisible aux deux Hautes Parties contractantes de nommer et établir des consuls, viceconsuls, consuls suppléants, agents consulaires et agents

commerciaux dans les territoires de l'autre; mais aucun de ces agents ne pourra entrer en fonctions avant d'avoir reçu l'exéquatur nécessaire du Gouvernement auprès duquel il est délégué. || Lesdits agents de chacune des deux Hautes Parties contractantes jouiront, dans les territoires de l'autre, sur le pied d'une complète réciprocité, de tous les privilèges, immunités et droits qui sont actuellement accordés à ceux de la nation la plus favorisée ou qui pourront leur être accordés par la suite. || Lesdits agents, citoyens ou habitants de l'État, par lequel ils sont nommés, ne seront pas soumis à la détention préventive, sauf dans le cas de faits qualifiés crimes par la législation locale et punis comme tels. Ils seront exempts du logement militaire et du service dans l'armée, la marine ou les milices, ainsi que de toutes contributions directes, à moins que celles-ci ne soient dues à raison de propriétés immobilières, ou à moins que lesdits agents n'exercent une profession ou un commerce quelconque. || Lesdits agents pourront arborer leur pavillon national sur leurs chancelleries. || Les chancelleries consulaires seront en tout temps inviolables. Les l'autorités locales ne pourront y pénétrer sous aucun prétexte. Elles ne pouront, dans aucun cas, visiter ni saisir les papiers qui y seront déposés. Les chancelleries consulaires ne pourront, d'autre part, servir de lieu d'asile, et si un agent du service consulaire est engagé dans des affaires commerciales ou autres, les papiers se rapportant au consulat seront tenus séparément. || Lesdits agents auront le droit d'exercer toutes les fonctions appartenant généralement aux consuls, spécialement en ce qui concerne la légalisation de documents privés et publics, de factures et de contrats commerciaux, la réception de dépositions et la faculté de conférer l'authenticité aux actes et documents légaux. || Lesdits agents auront le droit de s'adresser aux autorités administratives et judiciaires du pays dans lequel ils exercent leurs fonctions pour se plaindre de toute infraction aux traités ou conventions existant entre les deux Gouvernements, et dans le but de protéger les droits et intérêts des citoyens et habitants de leur pays. Ils auront aussi le droit de régler tous les différends surgissant entre les capitaines ou les officiers du bord et les matelots des navires de mer de leur nation. Les autorités locales s'abstiendront d'intervenir dans ces cas, à moins que le maintien de la tranquillité publique ne l'exige, ou à moins que leur assistance ne soit demandée par l'autorité consulaire pour assurer l'exécution de ses décisions. || Les autorités locales donneront auxdits agents et, à leur défaut, aux capitaines ou à leurs mandataires éventuels, toute aide pour la recherche et l'arrestation des marins déserteurs, qui seront détenus et gardés dans les prisons de l'État, à la réquisition et aux frais des consuls ou des capitaines pendant un délai maximum de deux mois.

Article VI.

Les citoyens et habitants de chacune des Hautes Parties contractantes auront réciproquement, aux mêmes titre et conditions et avec les mêmes privilèges que ceux de la nation la plus favorisée, la faculté d'entrer avec leurs

Nr. 10318. Vereinigte Staaten und Kongostaat. 24. Jan. 1891.

navires et chargements dans tous les ports et de naviguer sur toutes les rivières et les eaux intérieures de l'autre État. || Les navires de chacune des Parties contractantes ou de ses citoyens ou habitants pourront naviguer librement sur les eaux dépendant du territoire de l'autre, sans être soumis à d'autres péages, charges ou obligations que ceux qu'auraient à supporter les navires appartenant aux citoyens ou habitants de la nation la plus favorisée. || Il ne sera imposé par aucune des Parties contractantes aux navires appartenant à l'autre, ou aux citoyens ou habitants de l'autre, en matière de tonnage, de droits de port, de pilotage, de droits de phare et de quarantaine, de sauvetage de navires ou d'autres dépenses administratives quelconques concernant la navigation, des taxes ni charges quelconques, autres ou plus élevées que celles qui sont ou seront imposées aux bâtiments publics ou privés de la nation la plus favorisée. || Il est convenu que tout navire appartenant à l'une des Hautes Parties contractantes ou à un citoyen ou habitant de l'une d'elles, ayant le droit de porter le pavillon de ce pays et ayant droit à sa protection, le tout conformément aux lois de ce pays, sera considéré comme un navire de sa nationalité.

Article VII.

En ce qui concerne les tarifs et les facilités de transport et les péages, les marchandises appartenant aux citoyens ou habitants de l'un des États contractants, transportées sur les routes, chemins de fer et voies navigables de l'autre État, seront traitées sur le même pied que les marchandises appartenant aux citoyens ou habitants de la nation la plus favorisée.

Article VIII.

Dans les territoires d'aucune des Hautes Parties contractantes, il ne sera établi ni mis en vigueur de prohibition à l'égard de l'importation, de l'exportation ou du transit d'aucun article d'un commerce légal, produit ou manufacturé dans les territoires de l'autre, à moins que cette prohibition ne soit étendue également et en même temps à toutes les autres nations.

Article IX.

La République des États-Unis d'Amérique reconnaissant qu'il est juste et nécessaire de faciliter à l'État Indépendant du Congo l'accomplissement des obligations qu'il a contractées en vertu de l'Acte Général de Bruxelles du 2 juillet 1890, admet, pour ce qui la concerne, que des droits d'entrée soient perçus sur les marchandises importées dans ledit État. || Le tarif de ces droits ne pourra dépasser 10 p. 0/0 de la valeur des marchandises au port d'importation, pendant quinze ans à partir du 2 juillet 1890, sauf pour les spiritueux qui sont régis par les dispositions du chapitre VI de l'Acte Général de Bruxelles. || A l'expiration de ce terme de quinze ans, et à défaut d'un nouvel accord, l'État Indépendant du Congo se retrouvera vis-à-vis des États-Unis d'Amérique dans la situation qui existait antérieurement au 2 juillet 1890, la

faculté d'imposer des droits d'entrée à un maximum de 10 p. 0/0 sur les marchandises importées dans ledit État lui restant acquise, aux conditions et dans les limites déterminées aux articles XI et XII de ce traité.

Article X.

Les États-Unis jouiront, dans l'État Indépendant du Congo, quant aux droits d'entrée, de tous les avantages accordés à la nation la plus favorisée.

Il a été convenu en outre:

1° Qu'aucun traitement différentiel ni droit de transit ne pourra être établi;

2° Que, dans l'application du régime douanier qui sera introduit, l'État du Congo s'attachera à simplifier, autant que possible, les formalités et à faciliter les opérations du commerce.

Article XI.

En égard au fait que, dans l'article X du présent traité, les États-Unis d'Amérique ont donné leur assentiment à l'établissement de droits d'entrée dans l'État Indépendant du Congo sous certaines conditions, il est bien entendu que ledit État Indépendant du Congo assure au pavillon, aux navires, au commerce et aux citoyens et habitants des États-Unis d'Amérique, dans toutes les parties du territoire de cet État, tous les droits, privilèges et immunités concernant les droits d'entrée et de sortie, le régime douanier, les taxes et charges intérieures et, d'une manière générale, tous les intérêts commerciaux qui sont ou seront accordés aux Puissances signataires de l'Acte de Berlin, ou à la nation la plus favorisée.

Article XII.

Dans le cas où un différend s'élèverait entre les deux Hautes Parties contractantes quant à la validité, l'interprétation, l'application ou la mise en vigueur d'une des dispositions contenues dans le présent Traité, et qu'il ne pourrait être arrangé amicalement par correspondance diplomatique entre les deux Gouvernements, ces derniers conviennent de le soumettre au jugement d'un tribunal arbitral dont ils s'engagent à respecter et à exécuter loyalement la décision. || Le tribunal sera composé de trois membres; chacune des deux Hautes Parties contractantes en désignera un, choisi en dehors des citoyens et des habitants de l'un ou l'autre des États contractants et de la Belgique. Les Hautes Parties contractantes demanderont, de commun accord, à un Gouvernement ami, de nommer le troisième arbitre, à choisir également en dehors des deux États contractants et de la Belgique. || Si un arbitre était dans l'impossibilité de siéger par suite de décès, de démission ou pour toute autre cause, il serait remplacé par un nouvel arbitre dont la nomination sera faite de la même manière que celle de l'arbitre dont il prend la place. || La majorité des arbitres peut statuer en cas d'absence intentionnelle ou de retraite formelle de la minorité. La décision de la majorité des arbitres sera définitive sur toutes les questions à résoudre. || Les dépenses générales de la procédure ar-

Nr. 10318. Vereinigte Staaten und Kongostaat. 24. Jan. 1891.

bitrale seront supportées, à parts égales, par les deux Hautes Parties contractantes; mais les dépenses faites par l'une ou l'autre des Parties pour préparer et pour exposer sa cause seront à la charge de cette Partie.

Article XIII.

Il est bien entendu que, si la déclaration au sujet des droits d'entrée, signée le 2 juillet 1890 par les Puissances signataires de l'Acte de Berlin, ne devait pas entrer en vigueur, en ce cas le présent Traité serait absolument nul et sans effet.

Article XIV.

Le présent Traité sera soumis à l'approbation et à la ratification, d'une part, de Sa Majesté le Roi des Belges, Souverain de l'État Indépendant du Congo, et, d'autre part, de Son Excellence le Président des États-Unis, agissant de l'avis et avec le consentement du Sénat. || Les ratifications du présent Traité seront échangées en même temps que celles de l'Acte Général de Bruxelles du 2 juillet 1890, et il entrera en vigueur à la même date que celui-ci. || En foi de quoi les Plenipotentiaires respectifs des Hautes Parties contractantes ont signé le présent traité en double, en français et en anglais, et y ont apposé leurs cachets. || Fait à Bruxelles, le vingt-quatrième jour du mois de janvier de l'an mil huit cent quatre-vingt-onze.

Edm. van Eetvelde.
Edwin H. Terrell.

Nr. 10319. DEUTSCHLAND, ENGLAND, ITALIEN. — Vereinbarung vom 22. Dezember 1890 über die Zölle an der Ostküste.

Nr. 10319. Deutschland, England, Italien. 22. Dez. 1890.

1° L'Allemagne, la Grande-Bretagne et l'Italie, dans les territoires sous leur influence situés dans la zone orientale du bassin conventionnel du Congo et soumis à l'article IV de l'Acte général de Berlin, auront le droit de prélever des droits sur les marchandises importées dans ces territoires, soit par terre, soit par eau, conformément au régime douanier actuellement en vigueur d'après les traités avec le Zanzibar qui prévoient un droit d'entrée de 5 p. 100 *ad valorem*;

2° Les armes et les munitions introduites selon les dispositions spéciales de l'Acte général de Bruxelles pourront cependant être grevées d'un droit d'entrée qui ne dépassera pas le taux de 10 p. 100 *ad valorem*, si les stipulations des traités qui s'y opposent actuellement sont modifiées et si les circonstances le permettent;

3° Le droit d'entrée à prélever sur les alcools sera réglé selon les stipulations du chapitre VI de l'Acte général de Bruxelles;

4° Les marchandises suivantes seront admises en franchise de droits, à savoir : les machines et les instruments destinés à l'agriculture, ainsi que tous les matériaux destinés à la construction et à l'entretien des routes, tramways et chemins de fer, et en général tous les moyens de transport; Nr. 10319. Deutschland, England, Italien. 22. Dez. 1890.

5° Le présent accord entrera en vigueur en même temps que les Actes signés à Bruxelles le 2 juillet 1890. Il restera en vigueur pendant une période de cinq ans et demeurera valable pour cinq autres années et ainsi de suite de cinq ans en cinq ans, à moins que l'une ou l'autre des trois Puissances en demande la revision six mois avant l'expiration de la période quinquennale.

Certifié conforme à l'original:

Le Président de la Commission,

Lambermont.

Nachtrag.

Nr. 10320. **ENGLAND.** — Project für die internationale Beaufsichtigung des afrikanischen Sclavenhandels. Commissions-Sitzung vom 28. November 1889.

Article I.

The signatory Powers agree to define a zone comprising the area affected by the export trade in african sclaves. || This zone commencing from the northward at the isthmus of Suez, shall extend southward on the african coast to the 25° of south latitude. It shall include the island of Madagascar and all other islands in those seas. It shall also include both coasts of the Red Sea, the coasts of Arabia, and those of the Persian Gulf with the islands situated in those waters. Nr. 10320. England. 28. Nov. 1889.

Art. II.

The signatory Powers shall within this zone, have the right of supervision, jointly and severally, whether on the high seas or in territorial waters over all sailing vessels under any flag. They shall have the power of detaining any vessels, directly or indirectly suspected of being engaged in the slave trade and of bringing or sending such vessels for judgment. They shall likewise have the power of sending or pringing for trial, any persons who may be suspected of being engaged directly or indirectly in the slave trade.

Art. III.

Mixed tribunals shall be established at convenient spots within the zone. || These tribunals shall have the power of judging, without appeal, the causes submitted to them under the provisions of the present act. All the signatory Powers shall have the right of being represented on the mixed tribunals. || No tribunal shall be considered as properly constituted unless at least five of the Powers shall have appointed duty qualified representatives. || No tribunal shall

Nr. 10320. England. 28. Nov. 1889.

have the power to act unless representatives of three of the Powers shall be present at its proceedings. || Diplomatic, consular and judicial officers of the Powers within the zone, as well as commanders of men-of-war on the station, not being themselves the captors of an accused vessel, may be qualified to act as representatives. || Persons found guilty by the tribunals of being concerned, directly or indirectly, in the trade in slaves, shall be sent to the nearest authorities in territory under the control of the Power of which they may be subjects, to be punished according to the laws of such Power. || The signatory Powers engage, in the absence of the necessary laws on the subject, to take, without delay, steps to enable them to inflict adequate punishment on persons convicted by the tribunals. || The nature of the punishment awarded shall be at once notified to the tribunal by which the sentence shall have been passed.

Art. IV.

All african salves found on board sailing-vessels who can give satisfactory proof to an officer of any of the signatory Powers that they are detained against their will, shall be at once liberated.

Art. V.

Fugitive slaves, taking refuge on board the men-of-war of the signatory Powers within the zone shall be at once liberated.

Art. VI.

The signatory Powers engage to make such arrangements as may be found possible for the prompt interchange of information which may lead to the detection of persons engaged, directly or indirectly, in slave trading transactions.

Art. VII.

The signatory Powers engage to take efficient measures to prevent the abuse of their flags for slave trade purposes. || With this view they shall establish a system of registration of native vessels permitted to carry their flags, and the registers shall be at all times open to the inspection of naval officers of the Powers qualified to act within the zone.

Nr. 10321. FRANKREICH. — Gegenproject zu dem Vorigen. Kommissions-Sitzung vom 20. Januar 1890.

Projet de Traité.

Article I.

Nr. 10321. Frankreich. 20. Jan. 1890.

Les Hautes Parties contractantes reconnaissent l'opportunité de prendre, d'un commun accord, des dispositions ayant pour objet d'assurer plus efficacement la répression de la traite des noirs dans la zone où elle n'a pas encore

cessé. Cette zone s'étend, d'une part, entre les côtes de l'océan Indien (y compris les golfes Persique et Arabique), depuis le Beloutchistan jusqu'à Quilimane, et, d'autre part, une ligne conventionnelle qui suit d'abord le méridien de Quilimane jusqu'au point de rencontre avec le 26e degré de latitude sud, se confond ensuite avec ce parallèle, puis contourne l'île de Madagascar par l'est en se tenant à 20 milles de la côte orientale et septentrionale, jusqu'à croiser le méridien du cap d'Ambre. De ce point, la limite de la zone est déterminée par une oblique qui va rejoindre la côte du Beloutchistan en passant à 20 milles au large du cap Ras-el-Haad (golfe Persique).

Article II.

§ 1.

Les Puissances signataires reconnaissent que le pavillon d'un navire étant de prime abord la marque distinctive de sa nationalité, tout navire marchand qui établit sa nationalité, en arborant ses couleurs, est, en principe, soumis au seul contrôle des bâtiments de guerre portant le même pavillon.

§ 2.

Toutefois, si la présomption résultant des couleurs arborées par un bâtiment indigène à voiles, rentrant dans la catégorie des boutres ou dhows et naviguant dans les parages délimités à l'article 1er, peut être sérieusement mise en doute, les bâtiments de guerre des Puissances signataires peuvent recourir à la vérification des papiers de bord spécifiés au paragraphe 4 ci-après.

§ 3.

Un canot pourra être envoyé à bord du navire suspect, après qu'on l'aura hélé pour lui donner avis de cette intention. L'officier chargé de la vérification devra être un officier de vaisseau et se présenter en uniforme. Il devra procéder avec tous les égards et tous les ménagements possibles. || Le commandant d'un bâtiment de guerre qui aura eu recours à cette mesure devra, dans tous les cas, en faire l'objet d'un rapport á son Gouvernement, et *l'informer des motifs évidents qui l'ont fait agir.* || Communication de ce rapport et *des motifs qui auront provoqué* cette vérification sera officiellement donnée au Gouvernement dont le boutre a arboré le pavillon.

§ 4.

La vérification porte sur les papiers suivants: || L'acte constatant le droit de porter le pavillon; || Le rôle d'équipage et, s'il y a lieu, le manifeste des passagers. || Un modèle de ces pièces sera communiqué par chacune des Parties contractantes à toutes les autres.

§ 5.

En dehors de la vérification des papiers de bord visée par le paragraphe 4, il ne pourra être procédé sur place à aucune enquête sur les opérations com-

Nr. 10321. Frankreich. 20. Jan. 1890.

merciales ou sur la cargaison du navire: toute recherche, toute perquisition sont absolument interdites. || Avant de quitter le navire, l'officier remettra au capitaine un procès-verbal daté et signé, constatant que la vérification a été effectuée.

§ 6.

Lorsque, après l'examen des papiers de bord, le boutre indigène sera soupçonné d'usurpation de pavillon *ou de fraude*, le croiseur étranger pourra le détenir provisoirement. Le bâtiment soupçonné sera conduit sans délai dans le port le plus rapproché où siège un des tribunaux internationaux institués par l'article suivant, et remis au consul ou à un délégué spécial de la Puissance dont il avait arboré les couleurs.

§ 7.

Le consul ou délégué procédera à une enquête complète en présence d'un officier du croiseur étranger.

§ 8.

S'il résulte de cette enquête qu'il y a eu usurpation de pavillon, le navire restera à la disposition du capteur.

§ 9.

Si l'enquête établit *un fait de traite défini par la présence à bord d'esclaves destinés à être vendus*, les individus inculpés d'avoir participé au crime seront renvoyés, pour être jugés conformément aux lois, devant les autorités compétentes de leur nation, le navire et sa cargaison demeurant sous séquestre, entre les mains du consul ou délégué qui a dirigé l'enquête, jusqu'à l'issue de l'instance suivie contre les inculpés.

§ 10.

Si l'enquête révèle dans les papiers certaines irrégularités légères ne constituant aucun des faits prévus aux paragraphes 8 et 9 du présent article, le capitaine du boutre sera jugé conformément aux lois par les autorités judiciaires de sa nation.

§ 11.

Si enfin le bâtiment est trouvé en règle, il y aura lieu de plein droit à une indemnité proportionnelle au dommage éprouvé par le bâtiment indigène détourné de sa route. La quotité de cette indemnité sera fixée par le tribunal international institué conformément à l'article suivant.

§ 12.

Dans le cas où l'officier du croiseur n'accepterait par les conclusions de l'enquête effectuée en sa présence par le consul, le tribunal international trancherait le différend et l'affaire suivrait son cours d'après les dispositions des paragraphes 8, 9, 10 et 11 du présent article.

Article III.

§ 1.

Des tribunaux internationaux, composés des consuls ou de délégués spéciaux des Puissances signataires, seront institués sur certains points de la zone définie à l'article Ier, pour statuer das les caus où leur compétence est établie par l'article II. Nr. 10321. Frankreich. 20. Jan. 1890.

§ 2.

Chaque tribunal sera légalement constitué lorsque cinq au moins des Puissances signataires y auront nommé des représentants. Une fois constitué, le tribunal délibérera valablement si trois de ses membres sont présents, les autres membres ayant été régulièrement convoqués. La Présidence reviendra de droit au consul ou délégué de la Puissance dont le navire arrêté portait le pavillon. Les décisions seront prononcées à la majorité des voix, celle du Président étant prépondérante en cas de partage.

§ 3.

Après notification d'un jugement définitif, rendu par un tribunal national contre des inculpés pour fait de traite, le tribunal international prononcera, s'il y a lieu, la confiscation du bâtiment et de la cargaison précédemment placés sous séquestre. Si les inculpés ont été acquittés par le tribunal national, la levée du séquestre aura lieu de plein droit.

§ 4.

Si l'arrestation est reconnue non justifiée, conformément au paragraphe 11 de l'article II, le tribunal international fixe l'indemnité à payer aux parties lésées par le Gouvernement de la nation à laquelle appartient le navire capteur.

§ 5.

Les produits des confiscations et amendes prononcées seront remis aux Gouvernements des nations auxquelles appartiennent les navires capteurs.

Article IV.

Tout esclave africain qui se trouvera à bord d'un bâtiment à voiles indigène et qui pourra fournir au moment de l'enquête, à l'autorité nationale qui la dirigera, la preuve suffisante qu'il est détenu contre sa volonté sera immédiatement libéré.

Article V.

Tout esclave qui se sera réfugié à bord d'un bâtiment de guerre d'une des Puissances signataires se trouvant dans les limites de la zone sera immédiatement libéré.

Article VI.

§ 1.

Les Puissances signataires s'engagent à prendre toutes les mesures nécessaires pour faciliter le prompt échange des renseignements propres à amener la découverte des personnes qui se livrent aux opérations de la traite.

§ 2.

Nr. 10321. Frankreich. 20. Jan. 1890.

A cet effet, il sera créé des Bureaux internationaux auxquels les Puissances signataires s'engagent à faire parvenir le nom de tous les bâtiments indigènes auxquels le droit d'arborer leur pavillon aura été accordé, ainsi que les renseignements de toute nature susceptibles d'aider à la répression de la traite. Les archives de ces Bureaux seront toujours ouvertes aux officiers de marine des Puissances signataires autorisés à agir dans les limites de la zone définie à l'article 1er.

Article VII.

§ 1.

Les Puissances signataires s'engagent à prendre des mesures efficaces pour prévenir l'usurpation de leur pavillon en vue de la traite et pour empêcher le transport des noirs sur les bâtiments autorisés à arborer leurs couleurs.

§ 2.

L'ensemble de ces mesures fera l'objet d'un Règlement international annexé à la présente convention et ayant, comme elle, force de loi pour les Puissances signataires.

Projet de Règlement.

Article premier.

Les Puissances ayant des possessions ou des protectorats dans la zone indiquée à l'article premier du traité s'engagent à exercer une surveillance rigoureuse sur *les bâtiments indigènes* autorisés à porter leur pavillon et sur les opérations commerciales effectuées par ces bâtiments.

Article II.

L'autorisation d'arborer le pavillon d'une desdites Puissances ne sera accordée à l'avenir qu'aux *boutres* qui satisferont à la fois aux trois conditions suivantes:

1° Les armateurs devront être sujets ou protégés de la Puissance dont ils demandent à porter les couleurs:

2° Ils seront tenus d'établir qu'ils possèdent des biens-fonds dans la circonscription de l'autorité à qui est adressée leur demande, ou de fournir une caution solvable, pour la garantie des amendes qui pourraient être éventuellement encourues;

3° Lesdits armateurs ainsi que le capitaine du boutre devront fournir la preuve qu'ils jouissent d'une bonne réputation et notamment n'avoir jamais été l'objet d'une condamnation pour fait de traite.

Article III.

L'autorisation accordée devra être renouvelée chaque année. Elle pourra toujours être suspendue ou retirée par les autorités de la Puissance dont le boutre porte les couleurs.

Article IV.

L'acte d'autorisation portera les indications nécessaires pour établir l'identité du navire. Le capitaine en sera détenteur. || Le nom du boutre devra être peint à la poupe, et le numéro d'enregistrement au port d'attache sera imprimé sur les voiles.

De l'équipage.

Article V.

Un rôle d'équipage sera délivré au capitaine du boutre, au port de départ, par l'autorité de la Puissance dont il porte le pavillon. Il sera renouvelé à chaque armement du boutre, ou, au plus tard, au bout d'une année. || Le rôle sera, au moment du départ, visé par l'autorité qui l'a délivré. || Aucun noir ne pourra être engagé comme matelot sur un boutre, sans qu'il ait été préalablement interrogé par l'autorité de la Puissance dont il porte le pavillon, ou, à défaut de celle-ci, par l'autorité territoriale, à l'effet d'établir qu'il contracte un engagement libre. || Cette autorité tiendra la main à ce que la proportion des matelots ne soit pas anormale par rapport au tonnage des bâtiments. || Il ne pourra y avoir plus de deux mousses noirs par boutre. || L'autorité qui aura interrogé les hommes préalablement à leur départ les inscrira sur le rôle d'équipage où ils figureront tous avec le signalement sommaire de chacun d'eux en regard de son nom. || Afin d'empêcher plus sûrement les substitutions, les matelots devront, en outre, être pourvus d'une marque distinctive.

Des passagers.

Article VI.

Lorsque le capitaine d'un boutre désirera embarquer des passagers noirs, il devra en faire la déclaration à l'autorité de la Puissance dont il porte le pavillon, ou, à défaut de celle-ci, à l'autorité territoriale. Les passagers seront interrogés par cette autorité et, quand il aura été constaté qu'ils s'embarquent librement, ils seront inscrits sur un manifeste spécial, portant le signalement de chacun d'eux en regard de son nom, et ils seront en outre pourvus d'une marque distinctive. || Les enfants noirs ne pourront être admis comme passagers qu'autant qu'ils seront accompagnés de leurs parents. || Au départ, le manifeste des passagers sera visé par l'autorité indiquée ci-dessus, après qu'ils auront été l'objet d'un appel. || S'il n'y a pas de passagers à bord, mention expresse en sera faite sur le rôle d'équipage.

Article VII.

A l'arrivée dans tout port de relâche ou de destination, le capitaine du boutre produira devant l'autorité de la Puissance dont il porte le pavillon, ou, à défaut de celle-ci, devant l'autorité territoriale, le rôle d'équipage et, s'il y a lieu, le ou les manifestes de passagers antérieurement délivrés. L'autorité contrôlera les passagers arrivés à destination, leur retirera leurs marques

Nr. 10321. Frankreich. 20. Jan. 1890.

distinctives et mentionnera leur débarquement aux manifestes. || Au départ du boutre, la même autorité appose de nouveau son visa au rôle et opère, en ce qui concerne les passagers embarquants, les constatations prescrites à l'article VI.

Article VIII.

Sur le continent africain ou dans les îles adjacentes, aucun passager noir ne sera embarqué à bord d'un boutre en dehors des localités où réside une autorité relevant d'une des Puissances signataires. || Dans toute l'étendue de la zone prévue à l'article premier du traité, aucun passager noir ne pourra être débarqué d'un boutre hors d'une localité où réside une autorité relevant d'une des Hautes Parties contractantes et sans que cette autorité assiste au débarquement.

Article IX.

Tout acte ou tentative de traite, dûment constatés à la charge d'un boutrier autorisé à porter le pavillon d'une des Puissances signataires de la convention, entraînera le retrait immédiat de cette autorisation. || Les autres infractions aux prescriptions du présent Règlement seront punies, en outre, des pénalités édictées par les lois et ordonnances spéciales à chacune des Puissances contractantes, de la suspension temporaire ou, en cas de récidive, du retrait de l'autorisation prévue au présent Règlement.

Nr. 10322. KONFERENZ-STAATEN. — Kommissionsentwurf zum Vertrage der Konferenzstaaten über die Unterdrückung des Sklavenhandels und zu einem entsprechenden Reglement. Sitzung vom 16. März 1890.

Projet de traite.

Article I.

Nr. 10322. Konferenz-Staaten. 16. März 1890.

Les Puissances signataires reconnaissent l'opportunité de prendre d'un commun accord des dispositions ayant pour objet d'assurer plus efficacement la répression de la traite dans la zone maritime où elle existe encore.

Article II.

Cette zone s'étend entre, d'une part, les côtes de l'océan Indien (y compris celles du golfe Persique et de la mer Rouge), depuis le Beloutchistan jusqu'à la pointe de Tangalane (Quilimane) et, d'autre part, une ligne conventionnelle qui suit d'abord le méridien de Tangalane jusqu'au point de rencontre avec le 26e degré de latitude sud; se confond ensuite avec ce parallèle, puis contourne l'île de Madagascar par l'est en se tenant à 20 milles de la côte orientale et septentrionale jusqu'à croiser le méridien du cap d'Ambre. De ce point, la limite de la zone est déterminée par une ligne oblique qui va rejoindre la côte du Beloutchistan, en passant à 20 milles au large du cap Ras-el-Haad.

Article III.

Les Puissances signataires du présent Acte, entre lesquelles il existe des conventions particulières pour la suppression de la traite, sont tombées d'accord pour restreindre les clauses de ces conventions concernant le droit réciproque de visite, de recherche et de saisie des navires en mer, à la zone susdite. Nr. 10222. Frankreich. 16. März 1890.

Article IV.

Les mêmes Puissances sont également d'accord pour limiter le droit susmentionné aux navires d'un tonnage inférieur à 500 tonneaux. || Cette stipulation sera revisée au fur et à mesure que l'expérience en démontrera la nécessité.

Article V.

Toutes les autres dispositions des conventions conclues pour la suppression de la traite entre lesdites Puissances, restent en vigueur pour autant qu'elles ne sont pas modifiées par le présent Acte et le Règlement y annexé.

Article VI.

Les Puissances signataires du présent Acte général s'engagent à prendre des mesures efficaces pour prévenir l'usurpation de leur pavillon et pour empêcher le transport des esclaves sur les bâtiments autorisés à arborer leurs couleurs.

Article VII.

Les Puissances signataires s'engagent à prendre toutes les mesures nécessaires pour faciliter le prompt échange des renseignements propres à amener la découverte des personnes qui se livrent aux opérations de la traite.

Article VIII.

Un Bureau international au moins sera créé; il sera établi à Zanzibar. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à lui faire parvenir tous les documents spécifiés à l'article X du Règlement annexé au présent Acte, ainsi que les renseignements de toute nature susceptibles d'aider à la répression de la traite. || Les archives de ce Bureau seront toujours ouvertes aux officiers de la marine des Puissances signataires autorisés à agir dans la limite de la zone définie à l'article II, de même qu'aux autorités judiciaires et aux consuls spécialement désignés par leurs Gouvernements.

Article IX.

Tout esclave qui se sera réfugié à bord d'un navire de guerre sous pavillon d'une des Puissances signataires sera immédiatement et définitivement affranchi, sans que cet affranchissement puisse le soustraire à la juridiction compétente pour un crime de droit commun qu'il aurait commis.

Article X.

Tout esclave africain retenu contre son gré à bord d'un bâtiment indigène aura le droit de réclamer sa liberté. || Son affranchissement pourra être prononcé

Nr. 10322. Frankreich. 16. März 1890.

par tout agent d'une des Puissances signataires, à qui le présent Acte confère le droit de contrôler l'état des personnes à bord desdits bâtiments, sans que cet affranchissement puisse le soustraire à la juridiction compétente pour un crime ou un délit de droit commun.

Article XI.

L'ensemble des mesures prises par les Puissances signataires, afin de prévenir l'usurpation de leur pavillon et d'empêcher le transport des esclaves fait l'objet d'un Règlement international annexé au présent Acte et ayant force obligatoire pour tous les États contractants.

Projet de Règlement.

I. — Des mesures contre l'usurpation du pavillon.

Article premier.

Les Puissances signataires s'engagent à exercer une surveillance rigoureuse sur les bâtiments indigènes autorisés à porter leur pavillon, dans la zone indiquée à l'article II de l'Acte précédent, et sur les opérations commerciales effectuées par ces bâtiments.

Article I *bis*.

La qualification de bâtiment indigène s'applique aux navires qui remplissent une des deux conditions suivantes:

1° Présenter les signes extérieurs d'une construction ou d'un gréement indigène;

2° Être montés par un équipage dont le capitaine et la majorité des matelots soient originaires d'un des pays baignés par les eaux de l'océan Indien, de la mer Rouge ou du golfe Persique.

Article II.

L'autorisation d'arborer le pavillon d'une desdites Puissances ne sera accordée à l'avenir qu'aux bâtiments indigènes qui satisferont à la fois aux trois conditions suivantes:

1° Les armateurs ou propriétaires devront être sujets ou protégés de la Puissance dont ils demandent à porter les couleurs;

2° Ils seront tenus d'établir qu'ils possèdent des biens-fonds dans la circonscription de l'autorité à qui est adressée leur demande, ou de fournir une caution solvable pour la garantie des amendes qui pourraient être éventuellement encourues;

3° Lesdits armateurs ou propriétaires ainsi que le capitaine du bâtiment devront fournir la preuve qu'ils jouissent d'une bonne réputation et notamment n'avoir jamais été l'objet d'une condamnation pour faits de traite.

Article III.

L'autorisation accordée devra être renouvelée chaque année. Elle pourra

toujours être suspendue ou retirée par les autorités de la Puissance dont le bâtiment porte les couleurs. Nr. 10322. Frankreich. 16. März 1890.

Article IV.

L'acte d'autorisation portera les indications nécessaires pour établir l'identité du navire. Le capitaine en sera détenteur. Le nom du bâtiment indigène et l'indication de son tonnage devront être incrustés et peints en caractères latins à la poupe; et là ou les lettres initiales de son port d'attache, ainsi que le numéro d'enregistrement, dans la série des numéros de ce port, seront imprimés en noir sur les voiles.

De l'équipage.

Article V.

Un rôle d'équipage sera délivré au capitaine du bâtiment au port de départ par l'autorité de la Puissance dont il porte le pavillon. Il sera renouvelé à chaque armement du bâtiment ou, au plus tard, au bout d'une année et conformément aux dispositions suivantes:

1° Le rôle sera, au moment du départ, visé par l'autorité qui l'a délivré;

2° Aucun noir ne pourra être engagé comme matelot sur un bâtiment sans qu'il ait été préalablement interrogé par l'autorité de la Puissance dont il porte le pavillon, ou, à défaut de celle-ci, par l'autorité territoriale, à l'effet d'établir qu'il contracte un engagement libre;

3° Dette autorité tiendra la main à ce que la proportion des matelots ou mousses ne soit pas anormale par rapport au tonnage ou au gréement des bâtiments;

4° L'autorité qui aura interrogé les hommes préalablement à leur départ les inscrira sur le rôle d'équipage, où ils figureront tous avec le signalement sommaire de chacun d'eux en regard de son nom;

5° Afin d'empêcher plus sûrement les substitutions, les matelots pourront, en outre, être pourvus d'une marque distinctive.

Des passagers noirs.

Article VI.

Lorsque le capitaine d'un bâtiment désirera embarquer des passagers noirs, il devra en faire la déclaration à l'autorité de la Puissance dont il porte le pavillon ou, à défaut de celle-ci, à l'autorité territoriale. Les passagers seront interrogés par cette autorité et, quand il aura été constaté qu'ils s'embarquent librement, ils seront inscrits sur un manifeste spécial portant le signalement de chacun d'eux en regard de son nom, notamment le sexe et la taille. Les enfants noirs ne pourront être admis comme passagers qu'autant qu'ils seront accompagnés de leurs parents ou de personnes dont l'honorabilité serait notoire. Au départ, le manifeste des passagers sera visé par l'autorité indiquée ci-dessus, après qu'ils auront été l'objet d'un appel. S'il n'y a pas de passagers à bord, mention expresse en sera faite sur le rôle d'équipage.

Article VII.

Nr. 10322. Frankreich. 16. März 1890.

A l'arrivée dans tout port de relâche ou de destination, le capitaine du bâtiment produira dévant l'autorité de la Puissance dont il porte le pavillon ou, à défaut de celle-ci, devant l'autorité territoriale, le rôle d'équipage et, s'il y a lieu, les manifestes de passagers autérieurement délivrés. L'autorité contrôlera les passagers arrivés à destination ou s'arrêtant dans un port de relâche et mentionnera leur débarquement aux manifestes. Au départ, la même autorité appose de nouveau son visa au rôle et aux manifestes, et fait l'appel des passagers.

Article VIII.

Sur le continent africain ou dans les îles adjacentes, aucun passager noir ne sera embarqué à bord d'un bâtiment indigène en dehors des localités où réside une autorité relevant d'une des Puissances signataires. || Dans toute l'étendue de la zone prévue à l'article II de l'Acte précédent, aucun passager noir ne pourra être débarqué d'un bâtiment indigéne hors d'une localité où réside une autorité relevant d'une des Hautes Parties contractantes et sans que cette autoritê assiste au débarquement. || Les cas de force majeure qui auraient déterminé l'infraction à ces dispositions devront être examinés par l'autorité de la Puissance dont le bâtiment porte les conleurs, ou, à défaut de celle-ci, par l'autorité territoriale du port dans lequel le bâtiment inculpé fait relâche.

Article VIII *bis*.

Les prescriptions des articles V, VI, VII et VIII ne sont pas applicables aux bateaux non pontés entièrement, ayant un maximum de dix hommes d'équipage et qui satisferont à l'une des deux conditions suivantes:

1° S'adonner exclusivement à la pêche en dedans des eaux territoriales;

2° Se livrer au petit cabotage entre les différents ports de la même Puissance territoriale, sans s'éloigner de la côte à plus de 5 milles.

Ces différents bateaux recevront, suivant les cas, de l'autorité territoriale ou de l'autorité consulaire, une licence spéciale, renouvelable chaque année et révocable dans les conditions prévues à l'article IX du présent Règlement, et dont le modèle uniforme annexé à ce Règlement, sera communiqué au Bureau international de renseignements.

Article IX.

Tout acte ou tentative de traite, légalement constaté à la charge du capitaine, armateur ou propriétaire d'un bâtiment autorisé à porter le pavillon d'une des Puissances signataires, ou ayant obtenu la licence prévue à l'article VIII *bis*, entraînera le retrait immédiat de cette autorisation ou de cette licence. Toutes les infractions aux prescriptions du présent Règlement seront punies en outre des pénalités édictées par les lois et ordonnances spéciales à chacune des Puissances contractantes.

Article X.

Les Puissances signataires s'engagent à déposer dans le Bureau international de renseignements les modèles-types des documents ci-après:

1° Titre autorisant le port du pavillon;
2° Rôle d'équipage;
3° Manifeste des passagers noirs.

Ces documents, dont la teneur peut varier suivant les règlements propres à chaque pays, devront contenir obligatoirement les renseignements suivants, libellés dans une langue européenne:

I. — *En ce qui concerne l'autorisation de porter le pavillon*:

a) Le nom, le tonnage, le gréement et les dimensions principales du bâtiment; *b*) Le numéro d'inscription et la lettre signalétique du port d'attache *c*) La date de l'obtention du permis et la qualité du fonctionnaire qui l'a délivré.

II. — *En ce qui concerne le rôle d'équipage*:

a) Le nom du bâtiment, du capitaine et de l'armateur ou des propriétaires; *b*) Le tonnage du bâtiment; *c*) Le numéro d'inscription et le port d'attache du navire, sa destination ainsi que les renseignements spécifiés à l'article V.

III. — *En ce qui concerne le manifeste des passagers noirs:*

Le nom du bâtiment qui les transporte et les renseignements indiqués à l'article VI ci-dessus et destinés à bien identifier les passagers. || Les Puissances signataires prendront les mesures nécessaires pour que les autorités territoriales ou leurs consuls envoyent au même bureau des copies certifiées de toute autorisation d'arborer leur pavillon dès qu'elle aura été accordée, ainsi que l'avis du retrait dont ces autorisations auraient été l'objet. || Ces dispositions ne concernent que les papiers destinés aux bâtiments indigènes.

II. — De l'arrêt des bâtiments suspects.

Article XI.

Lorsque les officiers commandant les bâtiments de guerre de l'une des Puissances signataires auront lieu de croire qu'un bâtiment d'un tonnage inférieur à 500 tonneaux et rencontré dans la zone ci-dessus indiquée, se livre à la traite ou est coupable d'une usurpation de pavillon, ils pourront recourir à la vérification des papiers de bord. || Le présent article n'implique aucun changement dans l'état de choses actuel en ce qui concerne la juridiction dans les eaux territoriales.

Article XII.

Dans ce but, un canot, commandé par un officier de vaisseau en uniforme, pourra être envoyé à bord du navire suspect, après qu'on l'aura hélé pour lui donner avis de cette intention. || L'officier envoyé à bord du navire arrêté devra procéder avec tous les égards et tous les ménagements possibles.

Article XIII.

La vérification des papiers de bord consistera dans l'examen des pièces suivantes:

Nr. 10322. Frankreich. 16. März 1890.

1° En ce qui concerne les bâtiments indigènes, les papiers mentionnés à l'article X;

2° En ce qui concerne les autres bâtiments, les pièces stipulées dans les différents traités ou conventions maintenus en vigueur. || La vérification des papiers de bord n'autorise l'appel de l'équipage et des passagers que dans les cas et suivant les conditions prévues à l'article suivant.

Article XIV.

Une enquête sur le chargement du bâtiment ou la visite ne peuvent avoir lieu qu'à l'égard des bâtiments naviguant sous le pavillon d'une des Puissances qui ont conclu des conventions particulières mentionnées dans l'article III de l'Acte précédent, et conformément aux prescriptions de ces conventions.

Article XV.

Avant de quitter le bâtiment arrêté, l'officier dressera un procès-verbal suivant les formes et dans la langue en usage dans le pays auquel il appartient. || Ce procès-verbal doit être daté et signé par l'officier et constater les faits. || Le capitaine du navire arrêté, ainsi que les témoins, auront le droit de faire ajouter au procès-verbal toutes explications qu'ils croiront utiles.

Article XVI.

Le commandant d'un bâtiment de guerre qui aurait arrêté un navire sous pavillon étranger doit, dans tous les cas, faire un rapport à son Gouvernement en indiquant les motifs qui l'ont fait agir.

Article XVII.

Un résumé de ce rapport ainsi qu'une copie du procès-verbal dressé par l'officier envoyé à bord du navire arrêté seront, le plus tôt possible, expédiés au bureau international de renseignements, qui en donnera communication à l'autorité consulaire ou territoriale la plus proche de la Puissance dont le navire arrêté en route a arboré le pavillon. Des doubles de ces documents seront conservés aux archives du bureau.

Article XVIII.

Si, par suite de l'accomplissement des actes de contrôle mentionnés dans les articles précédents, le croiseur est convaincu qu'un fait de traite a été commis à bord durant la traversée ou qu'il existe des preuves irrécusables contre le capitaine ou l'armateur pour l'accuser d'usurpation de pavillon, de fraude ou de participation à la traite, il conduira le bâtiment arrêté dans le port de la zone le plus rapproché où se trouve une autorité compétente de la Puissance dont le pavillon a été arboré. || Chaque Puissance signataire s'engage à désigner dans la zone et à faire connaître au bureau international de renseignements les autorités territoriales ou consulaires, ou les délégués spéciaux qui seraient compétents dans les cas visés ci-dessus. || Le bâtiment soupçonné peut également, le cas échéant, être remis à un croiseur de sa nation, si ce dernier consent à en prendre charge.

III. — De l'enquête et du jugement des bâtiments saisis.

Article XIX.

L'autorité visée à l'article précédent, à laquelle le navire arrêté a été remis, procédera à une enquête complète, selon les lois et règlements de son pays, en présence d'un officier du croiseur étranger. Nr. 10322. Frankreich. 16.März1890.

Article XX.

S'il résulte de cette enquête qu'il y a eu usurpation de pavillon, le navire arrêté restera à la disposition du capteur.

Article XXI.

Si l'enquête établit un fait de traite défini par la présence à bord d'esclaves destinés à être vendus ou d'autres faits de traite prévus par les conventions particulières, le navire et sa cargaison demeurent sous séquestre, à la garde de l'autorité qui a dirigé l'enquête. || Le capitaine et l'équipage seront déférés aux tribunaux désignés aux articles XXIII et XXIV. Les esclaves seront mis en liberté après qu'un jugement aura été rendu.

Article XXII.

Si l'enquête prouve que le bâtiment est arrêté illégalement, il y aura lieu de plein droit à une indemnité proportionnelle au dommage éprouvé par le bâtiment détourné de sa route. || La quotité de cette indemnité sera fixée par l'autorité qui a dirigé l'enquête.

Article XXIII.

Dans le cas où l'officier du navire capteur n'accepterait pas les conclusions de l'enquête effectuée en sa présence, la cause serait, de plein droit, déférée au tribunal de la nation dont le bâtiment capturé aurait arboré les couleurs. || Il ne sera fait d'exception à cette règle que dans le cas où le différend porterait sur le chiffre de l'indemnité stipulée à l'article XXII, lequel sera fixé par voie d'arbitrage, ainsi qu'il est spécifié à l'article suivant.

Article XXIII *bis*.

L'officier capteur et l'autorité qui aura dirigé l'enquête désigneront chacun dans les quarante-huit heures un arbitre, et les deux arbitres choisis auront eux-mêmes vingt-quatre heures pour désigner un sur-arbitre. Les arbitres devront être choisis, autant que possible, parmi les fonctionnaires diplomatiques, consulaires ou judiciaires des Puissances signataires. Les indigènes se trouvant à la solde des Gouvernements contractants sont formellement exclus. La décision est prise à la majorité des voix. Elle doit être reconnue comme définitive.

Article XXIV.

Les causes sont déférées, dans le plus bref délai possible, au tribunal de la nation dont les prévenus ont arboré les couleurs. Cependant les consuls

Nr. 10322. Frankreich. 16. März 1890.

ou toute autre autorité de la même nation que les prévenus, spécialement commissionnés à cet effet, peuvent être autorisés par leur Gouvernement à rendre les jugements aux lieu et place des tribunaux.

Article XXV.

La procédure et le jugement des infractions aux dispositions de l'Acte précédent et du présent Règlement auront toujours lieu aussi sommairement que le permettent les lois et règlements en vigueur dans les territoires soumis à l'autorité des Puissances signataires.

Article XXVI.

Tout jugement du tribunal national déclarant que le navire arrêté ne s'est point livré à la traite sera exécuté sur le champ, et pleine liberté sera rendue au navire de continuer sa route. || Dans ce cas, le capitaine ou l'armateur du navire injustement arrêté ou ayant été soumis à des vexations, aura le droit de réclamer des dommages-intérêts dont le montant sera fixé de commun accord entre les Gouvernements directement intéressés ou par voie d'arbitrage, et payé dans le délai de six mois à partir de la date du jugement qui a acquitté la prise.

Article XXVII.

En cas de condamnation, le navire séquestré sera déclaré de bonne prise. || Le capitaine, l'équipage et toutes autres personnes reconnus coupables seront punis, selon la gravité des crimes ou délits commis par eux, et conformément à l'article V du chapitre I.

Article XXVII *bis*.

Les dispositions des articles XIX à XXVII ne portent aucune atteinte ni à la compétence ni à la procédure des tribunaux spéciaux existants ou de ceux à créer pour connaître des faits de traite.

Article XXVIII.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à se communiquer réciproquement les instructions qu'elles donneront, conformément à l'Acte précédent et au présent Règlement, aux commandants de leurs bâtiments de guerre naviguant dans les mers de la zone indiquée.

Die Generalacte nebst Declaration vom 2. Juli 1890 ist von allen theilnehmenden Mächten und ausserdem auch noch von der Republik Liberia ratificirt worden. Die Hinterlegung der Ratifications-Urkunden hat bei der Königlich belgischen Regierung stattgefunden. Der Präsident der französischen Republik hat der Ratification den Vorbehalt einer weiteren Vereinbarung über die Bestimmungen der Artikel XXI, XXII, XXIII, XLII bis LXI (wegen Feststellung der Meereszone, in welcher der Sklavenhandel noch besteht, wegen des Rechts des Besuchs, der Durchsuchung und Beschlagnahme von Schiffen und der Sistirung verdächtiger Schiffe) beigefügt.

(Deutscher Reichsanzeiger vom 13. Mai 1892.)

Die Neufundländer Fischereifrage*).

Nr. 10323. GROSSBRITANNIEN. — Petition der Neufundländer an die Königin.

To the Queen's Most Excellent Majesty.

Most Gracious Sovereign,

The Petition of the undersigned inhabitants of the Colony of Newfoundland humbly sheweth: Nr. 10323. Grossbritannien.

That your petitioners have heard, with indignation and alarm, of the arrangement, called a *modus vivendi*, recently concluded between the Governments of Great Britain and France in relation to the prosecution of the business of catching and preserving lobsters on those parts of the coasts of this Colony upon which the French have certain Treaty rights of fishery. || That the negotiations leading to the adoption of the said arrangement were commenced and carried on, and the arrangement itself concluded, without the consent, and even without the knowledge, of the community or Legislature of this Colony. || That your petitioners hold that it is a fundamental principle of responsible government that the people shall be directly, or through their Representatives in Parliament assembled, consulted concerning all matters appertaining to their government, and more especially to their territorial and maritime rights. || That the application of this Constitutional principle to this Colony has been especially guaranteed by your Majesty's Government in a despatch bearing date the 26th day of March, a. d. 1857, wherein it is stated that "the rights enjoyed by the community of Newfoundland are not to be ceded or exchanged without their consent, and that the Constitutional mode of submitting measures for that consent is by laying them before the Colonial Legislature," and "that the consent of the community of Newfoundland is regarded by Her Majesty's Government as the essential preliminary to any modification of their territorial or maritime rights." || That your petitioners humbly submit, that the making of the said arrangement without the knowledge and consent of the community or Legislature was a violation of our Constitutional rights,

*) Vgl. Bd. 52 S. 1 ff. Die Documente sind entnommen dem englischen Blaubuch. France Nr. 2 (1891).

Nr. 10323. Grossbritannien.

and of the particular engagement which your Majesty's Government voluntarily made; and against this violation we desire to offer our most earnest protest. || That your petitioners further humbly contend that the claims put forward by the French (1) to catch and preserve lobsters, (2) to erect lobster factories, and (3) to exclude our people from the prosecution of that industry on the parts of our coasts in question, are utterly without foundation. || That the exercise of such claims involves, in its consequences, not only directly the deprivation of our people of a valuable maritime industry, but also indirectly the settlement of a new French population with a permanent footing upon our soil, the locking up of the territorial resources of the Colony, the extinction of valuable industries and sources of wealth, and the virtual transfer of sovereignty of soil to a foreign Power. || That for these reasons your petitioners would respectfully but emphatically protest against the said arrangement, and would submit that the claims now set up by the French in relation to the lobster industry should be met by an absolute and unqualified denial. || That to provide the people of this Colony with a means of livelihood, and to stay the tide of emigration from our shores, it is necessary to procure the speedy development of the natural resources of the interior. || That railways which have been projected in order to promote the development of these resources, and necessary thereto, will entail great burdens upon the people of the Colony. || That that portion of the island upon the coasts of which the French have certain Treaty rights of fishery is rich in agriculture, mining, and lumbering capabilities. || That the fishery rights and the claims of the French are enforced in such a manner as to prevent the development of those great resources by the inhabitants of the Colony, grants of land and minerals being made "subject to French Treaty rights," whereby capitalists are deterred from investing. || That the presence of French fishermen upon our coasts, and their denial of our concurrent right to fish for cod, and of our exclusive right to take lobsters, give cause for constant quarrels in the fishing season, and much oppress our fishermen. || That for these reasons it is absolutely indispensable to the prosperity of this Colony and its inhabitants that the rights and claims of the French upon our coasts should be entirely removed. || That the Treaties under which the French have rigths and set up claims were undeniably framed more than a century ago, solely with a regard for the exigencies of the British nation, and without contemplating the condition of affairs which time has brought about in this Colony; and therefore your petitioners respectfully contend that it is the duty of the British nation to relieve us of the burden placed upon the Colony so many years ago, and under which we have so long suffered. || That your petitioners submit that no arrangement should be entered into between the British Government and that of France which does not have as a basis that French claims to territorial or maritime rights in this Colony are to be totally extinguished. || Your petitioners therefore humply pray that your Majesty will take their case into your earnest and favourable considera-

tion, and adopt such measures as in your wisdom may be deemed most effective for the preservation of the rights and interests and the promotion of the welfare of this Colony in so far as they are affected by the matters herein referred to. || And your petitioners, as in duty bound, will ever pray. Nr. 10323. Grossbritannien.

(Signatures follow.)

Nr. 10324. GROSSBRITANNIEN. — Lord Knutsford an den Gouverneur Sir T. O'Brien. Antwort auf die Petition.

Downing Street, June 24, 1890.

Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your despatch of the 27th ultimo, inclosing a Petition to the Queen, signed by some 12,000 inhabitants of Newfoundland, protesting against the *modus vivendi* recently agreed upon, for this season only, between the British and French Governments in respect of the establishment of lobster factories on that part of the coast of Newfoundland on which the French have certain fishery rights. || The Petition commences by an expression of the indignation and alarm with which the petitioners have heard of this *modus vivendi*. It states, that the negotiations leading to the adoption of the said arrangement were commenced and carried on, and the arrangement itself concluded, without the consent, and even without the knowledge, of the community and Legislature of the Colony, and expresses the views of the petitioners to the effect that it is a fundamental principle of responsible government that the people should be consulted, directly or through their Representatives in Parliament assembled, concerning all matters appertaining to their government, and more especially to their territorial and maritime rights. || The petitioners do not here notice the fact that the *modus vivendi* referred to is of a strictly temporary character, its operation being expressly limited to the current fishing season only, neither is any notice taken of the fact that the Colonial Government was consulted as to the terms, which were to some extent modified in order to meet their views. It was, however, necessary to conclude this merely temporary arrangement without referring it to the Colonial Government in its final shape. || This act on the part of Her Majesty's Government does not appear to them to have involved any departure from the principles laid down in the despatch from the Secretary of State (the late Lord Taunton, then Mr. Labouchere) of the 26th March, 1857, referred to by the petitioners, of which the following is the actual wording, viz., that "the rights enjoyed by the community in Newfoundland are not to be ceded or exchanged without their consent, and that the Constitutional mode of submitting measures for that consent is by laying them before the Colonial Legislature; . . . . . and that the consent of the community of Newfoundland is regarded by Her Majesty's Government as the essential preliminary to any modification of their territorial and maritime rights." || The Nr. 10324. Grossbritannien. 24. Juni 1890.

Nr. 10324. Grossbritannien. 24. Juni 1890.

modus vivendi does not cede or exchange any right enjoyed by the inhabitants of Newfoundland, neither does it involve any modification of their territorial or maritime rights. || Any right which British subjects have to erect lobster factories on the shores affected by the Treaties and Declarations concerning the fisheries, although its exercise may be temporarily suspended, is not surrendered or prejudiced by the *modus vivendi*, the first sentence of which contains a statement to the effect that the questions of principle and of respective rights are entirely reserved on both sides. || From the correspondence which has passed with the Government of France, which it is believed has now been published in the Colony, it will be seen that Her Majesty's Government have constantly denied the right of the French to catch and preserve lobsters or to erect lobster factories, and have always maintained the right of British subjects to fish in the waters of Newfoundland; and the correspondence shows the remonstrances which have been addressed to the French Government on the subject of interference with such right. || But it is right, that the petitioners should understand that the question of the proper interpretation of the Treaties in regard to this question is open to argument, and that it is difficult for Her Majesty's Government to insist on the suppression of those French factories which may be considered as manifestly in excess of the privileges granted by Treaty whilst British factories are maintained which the French Government contend to be contrary to the engagements contracted by England. || Her Majesty's Government, however, trust that, after the arrival in this country of the Premier of the Colonial Government, who Her Majesty's Government hope will shortly arrive in England, negotiations may be initiated which may end in a satisfactory understanding between the two Governments, and meet with the concurrence of the people of Newfoundland. Her Majesty's Government would wish for nothing better than that those negotiations should lead to the termination of a state of affairs which undoubtedly presents obstacles to the advance and prosperity of the Colony. || You will assure the petitioners, that Her Majesty's Government are quite alive to the disadvantages under which the people of Newfoundland labour owing to the existence of the ancient Treaties and engagements relating to the fisheries, and, that they will do their best to give effect to the reasonable wishes of the colonists; but it must be remembered, that Her Majesty's Government cannot force upon a friendly Power the renunciation of Treaty rights, nor compel the acceptance of an interpretation of those rights which Her Majesty's Government uphold, but which is at direct variance with the interpretation upheld by the other Power. || Her Majesty's Government feel confident, that in these circumstances, and after full opportunity has been afforded of studying the correspondence which will shortly be laid before the Imperial Parliament, the people of Newfoundland will admit the difficulties which have surrounded the Fishery question, and will recognize that the conclusion, for this season only, of a *modus vivendi*, such as has been agreed upon, was the best course which was open

to Her Majesty's Government both to avert possible collisions on the coasts of the Colony, and to give time for arriving, with the Government of France, at a solution of the question which may be more in the character of a permanent and, it is hoped, satisfactory settlement. || You will be so good as to apprise the petitioners of this answer to their Petition, and you will inform them, at the same time, that their Petition has been laid before the Queen, who was pleased to receive it very graciously. || I have, &c.

Nr. 10324. Grossbritannien. 24. Juni 1890.

Knutsford.

Nr. 10325. GROSSBRITANNIEN. — Adresse der beiden Häuser der Legislatur von Neufundland an die Königin. Juli 1890.

To the Queen's Most Excellent Majesty.

Most Gracious Sovereign, || We, your Majesty's humble and loyal subjects, the Legislative Council and House of Assembly of Newfoundland, in Legislative Session convened, desire to approach your Majesty with hearty expressions of devotion to your Majesty's person and throne. || We deeply deplore the circumstances which constrain us to appeal again to your Majesty with regard to the encroachments made by French citizens upon the rights of your Majesty's subjects in Newfoundland. || We most humble crave the favour of your Gracious Majesty's reference to our Address relative to this subject presented last year, and especially we beg to call attention to the following paragraphs: — || "With all submission we are constrained to state to your Majesty our position, that the claims of the subjects of France in respect of the taking and preserving of lobsters upon our coasts, and also their claims in respect of the taking of salmon, which latter claims have also been the subject of our deliberations, are utterly without foundation, and cannot be maintained; that the action of French subjects in this behalf has been in violation of Treaty obligations and of international law, and that there has resulted therefrom a gross trespass on the rights of British subjects, and one for which an exemplary compensation should be demanded from the Government of France. || For the causes herein set forth, and with the grievances herein complained of, we, your Majestys dutiful and loyal subjects, do therefore approach your Majesty with the humble prayer, that your Majesty will be pleased to take the same into gracious and favourable consideration, that your Majesty will cause the same to be brought to the notice and consideration of your Majesty's Ministers, that your Majesty will graciously cause such action to be taken as shall lead to the removal of all lobster factories, or establishments, or buildings connected with the lobster industry, erected by the French upon the territory of Newfoundland, and to the prevention of any such erections in future; and that your Majesty will be graciously pleased to cause it to be an instruction to the Commanders and officers of your Majesty's

Nr. 10325. Grossbritannien. Juli 1890.

Nr. 10325. Grossbritannien. Juli 1890.

ships engaged in the protection of the fisheries upon the coast of Newfoundland that they shall be aiding and assisting your Majesty's subjects in this island in the prevention of interference by the French with the prosecution of any lawful industries enterprised by British subjects in Newfoundland."

From the gracious reply vouchsafed by your Majesty to our Petition, we are pleased to know that your Majesty's Ministers concur with us in the position that the French have no right to take lobsters or erect lobster factories on our coast. || We have learned then, with surprise and great alarm, that a *modus vivendi* has been entered into between your Majesty and the French Government, not only tolerating for this season the lobster factories operated by the French during last year—against which we humbly made petition to your Majesty—but also empowering your Majesty's naval officers to sanction the erection of an indefinite number of new factories by the French during the present season, notwithstanding the statement made by the Right Honourable Sir H. J. Holland to Governor Sir G. W. des Vœux, dated the 11th February, 1887, that "the French Government have approved of the removal of some lobster factories established on the coast by French subjects." This statement, in the opinion of your petitioners, is evidence of the fact that the French Government at that time appreciated their error in the erection of such factories. || We have noticed the statement of Sir James Fergusson in the House of Commons, that the *modus vivendi* had been modified to meet in some degree the views of the Newfoundland Government, which might imply that the modifications were in the direction suggested by our Government. On this point there has been some misapprehension, and it appears evident, on perusal of the correspondence between the Imperial and Colonial Governments, that the particular object which the Colony had in view in suggesting the change of date for the commencement of the *status quo* had not been accurately appreciated. || The first despatch from Lord Knutsford on the subject announced the proposal of a *modus vivendi* for the season of 1890 with regard to lobster factories on the basis that each nation should operate the same number respectively as were in existence on the 1st July, 1889. The despatch in reply from the Newfoundland Government contests the claim of the French to erect factories; but, actuated solely by a desire to meet the wishes of your Majesty's Government for some temporary arrangement for the season, suggested that, if the *modus vivendi* were arranged, the date of the *status quo* should be the 1st January, 1890, as the British had commenced a number of new factories. Without further consultation with the Newfoundland Government, and pursuing a course the effect of which was exactly opposite to that suggested, an arrangement was entered into with France, allowing the French to erect and operate an unlimited number of new factories for which sites satisfactory to the French and English Naval Commanders could be found. This is the modification said by Sir James Fergusson to have been made to some extent "to meet the views" contained in the despatch of the Newfound-

Nr. 10325. Grossbritannien. Juli 1890.

land Government above referred to. An arrangement less in keeping with the object aimed at in the suggestion of alteration in the date could scarcely be made, and that it is more inimical to the interests of this Colony and more favourable to the French than the proposal first cabled to the Newfoundland Government is conclusively shown by the refusal of the French to return to that arrangement when subsequently requested to do so by your Majesty's Ministers. || The *modus vivendi* was thus concluded without the assent of this Colony, notwithstanding the assurance contained in the despatch of the Secretary of State (Mr. Labouchere, 26th March, 1857), to the effect that "the rights at present enjoyed by the community of Newfoundland are not to be ceded or exchanged without their assent, that the Constitutional mode of submitting measures for that assent is by bringing them before the Colonial Legislature, and that the consent of the community of Newfoundland is regarded by Her Majesty's Government as the essential preliminary to any modification of their territorial or maritime rights." || We beg further humbly to submit, that there is no law under which the French are permitted to erect lobster factories on any part of the coast of Newfoundland, nor is there any law to prevent British subjects from exercising fishing and all other rights on the whole coast of this island, including lobster catching and canning and the erection of buildings for that purpose. || From this it follows, that solely by force exercised either by your Majesty's or the French naval or military forces can the French lobster factories be maintained, or English lobster factories be prevented. || If the naval or military forces of either country were to act without any sanction of law in dealing with this question, could it be a matter of surprise if British subjects in Newfoundland, seeing their fisheries handed over to foreigners, their mines, minerals and lands locked away from their use, and their other industries hampered by the action of the French nation, were incited to acts of retalitation? || We humbly submit, that we have full power to legislate for our fisheries, notwithstanding the existence of any right of fishing upon our coast enjoyed by other nations in virtue of Treaties, provided that our legislation be not differential. || Opinions have varied in this Colony, as in other fishing countries, regarding modes and appliances for fishing, and laws on these subjects have been enacted, amended and repealed by this Legislature, from time to time, as occasion required. In some of these Acts the following clause has been inserted:— || "Nothing in this Act shall affect the rights and privileges granted by Treaty to the subjects of any State or Power in amity with Her Majesty." || The Legislature has at different times passed several Acts regulating the fishery as carried on by means of cod-traps, all of which Acts have received your Majesty's assent. In the Session of 1888 an Act was passed prohibiting the use of cod-traps after the fishing season of 1889. During the present Session a Bill was passed repealing that Act; and we are now informed by his Excellency the Governor, that, under instructions from your Majesty's Ministers, he must withhold his assent thereto.

Nr. 10825. Grossbritannien. Juli 1890.

This is an interference with our right to legislate for our fisheries which we pray that your Majesty will not permit. || In the Session of 1889 an Act was passed creating a Fisheries Commission, for the better regulation of our fishing industries. The Act, though not disallowed, has not received your Majesty's assent, the cause assigned being that it contained no clause exempting from its operation that part of the coast on which the French have Treaty rights. || We proposed to insert in this Act the clause hereinbefore set out, and heretofore used; but your Majesty's Ministers decline to accept it, and require further limitation of the operation of the Act. || To guard the interests of your Majesty's subjects in this Colony against the claims of a foreign nation calls for the use of every means in our power to protect ourselves and our country from that destruction which an acquiescence therein would bring upon us. || The Secretary of State for the Colonies asks if we are prepared to submit the question of the lobster fishery to arbitration? After a careful perusal of the Treaties bearing on this matter, we find that there is certainly no question for arbitration. A similar proposition applied to Great Britain would be for the French to claim a right to take salmon in the Tees or the Tay, and for your Majesty to submit such claim to arbitration. || With respect to the lobster industry, this Colony will be satisfied with nothing short fhe ot immediate removal of every French lobster factory from the shores of Newfoundland; and all our efforts will be directed to the accomplishment of this object. || We claim, that the French bounties on fish caught on the coast of Newfoundland and by vessels prosecuting the fishery from St. Pierre and Miquelon cannot be excluded from the consideration of this question. These bounties had no existence when the original Treaty was signed; yet the vast vantage-ground which they confer upon French over British fishermen is so manifest, that it is wholly incredible that such privileges would have been conceded by Great Britain if the possibility of these bounties had been then contemplated. || We submit, further, that for a right understanding of the concessions made to the French, the condition of surrounding facts at the date of the Treaty must be considered in order to ascertain what was the intention of the High Contracting Parties. The cod fishery was the only fishery then prosecuted, and it was carried on by those who visited the part of the coast referred to, caught their fish, cured and dried them on the strand, and departed immediately the fishing season was over. It is hardly possible to conceive of a concession made by the Sovereign of the soil more limited, or of a more temporary nature, than that then conceded to the French, viz., that of fishing upon the coast, and of drying the fish upon the land. The work of drying is done in a short time, in a limited area, upon the beach or strand; and the crew of a vessel, having used a part of the strand in one year for this purpose, can obtain thereby no right to the same locality in a subsequent year. Provided, therefore, that the French vessels, as they arrive upon the coast and require sites to dry their fish, are afforded such accommodation

and are not interfered with in their fishing, we most humbly submit, that the Treaty is honourably executed, and that we are not compelled by a reasonable construction of it to yield to the monstrous demands the French have put forth, such as the continuance of several hundreds of miles of coast in a state of perpetual wilderness for the purpose of affording strand accommodation of a few thousand yards, for four or five months each year, to French fishing-vessels to dry their fish, the abstaining on our part from all industrial occupations in that part of the island, the yielding up to the French the salmon fisheries in the rivers, the participation in the lobster fishery (which was not known at the date of the Treaty, and which it was therefore impossible to concede), and the demand of an exclusively right to the cod-fishery, notwithstanding the express declaration that the fishery should be carried on according to the practice therefore existing, neither party to deviate therefrom. When it was declared, that neither party was to deviate from the existing practice, it must have been intended that both parties should be present exercising a concurrent right of fishing. || If the Treaty is to be construed in accordance with French demands, then we would most humbly ask your Majesty; What is left for your Majesty as the Sovereign of the soil? If such interpretation is allowed, the possession of an easement, a right of fishing, is of far more value than the possession of the territory, for the French contend that we are not to fish upon the coast, are not to take the salmon in the rivers, are not to till the soil, are not to operate the mines and use the harbours for the exportation of minerals or for other purposes of trade; that they are not amenable to our Customs Laws, and that it is only by sufferance that our vessels and boats are permitted by the French to be in our own harbours on this coast. These and other similar contentions set up by the French would leave a large portion of this island French territory, all but in name. || Whilst these aggressions are taking place on the coast between Cape St. John and Cape Ray, the Islands of St. Pierre and Miquelon are made the centres from which smuggling is carried on to an extent ruinous to the interest of this country, and which in the unguarded state of a part of the coast it is impossible to prevent. This illicit trade is fostered and favoured by the French, and our frequent applications for the appointment of a Consul at St. Pierre, to protect British interests, have been systematically refused—a refusal probably without parallel. Thus the declaration of the King of France, that these islands should not become an object of jealousy between the two nations, is set at naught. || We therefore humbly pray, that your Majesty will be pleased to assent to those two Acts of our Legislature already referred to, and that you will relieve Newfoundland from its most anomalous and injurious position in relation to French claims. || Deign to accept, Most Gracious Sovereign, our profoundest expressions of loyalty and affection.

Nr. 10326. GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an Earl of Lytton, Gesandten in Paris. Vorschlag eines Arrangements.

Foreign Office, September 24, 1890.

Nr. 10326. Grossbritannien. 24. Sept. 1890.

My Lord, || In your Excellency's despatch of the 5th June last you reported, that M. Ribot had expressed to you in conversation his confidence in the possibility of arriving at a final settlement of the Newfoundland Fishery question on terms satisfactory to England and France. His Excellency observed, however, that France could not take the initiative in making proposals for such settlement, nor expect Her Majesty's Government to do so until after consultation with the Representatives of Newfoundland who were expected in this country. || Since the date of your despatch Sir W. Whiteway, the Prime Minister of Newfoundland, and other Delegates from the Colony, have arrived in England. They have had repeated conferences with the Secretary of State for the Colonies, and Her Majesty's Government have received from them full information as to the wishes and feeling of the population in regard to this question, which is of vital importance to the Colony. I am, consequently, now enabled to give you instructions for entering upon the subject with the French Minister for Foreign Affairs at the earliest convenient opportunity. || The question, as you are aware, is one of great complexity, and has been debated between the two Governments for many years without any solution having been arrived at. || The main points now in controversy between the two countries, as to the meaning of the international engagements which secure to the French rights of fishery on a portion of the shore of Newfoundland, appear to be the following:—

1. Whether Great Britain, in virtue of her sovereignty over Newfoundland, possesses on that part of the coast rights of fishery concurrent with those of France and equal to them; or only rights which must be so exercised as not to disturb the fishery of France; or no rights of fishery at all.

2. Whether Great Britain, by granting to France the right of drying fish and cutting wood along this part of the shore, and by promising the removal of "établissements sédentaires," has engaged to prohibit her subjects from erecting any kind of building on that part of the shore, or only those buildings which are concerned with the fishery; and, if so, whether lobster factories are included in the prohibition.

3. To what depth inland do the prohibitions against building on the part of British subjects, whatever they may be, extend?

4. Do the words "permis de pêcher et de sécher le poisson" apply to all kinds of animals found in the sea; if not, to which kinds is the application limited?

5. Do the Treaties, by prohibiting French subjects from any construction on the shore beyond "échafauds et cabanes nécessaires et usités pour sécher le poisson," prohibit them from erecting removable lobster factories?

Nr. 10326. Grossbritannien. 24. Sept. 1890.

There are, in addition to these, other questions of a less important character which probably would not give much trouble if these primary questions were settled. || The temporary arrangement which was agreed upon between the two Governments for the regulation of this last question during the present fishing season appears to have worked satisfactorily upon the whole. Her Majesty's Government gladly acknowledge, that this result has been largely due to the conciliatory instructions issued to the French Naval Commander, and to the friendly and considerate manner in which he has acted upon them. || But the arrangement, as you are aware, has been most unfavourably regarded in the Colony, where it has given rise to much agitation and excitement, and the British Naval Commander has met with considerable opposition in carrying it into effect, and his action has been made the subject of legal proceedings in the Colony. || It is scarcely, therefore, to be hoped, that this *modus vivendi*, which was, in fact, merely a temporary compromise pending attempts for a more permanent solution, could be indefinitely prolonged with advantage and convenience. || All the points of difference which I have enumerated above have been argued at great length, without either party having succeeded in producing conviction on the part of the other. Arbitration appears now to be the only method to which resort can be had, if a plain and authoritative definition is required of the extent and nature of the rights secured to France by the Treaties; and with respect at least to some of these we have received the assurance that the French Government is not unwilling to have recourse to this method of adjustment. || But Her Majesty's Government find, from the language of Sir William Whiteway and other Representatives of the Colony, that the wishes of the colonists are centred on the attainment of some arrangement for the termination of French rights upon their coast, and that they do not consider that arbitration, unless, indeed, it should form an accessory part of such an arrangement, would furnish such a solution as they desire. || They point out, that, even if the decision be given in the sense most favourable to Newfoundland, the curtailment of their powers of self-government involved in the existence of any French rights must still be a very serious impediment to the free development of the resources and industry of the Colony, and that, while the concession of rights to French fishermen was not incompatible with the circumstances of the time when it was made, when the coast in question was almost uninhabited, and when both the Contracting Parties looked upon Newfoundland mainly as a fishing ground for their respective seamen, it is not an arrangement which can be enforced without great inconvenience and suffering on a growing Colony, with the regular organization and institutions of present civil life. As the population on the coast increases, the evil is naturally intensified, and threatens to lead to most serious consequences unless some complete remedy is applied. The method of fishery has materially altered since the Treaties were concluded, and owing to this change, to improved means of communication, and to the development

Nr. 10326. Grossbritannien. 24. Sept. 1890.

of the Islands of St. Pierre and Miquelon as a base for the French fishing operations, the use of the shore has ceased to be of great advantage to France, and the convenience to the French fishing industry is now extremely small in proportion to the injury which the Colony suffers from the restrictions imposed on the inhabitants. In proof of this, it is stated, that out of some 800 French vessels with crews of over 9,000 men employed in the fishery, almost the whole resort to the banks, and that not more than sixteen, or, according to some accounts, only seven or eight vessels pursue the fishery on the coast of Newfoundland; the capital invested in this portion of the French fishery being estimated at less than 40,000*l*. The private interests actually involved are not therefore very important, even if the value of the six or seven French lobster factories erected on the shore, the legality of which Her Majesty's Government have always contested, were added to this amount. || In exchange for the withdrawal of the French rights on the coast, the Colony is willing to offer full facilities for the purchase of bait, which is stated by French no less than by British authorities to be a matter of prime necessity, and is certainly of the greatest convenience to the French fishing boats in enabling them to get early to the banks. Or, if preferred, the colonists would be prepared to make a reasonable money payment in consideration of the value of the advantages surrendered, and for compensation of the interests affected. || The Representatives of the Colony are convinced, that an arrangement of this character would be highly profitable to France, and are anxious that no time should be lost in submitting it to the consideration of the French Government. || I request, that your Excellency will give a copy of this despatch to M. Ribot, and in doing so will assure him that it would be a matter of cordial satisfaction to Her Majesty's Government if your overtures met with a favourable response. The question in its present condition is a source of constant anxiety to the two Governments, and there is little ground for hoping that, as time goes on, this state of affairs will improve. Indeed, from the reasons which I have given above, the difficulties with which the matter is surrounded tend rather to aggravate than diminish. Even if the Treaties could be relieved from the obscurity of language which threatens to create so much perilous dispute between the two nations, the continued existence thereunder of any foreign rights must in any case remain burdensome to the colonists in a degree wholly out of proportion to the benefits which they secure to France. Her Majesty's Government are anxious scrupulously to fulfil their Treaty obligations towards France; but the necessity of enforcing them to the detriment of the Colony cannot be otherwise than unwelcome to them, as they believe it must be to the French Government. It would be greatly to the advantage of both countries if any reasonable arrangement could be arrived at for replacing existing engagements by others which would not be open to the same objections. I am, &c.

Salisbury.

Nr. 10327. FRANKREICH. — M. Ribot an den Earl of Lytton. Ablehnung der Vorschläge.

Paris, le 29 Octobre 1890.

No. 10327. Frankreich. 29. Oct. 1890.

M. L'Ambassadeur, || Votre Excellence a bien voulu me communiquer une dépêche de Lord Salisbury du 24 Septembre dernier, ayant pour objet de saisir le Gouvernement de la République de propositions tendant à arriver à un règlement définitif de la question des pêcheries de Terre-Neuve. || Ainsi que le remarque sa Seigneurie, la question est complexe et débattue entre les deux Gouvernements depuis de longues années et sans que je croie devoir reprendre ici les points énumérés dans la dépêche de Lord Salisbury comme pouvant se trouver en discussion, il est certain que le désir des deux Gouvernements a toujours été d'éviter que les divergences existant dans leur manière de voir respective dégénérassent en difficultés plus graves. || Ces sentiments de conciliation se sont, à diverses reprises, manifestés par des actes; sans remonter bien loin dans le passé, c'est ainsi qu'en 1885, le Gouvernement de la République et celui de Sa Majesté ont pu jeter les bases d'une entente également honorable et satisfaisante pour les intérêts des deux parties; c'est ainsi que, l'année dernière, les deux Gouvernements sont tombés d'accord pour déterminer les conditions d'un *modus vivendi*, dont la mise en pratique, ainsi que le constate sa Seigneurie, a donné, dans l'ensemble, des résultats satisfaisants. C'est ainsi encore que les instructions remises chaque année aux Commandants des deux croisières et la façon dont elles sont comprises et appliquées ont toujours écarté les appréhensions que l'excitation des intérêts particuliers aurait pu faire naître. || Lord Salisbury veut bien rappeler dans sa dépêche que les deux Gouvernements, poursuivant cette œuvre d'apaisement, avaient envisagé avec une mutuelle confiance l'éventualité d'un recours à l'intervention d'un Arbitre. Mais le Premier Ministre, tout en reconnaissant les avantages de cette solution, nous fait savoir par la note à laquelle j'ai l'honneur de répondre qu'elle ne paraît pas devoir être en conformité avec les sentiments exprimés par Sir W. Whiteway et par les Délégués de Terre-Neuve, et il ajoute que pour donner satisfaction aux vœux de la Colonie, la France devrait consentir à l'abandon des droits qui lui sont reconnus par les Traités; en échange la Colonie serait disposée à offrir soit des facilités pour l'achat de la boëtte, soit une somme raisonnable en rapport avec la valeur des avantages abandonnés et en compensation des intérêts atteints. || Les Représentants de la Colonie sont convaincus qu'un arrangement de cette nature serait profitable à la France et ils auraient désiré qu'on ne perdit pas de temps pour le soumettre à l'examen du Gouvernement Français. || Ainsi que j'ai eu l'honneur de le dire, à diverses reprises, à votre Excellence, les intentions conciliantes du Gouvernement de la République ne sont nullement changées. Confiant dans les sentiments identiques qu'il a toujours rencontrés auprès des Ministres de Sa Majesté, il ne doute pas qu'une solution favorable ne puisse intervenir une

Nr. 10327. Frankreich. 29. Oct. 1890.

fois encore, et il est tout disposé à rechercher les conditions d'un accord. || Mais il n'hésite pas à déclarer que les propositions qui émanent des Représentants de la Colonie lui semblent reposer sur une appréciation tout à fait inexacte de la nature des droits et de l'importance des intérêts Français, ainsi que sur une exagération manifeste des maux dont se plaint la Colonie. || Sur ce dernier point, je me contenterai de faire observer à votre Excellence combien les plaintes de la Colonie sont peu en rapport avec les renseignements parvenus aux deux Gouvernements sur le calme complet avec lequel la pêche s'est accomplie au cours des dernières campagnes. || En raison de ces diverses considérations et malgré le désir sincère dont le Gouvernement Français est animé d'écarter des difficultés toujours regrettables, il n'a pas cru devoir adhérer aux propositions qui lui sont faites d'échanger ses droits, soit contre le paiement d'une somme d'argent, soit contre certaines facilités au sujet de l'achat de la boëtte. || Le Gouvernement de la République est, d'ailleurs, tout disposé à examiner les autres conditions d'un accord qui pourraient lui être soumises, soit qu'elles se rapprochent des bases du projet rédigé en 1885, soit qu'elles visent l'éventualité d'une décision arbitrale, conformément aux premières vues déjà échangées à ce sujet entre les deux Gouvernements.

Agréez, &c.

A. Ribot.

Nr. 10328. GROSSBRITANNIEN. — Lord Knutsford an Governor Sir T. O'Brien. Bericht über den Stand der Verhandlungen.

Downing Street, November 10, 1890.

Nr. 10328. Grossbritannien. 10. Nov. 1890.

Sir, || Now that Sir W. Whiteway and Mr. Harvey are about to return to Newfoundland, it may be convenient that I should give you some account of my communications with them and with the other Delegates who accompanied them, for the purpose of representing the views of the Government and Legislature of Newfoundland with regard to those questions connected with the French fisheries which have of late assumed increased importance.

2. I have had the advantage of receiving at this Office on numerous occasions the gentlemen whom I have mentioned, and also Messrs. Bond and Emerson, and the free and prolonged discussions which have taken place with them upon the various aspects of the Fisheries question have, I trust, conduced to a much clearer understanding on both sides of the difficulties which have to be dealt with, and of the course which it may be possible to take in dealing with them.

3. I did not cause any detailed record of these interviews to be kept, as our conversations were in a great measure of a confidential nature, and it is of course unnecessary that I should report to you the statements made to me as to the colonial grievances and feelings with which you are already well

acquainted. I may, however, state generally, that, in addition to the complaints of unjustifiable interference on the part of the French with the colonial fishermen, the representations which were most strongly pressed upon me related to the impediments, amounting practically to a prohibition, which have hitherto precluded the colonists from utilizing the Treaty shore, and, consequently, the country behind it, for agricultural settlement or mining enterprise. Particular instances were, moreover, brought under my notice, showing that the effect of this state of things is not confined to the Treaty shore, but that the uncertainty as to the extent of French rights and the apprehension of future French complications prevent capitalists at home from investing money in the development of other parts of the island.

4. The Delegates contended, that it is not possible, by any reasonable interpretation of the Declaration of 1783, to hold that British settlements are to be excluded from some hundreds of miles of coast-line, in order that at some few places French fishermen may be enabled to erect wooden stages for drying fish; and they urged, that, while the Treaty shore is under that Declaration at present closed to British subjects, the French have been allowed to exceed the privileges granted by the same Declaration. They pointed out, moreover, that the Islands of St. Pierre and Miquelon, which were ceded "for the purpose of serving as a real shelter for French fishermen," and which were not to become "an object of jealousy between the two nations," have been armed, and made a commercial port for the collection and transhipment to Europe of fish, on which, under a system most injurious to the colonial trade, bounties are granted from French funds even when it is consumed outside the French dominions; and, further, that they have become a base for constant smuggling by French subjects, while the French Government have refused to admit a British Consular officer to reside there, whose presence would to some extent be a check upon this illicit traffic.

5. It was also represented, that while anything in the nature of a British fixed establishment is made the subject of protest and complaint by the French Government and its naval officers, French buildings and a permanent French establishment have been in existence at Le Croc for many years; that this establishment contains store houses, gardens for raising vegetables and places for keeping cattle; and that it is maintained not by any French fishermen, but by the French Government for the use of its navy, while by the Treaty the French are bound not to erect any buildings "besides stages made of boards, and huts necessary and usual for the drying of fish."

6. I am not aware, that the existence of this establishment has previously been the subject of a special complaint from the Colony, and I have made inquiry from the Lords Commissioners of the Admiralty as to the information in that Department respecting it.

7. By my despatch of the 24th June I have already made you aware, that Her Majesty's Government are fully alive to the disadvantage under which

Nr. 10328. Grossbritannien. 10. Nov. 1890.

the people of Newfoundland labour owing to the existence of the ancient Treaties and engagements relating to the fisheries, and that they will do their best to give effect to any reasonable wishes of the colonists in regard to them; but it must be remembered, that Her Majesty's Government cannot force upon a friendly Power the renunciation of its Treaty rights, nor compel the acceptance of an interpretation of those rights which Her Majesty's Government uphold, but which is at direct variance with the interpretation upheld by that Power. I also stated, that Her Majesty's Government feel confident that, in these circumstances, the people of Newfoundland will recognize the difficulties which at present surround the Fishery question, and will, on further consideration, perceive that the conclusion of a strictly temporary *modus vivendi* such as has been agreed upon, involving, as it does, no surrender of British rights and no admission of new French claims, was the best course which was open to Her Majesty's Government both to avert possible collisions on the coast of the Colony, and to give time for negotiating with the Government of France such a solution of the questions at issue as may result in a permanent, and, it is hoped, satisfactory, settlement.

8. The Prime Minister received Sir William Whiteway and Mr. Bond on the 11th August, the other Delegates being unfortunately absent owing to the shortness of the notice caused by the accidental miscarriage of a letter from myself. A very interesting and important discussion took place, the details of which you will learn from Sir William Whiteway. It is sufficient for me to inform you, that after full consideration of all that had been brought before him, the Marquis of Salisbury felt himself in a position to give full instructions to Her Majesty's Ambassador at Paris, with a view to the opening of negotiations for a comprehensive settlement of the whole question of the French fishery rights, and several communications have already passed between Her Majesty's Government and the French Government on the subject of the basis upón which it might be possible to conclude such a settlement. Having regard, however, to the very large and complicated questions involved, it can hardly be anticipated that any immediate conclusion can be arrived at between the two Governments.

9. Her Majesty's Government having, as I have shown, been made fully acquainted with the views and desires of the Colony by Sir W. Whiteway and his colleagues, and having also received information from Sir James Winter and the gentlemen who came over with him, the conduct of the negotiations with the French Government must now, as you will readily understand, rest entirely in the hands of Her Majesty's Government.

Such information as I may from time to time be able to impart respecting these negotiations I shall convey to you without delay, and I shall rely upon the readiness of your Ministers to assist Her Majesty's Governmen by supplying any suggestions or statements of facts that may from time t time appear to be required, although while confidential communications are i

progress, it may not be possible to consult them as to the steps which should be taken, and as to the method of conducting the negotiations. || Unless it can be arranged, that Her Majesty's Government should again have the advantage of the presence in this country of a Delegate enjoying the confidence of your advisers, it is essential that all matters of detail should be dealt with by Her Majesty's Government, who must be trusted to act in the manner which they believe to conduce most effectually to the interests of the people of Newfoundland. Nr. 10328. Grossbritannien. 10. Nov. 1890.

10. I must add, in conclusion, a strong expression of my sincere hope, that Her Majesty's Government will receive from the entire Colony a cordial and willing support, and that all classes and all sections of political opinion in the island will see the necessity of abstaining from any hasty and ill-considered action against French officers and subjects, and of avoiding any appearance of opposition such as recent occurrences give too much reason for fearing has been advocated by some portions of the community both towards the Queen's Government and Her Majesty's naval officers. Any such attitude can only diminish in a serious degree the prospect of attaining a satisfactory and final settlement.

I have, &c.

Knutsford.

Nr. 10329. GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an Earl of Lytton. Stand der Vorschläge in Frankreich.

Foreign Office, November 17, 1890.

My Lord, || By the wish of the Newfoundland Delegates, I laid before the French Government, through M. Waddington, to-day the proposal which they thought might possibly meet with the acceptance of that Government. || My previous conversations with his Excellency had not led me to be so sanguine as they appeared to be in that respect, and therefore I offered it without comment. || It was to this effect: that in consideration of a good Bait Bill and a sum of money to be afterwards agreed upon, the French Government should abandon all their special rights on the shores or in the territorial waters of Newfoundland, and should also discontinue the practice of giving a bounty on fish not consumed in French territory. || M. Waddington replied, that he would lay the proposal before his Government, and would communicate the answer as soon as it arrived, but that he had little hope of its being favourable. Nr. 10329. Grossbritannien. 17. Nov. 1890.

I am, &c.

Salisbury.

Nr. 10330. FRANKREICH. — M. Waddington an den Marquis of Lytton. Ablehnung der englischen Vorschläge. (Received December 2.)

Londres, le 29 Novembre, 1890.

Nr. 10330. Frankreich. 29. Nov. 1890.

M. le Marquis, || Je n'ai pas manqué de soumettre à l'appréciation du Gouvernement de la République le projet d'arrangement dont votre Seigneurie m'a fait l'honneur de m'entretenir le 17 de ce mois, en vue de mettre fin aux difficultés que rencontre l'exercice des droits de nos pêcheurs à Terre-Neuve. || Dans le courant du mois dernier, M. l'Ambassadeur d'Angleterre à Paris avait déjà remis à son Excellence, M. Ribot, une note de votre Seigneurie contenant des ouvertures dans le même sens. Ces ouvertures ne furent pas accueillies, ainsi qu'il résulte de la réponse de M. le Ministre des Affaires Étrangères, en date du 29 Octobre, mais Lord Lytton a pu se rendre compte une fois de plus, à cette occasion, des sentiments de conciliation dont le Gouvernement de la République n'a jamais cessé d'être animé dans la discussion de cette importante question. || Les propositions que vous m'avez demandé de communiquer à mon tour à M. Ribot diffèrent de celles que lui avait transmises Lord Lytton, lesquelles prévoyaient, en échange de l'abandon de nos droits sur le "French Shore," soit une indemnité pécuniaire, soit des facilités à accorder à nos pêcheurs pour l'achat de la boëtte, tandis que votre Seigneurie nous offre aujourd'hui l'indemnité et les facilités dont il s'agit, mais réclame en revanche, avec l'abandon de nos droits sur le "French Shore" l'abolition des primes qui encouragent en France l'exportation des morues dans les pays que baigne la Méditerranée. || Je n'avais pas cru devoir attendre les instructions de M. Ribot pour vous faire pressentir l'accueil dont ces dernières propositions ne pouvaient manquer, à mon sens, d'être l'objet de la part du Gouvernement de la République, et je n'ai pas caché à votre Seigneurie qu'elles ne constitueraient certainement pas la base des négociations que nous nous efforçons de part et d'autre de trouver. La réponse que je reçois de M. le Ministre des Affaires Étrangères à ma communication précitée confirme entièrement mes prévisions. || Je ne reviendrai pas sur la question du rachat de nos droits et sur les facilités que la Colonie de Terre-Neuve prendrait l'engagement d'accorder à nos pêcheurs en ce qui concerne la boëtte; votre Seigneurie connaît notre manière de voir, à cet égard. || En ce qui touche l'abolition de nos primes, je me bornerai à vous faire observer que cette question ne saurait offrir une base de discussion, non seulement parce qu'elle est d'ordre intérieur, mais parce que le Parlement Français s'est, récemment encore, prononcé pour le maintien de la prime. Il ne dépendrait donc pas du Gouvernement de la République de modifier nos Tarifs en faveur des habitants de Terre-Neuve et au détriment de nos pêcheurs. || Telle est, M. le Marquis, la réponse que je suis autorisé à faire au projet d'arrangement dont vous avez bien voulu me tracer les grandes lignes; ce projet émane des

Délégués de Terre-Neuve, et il s'inspire, par suite, presque uniquement des intérêts de la Colonie; il ne tient, pour ainsi dire, aucun compte des nôtres, qui sont pourtant considérables, consacrés en outre par les Traités, et garantis par la double signature des Gouvernements Français et Anglais. Dans ces conditions, je ne puis que vous renouveler l'assurance que j'ai eu l'honneur de vous donner déjà à maintes reprises, à savoir, que nous sommes toujours disposés à entrer avec le Gouvernement de la Reine dans la voie d'un accord; mais il va de soi que cette entente n'aura des chances de se produire que si les droits et les intérêts des deux parties sont équitablement mis en balance, et si on n'attend pas du Gouvernement Français des concessions auxquelles il lui soit impossible de souscrire. Je suis persuadé, M. le Marquis, qu'en faisant appel à votre haute impartialité il sera possible à bref délai de mettre un terme à des difficultés dont le Gouvernement de la République poursuit depuis longtemps avec un incontestable bon vouloir la solution définitive.

Nr. 10330. Frankreich. 29. Nov. 1890.

Veuillez, &c.

Waddington.

Nr. 10331. GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an M. Waddington. Vorschlag eines Schiedsgerichts.

Foreign Office, January 20, 1891.

M. l'Ambassadeur, || I had the honour to confer with your Excellency on the day before Christmas Day with reference to the present position of the negotiations respecting Newfoundland; and I conveyed to you the probability, that, in view of the recent failure of all attempts to close the question by agreement, we should take an early opportunity of inviting the French Government to refer the principal questions in dispute to arbitration. You expressed a general concurrence in this policy, and intimated your willingness to receive any proposals I might have to make. || I now submit to your Excellency, for the consideration of the Government of the Republic, a proposal to refer the extent and limits of the rights secured to France by the Treaty of Utrecht and subsequent stipulations to the decision of an Arbitrator. The principal questions which separate us on the subject of Newfoundland were stated in my despatch to Lord Lytton of the 24th September, which was communicated by him to M. Ribot. || Taking them in the order of their urgency at the present time, they are as follows: —

Nr. 10331. Grossbritannien. 20. Jan. 1891.

1. Do the words "permis de pêcher et de sécher le poisson," employed in the XIIIth Article of the Treaty of Utrecht, apply to all kinds of animals found in the sea; if not, to which kinds is the application limited?

2. Whether Great Britain, by granting to France the right of drying fish and cutting wood along a portion of the shore of Newfoundland, and by pro-

Nr. 10331. Grossbritannien. 20. Jan. 1891.

mising the removal of "établissements sédentaires," has engaged to prohibit her subjects from erecting any kind of building on that part of the shore, or only those buildings which are concerned with the fishery; and, if so, whether lobster factories are included in the prohibition?

3. Do the Treaties, by prohibiting French subjects from any construction on the shore beyond „échafauds et cabanes nécessaires et usités pour sécher le poisson", prohibit them from erecting removable lobster factories?

4. To what depth inland do the prohibitions against building on the part of British subjects, whatever they may be, extend?

5. Whether, under the true interpretation of the Treaties, Great Britain, in virtue of her sovereignty over Newfoundland, possesses on that part of the coast rights of fishery concurrent with those of France, and equal to them; or only rights which must be so exercised as not to disturb the fishery of France?

The controversy is too familiar to the French Foreign Office for it to be necessary for me to accompany this summary of the questions to be referred by any commentaries or explanations. If there are any amendments to this statement which would, in the view of the Government of the Republic, make it a more satisfactory basis of reference, I shall be happy to consider them. But if, on the other hand, I receive from you an intimation that, for the present at least, this statement of our differences would, in the opinion of the French Government, furnish an adequate material for the judgment of an Arbitrator, and would give the Arbitrator an opportunity of setting at rest the most difficult of the controversies in which we are engaged, I would then proceed to submit, for your consideration, suggestions with regard to the mode in which that Arbitrator should be chosen, and as to the precise terms in which the questions should be placed before him.

I have, &c.

Salisbury.

Nr. 10332. GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an Earl of Lytton. Frankreich hat den Vorschlag angenommen.

Foreign Office, February 11, 1891.

Nr. 10332. Grossbritannien. 11. Feb. 1891.

My Lord, || The French Ambassador called at this Office this afternoon and made the following communication on behalf of his Government in reply to the proposal I had addressed to him for submitting to arbitration the questions at issue between the two Governments in regard to the Newfoundland fisheries. || The French Government accept arbitration as the means of putting an end to the difficulties in regard to the Newfoundland Fisheries which the two Governments desire to adjust. They agree at once, that the

Arbitrators shall adjudge any questions which may be submitted to them by either Cabinet in regard to the capture and preparation of lobsters. || They think there would be considerable difficulty in settling beforehand the exact issues to be submitted, and that it should be open to either Government to submit to the Arbitrators any question connected with the western shore of Newfoundland, provided that it is one which concerns the capture and preparation of lobsters. They propose, that the Board of Arbitration should consist of three jurists, with the addition of one or, if necessary, two members appointed on either side. These latter would act as the mediums of communication between the Tribunal and the two Governments, but would also themselves vote as Arbitrators. || The French Government make their consent to the arbitration dependent upon two preliminary conditions, namely, that the *modus vivendi* agreed upon for last fishing season shall be renewed for the present year, and that they should receive an assurance from Her Majesty's Government that effect will be given to the decision of the Arbitrators whatever it may be. || I informed M. Waddington that these proposals would receive due consideration, and that a reply would be sent to him after consultation with the Cabinet.

Nr. 10332. Grossbritannien. 11. Feb. 1891.

I am, &c.

Salisbury.

Nr. 10333. GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH. — Vertrag zwischen Grossbritannien und Frankreich, betr. ein Schiedsgericht in der Neufundländer Fischereifrage. 11. März 1891.

The Government of Her Britannic Majesty and the Government of the French Republic having resolved to submit to a Commission of Arbitration the solution of certain difficulties which have arisen on the portion of the coasts of Newfoundland comprised between Cape St. John and Cape Ray, passing by the north, have agreed upon the following provisions: —

Nr. 10333. Grossbritannien nnd Frankreich. 11. März 1891.

1. The Commission of Arbitration shall judge and decide all the questions of principle which shall be submitted to it by either Government, or by their Delegates, concerning the catching and preparation of lobsters on the above-mentioned portion of the coasts of Newfoundland.

2. The two Governments engage, in so far as each may be concerned, to execute the decisions of the Commission of Arbitration.

3. The *modus vivendi* of 1890 relative to the catching and preparation of lobsters is renewed purely and simply for the fishery season of 1891.

4. As soon as the questions relative to the catching and preparation of lobsters shall have been decided by the Commission, it may take cognizance of other subsidiary questions relative to the fisheries on the above-mentioned

Nr. 10333. Gross-britannien und Frankreich. 11. März 1891.

portion of the coasts of Newfoundland, and upon the text of which the two Governments shall have previously come to an agreement.

5. The Commission of Arbitration shall be composed:

(1.) Of three Specialists or Jurisconsults designated by common consent by the two Governments.

(2.) Of two Delegates of each country, who shall be the authorized channels of communication between the two Governments and the other Arbitrators.

6. The Commission of Arbitration thus formed of seven members shall decide by majority of votes and without appeal.

7. It shall meet as soon as possible.

Done at London, the 11th day of March, 1891.

Salisbury.
Waddington.

Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique et le Gouvernement de la République Française ayant résolu de soumettre à une Commission Arbitrale la solution de certaines difficultés survenues sur la partie des côtes de Terre-Neuve comprise entre le Cap Saint-Jean et le Cap Ray, en passant par le nord, sont tombés d'accord sur les dispositions suivantes: —

1. La Commission Arbitrale jugera et tranchera toutes les questions de principe qui lui seront soumises par l'un ou l'autre Gouvernement, ou par leurs Délégués, concernant la pêche du homard et sa préparation sur la partie susdite des côtes de Terre-Neuve.

2. Les deux Gouvernements s'engagent, chacun en ce qui le concerne, à exécuter les décisions de la Commission Arbitrale.

3. Le *modus vivendi* de 1890 relatif à la pêche du homard et à sa préparation est renouvelé purement et simplement pour la saison de pêche de 1891.

4. Une fois que les questions relatives à la pêche du homard et à sa préparation auront été tranchées par la Commission, elle pourra être saisie d'autres questions subsidiaires relatives aux pêcheries de la partie susdite des côtes de Terre-Neuve, et sur le texte desquelles les deux Gouvernements seront préalablement tombés d'accord.

5. La Commission Arbitrale sera composée:

(1.) De trois Spécialistes ou Jurisconsultes désignés d'un commun accord par les deux Gouvernements.

(2) De deux Délégués de chaque pays, qui seront les intermédiaires autorisés entre leurs Gouvernements et les autres Arbitres.

6. La Commission Arbitrale ainsi formée de sept membres statuera à la majorité des voix et sans appel.

7. Elle se réunira aussitôt que faire se pourra.

Fait à Londres, le 11 Mars, 1891.

Salisbury.
Waddington.

Nr. 10333. Grossbritannien und Frankreich. 11. März 1891.

Nr. 10334. FRANKREICH. — M. Waddington an Marquis of Salisbury. Ernennung der Schiedsrichter.

Londres, le 11 Mars, 1891.

M. le Marquis, || A la suite de l'arrangement que nous avons signé en date de ce jour, en vue de soumettre à une Commission Arbitrale la solution de certaines difficultés survenues sur les côtes de Terre-Neuve, le Gouvernement de la République et celui de Sa Majesté la Reine ont désigné d'un commun accord les trois Arbitres dont les noms suivent:—

Nr. 10334. Frankreich. 11. März 1891.

1. M. de Martens, Professeur de Droit des Gens à l'Université de Saint-Pétersbourg.

2. M. Rivier, Consul-Général de Suisse à Bruxelles, Président de l'Institut de Droit International.

3. M. Gram, ancien membre de la Cour Suprême de Norvège.

Les frais généraux de l'arbitrage et les honoraires des trois Arbitres seront supportés par moitié par les deux Gouvernements. Il est bien entendu que la Commission, sauf dans le cas prévu par l'Article 4, écartera de ses discussions les questions qui lui seraient soumises et qui ne seraient pas relatives à la pêche du homard et à sa préparation. || Il est également entendu que le Gouvernement de la République réserve expressément avant la mise à exécution de l'arrangement précité l'approbation des Chambres Françaises.

Veuillez, &c.

Waddington.

Nr. 10335. GROSSBRITANNIEN. — Marquis of Salisbury an M. Waddington. Dasselbe.

Foreign Office, March 11, 1891.

M. l'Ambassadeur, || With reference to the arrangement which we have signed on the 11th of this month for the purpose of submitting to a Commission of Arbitration the solution of certain difficulties which have arisen on the coasts of Newfoundland, Her Britannic Majesty's Government and the Government of the French Republic have designated by common consent the three Arbitrators whose names follow:—

Nr. 10335. Grossbritannien. 11. März 1891.

1. M. de Martens, Professor of International Law at the University of St. Petersburgh.

Nr. 10335. Gross-britannien. 11. März 1891.

2. M. Rivier, Consul-General of Switzerland at Brussels, President of the Institute of International Law.

3. M. Gram, formerly member of the Supreme Court of Norway.

The general expenses of the arbitration and the remuneration of the three Arbitrators shall be borne in equal moieties by the two Governments. It is well understood, that the Commission, except in the case provided for by Article 4, shall exclude from its discussions any questions which may be submitted to it which do not relate to the catching and preparation of lobsters.

It is equally understood, that Her Britannic Majesty's Government reserve expressly the approval of the British Parliament before the above-mentioned arrangement is put into execution.

I have, &c.

Salisbury.

Die Altkatholiken in Bayern*).

Nr. 10336. BAYERN. — Erlass des Cultusministers von Lutz, welcher den Altkatholiken die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche abspricht. 15. März 1890.

Nr. 10336. Bayern. 15. März 1890.

Das Kapitularvikariat der Erzdiözese München-Freising hat im Eingange seines der Staatsregierung zum weiteren sachgemässen Vollzuge mitgeteilten autoritativen Ausspruches vom 10. März über die Zugehörigkeit der Altkatholiken zur katholischen Kirche in Beziehung auf die seitherige Behandlung der Altkatholikenfrage seitens der Staatsregierung bemerkt, dass ungeachtet wiederholter Vorstellungen der bayerischen Oberhirten, insbesondere jener vom 13. Okt. 1875 und 14. Juni 1888, auf die berechtigten Ansprüche der katholischen Kirche in Bayern noch nicht die gebührende Rücksicht genommen worden sei, dass vielmehr deren Anträge zuletzt noch durch die Ministerial-Entschliessung vom 28. März 1889 eine abschlägige Bescheidung erfahren hätten. || Sodann ist das Verlangen, dass die Altkatholiken fortan von der Staatsregierung nicht mehr als Mitglieder der römisch-katholischen Kirche betrachtet und behandelt werden möchten, auch in dem oben erwähnten Aktenstücke des Kapitularvikariates vom 10. März in erster Reihe wieder gleich wie in den ebenbezeichneten früheren bischöflichen Eingaben mit dem Satze motiviert, dass die Altkatholiken schon durch die Ablehnung der Beschlüsse des Vatikanischen Konzils vom Jahre 1870 aus der römisch-katholischen Kirche ausgeschieden seien. || Dem gegenüber muss auch hier wieder daran erinnert werden, dass die seitherige Behandlung der fraglichen Angelegenheit der Staatsregierung in bindender Weise durch Titel IV § 9 Abs. 5 der Verfassungsurkunde, dann durch §§ 57 und 58 der II. Verfassungsbeilage vorgezeichnet war. Denn hiernach dürfen, wie dies auch in der bereits angezogenen Ministerial-Entschliessung vom 28. März 1889 betont ist, die Dekrete des Vatikanischen Konzils seitens der Staatsregierung nicht vollzogen werden, nachdem für dieselben das Placetum regium nicht erteilt ist. Die Staatsregierung war daher gehalten, jede auf den Vollzug dieser Dekrete abzielende Handlung zu unterlassen, und sie durfte insbesondere keine Gewaltmassregel gegen irgend jemand aus dem Grunde in Anwendung bringen, weil er sich jenen Dekreten nicht unterwerfen zu können glaubte. Sie hat die rechtlichen Grundsätze, von denen sie sich bei ihrer Stellungnahme zur Altkatholikenfrage, insoweit es sich um die Be-

*) Vgl. Staatsarchiv Bd. 51 Nr. 10078.

Nr. 10336. Bayern. 15. März 1890.

schlüsse des Vatikanischen Konzils handelt, bestimmen lassen musste und auch fernerhin würde bestimmen lassen müssen, erst jüngst wieder gelegentlich der Verhandlungen über den Antrag des Abgeordneten Geiger und Genossen in den beiden Kammern des Landtages vom 6. bis 8. November vorigen und vom 10. Februar laufenden Jahres dargelegt. || Die Staatsregierung konnte demnach die auf das Vatikanum gestützte Ausschliessung der Altkatholiken aus der katholischen Kirche von ihrem Standpunkte aus nicht für wirksam erachten und würde dies auch für die Zukunft nicht zu thun vermögen. || Der Rückhalt, welchen so die Altkatholiken infolge der Nichtplacetierung der erwähnten Vatikanischen Konzilsbeschlüsse bei der k. Staatsregierung seither gefunden haben, hat aber in eben diesen Beschlüssen seine Grenze. Sobald demnach vom zuständigen kirchlichen Richter festgestellt und ausgesprochen ist, dass die Altkatholiken nicht bloss mit Rücksicht auf das Vatikanum, sondern auch aus bestimmten anderen Gründen die Ausschliessung aus der katholischen Kirche verwirkt haben, ist die Staatsregierung angesichts der verfassungsmässigen Rechte der katholischen Kirche in Bayern verpflichtet, diesem Urteile den Vollzug zu sichern. Denn die Stellung der Staatsregierung zur Altkatholikenfrage, welche lediglich zum Vollzuge der einschlägigen verfassungsmässigen Bestimmungen eingenommen worden ist, kann den Altkatholiken augenscheinlich nicht die Befugnis zur Ablehnung anderer Dogmen der Kirche und ungeachtet derselben das Recht gewähren, von der Staatsregierung gleichwohl noch als Mitglieder der katholischen Kirche angesehen und behandelt zu werden. || Bisher fehlte es an der erforderlichen Grundlage zu der von den bayerischen Oberhirten wiederholt erbetenen staatlichen Einschreitung gegen die Altkatholiken; denn es konnte weder in der Eingabe der hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe des Landes vom 13. Oktober 1875, noch in jener vom 14. Juni 1888, so viel auch hierin von anderweitigen Neuerungen der Altkatholiken referierend die Rede war, ein die Staatsregierung zum entsprechenden Vollzuge berechtigender und verpflichtender Jurisdiktionsakt gefunden werden, durch welchen die Altkatholiken, abgesehen vom Vatikanum, auf Grund sonstiger Thatsachen als ausgeschlossen aus der katholischen Kirche erklärt worden wären. || Einen solchen Akt aber muss das unterzeichnete kgl. Staatsministerium in dem nunmehr von dem Kapitularvikariate der Erzdiözese München-Freising unterm 10. März in Vorlage gebrachten Aktenstücke erblicken; denn hierin sind zwei Thatsachen ausdrücklich angeführt und in einer Weise, welche jede Bestreitung ausschliesst, sofort liquid gestellt, von denen nach der denselben angefügten Entscheidung des zuständigen kirchlichen Richters jede einzelne das Vergehen der formalen Häresie in sich schliesst und für die Beteiligten ipso facto die Ausschliessung aus der Kirche zur Folge hat. Desgleichen ist darin ausdrücklich ausgesprochen, dass die Altkatholiken wegen dieser Neuerungen, auch abgesehen vom Vatikanum, die Ausschliessung aus der Kirche verwirkt haben. || Die eine der fraglichen Neuerungen hat das Dogma der unbefleckten Empfängnis zum Gegenstand. Wenn auch diesem

Nr. 10336. Bayern. 15. März 1890.

Dogma eine wörtliche Placetierung niemals zu teil geworden ist, so ist dasselbe doch durch Handlungen und Entschliessungen der k. Staatsregierung, welche keiner anderen Deutung und Auffassung Raum geben können, thatsächlich placetiert worden. So hat das unterzeichnete k. Staatsministerium in einer Entschliessung vom 26. April 1866 Nr. 3182 ausgesprochen, dass der vormalige Kooperator zu Holzkirchen Thomas Braun infolge der über ihn durch das bischöfliche Ordinariat Passau wegen Nichtanerkennung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis verhängten Exkommunikation nicht bloss die allgemeinen Rechte eines jeden Kirchenmitgliedes, sondern auch die besonderen priesterlichen Standesrechte, namentlich auch jenes des eventuellen Anspruches auf den Tischtitelgenuss, verloren habe, ein Standpunkt, den auch einige Jahre später der vormalige Oberappellationsgerichtshof in einem Erkenntnisse vom 3. Mai 1869 (auszugsweise veröffentlicht in den Blättern für Rechtsanwendung, Ergänzungsband II S. 317 ff.) als zutreffend anerkannt hat. An dieser Auffassung hat die Staatsregierung auch in der Folgezeit festgehalten. (Vgl. Stenogr. Berichte der Kammer d. Abg. von 1872 Bd. II S. 580 ff., dann 1881 Bd. I S. 183 ff.; ferner Verhandlungen der Kammer der Reichsräte 1881/82 Prot.-Bd. I S. 580 ff., sowie 1883/84 Prot.-Bd. I S. 292 ff.) || Wie demnach die Staatsregierung das Dogma von der unbefleckten Empfängnis seit Jahrzehnten konsequent dem Priester Thomas Braun gegenüber vollzogen hat, so kann sie auch dessen Vollzug gegenüber den Altkatholiken nicht ablehnen; sie muss vielmehr schon die Leugnung dieses Dogmas allein seitens der Altkatholiken für einen vollständig ausreichenden Grund erachten, die deshalb von der Kirche verfügte Ausschliessung derselben auch für das staatliche Gebiet als wirksam anzuerkennen. || Aus den vorstehenden Erwägungen erachtet das unterzeichnete k. Staatsministerium den vom Kapitularvikariat der Erzdiözese München-Freising unterm 10. März gestellten Antrag für begründet. Es wurde deshalb dem Ausschusse des bayerischen altkatholischen Landesvereines in München mit Entschliessung vom Heutigen eröffnet, dass jenem Antrage entsprechend vorerst die innerhalb der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken von nun ab seitens der k. Staatsregierung nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt werden, dass vielmehr die Rechte der Altkatholiken in dieser Diözese hinsichtlich der Religionsausübung sich vorläufig nach § 2 der II. Verfassungsbeilage zu bemessen haben.

Nr. 10337. BAYERN. — Der Minister theilt das vorhergehende Aktenstück dem Ausschusse des bayerischen altkatholischen Landesvereins mit. 15. März 1890.

Nr. 10337. Bayern. 15. März 1890.

Der Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereines in München erhält in der Anlage Abschrift des vom hochwürdigen Herrn Kapitularvikar der Erzdiözese München-Freising gefertigten Aktenstückes vom 10. d. Mts.; ferner Abschrift der unterm Heutigen an das Kapitularvikariat der Erzdiözese

Nr. 10337. Bayern. 15. März 1890.

München-Freising ergangenen Ministerialentschliessung mit dem Eröffnen zugeschlossen, dass dem in dem ersteren Schriftstücke gestellten Antrage entsprechend vorerst die innerhalb der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken von nun ab seitens der Staatsregierung nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt werden, dass vielmehr die Rechte der Altkatholiken in der gedachten Erzdiözese hinsichtlich der Religionsausübung sich vorläufig nach § 2 der II Verlassungsbeilage zu bemessen haben. Dies wird dem Ausschusse des bayerischen altkatholischen Landesvereines zur Darnachachtung bekanntgegeben.

Dr. Freiherr von Lutz.

Nr. 10338. BAYERN. — Der Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereines an den Cultusminister. Bitte, vorläufig ihren Gottesdienst fortsetzen zu dürfen. 16. März 1890.

Nr. 10338. Bayern. 16. März 1890.

Infolge der gestrigen Ministerial-Entschliessung bez. Betreffs hat der ehrerbietigst Unterzeichnete, als zeitiger Vorsitzender des Ausschusses des bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.), diesen Ausschuss sofort zu einer Sitzung zusammenberufen, in welcher, auf Grund eingehender Darlegung der Rechtsverhältnisse durch die rechtsverständigen Mitglieder desselben, beschlossen wurde, dass uns als verfassungstreuen bayerischen Unterthanen keine Wahl bleibe, als vorläufig, gemäss dem Schlusssatz der höchsten Entschliessung, unser Verhalten nach dem angezogenen § 2 der II. Verfassungsbeilage einzurichten. Demnach wurde sofort ein Inserat in die Zeitung gegeben und auch durch Anschlag an der Thüre unserer Kirche verkündet, dass bis auf weiteres alle öffentlichen Gottesdienste und geistlichen Funktionen eingestellt werden müssten, — wie denn auch heute bereits der sonntägliche öffentliche Gottesdienst unterblieben ist. || Unser Ausschuss hat sich jedoch nicht verhehlt, dass dieser aus Gehorsam gegen die Staatsgesetze erfolgte Schritt eine ernste Beunruhigung der Gewissen unserer Glaubensgenossen zur Folge haben muss. Die Gewissensbeschwerung erscheint um so bedenklicher, als die Osterzeit bevorsteht, in der dieselben seit beinahe zwei Jahrzehnten gewohnt sind, in der altkatholischen Kirche ihre österliche Beichte und Kommunion zu halten. || Wir können nicht glauben, dass es der Wille der Königlichen Staatsregierung gewesen ist, einer wenn auch noch so bescheidenen Minorität loyaler Unterthanen einen solchen Gewissenszwang aufzuerlegen. Vielmehr glauben wir überzeugt sein zu dürfen, dass die Absicht vorliegt, in irgend welcher gesetzlichen Form den bayerischen Altkatholiken auch fernerhin die öffentliche Ausübung ihres Glaubens zu gestatten. Nun ist es aber unmöglich, dass diese Form im Laufe weniger Tage gefunden werde. Bei der grossen prinzipiellen Bedeutung der Frage hat unser Ausschuss für nötig gehalten, einer besonderen Kommission die Beratung über die Konsequenzen der höchsten Entschliessung

vom 15. ds. zu übertragen. Auch ist es nötig, dass wir eine ausserordentliche Generalversammlung unserer Vereinsmitglieder berufen, um in derselben über die neue Sachlage zu berichten und ihre Zustimmung zu etwaigen weiteren Schritten des Ausschusses zu erwirken. — Alle diese Schritte und Beschlüsse werden geraume Zeit in Anspruch nehmen. || Unsere ehrerbietigste Bitte an das Königliche Staatsministerium geht daher dahin, dieses möge gnädigst gestatten und verfügen, dass bis zur endgültigen Entscheidung der Frage, welche rechtliche Stellung künftighin die bayerischen — genauer, die in der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken einzunehmen haben, denselben gestattet sei, in der bisherigen, seit so langer Zeit ohne die geringste Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung beobachteten Weise ihren Gottesdienst im eigenen Gotteshause (Kaulbachstrasse 47) sowie die kirchliche Bestattung von Leichen unserer Glaubensgenossen fortzusetzen. || Unter ehrerbietigstem Hinweis auf das von uns jederzeit bewiesene gesetzmässige und friedliebende Verhalten, bitten wir inständig, Königliches Staatsministerium möge die gnädige Gewähr dieser Bitte ohne jeden Verzug aussprechen, so dass es uns möglich wird, jedenfalls am nächsten Sonntag (Passions-Sonntag den 23. ds.) unseren öffentlichen Gottesdienst wiederaufzunehmen.

Nr. 10338. Bayern. 16. März 1890.

Ehrerbietigst etc.

Nr. 10339. BAYERN. — Erklärung des bayerischen altkatholischen Landesvereins. 19. März 1890.

Erlärung.

In Erwägung: 1. dass die innerhalb der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken über die von dem Kapitularvikariat dieser Erzdiözese unter dem 10. d. Mts. beim Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten gegen sie erhobenen Beschuldigungen überhaupt nicht gehört worden sind; — in Erwägung: 2. dass, wenn sie gehört worden wären, es ihnen ein leichtes gewesen sein würde, nachzuweisen, dass die Grundlage, auf welche hin das Königl. Staatsministerium in seiner Entschliessung vom 15. ds. erklärt hat, die bezeichneten Altkatholiken von nun an nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachten und behandeln zu können, völlig haltlos ist, — erklären die heute zu einer ausserordentlichen Generalversammlung berufenen und erschienenen hiesigen Mitglieder des bayerischen altkatholischen Landesvereins, dass sie die an ihren Ausschuss gerichtete Ministerial-Entscheidung vom 15. ds. als eine schwere Rechtskränkung empfinden, und beauftragen demnach ihren Ausschuss, die zur Abwendung aller Rechtsnachteile erforderlichen und geeigneten Mittel vorzunehmen.

Nr. 10339. Bayern. 19. März 1890.

München, den 19. März 1890.

Die ausserordentliche Generalversammlung des bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.)

I. A.:
Der Ausschuss.

Nr. 10340. BAYERN. — Eingabe des Ausschusses des bayerischen altkatholischen Landesvereins an das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten: staatsrechtliche Stellung der in der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken. 27. März 1890.

München, den 27. März 1890.

Nr. 10340. Bayern. 27. März 1890.

Durch Schreiben des Königl. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 15. lfd. Mts. wurde dem gehorsamst unterfertigten Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.) zur Darnachachtung bekannt gegeben, „dass dem vom Kapitularvikariat der Erzdiözese München-Freising am 10. März gestellten Antrage entsprechend vorerst die innerhalb der genannten Erzdiözese wohnenden Altkatholiken von nun ab seitens der Königl. Staatsregierung nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt werden, dass vielmehr die Rechte der Altkatholiken in der gedachten Erzdiözese hinsichtlich der Religionsübung sich vorläufig nach § 2 der II. Verfassungsbeilage zu bemessen haben." || Durch diesen Akt der Staatsgewalt sahen sich die Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising ihrer seit nahezu zwanzig Jahren innegehabten staatsrechtlichen Stellung als Mitglieder der katholischen Kirche in Bayern plötzlich entkleidet und auf die Stufe von blossen Dissidenten herabgedrückt. || Diese höchste Entscheidung musste den ehrerbietigst unterfertigten Ausschuss um so empfindlicher kränken, als derselbe einerseits sich bewusst ist, die ihm für sein Verhalten staatsrechtlich gezogene Linie stets mit peinlichster Gewissenhaftigkeit eingehalten zu haben, wofür er sich auf seine zahlreichen, an die Königliche Staatsregierung gerichteten Eingaben und Erklärungen berufen kann, — und andererseits, als er vor dem Erlass einer Entscheidung, welche die vom Kapitularvikariat München-Freising erhobenen Beschuldigungen als „in einer Weise, welche jede Bestreitung ausschliesst, sofort liquid gestellt" erachtet, mit seinen rechtlichen Einwendungen gar nicht einmal gehört worden ist. || Die von dem unterfertigten Ausschuss sofort auf den 19. ds. Mts. einberufene und ausserordentlich zahlreich besuchte Generalversammlung des altkatholischen Landesvereins hat denn auch, nach Kenntnisnahme der neuen Sachlage, einmütig und einstimmig erklärt, dass sie nach wie vor auf dem offenen Widerspruch gegen die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils und insbesondere gegen die am 18. Juli 1870 verkündigten Glaubenssätze über den Universal-Episkopat und die persönliche Unfehlbarkeit des Papstes unerschütterlich beharre, und dass sie auch ihrerseits die auf die Anschuldigungen des Kapitularvikariats gegründete Ministerial-Entscheidung vom 15. ds. Mts. als eine schwere Rechtskränkung empfinde. || Demgemäss hat die Generalversammlung den Ausschuss beauftragt, im Namen und in Vertretung der bayerischen Altkatholiken, zunächst jener der Erzdiözese München-Freising, die zur Abwendung aller Rechtsnach-

teile erforderlichen und geeigneten Mittel vorzunehmen. || Indem der gehorsamst unterfertigte Ausschuss mit nachstehenden Vorstellungen und Bitten an das Königl. Staatsministerium sich wendet, handelt er lediglich nach dem Beschluss und im Auftrag der erwähnten Generalversammlung des bayerischen altkatholischen Landesvereins, dessen Zweck nach § 2 seiner anerkannten Statuten folgender ist:

1. Aufrechthaltung des öffentlichen Widerspruches gegen die vatikanischen Neuerungen. || 2. Sorge für die öffentlichen religiösen Bedürfnisse der Vereinsmitglieder.

I. Der gehorsamst unterfertigte Ausschuss muss zunächst gegen die Behauptung des Kapitularvikariats: die Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising seien nicht bloss wegen ihres Widerspruches gegen die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils vom 18. Juli 1870, sondern auch infolge ihrer öffentlichen „Verneinung des katholischen Dogmas über den Ehren- und Jurisdiktionsprimat des römischen Papstes", sowie des „katholischen Dogmas der unbefleckten Empfängnis" vom Jahre 1854, als von der katholischen Kirche rechtmässig ausgeschlossene Häretiker anzusehen und zu behandeln, — den entschiedensten Widerspruch einlegen und im Nachstehenden begründen:

1. Angenommen, — aber nicht zugegeben, dass es sich in der vom 8. Dez. 1854 datierten Bulle des Papstes Pius IX. „Ineffabilis Deus" um ein wirkliches katholisches Dogma handle, so ist dennoch, selbst vom strengsten kirchenrechtlichen Standpunkt aus, die Behauptung und Schlussfolgerung des Kapitularvikariats unhaltbar, weil dasselbe den Strafbestimmungen der genannten Bulle eine Bedeutung und Tragweite beilegt, welche ihnen Papst Pius IX. selbst nicht beigelegt wissen wollte. Nach dem klaren Wortlaute der Bulle sollen nämlich nur diejenigen einzelnen Katholiken, welche es wagen würden, dem vom Papste verkündigten Dogma irgendwie äusserlich erkennbar zu widersprechen, mit dem grossen Kirchenbann belegt sein, — nicht aber schlechthin alle und jede Katholiken, welche etwa im Verdacht stehen, dass sie an das fragliche Dogma nicht glauben. || (Quapropter — so lautet der Schlusssatz der Bulle — si qui secus ac a Nobis definitum est, quod Deus avertat, praesumpserint corde sentire, ii noverint ac porro sciant, se proprio judicio condemnatos, naufragium circa fidem passos esse et ab unitate Ecclesiae defecisse, ac praeterea facto ipso suo semet poenis a jure statutis subjicere, si, quod corde sentiunt, verbo aut scripto vel alio quovis externo modo significare ausi fuerint.) || Nun hat aber das Kapitularvikariat, päpstlicher urteilend als der Papst selbst, aus dem Umstand, dass in einem vermeintlich „offiziellen Organ der Altkatholiken", nämlich im „Deutschen Merkur" vom 22. Februar ds. J., ein Artikel sich befindet, welcher eine öffentliche Leugnung jenes Dogmas enthalten soll, zu der Behauptung und wahrhaft ungeheuerlichen Schlussfolgerung sich verstiegen: alle Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising hätten gegen das fragliche Dogma öffentlich Widerspruch erhoben und seien deshalb alle von der katholischen Kirche ausgeschlossen! || Diese Behauptung und Schlussfolgerung ist

Nr. 10340. Bayern. 27. März 1890.

schon darum falsch und gänzlich unzulässig, weil die Altkatholiken oft und feierlich erklärt haben, dass sie überhaupt keinerlei Glaubensneuerungen vorzunehmen beabsichtigen, noch zu solchen berechtigt seien. Insbesondere aber ist der „Deutsche Merkur" gar kein „offizielles Organ der Altkatholiken", sondern, wie der erste Blick in jede Nummer desselben beweist, lediglich eine mehr oder minder wissenschaftliche Zeitschrift, dazu gegründet und bestimmt, dass die Anhänger und Freunde der katholischen Reformbewegung ein Organ hätten, worin sie ihre persönlichen wissenschaftlichen Ueberzeugungen und Ansichten in kirchlichen oder kirchenpolitischen Dingen aussprechen können, und in welchem Mitteilungen über kirchliche Zustände und Ereignisse der Vergangenheit und Gegenwart gemacht werden sollen. || Sollte also auch ein einzelner, wenn auch noch so hervorragender Altkatholik in genannter Zeitschrift das päpstliche Dogma vom Jahre 1854 wirklich geleugnet haben — was hier dahingestellt bleiben kann —, so würde die Strafe des Kirchenbannes doch nur diesen einzelnen für seine Person treffen, nicht aber schlechthin alle Altkatholiken ohne Ausnahme (in cumulo et globo). || Hohe Königliche Staatsregierung, welche auch ihrerseits die in einem vermeintlich „offiziellen Organ der Altkatholiken" angeblich erfolgte Leugnung des fraglichen Dogmas von seiten der Altkatholiken für einen vollständig ausreichenden Grund erachtet, die deshalb von der katholischen Kirche verfügte Ausschliessung derselben auch für das staatliche Gebiet als wirksam anzuerkennen, stützt somit diese ihre Entscheidung auf eine Grundlage, deren völlige Haltlosigkeit selbst vom streng kirchenrechtlichen Standpunkt aus erwiesen ist. || 2. Thatsächlich handelt es sich aber in der Bulle „Ineffabilis Deus" vom Jahre 1854 gar nicht um ein wirkliches, von einem allgemeinen Konzil definiertes „katholisches Dogma", sondern lediglich um einen eigenmächtigen päpstlichen Stuhlspruch, welchem die Eigenschaft eines allgemein verbindenden Glaubenssatzes erst durch die nachträgliche Erklärung der Unfehlbarkeit des Papstes im Jahre 1870 zu teil werden konnte und sollte. || Zum Beweis für diese Behauptung berufen wir uns auf ein Zeugnis, welches auch das Kapitularvikariat als beweiskräftig wird anerkennen müssen, nämlich auf die Schrift des bei der Definition jenes Stuhlspruches von 1854 hervorragend beteiligten Jesuiten P. Schrader, „Pius IX. als Papst und als Konig" (Wien 1865), worin es S. 12 heisst: „Es ist dies (nämlich die Definition der unbefleckten Empfängnis) ein dem Pontifikate Pius' IX. ganz eigentümlicher Akt, wie ihn kein früheres Pontifikat aufzuweisen hat; denn der Papst hat dieses Dogma selbständig und aus eigener Machtvollkommenheit, ohne Mitwirkung eines Konzils definiert, und diese selbständige Definition eines Dogmas schliesst gleichzeitig, zwar nicht ausdrücklich und feierlich, aber nichtsdestoweniger unzweifelhaft und thatsächlich eine andere dogmatische Entscheidung in sich: nämlich die Entscheidung der Streitfrage, ob der Papst in Glaubenssachen auch für seine Person unfehlbar sei, oder ob er diese Unfehlbarkeit nur an der Spitze eines Konzils anzusprechen habe. Pius IX. hat, wie gesagt, die Unfehlbarkeit des Papstes durch den Akt vom 8. Dezember

1854 zwar nicht theoretisch definiert, aber praktisch in Anspruch genommen". — || Wenn nun, nach den wiederholten feierlichen Erklärungen der Königl. Staatsregierung vom Jahre 1870 an bis heute, die Altkatholiken in Bayern staatsrechtlich befugt waren und sind, gegen die mit Nichtbeachtung des königlichen Placets verkündete Unfehlbarkeitslehre vom Jahre 1870 offenen Widerspruch zu erheben, ohne deshalb ihre staatsrechtliche Stellung als Mitglieder der katholischen Kirche in Bayern einzubüssen, so müssten dieselben konsequenter Weise doch auch berechtigt sein, dem päpstlichen Stuhlspruche des Jahres 1854, selbst wenn dieser das königliche Placet erhalten haben sollte, offen und ohne alle staatliche Gefährdung zu widersprechen, da derselbe ja nur ein einzelner Ausfluss der päpstlichen Unfehlbarkeitslehre ist. Bei der entgegengesetzten Annahme würde man zu dem absurden Resultat gelangen, dass es in Bayern staatsrechtlich erlaubt sei, die nicht placetierte Unfehlbarkeitslehre offen zu leugnen, einen früher placetierten blossen Ausfluss dieser Lehre aber nicht! — Allein die Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising haben von diesem ihrem Rechte in ihrer Gesamtheit niemals praktisch Gebrauch gemacht, sondern das äusserst zart zu behandelnde päpstliche Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariä stets ausser Diskussion gelassen, und zwar aus den nämlichen gewichtigen Gründen, welche schon den Papst Sixtus IV. und übereinstimmend mit ihm auch die Synode von Trient und mehrere Päpste vor Pius IX. bewogen haben, bei Strafe des grossen Kirchenbannes jede Erörterung desselben, sowohl pro als contra, den streitenden Parteien zu verbieten, beziehungsweise nur in der gelehrten, lateinischen Sprache zu verstatten. || Folglich sind die Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising vom Kapitularvikariat mit Unrecht angeschuldigt worden, dass sie samt und sonders ein katholisches Dogma öffentlich geleugnet hätten, und beruht auch das auf solche Beschuldigung gebaute Urteil der Königl. Staatsregierung auf einem faktischen Irrtum. || 3. Das Königl. Staatsministerium gründet sein, nach der bisherigen Ausführung nicht gerechtfertigtes Verdammungsurteil über uns Altkatholiken auf den Umstand, dass das fragliche Dogma in Bayern zwar niemals wörtlich, wohl aber thatsächlich placetiert worden sei, — nämlich durch Handlungen und Entschliessungen der königlichen Staatsregierung in bezug auf die Person des Kooperators Thomas Braun zu Holzkirchen. || Angenommen nun, — aber wieder nicht zugegeben, dass aus den erwähnten Handlungen und Entschliessungen der königlichen Staatsregierung eine Placetierung des fraglichen Dogmas hervorgehe, so könnte, nach unserer bisherigen Ausführung und nach den sonst üblichen Grundsätzen der Administrativjustiz, die Strafe der Verwirkung der kirchlichen Rechte eines katholischen bayerischen Unterthanen doch nur denjenigen katholischen Priester oder Laien treffen, welcher ebenso wie Kooperator Thomas Braun gegen ein placetiertes Kirchengesetz sich öffentlich auflehnt, — nicht aber in cumulo et globo alle Altkatholiken. || Es möge uns aber zum Schluss dieser Ausführung noch verstattet sein, hier unserer rechtlichen Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen, dass eine bloss thatsächliche

Nr. 10340. Bayern. 27. März 1890.

Placetierung der kirchlichen Erlasse unserem bayerischen Verfassungsrechte fremd ist. Eine solche ist geradezu ausgeschlossen durch den klaren Wortlaut des § 58 der II. Verfassungsbeilage, worin es heisst: „Die geistlichen Obrigkeiten sind gehalten, nachdem sie die königliche Genehmigung — (welche nach § 61 nur von dem Könige selbst erteilt werden kann) — zur Publikation (Placet) erhalten haben, im Eingange der Ausschreibungen ihrer Verordnungen von derselben jederzeit ausdrücklich Erwähnung zu thun.“ || Da nun von der geistlichen Obrigkeit diese verfassungsmässig erforderliche Form bei Verkündigung des Dogmas vom Jahre 1854 ebenso wenig wie bei Publikation der Beschlüsse des Vatikanischen Konzils vom Jahre 1870 eingehalten worden ist, — so muss das Dogma des Jahres 1854, ebenso wie die Dekrete des Vatikanischen Konzils, als ein nicht placetiertes, also staatsrechtlich unverbindliches Kirchengesetz betrachtet werden, und erscheint auch von diesem Gesichtspunkt aus die am 15. lfd. Mts. verfügte staatsrechtliche Ausschliessung der Altkatholiken aus der katholischen Kirche Bayerns selbst dann als rechtlich nicht begründet, wenn dieselben, was, wie nachgewiesen, nicht der Fall ist, öffentlichen Widerspruch gegen das päpstliche Dogma vom Jahre 1854 erhoben hätten. || 4. Was sodann die vom Kapitularvikariat München-Freising behauptete öffentliche Leugnung des Primates des Papstes von seiten der Altkatholiken betrifft, so sehen wir uns genötigt, weil das Königliche Staatsministerium auch diese Anschuldigung als eine „liquide“ Thatsache erachtet hat, ohne übrigens auf eine nähere Würdigung derselben einzugehen, auch gegen sie entschiedenen Widerspruch einzulegen. Zur Begründung desselben müssen wir vor allem konstatieren, dass das Kapitularvikariat zum Beweis seiner Anklage beliebt hat, bloss auf S. 71 und 136 des „Leitfadens“, sowie auf S. 45 des „Katechismus“ der Altkatholiken hinzudeuten, dagegen es unterliess, auf jene Stellen der genannten Lehrbücher zu verweisen, aus denen jedermann deutlich ersehen muss, dass der Primat des Papstes, insoweit als derselbe vor dem Vatikanischen Konzil in der katholischen Kirche allgemein anerkannt war, von den Altkatholiken nicht nur nicht geleugnet, sondern ausdrücklich anerkannt wird. Es sind dies hauptsächlich die Stellen des Leitfadens S. 71—72 sub a und b und besonders sub c, — woselbst gelehrt wird, dass Jesus den Petrus für den Felsen erklärt habe, auf den die ganze Gemeinschaft der Gläubigen bis zum Ende der Zeiten sich aufbauen werde; — dass er ihm die Vollmacht übertragen habe, die Gläubigen und Würdigen in sein Reich aufzunehmen, die übrigen aber von demselben fernzuhalten; — dass Petrus ausersehen gewesen sei, die übrigen im Glauben zu stärken, und wo endlich deutlich gesagt ist, dass Jesus nach der Auferstehung dem Petrus das Hirtenamt übertragen habe, welches er ihm früher verheissen hatte. Wir verweisen ferner auf S. 165 sub d des Leitfadens, wo gelehrt wird: „Als der erste und angesehenste unter allen Bischöfen galt der Bischof von Rom . . . . Dem Bischofe der Stadt Rom erkannte man dieselbe Stellung unter den wesentlich gleichgeordneten Bischöfen zu, welche Petrus unter den Aposteln

eingenommen hatte"; — endlich auf S. 42 und 43 des Katechismus unter Nummer 192, wo Petrus wieder als der Erste unter den sich gleichstehenden Aposteln bezeichnet wird, und woselbst alle Stellen der h. Schrift abgedruckt sind, welche überhaupt für den Primat Petri und des Papstes verwendbar sind. Dass an diesen Stellen von der Unfehlbarkeit des Papstes und von seiner Allgewalt (plenitudo potestatis) nicht geredet wird, ist freilich wahr; — aber hieran sind nicht wir Altkatholiken Schuld, sondern die heilige Schrift selbst, welcher die hierokratischen und infallibilistischen Theorien durchaus fremd sind. || Nicht ohne guten Grund hat das Kapitularvikariat, zum Beweise für seine Behauptung, dass die Altkatholiken wegen Leugnung des Ehren- und Jurisdiktionsprimats exkommuniziert seien, sich nicht auf das Trienter Konzil berufen, sondern auf „einige Konzilien, speziell dasjenige von Florenz." Auf das Tridentinum konnte es nämlich nicht verweisen, weil diese letzte allgemeine abendländische Kirchenversammlung bekanntlich ausdrücklich abgelehnt hat, die Lehre vom Primat des Papstes in dem damals von Rom gewollten Sinne der Florentiner Synode zu definieren. Die Florentiner Synode aber zum Beweise dafür anzurufen, dass die Altkatholiken den Primat des Papstes leugneten, und sie zur Grundlage für deren Ausschliessung aus der katholischen Kirche zu machen, erscheint schon darum als unzulässig, weil mit diesem Argument teils zu wenig, teils zu viel, darum nichts bewiesen wird: — zu wenig, deshalb, weil die genannte Synode selbst von streng römisch gesinnten katholischen Kirchenhistorikern (— z. B. Alzog, K.-Gesch. VIII. Aufl. II, 744, und Funk, Lehrbuch der K.-Gesch. 1886 S. 345 Nr. 1) nicht zu den anerkannten allgemeinen Konzilien gezählt wird; — zuviel, aus dem Grunde, weil die Definition des Primats durch diese Synode inhaltlich übereinstimmt mit der vom Vatikanischen Konzil definierten Lehre von der päpstlichen Allgewalt und Unfehlbarkeit. (Vgl. Hergenröther, Kathol. Kirche u. christl. Staat 1873 S. 968 ff.) Heisst es doch in Kap. III der Constitutio dogmatica prima de ecclesia Christi vom 18. Juli 1870: „innovamus oecumenici (!) Concilii Florentini definitionem, qua credendum . . . est" etc. || Die von der Königl. Staatsregierung auf Grund des Florentiner Konzils verfügte Ausschliessung der Altkatholiken aus der katholischen Kirche Bayerns würde also, falls sie aufrechterhalten bliebe, im Prinzip eine Anerkennung auch der vatikanischen Dekrete und damit auch aller jener päpstlichen Stuhlsprüche in sich schliessen, welche wahrhaft staatsgefährliche Lehren enthalten, wie zum Beispiel der Bulle Unam sanctam vom Jahre 1302, des Syllabus vom Jahre 1864 u. s. w. Unsere und der hohen Staatsregierung Gegner würden bald genug aus der Ministerial-Entscheidung vom 15. März die Folgerung ziehen, dass auch den vatikanischen Dekreten eine „thatsächliche Placetierung" zu teil geworden sei. || Aus all diesen Gründen, welche wir der hochgeneigten Prüfung des Königl. Staatsministeriums ehrerbietigst unterstellen, können wir nicht umhin, die dringendste Bitte auszusprechen:

„Hohes Königl. Staatsministerium wolle sich gnädigst bewogen finden, seine

Nr. 10340. Bayern. 27. März 1890

Entscheidung vom 15. März, als auf irriger thatsächlicher Information und darum auf haltloser Grundlage beruhend, ausser Kraft zu setzen und den Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising jene staatsrechtliche Stellung wieder einzuräumen, welche sie seit beinahe zwanzig Jahren unbestritten eingenommen haben!"

II. Sollte jedoch die königliche Staatsregierung aus hochpolitischen Gründen, deren Gewicht sich unserer Beurteilung entzieht, nicht im stande sein, dieser unserer ehrerbietigsten Bitte zur Zeit zu willfahren, so müssten sich die Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising, jedoch nur unter ausdrücklicher Wahrung ihres sub I. entwickelten Rechtsstandpunktes, an die königliche Staatsregierung mit der weiteren dringendsten Bitte wenden:

„Hochdieselbe wolle bei Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzregenten Luitpold, als dem zur Gewährung derselben, gemäss § 26, 28 und 32 der II. Verfassungsbeilage, allein berechtigten Staatsoberhaupte, beantragen und befürworten, dass zunächst die in der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken, im Anschluss an die in Preussen, Baden und Hessen teils durch Gesetze, teils durch Verordnungen bereits seit fünfzehn Jahren bestehende Organisation der dortigen Altkatholiken, als eine eigene, von der römisch-katholischen Kirche unterschiedene öffentliche Religionsgesellschaft unter dem Namen „Altkatholische Kirche" anerkannt werden, — und zwar mit allen Rechten, welche nach Inhalt unserer einschlägigen Verfassungsbestimmungen den öffentlichen Kirchengesellschaften in Bayern zustehen."

Zu diesem Behuf legen wir, in Befolgung der Bestimmung in § 27 der II. Verfassungsbeilage, nachbezeichnete Aktenstücke zur höchsten und allerhöchsten Einsicht und Prüfung ehrerbietigst gehorsamst vor:

a) Leitfaden für den katholischen Religions-Unterricht an höheren Schulen. Herausgegeben im Auftrage der altkatholischen Synode. Bonn 1875; || b) Katholischer Katechismus. Herausgegeben im Auftrage der altkatholischen Synode. Bonn 1880; || c) Sammlung von kirchlichen und staatlichen Vorschriften für die altkatholischen Kirchengemeinschaften. Bonn 1887; — bemerken dabei jedoch ausdrücklich, dass wir Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising die von der V. Synode der Altkatholiken beschlossene Aufhebung des Zwangscölibats (s. die sub c angef. Sammlung S. 79 f.) nicht gebilligt haben, wie dem hohen Königlichen Staatsministerium aus unserer Eingabe vom 7. Juli 1878 bekannt ist, und dass wir demnach auch unser ferneres Verhalten in diesem Punkte einrichten werden. || Endlich fügen wir noch die feierliche Versicherung bei, dass wir, wie bisher, so auch in Zukunft, alle verfassungsmässigen Kirchenhoheitsrechte des Königs (Regenten), sowie alle staatlichen Gesetze und Verordnungen in Kirchensachen aufs gewissenhafteste anerkennen und beobachten werden.

Dem Einwande, welcher dem „Rechtsgutachten über die Frage der Anerkennung des altkatholischen Bischofs Dr. Reinkens in Bayern" (1874) in § 11 S. 16—18 entnommen werden möchte, — dass nämlich zur Anerkennung einer

Kirchengesellschaft als einer öffentlichen Korporation in Bayern ein Gesetz erforderlich sei, — hier eingehend zu begegnen, glauben wir aus dem Grunde unterlassen zu dürfen, weil seitdem in einer Reihe der besten neueren Werke über bayerisches und deutsches Staats- und Staatskirchenrecht die in dem genannten „Rechtsgutachten" geltend gemachten Gründe als durchaus unstichhaltig nachgewiesen worden sind, und weil in diesen Werken unsere Ueberzeugung, dass der König (Regent) von Bayern für sich allein und ohne Mitwirkung der Volksvertretung diese Aufnahme gewähren könne, ausführlich vertreten wird. Wir wüssten dem dort gesagten nichts beizufügen, als dass die in dem „Rechtsgutachten" vertretene Ansicht auf eine Schmälerung der verfassungsmässigen Rechte des Königs (Regenten) von Bayern hinauslaufen würde. — Es sei uns daher gestattet, auf die betreffenden Ausführungen in nachstehenden neueren Werken hinzuweisen:

a) „Das Staatsrecht des Königreichs Bayern" von Dr. Max Seydel (in Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. III (1888). S. 310 bes. Nr. 2 u. S. 311; || b) „Die Kirchenhoheitsrechte des Königs von Bayern" von Dr. E. Mayer (1884). S. 123 ff. bes. S. 136 Nr. 8. || c) „Die Kirchenhoheitsrechte des Königs von Bayern" von Dr. Aug. Reinhard (1884). S. 124 ff. bes. S. 128—29. || d) „Deutsches Kirchenrecht des 19. Jahrhunderts" von Prof. Dr. Thudichum Bd. I (1877). S. 346 ff. bes. S. 350 u. S. 353 ff. bes. S. 356—57. || e) „Allgemeine Darstellung der Verhältnisse von Staat und Kirche" von Prof. Dr. P. Hinschius (in Marquardsens Handbuch, I. Bd. (1883). S. 369 ff. bes. S. 370 Nr. 1.

Sollte indess die königliche Staatsregierung auch jetzt noch, bei völlig geänderter Sachlage, bezüglich der Anerkennung der Altkatholiken an der Rechtsansicht festhalten, dass es zur Aufnahme der altkatholischen Kirche als öffentliche Korporation der Form des Gesetzes, also der Zustimmung des Landtags, bedürfe, so bitten wir hochdieselbe dringendst, alsbald die Initiative zur Erlassung eines solchen Gesetzes ergreifen zu wollen, indem wir glauben, dass selbst unsere Gegner im Landtag, in Konsequenz ihrer öffentlichen Erklärungen, einem solchen Gesetz ihre Zustimmung nicht werden versagen können. || Zu dieser sub Ziffer II gestellten eventuellen Bitte können sich jedoch die Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising nur unter Zurückdrängung der allerschwersten Gewissens- und rechtlichen Bedenken entschliessen. Denn sie werden auch nach wohlwollendster Gewährung derselben das bittere Gefühl niemals ganz zu überwinden vermögen, dass sie nur auf Andringen einer erst in den letzten Jahrzehnten zur vollen Herrschaft innerhalb der grossen katholischen Kirche gelangten Partei aus der Kirche ihrer Väter hinausgedrängt worden sind.

III. Da sich endlich der gehorsamst unterfertigte Ausschuss einerseits der Einsicht nicht verschliessen kann, dass, — falls unsere erste Bitte (sub Ziffer I) nicht gewährt werden könnte, — die Gewährung der (sub Ziffer II) gestellten zweiten Bitte immerhin geraume Zeit in Anspruch nehmen wird,

Nr. 10340. Bayern. 27. März 1890.

namentlich dann, wenn der Weg der Gesetzgebung für erforderlich erachtet werden sollte, — und da andererseits die Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising in der Zwischenzeit und besonders in der gegenwärtigen Osterzeit des Gottesdienstes und der übrigen geistlichen Funktionen nicht entbehren können oder wollen, — so geht unsere letzte ehrerbietigste und inständigste Bitte dahin:

„Königliches Staatsministerium möge, nachdem unsere hierauf bezügliche Bitte vom 16. ds. laut der höchsten Entschliessung vom 24. lfd. Mts. nicht gewährt werden konnte, den Altkatholiken der Erzdiözese München-Freising provisorisch und bis zur Erfüllung ihrer sub Ziffer II gestellten Bitte die Eigenschaft einer Privatkirchengesellschaft mit möglichster Beschleunigung bei dem Staatsoberhaupt auswirken, damit diese, wenn auch zur Zeit nur eine bescheidene Minorität im Staate bildenden Katholiken ihren religiösen Ueberzeugungen und Pflichten ohne weitere Unterbrechung öffentlich nachleben können."

In der zuversichtlichen Hoffnung, hohes Königl. Staatsministerium, welches selbst wiederholt erklärt hat, dass es die Pflege der Religiosität und Sittlichkeit im Volke zu seinen schönsten und erhabensten Aufgaben zähle, werde unsere ehrerbietigsten Vorstellungen und Bitten geneigtester Prüfung unterziehen und baldmöglichst gnädig bescheiden, verharrt auch in gedrücktester Lage mit der Versicherung unwandelbarer Unterthanentreue eines Hohen Königlichen Staatsministeriums ehrerbietigst gehorsamster

Ausschuss des Bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.).

Nr. 10341. BAYERN. — Entschliessung des Königl. bayrischen Staatsministeriums für Kirchen- und Schulangelegenheiten. 2. April 1890*).

Nr. 10341. Bayern. 2. April 1890.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser, haben den in der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken die Rechte einer Privat-Kirchengesellschaft nach Massgabe der Bestimmungen des Religions-Edikts allergnädigst zu bewilligen geruht.

Dies wird dem Ausschuss des Bayerischen altkatholischen Landesvereins in München auf seine Vorstellung vom 27. v. M. zur Kenntnisnahme und Darnachachtung eröffnet. Dr. Frhr. v. Lutz.

Nr. 10342. BAYERN. — Erklärung der ausserordentlichen Generalversammlung des bayerischen altkatholischen Landesvereins. 9. April 1890.

I.

Erklärung.

Nr. 10342. Bayern. 9. April 1890.

1) Wir betrachten uns nach wie vor als Mitglieder und rechte Vertreter der in Bayern bis zum 18. Juli 1870 anerkannten katholischen Kirche. || 2) Wir

*) Diese Bewilligung wurde allmählich auf ganz Bayern ausgedehnt.

halten es für recht und billig, dass die Staatsgewalt, wenn sie die durch die vaticanischen Dekrete vom Jahre 1870 hervorgerufene Spaltung der bayerischen Katholiken auch für das staatliche Gebiet gelten lassen will, alsdann die altkatholische Minorität nicht ungünstiger behandle, als die römischkatholische Majorität. || 3) Demnach können wir die den Altkatholiken der Erzdiözese Münschen-Freising gemäss der Ministerial-Entschliessung vom 2. April angewiesene Stellung als Privatkirchengesellschaft nur als ein Provisorium betrachten. || 4) Unter Festhalten an diesem provisorischen Charakter ermächtigen und beauftragen wir unsern Ausschuss, in bezug auf die innere kirchliche Organisation diejenigen Massnahmen vorzubereiten, welche durch die höchste Entschliessung vom 2. April veranlasst sein könnten. || 5) Wir beauftragen endlich unsern Ausschuss, alle geeigneten gesetzlichen Schritte zu thun, damit die in der Eingabe desselben vom 27. März an das k. Staatsministerium gerichtete Bitte um Verleihung der Rechte einer öffentlichen Kirchengesellschaft allerhöchsten Ortes gewährt werden möge. Nr. 10342. Bayern. 9. April 1890.

Die ausserordentliche Generalversammlung
des bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.).

Nr. 10343. BAYERN. — Eingabe des Ausschusses des altkatholischen Landesvereins an das Königliche Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten. 18. Juli 1890.

Sonntag, den 13. lfd. Mts., waren Vertreter sämtlicher altkatholischen Gemeinden Bayerns hier anwesend, um mit den Mitgliedern des Ausschusses des bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.) über etwaige gemeinsame Schritte zu beraten, welche infolge unserer Anerkennung als Privatkirchengesellschaft notwendig geworden sein könnten. Hiebei waren unsere rechtskundigen Mitglieder einmütig der Ansicht, — weil wir seiner Zeit gemäss § 26 und 27 des Religions-Edikts u. a. auch die altkatholische Synodal- und Gemeindeordnung höchsten Ortes vorgelegt haben, nach welcher der von der Synode gewählte Bischof ein wesentlicher Bestandteil der altkatholischen Gemeinschaft ist, und weil unsere Anerkennung als Privatkirchengesellschaft „nach Massgabe der Bestimmungen des Religions-Ediktes“ erfolgt ist, — sei es ganz selbstverständlich, dass nunmehr auch der bezeichnete Bischof in Bayern alle ihm kraft unserer Synodal- und Gemeindeordnung zustehenden Rechte ausüben dürfe und dabei erforderlichen Falles, gemäss Art. 50 und 51 des Religions-Ediktes, den Schutz der Königl. Regierung finden müsse. || Dagegen wurde von einzelnen auswärtigen, nicht juristisch gebildeten Vertretern hervorgehoben, dass die höchste Entschliessung vom 2. April l. Js. so kurz abgefasst sei und zudem unserer ihr zu Grunde liegenden ehrerbietigsten Vorstellung vom 27. März nur gleichsam nebenbei gedenke, so dass es nicht undenkbar Nr. 10343. Bayern. 18. Juli 1890.

Nr. 10343. Bayern. 18. Juli 1890.

erscheine, unserem in Preussen, Baden und Hessen durch allerhöchste Patente anerkannten Bischof könnten in Bayern, wenn er in der nächsten Zeit hier kirchliche Funktionen ausüben will, durch äussere und untergeordnete Behörden Anstände und Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, welche seiner bischöflichen Würde durchaus unangemessen sein würden. Es sei daher Pflicht der bayerischen Altkatholiken, Vorsorge zu treffen, dass etwas derartiges von vornherein ausgeschlossen sei, und demnach von höchster Stelle eine ausdrückliche Erklärung zu erwirken, dass unser Bischof selbstverständlich berechtigt sei, alle ihm gemäss der Synodal- und Gemeindeordnung zustehenden Funktionen und Rechte eines katholischen Bischofs in bezug auf bayerische Altkatholiken auszuüben. || Infolge dieser, wenn auch nach dem bayerischen Staatsrecht unbegründeten, doch natürlichen Besorgnis mancher unserer Glaubensgenossen richten wir an Königl. Staatsministerium die ehrerbietigste Bitte, hochdasselbe möge in Form einer Entschliessung, welche jeden Zweifel von seiten untergeordneter Behörden ausschliesst und erforderlichenfalls als Beglaubigungsurkunde denselben gegenüber benutzt werden kann, aussprechen, es sei selbstverständlich, dass ein auf Grund der Synodal- und Gemeindeordnung erwählter Bischof (zur Zeit der hochwürdige Herr Dr. Joseph Hubert Reinkens, katholischer Bischof in Bonn) in bezug auf die bayerischen Altkatholiken alle jene Rechte und Funktionen ausüben kann, welche nach dem gemeinen Recht und unserer für Bayern anerkannten Synodal- und Gemeindeordnung einem katholischen Bischof zustehen. || Wir fügen die weitere ehrerbietigste Bitte hinzu, eine solche höchste Erklärung möge uns baldmöglichst zugestellt werden, damit unser Bischof in der, möglicherweise für die nächste Zeit beabsichtigten Vornahme kirchlicher Funktionen in Bayern — zunächst Spendung des Sakraments der Firmung — von keiner Seite behindert werden kann.

Ehrerbietigst gehorsamst

Der Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereines (a. V.).

Nr. 10344. BAYERN. — Entschliessung des Königl. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, gerichtet an den Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins. 8. August 1890.

Nr. 10344. Bayern. 8. Aug. 1890.

In Erwiderung der Vorstellung vom 18. Juli ds. Js. wird auf die Ministerialentschliessung vom 2. April l. Js. Nr. 4266, welche hinsichtlich der Altkatholiken in der Erzdiözese München-Freising erging und welche durch weitere Ministerialentschliessung vom 3. Mai d. J. Nr. 5611 auf die in der Erzdiözese Bamberg, sowie in den Diözesen Augsburg, Passau, Speyer und Würzburg wohnenden Altkatholiken ausgedehnt wurde, mit dem Beifügen verwiesen, dass nach Massgabe der §§ 33 ff. der II. Verfassungsbeilage der von der Synode zum Bischof Gewählte für die Königl.Staatsregierung lediglich als Privatperson in betracht

kommt und keine besonderen Vorzüge geniesst, sohin insbesondere auch nicht als befugt erscheint, die Insignien eines römisch-katholischen Bischofs zu tragen. Nr. 10344. Bayern. 8. Aug. 1890.

Dr. von Müller.

Der Generalsekretär
Ministerialrath Dr. von Giehrl.

Nr. 10345. BAYERN. — Der Ausschuss des Landesvereins an das Kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten. 26. Oct. 1890.

Nr. 10345. Bayern. 26. Oct. 1890.

Der ehrerbietigst gehorsamst unterzeichnete Ausschuss hat unterm 18. Juli l. J. an das hohe Königliche Staatsministerium die Bitte gestellt:

„Hochdasselbe möge in Form einer — jeden Zweifel ausschliessenden und erforderlichen Falls als Beglaubigungsurkunde zu benutzenden — Entschliessung aussprechen, es sei selbstverständlich, dass ein auf Grund der dem hohen Ministerium behufs provisorischer Anerkennung der bayerischen Altkatholiken als Privatkirchengesellschaft unterbreiteten Synodal- und Gemeindeordnung erwählter Bischof (zur Zeit der hochwürdige Herr Dr. Joseph Hubert Reinkens, katholischer Bischof in Bonn) in bezug auf die bayerischen Altkatholiken alle jene Rechte und Funktionen ausüben könne, welche nach dem gemeinen (katholischen) Kirchenrechte und unserer für Bayern anerkannten Synodal- und Gemeindeordnung einem katholischen Bischofe zustehen.“

Auf diese — zum Zwecke der Hintanhaltung von Anständen und Schwierigkeiten, welche durch die äusseren untergeordneten Behörden unserem Bischofe bei Vornahme kirchlicher Funktionen in Bayern etwa bereitet werden möchten, — von uns gestellte Bitte geruhte das hohe Königl. Staatsministerium durch Erlass vom 8. August lfd. Js. Nr. 9366 auf die Ministerial-Entschliessungen vom 2. April und 3. Mai zu verweisen, mit dem Beifügen, dass nach Massgabe der §§ 33 ff. der II. Verf.-Beilage der von der Synode zum Bischof Gewählte für die Königl. Staatsregierung lediglich als Privatperson in betracht komme und keine besonderen Vorzüge geniesse, sohin insbesondere auch nicht als befugt erscheine, die Insignien eines römisch-katholischen Bischofs zu tragen. || Dieser Ministerial-Erlass vom 8. August wurde von unserem Vorsitzenden alsbald vertraulich dem Herrn Bischofe Dr. Reinkens, dem gehorsamst unterzeichneten Ausschusse aber erst nach Ablauf der Ferienzeit zur Beratung und Beschlussfassung mitgeteilt, und zwar dem letzteren zugleich mit einem ausführlichen Anschreiben des genannten Herrn Bischofs, worin dieser schliesslich erklärt, dass er, nachdem dieser Erlass vorliege, keine Amtshandlungen in Bayern vornehmen könne, bevor er die Gewissheit habe, nicht Chikanen ausgesetzt zu sein. || Der Herr Bischof Dr. Reinkens hat nämlich den genannten Ministerial-Erlass in dem Sinne verstanden, dass es ihm darnach in Bayern nicht verstattet sein würde, auf Reisen mit denjenigen Abzeichen aufzutreten, deren er sich als der in Preussen, Baden und Hessen auch staatlich anerkannte

Nr. 10345. Bayern. 26. Oct. 1890.

Bischof der Altkatholiken wie jeder römisch-katholische Bischof bedienen dürfe, ja dass es ihm in Bayern sogar bei Vornahme kirchlicher Funktionen innerhalb der altkatholischen Kirchengebäude verwehrt werden würde, sich der bischöflichen Insignien (Mitra und Krummstab) zu bedienen. || Der gehorsamst unterfertigte Ausschuss war nun zwar, nach Kenntnisnahme des Ministerial-Erlasses, in seiner überwiegenden Mehrheit entschieden der Ueberzeugung, dass es nicht der wirkliche Sinn desselben und auch nicht die Absicht des hohen Königl. Staatsministeriums gewesen sein könne, unseren Bischof auf Reisen in Bayern oder bei Vornahme bischöflicher Funktionen in unseren Gotteshäusern Unannehmlichkeiten oder Chikanen auszusetzen, beziehungsweise ihn daran behindern zu wollen. || Da indessen der genannte Ministerial-Erlass, wenn man sich lediglich an seinen Wortlaut hält, immerhin in dem Sinne genommen werden kann, wie ihn der Herr Bischof Dr. Reinkens wirklich aufgefasst hat, so sieht sich der gehorsamst unterzeichnete Ausschuss veranlasst, an ein hohes Königl. Staatsministerium die ganz ergebenste Bitte zu stellen:

Hochdasselbe wolle gnädigst seinen Erlass vom 8. August dahin erläutern und die untergeordneten Behörden demgemäss anweisen, dass es unserem Bischofe auf Reisen in Bayern unverwehrt sei, sich der gewöhnlichen Abzeichen eines katholischen Bischofes (Tragen eines Kreuzes auf der Brust und eines Ringes am Finger u. dgl.) zu bedienen, sowie dass demselben die Befugnis zustehe, bei bischöflichen Funktionen innerhalb der altkatholischen Gotteshäuser sich der Insignien eines katholischen Bischofes (einer Inful und eines Stabes) zu bedienen.

Zur Stellung und Motivierung dieser ehrfurchtsvollen Bitte erscheint der gehorsamst unterzeichnete Ausschuss als Vertreter der Rechte und Interessen sämtlicher Altkatholiken Bayerns als befugt und erachtet sich dazu auch, behufs Hintanhaltung leicht möglicher Missverständnisse und dadurch bedingter unliebsamer Weiterungen, für verpflichtet. Es möge uns demnach gestattet sein, nachstehende Begründung unserer Bitte zur geneigtesten Prüfung und Würdigung einem hohen Königl. Staatsministerium zu unterbreiten. || Wie dem hohen Königl. Staatsministerium bekannt ist, wurde unser Herr Bischof Dr. Reinkens in Preussen, Baden und Hessen — also in mehr als zwei Dritteln von ganz Deutschland — als katholischer Bischof auch staatlich anerkannt, und ist derselbe mithin befugt, sich in diesen Staaten überall auf Reisen der gewöhnlichen Abzeichen seines Standes als eines katholischen Bischofes zu bedienen. || Da es nun unseres Wissens nach moderner völkerrechtlicher Praxis in keinem europäischen Staate den fremden Reisenden, in unserem Falle also z. B. den griechischen, armenischen, anglikanischen Bischöfen, verwehrt wird, sich der nach Recht, Gewohnheit oder Sitte ihres Heimatstaates ihnen zuständigen äusseren Abzeichen ihres Standes zu bedienen, so hat es dem hohen Königl. Staatsministerium bei seinem Verbote des Tragens der Insignien eines römisch-katholischen Bischofs sicherlich vollkommen ferne gelegen, unserem Bischofe das Tragen hergebrachter bischöflicher Abzeichen auf seinen Reisen in Bayern verbieten zu wollen, zumal sich ein solches Verbot im konkreten Falle auch

Nr. 10345. Bayern. 26. Oct. 1890.

mit Artikel 3 der deutschen Reichsverfassung schwerlich in Einklang bringen lassen dürfte. || Wir glauben also in dieser Beziehung einer gnädigen Gewährung unserer obigen Bitte mit vollkommener Zuversicht entgegensehen zu dürfen. || Der gehorsamst unterfertigte Ausschuss ist aber auch entschieden überzeugt, dass das hohe Königl. Staatsministerium durch seinen Erlass vom 8. August unserem Bischofe nicht verbieten wollte, bei Ausübung bischöflicher Funktionen innerhalb der altkatholischen Gotteshäuser sich der Insignien eines katholischen Bischofes zu bedienen. || Diese unsere Ueberzeugung findet ihre Begründung in den Bestimmungen des bayerischen Religions-Ediktes. || Die bayerischen Altkatholiken wissen wohl, dass sie, nachdem sie durch Ministerial-Erlass vom 2. April und 3. Mai lfd. Js. auf die Stufe einer blossen Privatkirchengesellschaft herabgedrückt worden sind, an den Rechten und Privilegien der römisch-katholischen Kirche in Bayern keinen Anteil haben, dass sie nicht mehr als Glieder einer öffentlichen Korporation, sondern lediglich als Privatkirchengesellschaft betrachtet werden, dass ihnen also die öffentliche Religions-Uebung in öffentlichen Kirchen, d. h. in Gebäuden, welche sich durch Glocken, Türme oder sonstige Auszeichnungen sofort für jedermann als öffentliche Kirchengebäude erkennbar darstellen (§ 34 und 35 des Rel.-Ed.), versagt ist, und dass ihre Geistlichen als solche keine besonderen Vorzüge (§ 36) und insbesondere nicht die Rechte und Achtung öffentlicher Beamten (§ 30) anzusprechen haben. || Aber andererseits sind sich die bayerischen Altkatholiken recht wohl bewusst, dass auch den blossen Privatkirchengesellschaften bestimmte Rechte, sogar ein begrenztes Recht der Autonomie in demselben Masse verfassungsmässig garantiert ist, wie den öffentlichen Kirchengesellschaften. Nach § 33 und 34 des Rel.-Edikts ist nämlich den Privatkirchengesellschaften „die freie Ausübung ihres Privat-Gottesdienstes," wozu „die Ausübung der ihren Religionsgrundsätzen gemässen Gebräuche" „in gewissen dazu bestimmten Gebäuden" sowohl, als auch „in den Privatwohnungen der Mitglieder" gestattet. Auch steht gemäss § 38 den Privatkirchengesellschaften in dem gleichen Masse wie den öffentlichen „die Befugnis zu, nach der Formel und der von der Staatsgewalt anerkannten Verfassung ihrer Kirche alle inneren Kirchenangelegenheiten anzuordnen," wozu insbesondere auch „die Form und Feier des Gottesdienstes" (lit. b), „die geistliche Amtsführung" (lit. c), „die Approbation und Ordination der Kirchendiener" (lit. f), „die Einweihung der zum Gottesdienste gewidmeten Gebäude und der Kirchhöfe" (lit. g) gehören. || Angesichts dieser klaren Verfassungsbestimmungen ist es uns unerfindlich, wie es unserem Bischofe sollte verboten werden wollen oder können, sich bei den functiones ordinis, also bei der Spendung der Firmung oder Einweihung einer Kirche — worauf sich nach Lage der Dinge seine Amtshandlungen in Bayern beschränken dürften (§ 12 der Synodal- und Gemeinde-Ordnung, s. Sammlung der kirchlichen und staatlichen Vorschriften für die altkatholischen Kirchengemeinschaften S. 3) — der Inful und des Hirtenstabes zu bedienen, da es nach unseren bekannten katholischen Grundsätzen zur „Form und Feier des Gottesdienstes" und zur

Nr. 10345. Bayern. 26. Oct. 1870.

„geistlichen Amtsführung" gehört, dass sich ein Bischof bei Vornahme genannter Pontifikalien der bischöflichen Insignien bedienen muss. Ein staatliches Verbot des Tragens von Insignien eines römisch-katholischen Bischofes durch unseren Bischof, selbst bei Vornahme von bischöflichen Funktionen innerhalb der altkatholischen Gotteshäuser, würde ja gleichbedeutend sein mit Nichtanerkennung der Altkatholiken als Privatkirchengesellschaft in Bayern. || Da nun aber die Altkatholiken zur Zeit wenigstens als Privatkirchengesellschaft anerkannt sind, und zwar auf Grund der Synodal- und Gemeindeordnung, welche wir seiner Zeit dem hohen Königl. Staatsministerium unterbreitet haben, und da unseres Wissens kein bayerisches Gesetz das Tragen von Inful und Stab zum ausschliesslichen Privileg der römisch-katholischen Bischöfe erklärt hat, so können auch die Worte des Ministerial-Erlasses vom 8. August — sollen sie nicht in Widerspruch geraten mit klarsten Verfassungsbestimmungen — nicht so verstanden werden, wie sie unser Herr Bischof verstanden hat. Wir geben uns daher der sicheren Ueberzeugung hin, dass ein hohes Königl. Staatsministerium seinem Erlasse vom 8. August keine solche Tragweite zu geben beabsichtigt habe, dass vielmehr nur gesagt werden wollte: der Bischof Dr. Reinkens habe dem Staate gegenüber keine besonderen Vorzüge in Anspruch zu nehmen, insbesondere also nicht die Rechte und die Achtung eines öffentlichen bayerischen Beamten; er dürfe die bischöfliche Amtskleidung (für den Gottesdienst) nicht öffentlich tragen und bischöfliche Funktionen nicht ausserhalb der altkatholischen Bethäuser vornehmen. — Unsere wiederholte Bitte geht also dahin:

Es wolle einem hohen Königl. Staatsministerium gefallen, seinen Erlass vom 8. August auch in diesem Punkte in einer befriedigenden Weise zu erläutern.

Wir sehen uns aber gerade infolge des Ministerial-Erlasses vom 8. August, welcher uns die Lage, in die wir lediglich aus politischen Gründen durch die höchsten Entschliessungen vom 15. März und 2. April lfd. Js. versetzt worden sind, in grellem Lichte erscheinen lässt, veranlasst, auf die in unserer Vorstellung vom 27. März lfd. Js., welche im Abdrucke wieder beizulegen uns verstattet sein möge, sub II ehrfurchtsvoll gestellte Bitte um Anerkennung als öffentliche Kirchengesellschaft zurückzukommen. Indem wir hiermit auf eine Erneuerung der daselbst sub I gestellten Bitte — obwohl wir deren Gewährung auch heute noch für allein dem Rechte entsprechend erachten müssen, — zur Zeit verzichten, erklären wir, dass es lediglich aus dem Grunde geschieht, weil wir unsererseits keinen Anlass zu neuen religiösen und politischen Streitigkeiten in Bayern geben, sondern um des lieben Friedens willen unter die vollendete Thatsache des von uns als ungerechtfertigt nachgewiesenen Ausschlusses aus der Kirche unserer Väter uns beugen wollen.

Eines hohen Königl. Staatsministeriums
ehrerbietigst gehorsamster Ausschuss des Bayerischen altkatholischen
Landesvereins (a. V.).

Nr. 10346. BAYERN. — Rundschreiben des Ausschusses an alle seine Vertrauensmänner. Rath an alle Altkatholiken, sich bei der Volkszählung als Katholiken zu bezeichnen. 13. Nov. 1890.

Nr. 10346. Bayern. 13. Nov. 1890.

Der Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins hat beschlossen, seinen Mitgliedern und überhaupt allen bayerischen Altkatholiken zu empfehlen, dass sie bei der am 1. Dezember ds. Js. stattfindenden allgemeinen deutschen Volkszählung sich in der Rubrik für das Religionsbekenntnis einfach als katholisch und nicht als altkatholisch eintragen. Die Gründe dieses Beschlusses sind in Kürze etwa folgende: Die thatsächlich vorhandene Scheidung zwischen den vatikanisch und den antivatikanisch gesinnten Katholiken des deutschen Reiches würde bei der Volkszählung nur dann richtig zum Ausdruck kommen, wenn die vatikanisch gesinnten Katholiken aufgefordert würden, sich ausdrücklich als solche oder mindestens als „römisch-katholisch" einzuzeichnen. In diesem Fall könnten wir für unsere Gesinnungsgenossen die Bezeichnung „Altkatholiken" uns ruhig gefallen lassen. Wir dürfen aber nicht selbst dazu beitragen, dass unseren Gegnern etwas zugestanden werde, was ihnen durch das Uebergewicht ihrer Zahl ohnehin schon so leicht gemacht ist, wozu sie aber keine innere Berechtigung haben, nämlich dass sie sich schlechtweg als die „Katholiken", uns aber als etwas anderes bezeichnen. Grundsätzlich muss der Anspruch festgehalten werden, dass zur Führung dieses Namens wir mindestens ein ebenso gutes Recht haben, als die vatikanisch oder römisch Gesinnten. — Aus solchen Erwägungen hat unser Bischof in früheren Jahren den Altkatholiken des deutschen Reiches empfohlen, bei der Volkszählung sich lediglich als „katholisch" zu bezeichnen. Wir bayerischen Altkatholiken haben keinen Grund uns von unseren ausserbayerischen Glaubensgenossen in dieser Frage zu scheiden. Der Umstand, dass die bayerische Staatsregierung uns die kirchenpolitischen Rechte der römischen Katholiken entzogen und uns dermalen nur als eine blosse Privatkirchengesellschaft anerkannt hat, benimmt unserem Anspruch, in kirchlichem Sinne Katholiken zu sein, nicht das mindeste. Zudem ist die Volkszählung ja keine speziell bayerische, sondern eine allgemein deutsche Einrichtung. Würden wir bayerischen Altkatholiken uns als „altkatholisch" einzeichnen, unsere ausserbayerischen Glaubensgenossen aber, wie sie ohne Zweifel auch in diesem Jahr mit grosser Mehrheit wieder thun werden, sich einfach „katholisch" nennen, so wäre die Folge, dass bei der Zusammenstellung der Zählungsergebnisse die Gesamtzahl nicht nur der bayerischen, sondern überhaupt der deutschen Altkatholiken viel kleiner erschiene, als sie in der That ist. — Der Ausschuss des Landesvereins wird an seine Vertrauensmänner in den auswärtigen bayerischen Kirchengemeinden ein Rundschreiben ähnlichen Inhalts richten.

Nr. 10347. BAYERN. — Das Cultusministerium an den Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins. Verbot, sich „Katholiken“ zu nennen. 19. Nov. 1890.

Nr. 10347. Bayern. 19. Nov. 1890.

Nach Mitteilungen öffentlicher Blätter hat der Ausschuss des Bayerischen altkatholischen Landesvereins beschlossen, seinen Mitgliedern und überhaupt allen bayerischen Altkatholiken zu empfehlen, dass sie bei der am 1. Dezbr. d. Js. stattfindenden allgemeinen deutschen Volkszählung sich in der Rubrik für das Religionsbekenntnis einfach als katholisch und nicht als altkatholisch eintragen.

Ein solches Vorgehen mochte für die bayerischen Altkatholiken in rechtlicher Beziehung keinem Bedenken unterliegen, solange sie trotz ihrer auf kirchlichem Gebiete eingenommenen Sonderstellung vom Staate noch als Angehörige der katholischen Kirche betrachtet worden sind. Nun ist aber auf die bezüglichen Anträge der bayerischen Herren Erzbischöfe und Bischöfe durch die Ministerial-Erlasse vom 15. März, 10. April und 25. Juli ds. Js. bezüglich sämtlicher in Bayern wohnender Altkatholiken ausgesprochen worden, dass dieselben seitens der Königl. Staatsregierung nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet werden. Zufolge der weiteren Ministerial-Entschliessungen vom 2. April und 3. Mai lfd. Js. sind dann den in den Erzdiözesen München-Freising und Bamberg, sowie in den Diözesen Augsburg, Passau, Speyer und Würzburg wohnenden Altkatholiken die Rechte einer Privatkirchengesellschaft nach Massgabe der Bestimmungen des Religions-Ediktes Allerhöchst verliehen worden. Die notwendige Folge davon ist, dass sich die in Bayern wohnenden Altkatholiken jetzt, sei es bei der Volkszählung oder einem anderen Anlasse nicht mehr als Katholiken bezeichnen dürfen. Denn in Uebereinstimmung mit dem Kirchenrechte kennt auch das bayerische Staatsrecht nur eine katholische Kirche, nämlich jene, welche von dem Papste und den mit ihm vereinigten Bischöfen geleitet wird, und nur die Mitglieder dieser kirchlichen Gemeinschaft, welcher die bayerischen Altkatholiken nach Obigem auch vor dem weltlichen Forum nicht mehr angehören, sind rechtlich befugt, sich als Katholiken oder katholisch zu bezeichnen. || Das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten glaubt hierüber gegenwärtige Eröffnung zu machen und für den Fall nicht entsprechender Darnachachtung auf die Verantwortung des Ausschusses des Bayerischen altkatholischen Landesvereines in dieser Sache nach allen ihren Richtungen hinweisen zu sollen.

Dr. v. Müller.

Der Generalsekretär
Ministerialrat Dr. von Giehr.

Da der Landesausschuss mit Rücksicht auf die am Schluss der höchsten Entschliessung ausgesprochene Warnung befürchten musste, die Nichtbefolgung

der ministerellen Weisung könne als Veranlassung dienen, um den bayerischen Altkatholiken die eben erst gewährten Rechte einer Privatkirchengesellschaft wieder zu entziehen, so beschloss er, sich dem höchsten Befehle zu fügen. Nr. 10347. Bayern. 19. Nov. 1890.

Nr. 10348. BAYERN. — Der Landesausschuss an das Königliche Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten. 25. Nov. 1890.

Nr. 10348. Bayern. 25. Nov. 1890.

In gehorsamster Erwiderung auf die höchste Entschliessung vom 19. lfd. Mts. Nr. 15703 betr. „Die Verhältnisse der Altkatholiken" beehren wir uns zunächst zu berichten, dass die derselben zu Grunde liegende Mitteilung öffentlicher Blätter richtig war. || Wir haben durch Rundschreiben vom 13. ds. Mts. unseren auswärtigen Mitgliedern und allen bayerischen Altkatholiken den Rat gegeben, bei der bevorstehenden allgemeinen deutschen Volkszählung in der Rubrik „Religionsbekenntnis" sich einfach als „katholisch" einzutragen und diesen Rat in der aus der ehrerbietigst angeschlossenen Beilage zu ersehenden Weise näher motiviert. || Aus diesen Motiven ergibt sich, dass es vor allem eine praktische Erwägung war, welche uns bestimmte, den angeführten Rat zu erteilen. Wir setzten voraus — was seither durch einen Erlass unseres Herrn Bischofs bestätigt worden ist —, dass die Altkatholiken in Preussen, Baden und Hessen auch in diesem Jahre wieder, wie bei früheren Volkszählungen, auf bischöfliche Aufforderung hin ihr Religionsbekenntnis einfach als „katholisch" bezeichnen würden. Von seiten des Reiches ist dies niemals beanstandet worden. — Wenn nun, sagten wir uns, — wir bayerischen Altkatholiken hievon abweichend uns als „altkatholisch" eintrügen, so würde offenbar in die Statistik des deutschen Reiches, für welche die Volkszählung ja zunächst bestimmt ist, ein falscher Faktor eingeführt, während, wenn alle Altkatholiken und alle römischen Katholiken sich lediglich als „katholisch" bezeichnen, bloss eine minder bedenkliche Ungenauigkeit entstünde. || Neben dieser praktischen Erwägung bestimmte uns zu unserem Rat aber auch noch folgende prinzipielle:

Der Begriff „katholisch" umfasst notorisch die beiden seit dem Jahre 1870 scharf geschiedenen Parteien innerhalb der katholischen Kirche, die Infallibilisten und die Anti-Infallibilisten. Solange nun die bayerischen Infallibilisten — ungeachtet der Verweigerung des Placet für die vatikanischen Dekrete des Jahres 1870 — sich schlechthin „katholisch" nennen dürfen, statt „vatikanisch- oder „neu-katholisch" oder wenigstens „römisch-katholisch", so lange, meinten wir, müsse es auch den Anti-Infallibilisten gestattet sein, sich des gleichen Ausdruckes „katholisch" (statt „altkatholisch") zu bedienen, zumal da es sich bei der Volkszählung nur um eine allgemeine Bezeichnung des Religionsbekenntnisses (nicht speziell der Kirchenangehörigkeit) handle. || Hieraus ergibt sich, dass uns bei unserem Rat jeder Gedanke einer Verletzung des bayerischen

Nr. 10348. Bayern. 25. Nov. 1890.

Staatsrechts ferne gelegen hat. || Nachdem aber nunmehr das Königl. Staatsministerium durch die höchste Entschliessung vom 19. ds. Mts. ausdrücklich erklärt hat, dass in Bayern die Bezeichnung „katholisch“ in den Volkszählungslisten nur gelten solle für die Mitglieder jener Kirche, welche von dem Papste und den mit ihm vereinigten Bischöfen geleitet wird, und dass wir demnach rechtlich nicht mehr befugt seien, uns dieser Bezeichnung zu bedienen, haben wir — jederzeit den Weisungen der weltlichen Obrigkeit Gehorsam leistend, soweit es mit unserem Gewissen vereinbar ist — alsbald unseren Mitgliedern durch ein neues (ebenfalls ehrerbietigst beigeschlossenes) Rundschreiben den Rat erteilt, bei der bevorstehenden allgemeinen deutschen Volkszählung sich in der Rubrik „Religionsbekenntnis“ als „altkatholisch“ einzuzeichnen.

Ehrerbietigst gehorsamst

Der Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereines (a. V.).

Nr. 10349. **BAYERN.** — Der Cultusminister an den Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins (a.V.) in München. 16. Mai 1891.

München, den 16. Mai 1891.

Nr. 10349. Bayern. 16. Mai 1891.

Auf die Vorstellung vom 26. Oktober v. J. wird eröffnet, dass das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten nicht in der Lage ist, hinsichtlich der rechtlichen Stellung des von der Synode zum Bischof Gewählten einen anderen als den in der Ministerial-Entschliessung vom 8. August v. J. Nr. 9366 gegebenen Bescheid zu erlassen, und dass sich dasselbe bei unverändertem Fortbestande der früheren Verhältnisse auch nicht veranlasst finden kann, der neuerlichen Bitte um Anerkennung der in der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken als einer öffentlichen Religionsgesellschaft eine weitere Folge zu geben.

Dr. von Müller.

Der Generalsekretär:
an dessen Statt
der Ministerialrat v. Zeitlmann.

Nr. 10350. **BAYERN.** — Vorstellung des Ausschusses an das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten. 24. Mai 1891.

München, den 24. Mai 1891.

Nr. 10350. Bayern. 24. Mai 1891.

Der gehorsamst unterfertigte Ausschuss hat in seiner heutigen Sitzung von höchster Ministerial-Entschliessung d. d. 16. lfd. Mts. Nr. 14547 Kenntnis genommen und zu seinem lebhaftesten Befremden und Bedauern daraus ersehen, dass das Hohe Königl. Staatsministerium, ungeachtet unserer wohlmoti-

vierten Vorstellung vom 26. Oktober v. Js., an seiner früheren Entschliessung vom 8. August auch heute noch festhält, so dass es also dem Bischofe der deutschen Altkatholiken nicht gestattet sein soll, bei uns in Bayern, selbst nicht innerhalb der altkatholischen Bethäuser, angethan mit den üblichen Insignien eines katholischen Bischofs bischöfliche Funktionen vorzunehmen. || In Befolgung auch dieses höchsten Verbotes haben wir unsern Herrn Bischof gebeten, die von ihm auf die Tage vom 28. und 30. Mai, 2. und 4. Juni anberaumte Spendung des hl. Sakramentes der Firmung in Bayern ohne die üblichen Insignien eines katholischen Bischofs vorzunehmen, falls er nicht vorziehen sollte, trotz der von den altkatholischen Eltern dringendst erhobenen Bitten die Spendung der hl. Firmung bis zur endgültigen Erledigung der Rechtsfrage hinauszuschieben. || Wir sehen uns nämlich dem Hohen Königl. Staatsministerium gegenüber zur Erklärung veranlasst, dass wir an der in unserer Vorstellung vom 26. Oktober entwickelten Rechtsauffassung festhalten und demgemäss die geeigneten Schritte thun werden, um derselben an Allerhöchster Stelle zur allergnädigsten Anerkennung zu verhelfen.

Nr. 10350. Bayern. 24. Mai 1891.

Ehrerbietigst gehorsamst

Der Ausschuss des Bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.).

Nr. 10351. BAYERN. — Eingabe des Ausschusses des bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.). 2. September 1891.

Allerdurchlauchtigster Prinz und Regent!

Allergnädigster Regent und Herr!

Im vollsten Vertrauen auf die Weisheit, Gerechtigkeitsliebe und das huldvolle Wohlwollen, womit Eure Königl. Hoheit die durch Gottes Vorsehung in Allerhöchstderen Hände gelegten Zügel der Regierung Bayerns seit fünf Jahren führen, wagt es der treugehorsamst unterfertigte Ausschuss, mit nachstehender Vorstellung und Bitte dem Throne Eurer Königl. Hoheit sich zu nahen. || Jene Katholiken Bayerns, welche teils aus religiösen, teils aus politischen Gründen den Julidogmen des Vatikanischen Konzils vom Jahre 1870 offenen Widerspruch entgegenzusetzen für ihre Gewissenspflicht erachteten, wurden zwanzig Jahre lang von der Königl. Staatsregierung, in Konsequenz der Verweigerung des Königl. Placets zur Verkündigung und zum Vollzuge jener neuen päpstlichen Glaubensdekrete, als vollberechtigte Glieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt, dann aber plötzlich, durch Ministerial-Entschliessung vom 15. März 1890, ihrer bisherigen Rechtsstellung entkleidet und vorübergehend sogar auf die Stufe von blossen Dissidenten herabgedrückt. || Auf ihre ehrfurchtsvolle Vorstellung und Bitte vom 27. März 1890 hin wurde indess den Altkatholiken durch Ministerial-Entschliessungen vom 2. April und 3. Mai 1890 eröffnet, dass Eure Königl. Hoheit ihnen die Rechte einer Privatkirchengesell-

Nr. 10351. Bayern. 2. Sept. 1891.

Nr. 10351. Bayern. 2. Sept. 1891.

schaft nach Massgabe der Bestimmungen des Religions-Edikts allergnädigst zu bewilligen geruht haben. Nach Erlangung dieser huldvollsten Anerkennung, wodurch Eure Königl. Hoheit Allerhöchstderen altkatholische Unterthanen zum allerehrerbietigsten Danke Sich verpflichtet haben, lag diesen ob, im Anschlusse an die bereits bestehende kirchliche Verfassung der übrigen Altkatholiken des deutschen Reiches ihre kirchliche Organisation durchzuführen. || Am 18. Juli 1890 richtete demnach der treugehorsamst unterzeichnete Ausschuss, in Vollziehung eines Beschlusses der Vertreter der altkatholischen Gemeinden Bayerns, an das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten die ehrerbietigste Bitte, es wolle zur Hintanhaltung von Anständen und Schwierigkeiten, welche etwa von seiten der äusseren untergeordneten Behörden der amtlichen Wirksamkeit des dermaligen altkatholischen Bischofs, Dr. Josef Hubert Reinkens, in Bayern bereitet werden könnten, in Form einer, jeden Zweifel ausschliessenden und nötigenfalls als Beglaubigungsurkunde zu benutzenden Ministerial-Entschliessung ausgesprochen werden, dass genannter Herr Bischof in bezug auf die bayerischen Altkatholiken alle jene Rechte und Funktionen ausüben könne, welche nach dem gemeinen katholischen Kirchenrechte und der auch für Bayern anerkannten altkatholischen Synodal- und Gemeindeordnung einem katholischen Bischofe zustehen. || Auf diese Bitte wurde indess dem treugehorsamst unterzeichneten Ausschusse durch Ministerial-Entschliessung vom 8. Aug. 1890 eröffnet: „dass nach Massgabe der §§ 33 ff. der II. Verf.-Beilage der von der Synode zum Bischof Gewählte für die Königl. Staatsregierung lediglich als Privatperson in betracht komme und keine besonderen Vorzüge geniesse, sohin insbesondere auch nicht als befugt erscheine, die Insignien eines römisch-katholischen Bischofs zu tragen.“ || Da der Schlusssatz dieser Ministerial-Entschliessung dahin verstanden werden konnte und von unserem Bischofe auch in dem Sinne aufgefasst wurde, dass es ihm darnach auf amtlichen Reisen in Bayern nicht gestattet sein würde, mit denjenigen Abzeichen aufzutreten, deren er sich, als der in Preussen, Baden und Hessen auch staatlich anerkannte Bischof, bedienen dürfe, ja dass es ihm in Bayern sogar bei Vornahme kirchlicher Funktionen innerhalb der altkatholischen Kirchengebäude verwehrt werden würde, sich der Insignien seines Amtes zu bedienen, so wendete sich der treugehorsamst unterzeichnete Ausschuss mittels ausführlich begründeter Eingabe vom 26. Oktober 1890 neuerdings an das Königl. Staatsministerium mit der Bitte um gnädigste Erläuterung seines Erlasses vom 8. August 1890 in dem Sinne, dass es unserem Bischofe unverwehrt sei, sich sowohl auf Reisen wie bei seinen amtlichen Funktionen innerhalb der altkatholischen Gotteshäuser der gewöhnlichen Abzeichen eines katholischen Bischofs zu bedienen. || Bei diesem Anlasse erneuerten wir aber auch die von uns schon am 27. März 1890 eventuell gestellte ehrerbietigste Bitte um Erwirkung der allerhöchsten Anerkennung der bayerischen Altkatholiken als einer öffentlichen Kirchengesellschaft. || Auf diese beiden Bitten erhielt jedoch der treugehorsamst unterzeichnete Ausschuss — nach Ablauf von fast sieben Monaten,

nämlich am 16. Mai lfd. Js. — die Antwort: Das Königl. Staatsministerium sei nicht in der Lage, hinsichtlich der rechtlichen Stellung des von der Synode zum Bischof Gewählten einen anderen als den in der Ministerial-Entschliessung vom 8. August 1890 gegebenen Bescheid zu erlassen, und es könne sich auch nicht veranlasst finden, der neuerlichen Bitte um Anerkennung der in der Erzdiözese München Freising wohnenden Altkatholiken als einer öffentlichen Religionsgesellschaft eine weitere Folge zu geben. || Eingedenk unserer christlichen Unterthanenpflicht, der weltlichen Obrigkeit allzeit schuldigen Gehorsam zu leisten, soferne dadurch nicht klares Gottesgebot verletzt wird, haben wir uns, trotz unserer Ueberzeugung von der rechtlichen Unhaltbarkeit des ministeriellen Standpunktes, dem Verbote des Ministeriums gefügt, indem wir unsern Herrn Bischof sofort baten, die von ihm auf dringenden Wunsch der Eltern einer grossen Anzahl altkatholischer Kinder auf Ende Mai und Anfang Juni dieses Jahres anberaumte Spendung des hl. Sakraments der Firmung entweder diesmal ohne die üblichen Insignien eines katholischen Bischofes vornehmen oder die Firmung bis zur endgültigen Erledigung der Rechtsfrage hinausschieben zu wollen. || Zu unserer lebhaften Freude hat sich unser Herr Bischof im Interesse der religiösen Kindererziehung sofort bereit erklärt, unsere Bitte im Sinne der ersten Alternative zu erfüllen, und hat derselbe demgemäss das hl. Sakrament der Firmung in Nürnberg, Passau, München und Kempten ohne Gebrauch von Mitra und Stab gespendet und damit auch eine eingehendere Visitation dieser Gemeinden verbunden. || Nachdem wir auf diese Weise unsere loyale Gesinnung neuerdings bethätigt haben, wollen uns Eure Königliche Hoheit huldvollst gestatten, freimütig auszusprechen und nachzuweisen, dass und warum wir die von dem Königl. Staatsministerium uns gegenüber festgehaltene Auslegung des Religions-Edikts als eine zutreffende nicht anzuerkennen vermögen, dass wir vielmehr in unserer ohnehin schon sehr eng begrenzten Rechtsstellung uns beeinträchtigt fühlen, ja dass wir befürchten, es möchte, bei konsequenter Durchführung der ministeriellen Auslegung des Religions-Edikts, der ganze Rechtsboden, auf den wir durch die Gnade Eurer Königlichen Hoheit gestellt worden sind, in völliges Schwanken geraten. || Zur Begründung dieser Behauptung und Befürchtung wollen Eure Königl. Hoheit uns allerhuldvollst verstatten, nachstehende Ausführungen der allergnädigsten Kenntnisnahme und wohlgeneigten Würdigung zu unterbreiten:

1) Als wir infolge der Ministerial-Entschliessung vom 15. März 1890 kurz vor Ostern vorigen Jahres unseren Gottesdienst in der durch freiwillige Beiträge — zu deren Sammlung uns sogar die allerhöchste Ermächtigung erteilt worden war — erbauten kleinen Kirche dahier (Kaulbachstr. 47) einstellen mussten, da baten wir in unserer wirklichen Gewissensbedrängnis das Königl. Staatsministerium, dieses wolle für den Fall, dass unsere Bitte um Zurücknahme der Ministerial-Entschliessung vom 15. März oder doch um allerhöchste Anerkennung der Altkatholiken Bayerns als einer öffentlichen Kirchengesellschaft für den Augenblick nicht sollte gewährt werden können, wenigstens die

Nr. 10351. Bayern. 2. Sept. 1891.

provisorische Anerkennung als Privatkirchengesellschaft bei Eurer Königlichen Hoheit erwirken. || Zu letzterem Behufe legten wir in Befolgung der §§ 26 und 27 der II. Verf.-Beilage dem Königl. Staatsministerium unter anderm auch die „Synodal- und Gemeindeordnung der Altkatholiken des deutschen Reiches," an deren Organisation nunmehr uns vollständig anzuschliessen wir durch die neue Sachlage gewiesen waren, zur Einsichtnahme und Prüfung vor.

2) Nachdem wir Altkatholiken auf Grund dieser, unsere „Glaubensformeln und unsere innere kirchliche Verfassung" enthaltenden Synodal- und Gemeindeordnung von Eurer Königl. Hoheit als Privatkirchengesellschaft aufgenommen worden waren, mussten wir erwarten, dass es nunmehr unserm Bischofe nicht verwehrt sein würde, innerhalb unserer Gotteshäuser im herkömmlichen bischöflichen Ornate alle jene bischöflichen Funktionen für die bayerischen Altkatholiken vorzunehmen, welche gemäss §§ 5 und 12 der genannten Syn.- und Gem.-Ordnung zum Amtskreise eines katholischen Bischofs gehören. || Denn die §§ 33 und 34 der II. Verf.-Beilage garantieren ja den Privatkirchengesellschaften „die freie Ausübung ihres Privatgottesdienstes," sowie „die Ausübung der ihren Religionsgrundsätzen gemässen Gebräuche" bei den gottesdienstlichen Zusammenkünften, — und nach § 38 kommt auch jeder genehmigten Privatkirchengesellschaft die Befugnis zu, nach der Formel und der von der Staatsgewalt anerkannten Verfassung ihrer Kirche alle inneren Kirchenangelegenheiten anzuordnen, wozu unter andern Gegenständen auch die „Form und Feier des Gottesdienstes" gehört.

3) Durch die Ministerial-Entschliessungen vom 8. Aug. 1890 und 16. Mai 1891 wurden jedoch wir Altkatholiken dahin bedeutet, dass unser Bischof nicht einmal innerhalb der altkatholischen Gotteshäuser als befugt erscheine, die Insignien eines römisch-katholischen Bischofs zu tragen. — Das Königl. Staatsministerium glaubt diese Entscheidung aus § 36 des Rel.-Edikts folgern zu können, wornach die Geistlichen der Privatkirchengesellschaften „als solche keine besonderen Vorzüge geniessen." Wir aber erblicken in diesem ministeriellen Verbote des Tragens von Insignien eines katholischen Bischofes durch unseren Herrn Bischof, sogar bei Vornahme bischöflicher Funktionen innerhalb unserer Gotteshäuser, eine mit dem Wortlaute und mit dem Geiste unseres Rel.-Edikts unvereinbare Beeinträchtigung unserer dermaligen Rechtsstellung in Bayern.

4) Da nämlich gemäss §§ 33, 34 und 38 des Rel.-Edikts den Altkatholiken als einer von Eurer Königlichen Hoheit genehmigten Privatkirchengesellschaft die freie Ausübung ihres Privatgottesdienstes, die Ausübung der ihren Religionsgrundsätzen gemässen Gebräuche, die Anordnung aller inneren Kirchenangelegenheiten, insbesondere auch der Form und Feier des Gottesdienstes und der geistlichen Amtsführung, gewährleistet ist, so darf aus § 36 nie und nimmermehr die Folgerung hergeleitet werden, welche das Königl. Staatsministerium daraus gezogen hat. Denn welche Bedeutung können die erwähnten §§ 33, 34 und 38 des Rel.-Edikts haben, wenn die Geistlichen

der Privatkirchengesellschaften bei Ausübung kirchlicher Funktionen innerhalb ihrer Gotteshäuser oder bei öffentlichen Begräbnissen u. s. w. sich hüten müssten, einer Amtstracht sich zu bedienen, welche zur Zeit auch von Geistlichen der öffentlichen Kirchengesellschaften getragen wird? || Bei solcher Auffassung der Bestimmung des § 36 hätten die in den §§ 33, 34 und 38 enthaltenen Einräumungen offenbar geringen Werth, ja diese würden speziell uns Altkatholiken gegenüber geradezu illusorisch, weil wir als solche auf die hergebrachten katholischen Formen der Feier des Gottesdienstes und der Sakramentenspendung aus guten Gründen hohen Wert legen, wenn wir auch recht wohl wissen, dass die Gültigkeit des heiligen Messopfers, des Sakraments der Firmung und der übrigen Sakramente und Sakramentalien nicht von dem äusseren Ornate des Geistlichen abhängt.

5) Indem das Königl. Staatsministerium unserm Herrn Bischofe das Recht abspricht, sich in Bayern der Insignien eines römisch-katholischen Bischofes zu bedienen, setzt es sich ferner in Widerspruch insbesondere zu § 38 lit. h und § 39 des Rel.-Edikts, wornach auch den Privatkirchengesellschaften „die Ausübung der Gerichtsbarkeit in rein geistlichen Sachen, nämlich des Gewissens oder der Erfüllung der Religions- und Kirchenpflichten nach ihren Dogmen, symbolischen Büchern und darauf gegründeten Verfassung“, und „den kirchlichen Obern, Vorstehern oder ihren Repräsentanten das allgemeine Recht der Aufsicht mit den daraus hervorgehenden Wirkungen zukömmt, damit die Kirchengesetze befolgt, der Kultus diesen gemäss aufrechterhalten, der reine Geist der Religion und Sittlichkeit bewahret und dessen Ausbreitung befördert werde.“

Die deutschen Altkatholiken haben oft und feierlich erklärt, dass sie, im Gegensatze zu den vatikanischen Neuerungen, am alten Glauben und an der alten Verfassung der katholischen Kirche festhalten. Wie soll ihnen aber — so dürfen wir wohl fragen — die Behauptung dieses ihres Standpunktes in Bayern möglich sein, wie soll insbesondere die von dem erlauchten Geber unserer Verfassung selbst gewollte Aufrechterhaltung des Kultus nach den Kirchengesetzen, die Bewahrung des reinen Geistes der Religion und Sittlichkeit, sowie die Beförderung seiner Ausbreitung von den Privatkirchengesellschaften, hier von uns, erzielt werden können, wenn ihren Geistlichen, hier unserm Bischofe, trotz allerhöchster Anerkennung als einer Privatkirchengesellschaft, von seiten des Königl. Staatsministeriums sollte verboten werden dürfen, als katholischer Bischof, bekleidet mit den äusseren Abzeichen seiner bischöflichen Autorität, innerhalb der altkatholischen Gotteshäuser seines Amtes zu walten! Wir unterlassen es aus Ehrfurcht vor Eurer Königlichen Hoheit, uns näher darüber zu verbreiten, welchen Eindruck das in Rede stehende ministerielle Verbot auf Allerhöchstderen altkatholische Unterthanen und selbst auf zahlreiche Andersdenkende gemacht hat, die mit uns der Ueberzeugung sind, dass die vom Königl. Staatsministerium aus § 36 des Rel.-Edikts abgeleitete Folgerung, konsequent durchgeführt, zur Vernichtung der verfassungs-

Nr. 10351. Bayern. 2. Sept. 1891.

mässig garantierten Kultusfreiheit der Privatkirchengesellschaften führen müsste. Denn aus demselben Grunde, aus welchem unserm Bischofe das Anlegen bischöflicher Insignien verboten wird, könnte und müsste ja auch jedem einfachen altkatholischen Geistlichen das Tragen von Messgewändern und anderen Abzeichen priesterlicher Würde verboten werden.

6) Da aber eine solche Auslegung des § 36, im Zusammenhalte mit den die Kultusfreiheit innerhalb der Gotteshäuser und Privatwohnungen so unzweideutig anerkennenden anderen Paragraphen des Rel.-Edikts als absurd erscheint, so können unter den „besonderen Vorzügen," deren sich die Geistlichen der Privatkirchengesellschaften nicht zu erfreuen haben sollen, offenbar nur diejenigen verstanden werden, welche im § 30 des Rel.-Edikts und in anderen Verfassungsbestimmungen, zum Beispiel in Titel V § 5 Abs. 2 der Verf.-Urkunde mit § 67 des Rel.-Edikts, in Titel IX § 1 Abs. 2, in Titel VI § 2 Z. 3 und 5 der Verf.-Urk. als staatsrechtliche Privilegien der Geistlichen der öffentlichen Kirchengesellschaften hervorgehoben sind, nicht aber auch das zu den inneren Kirchenangelegenheiten gehörige Tragen von bestimmten Abzeichen priesterlicher oder bischöflicher Würde und Amtsvollmacht. || Ist aber die im Vorstehenden von uns kurz entwickelte Auffassung der einschlägigen Bestimmungen des bayerischen Rel.-Edikts die richtige, weil dem Wortlaute und dem Geiste desselben allein entsprechende, so dürfte auch unsere allerehrfurchtsvollste Bitte vollkommen gerechtfertigt sein, welche dahin geht:

> Eure Königliche Hoheit wolle Sich allergnädigst bewogen finden, dem Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zu befehlen, dass der altkatholischen Kirchengesellschaft in Bayern gemäss §§ 33, 34, 38 und 39 des Religions-Edikts die freie und ungehinderte Ausübung ihres Kultus zu verstatten sei.

Die altkatholischen Unterthanen Eurer Königlichen Hoheit werden zwar zunächst mit ehrerbietigstem Danke eine allergnädigste Gewährung vorstehender Bitte entgegennehmen; allein sie halten sich auch für berechtigt, durch unsere Vermittelung die weiter gehende allerunterthänigste Bitte um huldvolle Anerkennung der altkatholischen Kirchengesellschaft als einer öffentlichen Korporation, nach Massgabe der §§ 28 ff. des Rel.-Edikts, unmittelbar an den Stufen des Thrones Eurer Königlichen Hoheit niederzulegen, nachdem sie mit dieser Bitte vom Königl. Staatsministerium wiederholt abschlägig beschieden worden sind.

Wollen Eure Königliche Hoheit verstatten, dass wir die hauptsächlichen Gründe, welche uns zu dieser Bitte bewegen und uns deren allergnädigste Gewährung erhoffen lassen, allerunterthänigst darlegen. || Eure Königliche Hoheit haben in Allerhöchstderen Handschreiben vom 11. März l. J., als vom gleichen Geiste religiöser Toleranz erfüllter Nachkomme des erlauchten Gebers der Verfassungs-Urkunde und des Begründers des modernen paritätischen Rechtsstaates Bayern, ausgesprochen, dass Allerhöchstdieselben auf Erhaltung des Friedens der Konfessionen im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt und Moral das grösste Gewicht legen. || Zur Erreichung dieses erhabenen Zieles, welches

Nr. 10351. Bayern. 2. Sept. 1891.

Eure Königliche Hoheit vor Augen haben, würde die allergnädigste Gewährung der Bitte, welche wir, als Vertreter der Rechte und Interessen sämtlicher bayerischen Altkatholiken und in Vollziehung eines Auftrages der Generalversammlung des altkatholischen Landesvereines vom 19. März 1890, sowie einer Delegiertenversammlung vom 13. Juli 1890, zu stellen wagen, wesentlich beitragen. Denn solange eine, zwar äusserlich und der Zahl nach anscheinend geringe, aber wegen der von ihr vertretenen Prinzipien doch nicht ganz zu verachtende Minorität des getreuen Bayernvolkes sich in ihren religiösen Rechten tief verletzt erachten muss, kann von einem wahren Frieden der Konfessionen im Lande nicht die Rede sein. || Wir fühlen uns verpflichtet, Eurer Königlichen Hoheit gegenüber in allerunterthänigster Ehrfurcht, aber auch mit jener freimütigen Offenheit, welche die Herrscher aus dem Hause Wittelsbach von ihren allezeit getreuen Unterthanen erwarten dürfen, es auszusprechen, dass die altkatholischen Unterthanen durch die Ministerial-Entschliessung vom 15. März 1890 in ihren heiligsten Gefühlen aufs tiefste gekränkt worden sind. || Auf Beschuldigungen des Kapitular-Vikariats der Erzdiözese München-Freising hin, welche das Königl. Staatsministerium als sofort „liquid" erachtet hat, wurden die altkatholischen Unterthanen Eurer Königlichen Hoheit, ohne dass ihnen vorher auch nur die Möglichkeit geboten worden ist, die völlige Grund- und Haltlosigkeit jener Anschuldigungen nachzuweisen, auch staatlicherseits aus der Kirche ihrer Väter ausgeschlossen! || Mussten wir diese Ausschliessung, welche aus Gründen erfolgte, die, wenn sie überhaupt in Wahrheit vorhanden, schon zwanzig Jahre früher die über uns verhängte Massregel erheischt hätten, einerseits als eine materielle Ungerechtigkeit empfinden, so war andrerseits die, unter Ausserachtlassung des obersten Grundsatzes aller und jeder Rechtspflege, nämlich des „audiatur et altera pars", erfolgte Art und Weise des ministeriellen Vorgehens nicht geeignet, die in den Herzen der Altkatholiken erregte Bitterkeit über die Härte dieses Aktes der Kirchenpolitik zu mildern. || Eure Königliche Hoheit haben nun zwar alsbald den Altkatholiken die Rechtsstellung einer Privatkirchengesellschaft einzuräumen geruht und uns dadurch die Erreichung unserer religiösen Zwecke, freilich nur innerhalb eines sehr engen, durch unser bayerisches Religions-Edikt gezogenen Rahmens ermöglicht; wir vermögen uns jedoch dadurch keineswegs als entschädigt zu erachten für den schweren Verlust, den wir durch die staatliche Ausschliessung aus derjenigen katholischen Kirche erlitten haben, welcher wir bis zum 15. März des Jahres 1890 als vollberechtigte Mitglieder angehört haben. || Die Altkatholiken waren sich von Anbeginn ihrer offenen Opposition gegen die vatikanischen Neuerungen des Jahres 1870 der Konsequenzen dieses ihres Verhaltens dem römischen Papsttum gegenüber wohl bewusst und aus Gewissenspflicht, welche auf ihrer religiösen Ueberzeugung beruhte, auch entschlossen, dieselben in Hoffnung auf einen nach dem Gange der bisherigen Kirchengeschichte nicht unmöglichen Umschwung der Dinge innerhalb der katholischen Kirche standhaft zu ertragen. Dass sie aber auch

Nr. 10351. Bayern. 2. Sept. 1891.

von einer Staatsregierung, welche selber in den vatikanischen Neuerungen des Jahres 1870 eine grosse Gefahr für den modernen paritätischen Rechtsstaat erblickt und dies auch wiederholt und feierlich erklärt hat, ihrer seit zwanzig Jahren innegehabten Rechtsstellung entkleidet werden würden, das konnten die Altkatholiken nicht erwarten. || Allerdings hat die Königl. Staatsregierung ihre den Altkatholiken gegenüber zwei Jahrzehnte hindurch beobachtete Kirchenpolitik nicht wegen unserer Bestreitung der vatikanischen Dekrete, sondern wegen vermeintlicher Leugnung auch anderer, allgemein anerkannter Dogmen der römisch-katholischen Kirche geändert. Der treugehorsamst unterzeichnete Ausschuss hat aber in seiner an das Königl. Staatsministerium gerichteten Eingabe vom 27. März 1890 den unseres Erachtens unanfechtbaren Nachweis geliefert, dass dessen Entscheidung vom 15. März auf haltloser Grundlage beruht, und hat darum konsequenterweise auch in erster Linie um Zurücknahme der verfügten Massregel gebeten. Derselbe Ausschuss hat jedoch zugleich einen Beweis für die Friedensliebe der altkatholischen Unterthanen dadurch geliefert, dass er, in Berücksichtigung der eigentümlichen und für die Königl. Staatsregierung bei Erlass ihrer Entscheidung vom 15. März vermutlich ausschlaggebenden politischen Lage des Landes, in zweiter Linie die Bitte um Erwirkung der allerhöchsten Anerkennung der Altkatholiken als einer eigenen, von der römisch-katholischen Kirche unterschiedenen öffentlichen Religionsgesellschaft unter dem Namen „Altkatholische Kirche“ gestellt hat. Und als diese Bitten vom Königl. Staatsministerium abschlägig beschieden waren, haben wir in unserer Vorstellung vom 26. Oktober 1890 nur die zweite Bitte erneuert und dabei erklärt, dass wir lediglich um des lieben Friedens willen auf Wiederholung der ersten Bitte verzichten und unter die vollendete Thatsache des von uns als ungerechtfertigt nachgewiesenen Ausschlusses aus der Kirche unserer Väter uns beugen wollten. || Wenn wir nunmehr, nach wiederholter Abweisung von seiten des Königl. Staatsministeriums, und nachdem wir uns auch dessen oben schon besprochenem Verbote gehorsam erwiesen haben, zu Eurer Königlichen Hoheit, als dem Inhaber der Kirchenhoheit selber, unsere Zuflucht zu nehmen wagen, so dürften wir gegen den Vorwurf, als wollten wir den religiösen Frieden des Landes stören, vor den gerechten Augen Eurer Königlichen Hoheit von vorneherein gesichert sein. Möchten Eure Königliche Hoheit vielmehr in der Beharrlichkeit, mit welcher wir unsere allerehrerbietigste Bitte um Anerkennung als öffentliche Kirchengesellschaft in Bayern zu erneuern wagen, nichts anderes erblicken, als die Bethätigung des nach gerechter Würdigung ihrer religiösen und politischen Ueberzeugungen ringenden, verletzten Rechtsbewusstseins einer nicht zu verachtenden Anzahl gehorsamer und getreuer Unterthanen! || Mit den übrigen deutschen Altkatholiken halten auch wir bayerische in kirchlicher Beziehung fest an den Satzungen und Gebräuchen der alten katholischen Kirche, insbesondere an der durch die vatikanischen Dekrete nach unserer Auffassung im Prinzip vernichteten göttlichen Berechtigung des Episkopates, und in politischer Richtung werden wir

nie und nimmermehr die durch die Konsequenzen jener neuen Glaubensdekrete verlangte Ueberordnung der päpstlichen Gewalt über die Staatsgewalt als Lehre Christi anerkennen. || Daneben halten wir allerdings gar manche unwesentliche Einrichtungen der katholischen Kirche für reformbedürftig und sind auf Abstellung von Missbräuchen bedacht, welche selbst von berühmten Theologen der römisch-katholischen Kirche oftmals als solche bezeichnet worden sind. || Eure Königliche Hoheit werden es uns daher nicht verargen, wenn wir bestrebt sind, eine analoge Stellung zu gewinnen mit derjenigen, welche wir bis zum 15. März 1890 in Bayern thatsächlich und rechtlich besessen haben, — eine Rechtsstellung, deren sich auch die von der römisch-katholischen Kirche doch ganz anders als wir verschiedene protestantische Kirche seit Beginn unseres Jahrhunderts in Bayern zu erfreuen hat, während unsere dermalige rechtliche Lage eine höchst prekäre ist. Mussten wir es doch, neben der oben schon beklagten ministeriellen Einschränkung unserer Kultusfreiheit, in jüngster Zeit erleben, dass eine Strafkammer des Münchener Landgerichtes die durch ein bekanntes Pressorgan verübten schweren Beleidigungen unseres Bischofes, ja selbst Verhöhnungen unserer Sakramente und unseres Kultus, unter anderen Gründen schon deshalb ausser Verfolgung setzte, weil der Thatbestand eines Vergehens in Beziehung auf die Religion nach § 166 des deutschen Strafgesetzbuches nicht gegeben sei, indem die bayerischen Altkatholiken keine mit Korporationsrechten bestehende Religionsgesellschaft seien, sondern nur die Rechte einer Privatkirchengesellschaft besässen!*)

Eure Königliche Hoheit werden daraus ersehen, welch geringen Rechtsschutz die allergnädigst verliehene Aufnahme als einer blossen Privatkirchengesellschaft den bayerischen Altkatholiken gewährt. || Unsere ehrfurchtsvollste Bitte dürfte aber ausserdem im Hinblicke auf die Bundesstaaten Preussen, Baden und Hessen, in welchen die Altkatholiken mit den vatikanischen Katholiken sogar hinsichtlich des Kirchenvermögens rechtlich vollkommen gleichgestellt sind, ja selbst im Vergleiche mit der Rechtsstellung der Altkatholiken im Kaisertum Oesterreich, wo diese auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1874 als besondere öffentliche Religionsgesellschaft sich konstituieren durften, als eine vollberechtigte erscheinen. Die Nachwelt würde es noch weniger als die unbefangen urteilende Mitwelt verstehen, wenn gerade in Bayern, von wo die altkatholische Bewegung ihren Ausgang genommen hat, die Altkatholiken dauernd gehindert würden, ihren Kultus als öffentliche Religionsgesellschaft unter dem Schutze der Gesetze des Staates auszuüben. || Dass Eure Königliche Hoheit, als unbeschränkter Inhaber der Kirchenhoheit, allein und ohne Mitwirkung des Landtages zur Gewährung unserer allerehrfurchtsvollsten Bitte

*) Ueber die hier kurz berührte Verhandlung vor dem Münchener Landgericht und deren Veranlassung ist im „Deutschen Merkur“ 1891 Nr. 14, 15 und 16, sowie auch in einer besonderen, in der königl. Hof- und Universitätsbuchdruckerei von Dr. C. Wolf und Sohn gedruckten Broschüre, betitelt „Die Rechtsverhältnisse der bayerischen Altkatholiken“, ausführlich berichtet. Anm. d. Red.

Nr. 10351. Bayern. 2. Sept. 1891

berechtigt seien, haben wir bereits in unserer Eingabe vom 27. März 1890, auf welche Bezug zu nehmen uns verstattet sein möge, eingehend nachgewiesen. Sollten aber Eure Königliche Hoheit hiezu den Weg der Gesetzgebung für erforderlich erachten, so geht unsere treugehorsamste Bitte dahin:

Eure Königliche Hoheit wollen allergnädigst geruhen, dem Königl. Staatsministerium zu befehlen, dem bevorstehenden Landtage einen die Anerkennung der Altkatholiken als einer öffentlichen Religionsgesellschaft bezweckenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Mit der zuversichtlichen Hoffnung, dass Eure Königliche Hoheit, in gerechter und wohlwollender Erwägung der gedrückten Lage, in welcher sich die altkatholischen Unterthanen des Landes zur Zeit befinden, unsere Bitten der allergnädigsten Erhörung für würdig erachten werden, verharrt in unwandelbarer Treue und Anhänglichkeit

München, den 2. September 1891.

Eurer Königlichen Hoheit
allerunterthänigst treugehorsamster
Ausschuss des Bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.).

Nr. 10352. BAYERN. — Der Cultusminister an den Ausschuss des bayerischen altkatholischen Landesvereins in München. 11. Okt. 1891.

München, den 11. Oktober 1891.

Nr. 10352. Bayern. 11. Okt. 1891.

Die Einsicht und Prüfung der Vorstellung, mit welcher sich der Ausschuss des Bayerischen altkatholischen Landesvereins unterm 2. v. Mts. unmittelbar an Seine Königliche Hoheit den Prinzregenten wendete, hat ergeben, dass den darin gestellten Bitten eine Berücksichtigung beziehungsweise Vertretung seitens des Königl. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten nicht zu teil werden kann. || Dies gilt vor allem von der erst an zweiter Stelle vorgetragenen, ihrem Inhalte nach aber über die als erste zum Ausdruck gebrachte weit hinausgehenden Bitte, mit welcher der Ausschuss des Bayerischen altkatholischen Landesvereins auf sein früheres Gesuch um Anerkennung der altkatholischen Kirchengesellschaft als einer öffentlichen Korporation nach Massgabe der §§ 28 ff. des Religionsediktes zurückgekommen ist. Was zur Begründung dieser Gesuchserneuerung vorgebracht wurde, vermag dem Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten keine ausreichende Veranlassung zu bieten, von seiner bisher eingenommenen ablehnenden Haltung in dieser Frage abzugehen. || Aber auch die andere, in der eingangs erwähnten Vorstellung enthaltene Bitte kann in dem Sinne, in welchem sie gestellt ist, als erfüllbar nicht betrachtet werden. Dieselbe geht dahin, Seine Königliche Hoheit der Prinzregent möchten Sich allergnädigst bewogen finden, zu befehlen, dass der altkatholischen Kirchengesellschaft in Bayern gemäss §§ 33, 34, 38 und 39 des Religionsediktes die freie und ungehinderte Ausübung ihres Kultus zu verstatten sei. || Nach der

Nr. 10352. Bayern. 11. Okt. 1891.

Motivierung, welche diesem ganz allgemein gefassten Petitum vorausgeschickt ist, erachten sich die durch den Ausschuss des Bayerischen Landesvereins vertretenen Altkatholiken in der freien Ausübung ihres Kultus zur Zeit um des willen behindert, weil in der Ministerial-Entschliessung vom 8. Aug. v. J. Nr. 9366 ausgesprochen worden ist, dass der von der Synode zum Bischof Gewählte nicht als befugt erscheint, die Insignien eines römisch-katholischen Bischofs zu tragen. Dieser Ausspruch wird für unvereinbar mit den Bestimmungen des Religionsediktes gehalten, weil dieses in den §§ 33, 34, 38 und 39 den Privatkirchengesellschaften die freie Ausübung ihres Gottesdienstes und der ihren Religionsgrundsätzen gemässen Gebräuche gestatte und denselben, wie den öffentlichen Kirchengesellschaften, die Befugnis einräume, die Form und Feier des Gottesdienstes nach ihren Religionsgrundsätzen und ihrer Verfassung anzuordnen. Die staatliche Anerkennung der Altkatholiken als Privatkirchengesellschaft sei nach bethätigter Vorlage der Synodal- und Gemeindeordnung der Altkatholiken des deutschen Reiches erfolgt, und in der letzteren seien dem von der Synode zum Bischofe Gewählten Funktionen zugewiesen, welche nach den Religionsgrundsätzen der Altkatholiken im herkömmlichen bischöflichen Ornate vorzunehmen seien. || Dem gegenüber ist zu betonen, dass die II. Beilage zur Verfassungsurkunde in den §§ 33 ff. den Privatkirchengesellschaften zwar die freie Ausübung ihres Privatgottesdienstes zugesteht, jedoch nicht ohne dieselbe mehrfachen Beschränkungen zu unterwerfen. Von einschneidender Bedeutung in dieser Beziehung ist der § 35, welcher den Privatkirchengesellschaften untersagt, sich der Glocken oder sonstiger Auszeichnungen zu bedienen, welche Gesetze oder Gewohnheit den öffentlichen Kirchen angeeignet haben. Diese Bestimmung bezweckt, die unterscheidenden äusseren Merkmale der Kultusausübung der anerkannten öffentlichen Kirchengesellschaften gegenüber den Privatkirchengesellschaften zu wahren, und unter „sonstigen Auszeichnungen“ ist deshalb alles zu begreifen, was sich als charakteristische Eigentümlichkeit der äusseren Kultuseinrichtungen einer der anerkannten öffentlichen Kirchengesellschaften darstellt. Da es nun nicht zweifelhaft sein kann, dass die bischöflichen Insignien, wie die priesterliche Kleidung überhaupt, einen wesentlichen Bestandteil der auf kirchengesetzlicher Vorschrift und Herkommen beruhenden katholischen Kultuseinrichtungen bilden, so erscheint es unstatthaft, dass sich die in der Privatkirchengesellschaft der Altkatholiken zur Feier der Religionshandlungen bestellten Personen jener in der katholischen Kirche eingeführten äusseren Abzeichen der bischöflichen und priesterlichen Würde bedienen. || Von einer den Bestimmungen des Religionsediktes zuwiderlaufenden Behinderung der Altkatholiken in der Ausübung ihres Kultus durch die oben citierte Ministerial-Entschliessung vom 8. August v. J. kann somit nicht die Rede sein.

Dr. v. Müller. Der Generalsekretär
Ministerialrat Dr. v. Giehrl.

Nr. 10353. BAYERN. — Erklärung des Ausschusses, gerichtet an das königliche Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten. 25. Okt. 1891.

München, 25. Okt. 1891.

Nr. 10353. Bayern. 25. Okt. 1891.

Aus der Ministerial-Entschliessung vom 11. Oktober l. J. Nr. 13048 muss der gehorsamst unterzeichnete Ausschuss folgern, dass seine beiden, wie früher wiederholt an das Königl. Staatsministerium, so unterm 2. Sept. l. J. an Se. Königl. Hoheit den Prinzregenten unmittelbar gerichteten Bitten auch an Allerhöchster Stelle eine Erhörung nicht gefunden haben. || Das Königl. Staatsministerium lehnt nunmehr eine Berücksichtigung unserer ersten Bitte ab, nicht mehr wie früher unter Berufung auf § 36 des Religionsedikts, sondern unter Hinweis auf § 35 desselben, indem es behauptet, unter den im § 35 erwähnten „sonstigen Auszeichnungen" sei alles zu begreifen, was sich als charakteristische Eigentümlichkeit der äusseren Kultuseinrichtungen einer der anerkannten öffentlichen Kirchengesellschaften darstelle. || Mit dieser Auslegung wird dem § 35 eine Bedeutung und Tragweite beigelegt, welche derselbe nach allen Grundsätzen juristischer Auslegung nicht hat, noch haben kann, und welche konsequenterweise zur völligen Vernichtung der uns Altkatholiken durch die Allerhöchste Gnade eingeräumten Rechtsstellung in Bayern führen würde. || Darum müssen wir — wie schon in den früheren Ministerial-Entschliessungen — so insbesondere in dieser neuesten Entschliessung vom 11. Oktober eine den Bestimmungen des Religionsedikts zuwiderlaufende Behinderung in der Ausübung unseres Kultus erblicken. || Es erübrigt uns also, nachdem wir den administrativen Instanzenzug erschöpft haben, nur noch, jene Schritte einzuschlagen, welche nach unserer Staatsverfassung jedem einzelnen Bürger und jeder Gemeinde wegen Verletzung konstitutioneller Rechte zustehen. || In der zuversichtlichen Erwartung, dass bis zur endgültigen Entscheidung dieser Angelegenheit die hohe Königl. Stsatsregierung nicht dulden werde, dass unser bisheriger Besitzstand von irgend einer Seite her gestört werde, verharrt

Eines hohen Königl. Staatsministeriums
ehrerbietigst gehorsamster
Ausschuss des Bayerischen altkatholischen Landesvereins (a. V.).

Nr. 10354. BAYERN. — Der Kultusminister an den Ausschuss des Bayerischen altkatholischen Landesvereins. 30. Oktober 1891.

München, den 30. Oktober 1891.

Nr. 10354. Bayern. 30. Okt. 1891.

Die Eingabe vom 25. ds. Mts. gibt dem Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zu einer Erwiderung nur insofern Anlass, als im Schlussatze derselben von einem gegen Störung zu schützenden Besitzstande die Rede ist.

Nr. 10354. Bayern. 30. Okt. 1891.

Dem gegenüber muss bemerkt werden, dass die Schranke, auf deren Einhaltung in der Ministerial-Entschliessung vom 11. l. Mts. neuerlich gedrungen wurde, den Altkatholiken für ihre Religionsausübung vom ersten Augenblicke ihrer Zulassung als Privatkirchengesellschaft an durch die II. Beilage zur Verfassungsurkunde gezogen war, und dass deshalb, wenn dieselbe seither nicht beachtet wurde, hierin nur eine Gesetzesübertretung erblickt werden kann, deren etwa beabsichtigte Fortsetzung zu dulden das Königliche Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten nicht berechtigt und daher auch ausser Stande ist.

Dr. v. Müller.

Der Generalsekretär
Ministerialrat Dr. v. Giehrl.

Weltpostvertrag vom 4. Juli 1891.

Union postale universelle.

Nr. 10355. **Convention postale universelle** conclue entre l'Allemagne et les Protectorats Allemands, les Etats-Unis d'Amérique, la République Argentine, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, la Bolivie, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, la République de Colombie, l'Etat Indépendant du Congo, la République de Costa Rica, le Danemark et les Colonies Danoises, la République Dominicaine, l'Egypte, l'Equateur, l'Espagne et les Colonies Espagnoles, la France et les Colonies Françaises, la Grande-Bretagne et diverses Colonies Britanniques, les Colonies Britanniques d'Australasie, le Canada, l'Inde Britannique, la Grèce, le Guatemala, la République d'Haïti, le Royaume d'Hawaï, la République du Honduras, l'Italie, le Japon, la République de Libéria, le Luxembourg, le Mexique, le Monténégro, le Nicaragua, la Norvège, le Paraguay, les Pays-Bas et les Colonies Néerlandaises, le Pérou, la Perse, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Russie, le Salvador, la Serbie, le Royaume de Siam, la République Sud-Africaine, la Suède, la Suisse, la Régence de Tunis, la Turquie, l'Uruguay et les Etats-Unis de Vénézuéla.

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus énumérés, s'étant réunis en Congrès à Vienne, en vertu de l'article 19 de la Convention postale universelle conclue à Paris le 1er juin 1878*), ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, revisé ladite Convention, ainsi que l'acte additionnel y relatif conclu à Lisbonne le 21 mars 1885**), conformément aux dispositions suivantes:

Article premier.

Les pays entre lesquels est conclue la présente Convention, ainsi que ceux qui y adhéreront ultérieurement, forment, sous la dénomination d'Union postale universelle, un seul territoire postal pour l'échange réciproque des correspondances entre leurs bureaux de poste.

*) Staatsarchiv Bd. 36 S. 90 Nr. 7006.

**) Staatsarchiv Bd. 46 S. 186 Nr. 8820.

Article 2.

Les dispositions de cette Convention s'étendent aux lettres, aux cartes postales simples et avec réponse payée, aux imprimés de toute nature, aux papiers d'affaires et aux échantillons de marchandises originaires de l'un des pays de l'Union et à destination d'un autre de ces pays. Elles s'appliquent également à l'échange postal des objets ci-dessus entre les pays de l'Union et les pays étrangers à l'Union, toutes les fois que cet échange emprunte les services de deux des parties contractantes, au moins.

Article 3.

1. Les administrations des postes des pays limitrophes ou aptes à correspondre directement entre eux sans emprunter l'intermédiaire des services d'une tierce Administration, déterminent, d'un commun accord, les conditions du transport de leurs dépêches réciproques à travers la frontière ou d'une frontière à l'autre. || 2. A moins d'arrangements contraire, on considère comme services tiers les transports maritimes effectués directement entre deux pays, au moyen de paquebots ou bâtiments dépendant de l'un d'eux, et ces transports, de même que ceux effectués entre deux bureaux d'un même pays, par l'intermédiaire de services maritimes ou territoriaux dépendant d'un autre pays, sont régis par les dispositions de l'article suivant.

Article 4.

1. La liberté du transit est garantie dans le territoire entier de l'Union. || 2. En conséquence, les diverses Administrations postales de l'Union peuvent s'expédier réciproquement, par l'intermédiaire d'une ou de plusieurs d'entre elles, tant des dépêches closes que des correspondances à découvert, suivant les besoins du trafic et les convenances du service postal. || 3. Les correspondances échangées, soit à découvert, soit en dépêches closes, entre deux Administrations de l'Union, au moyen des services d'une ou de plusieurs autres Administrations de l'Union, sont soumises, au profit de chacun des pays traversés ou dont les services participent au transport, aux frais de transit suivants, savoir: || 1° pour les parcours territoriaux, 2 francs par kilogramme de lettres ou cartes postales, et 25 centimes par kilogramme d'autres objets; || 2° pour les parcours maritimes, 15 francs par kilogramme de lettres ou cartes postales, et 1 franc par kilogramme d'autres objets. || 4. Il est toutefois entendu: || 1° que partout où le transit est déjà actuellement gratuit ou soumis à des conditions plus avantageuses, ce régime est maintenu, sauf dans le cas prévu au chiffre 3° ci-après; || 2° que partout où les frais de transit maritime sont fixés actuellement à 5 francs par kilogramme de lettres ou de cartes postales, et à 50 centimes par kilogramme d'autres objets, ces prix sont maintenus; || 3° que tout parcours maritime n'excédant pas 300 milles marins est gratuit, si l'Administration intéressée a déjà droit, du chef des dépêches ou correspondances bénéficiant de ce parcours, à la rémunération afférente au transit

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

territorial; dans le cas contraire, il est rétribué à raison de 2 francs par kilogramme de lettres ou cartes postales et de 25 centimes par kilogramme d'autres objets; || 4° que, en cas de transport maritime effectué par deux ou plusieurs Administrations, les frais du parcours total ne peuvent dépasser 15 francs par kilogramme de lettres ou cartes postales et 1 franc par kilogramme d'autres objets; ces frais, le cas échéant, sont répartis entre ces Administrations au prorata des distances parcourues, sans préjudice des arrangements différents entre les parties intéressées; || 5° que les prix spécifiés au présent article ne s'appliquent, ni aux transports au moyen de services dépendant d'Administrations étrangères à l'Union, ni aux transports dans l'Union au moyen de services extraordinaires spécialement créés ou entretenus par une Administration, soit dans l'intérêt, soit sur la demande d'une ou de plusieurs autres Administrations. Les conditions de ces deux catégories de transports sont réglées de gré à gré entre les Administrations intéressées. || 5. Les frais de transit sont à la charge de l'Administration du pays d'origine. 6. Le décompte général de ces frais a lieu sur la base de relevés établis tous les trois ans, pendant une période de 28 jours à déterminer dans le Règlement d'exécution prévu par l'article 20 ci-après. || 7. Sont exempts de tous frais de transit territorial ou maritime, la correspondance des Administrations postales entre elles, les cartes postales-réponse renvoyées au pays d'origine, les objets réexpédiés ou mal dirigés, les rebuts, les avis de réception, les mandats de poste et tous autres documents relatifs au service postal.

Article 5.

1. Les taxes pour le transport des envois postaux dans toute l'étendue de l'Union, y compris leur remise au domicile des destinataires dans les pays de l'Union où le service de distribution est ou sera organisé, sont fixées comme suit: || 1° pour les lettres, à 25 centimes en cas d'affranchissement, et au double dans le cas contraire, par chaque lettre et par chaque poids de 15 grammes ou fraction de 15 grammes; || 2° pour les cartes postales, à 10 centimes pour la carte simple ou par chacune des deux parties de la carte avec réponse payée. || Les cartes postales non affranchies sont soumises à la taxe des lettres non affranchies; || 3° pour les imprimés de toute nature, les papiers d'affaires et les échantillons de marchandises, à 5 centimes par chaque objet ou paquet portant une adresse particulière et par chaque poids de 50 grammes ou fraction de 50 grammes, pourvu que cet objet ou paquet ne contienne aucune lettre ou note manuscrite ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle, et soit conditionné de manière à pouvoir être facilement vérifié. || La taxe des papiers d'affaires ne peut être inférieure à 25 centimes par envoi, et la taxe des échantillons ne peut être inférieure à 10 centimes par envoi.

2. Il peut être perçu, en sus des taxes fixées par le paragraphe précédent: 1° pour tout envoi soumis à des frais de transit maritime de 15 francs par kilogramme de lettres ou cartes postales et de 1 franc par kilogramme d'autres

objets et dans toutes les relations aux-quelles ces frais de transit sont applicables, une surtaxe uniforme, qui ne peut pas dépasser 25 centimes par port simple pour les lettres, 5 centimes par carte postale et 5 centimes par 50 grammes ou fraction de 50 grammes pour les autres objets; || 2° pour tout objet transporté par des services dépendant d'Administrations étrangères à l'Union ou par des services extraordinaires dans l'Union, donnant lieu à des frais spéciaux, une surtaxe en rapport avec ces frais. || 3. En cas d'insuffisance d'affranchissement, les objets de correspondance de toute nature sont passibles, à la charge des destinataires, d'une taxe double du montant de l'insuffisance, sans que cette taxe puisse dépasser celle qui est perçue dans le pays de destination sur les correspondances non affranchies de même nature, poids et origine. || 4. Les objets autres que les lettres et les cartes postales doivent être affranchies au moins partiellement. || 5. Les paquets d'échantillons de marchandises ne peuvent renfermer aucun objet ayant une valeur marchande; ils ne doivent pas dépasser le poids de 250 grammes, ni présenter des dimensions supérieures à 30 centimètres en longueur, 20 centimètres en largeur et 10 centimètres en épaisseur ou, s'ils ont la forme de rouleau, à 30 centimètres de longueur et 15 centimètres de diamètre. Toutefois, les Administrations des pays intéressés sont autorisées à adopter de commun accord, pour leurs échanges réciproques, des limites de poids ou de dimensions supérieures à celles fixées ci-dessus. || 6. Les paquets de papiers d'affaires et d'imprimés ne peuvent pas dépasser le poids de 2 kilogrammes, ni présenter, sur aucun de leurs côtés, une dimension supérieure à 45 centimètres. On peut, toutefois, admettre au transport par la poste les paquets en forme de rouleau dont le diamètre ne dépasse pas 10 centimètres et dont la longueur n'excède pas 75 centimètres.

Article 6.

1. Les objets désignés dans l'article 5 peuvent être expédiés sous recommandation. || 2. Tout envoi recommandé est passible, à la charge de l'envoyeur: || 1° du prix d'affranchissement ordinaire de l'envoi, selon sa nature; || 2° d'un droit fixe de recommandation de 25 centimes au maximum, y compris la délivrance d'un bulletin de dépôt à l'expéditeur. || 3. L'envoyeur d'un objet recommandé peut obtenir un avis de réception de cet objet, en payant d'avance un droit fixe de 25 centimes au maximum.

Article 7.

1. Les correspondances recommandées peuvent être expédiées grevées de remboursement jusqu'au montant de 500 francs dans les relations entre les pays dont les Administrations conviennent d'introduire ce service. Ces objets sont soumis aux formalités et aux taxes des envois recommandés. || 2. Le montant encaissé du destinataire doit être transmis à l'envoyeur au moyen d'un mandat de poste, après déduction de la taxe des mandats ordinaires et d'un droit d'encaissement de 10 centimes.

Article 8.

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

1. En cas de perte d'un envoi recommandé et sauf le cas de force majeure, l'expéditeur ou, sur sa demande, le destinataire a droit à une indemnité de 50 francs. || 2. L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'Administration dont relève le bureau expéditeur. Est réservé à cette Administration le recours contre l'Administration responsable, c'est-à-dire contre l'Administration sur le territoire ou dans le service de laquelle la perte a eu lieu*). || 3. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration qui, ayant reçu l'objet sans faire d'observation, ne peut établir ni la délivrance au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à l'Administration suivante. Pour les envois adressés poste restante, la responsabilité cesse par la délivrance à une personne qui a justifié, suivant les règles en vigueur dans le pays de destination, que ses nom et qualité sont conformes aux indications de l'adresse. || 4. Le paiement de l'indemnité par l'Office expéditeur doit avoir lieu le plus tôt possible et, au plus tard, dans le délai d'un an à partir du jour de la réclamation. L'Office responsable est tenu de rembourser sans retard, à l'Office expéditeur, le montant de l'indemnité payée par celui-ci. Dans le cas où l'Office responsable aurait notifié à l'Office expéditeur de ne point effectuer le paiement, il devrait rembourser à ce dernier Office les frais qui seraient la conséquence du nonpaiement. || 5. Il est entendu que la réclamation n'est admise que dans le délai d'un an, à partir du dépôt à la poste de l'envoi recommandé; passé ce terme, le réclamant n'a droit à aucune indemnité. || 6. Si la perte a eu lieu en cours de transport sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire de quel pays le fait s'est accompli, les Administrations en cause supportent le dommage par parts égales. || 7. Les Administrations cessent d'être responsables des envois recommandés dont les ayants droit ont donné reçu et pris livraison.

Article 9.

1. L'expéditeur d'un objet de correspondance peut le faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse, tant que cet objet n'a pas été livré au destinataire. || 2. La demande à formuler à cet effet est transmise par voie postale ou par voie télégraphique aux frais de l'expéditeur, qui doit payer, savoir: || 1° pour toute demande par voie postale, la taxe applicable à une lettre simple recommandée; || 2° pour toute demande par voie télégraphique, la taxe du télégramme d'après le tarif ordinaire. || 3. Les dispositions du présent article ne sont pas obligatoires pour les pays dont la législation ne permet pas à l'expéditeur de disposer d'un envoi en cours de transport.

*) Anmerk. der amtlichen deutschen Ausgabe. Eine Ersatzpflicht übernehmen zur Zeit noch nicht: die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien (Republik), Brasilien, die Britisch-Australischen Kolonien, Canada, Ecuador, Guatemala, Mexico, Paraguay, Peru.

Article 10.

Ceux des pays de l'Union qui n'ont pas le franc pour unité monétaire fixent leurs taxes à l'équivalent, dans leur monnaie respective, des taux déterminés par les articles et 5 6 précédents. Ces pays ont la faculté d'arrondir les fractions conformément au tableau inséré au Règlement d'exécution mentionné à l'article 20 de la présente Convention.

Article 11.

1. L'affranchissement de tout envoi quelconque ne peut être opéré qu'au moyen de timbres-poste valables dans le pays d'origine pour la correspondance des particuliers. Toutefois, sont également considerées comme dûment affranchies les cartes-réponse portant des timbres-poste du pays d'émission de ces cartes. || 2. Les correspondances officielles relatives au service des postes et échangées entre les Administrations postales sont seules exemptées de cette obligation et admises à la franchise. || 3. Les correspondances déposées en pleine mer à la boîte d'un paquebot ou entre les mains des commandants de navires peuvent être affranchies au moyen des timbres-poste et d'après le tarif du pays auquel appartient ou dont dépend ledit paquebot. Si le dépôt à bord a lieu pendant le stationnement aux deux points extrêmes du parcours ou dans l'une des escales intermédiaires, l'affranchissement n'est valable qu'autant qu'il est effectué au moyen de timbres-poste et d'après le tarif du pays dans les eaux duquel se trouve le paquebot.

Article 12.

1. Chaque Administration garde en entier les sommes qu'elle a perçues en exécution des articles 5, 6, 7, 10 et 11 précédents, sauf la bonification due pour les mandats prévus au paragraphe 2 de l'article 7. || 2. En conséquence, il n'y a pas lieu, de ce chef, à un décompte entre les diverses Administrations de l'Union, sous réserve de la bonification prévue au paragraphe 1 du présent article. || 3. Les lettres et autres envois postaux ne peuvent, dans le pays d'origine, comme dans celui de destination, être frappés, à la charge des expéditeurs ou des destinataires, d'aucune taxe ni d'aucun droit postal autres que ceux prévus par les articles susmentionnés.

Article 13.

1. Les objets de correspondance de toute nature sont, à la demande des expéditeurs, remis à domicile par un porteur spécial immédiatement après l'arrivée, dans les pays de l'Union qui consentent à se charger de ce service dans leurs relations réciproques. || 2. Ces envois, qui sont qualifiés „exprès", sont soumis à une taxe spéciale de remise à domicile; cette taxe est fixée à 30 centimes et doit être acquittée complètement et à l'avance, par l'expéditeur, en sus du port ordinaire. Elle est acquise à l'Administration du pays d'origine. || 3. Lorsque l'objet est destiné à une localité où il n'existe pas de bureau de poste, l'Administration des postes destinataire peut percevoir une

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

taxe complémentaire, jusqu'à concurrence du prix fixé pour la remise par exprès dans son service interne, déduction faite de la taxe fixe payée par l'expéditeur, ou de son équivalent dans la monnaie du pays qui perçoit ce complément. || 4. Les objets exprès non complètement affranchis pour le montant total des taxes payables à l'avance sont distribués par les moyens ordinaires.

Article 14.

1. Il n'est perçu aucun supplément de taxe pour la réexpédition d'envois postaux dans l'intérieur de l'Union. || 2. Les correspondances tombées en rebut ne donnent pas lieu à restitution des droits de transit revenant aux Administrations intermédiaires, pour le transport antérieur desdites correspondances. || 3. Les lettres et les cartes postales non affranchies et les corespondances de toute nature insuffisamment affranchies, qui font retour au pays d'origine par suite de réexpédition ou de mise en rebut, sont passibles, à la charge des destinataires ou des expéditeurs, des mêmes taxes que les objets similaires directement adressés du pays de la première destination au pays d'origine.

Article 15.

1. Des dépêches closes peuvent être échangées entre les bureaux de poste de l'un des pays contractants et les commandants de divisions navales ou bâtiments de guerre de ce même pays en station à l'étranger, par l'intermédiaire des services territoriaux ou maritimes dépendant d'autres pays. || 2. Les correspondances de toute nature comprises dans ces dépêches doivent être exclusivement à l'adresse ou en provenance des états-majors et des équipages des bâtiments destinataires ou expéditeurs des dépêches; les tarifs et conditions d'envoi qui leur sont applicables sont déterminés, d'après ses réglements intérieurs, par l'Administration des postes du pays auquel appartiennent les bâtiments. || 3. Sauf arrangement contraire entre les Offices intéressés, l'Office postal expéditeur ou destinataire des dépêches dont il s'agit est redevable, envers les Offices intermédiaires, de frais de transit calculés conformément aux dispositions de l'article 4.

Article 16.

1. Il n'est pas donné cours: || a) aux papiers d'affaires, échantillons et imprimés qui ne sont pas affranchis au moins partiellement ou qui ne sont pas conditionnés de façon à permettre une vérification facile du contenu; || b) aux objets de mêmes catégories qui dépassent les limites de poids et de dimensions fixées à l'article 5; || c) aux échantillons de marchandises ayant une valeur marchande. || 2. Le cas échéant, les envois mentionnés au paragraphe précédent doivent être renvoyés au timbre d'origine et remis, s'il est possible, à l'expéditeur. || 3. Il est interdit: || 1° d'expédier par la poste: || a) des échantillons et autres objets qui, par leur nature, peuvent présenter du danger pour les agents postaux, salir ou détériorer les correspondances; ||

b) des matières explosibles, inflammables ou dangereuses; des animaux et insectes, vivants ou morts, sauf les exceptions prévues au Règlement de détail; 2° d'insérer dans les correspondances ordinaires ou recommandées consignées à la poste: || a) des pièces de monnaie ayant cours; || b) des objets passibles des droits de douane; || c) des matières d'or ou d'argent, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux, mais seulement dans le cas où leur insertion ou expédition serait défendue d'après la législation des pays intéressés. 4. Les envois tombant sous les prohibitions du paragraphe 3 qui précède et qui auraient été à tort admis à l'expédition, doivent être renvoyés au timbre d'origine, sauf le cas où l'Administration du pays de destination serait autorisée par sa législation ou par ses règlements intérieurs à en disposer autrement. || 5. Est d'ailleurs réservé le droit du Gouvernement de tout pays de l'Union de ne pas effectuer, sur son territoire, le transport ou la distribution, tant des objets jouissant de la modération de taxe à l'égard desquels il n'a pas été satisfait aux lois, ordonnances ou décrets qui règlent les conditions de leur publication ou de leur circulation dans ce pays, que des correspondances de toute nature qui portent ostensiblement des inscriptions, dessins, etc. interdits par les dispositions légales ou réglementaires en vigueur dans le même pays.

Article 17.

1. Les Offices de l'Union qui ont des relations avec des pays situés en dehors de l'Union admettent tous les autres Offices de l'Union à profiter de ces relations pour l'échange des correspondances avec lesdits pays. || 2. Les correspondances échangées à découvert entre un pays de l'Union et un pays étranger à celle-ci, par l'intermédiaire d'un autre pays de l'Union, sont traitées, pour ce qui concerne le transport en dehors des limites de l'Union, d'après les conventions, arrangements ou dispositions particulières régissant les rapports postaux entre ce dernier pays et le pays étranger à l'Union. || 3. A l'égard des frais de transit dans le ressort de l'Union, les correspondances originaires ou à destination d'un pays étranger sont assimilées à celles de ou pour le pays de l'Union qui entretient les relations avec ce premier pays. || 4. A l'égard des frais de transit en dehors des limites de l'Union, les correspondances à destination d'un pays étranger sont soumises, au profit du pays de l'Union qui entretient les relations avec le pays étranger à celle-ci, aux frais de transit suivants, savoir: || a) pour les parcours maritimes en dehors de l'Union, 20 francs par kilogramme de lettres ou cartes postales, et 1 franc par kilogramme d'autres objets; || b) pour les parcours territoriaux en dehors de l'Union, s'il y a lieu, les frais par kilogramme notifiés par le pays de l'Union qui entretient les relations avec le pays étranger servant d'intermédiaire. || 5. En cas de transport maritime effectué par deux ou plusieurs Administrations, les frais du parcours maritime total, dans le ressort de l'Union et en dehors de l'Union, ne peuvent dépasser 20 francs par kilogramme de lettres ou cartes postales et 1 franc par kilogramme d'autres ob-

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

jets; le cas échéant, ces frais sont répartis entre ces Administrations au prorata des distances parcourues, sans préjudice des arrangements différents entre les parties intéressées. || 6. Les frais de transit en dehors de l'Union mentionnés ci-dessus sont à la charge de l'Administration du pays d'origine. Ils s'appliquent à toutes les correspondances expédiées soit à découvert, soit en dépêches closes. Mais dans le cas de dépêches closes envoyées d'un pays de l'Union à destination d'un pays étranger à celle-ci, ou d'un pays étranger à destination d'un pays de l'Union, un arrangement préalable concernant le mode de paiement des frais de transit devra être conclu entre les Administrations intéressées. || 7. Le décompte général des frais de transit des correspondances échangées entre un pays de l'Union et un pays étranger, par l'intermédiaire d'un autre pays de l'Union, a lieu sur la base de relevés qui sont établis en même temps que les relevés dressés, en vertu de l'article 4 précédent, pour la fixation des frais de transit dans l'Union. || 8. Les taxes à percevoir dans un pays de l'Union sur les correspondances à destination ou provenant d'un pays étranger à l'Union et empruntant l'intermédiaire d'un autre pays de l'Union, ne pourront jamais être inférieures au tarif normal de l'Union. Ces taxes restent acquises en entier au pays qui les perçoit.

Article 18.

Les hautes parties contractantes s'engagent à prendre, ou à proposer à leurs législatures respectives, les mesures nécessaires pour punir l'emploi frauduleux, pour l'affranchissement de corresspondances, de timbres poste contrefaits ou ayant déjà servi. Elles s'engagent également à prendre, ou à proposer à leurs législatures respectives, les mesures nécessaires pour interdire et réprimer les opérations frauduleuses de fabrication, vente, colportage ou distribution de vignettes et timbres en usage dans le service des postes, contrefaits ou imités de telle manière qu'ils pourraient être confondus avec les vignettes et timbres émis par l'Administration d'un des pays adhérents.

Article 19.

Le service des lettres et boîtes avec valeurs déclarées, et ceux des mandats de poste, des colis postaux, des valeurs à recouvrer, des livrets d'identité, des abonnements aux journaux, etc. font l'objet d'arrangements particuliers entre les divers pays ou groupes de pays de l'Union.

Article 20.

1. Les Administrations postales des divers pays qui composent l'Union sont compétentes pour arrêter, d'un commun accord, dans un Règlement d'exécution, toutes les mesures d'ordre et de détail qui sont jugées nécessaires. || 2. Les différentes Administrations peuvent, en outre, prendre entre elles les arrangements nécessaires au sujet des questions qui ne concernent pas l'ensemble de l'Union, pourvu que ces arrangements ne dérogent pas à la présente Convention. || 3. Il est toutefois permis aux Administrations intéressées de

s'entendre mutuellement pour l'adoption de taxes réduites dans un rayon de 30 kilomètres.

Article 21.

1. La présente Convention ne porte point altération à la législation de chaque pays dans tout ce qui n'est pas prévu par les stipulations contenues dans cette Convention. || 2. Elle ne restreint pas le droit des parties contractantes de maintenir et de conclure des traités, ainsi que de maintenir et d'établir des unions plus restreintes, en vue de l'amélioration des relations postales.

Article 22.

1. Est maintenue l'institution, sous le nom de Bureau international de l'Union postale universelle, d'un office central qui fonctionne sous la haute surveillance de l'Administration des postes suisses et dont les frais sont supportés par toutes les Administrations de l'Union. || 2. Ce bureau demeure chargé de réunir, de coordonner, de publier et de distribuer les renseignements de toute nature qui intéressent le service international des postes; d'émettre, à la demande des parties en cause, un avis sur les questions litigieuses; d'instruire les demandes en modification des actes du Congrès; de notifier les changements adoptés, et, en général, de procéder aux études et aux travaux dont il serait saisi dans l'intérêt de l'Union postale.

Article 23.

1. En cas de dissentiment entre deux ou plusieurs membres de l'Union, relativement à l'interprétation de la présente Convention ou à la responsabilité d'une Administration en cas de perte d'un envoi recommandé, la question en litige est réglée par jugement arbitral. A cet effet, chacune des Administrations en cause choisit un autre membre de l'Union qui n'est pas directement intéressé dans l'affaire. || 2. La décision des arbitres est donné à la majorité absolue des voix. || 3. En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, une autre Administration également désintéressée dans le litige. || 4. Les dispositions du présent article s'appliquent également à tous les arrangements conclus en vertu de l'article 19 précédent.

Article 24.

1. Les pays qui n'ont point pris part à la présente convention sont admis à y adhérer sur leur demande. || 2. Cette adhésion est notifiée, par la voie diplomatique, au Gouvernement de la Confédération suisse et, par ce Gouvernement, à tous les pays de l'Union. || 3. Elle emporte, de plein droit, accession à toutes les clauses et admission à tous les avantages stipulés par la présente Convention. || 4, Il appartient au Gouvernement de la Confédération suisse de déterminer, d'un commun accord avec le Gouvernement du pays intéressé, la part contributive de l'Administration de ce dernier pays dans les frais du Bureau international, et, s'il y a lieu, les taxes à percevoir par cette Administration en conformité de l'article 10 précédent.

Article 25.

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

1. Des Congrès de plénipotentiaires des pays contractants ou des simples Conférences administratives, selon l'importance des questions à résoudre, sont réunis, lorsque la demande en est faite ou approuvée par les deux tiers, au moins, des Gouvernements ou Administrations, suivant le cas. || 2. Toutefois, un Congrès doit avoir lieu, au moins tous les cinq ans. || 3. Chaque pays peut se faire représenter, soit par un ou plusieurs délégués, soit par la délégation d'un autre pays. Mais il est entendu que le délégué ou les délégués d'un pays ne peuvent être chargés que de la représentation de deux pays, y compris celui qu'ils représentent. || 4. Dans les délibérations, chaque pays dispose d'une seule voix. || 5. Chaque Congrès fixe le lieu de la réunion du prochain Congrès. || 6. Pour les Conférences, les Administrations fixent les lieux de réunion sur la proposition du Bureau international.

Artikel 26.

1. Dans l'intervalle qui s'écoule entre les réunions, toute Administration des postes d'un pays de l'Union a le droit d'adresser aux autres Administrations participantes, par l'intermédiaire du Bureau international, des propositions concernant le régime de l'Union. || 2. Toute proposition est soumise au procédé suivant: || Un délai de cinq moi est laissé aux Administrations de l'Union pour examiner les propositions et pour faire parvenir au Bureau international, le cas échéant, leur observations, amendements ou contre-propositions. Les réponses sont réunies par les soins du Bureau intérnational et communiquées aux Administrations avec l'invitation de se prononcer pour ou contre. Celles qui n'ont point fait parvenir leur vote dans un délai de six mois, à compter de la date de la seconde circulaire du Bureau international leur notifiant les observations apportées, sont considérées comme s'abstenant. || 3. Pour devenir exécutoires, les propositions doivent réunir, savoir: || 1° l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouveaux articles ou de la modification des dispositions du présent article et des articles 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 12, 13, 15 et 18; || 2° les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions de la Convention autres que celles des articles 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 12, 13, 15, 18 et 26; || 3° la simple majorité absolue, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions de la Convention, hors le cas de litige prévu à l'article 23 précédent. || 4. Les résolutions valables sont consacrées, dans les deux premiers cas, par une déclaration diplomatique, que le Gouvernement de la Confédération suisse est chargé d'établir et de transmettre à tous les Gouvernements des pays contractants, et, dans le troisième cas, par une simple notification du Bureau international à toutes les Administrations de l'Union. || 6. Toute modification ou résolution adoptée n'est exécutoire que deux mois, aux moins, après sa notification.

Article 27.

Sont considérés comme formant, pour l'application des articles 22, 25 et 26 précédents, un seul pays ou une seule Administration, suivant le cas: ||

1° L'Empire de l'Inde britannique; || 2° Le Dominion du Canada; || 3° L'ensemble des colonies britanniques de l'Australasie; || 4° L'ensemble des colonies danoises; || 5° L'ensemble des colonies espagnoles; || 6° L'ensemble des colonies françaises; || 7° L'ensemble des colonies néerlandaises; || 8° L'ensemble des colonies portugaises.

Article 28.

La présente Convention sera mise à exécution le 1er juillet 1892 et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé; mais chaque partie contractante a le droit de se retirer de l'Union, moyennant un avertissement donné une année à l'avance par son Gouvernement au Gouvernement de la Confédération suisse.

Article 29.

1. Sont abrogées, à partir du jour de la mise à exécution de la présente Convention, toutes les dispositions des Traités, Conventions, Arrangements ou autres Actes conclus antérieurement entre les divers pays ou Administrations, pour autant que ces dispositions ne seraient pas conciliables avec les termes de la présente Convention, et sans préjudice des droits réservés par l'article 21 ci-dessus. || 2. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Vienne. || 3. En foi de quoi, les plénipotentiaires des pays ci-dessus énumérés ont signé la présente Convention à Vienne, le quatre juillet mil huit cent quatre-vingt-onze.

Pour l'Allemagne et les Protectorats Allemands: Dr. von Stephan, Sachse, Fritsch. || Pour les États-Unis d'Amérique: N. M. Brooks, William Potter. || Pour la République Argentine: Cárlos Calvo. || Pour l'Autriche: Obentraut, Dr. Hofmann, Dr. Lilienau, Habberger. || Pour la Hongrie: P. Heim, S. Schrimpf. || Pour la Belgique: Lichtervelde. || Pour la Bolivie: —. || Pour le Brésil: Luiz Betim Paes Leme. || Pour la Bulgarie: P. M. Mattheeff. || Pour le Chili: —. || Pour la République de Colombie: G. Michelsen. || Pour l'État indépendant du Congo: Stassin, Lichtervelde, Garant, De Craene. || Pour la République de Costa-Rica: —. || Pour le Danemark et les Colonies Danoises: Lund. || Pour la République Dominicaine: —. || Pour l'Egypte: Y. Saba. || Pour l'Equateur: —. || Pour l'Espagne et les Colonies Espagnoles: Federico Bas. || Pour la France: Montmarin, J. de Selves, Ansault. || Pour les Colonies Françaises: G. Gabrié. || Pour la Grande-Bretagne et diverses Colonies Britanniques: S. A. Blackwood, H. Buxton Forman. || Pour les Colonies Britanniques d'Australasie: —. || Pour le Canada:*) —. || Pour l'Inde Britannique: H. M. Kisch. || Pour la Grèce: J. Georgantas. || Pour le Guatemala: Dr. Gotthelf Meyer. || Pour la République d'Haïti: —. || Pour le Royaume d'Hawaï: Eugène Borel. || Pour la Réqublique du Honduras:—. || Pour l'Italie: Emidio Chiaradia, Felice Salivetto. || Pour le Japon: Jndo, Fujita. || Pour la République de Libéria: Bn. de Stein, W. Koentzer,

*) Anmerk. d. amtl. d. Ausgabe. Für Canada ist der Vertrag am 24. August 1891 vom britischen Gesandten in Wien A. B. Paget unterzeichnet worden.

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

C. Goedelt. || Pour le Luxembourg: Mongenast. || Pour le Mexique: L. Breton y Vedra. || Pour le Monténégro: Obentraut, Dr. Hofmann, Dr. Lilienau, Habberger. || Pour le Nicaragua: —. || Pour la Norvège: Thb. Heyerdahl. || Pour le Paraguay: —. || Pour les Pays-Bas: Hofstede, Baron van der Feltz. || Pour les Colonies Néerlandaises: Johs. J. Perk. || Pour le Pérou: D. C. Urrea. || Pour la Perse: Génl. N. Semino. || Pour le Portugal et les Colonies Portugaises: Guelhermino Augusto de Barros. || Pour la Roumanie: Colonel A. Gorjean, S. Dimitrescu. || Pour la Russie: Général de Besack, A. Skalkovsky. || Pour le Salvador: Louis Kehlmann. || Pour la Serbie: Svetozar J. Gvozditch, Et. W. Popovitch. || Pour le Royaume de Siam: Luang Suriya Nuvatr, H. Keuchenius. || Pour la République Sud-Africaine: —. || Pour la Suède: E. von Krusenstjerna. || Pour la Suisse: Ed. Höhn, C. Delessert. || Pour la Régence de Tunis: Montmarin. || Pour la Turquie: E. Petacci, A. Fabri. || Pour l'Uruguay: Federico Susviela Guarch, Jose G. Busto. || Pour les États-Unis de Vénézuéla: Carlos Matzenaüer.

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature des Conventions arrêtées par le Congrès postal universel de Vienne, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

I.

En dérogation à la disposition de l'article 6 de la Convention, qui fixe à 25 centimes au maximum le droit de recommandation, il est convenu que les États hors d'Europe sont autorisés à maintenir ce maximum à 50 centimes, y compris la délivrance d'un bulletin de dépôt à l'expéditeur.

II.

En dérogation aux dispositions de l'article 8 de la Convention, il est convenu que, par mesure de transition, les Administrations des pays hors d'Europe, dont la législation est actuellement contraire au principe de la responsabilité, conservent la faculté d'ajourner l'application de ce principe jusqu'au jour où elles auront pu obtenir du pouvoir législatif l'autorisation de l'introduire. Jusqu'à ce moment, les autres Administrations de l'Union ne sont pas astreintes à payer une indemnité pour la perte, dans leurs services respectifs, d'envois recommandés à destination ou provenant desdits pays*).

---

*) Anmerk. d. amtl. deutsch. Ausg. Ist beispielsweise eine aus den Vereinigten Staaten von Amerika herrührende Einschreibsendung nach Deutschland auf amerikanischem oder deutschem Gebiet verloren gegangen, so hat weder der Absender, noch der Adressat Anspruch auf Schadenersatz. War die Sendung über England und Belgien befördert und auf englischem oder belgischem Gebiet abhanden gekommen, so ist die englische bz. belgische Postverwaltung zur Zahlung des Schadenersatzes nicht verpflichtet.

Aehnlich gestaltet sich das Verhältniss in entgegengesetzter Richtung. Handelt es sich jedoch in diesem Falle um eine aus Deutschland herrührende Sendung, und

III.

La Bolivie, le Chili, Costa-Rica, la République Dominicaine, l'Equateur, Haïti, Honduras et Nicaragua qui font partie de l'Union postale, ne s'étant pas fait représenter au Congrès, le protocole leur reste ouvert pour adhérer aux Conventions qui y ont été conclues ou seulement à l'une ou l'autre d'entre elles. || Le protocole reste également ouvert en faveur des Colonies britanniques de l'Australasie, dont les délégués au Congrès ont déclaré l'intention de ces pays d'entrer dans l'Union postale universelle à partir du 1er octobre 1891 *). || Il demeure aussi ouvert à la République Sud-Africaine, dont le délégué au Congrès a manifesté l'intention de ce pays d'adhérer à l'Union postale universelle, en se réservant de fixer ultérieurement la date de son entrée dans cette Union. || Enfin, dans le but de faciliter aux autres pays qui sont encore en dehors de l'Union postale universelle leur entrée dans celle-ci, le protocole leur reste également ouvert.

IV.

Le protocole demeure ouvert en faveur des pays dont les représentants n'ont signé aujourd'hui que la Convention principale, ou un certain nombre seulement des Conventions arrêtées par le Congrès, à l'effet de leur permettre d'adhérer aux autres Conventions signées ce jour, ou à l'une ou l'autre d'entre elles.

V.

Les adhésions prévues à l'article III ci-dessus devront être notifiées au Gouvernement Impérial et Royal de l'Autriche-Hongrie, par les Gouvernements respectifs, en la forme diplomatique. Le délai qui leur est accordé pour cette notification expirera le 1er juin 1892.

VI.

Dans le cas où une ou plusieurs des parties contractantes aux Conventions postales signées aujourd'hui à Vienne, ne ratifieraient pas l'une ou l'autre de ces Conventions, cette Convention n'en sera pas moins valable pour les Etats qui l'auront ratifiée. || En foi de quoi, les plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même des Conventions auxquelles il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement autrichien et dont une copie sera remise

---

ist dieselbe auf deutschem Gebiete in Verlust gerathen, so soll dafür aus Billigkeitsrücksichten eine Entschädigung von 42 Mark gezahlt werden (§ 10 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871). Zu einer derartigen Entschädigung aus Billigkeitsrücksichten ist indess stets die Genehmigung des Reichs-Postamts erforderlich.

Die Namen der Länder, welche zur Zeit eine Ersatzpflicht nicht übernehmen, sind in der Anmerkung zu Artikel 8 angegeben.

*) Anmerk. d. amtl. deutsch. Ausg. Die Britischen Kolonieen von Australasien sind dem Vertrage vom 1. Oktober 1891 ab beigetreten.

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

à chaque partie. || Fâit à Vienne, le quatre juillet mil huit cent quatre-vingt-onze.

Aus dem „Règlement de détail et d'ordre pour l'exécution" (Vollzugsordnung) entnehmen wir die Artikel XXXII bis XXXIX.

XXXII.

Répartition des frais du Bureau international.

1. Les frais communs du Bureau international ne doivent pas dépasser, par année, la somme de 125 000 francs, non compris les frais spéciaux auxquels donne lieu la réunion d'un Congrès ou d'une Conférence. || 2. L'Administration des postes suisses surveille les dépenses du Bureau international, fait les avances nécessaires et établit le compte annuel, qui est communiqué à toutes les autres Administrations. || 3. Pour la répartition des frais, les pays de l'Union sont divisés en sept classes, contribuant chacune dans la proportion d'un certain nombre d'unités, savoir:

1re	classe	25	unités.
2e	„	20	„
3e	„	15	„
4e	classe	10	„
5e	„	5	„
6e	„	3	„
7e	„	1	unité.

4. Ces coefficients sont multipliés par le nombre des pays de chaque classe, et la somme des produits ainsi obtenus fournit le nombre d'unités par lequel la dépense totale doit être divisée. Le quotient donne le montant de l'unité de dépense. || 5. Les pays de l'Union sont classés ainsi qu'il suit, en vue de la répartition des frais: || 1er classe: Allemagne, Autriche-Hongrie, Etats-Unis d'Amérique, France, Grande Bretagne, Inde britannique, colonies britanniques de l'Australasie, ensemble des autres colonies britanniques moins le Canada, Italie, Russie, Turquie; || 2e classe: Espagne; || 3e classe: Belgique, Brésil, Canada, Egypte, Japon, Pays-Bas, Roumanie, Suède, colonies ou provinces espagnoles d'outre-mer, colonies françaises, Indes orientales néerlandaises; || 4e classe: Danemark, Norvège, Portugal, Suisse, colonies portugaises; || 5e classe: Argentine (République), Bosnie-Herzégovine, Bulgarie, Chili, Colombie, Grèce, Mexique, Pérou, Serbie, Tunisie; || 6e classe: Bolivie, Costa-Rica, République Dominicaine, Equateur, Guatemala, Haïti, République du Honduras, Luxembourg, Nicaragua, Paraguay, Perse, Protectorats allemands, Salvador, Royaume de Siam, Uruguay, Vénézuéla, colonies danoises, colonie de Curaçao (ou Antilles néerlandaises), colonie de Surinam (ou Guyane néerlandaise; || 7e classe: Etat indépendant du Congo, Hawaï, Libéria, Monténégro,

XXXIII.

Communications à adresser au Bureau international.

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

1. Le Bureau international sert d'intermédiaire aux notifications régulières et générales qui intéressent les relations internationales. || 2. Les Administrations faisant partie de l'Union doivent se communiquer, notamment, par l'intermédiaire du Bureau international: || 1° l'indication des surtaxes qu'elles perçoivent, par application de l'article 5 de la Convention, en plus de la taxe de l'Union, soit pour port maritime, soit pour frais de transport extraordinaire, ainsi que la nomenclature des pays par rapport auxquels ces surtaxes sont perçues, et, s'il y a lieu, la désignation des voies qui en motivent la perception; || 2° la collection en cinq exemplaires de leurs timbres-poste; || 3° l'avis si elles entendent user de la faculté qui est laissée aux Administrations d'appliquer ou de ne pas appliquer certaines dispositions générales de la Convention et du présent Règlement. || 3. Toute modification apportée ultérieurement, à l'égard de l'un ou l'autre des trois points ci-dessus mentionnés, doit être notifiée sans retard de la même manière. || 4. Le Bureau international reçoit également de toutes les Administrations de l'Union deux exemplaires de tous les documents qu'elles publient, tant sur le service intérieur que sur le service international. || 5. Les correspondances adressées par les Administrations de l'Union au Bureau international et vice versa sont assimilées, pour la franchise de port, aux correspondances échangées entre les Administrations.

XXXIV.

Statistique générale.

1. Chaque Administration fait parvenir, à la fin du mois de juillet de chaque année, au Bureau international, une série aussi complète que possible de renseignements statistiques se rapportant à l'année précédente, sous forme de tableaux conformes ou analogues aux modèles ci-annexés M et N. || 2. Les opérations de service qui donnent lieu à enregistrement font l'objet de relevés périodiques, d'après les écritures effectuées. || 3. Pour toutes les autres opérations il est procédé à un dénombrement, pendant une semaine au moins pour les échanges quotidiens, et pendant quatre semaines pour les échanges non quotidiens, avec faculté pour chaque Administration de faire un dénombrement séparé pour chaque catégorie de correspondances. || 4. Est réservé à chaque Administration le droit de procéder à ce dénombrement aux époques qui se rapprochent le plus de la moyenne de son trafic postal. || 5. Le Bureau international est chargé de faire imprimer et de distribuer les formules de statistique à remplir par chaque Administration. Il est chargé, en outre, de fournir aux Administrations qui en feront la demande toutes les indications nécessaires sur les règles à suivre pour assurer, autant que possible, l'uniformité des opérations de statistique.

XXXV.

Attributions du Bureau international.

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

1. Le Bureau international dresse une statistique générale pour chaque année. || 2. Il rédige, à l'aide des documents qui sont mis à sa disposition, un journal spécial en langues allemande, anglaise et française. || 3. Tous les documents publiés par le Bureau international sont distribués aux Administrations de l'Union, dans la proportion du nombre d'unités contributives assignées à chacune d'elles par l'article XXXII précédent. || 4. Les exemplaires et documents supplémentaires qui seraient réclamés par ces Administrations sont payés à part, d'après leur prix de revient. || 5. Le Bureau international doit, d'ailleurs, se tenir en tout temps à la disposition des membres de l'Union, pour leur fournir, sur les questions relatives au service international des postes, les renseignements spéciaux dont ils pourraient avoir besoin. || 6. Le Bureau international instruit les demandes de modification ou d'interprétation des dispositions qui régissent l'Union. Il notifie les résultats de chaque instruction, et toute modification ou résolution adoptée n'est exécutoire que deux mois, au moins, après sa notification. || 7. Le Bureau international opère la balance et la liquidation des décomptes de toute nature entre les Administrations de l'Union qui déclarent vouloir emprunter l'intermédiaire de ce Bureau dans les conditions déterminées par l'article XXXVI ci-après. || 8. Le Bureau international prépare les travaux des Congrès ou Conférences. Il pourvoit aux copies et impressions nécessaires, à la rédaction et à la distribution des amendements, procès-verbaux et autres renseignements. || 9. Le Directeur de ce Bureau assiste aux séances des Congrès ou Conférences et prend part aux discussions sans voix délibérative. || 10. Il fait sur sa gestion un rapport annuel qui est communiqué à toutes les Administrations de l'Union. || 11. La langue officielle du Bureau international est la langue française. || 12. Le Bureau international est chargé de publier un dictionnaire alphabétique de tous les bureaux de poste du monde, avec une mention spéciale pour ceux de ces bureaux chargés de services qui ne sont pas encore généralisés. || Ce dictionnaire est tenu au courant au moyen de suppléments ou de toute autre manière que le Bureau international jugera convenable. || Le dictionnaire mentionné au présent paragraphe est livré au prix de revient aux Administrations qui en font la demande.

XXXVI.

Office central de comptabilité et de liquidation des comptes entre les Administrations de l'Union.

1. Le Bureau international de l'Union postale universelle est chargé d'opérer la balance et la liquidation des décomptes de toute nature relatifs au service international des postes entre les Administrations des pays de l'Union qui ont le franc pour unité monétaire ou qui se sont mis d'accord sur le taux de conversion de leur monnaie en francs et centimes métalliques.

Les Administrations qui ont l'intention de réclamer, pour ce service de liquidation, le concours du Bureau international, se concertent, à cet effet, entre elles et avec ce Bureau. || Malgré son adhésion, chaque Administration conserve le droit d'établir à son choix des décomptes spéciaux pour diverses branches du service et d'en opérer à sa convenance le réglement avec ses correspondants, sans employer l'intermédiaire du Bureau international, auquel, à teneur de l'alinéa qui précède, elle se borne à indiquer pour quelles branches de service et pour quels pays elle réclame ses offices. || Sur la demande des Administrations intéressées, les décomptes télégraphiques peuvent aussi être indiqués au Bureau international pour entrer dans la compensation des soldes. || Les Administrations qui auront emprunté l'intermédiaire du Bureau international pour la balance et la liquidation des décomptes peuvent cesser d'user de cet intermédiaire trois mois après qu'ils en auront averti ledit Bureau. || 2. Après avoir débattu et arrêté leurs comptes, les Administrations se font parvenir réciproquemeut une reconnaissance de leur Doit, établi en francs et centimes, en y constatant l'objet, la période et le résultat du décompte. || 3. Chaque Administration adresse mensuellement, au Bureau international, un tableau indiquant son Avoir du chef des décomptes particuliers, ainsi que le total des sommes dont elle est créditrice envers chacune des Administrations contractantes; chaque créance figurant dans ce tableau doit être justifiée par une reconnaissance de l'Office débiteur. || Ce tableau doit parvenir au Bureau international le 19 de chaque mois au plus tard, sous peine de n'être compris que dans la liquidation du mois suivant. || Le Bureau international constate, en rapprochant les reconnaissances, si les tableaux sont exacts. Toute rectification nécessaire est notifiée aux Offices intéressés. || Le Doit de chaque Administration envers une autre est reporté dans un tableau récapitulatif; afin d'établir le total, dont chaque Administration est débitrice, il suffit d'additionner les diverses colonnes de ce tableau récapitulatif. || 5. Le Bureau international réunit les tableaux et les récapitulations en une balance générale indiquant: || a) le total du Doit et de l'Avoir de chaque Administration; || b) le solde débiteur ou le solde créditeur de chaque Administration, représentant la différence entre le total du Doit et le total de l'Avoir; || c) les sommes à payer par une partie des membres de l'Union à une Administration, ou réciproquement les sommes à payer par cette dernière à l'autre partie. || Les totaux des deux catégories de soldes sous a et b doivent nécessairement être égaux. || On pourvoira autant que possible à ce que chaque Administration n'ait à effectuer, pour se libérer, qu'un ou deux paiements distincts. || Toutefois, l'Administration qui se trouve habituellement à découvert vis-à-vis d'une autre Administration pour une somme supérieure à 50 000 francs a le droit de réclamer des acomptes. || Ces acomptes sont inscrits, tant par l'Administration créditrice que par l'Administration débitrice, au bas des tableaux à adresser au Bureau international (voir § 3). || 6. Les reconnaissances (voir § 3) transmises au Bureau international avec les tableaux sont classées par Administration. || Elles

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

servent de base pour l'établissement de la liquidation de chacune des Administrations intéressées. Dans cette liquidation doivent figurer: || a) les sommes afférentes aux décomptes spéciaux portant sur les divers échanges; || b) le total des sommes résultant de tous les décomptes speciaux par rapport à chacune des Administrations intéressées; || c) les totaux des sommes dues à toutes les Administrations créditrices pour chaque branche du service, ainsi que leur total général. || Ce total doit être égal au total du Doit qui figure dans la récapitulation. || Au bas de la liquidation, la balance est établie entre le total du Doit et le total de l'Avoir résultant des tableaux adressés par les Administrations au Bureau international (voir § 3). Le montant net du Doit ou de l'Avoir doit être égal au solde débiteur ou au solde créditeur porté dans la balance générale. En outre, la liquidation statue sur le mode de liquidation, c'est-à-dire qu'elle indique les Administrations en faveur desquelles le paiement doit être effectué par l'Administration débitrice. || Les liquidations doivent être transmises aux Administrations intéressées par le Bureau international, au plus tard le 22 de chaque mois. || 7. Les soldes débiteurs ou créditeurs n'excédant pas 500 francs peuvent être reportés à la liquidation du mois suivant, à la condition toutefois que les Administrations intéressées soient en rapport mensuel avec le Bureau international. Il est fait mention de ce report dans les récapitulations et dans les liquidations pour les Administrations créditrices et débitrices. L'Administration débitrice fait parvenir, le cas échéant, à l'Administration créditrice, une reconnaissance de la somme due, pour être portée au prochain tableau.

XXXVII.

Langue.

1. Les feuilles d'avis, tableaux, relevés et autres formules à l'usage des Administrations de l'Union pour leurs relations réciproques doivent, en règle générale, être rédigés en langue française, à moins que les Administrations intéressées n'en disposent autrement par une entente directe. || 2. En ce qui concerne la correspondance de service, l'état de choses actuel est maintenu, sauf autre arrangement à intervenir ultérieurement et d'un commun accord entre les Administrations intéressées.

XXXVIII.

Ressort de l'Union.

Sont considérés comme appartenant à l'Union postale universelle: || 1° les bureaux de poste allemands établis à Apia (îles Samoa) et à Shang-Haï (Chine) comme relevant de l'Administration des postes d'Allemagne, || 2° la principauté de Liechtenstein, comme relevant de l'Administration des postes d'Autriche; || 3° l'Islande et les îles Féroë, comme faisant partie du Danemark; || 4° les possessions espagnoles de la côte septentrionale d'Afrique, comme faisant partie de l'Espagne; la République du Val d'Andorre, les établissements de poste de

l'Espagne sur la côte occidentale du Maroc, comme relevant de l'Administration des postes espagnoles; || 5° l'Algérie, comme faisant partie de la France; la principauté de Monaco et les bureaux de poste français établis à Tanger (Maroc), à Shang-Haï (Chine) et à Zanzibar, comme relevant de l'Administration des postes de France; le Cambodge, l'Annam et le Tonkin, comme assimilés, quant au service postal, à la colonie française de Cochinchine; || 6° les agences postales que l'Administration des postes de Gibraltar entretient à Tanger, Laraïche, Rabat, Casablanca, Saffi, Mazagan et Mogador (Maroc); || 7° les bureaux de poste que l'Administration de la colonie anglaise de Hong-Kong entretient à Hoihow (Kiung-Schow), Canton, Swatow, Amoy, Foo-Chow, Ningpo, Shang-Haï et Hankow (Chine); || 8° les établissements de poste indiens d'Aden, de Zanzibar, de Mascate, du golfe Persique et de Guadur, comme relevant de l'Administration des postes de l'Inde britannique; || 9° la République de Saint-Marin et les bureaux italiens de Tunis et de Tripoli de Barbarie, comme relevant de l'Administration des Postes d'Italie; || 10° les bureaux de poste que l'Administration japonaise a établis à Shang-Haï (Chine), à Fusanpo, à Genzanshin et à Jinsen (Corée); || 11° le Grand-Duché de Finlande, comme faisant partie intégrante de l'Empire de Russie.

XXXIX.

Propositions faites dans l'intervalle des réunions.

1. Dans l'intervalle qui s'écoule entre les réunions, toute Administration des postes d'un pays de l'Union a le droit d'adresser aux autres Administrations participantes, par l'intermédiaire du Bureau international, des propositions concernant les dispositions du présent Règlement. || 2. Toute proposition est soumise au procédé suivant: || Un delai de cinq mois est laissé aux Administrations de l'Union pour examiner les propositions et pour faire parvenir au Bureau international, le cas échéant, leurs observations, amendements ou contre-propositions. Les réponses sont réunies par les soins du Bureau international et communiquées aux Administrations avec l'invitation de se prononcer. Les Administrations qui n'ont point fait parvenir leur vote dans un délai de six mois, à compter de la date de la seconde circulaire du Bureau international leur notifiant les observations apportées, sont considérées comme s'abstenant. || 3. Pour devenir exécutoires, les propositions doivent réunir, savoir: || 1° l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouveaux articles ou de la modification des dispositions du présent article et des articles III, IV, V, XII, XXVII, XXX, XXXI et XL; || 2° les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions des articles I, II, VIII, IX, XI, XIV, XV, XVI, XVIII, XIX, XX, XXI, XXIII, XXIV, XXV, XXVI, XXVIII, XXXIV, XXXVI, XXXVII et XXXVIII; || 3° la simple majorité absolue, s'il s'agit, soit de la modification des dispositions autres que celles indiquées ci-dessus, soit de l'interprétation des diverses dispositions du Règlement, sauf le cas de litige prévu à l'article 23 de la Convention. || 4. Les résolutions valables sont con-

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

sacrées par une simple notification du Bureau international à toutes les Administrations de l'Union. || 5. Toute modification ou résolution adoptée n'est exécutoire que deux mois, au moins, après sa notification.

(Uebersetzung.)

Weltpostverein.

Weltpostvertrag,

abgeschlossen zwischen

Deutschland und den Deutschen Schutzgebieten, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Argentinischen Republick, Oestereich-Ungarn, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bulgarien, Chile, der Republik Columbien, dem Unabhängigen Kongostaat, der Republik Costa-Rica, Dänemark und den Dänischen Kolonien, der Republik San Domingo, Egypten, Ecuador, Spanien und den Spanischen Kolonien, Frankreich und den Französischen Kolonien, Grossbritannien und verschiedenen Britischen Kolonien, den Britischen Kolonien von Australasien, Canada, Britisch-Indien, Griechenland, Guatemala, der Republik Haiti, dem Königreich Hawai, der Republik Honduras, Italien, Japan, der Republik Liberia, Luxemburg, Mexico, Montenegro, Nicaragua, Norwegen, Paraguay, Niederland und den Niederländischen Kolonien, Peru, Persien, Portugal und den Portugiesischen Kolonien, Rumänien, Russland, Salvador, Serbien, dem Königreich Siam, der Südafrikanischen Republik, Schweden, der Schweiz, der Regentschaft Tunis, der Türkei, Uruguay und den Vereinigten Staaten von Venezuela.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen der vorstehend aufgeführten Länder haben, nachdem sie auf Grund des Artikels 19 des am 1. Juni 1878 in Paris abgeschlossenen Weltpostvertrages zu einem Kongress in Wien zusammengetreten sind, in gemeinschaftlichem Einverständniss und unter Vorbehalt der Ratifikation, den gedachten Vertrag sowie das darauf bezügliche Lissaboner Zusatzabkommen vom 21. März 1885 im Wege der Revision folgendermassen abgeändert.

Artikel 1.

Die am gegenwärtigen Vertrage theilnehmenden, sowie die demselben später beitretenden Länder bilden, für den gegenseitigen Austausch der Korrespondenzen zwischen ihren Postanstalten, ein einziges Postgebiet, welches den Namen „Weltpostverein“ führt.

Artikel 2.

Die Bestimmungen dieses Vertrages erstrecken sich auf Briefe, einfache Postkarten und Postkarten mit bezahlter Antwort, Drucksachen jeder Art, Geschäftspapiere und Waarenproben, welche aus einem der Vereinsländer her-

führen und nach einem anderen gerichtet sind. Auch finden diese Bestimmungen in gleicher Weise Anwendung auf den Postaustausch der vorbezeichneten Gegenstände zwischen Vereinsländern und fremden, dem Vereine nicht angehörigen Ländern, sofern bei diesem Austausche das Gebiet von mindestens zweien der vertragschliessenden Theile berührt wird.

Artikel 3.

1. Die Postverwaltungen angrenzender oder solcher Länder, welche, ohne sich der Vermittelung einer dritten Verwaltung zu bedienen, in unmittelbare Verbindung treten können, ordnen in gemeinsamem Einverständniss die Bedingungen der Beförderung der beiderseitigen Briefposten über die Grenze oder von einer Grenze zur anderen. || 2. Wofern keine gegentheilige Abmachung besteht, werden als Leistungen dritter Verwaltungen diejenigen Seebeförderungen angesehen, welche unmittelbar zwischen zwei Ländern mittels der von einem derselben abhängigen Postdampfer oder anderen Schiffe ausgeführt werden. Diese Beförderungen, sowie diejenigen, welche zwischen zwei Postanstalten eines und desselben Landes durch Vermittelung der von einem anderen Lande abhängigen See- oder Landpostverbindungen ausgeführt werden, unterliegen den Bestimmungen des folgenden Artikels.

Artikel 4.

1. Die Freiheit des Transits ist im gesammten Gebiete des Vereins gewährleistet. || 2. In Folge dessen können sich die verschiedenen Vereins-Postverwaltungen durch Vermittelung einer oder mehrerer anderer derselben sowohl geschlossene Briefposten als lose Korrespondenzen, je nach dem Verkehrsbedürfniss und den Erfordernissen des Postdienstes, gegenseitig zufertigen. || 3. Die Korrespondenzen, welche zwischen zwei Vereinsverwaltungen entweder im offenen Transit oder in geschlossenen Briefposten mittels der Postverbindungen einer oder mehrerer anderer Vereinsverwaltungen ausgetauscht werden, unterliegen zu Gunsten jedes der Transitländer oder derjenigen Länder, deren Postverbindungen bei der Beförderung betheiligt sind, den nachstehenden Transitgebühren: || 1. für die Landbeförderung 2 Franken für das Kilogramm Briefe oder Postkarten und 25 Centimen für das Kilogramm anderer Gegenstände; || 2. für die Seebeförderung 15 Franken für das Kilogramm Briefe oder Postkarten und 1 Frank für jedes Kilogramm anderer Gegenstände. || 4. Man ist jedoch darüber einverstanden: || 1. dass überall, wo der Transit schon gegenwärtig unentgeltlich oder unter vortheilhafteren Bedingungen stattfindet, dieses Verhältniss ausser in dem nachstehend unter Ziffer 3 vorgesehenen Fall, aufrecht erhalten wird; || 2. dass überall, wo die See-Transitgebühren gegenwärtig auf 5 Franken für das Kilogramm Briefe oder Postkarten und auf 50 Centimen für das Kilogramm anderer Gegenstände festgesetzt sind, diese Vergütungssätze beibehalten werden; || 3. dass jede Seebeförderung von nicht mehr als 300 Seemeilen unentgeltlich stattfindet, wenn die betheiligte Verwaltung für die betreffenden Briefposten oder Korrespondenzen schon die

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

Vergütung der Land-Transitgebühr zu beanspruchen hat; anderenfalls wird die Beförderung nach dem Satze von 2 Franken für das Kilogramm Briefe oder Postkarten und 25 Centimen für das Kilogramm anderer Gegenstände bezahlt; || 4. dass in dem Falle der Betheiligung zweier oder mehrerer Verwaltungen an der Seebeförderung die See-Transitgebühren für die gesammte Beförderung den Satz von 15 Franken für das Kilogramm Briefe oder Postkarten und 1 Frank für das Kilogramm anderer Gegenstände nicht übersteigen dürfen; diese Gebühren werden eintretenden Falls zwischen den betheiligten Verwaltungen nach Verhältniss der zurückgelegten Strecken getheilt, unbeschadet anderweiter Vereinbarungen zwischen den betreffenden Verwaltungen; || 5. dass die im gegenwärtigen Artikel angegebenen Vergütungssätze weder für Posttransporte der nicht zum Verein gehörigen Verwaltungen, noch für Posttransporte innerhalb des Vereins mittels solcher aussergewöhnlichen Verbindungen gelten, die von einer Verwaltung im Interesse oder auf Verlangen einer oder mehrerer anderen Verwaltungen besonders hergestellt oder unterhalten werden. Die Bedingungen für diese beiden Arten von Posttransporten werden zwischen den betheiligten Verwaltungen in freier Vereinbarung geregelt. || 5. Die Transitgebühren sind von der Verwaltung des Aufgabegebiets zu tragen. || 6. Die Abrechnung über diese Gebühren erfolgt auf Grund von Nachweisungen, welche alle drei Jahre während eines Zeitraumes von 28 Tagen aufgestellt werden, der durch die im nachfolgenden Artikel 20 vorgesehene Ausführungs-Uebereinkunft zu bestimmen ist. || 7. Der Schriftwechsel der Postverwaltungen untereinander, die nach dem Ursprungslande zurückgesandten Antwort-Postkarten, nachgesandten oder unrichtig geleiteten Gegenstände, unanbringlichen Sendungen, Rückscheine, Postanweisungen und alle anderen postdienstlichen Papiere sind von Land- und See-Transitgebühren befreit.

Artikel 5.

1. Das Porto für die Beförderung der Postsendungen im gesammten Vereinsgebiet, einschliesslich der Bestellung derselben in denjenigen Vereinsländern, in welchen ein Bestellungsdienst besteht oder später eingerichtet wird, beträgt: || 1. bei Briefen 25 Centimen im Frankirungsfalle, anderenfalls das Doppelte, für jeden Brief und für je 15 Gramm oder einen Theil von 15 Gramm; || 2. bei Postkarten 10 Centimen für die einfache Karte oder für jeden der beiden Theile der Karte mit bezahlter Antwort.

Unfrankirte Postkarten unterliegen der Taxe für unfrankirte Briefe; || 3. bei Drucksachen jeder Art, Geschäftspapieren und Waarenproben 5 Centimen für jeden mit einer besonderen Aufschrift versehenen Gegenstand oder jedes derartige Packet und für je 50 Gramm oder einen Theil von 50 Gramm, vorausgesetzt, dass dieser Gegenstand oder dieses Packet weder einen Brief, noch einen geschriebenen Vermerk enthält, welcher die Eigenschaft einer eigentlichen und persönlichen Korrespondenz hat, und dass die Sendung derart beschaffen ist, dass der Inhalt leicht geprüft werden kann. || Die Taxe der Ge-

schäftspapiere darf nicht weniger als 25 Centimen für jede Sendung, und die Taxe der Waarenproben nicht weniger als 10 Centimen für jede Sendung betragen. || 2. Ausser den in dem vorstehenden Paragraphen festgesetzten Taxen können zur Erhebung kommen: || 1. für jede Sendung, welche den See-Transitgebühren von 15 Franken für das Kilogramm Briefe oder Postkarten und 1 Frank für das Kilogramm anderer Gegenstände unterliegt, und zwar in allen Verkehrsbeziehungen, auf welche diese Transitsätze anwendbar sind, eine einheitliche Zuschlagstaxe, welche 25 Centimen für das einfache Briefporto, 5 Centimen für jede Karte und 5 Centimen für je 50 Gramm oder einen Theil von 50 Gramm bei den anderen Gegenständen nicht übersteigen darf; || 2. für jeden Gegenstand, der mit Postverbindungen von nicht zum Verein gehörigen Verwaltungen, oder mit aussergewöhnlichen Verbindungen innerhalb des Vereins gegen besondere Gebühren befördert wird, eine zu diesen Gebühren im Verhältniss stehende Zuschlagstaxe. || 3. Bei ungenügender Frankirung werden Korrespondenzgegenstände jeder Art zu Lasten der Empfänger mit dem doppelten des Fehlbetrages taxirt; doch darf diese Taxe niemals dasjenige Porto übersteigen, welches im Bestimmungslande für unfrankirte Sendungen gleicher Gattung sowie gleichen Gewichts und Ursprungs erhoben wird. || 4. Andere Gegenstände als Briefe und Postkarten müssen wenigstens theilweise frankirt sein. || 5. Waarenprobensendungen dürfen Gegenstände von Handelswerth nicht enthalten; dieselben sollen nicht über 250 Gramm schwer sein und in ihren Ausdehnungen 30 Centimeter in der Länge, 20 Centimeter in der Breite und 10 Centimeter in der Höhe, oder, wenn dieselben Rollenform haben, 30 Centimeter in der Länge und 15 Centimeter im Durchmesser nicht überschreiten. Jedoch sind die Verwaltungen der betheiligten Länder ermächtigt, in gemeinschaftlichem Einverständniss für ihren gegenseitigen Austausch höhere Gewichts- und Ausdehnungsgrenzen als die vorbezeichneten zuzulassen. || 6. Sendungen mit Geschäftspapieren und Drucksachen sollen das Gewicht von 2 Kilogramm nicht überschreiten und an keiner Seite eine Ausdehnung von mehr als 45 Centimeter haben. Jedoch können Packete in Rollenform, deren Durchmesser 10 Centimeter und deren Länge 75 Centimeter nicht übersteigt, zur Postbeförderung zugelassen werden.

Artikel 6.

1. Die im Artikel 5 bezeichneten Gegenstände können unter Einschreibung versendet werden. || 2. Für Einschreibsendungen hat der Absender zu entrichten: || 1. das gewöhnliche Porto der frankirten Sendungen gleicher Gattung; || 2. eine Einschreibgebühr von höchstens 25 Centimen einschliesslich der Ausfertigung eines Einlieferungsscheins für den Absender. || 3. Der Absender einer Einschreibsendung kann, gegen eine im Voraus zu entrichtende Gebühr von höchstens 25 Centimen, einen Rückschein erhalten.

Artikel 7.

1. Die eingeschriebenen Korrespondenzen können im Verkehr derjenigen Länder, deren Verwaltungen über die Einführung eines solchen Dienstes sich

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

verständigen, mit Nachnahme bis zum Betrage von 500 Franken belastet versandt werden. Diese Gegenstände unterliegen derselben Behandlung und Taxirung wie Einschreibsendungen. || 2. Der vom Empfänger eingezogene Betrag ist nach Abzug der gewöhnlichen Postanweisungsgebühr und einer Einziehungsgebühr von 10 Centimen dem Absender mittels Postanweisung zuzusenden.

Artikel 8.

1. Geht eine Einschreibsendung verloren, so hat der Absender, oder auf dessen Verlangen der Empfänger, den Fall höherer Gewalt ausgenommen, Anspruch auf eine Entschädigung von 50 Franken. || 2. Die Verpflichtung zur Zahlung des Ersatzbetrages liegt derjenigen Verwaltung ob, welcher die Aufgabe-Postanstalt angehört. Dieser Verwaltung wird vorbehalten, ihren Anspruch gegen die verantwortliche Verwaltung, d. h. gegen diejenige, auf deren Gebiete oder in deren Betriebe der Verlust stattgefunden hat, geltend zu machen.*)

3. Bis zum Nachweise des Gegentheiles liegt die Verantwortlichkeit derjenigen Verwaltung ob, welche den Gegenstand unbeanstandet übernommen hat und weder dessen Aushändigung an den Empfänger, noch, eintretenden Falls, die vorschriftsmässige Weitersendung an die folgende Verwaltung nachweisen kann. Die Verantwortlichkeit für die postlagernden Sendungen hört auf, sobald dieselben einer Person behändigt sind, welche nach Massgabe der im Bestimmungslande bestehenden Vorschriften die Uebereinstimmung ihres Namens und ihrer Eigenschaft mit den Angaben der Adresse nachgewiesen hat. || 4. Die Zahlung des Ersatzbetrages durch die Verwaltung des Aufgabegebietes soll sobald als möglich und spätestens innerhalb eines Jahres, vom Tage der Nachfrage ab gerechnet, stattfinden. Die verantwortliche Verwaltung ist verpflichtet, der Verwaltung des Aufgabegebietes den von derselben gezahlten Ersatzbetrag ohne Verzug zu erstatten. Im Falle die verantwortliche Verwaltung der Verwaltung des Aufgabegebietes angekündigt hat, Zahlung nicht zu leisten, hat dieselbe der letztbezeichneten Verwaltung die in Folge der Nichtzahlung etwa sich ergebenden Kosten zu erstatten. || 5. Man ist darüber einverstanden, dass der Anspruch auf Entschädigung nur zulässig ist, wenn derselbe innerhalb eines Jahres, vom Tage der Aufgabe der Einschreibsendung an gerechnet, erhoben wird; nach Ablauf dieses Zeitraumes steht dem Absender ein Anspruch auf irgend eine Entschädigung nicht zu. || 6. Wenn der Verlust während der Beförderung stattgefunden hat, ohne dass festgestellt werden kann, auf welchem Landesgebiete dies geschehen ist, so wird der Schaden von den betheiligten Verwaltungen zu gleichen Theilen getragen. || 7. Die Ersatzverbindlichkeit der Postverwaltungen für Einschreibsendungen

*) Anmerk. der amtlichen deutschen Ausgabe. Eine Ersatzpflicht übernehmen zur Zeit noch nicht: die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien (Republik), Brasilien, die Britisch-Australischen Kolonieen, Canada, Ecuador, Guatemala, Mexico, Paraguay, Peru.

hört auf, sobald der Empfangsberechtigte Quittung ertheilt und die Sendung übernommen hat.

Artikel 9.

1. Der Absender einer Briefsendung kann dieselbe zurücknehmen oder ihre Aufschrift abändern lassen, so lange die Sendung dem Empfänger noch nicht ausgehändigt ist. || 2. Das hierauf bezügliche Verlangen wird entweder brieflich oder telegraphisch auf Kosten des Absenders übermittelt. Letzterer hat dafür zu entrichten: || 1. wenn die Uebermittlung brieflich erfolgt, die Taxe für einen einfachen Einschreibbrief; || 2. wenn die Uebermittelung auf telegraphischem Wege geschieht, die Taxe des Telegramms nach dem gewöhnlichen Tarif. || 3. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels sind für diejenigen Länder nicht verbindlich, deren Gesetzgebung dem Absender nicht gestattet, über eine Sendung während der Beförderung derselben zu verfügen.

Artikel 10.

Diejenigen Vereinsländer, welche nicht den Franken zur Münzeinheit haben, setzen die Taxen in ihrer eigenen Währung fest, zum entsprechenden Werth der in den vorhergehenden Artikeln 5 und 6 bestimmten Beträge. Diese Länder sind befugt, die Bruchtheile nach Massgabe der Übersicht abzurunden, welche in der im Artikel 20 des gegenwärtigen Vertrages erwähnten Ausführungs-Übereinkunft enthalten ist.

Artikel 11.

1. Die Frankirung der Sendungen kann nur mittels der im Aufgabelande für die Privatkorrespondenz gültigen Postwerthzeichen bewirkt werden. Jedoch werden die Antwort-Postkarten, auf welchen sich Postwerthzeichen des Ursprungslandes dieser Karten befinden, als gültig frankirt angesehen. || 2. Hiervon ausgenommen sind lediglich die auf den Postdienst bezüglichen, zwischen den Postverwaltungen ausgetauschten amtlichen Korrespondenzen, welche portofrei befördert werden. || 3. Die auf offenem Meere mittels Schiffsbriefkastens oder bei den Schiffsführern aufgelieferten Korrespondenzgegenstände können nach dem Tarif und mit Postwerthzeichen desjenigen Landes frankirt werden, welchem das Schiff angehört oder dessen Flagge es führt. Wenn die Auflieferung an Bord während des Aufenthalts am Anfangs- oder Endpunkt der Fahrt oder in einem der Zwischenhäfen statthat, kann die Frankirung nur nach dem Tarif und mit Werthzeichen desjenigen Landes bewirkt werden, in dessen Gewässern sich das Schiff befindet.

Artikel 12.

1. Jede Verwaltung behält unverkürzt die von ihr auf Grund der vorhergehenden Artikel 5, 6, 7, 10 und 11 erhobenen Summen, abgesehen von der Vergütung, welche für die im §. 2 des Artikels 7 bezeichneten Postanweisungen zu zahlen ist. || 2. Es findet daher eine Abrechnung hierüber, vorbehaltlich der im §. 1 des gegenwärtigen Artikels vorgesehenen Vergütung, zwischen den

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

verschiedenen Vereinsverwaltungen nicht statt. || 3. Briefe und andere Postsendungen dürfen weder im Ursprungslande, noch im Bestimmungslande, sei es zu Lasten der Absender oder der Empfänger, einem anderen Porto oder einer anderen Postgebühr unterworfen werden, als in den vorbezeichneten Artikeln festgesetzt sind.

Artikel 13.

1. In denjenigen Vereinsländern, welche einwilligen, sich in ihrem gegenseitigen Verkehr mit diesem Dienstzweige zu befassen, werden Briefsendungen jeder Art auf Verlangen des Absenders dem Empfänger sogleich nach der Ankunft durch besonderen Boten zugestellt. || 2. Diese Sendungen, welche „Eilsendungen" genannt werden, unterliegen einer besonderen Bestellgebühr, welche auf 30 Centimen festgesetzt ist und vom Absender, neben dem gewöhnlichen Porto, zum vollen Betrage im Voraus entrichtet werden muss. Diese Gebühr verbleibt der Verwaltung des Aufgabegebietes. || 3. Ist der Gegenstand nach einem Ort ohne Postanstalt gerichtet, so kann die Postverwaltung des Bestimmungsgebietes eine Ergänzungsgebühr bis zur Höhe desjenigen Betrages erheben, den sie in ihrem inneren Verkehr für die Eilbestellung festgesetzt hat, unter Anrechnung der vom Absender entrichteten Gebühr oder des entsprechenden Betrages in der Währung des die Ergänzungsgebühr erhebenden Landes. || 4. Eilsendungen, welche nicht zum vollen Betrage der im Voraus zu entrichtenden Taxen frankirt sind, werden auf dem gewöhnlichen Wege bestellt.

Artikel 14.

1. Für die Nachsendung von Postsendungen innerhalb des Vereinsgebietes wird ein Nachschussporto nicht erhoben. || 2. Bei unbestellbar gebliebenen Sendungen tritt eine Erstattung der den betheiligten Verwaltungen für die erstmalige Beförderung dieser Sendungen zukommenden Transitgebühren nicht ein. || 3. Unfrankirte Briefe und Postkarten, sowie unzureichend frankirte Briefsendungen jeder Art, welche wegen Unbestellbarkeit oder in Folge Nachsendung nach dem Aufgabelande zurückgelangen, unterliegen denselben Taxen, wie gleichartige Gegenstände, welche unmittelbar aus dem ersten Bestimmungslande nach dem Ursprungslande versandt werden.

Artikel 15.

1. Zwischen den Postanstalten eines der vertragschliessenden Länder und den Befehlshabern der in fremden Gewässern weilenden Geschwader oder Kriegschiffe desselben Landes können mittels der Land- und Seepostverbindungen anderer Länder geschlossene Briefposten ausgetauscht werden. || 2. In diesen Briefposten dürfen nur solche Korrespondenzen enthalten sein, welche an die Stäbe und Mannschaften der die Briefposten empfangenden, bz. absendenden Schiffe gerichtet sind, bz. von denselben herrühren. Die in Anwendung zu bringenden Tarife und Versendungsbedingungen werden von der Postverwaltung desjenigen Landes, welchem die Schiffe angehören, nach Massgabe ihrer in-

ländischen Verordnungen bestimmt. || 3. Vorbehaltlich anderer Vereinbarung zwischen den betheiligten Verwaltungen hat diejenige Postverwaltung, welche die beregten Briefposten absendet oder empfängt, den transitleistenden Verwaltungen Transitgebühren nach Massgabe der Bestimmungen in Artikel 4 zu zahlen.

Artikel 16.

1. Es werden nicht befördert: || a) Geschäftspapiere, Mustersendungen und Drucksachen, welche nicht wenigstens theilweise frankirt sind oder welche sich nach Massgabe ihrer Beschaffenheit nicht leicht auf ihren Inhalt prüfen lassen; || b) Gegenstände derselben Gattungen, sofern sie die im Artikel 5 festgesetzten Gewichts- und Ausdehnungsgrenzen überschreiten; || c) Waarenproben, welche einen Handelswerth haben;· || 2. Vorkommenden Falles sind die vorerwähnten Sendungen nach dem Aufgabeort zurückzuleiten und daselbst dem Absender, wenn möglich, wieder zuzustellen. || 3. Es ist verboten: || 1. mit der Post zu versenden: || a) Mustersendungen und andere Gegenstände, welche ihrer Natur nach für die Postbeamten Gefahren mit sich bringen, bez. die Korrespondenzgegenstände beschmutzen oder verderben können; || b) explodirbare, leicht entzündliche oder gefährliche Stoffe; lebende oder todte Thiere und Insekten, soweit hierfür nicht Ausnahmen in den Ausführungsbestimmungen vorgesehen sind; || 2. in die gewöhnlichen oder eingeschriebenen Briefpostsendungen einzulegen: || a) im Umlauf befindliche Münzen; b) zollpflichtige Gegenstände; || c) Gold- und Silbersachen, Edelsteine, Schmucksachen und andere kostbare Gegenstände, aber nur in dem Falle, dass das Einlegen oder die Beförderung derselben durch die Gesetzgebung der betreffenden Länder verboten ist. || 4. Die Sendungen, welche unter die Verbote des vorhergehenden Paragraphen fallen und etwa unrichtig zur Beförderung zugelassen worden sind, müssen nach dem Aufgabeorte zurückgesandt werden, es sei denn, dass die Verwaltung des Bestimmungslandes durch ihre Gesetzgebung oder inländischen Verordnungen ermächtigt ist, anderweit darüber zu verfügen. || 5. Der Regierung jedes Vereinslandes ist übrigens das Recht vorbehalten, sowohl die der ermässigten Taxe unterworfenen Gegenstände, in Betreff deren den bestehenden Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften über die Bedingungen ihrer Veröffentlichung oder Verbreitung in diesem Lande nicht genügt sein sollte, als auch Korrespondenzgegenstände jeder Art, welche augenscheinlich Bemerkungen, Zeichen u. s. w. tragen, die nach den gesetzlichen oder reglementarischen Vorschriften dieses Landes unstatthaft sind, von der Beförderung und Bestellung auf ihrem Gebiete auszuschliessen.

Artikel 17.

1. Diejenigen Vereinsverwaltungen, welche mit ausserhalb des Vereinsgebietes belegenen Ländern Verbindungen unterhalten, gestatten allen anderen Vereinsverwaltungen, diese Verbindungen zum Austausche der Korrespondenzen mit den genannten Ländern zu benutzen. || 5. Auf Korrespondenzen, welche

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

zwischen einem Vereinslande und einem dem Verein nicht angehörigen Lande in offenem Transit durch ein anderes Vereinsland ausgetauscht werden, finden für die Beförderung ausserhalb der Grenzen des Vereinsgebietes die Verträge, Uebereinkommen oder besonderen Bestimmungen Anwendung, welche die Postbeziehungen zwischen dem letzteren Lande und dem nicht zum Verein gehörigen Lande regeln. || 3. In Hinsicht auf die Gebühren für den Transit innerhalb des Vereins werden die Korrespondenzen aus oder nach einem fremden Lande den Korrespondenzen aus oder nach demjenigen Vereinslande gleichgestellt, welches die Beziehungen mit erstgedachtem Lande unterhält. || 4. In Hinsicht auf die Gebühren für den Transit ausserhalb der Grenzen des Vereins unterliegen die Korrespondenzen nach einem fremden Lande zu Gunsten des Vereinslandes, welches die Beziehungen mit dem nicht zum Verein gehörigen Lande unterhält, folgenden Transitsätzen: || a) für die Seebeförderung ausserhalb des Vereins 20 Franken für das Kilogramm Briefe und Postkarten und 1 Frank für das Kilogramm anderer Gegenstände; || b) für die Landbeförderung ausserhalb des Vereins vorkommenden Falles diejenigen Gebühren für das Kilogramm, welche von dem Lande, das die Beziehungen mit dem zur Vermittelung dienenden fremden Lande unterhält, bekanntgegeben werden. || 5. Im Falle zwei oder mehrere Verwaltungen an der Seebeförderung theilnehmen, dürfen die Gebühren der gesammten Seebeförderung innerhalb und ausserhalb der Vereinsgrenzen 20 Franken für das Kilogramm Briefe und Postkarten und 1 Frank für jedes Kilogramm anderer Gegenstände nicht übersteigen. Eintretenden Falles werden diese Gebühren nach Verhältniss der zurückgelegten Entfernungen zwischen den betheiligten Verwaltungen getheilt, unbeschadet anderweiter Abmachungen der Letzteren. || 6. Die vorerwähnten Gebühren für den Transit ausserhalb des Vereins finden auf alle in offenem Transit oder in geschlossenen Briefposten beförderten Korrespondenzen Anwendung und sind von der Verwaltung des Aufgabegebietes zu bezahlen. Jedoch muss im Falle der Versendung geschlossener Briefposten aus einem Vereinslande nach einem nicht zum Verein gehörigen Lande oder aus einem nicht zum Verein gehörigen Lande nach einem Vereinslande über die Art der Zahlung der Transitgebühren eine zuvorige Vereinbarung zwischen den betheiligten Verwaltungen getroffen werden. || 7. Die Abrechnung über die Transitgebühren für die zwischen einem Vereinslande und einem fremden Lande durch Vermittelung eines anderen Vereinslandes ausgetauschten Korrespondenzen erfolgt auf Grund von Nachweisungen, welche zur gleichen Zeit aufgestellt werden, wie diejenigen, die in Gemässheit des vorhergehenden Artikels 4 für die Berechnung der Transitgebühren innerhalb des Vereins anzufertigen sind. || 8. Die in einem Vereinslande zu erhebenden Taxen für solche Sendungen nach und vom Vereinsauslande, bei welchen die Vermittelung eines anderen Vereinslandes eintritt, dürfen niemals niedriger sein, als die Normalsätze des Vereins. Die Taxen kommen ungetheilt dem Lande zu, welches sie erhebt.

Artikel 18.

Die Hohen vertragschliessenden Theile verpflichten sich, die nothwendigen Massregeln zu ergreifen oder bei ihrer Gesetzgebung vorzuschlagen, um die betrügerische Verwendung von gefälschten oder schon gebrauchten Postwerthzeichen zur Frankirung von Postsendungen unter Strafe zu stellen. Sie verpflichten sich gleicherweise, die nothwendigen Massregeln zu treffen oder bei ihrer Gesetzgebung vorzuschlagen, um alle betrügerischen Handlungen zur Herstellung, zum Verkauf, Vertrieb oder zur Verbreitung postdienstlicher Vignetten und Werthzeichen, welche gefälscht oder derart nachgemacht sind, dass sie mit den von der Verwaltung eines der vertragschliessenden Länder ausgegebenen Vignetten und Werthzeichen verwechselt werden können, zu verbieten und zu verhindern.

Artikel 19.

Der Dienst der Briefe und Kästchen mit Werthangabe, der Postanweisungen, Postpackete, Postaufträge, der Ausweisbücher und der Postzeitungsdienst bilden den Gegenstand besonderer Abkommen zwischen den verschiedenen Ländern oder Ländergruppen des Vereins.

Artikel 20.

1. Die Postverwaltungen der verschiedenen Länder, welche den Verein bilden, sind befugt, in gemeinsamem Einverständniss mittels einer Ausführungs-Uebereinkunft alle für nothwendig erachteten Dienstvorschriften festzusetzen. || 2. Die verschiedenen Verwaltungen können ausserdem unter sich die erforderlichen Abkommen über solche Angelegenheiten treffen, welche nicht die Gesammtheit des Vereins angehen, vorausgesetzt, dass diese Abkommen den Festsetzungen des gegenwärtigen Vertrages nicht widersprechen. || 3. Den betheiligten Verwaltungen ist jedoch gestattet, sich untereinander über die Annahme ermässigter Taxen in einem Umkreise von 30 Kilometern zu verständigen.

Artikel 21.

1. Der gegenwärtige Vertrag berührt in keiner Weise die innere Gesetzgebung der Länder in Allem, was durch die in diesem Vertrage enthaltenen Bestimmungen nicht vorgesehen worden ist. || 2. Auch beschränkt der Vertrag nicht die Befugniss der vertragschliessenden Theile, behufs Verbesserung des Postverkehrs Verträge unter sich bestehen zu lassen und neu zu schliessen, sowie engere Vereine aufrechtzuerhalten oder neu zu gründen.

Artikel 22.

1. Unter dem Namen internationales Büreau des Weltpostvereins soll die Centralstelle, welche unter der oberen Leitung der Schweizerischen Postverwaltung wirkt, und deren Kosten von sämmtlichen Postverwaltungen des Vereins bestritten werden, aufrechterhalten bleiben. || 2. Dieses Büreau wird auch ferner die den internationalen Postverkehr betreffenden dienstlichen Mittheilungen sammeln, zusammenstellen, veröffentlichen und vertheilen, in streitigen Fragen

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

auf Verlangen der Betheiligten sich gutachtlich äussern, Anträgen auf Abänderung der Kongress-Urkunden die geschäftliche Folge geben, angenommene Aenderungen bekanntgeben und überhaupt sich mit denjenigen Gegenständen und Aufgaben befassen, welche ihm im Interesse des Postvereins übertragen werden.

Artikel 23.

1. Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei oder mehreren Mitgliedern des Vereins über die Auslegung des gegenwärtigen Vertrages oder hinsichtlich der Verantwortlichkeit einer Verwaltung im Falle des Verlustes einer Einschreibsendung sollen durch ein Schiedsgericht ausgetragen werden, zu welchem jede der betheiligten Verwaltungen ein anderes, bei der Angelegenheit nicht unmittelbar betheiligtes Vereinsmitglied wählt. || 2. Das Schiedsgericht entscheidet nach einfacher Stimmenmehrheit || 3. Bei Stimmengleichheit wählen die Theilnehmer des Schiedsgerichts zur Entscheidung der streitigen Frage eine andere, bei der Angelegenheit gleichfalls unbetheiligte Verwaltung. || 3. Die Bestimmungen dieses Artikels finden auch Anwendung auf alle Uebereinkommen, welche in Gemässheit des vorstehenden Artikels 19 abgeschlossen sind.

Artikel 24.

1. Diejenigen Länder, welche an dem gegenwärtigen Vertrage nicht theilgenommen haben, können demselben auf ihren Antrag beitreten. || 2. Dieser Beitritt wird auf diplomatischem Wege der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft angezeigt, welche allen Vereinsländern davon Nachricht giebt. || 3. Der Beitritt hat mit voller Rechtskraft die Zustimmung zu allen im gegenwärtigen Vertrage festgesetzten Bestimmungen, sowie die Zulassung zu allen durch denselben gewährten Vortheilen zur Folge. || 4. Es ist Sache der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, in gemeinsamem Einverständniss mit der Regierung des betheiligten Landes die Höhe des Beitrages, welchen die Verwaltung dieses Landes zu den Kosten für das internationale Büreau zu zahlen hat, sowie eintretenden Falls die Taxen zu bestimmen, welche von dieser Verwaltung in Gemässheit des vorhergehenden Artikels 10 zu erheben sind.

Artikel 25.

1. Auf Verlangen oder nach Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Regierungen, bz. Verwaltungen werden, je nach der Wichtigkeit der zu erledigenden Fragen, entweder Kongresse von Bevollmächtigten der vertragschliessenden Länder oder einfache Konferenzen der Verwaltungen zusammentreten. || 2. Mindestens alle fünf Jahre soll jedoch ein Kongress abgehalten werden. || 3. Jedes Land kann sich entweder durch einen oder mehrere Bevollmächtigte, oder durch die Bevollmächtigten eines anderen Landes vertreten lassen; indess dürfen der oder die Bevollmächtigten eines Landes nur mit der Vertretung von zwei Ländern, das eigene Land einbegriffen, beauftragt werden. || 4. Bei den Berathungen hat jedes Land nur eine Stimme. || 5. Von jedem

Kongress wird bestimmt, wo der nächste Kongress stattfinden soll. || 6. Für die Konferenzen setzen die Verwaltungen, auf Vorschlag des internationalen Büreaus, den Ort der Zusammenkunft fest.

Artikel 26.

1. Innerhalb der Zeit, welche zwischen den Versammlungen liegt, ist jede Postverwaltung eines Vereinslandes berechtigt, den anderen Vereinsverwaltungen durch Vermittelung des internationalen Büreaus Vorschläge in Betreff des Vereinsverkehrs zu unterbreiten. || 2. Jeder Vorschlag unterliegt folgendem Verfahren: || Den Vereinsverwaltungen wird eine Frist von 5 Monaten gelassen, um die Vorschläge zu prüfen und um dem internationalen Büreau eintretenden Falles ihre Bemerkungen, Abänderungs- oder Gegenvorschläge zukommen zu lassen. Die Antworten werden von dem internationalen Büreau zusammengestellt und den Verwaltungen mit der Aufforderung mitgetheilt, sich für oder gegen dieselben auszusprechen. Diejenigen Verwaltungen, welche nicht innerhalb 6 Monate, vom Datum des zweiten Rundschreibens ab gerechnet, mit dem das internationale Büreau die gemachten Bemerkungen zu ihrer Kenntniss gebracht hat, ihre Stimme abgegeben haben, werden als sich enthaltend angesehen. || 3. Um vollstreckbar zu werden, müssen die Vorschläge erhalten: || 1. Einstimmigkeit, wenn es sich um Aufnahme neuer Artikel oder um Abänderung der Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels und der vorhergehenden Artikel 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 12, 13, 15 und 18 handelt; || 2. zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um die Abänderung anderer Vertragsbestimmungen handelt, als derjenigen der Artikel 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 12, 13, 15, 18, und 26; || 3. einfache Stimmenmehrheit, wenn es sich um die Auslegung der Vertragsbestimmungen handelt, abgesehen von dem im vorhergehenden Artikel 23 vorgesehenen Fall einer Streitigkeit. || 4. Die gültigen Beschlüsse werden in den beiden ersten Fällen durch eine diplomatische Erklärung bestätigt, welche die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft auszufertigen und den Regierungen aller vertragschliessenden Länder zu übersenden hat, im dritten Falle durch eine einfache Bekanntgabe des internationalen Büreaus an alle Vereinsverwaltungen. || 5. Die angenommenen Abänderungen oder gefassten Beschlüsse sind frühestens 2 Monate nach ihrer Bekanntgabe vollstreckbar.

Artikel 27.

Hinsichtlich der Anwendung der vorhergehenden Artikel 22, 25 und 26 werden je nach Umständen als ein einziges Land oder als eine einzige Verwaltung angesehen: || 1. das Britisch-Indische Kaiserreich; || 2. das Dominium Canada; || 3. die Gesammtheit der Britischen Kolonieen Australasiens; || 4. die Gesamtheit der Dänischen Kolonieen; || 5. die Gesammtheit der Spanischen Kolonieen; || 6. Die Gesammtheit der Französischen Kolonieen; || 7. die Gesammtheit der Niederländischen Kolonien; || 8. Die Gesammtheit der Portugiesischen Kolonieen.

Artikel 28.

Nr. 10355. Weltpostverein. 1. Juli 1891.

Der gegenwärtige Vertrag soll am 1. Juli 1892 zur Ausführung gebracht werden und auf unbestimmte Zeit in Kraft bleiben; jeder der vertragschliessenden Theile hat indess das Recht, auf Grund einer von seiner Regierung bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ein Jahr im Voraus gemachten Ankündigung aus dem Verein auszutreten.

Artikel 29.

1. Mit dem Tage der Ausführung des gegenwärtigen Vertrages treten alle Bestimmungen der früher zwischen den verschiedenen Ländern oder Verwaltungen abgeschlossenen Verträge, Uebereinkommen oder sonstigen Akte insoweit ausser Kraft, als sie mit den Festsetzungen des gegenwärtigen Vertrages nicht im Einklang stehen und unbeschadet der im vorhergehenden Artikel 21 vorbehaltenen Rechte. || 2. Der gegenwärtige Vertrag soll sobald als möglich ratifizirt werden. Die Auswechselung der Ratifikationsurkunden soll zu Wien stattfinden. || 3. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der oben bezeichneten Länder den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet zu Wien den vierten Juli Ein Tausend acht Hundert ein und neunzig.

Schlussprotokoll.

Im Begriff, zur Unterzeichnung der durch den Wiener Weltpostkongress vereinbarten Abkommen zu schreiten, sind die unterzeichneten Bevollmächtigten über Folgendes übereingekommen:

I.

In Abweichung von der Bestimmung im Artikel 6 des Vertrages, welcher die Einschreibgebühr auf höchstens 25 Centimen festsetzt, ist vereinbart worden, dass die aussereuropäischen Staaten befugt sein sollen, eine Meistgebühr von 50 Centimen beizubehalten, einschliesslich der Ausfertigung eines Einlieferungsscheins für den Absender.

II.

In Abweichung von den Bestimmungen des Artikels 8 des Vertrages ist vereinbart worden, dass als Uebergangsmassregel denjenigen Verwaltungen der aussereuropäischen Länder, deren Gesetzgebung gegenwärtig dem Grundsatze der Gewährleistung entgegensteht, auch ferner gestattet sein soll, die Anwendung dieses Grundsatzes so lange auszusetzen, bis sie von ihrer gesetzgebenden Gewalt die Ermächtigung zu seiner Einführung erhalten haben. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die anderen Vereinsverwaltungen zur Zahlung einer Entschädigung für die in ihrem Betriebe verloren gehenden Einschreibsendungen nach oder aus den gedachten Ländern nicht verbunden*).

*) Anmerk. d. amtl. deutsch. Ausg. Ist beispielsweise eine aus den Vereinigten Staaten von Amerika herrührende Einschreibsendung nach Deutschland auf amerikanischem oder deutschem Gebiete verloren gegangen, so hat weder der Absender, noch

Da Bolivien, Chile, Costa Rica, die Republik San Domingo, Ecuador, Haïti, Honduras und Nicaragua, welche dem Verein angehören, sich auf dem Kongresse nicht haben vertreten lassen, so bleibt ihnen zu dem Zweck, um den daselbst abgeschlossenen Abkommen oder nur dem einen oder dem anderen derselben beizutreten, das Protokoll offen. || Das Protokoll bleibt ebenfalls offen zu Gunsten der Britischen Kolonieen von Australasien, deren Vertreter die Absicht dieser Länder, dem Weltpostverein vom 1. Oktober 1891 ab beizutreten, erklärt haben*). || Dasselbe bleibt ferner offen für die Südafrikanische Republik, deren Bevollmächtigter auf dem Kongress die Absicht seines Landes, dem Weltpostverein beizutreten, unter Vorbehalt späterer Festsetzung des Zeitpunkts für den Eintritt, kundgegeben hat. || Endlich bleibt, um den übrigen Ländern, welche noch ausserhalb des Vereins stehen, den Beitritt zu erleichtern, denselben das Protokoll gleichfalls offen.

IV.

Das Protokoll wird zu Gunsten der Länder, deren Vertreter heute nur den Hauptvertrag oder nur eine gewisse Zahl der durch den Kongress vereinbarten Abkommen unterzeichnet haben, offen gehalten, damit sie auch den übrigen heute unterzeichneten Abkommen oder einem oder dem anderen derselben beitreten können.

V.

Die in dem vorstehenden Artikel III vorgesehenen Beitrittserklärungen müssen durch die betreffenden Regierungen in diplomatischer Form bei der Kaiserlich Königlich österreichischen Regierung angemeldet werden. Die Frist, welche ihnen für diese Anmeldung bewilligt wird, läuft mit dem 1. Juni 1892 ab.

VI.

Für den Fall, dass eines oder mehrere der an den heute zu Wien unterzeichneten Abkommen betheiligten vertragschliessenden Länder das eine oder andere dieser Abkommen nicht ratifiziren sollten, bleiben diese letzteren nichtsdestoweniger für die Staaten, welche dieselben ratifizirt haben, verbindlich. || Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige

---

der Adressat Anspruch auf Schadenersatz. War die Sendung über England und Belgien befördert und auf englischem oder belgischem Gebiete abhanden gekommen, so ist die englische, bez. belgische Postverwaltung zur Zahlung des Schadenersatzes nicht verpflichtet. || Aehnlich gestaltet sich das Verhältniss in entgegengesetzter Richtung. Handelt es sich jedoch in diesem Falle um eine aus Deutschland herrührende Sendung, und ist dieselbe auf deutschem Gebiete in Verlust gerathen, so soll dafür aus Billigkeitsrücksichten eine Entschädigung von 42 Mark gezahlt werden (§ 10 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871). Zu einer derartigen Entschädigung aus Billigkeitsrücksichten ist indess stets die Genehmigung des Reichs-Postamts erforderlich. || Die Namen der Länder, welche zur Zeit eine Ersatzpflicht nicht übernehmen, sind in der Anmerkung zu Artikel 8 angegeben.

*) Die Britischen Kolonieen von Australasien sind dem Vertrage vom 1. Oktober 1891 ab beigetreten.

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

Schlussprotokoll aufgenommen, welches dieselbe Kraft und dieselbe Gültigkeit haben soll, als wenn seine Bestimmungen in den Text der betreffenden Abkommen selbst aufgenommen worden wären, und sie haben dieses Schlussprotokoll in einem Exemplar unterzeichnet, welches in dem Archiv der österreichischen Regierung niedergelegt, und wovon jedem Theile eine Abschrift zugestellt werden wird.

Geschehen zu Wien, den vierten Juli Ein- Tausend Achthundert ein und neunzig. (Folgen die Unterschriften.)

Aus der „Vollzugsordnung".

XXXII.

Vertheilung der Kosten des internationalen Büreaus.

1. Die gemeinsamen Kosten des internationalen Büreaus dürfen jährlich die Summe von 125 000 Franken nicht übersteigen, die besonderen Kosten, welche durch den Zusammentritt eines Kongresses oder einer Konferenz entstehen, nicht einbegriffen. || 2. Die Schweizerische Postverwaltung überwacht die Ausgaben des internationalen Büreaus, gewährt die nöthigen Vorschüsse und stellt die Jahresrechnung auf, welche allen übrigen Verwaltungen mitgetheilt wird. || 3. Für die Vertheilung der Kosten werden die Vereinsländer in sieben Klassen eingetheilt, von denen jede nach Verhältniss einer gewissen Anzahl von Einheiten ihren Beitrag zahlt, nämlich die

1.	Klasse	25	Einheiten,
2.	„	20	„ ,
3.	„	15	„ ,
4.	„	10	„ ,
5.	„	5	„ ,
6.	„	3	„ ,
7.	„	1	Einheit.

4. Diese Koeffizienten werden mit der Anzahl der zu jeder Klasse gehörenden Länder multiplizirt; die Summe der solchergestalt aus der Multiplikation gefundenen Zahlen ergiebt die Anzahl der Einheiten, durch welche die Gesammtausgabe zu dividiren ist. Der Quotient stellt sodann den auf die Einheit entfallenden Betrag der Ausgabe dar. || 5. Die Vereinsländer werden behufs der Vertheilung der Kosten, wie folgt, eingetheilt: || 1. Klasse: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Grossbritannien, Britisch-Indien, die britischen Kolonieen Australasiens, die Gesammtheit der übrigen Britischen Kolonien ohne Canada, Italien, Russland, Türkei; 2. Klasse: Spanien; || 3. Klasse: Belgien, Brasilien, Canada, Egypten, Japan, Niederland, Rumänien, Schweden, Spanische Kolonieen oder überseeische Spanische Provinzen, Französische Kolonieen, Niederländisch-Indien; || 4. Klasse: Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweiz, Portugiesische Kolonieen; || 5. Klasse:

Argentinien (Republik), Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Chile, Columbien, Griechenland, Mexico, Peru, Serbien, Tunis; || 6. Klasse: Bolivien, Costa-Rica, Republik San Domingo, Ecuador, Guatemala, Haiti, Republik Honduras, Luxemburg, Nicaragua, Paraguay, Persien, deutsche Schutzgebiete, Salvador, Königreich Siam, Uruguay, Venezuela, Dänische Kolonieen, Kolonie Curaçao (oder Niederländische Antillen), Kolonie Surinam (oder Niederländisch-Guyana); || 7. Klasse: Unabhängiger Kongostaat, Hawai, Liberia, Montenegro.

XXXIII.

An das internationale Büreau zu richtende Mittheilungen.

1. Das internationale Büreau dient zur Vermittelung der die internationalen Beziehungen betreffenden regelmässigen und allgemeinen Ankündigungen. || 2. Die Vereinsverwaltungen haben sich namentlich durch Vermittelung des internationalen Büreaus mitzutheilen: || 1. das Verzeichniss der Zuschlagtaxen, welche sie in Anwendung des Artikels 5 des Vertrages ausser dem Vereinsporto für den Seetransit oder für die Kosten aussergewöhnlichen Transports erheben, sowie eine Uebersicht derjenigen Länder, im Verkehr mit welchen diese Zuschlagtaxen erhoben werden, und nöthigen Falls die Bezeichnung der Wege, welche die Erhebung veranlassen; || 2. eine Sammlung ihrer Postwerthzeichen in fünf Exemplaren; || 3. die Nachricht, ob sie von der den Verwaltungen gelassenen Befugniss, gewisse Bestimmungen des Vertrages und des gegenwärtigen Reglements anzuwenden oder nicht anzuwenden, Gebrauch zu machen beabsichtigen. || 3. Jede später eintretende Aenderung bezüglich eines oder des anderen der vorstehenden drei Punkte muss unverzüglich in derselben Weise angemeldet werden. || 4. Das internationale Büreau empfängt gleichfalls von sämmtlichen Vereinsverwaltungen zwei Exemplare aller von denselben herausgegebenen amtlichen Blätter und Werke sowohl über den inneren als auch über den internationalen Dienst. || 5. Die von den Vereinsverwaltungen an das internationale Büreau und umgekehrt ergehenden Korrespondenzen werden in Hinsicht auf die Portofreiheit dem Schriftwechsel zwischen den Verwaltungen gleichgestellt.

XXXIV.

Allgemeine Statistik.

1. Jede Verwaltung lässt alljährlich Ende Juli dem internationalen Büreau eine möglichst vollständige Sammlung statistischer Angaben für das vorausgegangene Jahr zugehen, in Gestalt von Nachweisungen, welche den hier beigefügten Mustern M und N gleich oder ähnlich sind. || 2. Die Dienstverrichtungen, welche zu Eintragungen Anlass geben, bilden den Gegenstand periodischer Aufstellungen nach den ausgeführten Buchungen. || 3. Hinsichtlich aller übrigen Dienstverrichtungen wird eine Zählung vorgenommen, und zwar während mindestens einer Woche für den täglichen, während vier Wochen aber für den nichttäglichen Postaustausch. Jede Verwaltung ist befugt, für jede Korrespondenz-Gattung eine abgesonderte Zählung zu veranstalten. || 4. Jeder Ver-

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

waltung ist das Recht vorbehalten, diese Zählung zu den Zeiten vorzunehmen, welche sich dem mittleren Verhältniss ihres Postverkehrs am meisten nähern.

5. Das internationale Büreau hat die von jeder Verwaltung auszufüllenden statistischen Formulare drucken zu lassen und zu vertheilen. Es ist ferner beauftragt, den Verwaltungen, welche ein bezügliches Ersuchen stellen, alle nöthigen Angaben über die bei Aufstellung der Statistik zu befolgenden Regeln zu liefern, um die Gleichmässigkeit der statistischen Ermittelungen nach Möglichkeit zu sichern.

XXXV.

Wirksamkeit des internationalen Büreaus.

1. Das internationale Büreau fertigt für jedes Jahr eine allgemeine Statistik an. || 2. Es giebt mit Hülfe des zu seiner Verfügung gestellten Materials eine besondere Zeitschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache heraus. 3. Alle durch das internationale Büreau herausgegebenen Amtsschriften werden an die Vereinsverwaltungen vertheilt, und zwar nach Verhältniss der für jede derselben im vorhergehenden Artikel XXXII angegebenen Beitragseinheiten. || 4. Die von diesen Verwaltungen etwa verlangten weiteren Exemplare und Drucksachen werden zum Herstellungspreise besonders bezahlt. || 5. Das internationale Büreau hat sich übrigens jederzeit zur Verfügung der Mitglieder des Vereins zu halten, um ihnen über die auf den internationalen Postdienst bezüglichen Fragen die besonderen Auskünfte zu beschaffen, deren sie bedürfen könnten. || 6. Das internationale Büreau giebt den Anträgen auf Abänderung oder Auslegung der den Verein betreffenden Bestimmungen die geschäftliche Folge und macht die Ergebnisse eines jeden Antrages bekannt. Die zur Annahme gelangten Abänderungen oder Beschlüsse treten frühestens zwei Monate nach erfolgter Bekanntgabe in Vollzug. || 7. Das internationale Büreau bewirkt die Gegenüberstellung und Ausgleichung von Abrechnungen jeder Art zwischen denjenigen Vereinsverwaltungen, welche erklären, sich der Vermittelung dieses Büreaus unter den im nachstehenden Artikel XXXVI festgesetzten Bedingungen bedienen zu wollen. || 8. Das internationale Büreau bereitet die Arbeiten der Kongresse oder Konferenzen vor. Es sorgt für die nöthigen Abschriften und Drucke, sowie für die Abfassung und Vertheilung der Abänderungsvorschläge, Verhandlungsschriften und sonstigen Mittheilungen. || 9. Der Vorsteher des internationalen Büreaus wohnt den Sitzungen der Kongresse oder Konferenzen bei und nimmt an den Verhandlungen, jedoch ohne Stimmrecht, Theil. || 10. Derselbe erstattet alljährlich über seine Geschäftsführung einen Bericht, welcher allen Vereinsverwaltungen mitgetheilt wird. || 11. Amtssprache des internationalen Büreaus ist die französische Sprache. || 12. Das internationale Büreau ist beauftragt, ein alphabetisches Wörterbuch sämmtlicher Postorte der Welt herauszugeben, mit besonderer Kennzeichnung derjenigen Orte, welche an Dienstzweigen theilnehmen, die noch nicht allgemein eingeführt sind. Dieses Wörterbuch wird durch Nachträge oder in sonstiger vom internationalen Büreau als zweckmässig befundener Weise auf dem Laufenden erhalten. || Das im

gegenwärtigen Paragraphen erwähnte Wörterbuch wird den Verwaltungen auf Verlangen zum Selbstkostenpreise geliefert.

XXXVI.

Centralrechnungs- und Ausgleichungsstelle für die Abrechnungen zwischen den Vereinsverwaltungen.

1. Das internationale Büreau des Weltpostvereins erhält die Aufgabe, die Gegenüberstellung und die Ausgleichung der auf den internationalen Postdienst bezüglichen Abrechnungen jeder Art zwischen denjenigen vereinsländischen Verwaltungen zu bewirken, welche den Franken als Münzeinheit besitzen, oder welche sich über das Umrechnungsverhältniss ihrer Währung in Franken und Centimen Metallgeld geeinigt haben. || Die Verwaltungen, welche die Absicht haben, die Mitwirkung des internationalen Büreaus für diesen Ausgleichungsdienst in Anspruch zu nehmen, verständigen sich zu diesem Zweck untereinander und mit dem Büreau. || Jede Verwaltung behält, ungeachtet ihrer Theilnahme, das Recht, nach eigener Wahl für verschiedene Dienstzweige besondere Abrechnungen aufzustellen und die Regelung derselben mit den Betheiligten nach ihrem Belieben zu bewirken, ohne sich dabei der Mitwirkung des internationalen Büreaus zu bedienen. Letzterem hat sie nach dem vorhergehenden Absatz nur anzugeben, für welche Dienstzweige und für welche Länder sie seine Vermittelung in Anspruch nimmt. || Auf Wunsch der betheiligten Verwaltungen können auch die Telegraphen-Abrechnungen dem internationalen Büreau zur Berücksichtigung bei der Ausgleichung angemeldet werden. || Die Verwaltungen, welche von der Vermittelung des internationalen Büreaus zur Gegenüberstellung und Ausgleichung der Abrechnungen Gebrauch machen, können aufhören, sich dieser Vermittelung zu bedienen, wenn sie hiervon das genannte Büreau drei Monate im Voraus benachrichtigt haben. ||
2. Nach Prüfung und Feststellung der Rechnungen übersenden die Verwaltungen sich wechselseitig ein auf Franken und Centimen lautendes Anerkenntniss ihrer Schuld, in welchem Gegenstand, Zeitabschnitt und Ergebniss der Abrechnung bezeichnet sind. || 3. Jede Verwaltung übersendet dem internationalen Büreau monatlich eine Nachweisung, welche ihr Guthaben auf Grund der besonderen Abrechnungen, sowie den Gesammtbetrag ihrer Forderung gegenüber jeder betheiligten Verwaltung angiebt; jede in dieser Nachweisung aufgeführte Forderung muss durch ein Anerkenntniss der schuldenden Verwaltung belegt sein. || Die Nachweisung muss dem internationalen Büreau spätestens bis zum 19. jedes Monats zugehen; anderenfalls wird sie erst bei dem Zahlungsausgleich für den folgenden Monat berücksichtigt. || 4. Das internationale Büreau stellt durch Vergleichung der Anerkenntnisse fest, ob die Nachweisungen richtig sind. Jede nothwendige Berichtigung wird den betheiligten Verwaltungen gemeldet. || Die Schuld jeder Verwaltung gegenüber einer anderen wird in eine Zusammenstellung übertragen; um die Gesammtschuld jeder Verwaltung zu ermitteln, genügt es, die verschiedenen Spalten dieser Zusammenstellung

No. 10355. Weltpost-verein. 4. Juli 1891.

aufzurechnen. || 5. Das internationale Büreau vereinigt die Nachweisungen und Zusammenstellungen in eine Haupt-Gegenüberstellung, welche angiebt: a) die Gesammtschuld und Gesammtforderung jeder Verwaltung; || b) die aus dem Unterschied zwischen der Gesammtschuld und Gesammtforderung sich ergebende Schuld- oder Forderungssumme einer jeden Verwaltung; || c) die Beträge, welche von einem Theil der Vereinsmitglieder an eine Verwaltung zu zahlen sind, oder welche diese letztere an den andern Theil zu entrichten hat. || Die Gesammtsummen der beiden Arten von Rechnungsbeträgen unter a und b müssen nothwendiger Weise übereinstimmen. || Es wird soweit als möglich Vorsorge getroffen werden, dass jede Verwaltung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten nur eine oder zwei getrennte Zahlungen zu leisten hat. || Jedoch hat die Verwaltung, deren Guthaben gegenüber einer anderen Verwaltung gewöhnlich 50 000 Franken übersteigt, das Recht, Abschlagszahlungen zu verlangen. || Diese Abschlagszahlungen werden sowohl von der empfangenden als auch von der zahlenden Verwaltung am Schluss der Nachweisungen, welche an das internationale Büreau zu richten sind (§ 3), vermerkt. || 6. Die dem internationalen Büreau mit den Nachweisungen übersandten Anerkenntnisse (§ 3) werden nach Verwaltungen geordnet. || Sie dienen als Grundlage für die Aufstellung der Abwickelungs-Uebersicht mit jeder der betheiligten Verwaltungen. In diese Abwickelungs-Uebersicht sind aufzunehmen: || a) die aus den Einzelabrechnungen über die verschiedenen Dienstzweige herrührenden Summen; || b) der Gesammtbetrag der aus allen Einzelabrechnungen gegenüber jeder der betheiligten Verwaltungen sich ergebenden Summen; || c) die Gesammtbeträge der allen Forderung habenden Verwaltungen für jeden Dienstzweig geschuldeten Summen, sowie der Gesammtbetrag dieser Schuldsummen. || Dieser Gesammtschuldbetrag muss mit dem Gesammtbetrage der Schuld, welcher in der Zusammenstellung erscheint, übereinstimmen. || Unter der Abwickelungs-Uebersicht wird die Gesammtschuld dem Gesammtguthaben gegenübergestellt, welches sich aus den dem internationalen Büreau von den Verwaltungen zugesandten Nachweisungen (§ 3) ergiebt. Der verbleibende Betrag an Schuld oder an Forderung muss mit der in der Haupt-Gegenüberstellung vermerkten Schuld oder Forderung übereinstimmen. Die Abwickelungs-Uebersicht giebt ferner die Art der Abwickelung an, d. h. sie bezeichnet die Verwaltungen, zu Gunsten deren die Zahlung durch die schuldende Verwaltung bewirkt werden muss. || Die Abwickelungs-Uebersichten müssen den betheiligten Verwaltungen durch das internationale Büreau spätestens am 22. jeden Monats übersandt werden. || 7. Die 500 Franken nicht übersteigenden Schuld- oder Forderungsbeträge können auf die Abwickelungs-Uebersicht des nächsten Monats übertragen werden, sofern die betheiligten Verwaltungen in monatlichem Abrechnungsverhältniss mit dem internationalen Büreau stehen. Diese Uebertragung wird in den Zusammenstellungen und in den Abwickelungs-Uebersichten für die Forderung habenden und schuldenden Verwaltungen vermerkt. Die schuldende Verwaltung übersendet, eintretenden Falles, der Forderung habenden Verwaltung ein

Anerkenntniss des Schuldbetrages, damit derselbe in die nächste Nachweisung aufgenommen wird.

XXXVII.

Geschäftssprache.

Die Briefkarten, Nachweisungen, Verzeichnisse und anderen Formulare für den Gebrauch der Vereinsverwaltungen in ihrem gegenseitigen Verkehr werden im Allgemeinen in französischer Sprache hergestellt, sofern die betheiligten Verwaltungen nicht durch unmittelbare Verständigung hierüber anderweite Bestimmung treffen. || 2. Für den Schriftwechsel in dienstlichen Angelegenheiten verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren, unbeschadet späterer anderweiten Verständigung zwischen den betheiligten Verwaltungen*).

XXXVIII.

Umfang des Vereins.

Als zum Weltpostverein gehörig werden angesehen: || 1. die Deutschen Postanstalten in Apia (Samoa-Inseln) und in Shanghai (China) als von der Deutschen Postverwaltung abhängig; || 2. das Fürstenthum Liechtenstein, als von der Oesterreichischen Postverwaltung abhängig; || 3. Island und die Faröer, als Theile von Dänemark; || 4. die Spanischen Besitzungen an der Nordküste von Afrika als zu Spanien gehörig; die Republik Andorra, die Spanischen Postanstalten an der Westküste von Marokko, als von der Spanischen Postverwaltung abhängig; || 5. Algerien, als zu Frankreich gehörig; das Fürstenthum Monaco und die Französischen Postanstalten in Tanger (Marokko), in Shanghai (China) und in Zanzibar, als von der Französischen Postverwaltung abhängig; Kambodscha, Annam und Tonkin, als in Bezug auf den Postdienst der Französischen Kolonie Cochinchina angegliedert. || 6. die Postagenturen, welche die Postverwaltung von Gibraltar in Tanger, Laraiche, Rabat, Casablanca, Saffi, Mazagan und Mogador (Marokko) unterhält; || 7. die Postanstalten, welche die Verwaltung der Britischen Kolonie Hongkong in Hoihow (Kiung-Schow), Canton, Swatow, Amoy, Foo-Chow, Ningpo, Shanghai und Hankow (China) unterhält; || 8. die Indischen Postanstalten in Aden, Zanzibar, Mascat, am Persischen Golf und in Guadur, als von der Postverwaltung Britisch-Indiens abhängig; || 9. die Republik San Marino und die Italienischen Postanstalten in Tunis und Tripolis (Berberei), als von der Italienischen Postverwaltung abhängig; || 10. die Postanstalten, welche die Japanische Verwaltung in Shanghai (China), in Fusanpo, Genzanshin und Jinsen (Korea) errichtet hat; || 11. das Grossherzogthum Finnland, als Bestandteil des Kaiserreichs Russland.

XXXIX.

Vorschläge im Zeitabschnitt zwischen den Versammlungen.

1. Innerhalb der Zeit, welche zwischen den Versammlungen liegt, ist jede

*) Soweit bisher Formulare in deutscher Sprache von den diesseitigen Auswechselungsstellen benutzt worden sind, verbleibt es auch ferner hierbei. Im Uebrigen haben die diesseitigen Auswechselungs-Postanstalten im Vereinsverkehr nur Karten etc. in französischer Sprache zu gebrauchen.

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

Postverwaltung eines Vereinslandes berechtigt, den anderen Vereinsverwaltungen durch Vermittelung des internationalen Büreaus Vorschläge in Betreff der Bestimmungen der gegenwärtigen Vollzugs-Ordnung zu unterbreiten. || 2. Jeder Vorschlag unterliegt folgendem Verfahren: || Den Vereinsverwaltungen wird eine Frist von 5 Monaten gelassen, um die Vorschläge zu prüfen und um dem internationalen Büreau eintretenden Falles ihre Bemerkungen, Abänderungs- oder Gegenvorschläge zukommen zu lassen. Die Antworten werden von dem internationalen Büreau zusammengestellt und den Verwaltungen mit der Aufforderung mitgetheilt, ihre Erklärung abzugeben. Diejenigen Verwaltungen, welche nicht innerhalb 6 Monate, vom Datum des zweiten Rundschreibens ab gerechnet, mit dem das internationale Büreau die gemachten Bemerkungen zu ihrer Kenntniss gebracht hat, ihre Stimme abgegeben haben, werden als sich enthaltend angesehen. || 3. Um vollstreckbar zu werden, müssen die Vorschläge erhalten: || 1. Einstimmigkeit, wenn es sich um Aufnahme neuer Artikel oder um Abänderung der Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels und der Artikel III, IV, V, XII, XXVII, XXX, XXXI und XL handelt; || 2. zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um die Abänderung der Bestimmungen in den Artikeln I, II, VIII, IX, XI, XIV, XV, XVI, XVIII, XIX, XX, XXI, XXIII, XXIV, XXV, XXVI, XXVIII, XXXIV, XXXVI, XXXVII und XXXVIII handelt; || einfache Stimmenmehrheit, wenn es sich entweder um die Abänderung anderer Bestimmungen, als der vorbezeichneten, oder um die Auslegung der verschiedenen Bestimmungen der Vollzugs-Ordnung handelt, abgesehen von dem im Artikel 23 des Vertrages vorgesehenen Fall einer Streitigkeit. || 4. Die gültigen Beschlüsse werden durch eine einfache Kundmachung des internationalen Büreaus an alle Vereinsverwaltungen bestätigt. || 5. Die angenommenen Abänderungen oder gefassten Beschlüsse sind frühestens 2 Monate nach ihrer Bekanntgabe vollstreckbar.

Uebersicht der Länder,

welche dem Weltpostvertrage, bz. den Neben-Abkommen beigetreten sind, mit Angabe des Tages des Beitritts.

Länder.	Tag des Beitritts zum Weltpostverein*).	z. Werthbrief- bz. Werthkästchen-Uebereinkommen.	zum Postanweisungs-Uebereinkommen.	zur Postpacket-Uebereinkunft.	zum Postauftrags-Uebereinkommen.	zum Zeitungs-Uebereinkommen.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
Deutschland . .	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt. 1881	1. April 1886	
Deutsche Schutzgebiete:						
Kamerun . .	1. Juni 1887	1. Juli 1890	1. Juli 1890	1. Juni 1887		
Neu Guinea	1. Jan. 1888		1. Jan. 1891	1. Juli 1892		
Togo	1. Juni 1888		1. Juli 1890	1. Juni 1888		
Ost-Afrika	1. April 1891		1. Okt. 1891	1. Juli 1892		
Südwest-Afr.	1. Juli 1888					
Marsch.-Ins.	1. Okt. 1888					
Argentin. Rep.	1. April 1878	1 Dez. 1889	1. Sept. 1886	1. Juli 1887		
Australasien n. Brit.-Neu-Guinea und Neu-Seeland .	1. Okt. 1891					
Belgien	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt. 1881	1. April 1886	
Bolivien	1. Febr. 1887					
Brasilien	1. Juli 1877					
Bulgarien . . .	1. Juli 1879	1. Okt. 1883	1. Juli 1885	1. Okt. 1881		
Canada	1. Juli 1878					
Chile	1. April 1881		1. Mai 1888	1. Mai 1888		
Columbien, Ver. Staaten von .	1. Juli 1881					
Costa-Rica . . .	1. Jan. 1883					
Dänemark . . .	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt. 1881		
Dän. Kolonien	1. Sept. 1877	1. April 1879	1. Jan. 1882	1. Mai 1883		

*) Der Berner Vertrag vom 9. Oktober 1874, durch welchen der „Allgemeine Postverein“ gegründet wurde, ist am 1. Juli 1875, der Pariser Vertrag vom 1. Juni 1878, durch welchen diesem Verein der Name „Weltpostverein“ gegeben wurde, am 1. April 1879, der Wiener Vertrag vom 4. Juli 1891 am 1. Juli 1892 in Kraft getreten. Die Neben-Abkommen des Vertrages von 1891 nehmen wir nicht in das „St.-Arch.“ auf; sie sind in der amtlichen deutschen Ausgabe von 1892 zu finden.

Nr. 10355. Weltpostverein. 4. Juli 1891.

Länder.	Tag des Beitritts zum Weltpostverein.	zum Werthbrief- bz. Werthkästchen-Uebereinkommen.	zum Postanweisungs-Uebereinkommen.	zur Postpacket-Uebereinkunft.	zum Postauftrags-Uebereinkommen.	zum Zeitungs-Uebereinkommen.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
Ecuador . . .	1. Juli 1880					
Egypten . . .	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt. 1881	1. April 1886	
Fidji Inseln .	1. Okt. 1891					
Frankreich mit Algerien . .	1. Jan. 1876	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt. 1881	1. April 1886	
Franz. Kolonien	1. Juli 1876	1. April 1879		1. April 1886		
Griechenland .	1. Juli 1875			1. Aug. 1890		
Grossbritann . Britische Kolonien (mit Ausnahme v. Capland, Natal, Ascension und St. Helena). .	1. Juli 1875 zu verschiedenen Zeitpunkten: 1. April 1877 und später.					
Guatemala . .	1. Aug. 1881					
Haiti	1. Juli 1881					
Hawai	1. Jan. 1882					
Honduras (Republik) . . .	1. April 1879					
Indien, Brit.-, .	1. Juli 1876					
Italien	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt. 1881	1. April 1886	
Japan	1. Juni 1877		1. April 1886			
Kongostaat . .	1. Jan. 1886					
Liberia	1. April 1879					
Luxemburg . .	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt 1881	1. April 1886	
Mexico	1. April 1879					
Montenegro . .	1. Juli 1875			1. Okt. 1881		
Nicaragua . . .	1. Mai 1882					
Niederland . .	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. April 1882	1. Juli 1892	
Niederländ.-Ostindien . .	1. Mai 1877		1. Juli 1892			
Niederländ. Antillen . . .	1. Mai 1877					
Niederländ.-Guyana . . .	1. Mai 1877					
Norwegen . . .	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt. 1881	1. Juli 1892	
Oesterreich-Ungarn . . .	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt. 1881	1. Mai 1886	
Paraguay . . .	1. Juli 1881					
Persien . . .	1 Sept. 1877					

Länder.	Tag des Beitritts. zum Weltpostverein.	z. Werthbrief- bz. Werthkästchen-Uebereinkommen.	zum Postanweisungs-Uebereinkommen.	zur Postpacket-Uebereinkunft.	zum Postauftrags-Uebereinkommen.	zum Zeitungs-Uebereinkommen.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
Peru	1. April 1879					
Portugal	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Nov. 1882	1. April 1886	
Portugiesische Kolonien . .	1. Juli 1877	1. April 1879				
Rumänien . . .	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt. 1881	1. April 1886	
Russland	1. Juli 1875	1. April 1879				
Salvador	1 April 1879	1. März 1888	1. Jan. 1888	1. Juli 1888	1. Juni 1888	
San Domingo (Republik). .	1. Okt. 1880					
Schweden . . .	1. Juli 1875	1. April 1879	1. April 1879	1. Okt. 1881		
Schweiz	1. Juli 1875	1. April 1879	1 April 1879	1. Okt. 1881	1. April 1886	
Serbien	1. Juli 1875	1. April 1879		1. Okt. 1881		
Siam	1. Juli 1885		1. Juli 1892	1. Juli 1892		
Spanien	1. Juli 1875	1. Juli 1882				
Span. Kolonien	1. Mai 1877					
Türkei	1. Juli 1875	1. Aug. 1884				
Uruguay	1. Juli 1880		1. Juli 1892	1 Sept. 1889		
Venezuela . . .	1. Jan. 1880					
Verein. Staaten v. Amerika .	1. Juli 1875					

Internationales Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr.

Nr. 10356. VERTRAGS-STAATEN. — Internationales Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr. Vom 14. Oktober 1890.

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. etc. et Roi Apostolique de Hongrie, agissant aussi au nom de Son Altesse le Prince de Liechtenstein, Sa Majesté le Roi des Belges, le Président de la République Française, Sa Majesté le Roi d'Italie, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, etc., etc., Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse || ont résolu || de conclure une convention sur le transport international de marchandises par chemins de fer, basée sur le projet qu'ils ont fait élaborer d'un commun accord et qui se trouve contenu dans le protocole de Berne du 17 Juillet 1886, et ils ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || le Sieur Otto von Bülow, Conseiller intime actuel et Chambellan de Sa Majesté, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Confédération Suisse;

Sa Majesté le Roi des Belges: || le Sieur Joseph Jooris, Commandeur de l'Ordre de Léopold, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Confédération Suisse;

Le Président de la République Française: || le Sieur Comte de Diesbach, Chargé d'Affaires de la République Française près la Confédération Suisse, || et || le Sieur George, Sénateur, Conseiller-maître à la Cour des comptes, Membre du Comité consultatif des chemins de fer;

Sa Majesté le Roi d'Italie: || le Sieur Auguste des Barons Peiroleri, Grand Officier de ses Ordres des St.-Maurice et Lazare et de la Couronne d'Italie, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Confédération Suisse;

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de

Luxembourg etc. etc.: || Pour les Pays-Bas: || le Sieur T. M. C. Asser, Chevalier de l'Ordre du Lion Néerlandais, Commandeur de l'Ordre de la Couronne de Chêne, etc., Conseiller au Ministère des Affaires étrangères, Professeur de droit à l'Université d'Amsterdam, || et || le Sieur Jonkheer J. C. M. van Riemsdyk, Chef des Affaires générales de la Société pour l'exploitation des chemins de fer de l'Etat;

Pour le Luxembourg: || le Sieur Guillaume Leibfried, Docteur en droit, Avocat au Barreau de Luxembourg;

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. etc. et Roi Apostolique de Hongrie; || le Sieur Baron Alois von Seiller, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Confédération Suisse;

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: || le Sieur André de Hamburger, Son Secrétaire d'Etat et Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Confédération Suisse, || et || le Sieur Isnard, Ingénieur, Conseiller de Cour, Chef de division au Ministère des chemins de fer;

Le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse: || le Sieur Emile Welti, Chef du Département des postes et chemins de fer, || et || le Sieur Gottfried Farner, Inspecteur administratif des chemins de fer Suisses, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article Premier.

La présente Convention internationale s'applique à tous les transports de marchandises qui sont exécutés, sur la base d'une lettre de voiture directe, du territoire de l'un des Etats contractants à destination du territoire d'un autre Etat contractant, par les lignes de chemin de fer qui sont indiquées dans la liste ci-annexée*), sous réserve des modifications qui seront introduites dans cette liste conformément aux dispositions de l'article 58. || Les dispositions réglementaires prises d'un commun accord entre les Etats contractants pour l'exécution de la présente Convention auront la même valeur que la Convention elle-même.

Article 2.

1° Les dispositions de la présente Convention ne sont pas applicables au transport des objets suivants: || Les objets dont le monopole est réservé à l'administration des postes, ne fût-ce que sur l'un des territoires à parcourir. || 2° Les objets qui, par leur dimension, leur poids ou leur conditionnement ne se prêteraient pas au transport, à raison du matériel et des aménagements, même d'un seul des chemins de fer dont le concours est nécessaire pour l'exécution du transport || 3° Les objets dont le transport serait interdit, par mesure d'ordre public, sur le territoire de l'un des Etats à traverser.

*) Diese Liste ist hier nicht mit abgedruckt; sie ist zu finden im Reichs-Gesetzblatt 1892 S. 835 ff. Anmerk. d. Red.

Article 3.

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Les dispositions réglementaires désigneront les objets qui, à raison de leur grande valeur, de leur nature ou des dangers qu'ils présenteraient pour la régularité et la sécurité de l'exploitation, seront exclus du transport international réglé par la présente Convention, ou ne seront admis à ce transport que sous certaines conditions.

Article 4.

En ce qui concerne les transports internationaux, seront valables les conditions des tarifs communs des associations ou unions de chemins de fer, de même que celles des tarifs particuliers de chaque chemin de fer, en tant qu'elles ne seront pas contraires à la Convention; sinon elles seront considérées comme nulles et non avenues.

Article 5.

Tout chemin de fer désigné, comme il est dit à l'article 1er, est tenu d'effectuer, en se conformant aux clauses et conditions de la présente Convention, tout envoi de marchandises constituant un transport international, pourvu

1° que l'expéditeur se conforme aux prescriptions de la Convention; || 2° que le transport soit possible, eu égard aux moyens ordinaires de transport; || 3° que des circonstances de force majeure ne s'opposent pas au transport.

Les chemins de fer ne sont tenus d'accepter les expéditions qu'autant que le transport pourra en être effectué immédiatement. Les dispositions particulières en vigueur pour la gare d'expédition détermineront si cette gare sera tenue de prendre provisoirement en dépôt les marchandises dont le transport ne pourrait pas s'effectuer immédiatement. || Les expéditions s'effectueront dans l'ordre de leur acceptation au transport, à moins que le chemin de fer ne puisse faire valoir un motif suffisant, fondé sur les nécessités du service de l'exploitation ou sur l'intérêt public. || Toute contravention aux dispositions de cet article pourra donner lieu à une action en réparation du préjudice causé.

Article 6.

Toute expédition internationale (article 1) doit être accompagnée d'une lettre de voiture, qui contiendra les mentions suivantes: || a. Le lieu et la date où la lettre de voiture a été créée. || b. La désignation de la gare d'expédition et de l'administration expéditrice. || c. La désignation de la gare de destination, le nom et le domicile du destinataire. || d. La désignation de la nature de la marchandise, l'indication du poids ou un renseignement remplaçant cette indication conformément aux dispositions spéciales du chemin de fer expediteur, en outre, pour les marchandises par colis, le nombre, la description de l'emballage, les marques et numéros des colis. || e. La demande faite par l'expéditeur de l'application des tarifs spéciaux aux conditions autorisées aux articles 14 et 35. || f. La déclaration, s'il y a lieu, de la somme

représentant l'intérêt à la livraison (articles 38 et 40). || g. La mention si l'expédition doit être fait en grande ou en petite vitesse. || h. L'énumération détaillée des papiers requis par les douanes, octrois et autorités de police, et qui doivent accompagner la marchandise. || i. La mention de l'expédition en port payé, s'il y a lieu, soit que l'expéditeur ait soldé le montant réel des frais de transport, soit qu'il ait fait un dépot destiné à couvrir ces frais de transport (article 12, alinéa 3). || k. Le remboursement grevant la marchandise et les débours qui auraient été acceptés par le chemin de fer (article 13). || l. La mention de la voie à suivre avec indication des stations où doivent être faites les opérations de douane. || A défaut de cette mention, le chemin de fer doit choisir la voie qui lui paraît la plus avantageuse pour l'expéditeur. Le chemin de fer n'est responsable des conséquences résultant de ce choix que s'il y a eu faute grave de sa part. || Si l'expéditeur a indiqué la voie à suivre, le chemin de fer ne pourra, pour effectuer le transport, utiliser une autre voie que sous les conditions suivantes: || 1° les opérations de douane auront toujours lieu aux stations désignées par l'expéditeur; || 2° il ne sera pas réclamé une taxe de transport supérieure à celle qui aurait été perçue si le chemin de fer s'était conformé à l'itinéraire choisi par l'expéditeur; || 3° la marchandise sera livrée dans un délai ne dépassant pas celui qui résulterait de l'itinéraire indiqué dans la lettre de voiture. || m. Le nom ou la raison commerciale de l'expéditeur, constaté par sa signature, ainsi que l'indication de son adresse. La signature pourra être imprimée ou remplacée par le timbre de l'expéditeur, si les lois ou règlements du lieu de l'expédition le permettent.

Les prescriptions de détail concernant la rédaction et le contenu de la lettre de voiture, et notamment le formulaire à appliquer, sont renvoyées aux dispositions pour l'exécution de la Convention. || Il est interdit d'insérer dans la lettre de voiture d'autres déclarations, de remplacer cette lettre par d'autres pièces ou d'y ajouter d'autres documents que ceux autorisés par la présente Convention. || Toutefois, lorsque les lois et réglements du lieu de l'expédition l'ordonneront, le chemin de fer pourra exiger de l'expéditeur, outre la lettre de voiture, une pièce destinée à rester entre les mains de l'administration pour lui servir de preuve du contrat de transport. || L'administration du chemin de fer pourra également créer, pour les besoins de son service intérieur, une souche destinée à rester à la gare expéditrice et portant le même numéro que la lettre de voiture et le duplicata.

Article 7.

L'expéditeur est responsable de l'exactitude des indications et déclarations contenues dans la lettre de voitures; il supporte toutes les conséquences résultant de déclarations irrégulières, inexactes ou incomplètes. || Le chemin de fer a toujours le droit de vérifier si le contenu des colis répond aux énonciations de la lettre de voiture. La vérification sera faite conformément

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

aux lois et règlements du territoire où elle aura lieu. L'ayant-droit sera dûment appelé à assister à cette vérification, sauf le cas où elle sera faite en vertu des mesures de police que chaque gouvernement a le droit de prendre dans l'intérêt de la sécurité et de l'ordre public. || Les lois et règlements de chaque Etat règleront également ce qui concerne le droit et l'obligation de constater et de contrôler le poids de la marchandise ou le nombre de colis. || Les dispositions réglementaires fixeront la surtaxe qui, en cas de fausse déclaration du contenu, ainsi qu'en cas de surcharge d'un wagon chargé par l'expéditeur et dont il n'aura pas demandé le pesage, devra être payée aux chemins de fer ayant pris part au transport, sans préjudice, s'il y a lieu, du paiement complémentaire de la différence des frais de transport et de toute indemnité pour le dommage qui en résulterait, ainsi que de la peine encourue en vertu des dispositions pénales ou des règlements de police.

Article 8.

Le contrat de transport est conclu dès que la gare expéditrice a accepté au transport la marchandise avec la lettre de voiture. La gare expéditrice constate l'acception en apposant sur la lettre de voiture son timbre portant la date de l'acception. || L'apposition du timbre doit avoir lieu immédiatement après la livraison complète de la marchandise désignée dans une même lettre de voiture. L'expéditeur peut demander que ladite apposition soit faite en sa présence. || Après l'apposition du timbre, la lettre de voiture fait preuve du contrat de transport. || Toutefois, en ce qui concerne les marchandises qui, conformément aux prescriptions des tarifs ou des conventions spéciales, en tant que de telles conventions sont autorisées sur le territoire de l'Etat où elles sont appliquées, sont chargées par l'expéditeur, les énonciations de la lettre de voiture relatives soit au poids, soit au nombre des colis, ne feront preuve contre le chemin de fer qu'autant que la vérification de ce poids et du nombre des colis aura été faite par le chemin de fer et constatée sur la lettre de voiture. || Le chemin de fer est tenu de certifier la réception de la marchandise et la date de la remise au transport, sur un duplicata de la lettre de voiture qui devra lui être présenté par l'expéditeur en même temps que la lettre de voiture. || Ce duplicata n'a la valeur ni de la lettre de voiture accompagnant l'envoi ni d'un connaissement.

Article 9.

Lorsque la nature de la marchandise nécessite un emballage pour la préserver de pertes et avaries en cours de transport le soin en incombe à l'expéditeur. || Si l'expéditeur n'a pas rempli ce devoir, le chemin de fer, à moins qu'il ne refuse la marchandise, sera en droit de demander que l'expéditeur reconnaisse, sous une mention spéciale dans la lettre de voiture, soit le manque absolu d'emballage, soit son conditionnement défectueux, et qu'en outre il remette à la gare expéditrice une déclaration spéciale conforme au modèle qui sera déterminé dans les dispositions réglementaires. || L'expéditeur est respon-

sable des conséquences des défauts ainsi constatés, de même que des vices non apparents de l'emballage. Tous les dommages résultant de ces défectuosités d'emballage sont à la charge de l'expéditeur, qui, le cas échéant, devra indemniser le chemin de fer. S'il n'y a pas eu de déclaration, l'expéditeur ne sera responsable des défauts apparents de l'emballage que lorsqu'il sera coupable de dol.

Article 10.

L'expéditeur est tenu de joindre à la lettre de voiture les papiers qui, avant la remise de la marchandise au destinataire, sont nécessaires à l'accomplissement des formalités de douane, d'octroi ou de police. L'expéditeur est responsable envers le chemin de fer de tous dommages qui pourraient résulter de l'absence, de l'insuffisance ou de l'irrégularité de ces pièces, sauf le cas de faute de la part du chemin de fer. || Le chemin de fer n'est pas tenu d'examiner si les papiers sont exacts et suffisants. || Les formalités de douane, d'octroi ou de police seront remplies en cours de route par le chemin de fer. Celui-ci sera libre, sous sa propre responsabilité, de confier ce soin à un commissionnaire ou de s'en charger lui-même. Dans l'un et l'autre cas, le chemin de fer aura les obligations d'un commissionnaire, || Toutefois l'ayant-droit à la marchandise pourra soit par lui-même, soit par un mandataire désigné dans la lettre de voiture, assister aux opérations de douane pour donner tous les renseignements nécessaires concernant la tarification de la marchandise et présenter ses observations. Cette faculté donnée à l'ayant-droit n'emporte ni le droit de prendre possession de la marchandise, ni le droit de procéder aux opérations de douane. || Le destinataire aura le droit de remplir à l'arrivée de la marchandise dans la gare destinataire les formalités de douane et d'octroi, à moins de stipulations contraires dans la lettre de voiture.

Article 11.

Les prix de transport seront calculés conformément aux tarifs légalement en vigueur et dûment publiés. Tout traité particulier, qui aurait pour effet d'accorder à un ou plusieurs expéditeurs une réduction de prix sur les tarifs, est formellement interdit et nul de plein droit. Toutefois sont autorisées les réductions de prix dûment publiées et également accessibles à tous aux mêmes conditions. || Il ne sera perçu, au profit des chemins de fer, en sus des taxes de transport et des frais accessoires ou spéciaux prévus par les tarifs, aucune autre somme que les dépenses faites par les chemins de fer, — tels que droits de sortie, d'entrée et de transit, frais de camionnage d'une gare à l'autre non indiqués par le tarif, frais de réparations nécessités par le conditionnement extérieur ou intérieur des marchandises pour en assurer la conservation. Ces dépenses devront être dûment constatées et seront mentionnées sur la lettre de voiture, qui sera accompagnée des pièces justificatives.

Article 12.

Si les frais de transport n'ont pas été payés lors de la remise de la

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

marchandise au transport, ils seront considérés comme mis à la charge du destinataire. || Le chemin de fer expéditeur peut exiger l'avance des frais de transport lorsqu'il s'agit de marchandises qui, d'après son appréciation, sont sujettes à une prompte détérioration, ou qui, à cause de leur valeur minime, ne lui garantissent pas suffisamment les frais de transport. || Si, en cas de transport en port payé, le montant des frais ne peut pas être fixé exactement au moment de l'expédition, le chemin de fer pourra exiger le dépôt d'une somme représentant approximativement ces frais. || En cas d'application irrégulière du tarif ou d'erreurs de calcul dans la fixation des frais de transport et des frais accessoires, la différence en plus ou en moins devra être remboursée. Toute réclamation pour erreur n'est recevable que si elle est faite dans le délai d'un an à partir du jour du paiement. Les dispositions contenues dans l'article 45, alinéa 3, sont applicables aux réclamations mentionnées dans le présent article, tant contre le chemin de fer qu'en sa faveur. Les dispositions de l'alinéa 1 de l'article 44 ne s'appliquent pas dans ce cas.

Article 13.

L'expéditeur pourra grever la marchandise d'un remboursement jusqu'à concurrence de sa valeur. Toutefois, ce remboursement ne pourra excéder le maximum fixé par les dispositions réglementaires qu'autant que tous les chemins de fer qui participent au transport y consentiront. Les marchandises dont le prix de transport peut être réclamé d'avance (article 12, alinéa 2), ne pourront pas être grevées d'un remboursement. || L'envoi contre remboursement donnera lieu à la perception d'une taxe à déterminer par les tarifs. || Le chemin de fer ne sera tenu de payer le remboursement à l'expéditeur que du moment où le montant en aura été soldé par le destinataire. Le chemin de fer n'est pas tenu de payer d'avance des débours faits avant la consignation de la marchandise. || Si la marchandise a été délivrée au destinataire sans encaissement préalable du remboursement, le chemin de fer sera responsable du dommage et sera tenu de payer immédiatement à l'expéditeur le montant de ce dommage jusqu'à concurrence du montant du remboursement, sauf son recours contre le destinataire.

Article 14.

Les dispositions réglementaires établiront des prescriptions générales concernant les délais maxima de livraison, le calcul, le point de départ, l'interruption et l'expiration des délais de livraison. || Lorsque d'après les lois et règlements d'un pays il peut être créé des tarifs spéciaux à prix réduits et à délais allongés, les administrations de chemins de fer de ce pays pourront aussi appliquer ces tarifs à délais allongés dans le tarific international. || Les délais de livraison sont d'ailleurs fixés par les dispositions des tarifs applicables dans chaque cas spécial.

Article 15.

L'expéditeur a seul le droit de disposer de la marchandise, soit en la retirant à la gare de départ, soit en l'arrêtant en cours de route, soit en la faisant délivrer au lieu de destination ou en cours de route à une personne autre que celle du destinataire indiqué sur la lettre de voiture. || Toutefois l'expéditeur ne peut exercer ce droit qu'autant qu'il produit le duplicata de la lettre de voiture. Le chemin de fer qui se sera conformé aux ordres de l'expéditeur sans exiger la représentation de ce duplicata, sera responsable du préjudice causé par ce fait vis-à-vis du destinataire auquel ce duplicata aura été remis par l'expéditeur. || Le chemin de fer n'est tenu d'exécuter ces ordres de l'expéditeur que lorsqu'ils sont transmis par l'intermédiaire de la gare d'expédition. || Le droit de l'expéditeur, même muni du duplicata, cesse, lorsque la marchandise étant arrivée à destination, la lettre de voiture a été remise au destinataire, ou que celui-ci a intenté l'action mentionnée à l'article 16 en assignant le chemin de fer. A partir de ce moment, le droit de disposer passe au destinataire, aux ordres duquel le chemin de fer doit se conformer sous peine d'être responsable envers lui de la marchandise. || Le chemin de fer ne peut se refuser à l'exécution des ordres dont il est fait mention à l'alinéa 1, ni apporter des retards ou des changements à ces ordres, qu'autant qu'il en résulterait un trouble dans le service régulier de l'exploitation. || Les ordres mentionnées à l'alinéa 1 doivent être donnés au moyen d'une déclaration écrite, signée par l'expéditeur conformément au formulaire prescrit par les dispositions réglementaires. Ladite déclaration doit être répétée sur le duplicata de la lettre de voiture, lequel sera présenté en même temps au chemin de fer et rendu par ce dernier à l'expéditeur. || Toute disposition de l'expéditeur donnée sous une autre forme sera nulle et non avenue. || Le chemin de fer aura droit au remboursement des frais résultant de l'exécution des ordres mentionnés à l'alinéa 1, à moins que l'ordre n'ait eu pour cause la faute du chemin de fer.

Article 16.

Le chemin de fer est tenu de délivrer, au lieu de destination, la lettre de voiture et la marchandise au destinataire, contre quittance et remboursement du montant des créances résultant de la lettre de voiture. || Après l'arrivée de la marchandise au lieu de destination, le destinataire est autorisé, soit qu'il agisse dans son propre intérêt, soit dans l'intérêt d'autrui, à faire valoir en son propre nom, vis-à-vis du chemin de fer, les droits résultant du contrat de transport pour l'exécution des obligations que ce contrat lui impose. Il pourra, notamment, demander au chemin de fer la remise de la lettre de voiture et la délivrance de la marchandise. Ce droit s'éteint quand l'expéditeur, muni du duplicata, a donné au chemin de fer, en vertu de l'article 15, un ordre contraire. || La station destinataire désignée par l'expéditeur est considérée comme lieu de livraison.

Article 17.

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

La réception de la marchandise et de la lettre de voiture oblige le destinataire à payer au chemin de fer le montant des créances résultant de la lettre de voiture.

Article 18.

Si le transport est empêché ou interrompu par force majeure ou par un cas fortuit quelconque et que la marchandise ne puisse pas être transportée par une autre route, le chemin de fer demandera de nouvelles instructions à l'expéditeur. || L'expéditeur pourra résilier le contrat, à charge par lui de payer au chemin de fer le montant des frais préparatoires au transport, ceux de déchargement et ceux de transport proportionnellement à la distance déjà parcourue, à moins que le chemin de fer ne soit en faute. || Lorsqu'en cas d'interruption le transport peut être effectué par une autre route, le chemin de fer aura le droit de décider, s'il est de l'intérêt de l'expéditeur, soit de faire continuer la marchandise par cette autre route, soit de l'arrêter en demandant des instructions à l'expéditeur. || Si l'expéditeur n'est pas en possession du duplicata de la lettre de voiture, les instructions qu'il donnera, dans les cas prévus par le présent article, ne pourront pas modifier la désignation du destinataire ni le lieu de destination.

Article 19.

La livraison des marchandises ainsi que l'obligation éventuelle du chemin de fer de remettre la marchandise au domicile d'un destinataire non domicilié à la station de destination, sont réglées conformément aux lois et règlements en vigueur et applicables au chemin de fer chargé de la livraison.

Article 20.

Le chemin de fer dernier transporteur est tenu d'opérer, lors de la livraison, le recouvrement de la totalité des créances résultant de la lettre de voiture, notamment des frais de transport, des frais accessoires, de ceux de douane et autres débours nécessités par l'exécution du transport, des remboursements et autres sommes qui pourraient grever la marchandise. Il opère ces recouvrements tant pour son compte que pour celui des chemins de fer précédents ou des autres intéressés.

Article 21.

Le chemin de fer a sur la marchandise les droits d'un créancier gagiste pour la totalité des créancers indiquées dans l'article 20. Ces droits subsistent aussi longtemps que la marchandise se trouve entre les mains du chemin de fer ou d'un tiers qui la détient pour lui.

Article 22.

Les effets du droit de gage seront réglés d'après les lois du pays où s'effectue la livraison.

Article 23.

Chaque chemin de fer est tenu après encaissement, soit au départ, soit à l'arrivée, des frais de transport et autres créances résultant du contrat de

transport, de payer aux chemins de fer intéressés la part leur revenant sur ces frais et créances. || Le chemin de fer dernier transporteur est responsable du paiement de la lettre de voiture, s'il délivre la marchandise sans recouvrer le montant dû par le destinataire, sous réserve des droits du chemin de fer contre le destinataire. || La remise de la marchandise par un transporteur au transporteur subséquent donne le droit au premier de débiter de suite en compte courant le transporteur subséquent du montant des frais et créances dont était grevée la lettre de voiture au moment de la remise de la marchandise, sous réserve du compte définitif à établir conformément à l'alinéa 1 du présent article. || Les créances d'un chemin de fer contre un autre, qui résultent d'un transport international, sont insaisissables, lorsque le chemin de fer débiteur a son siége dans un territoire autre que celui dont dépend le chemin de fer créancier. Il n'y a d'exception que dans le cas où la saisie est faite à raison d'un jugement rendu par l'autorité judiciaire de l'État auquel appartient le chemin de fer créancier. || Le matériel roulant des chemins de fer, ainsi que les objets mobiliers généralement quelconques contenus dans ce matériel et qui appartiennent au chemin de fer, ne peuvent également faire l'objet d'aucune saisie sur un territoire autre que celui dont dépend le chemin de fer propriétaire, sauf le cas où la saisie est faite à raison d'un jugement rendu par l'autorité judiciaire de l'Etat auquel appartient le chemin de fer propriétaire.

Article 24.

Lorsqu'il se présente des empêchements à la livraison de la marchandise, la station chargée de la livraison doit en prévenir sans retard l'expéditeur par l'entremise de la gare d'expédition. Elle ne doit en aucun cas retourner la marchandise sans le consentement exprès de l'expéditeur. || Du reste, et sauf les dispositions de l'article suivant, le mode de procéder dans les cas d'empêchement à la livraison est déterminé par les lois et règlements en vigueur, applicables au chemin de fer chargé de la livraison.

Article 25.

Dans tous les cas de perte totale ou partielle et d'avarie, les administrations de chemins de fer sont tenues de faire immédiatement des recherches, d'en constater le résultat par écrit, et de le communiquer aux intéressés sur leur demande, et en tous cas à la gare d'expédition. || Si le chemin de fer découvre ou suppose une perte partielle ou une avarie de la marchandise, ou si l'ayant-droit en allègue l'existence, il sera immédiatement dressé un procès-verbal par le chemin de fer pour constater l'état de la marchandise, le montant du dommage, et autant que possible la cause de la perte partielle et de l'avarie, et l'époque à laquelle elles remontent. En cas de perte totale de la marchandise, il sera également dressé un procès-verbal. || La vérification devra être faite conformément aux lois et règlements du pays où elle a lieu. || En outre tout intéressé sera en droit de demander la constatation judiciaire de l'état de la marchandise.

Article 26.

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Les actions contre les chemins de fer qui naissent du contrat de transport international n'appartiennent qu'à celui qui a le droit de disposer de la marchandise. || Si le duplicata n'est pas représenté par l'expéditeur, celui-ci ne pourra intenter l'action que si le destinataire l'a autorisé à le faire.

Article 27.

Le chemin de fer qui a accepté au transport la marchandise avec la lettre de voiture, est responsable de l'exécution du transport sur le parcours total jusqu'à la livraison. || Chaque chemin de fer subséquent, par le fait même de la remise de la marchandise avec la lettre de voiture primitive, participe au contrat de transport, conformément à la lettre de voiture, et accepte l'obligation d'exécuter le transport en vertu de cette lettre. || L'action fondée sur le contrat de transport international ne pourra, sauf le recours des chemins de fer entre eux, être intentée que contre la première administration ou celle qui aura reçu en dernier lieu la marchandise avec la lettre de voiture, ou contre l'administration sur le réseau de laquelle le dommage aura été occasionné. Le demandeur aura le choix entre les susdites administrations. || L'action ne sera intentée que devant un tribunal siégeant dans l'Etat où l'administration actionnée aura son domicile, et qui sera compétent d'après les lois de cet Etat. || Une fois l'action intentée, le droit d'option entre les chemins de fer mentionnés à l'alinéa 3 est éteint.

Article 28.

Les réclamations fondées sur le contrat de transport international pourront être formées contre une autre administration que celles désignées dans l'article 27, alinéa 3, lorsqu'elles se présentent sous la forme de demandes reconventionnelles ou d'exceptions et que la demande principale soit fondée sur le même contrat de transport.

Article 29.

Le chemin de fer est responsable des agents attachés à son service et des autres personnes qu'il emploie pour l'exécution du transport dont il s'est chargé.

Article 30.

Le chemin de fer est responsable, sauf les dispositions contenues dans les articles ci-après, du dommage résultant de la perte (totale ou partielle) ou de l'avarie de la marchandise, à partir de l'acceptation au transport jusqu'à la livraison. Il sera déchargé de cette responsabilité s'il prouve que le dommage a eu pour cause une faute de l'ayant-droit, un ordre de celui-ci ne résultant pas d'une faute du chemin de fer, un vice propre de la marchandise (détérioration intérieure, déchet, coulage ordinaire, etc.), ou un cas de force majeure. || Au cas où la lettre de voiture désigne un lieu de destination qui n'est pas une station de chemin de fer, la responsabilité du chemin de fer,

basée sur la présente Convention, cesse à la dernière gare. Le transport ultérieur est régi par l'article 19. Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Article 31.

Le chemin de fer n'est pas responsable:

1° De l'avarie survenue aux marchandises qui, en vertu des prescriptions des tarifs ou de conventions passées avec l'expéditeur, sont transportées en wagons découverts, || en tant que l'avarie sera résultée du danger inhérent à ce mode de transport.

2° De l'avarie survenue aux marchandises qui, suivant la déclaration de l'expéditeur dans la lettre de voiture (article 9), sont remises en vrac ou avec un emballage défectueux, quoique, par leur nature et pour être à l'abri des pertes et avaries, elles exigent un emballage, || en tant que l'avarie sera résultée du manque ou de l'état défectueux de l'emballage.

3° De l'avarie survenue aux marchandises qui, en vertu des prescriptions des tarifs ou des conventions spéciales passées avec l'expéditeur, en tant que de telles conventions sont autorisées sur le territoire de l'Etat où elles sont appliquées, ont été chargées ou déchargées par celui-ci ou par le destinataire, || en tant que l'avarie sera résultée du danger inhérent à l'opération du chargement et du déchargement ou d'un chargement défectueux.

4° De l'avarie survenue aux marchandises qui, pour des causes inhérentes à leur nature, sont exposées au danger particulier de se perdre en tout ou en partie ou d'être avariées, notamment à la suite de bris, rouille, détérioration intérieure et spontanée, coulage extraordinaire, dessiccation et déperdition, en tant que l'avarie est résultée de ce danger.

5° De l'avarie survenue aux animaux vivants, || en tant que l'avarie est résultée du danger particulier que le transport de ces animaux entraîne pour eux.

6° De l'avarie survenue aux marchandises et bestiaux dont le transport, aux termes des tarifs ou des conventions passées avec l'expéditeur, ne s'effectue que sous escorte, || en tant que l'avarie est résultée du danger que l'escorte a pour but d'écarter.

Si, eu égard aux circonstances de fait, l'avarie a pu résulter de l'une des causes susmentionnées, il y aura présomption que l'avarie résulte de l'une de ces causes, à moins que l'ayant-droit n'établisse le contraire.

Article 32.

En ce qui concerne les marchandises qui, en raison de leur nature particulière, subissent en règle générale, par le fait seul du transport, un déchet de poids, le chemin de fer ne répond de ces manquants qu'autant qu'ils dépassent la tolérance déterminée par les dispositions réglementaires. || Dans le cas, où plusieurs colis sont transportés avec une seule lettre de voiture, la tolérance sera calculée séparément pour chaque colis lorsque le poids des colis isolés est indiqué sur la lettre de voiture ou peut être constaté d'une autre manière. || Cette restriction de responsabilité ne peut pas toutefois être

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

invoquée lorsqu'il aura été prouvé que la perte, selon les circonstances du fait, ne résulte pas de la nature de la marchandise, ou que la tolérance fixée ne peut pas s'appliquer à raison de la nature de la marchandise ou des circonstances dans lesquelles s'est produit le manquant. || En cas de perte totale de la marchandise, il ne pourra être fait aucune déduction résultant du déchet de route.

Article 33.

Si la livraison n'a pas eu lieu dans les trente jours qui suivent l'expiration du délai fixé pour la livraison (article 14), l'ayant-droit peut, sans avoir à fournir d'autre preuve, considérer la marchandise comme perdue.

Article 34.

Si, en vertu des articles précédents, l'indemnité pour perte totale ou partielle de la marchandise est mise à la charge du chemin de fer, l'indemnité sera calculée d'après le prix courant des marchandises de même nature et qualité, au lieu et à l'époque où la marchandise a été acceptée au transport. A défaut de prix courant, l'indemnité sera calculée d'après la valeur ordinaire de la marchandise évaluée sur les mêmes bases. Il sera alloué en outre les droits de douane, de transport et autres frais qui auraient pu être déboursés.

Article 35.

Les chemins de fer auront la faculté d'offrir au public des conditions spéciales (tarifs spéciaux) dans lesquels sera fixé le maximum de l'indemnité à payer en cas de perte ou d'avarie, à la condition que ces tarifs spéciaux correspondent à une réduction sur le prix de transport total calculé d'après les tarifs respectifs ordinaires de chaque chemin de fer, et que le même maximum de l'indemnité soit applicable à tout le parcours.

Article 36.

L'ayant-droit, en recevant le paiement de l'indemnité pour la marchandise perdue peut, dans la quittance, faire une réserve d'après laquelle, si la marchandise est retrouvée dans les quatre mois de l'expiration du délai de livraison, il en soit avisé immédiatement par le chemin de fer. || Dans ce cas, l'ayant-droit pourra, dans le délai de 30 jours depuis le jour, où il aura été avisé, exiger que la marchandise lui soit délivrée sans frais, à son choix, à la gare de départ ou à la gare de destination désignée dans la lettre de voiture et moyennant la restitution de l'indemnité qu'il a reçue. || Si la réserve dont il est question à l'alinéa 1 ci-dessus n'a pas été faite, ou si l'ayant-droit n'a pas donné d'instructions dans le délai de 30 jours mentionné à l'alinéa 2 ci-dessus, ou encore si la marchandise a été retrouvée postérieurement au délai de quatre mois, le chemin de fer disposera de la marchandise retrouvée, conformément aux lois de son pays.

Article 37.

En cas d'avarie le chemin de fer aura à payer le montant intégral de la dépréciation subie par la marchandise. Si l'expédition a eu lieu sous le régime d'un tarif spécial conformément à l'article 35, l'indemnité à allouer sera proportionellement réduite.

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Article 38.

S'il y a une déclaration d'intérêt à la livraison, il pourra être alloué, en cas de perte totale ou partielle, en outre de l'indemnité fixée par l'article 34 et en cas d'avarie, en outre de l'indemnité fixée d'après l'article 37, des dommages-intérêts, qui ne pourront pas dépasser la somme fixée par la déclaration, à charge par l'ayant-droit d'établir l'existence et le montant du dommage. || Les dispositions réglementaires fixeront le maximum de la taxe supplémentaire que l'expéditeur aura à payer en cas de déclaration de la somme représentant l'intérêt à la livraison.

Article 39.

Le chemin de fer est responsable du dommage occasionné par l'inobservation des délais de livraison (article 14), à moins qu'il ne prouve que le retard provient d'une circonstance indépendante de sa volonté et de son fait.

Article 40.

En cas de retard dans la livraison, il pourra être réclamé, sans qu'il y ait à prouver qu'un dommage soit résulté de ce retard:

$^1/_{10}$ du prix de transport pour un retard égal ou inférieur à $^1/_{10}$ du délai de transport;

$^2/_{10}$ du prix de transport pour un retard égal ou inférieur à $^2/_{10}$ du délai de transport;

$^3/_{10}$ du prix de transport pour un retard égal ou inférieur à $^3/_{10}$ du délai de transport;

$^4/_{10}$ du prix de transport pour un retard égal ou inférieur à $^4/_{10}$ du délai de transport;

$^5/_{10}$ du prix de transport pour tout retard supérieur à $^4/_{10}$ du délai de transport.

Si la dite preuve est fournie, il pourra être alloué, à titre de dommages-intérêts, une somme qui ne devra pas toutefois dépasser le prix du transport. || S'il y a eu déclaration de l'intérêt à la livraison, il pourra être réclamé, sans qu'il y ait à prouver qu'un dommage soit résulté de ce retard:

$^2/_{10}$ du prix de transport pour un retard égal ou inférieur à $^1/_{10}$ du délai de transport;

$^4/_{10}$ du prix de transport pour un retard égal ou inférieur à $^2/_{10}$ du délai de transport;

$^6/_{10}$ du prix de transport pour un retard égal ou inférieur à $^3/_{10}$ du délai de transport;

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

$^{8}/_{10}$ du prix de transport pour un retard égal ou inférieur à $^{4}/_{10}$ du délai de transport;

$^{10}/_{10}$ du prix de transport pour un retard supérieur à $^{4}/_{10}$ du délai de transport.

Si la preuve est fournie qu'un dommage est résulté de ce retard, il pourra être alloué le montant de ce dommage. Dans l'un et l'autre cas, le montant de l'indemnité ne pourra pas dépasser la somme déclarée.

Article 41.

Le paiement de l'indemnité pleine et entière compreuant les dommages et intérêts, pourra être demandé dans tous les cas où le dommage aurait pour cause un dol ou une faute grave de la part du chemin de fer.

Article 42.

L'ayant-droit pourra demander des intérêts à raison de six pour cent de la somme fixée comme indemnité. Ces intérêts commencent à courir à partir du jour de la demande.

Article 43.

La responsabilité telle qu'elle résulte du contrat de transport ne s'applique pas aux objets qui, bien qu'exclus du transport ou admis seulement sous certaines conditions, auraient été néanmoins expédiés sous une déclaration incorrecte ou inexacte ou pour lesquels l'expéditeur n'aurait pas rempli les mesures de sûreté prescrites.

Article 44.

Le paiement du prix de transport et des autres frais à la charge de la marchandise, et la réception de la marchandise, éteignent, contre le chemin de fer, toute action provenant du contrat de transport.

Toutefois l'action n'est pas éteinte:

1° Si l'ayant-droit peut fournir la preuve que le dommage a pour cause un dol ou une faute grave du chemin de fer.

2° En cas de réclamation pour cause de retard, lorsqu'elle est fait à l'une des administrations désignées comme responsables par l'article 27, alinéa 3, dans un délai ne dépassant pas sept jours, non compris celui de la récept on.

3° En cas de réclamation pour défauts constatés conformément à l'article 25, avant l'acceptation de la marchandise par le destinataire, ou dont la constatation aurait dû être faite conformément à l'article 25 et n'a été omise que par la faute du chemin de fer.

4° En cas de réclamation pour dommages non apparents extérieurement, dont l'existence est constatée après la réception, mais seulement aux conditions suivantes:

a. La demande en constatation faite au chemin de fer ou au tribunal compétent conformément à l'article 25, doit avoir lieu immédiatement après la découverte du dommage, et au plus tard dans les sept jours à partir de la réception de la marchandise.

b. L'ayant-droit doit prouver que le dommage s'est produit dans l'intervalle écoulé entre la remise au transport et la livraison.

Si toutefois la vérification de la marchandise par le destinataire a été possible à la gare de destination et si elle a été offerte par le chemin de fer, il n'y a plus lieu d'appliquer la disposition contenue dans le paragraphe 4.

Le destinataire sera libre de refuser la réception de la marchandise même après réception de la lettre de voiture et paiement des frais de transport, aussi longtemps que le dommage dont il soutient l'existence, n'aura pas été constaté conformément à sa réquisition. Les réserves faites lors de la réception de la marchandise ne sont d'aucun effet, à moins qu'elles ne soient consenties par le chemin de fer. || Si l'un ou l'autre des objets désignés dans la lettre de voiture venait à manquer lors de la livraison, le destinataire pourra exclure dans la quittance (article 16) les colis non livrés, en les désignant spécialement. || Les réclamations mentionnées au présent article doivent être faites par écrit.

Article 45.

Les actions en indemnité pour perte totale ou partielle, avarie de la marchandise ou retard dans sa livraison, sont prescrites par un an, lorsque l'indemnité n'a pas déjà été fixée par une reconnaissance du chemin de fer, par transaction ou par un jugement. La prescription est de trois ans s'il s'agit d'une action en dommages-intérêts prévue à l'article 44, n° 1. || En cas d'avarie ou de perte partielle de la marchandise, la prescription court à partir du jour de la livraison; en cas de perte totale de la marchandise ou de retard dans la livraison, la prescription court du jour où expire le délai de livraison. || L'interruption de la prescription est régie par les lois du pays où l'action est intentée.

Article 46.

Les réclamations éteintes ou prescrites conformément aux dispositions des articles 44 et 45 ne peuvent être reprises ni sous la forme d'une demande reconventionnelle ni sous celle d'une exception.

Article 47.

Le chemin de fer qui a payé une indemnité en vertu des dispositions de la présente Convention aura le droit d'exercer un recours contre les chemins de fer qui ont concouru au transport, conformément aux dispositions suivantes: || 1° Le chemin de fer, par la faute duquel le dommage a été causé, en est seul responsable. || 2° Lorsque le dommage a été causé par le fait de plusieurs chemins de fer, chacun d'eux répond du dommage causé par sa propre faute. Si dans l'espèce une telle distinction est impossible selon les circonstances du fait, la répartition de l'indemnité aura lieu entre les chemins de fer ayant commis la faute, d'après les principes énoncés dans le numéro 3. || 3° S'il ne peut être prouvé que le dommage a été causé par la faute d'un ou de plusieurs chemins de fer, tous les chemins de fer intéressés au transport,

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

à l'exception de ceux qui prouveront que le dommage n'a pas été occasionné sur leurs lignes, répondront du dommage proportionnellement au prix de transport que chacun d'eux aurait perçu conformément au tarif en cas de l'exécution régulière du transport. || Dans le cas d'insolvabilité de l'un des chemins de fer mentionnés au présent article, le dommage qui en résulterait pour le chemin de fer qui a payé l'indemnité, sera réparti entre tous les chemins de fer qui ont pris part au transport proportionnellement aux prix de transport revenant à chacun d'eux.

Article 48.

Les règles énoncées dans l'article 47 seront appliquées en cas de retard. Si le retard a eu pour cause une faute collective de plusieurs chemins de fer, l'indemnité sera mise à la charge desdits chemins de fer proportionellement à la durée du retard sur leurs réseaux respectifs. || A défaut de conventions spéciales, les dispositions réglementaires déterminent la manière dont le délai de livraison doit être réparti entre les divers chemins de fer qui participent au transport.

Article 49.

En cas de recours, il n'y aura pas de solidarité entre plusieurs chemins de fer intéressés au transport.

Article 50.

La demande en recours des chemins de fer entre eux a pour base, in quali et quanto, la décision définitive rendue au procès principal contre le chemin de fer exerçant le recours en indemnité, pourvu que l'assignation ait été dûment signifiée aux chemins de fer à actionner par voie de recours et que ceux-ci aient été à même d'intervenir dans le procès. Le juge saisi de l'action principale fixera, selon les circonstances du fait, les délais strictement nécessaires pour l'exercice de ce droit.

Article 51.

Le chemin de fer qui veut exercer son recours doit former sa demande dans une seule et même instance contre tous les chemins de fer intéressés avec lesquels il n'a pas transigé, sous peine de perdre son recours contre les chemins de fer non actionnés. || Le juge doit statuer par un seul et même jugement. Les chemins de fer actionnés ne pourront pas exercer un recours ultérieur.

Article 52.

Il ne sera pas permis d'introduire le recours en garantie dans l'instance relative à la demande principale en indemnité.

Article 53.

Le juge du domicile du chemin de fer contre lequel le recours s'exerce est exclusivement compétent pour toutes les actions en recours. || Lorsque

l'action devra être intentée contre plusieurs chemins de fer, le chemin de fer demandeur aura le droit de choisir, entre les juges reconnus compétents en vertu de l'alinéa 1 du présent article, le juge devant lequel il portera sa demande.

Article 54.

Sont réservées les conventions particulières que les chemins de fer peuvent, soit d'avance, soit dans chaque cas spécial, contracter entre eux concernant les recours.

Article 55.

Sauf les dispositions contraires contenues dans la présente Convention, la procédure à suivre sera celle du juge compétent.

Article 56.

Les jugements prononcés contradictoirement ou par défaut par le juge compétent en vertu des dispositions de la présente Convention, seront, lorsqu'ils sont devenus exécutoires en vertu des lois appliquées par ce juge compétent, déclarés exécutoires dans les Etats signataires de la Convention par l'autorité compétente, sous les conditions et suivant les formes établies par la législation de cet Etat, mais sans révision du fond de l'affaire. Cette disposition ne s'applique pas aux jugements qui ne sont exécutoires que provisoirement, non plus qu'aux condamnations en dommages-intérêts qui seraient prononcées, en sus des dépens, contre un demandeur à raison du rejet de sa demande. || La caution à fournir pour assurer le paiement des dépens (cautio judicatum solvi) ne pourra être exigée à l'occasion des actions judiciaires fondées sur le contrat de transport international.

Article 57.

Pour faciliter et assurer l'exécution de la présente Convention, il sera organisé un Office central des transports internationaux, chargé: || 1° De recevoir les communications de chacun des Etats contractants et de chacune des administrations de chemins de fer intéressées et de les notifier aux autres Etats et administrations. || 2° De recueillir, coordonner et publier les renseignements de toute nature qui intéressent le service des transports internationaux. || 3° De prononcer, à la demande des parties, des sentences sur les litiges qui pourraient s'élever entre les chemins de fer. || 4° D'instruire les demandes en modification de la présente Convention, et en tout cas, quand il y aura lieu, de proposer aux divers Etats la réunion d'une nouvelle Conférence. || 5° Enfin de faciliter entre les diverses administrations les relations financières nécessitées par le service des transports internationaux et le recouvrement des créances restées en souffrance, et d'assurer, à ce point de vue, la sécurité des rapports des chemins de fer entre eux. || Un règlement spécial déterminera le siége, la composition et l'organisation de cet Office, ainsi que ses moyens d'action.

Article 58.

No. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

L'Office central prévu à l'article 57 est chargé de recevoir les notifications des Etats concernant l'inscription ou la radiation d'un chemin de fer sur la liste dressée en conformité de l'article 1er. || L'entrée effective d'un chemin de fer nouveau dans le service des transports internationaux n'aura lieu qu'un mois après la date de la lettre de l'Office notifiant la présentation aux autres Etats. || La radiation d'un chemin de fer sera faite par l'Office central aussitôt qu'il aura reçu de l'un des Etats contractants la notification que celui-ci a constaté que, pour une raison financière ou pour un empêchement matériel, un chemin de fer dépendant de cet Etat et porté sur la liste par lui dressée ne se trouve plus dans la condition de satisfaire aux obligations qui lui sont imposées par la Convention. || La simple réception de l'avis émanant de l'Office donnera immédiatement à chaque administration le droit de cesser, avec le chemin de fer dénoncé, toutes relations de transport international, sauf ce qui concerne les transports en cours, qui devront être continués jusqu'à destination.

Article 59.

Tous les trois ans au moins une conférence de délégués des Etats participant à la Convention sera réunie, afin d'apporter aux dispositions de la présente Convention les améliorations ou modifications jugées nécessaires. || Toutefois, des conférences pourront avoir lieu avant cette époque, sur la demande du quart au moins des Etats intéressés.

Article 60.

La présente Convention engagera chaque Etat signataire pour la durée de trois ans, à partir du jour où elle entrera en vigueur. Chaque Etat, qui voudra se retirer à l'expiration de ce délai, devra prévenir les autres Etats une année d'avance. A défaut de notification, l'engagement sera censé prorogé pour une nouvelle période de trois ans. || La présente Convention sera soumise à la ratification des Etats contractants aussitôt que faire se pourra et n'entrera en vigueur que trois mois après la date de l'échange des actes de ratification. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs cachets. || Fait à Berne, le quatorze octobre mil huit cent quatre-vingt-dix.

Pour l'Allemagne: Otto von Bülow. || Pour la Belgique: Jooris. || Pour la France: Cte de Diesbach, E. George. || Pour l'Italie: A. Peiroleri. || Pour le Luxembourg: W. Leibfried. || Pour les Pays-Bas: T. M. C. Asser, J. C. M. van Riemsdyk. || Pour l'Autriche-Hongrie: Seiller. || Pour la Russie: A. Hamburger, N. Isnard. || Pour la Suisse: Welti, Farner.

Règlement

relatif

à l'institution d'un Office central.

Article I.

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse est désigné pour organiser et surveiller l'Office central institué par l'article 57 de la Convention. Le siége de cet Office sera à Berne. || Il sera pourvu à cette organisation immédiatement après l'échange des ratifications et de manière à ce qu'il soit en état de fonctionner aussitôt après la mise en vigueur de la Convention. || Les frais de cet Office qui, jusqu'à nouvelle décision, ne pourront pas dépasser la somme de 100000 francs par année, seront supportés par chaque Etat dans la proportion du nombre de kilomètres de lignes de chemins de fer admises au service des transports internationaux.

Article II.

L'Office recevra tous les renseignements de nature à intéresser le service des transports internationaux qui lui seront communiqués par les Etats contractants et par les administrations de chemins de fer. Il pourra, à l'aide de ces documents, faire paraître une publication périodique dont un exemplaire sera adressé gratuitement à chaque Etat et à chacune des administrations intéressées. Les exemplaires qui seraient demandés en sus de ce service seront payés à un prix qui sera fixé par l'Office. Ce journal sera rédigé en allemand et en français. || La nomenclature des objets désignés aux alinéas 1 et 3 de l'article 2 de la Convention, ainsi que les modifications successives qui pourraient être introduites à cette nomenclature par des Etats contractants, seront, aussi promptement que possible, portées à la connaissance de l'Office central, qui transmettra l'ensemble de ces renseignements et modifications à tous les Etats contractants. || Quant aux objets visés par l'alinéa 2, l'Office central demandera à chacun des Etats contractants et communiquera aux autres Etats tous les renseignements nécessaires.

Article III.

Sur la demande de toute administration de chemins de fer, l'Office servira d'intermédiaire pour le règlement des comptes résultant des transports internationaux. || Les bordereaux et créances pour transports internationaux restés impayés pourront lui être adressés pour en faciliter le recouvrement. A cet effet, l'Office mettra immédiatement le chemin de fer débiteur en demeure de régler la somme due ou de fournir les motifs de son refus de payer.

Si l'Office estime que les motifs de refus allégués ont une apparence suffisante de fondement, il renverra les parties à se pourvoir devant le juge compétent. || Au cas contraire, et aussi dans le cas où la contestation ne porterait que sur partie de la créance, le directeur de l'Office, après avoir pris l'avis de deux conseils, qui seront désignés à cet effet par le Conseil fédéral,

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

pourra déclarer que le chemin de fer débiteur sera tenu de verser entre les mains de l'Office tout ou partie de la créance; la somme ainsi versée devra rester consignée jusqu'à décision au fond par le juge compétent. || Dans le cas, où un chemin de fer n'aurait pas obéi dans la quinzaine aux injonctions de l'Office, il lui sera adressé une nouvelle mise en demeure, avec indication des conséquences de son refus. || Dix jours après cette nouvelle mise en demeure restée infructueuse, le directeur adressera d'office à l'Etat, duquel dépend le chemin de fer, un avis motivé, en invitant cet Etat à aviser aux mesures à prendre, et à examiner s'il doit maintenir le chemin de fer débiteur sur la liste par lui présentée. || Dans le cas, où la communication de l'Office à l'Etat, duquel dépend le chemin de fer intéressé, serait restée sans réponse dans le délai de six semaines, de même que dans le cas, où cet Etat déclarerait que malgré le non-paiement il ne croit pas devoir faire rayer le chemin de fer sur la liste, cet Etat sera réputé accepter de plein droit la garantie de la solvabilité du chemin de fer débiteur, en ce qui concerne les créances résultant des transports internationaux.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé ce Règlement. || Fait à Berne, le quatorze octobre mil huit cent quatre-vingt-dix.

(Folgen die Namen.)

Protocole.

Au moment de procéder à la signature de la Convention conclue à la date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés ont déclaré et stipulé ce qui suit:

1° Au sujet de l'article premier, il est entendu que les transports dont le point de départ et le point d'arrivée sont situés sur le territoire d'un même Etat, et qui n'empruntent le territoire d'un autre Etat qu'en transit sur une ligne exploitée par une administration dépendant de l'Etat d'où part l'expédition, ne sont pas considérés comme transports internationaux. || Il est de même entendu que les dispositions de la présente Convention ne sont pas applicables aux transports qui s'effectuent d'un point quelconque du territoire d'un Etat, en destination, soit de la gare frontière d'un Etat limitrophe où doivent s'accomplir les formalités de douane, soit d'une station située entre cette gare et la frontière elle-même, à moins que l'expéditeur ne réclame l'application de la présente Convention. Il en est de même pour les transports effectués de la gare frontière ou de l'une des stations intermédiaires ci-dessus désignées à une gare de l'autre Etat.

2° Au sujet de l'article onze, il est déclaré par les soussignés qu'ils ne peuvent prendre aucun engagement qui limiterait la liberté d'action des Etats dans la réglementation du trafic intérieur de leurs chemins de fer. Ils constatent, du reste, chacun en ce qui concerne l'Etat qu'il représente, que cette réglementation est actuellement en harmonie avec les principes posés dans l'article onze de la Convention, et ils considèrent comme désirable que cette harmonie soit maintenue.

3° Il est entendu que la Convention ne modifie en rien les rapports des chemins de fer avec les Etats dont ils dépendent, rapports qui continueront à être réglés par la législation de chaque Etat, et que notamment la Convention n'apporte aucune dérogation aux dispositions en vigueur dans chaque Etat concernant l'homologation des tarifs et des conditions de transport.

4° Il est entendu que le Règlement relatif à l'institution d'un Office central, ainsi que les Dispositions réglementaires pour l'exécution de la Convention internationale sur le transport des marchandises par chemins de fer, de même que les annexes 1, 2, 3 et 4, auront la même valeur et durée que la Convention elle-même.

Le présent Protocole, qui sera ratifié en même temps que la Convention conclue à la date de ce jour, sera considéré comme faisant partie intégrante de cette Convention et aura la même valeur et durée.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé ce Protocole. || Fait à Berne, le quatorze octobre mil huit cent quatre-vingt-dix.

(Folgen die Namen.)

(Uebersetzung.)

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches, Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Französischen Republik, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau, Grossherzog von Luxemburg etc. etc., Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. etc. und Apostolischer König von Ungarn, zugleich in Vertretung des Fürstenthums Liechtenstein, Seine Majestät der Kaiser aller Reussen und der Schweizerische Bundesrath haben sich entschlossen, auf Grund des in ihrem Auftrage ausgearbeiteten und in dem Protokolle, d. d. Bern, 17. Juli 1886 niedergelegten Entwurfes, ein internationales Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr abzuschliessen und zu diesem Zweck als ihre Bevollmächtigten ernannt:

(Folgen die Namen etc.)

Artikel 1.

Das gegenwärtige internationale Uebereinkommen findet Anwendung auf alle Sendungen von Gütern, welche auf Grund eines durchgehenden Frachtbriefes aus dem Gebiete eines der vertragschliessenden Staaten in das Gebiet eines anderen vertragschliessenden Staates auf denjenigen Eisenbahnstrecken befördert werden, welche zu diesem Zweck in der anliegenden Liste, vorbehaltlich der im Artikel 58 vorgesehenen Aenderungen, bezeichnet sind. || Die Bestimmungen, welche zur Ausführung des gegenwärtigen Uebereinkommens von den vertragschliessenden Staaten vereinbart werden, sollen dieselbe rechtliche Wirkung haben, wie das Uebereinkommen selbst.

Artikel 2.

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Uebereinkommens finden keine Anwendung auf die Beförderung folgender Gegenstände: || 1. derjenigen Gegenstände, welche auch nur in einem der am Transporte betheiligten Gebiete dem Postzwange unterworfen sind; || 2. derjenigen Gegenstände, welche wegen ihres Umfangs, ihres Gewichts oder ihrer sonstigen Beschaffenheit, nach der Anlage und dem Betriebe auch nur einer der Bahnen, welche an der Ausführung des Transportes theilzunehmen haben, sich zur Beförderung nicht eignen; || 3. derjenigen Gegenstände, deren Beförderung auch nur auf einem der am Transporte betheiligten Gebiete aus Gründen der öffentlichen Ordnung verboten ist.

Artikel 3.

Die Ausführungs-Bestimmungen werden diejenigen Güter bezeichnen, welche wegen ihres grossen Werthes, wegen ihrer besonderen Beschaffenheit oder wegen der Gefahren, welche sie für die Ordnung und Sicherheit des Eisenbahnbetriebes bieten, vom internationalen Transporte nach Massgabe dieses Uebereinkommens ausgeschlossen oder zu diesem Transporte nur bedingungsweise zugelassen sind.

Artikel 4.

Die Bedingungen der gemeinsamen Tarife der Eisenbahn-Vereine oder Verbände, sowie die Bedingungen der besonderen Tarife der Eisenbahnen haben, sofern diese Tarife auf den internationalen Transport Anwendung finden sollen, insoweit Geltung, als sie diesem Uebereinkommen nicht widersprechen; andernfalls sind sie nichtig.

Artikel 5.

Jede nach Massgabe des Artikels 1 bezeichnete Eisenbahn ist verpflichtet, nach den Festsetzungen und unter den Bedingungen dieses Uebereinkommens die Beförderung von Gütern im internationalen Verkehr zu übernehmen, sofern 1. der Absender den Anordnungen dieses Uebereinkommens sich unterwirft; || 2. die Beförderung mit den regelmässigen Transportmitteln möglich ist; || 3. nicht Umstände, welche als höhere Gewalt zu betrachten sind, die Beförderung verhindern.

Die Eisenbahnen sind nur verpflichtet, die Güter zum Transporte anzunehmen, soweit die Beförderung derselben sofort erfolgen kann. Die für die Versandstation geltenden besonderen Vorschriften bestimmen, ob dieselbe verpflichtet ist, die Güter, deren Beförderung nicht sofort erfolgen kann, vorläufig in Verwahrung zu nehmen. || Die Beförderung der Güter findet in der Reihenfolge statt, in welcher sie zum Transporte angenommen worden sind, sofern die Eisenbahn nicht zwingende Gründe des Eisenbahnbetriebes oder das öffentliche Interesse für eine Ausnahme geltend machen kann. || Jede Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen dieses Artikels begründet den Anspruch auf Ersatz des dadurch entstandenen Schadens.

Artikel 6.

Jede internationale Sendung (Artikel 1) muss von einem Frachtbriefe begleitet sein, welcher folgende Angaben enthält: Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

a. Ort und Tag der Ausstellung || b. die Bezeichnung der Versandstation, sowie der Versandbahn; || c. die Bezeichnung der Bestimmungsstation, den Namen und den Wohnort des Empfängers; || d. die Bezeichnung der Sendung nach ihrem Inhalt, die Angabe des Gewichtes oder statt dessen eine den besonderen Vorschriften der Versandbahn entsprechende Angabe; ferner bei Stückgut die Anzahl, Art der Verpackung, Zeichen und Nummer der Frachtstücke; || e. das Verlangen des Absenders, Spezialtarife unter den in den Artikeln 14 und 35 für zulässig erklärten Bedingungen zur Anwendung zu bringen; || f. die Angabe des deklarirten Interesses an der Lieferung (Artikel 38 und 40); || g. die Angabe, ob das Gut in Eilfracht oder in gewöhnlicher Fracht zu befördern sei; || h. das genaue Verzeichniss der für die zoll- oder steueramtliche Behandlung oder polizeiliche Prüfung nöthigen Begleitpapiere; || i. den Frankaturvermerk im Falle der Vorausbezahlung der Fracht oder der Hinterlegung eines Frankaturvorschusses (Artikel 12 Absatz 3); || k. die auf dem Gute haftenden Nachnahmen, und zwar sowohl die erst nach Eingang auszuzahlenden, als auch die von der Eisenbahn geleisteten Baarvorschüsse (Artikel 13); || l. die Angabe des einzuhaltenden Transportweges, unter Bezeichnung der Stationen, wo die Zollabfertigung stattfinden soll. || In Ermangelung dieser Angabe hat die Eisenbahn denjenigen Weg zu wählen, welcher ihr für den Absender am zweckmässigsten scheint. Für die Folgen dieser Wahl haftet die Eisenbahn nur, wenn ihr hierbei ein grobes Verschulden zur Last fällt. || Wenn der Absender den Transportweg angegeben hat, ist die Eisenbahn nur unter den nachstehenden Bedingungen berechtigt, für die Beförderung der Sendung einen anderen Weg zu benutzen: || 1. dass die Zollabfertigung immer in den vom Absender bezeichneten Stationen stattfindet; || 2. dass keine höhere Fracht gefordert wird, als diejenige, welche hätte bezahlt werden müssen, wenn die Eisenbahn den im Frachtbriefe bezeichneten Weg benutzt hätte; || 3. dass die Lieferfrist der Waare nicht länger ist, als sie gewesen wäre, wenn die Sendung auf dem im Frachtbriefe bezeichneten Wege ausgeführt worden wäre; m. die Unterschrift des Absenders mit seinem Namen oder seiner Firma, sowie die Angabe seiner Wohnung. Die Unterschrift kann durch eine gedruckte oder gestempelte Zeichnung des Absenders ersetzt werden, wenn die Gesetze oder Reglemente des Versandortes es gestatten.

Die näheren Festsetzungen über die Ausstellung und den Inhalt des Frachtbriefes, insbesondere das zur Anwendung kommende Formular, bleiben den Ausführungs-Bestimmungen vorbehalten. || Die Aufnahme weiterer Erklärungen in den Frachtbrief, die Ausstellung anderer Urkunden anstatt des Frachtbriefes, sowie die Beifügung anderer Schriftstücke zum Frachtbriefe ist unzulässig, sofern dieselben nicht durch dieses Uebereinkommen für statthaft erklärt sind. Die Eisenbahn kann indess, wenn es die Gesetze oder Reglemente des Ver-

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

sandortes vorschreiben, vom Absender ausser dem Frachtbriefe die Ausstellung einer Urkunde verlangen, welche dazu bestimmt ist, in den Händen der Verwaltung zu bleiben, um ihr als Beweis über den Frachtvertrag zu dienen. || Jede Eisenbahnverwaltung ist berechtigt, für den internen Dienst ein Stammheft zu erstellen, welches in der Versandstation bleibt und mit derselben Nummer versehen wird, wie der Frachtbrief und das Duplikat.

Artikel 7.

Der Absender haftet für die Richtigkeit der in den Frachtbrief aufgenommenen Angaben und Erklärungen und trägt alle Folgen, welche aus unrichtigen, ungenauen oder ungenügenden Erklärungen entspringen. || Die Eisenbahn ist jederzeit berechtigt, die Uebereinstimmung des Inhalts der Sendungen mit den Angaben des Frachtbriefes zu prüfen. Die Feststellung erfolgt nach Massgabe der am Orte des Vorgangs bestehenden Gesetze oder Reglemente. Der Berechtigte soll gehörig eingeladen werden, bei der Prüfung zugegen zu sein, vorbehaltlich des Falles, wenn die letztere auf Grund polizeilicher Massregeln, die der Staat im Interesse der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung zu ergreifen berechtigt ist, stattfindet. || Hinsichtlich des Rechts und der Verpflichtung der Bahnen, das Gewicht oder die Stückzahl des Gutes zu ermitteln oder zu kontroliren, sind die Gesetze und Reglemente des betreffenden Staates massgebend. || Bei unrichtiger Angabe des Inhalts einer Sendung, sowie im Falle der Ueberlastung eines dem Absender zur Selbstverladung gestellten Wagens, sofern er die Verwiegung nicht verlangt hat, ist — abgesehen von der Nachzahlung der etwaigen Frachtdifferenz und dem Ersatze des entstandenen Schadens, sowie den durch strafgesetzliche oder polizeiliche Bestimmungen vorgesehenen Strafen — ein Frachtzuschlag an die am Transporte betheiligten Eisenbahnen zu zahlen, dessen Höhe durch die Ausführungs-Bestimmungen festgesetzt wird.

Artikel 8.

Der Frachtvertrag ist abgeschlossen, sobald das Gut mit dem Frachtbriefe von der Versandstation zur Beförderung angenommen ist. Als Zeichen der Annahme wird dem Frachtbriefe der Datumstempel der Versand-Expedition aufgedrückt. || Die Abstempelung hat ohne Verzug nach vollständiger Auflieferung des in demselben Frachtbriefe verzeichneten Gutes und auf Verlangen des Absenders in dessen Gegenwart zu erfolgen. || Der mit dem Stempel versehene Frachtbrief dient als Beweis über den Frachtvertrag. || Jedoch machen bezüglich derjenigen Güter, deren Aufladen nach den Tarifen oder nach besonderer Vereinbarung, soweit eine solche in dem Staatsgebiete, wo sie zur Ausführung gelangt, zulässig ist, von dem Absender besorgt wird, die Angaben des Frachtbriefes über das Gewicht und die Anzahl der Stücke gegen die Eisenbahn keinen Beweis, sofern nicht die Nachwiegung, beziehungsweise Nachzählung seitens der Eisenbahn erfolgt und dies auf dem Frachtbriefe beurkundet ist. || Die Eisenbahn ist verpflichtet, den Empfang des Frachtgutes,

unter Angabe des Datums der Annahme zur Beförderung, auf einem ihr mit dem Frachtbriefe vorzulegenden Duplikate desselben zu bescheinigen. || Dieses Duplikat hat nicht die Bedeutung des Originalfrachtbriefes und ebensowenig diejenige eines Konossements (Ladescheins). Nr. 10359. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Artikel 9.

Soweit die Natur des Frachtgutes zum Schutze gegen Verlust oder Beschädigung auf dem Transporte eine Verpackung nöthig macht, liegt die gehörige Besorgung derselben dem Absender ob. || Ist der Absender dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, so ist die Eisenbahn, falls sie nicht die Annahme des Gutes verweigert, berechtigt, zu verlangen, dass der Absender auf dem Frachtbriefe das Fehlen oder die Mängel der Verpackung unter spezieller Bezeichnung anerkennt und der Versandstation hierüber ausserdem eine besondere Erklärung nach Massgabe eines durch die Ausführungsbestimmungen festzusetzenden Formulars ausstellt. || Für derartig bescheinigte sowie für solche Mängel der Verpackung, welche äusserlich nicht erkennbar sind, hat der Absender zu haften und jeden daraus entstehenden Schaden zu tragen, beziehungsweise der Bahnverwaltung zu ersetzen. Ist die Ausstellung der gedachten Erklärung nicht erfolgt, so haftet der Absender für äusserlich erkennbare Mängel der Verpackung nur, wenn ihm ein arglistiges Verfahren zur Last fällt.

Artikel 10.

Der Absender ist verpflichtet, dem Frachtbriefe diejenigen Begleitpapiere beizugeben, welche zur Erfüllung der etwa bestehenden Zoll-, Steuer- oder Polizeivorschriften vor der Ablieferung an den Empfänger erforderlich sind. Er haftet der Eisenbahn, sofern derselben nicht ein Verschulden zur Last fällt, für alle Folgen, welche aus dem Mangel, der Unzulänglichkeit oder Unrichtigkeit dieser Papiere entstehen. || Der Eisenbahn liegt eine Prüfung der Richtigkeit und Vollständigkeit derselben nicht ob. || Die Zoll-, Steuer- und Polizeivorschriften werden, solange das Gut sich auf dem Wege befindet, von der Eisenbahn erfüllt. Sie kann diese Aufgabe unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit einem Kommissionär übertragen oder sie selbst übernehmen. In beiden Fällen hat sie die Verpflichtungen eines Kommissionärs. || Der Verfügungsberechtigte kann jedoch der Zollbehandlung entweder selbst oder durch einen im Frachtbriefe bezeichneten Bevollmächtigten beiwohnen, um die nöthigen Aufklärungen über die Tarifirung des Gutes zu ertheilen und seine Bemerkungen beizufügen. Diese dem Verfügungsberechtigten ertheilte Befugniss begründet nicht das Recht, das Gut in Besitz zu nehmen oder die Zollbehandlung selbst vorzunehmen. || Bei der Ankunft des Gutes am Bestimmungsorte steht dem Empfänger das Recht zu, die zoll- und steueramtliche Behandlung zu besorgen, falls nicht im Frachtbriefe etwas anderes festgesetzt ist.

Artikel 11.

Die Berechnung der Fracht erfolgt nach Massgabe der zu Recht bestehenden, gehörig veröffentlichten Tarife. Jedes Privat-Uebereinkommen, wodurch

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

einem oder mehreren Absendern eine Preisermässigung gegenüber den Tarifen gewährt werden soll, ist verboten und nichtig. Dagegen sind Tarifermässigungen erlaubt, welche gehörig veröffentlicht sind und unter Erfüllung der gleichen Bedingungen jedermann in gleicher Weise zu gute kommen. || Ausser den im Tarife angegebenen Frachtsätzen und Vergütungen für besondere im Tarife vorgesehene Leistungen zu Gunsten der Eisenbahnen dürfen nur baare Auslagen erhoben werden — insbesondere Aus-, Ein- und Durchgangsabgaben, nicht in den Tarif aufgenommene Kosten für Ueberführung und Auslagen für Reparaturen an den Gütern, welche in Folge ihrer äusseren oder inneren Beschaffenheit zu ihrer Erhaltung nothwendig werden. || Diese Auslagen sind gehörig festzustellen und in dem Frachtbriefe ersichtlich zu machen, welchem die Beweisstücke beizugeben sind.

Artikel 12.

Werden die Frachtgelder nicht bei der Aufgabe des Gutes zur Beförderung berichtigt, so gelten sie als auf den Empfänger angewiesen. || Bei Gütern, welche nach dem Ermessen der annehmenden Bahn schnellem Verderben unterliegen oder wegen ihres geringen Werthes die Fracht nicht sicher decken, kann die Vorausbezahlung der Frachtgelder gefordert werden. || Wenn im Falle der Frankirung der Betrag der Gesammtfracht beim Versand nicht genau bestimmt werden kann, so kann die Versandbahn die Hinterlegung des ungefähren Frachtbetrages fordern. || Wurde der Tarif unrichtig angewendet oder sind Rechnungsfehler bei der Festsetzung der Frachtgelder und Gebühren vorgekommen, so ist das zu wenig Geforderte nachzuzahlen, das zu viel Erhobene zu erstatten. Ein derartiger Anspruch kann nur binnen Jahresfrist vom Tage der Zahlung an geltend gemacht werden. Die Bestimmungen des Artikels 45 Absatz 3 finden Anwendung auf die im gegenwärtigen Artikel erwähnten Forderungen, mögen diese von der Eisenbahn oder gegen dieselbe erhoben werden. Die Bestimmung des Artikels 44 erster Absatz findet keine Anwendung.

Artikel 13.

Dem Absender ist gestattet, das Gut bis zur Höhe des Werthes desselben mit Nachnahme zu belasten. Diese Nachnahme darf jedoch den in den Ausführungs-Bestimmungen festgesetzten Höchstbetrag nur insoweit übersteigen, als sämmtliche am Transporte betheiligte Bahnen einverstanden sind. Diejenigen Güter, für welche Vorausbezahlung der Fracht verlangt werden kann (Artikel 12 Absatz 2), dürfen nicht mit Nachnahme belastet werden. || Für die aufgegebene Nachnahme wird die tarifmässige Provision berechnet. || Die Eisenbahn ist nicht verpflichtet, dem Absender die Nachnahme eher auszuzahlen, als bis der Betrag derselben vom Empfänger bezahlt ist. Dies findet auch Anwendung auf Auslagen, welche vor der Aufgabe für das Frachtgut gemacht worden sind. || Ist das Gut ohne Einziehung der Nachnahme abgeliefert worden, so haftet die Eisenbahn für den Schaden bis zum Betrage der Nachnahme

und hat denselben dem Absender sofort zu ersetzen, vorbehaltlich ihres Rückgriffs gegen den Empfänger.

Artikel 14.

Die Ausführungs-Bestimmungen werden die allgemeinen Vorschriften, betreffend die Maximallieferfristen, die Berechnung, den Beginn, die Unterbrechung und das Ende der Lieferfristen, feststellen. || Wenn nach den Gesetzen und Reglementen eines der Vertragsstaaten Spezialtarife zu reduzirten Preisen und mit verlängerten Lieferfristen gestattet sind, so können die Eisenbahnen dieses Staates diese Tarife mit verlängerten Fristen auch im internationalen Verkehr anwenden. || Im Uebrigen richten sich die Lieferfristen nach den Bestimmungen der im einzelnen Falle zur Anwendung kommenden Tarife.

Artikel 15.

Der Absender allein hat das Recht, die Verfügung zu treffen, dass die Waare auf der Versandstation zurückgegeben, unterwegs angehalten oder an einen anderen als den im Frachtbriefe bezeichneten Empfänger am Bestimmungsorte oder einer Zwischenstation abgeliefert werde. || Dieses Recht steht indess dem Absender nur dann zu, wenn er das Duplikat des Frachtbriefes vorweist. Hat die Eisenbahn die Anweisungen des Absenders befolgt, ohne die Vorzeigung des Duplikatfrachtbriefes zu verlangen, so ist sie für den daraus entstandenen Schaden dem Empfänger, welchem der Absender dieses Duplikat übergeben hat, haftbar. || Derartige Verfügungen des Absenders ist die Eisenbahn zu beachten nur verpflichtet, wenn sie ihr durch Vermittelung der Versandstation zugekommen sind. || Das Verfügungsrecht des Absenders erlischt, auch wenn er das Frachtbriefduplikat besitzt, sobald nach Ankunft des Gutes am Bestimmungsorte der Frachtbrief dem Empfänger übergeben oder die von dem letzteren nach Massgabe des Artikels 16 erhobene Klage der Eisenbahn zugestellt worden ist. Ist dies geschehen, so hat die Eisenbahn nur die Anweisungen des bezeichneten Empfängers zu beachten, widrigenfalls sie demselben für das Gut haftbar wird. || Die Eisenbahn darf die Ausführung der im Absatz 1 vorgesehenen Anweisungen nur dann verweigern oder verzögern, oder solche Anweisungen in veränderter Weise ausführen, wenn durch die Befolgung derselben der regelmässige Transportverkehr gestört würde. || Die im ersten Absatz dieses Artikels vorgesehenen Verfügungen müssen mittelst schriftlicher und vom Absender unterzeichneter Erklärung nach dem in den Ausführungs-Bestimmungen vorgeschriebenen Formular erfolgen. Die Erklärung ist auf dem Frachtbriefduplikat zu wiederholen, welches gleichzeitig der Eisenbahn vorzulegen und von dieser dem Absender zurückzugeben ist. || Jede in anderer Form gegebene Verfügung des Absenders ist nichtig. || Die Eisenbahn kann den Ersatz der Kosten verlangen, welche durch die Ausführung der im Absatz 1 vorgesehenen Verfügungen entstanden sind, insoweit diese Verfügungen nicht durch ihr eigenes Verschulden veranlasst worden sind.

Artikel 16.

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Die Eisenbahn ist verpflichtet, am Bestimmungsorte dem bezeichneten Empfänger gegen Bezahlung der im Frachtbriefe ersichtlich gemachten Beträge und gegen Bescheinigung des Empfanges den Frachtbrief und das Gut auszuhändigen. || Der Empfänger ist nach Ankunft des Gutes am Bestimmungsorte berechtigt, die durch den Frachtvertrag begründeten Rechte gegen Erfüllung der sich daraus ergebenden Verpflichtungen in eigenem Namen gegen die Eisenbahn geltend zu machen, sei es, dass er hierbei in eigenem oder in fremdem Interesse handle. Er ist insbesondere berechtigt, von der Eisenbahn die Uebergabe des Frachtbriefes und die Auslieferung des Gutes zu verlangen. Dieses Recht erlischt, wenn der im Besitze des Duplikats befindliche Absender der Eisenbahn eine nach Massgabe des Artikels 15 entgegenstehende Verfügung ertheilt hat. || Als Ort der Ablieferung gilt die vom Absender bezeichnete Bestimmungsstation.

Artikel 17.

Durch Annahme des Gutes und des Frachtbriefes wird der Empfänger verpflichtet, der Eisenbahn die im Frachtbriefe ersichtlich gemachten Beträge zu bezahlen.

Artikel 18.

Wird der Antritt oder die Fortsetzung des Eisenbahntransportes durch höhere Gewalt oder Zufall verhindert und kann der Transport auf einem anderen Wege nicht stattfinden, so hat die Eisenbahn den Absender um anderweitige Disposition über das Gut anzugehen. || Der Absender kann vom Vertrage zurücktreten, muss aber die Eisenbahn, sofern derselben kein Verschulden zur Last fällt, für die Kosten zur Vorbereitung des Transportes, die Kosten der Wiederausladung und die Ansprüche in Beziehung auf den etwa bereits zurückgelegten Transportweg entschädigen. || Wenn im Falle einer Betriebsstörung die Fortsetzung des Transportes auf einem anderen Wege stattfinden kann, ist die Entscheidung der Eisenbahn überlassen, ob es dem Interesse des Absenders entspricht, den Transport auf einem anderen Wege dem Bestimmungsorte zuzuführen, oder den Transport anzuhalten und den Absender um anderweitige Anweisung anzugehen. || Befindet sich der Absender nicht im Besitze des Frachtbriefduplikats, so dürfen die in diesem Artikel vorgesehenen Anweisungen weder die Person des Empfängers, noch den Bestimmungsort abändern.

Artikel 19.

Das Verfahren bei Ablieferung der Güter, sowie die etwaige Verpflichtung der Eisenbahn, das Gut einem nicht an der Bestimmungsstation wohnhaften Empfänger zuzuführen, richtet sich nach den für die ablieferude Bahn geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen.

Artikel 20.

Die Empfangsbahn hat bei der Ablieferung alle durch den Frachtvertrag begründeten Forderungen, insbesondere Fracht und Nebengebühren, Zollgelder

und andere zum Zweck der Ausführung des Transportes gehabte Auslagen, sowie die auf dem Gute haftenden Nachnahmen und sonstigen Beträge einzuziehen, und zwar sowohl für eigene Rechnung, als auch für Rechnung der vorhergehenden Eisenbahnen und sonstiger Berechtigter.

Artikel 21.

Die Eisenbahn hat für alle im Artikel 20 bezeichneten Forderungen die Rechte eines Faustpfandgläubigers an dem Gute. Dieses Pfandrecht besteht, solange das Gut in der Verwahrung der Eisenbahn oder eines Dritten sich befindet, welcher es für sie inne hat.

Artikel 22.

Die Wirkungen des Pfandrechts bestimmen sich nach dem Rechte des Landes, wo die Ablieferung erfolgt.

Artikel 23.

Jede Eisenbahn ist verpflichtet, nachdem sie bei der Aufgabe oder der Ablieferung des Gutes die Fracht und die anderen aus dem Frachtvertrage herrührenden Forderungen eingezogen hat, den betheiligten Bahnen den ihnen gebührenden Antheil an der Fracht und den erwähnten Forderungen zu bezahlen. || Die Ablieferungsbahn ist für die Bezahlung der obigen Beträge verantwortlich, wenn sie das Gut ohne Einziehung der darauf haftenden Forderungen abliefert. Der Anspruch gegen den Empfänger des Gutes bleibt ihr jedoch vorbehalten. || Die Uebergabe des Gutes von einer Eisenbahn an die nächstfolgende begründet für die erstere das Recht, die letztere im Conto-Corrent sofort mit dem Betrage der Fracht und der sonstigen Forderungen, soweit dieselben zur Zeit der Uebergabe des Gutes aus dem Frachtbriefe sich ergeben, zu belasten, vorbehaltlich der endgültigen Abrechnung nach Massgabe des ersten Absatzes dieses Artikels. || Aus dem internationalen Transporte herrührende Forderungen der Eisenbahnen untereinander können, wenn die schuldnerische Eisenbahn einem anderen Staate angehört als die forderungsberechtigte Eisenbahn, nicht mit Arrest belegt oder gepfändet werden, ausser in dem Falle, wenn der Arrest oder die Pfändung auf Grund einer Entscheidung der Gerichte des Staates erfolgt, dem die forderungsberechtigte Eisenbahn angehört. || In gleicher Weise kann das rollende Material der Eisenbahnen mit Einschluss sämmtlicher beweglichen, der betreffenden Eisenbahn gehörigen Gegenstände, welche sich in diesem Material vorfinden, in dem Gebiete eines anderen Staates als desjenigen, welchem die betreffende Eisenbahn angehört, weder mit Arrest belegt noch gepfändet werden, ausser in dem Falle, wenn der Arrest oder die Pfändung auf Grund einer Entscheidung der Gerichte des Staates erfolgt, dem die betreffende Eisenbahn angehört.

Artikel 24.

Bei Ablieferungshindernissen hat die Ablieferungsstation den Absender durch Vermittelung der Versandstation von der Ursache des Hindernisses un-

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

verzüglich in Kenntniss zu setzen. Sie darf in keinem Falle ohne ausdrückliches Einverständniss des Absenders das Gut zurücksenden. || Im Uebrigen richtet sich — unbeschadet der Bestimmungen des folgenden Artikels — das Verfahren bei Ablieferungshindernissen nach den für die abliefernde Bahn geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen.

Artikel 25.

In allen Verlust-, Minderungs- und Beschädigungsfällen haben die Eisenbahnverwaltungen sofort eine eingehende Untersuchung vorzunehmen, das Ergebniss derselben schriftlich festzustellen und dasselbe den Betheiligten auf ihr Verlangen, unter allen Umständen aber der Versandstation mitzutheilen. || Wird insbesondere eine Minderung oder Beschädigung des Gutes von der Eisenbahn entdeckt oder vermuthet, oder seitens des Verfügungsberechtigten behauptet, so hat die Eisenbahn den Zustand des Gutes, den Betrag des Schadens und, soweit dies möglich, die Ursache und den Zeitpunkt der Minderung oder Beschädigung ohne Verzug protokollarisch festzustellen. Eine protokollarische Feststellung hat auch im Falle des Verlustes stattzufinden. || Die Feststellung richtet sich nach den Gesetzen und Reglementen des Landes, wo dieselbe stattfindet. || Ausserdem steht jedem der Betheiligten das Recht zu, die gerichtliche Feststellung des Zustandes des Gutes zu beantragen.

Artikel 26.

Zur gerichtlichen Geltendmachung der aus dem internationalen Eisenbahnfrachtvertrage gegenüber der Eisenbahn entspringenden Rechte ist nur derjenige befugt, welchem das Verfügungsrecht über das Frachtgut zusteht. || Vermag der Absender das Duplikat des Frachtbriefes nicht vorzuzeigen, so kann er seinen Anspruch nur mit Zustimmung des Empfängers geltend machen.

Artikel 27.

Diejenige Bahn, welche das Gut mit dem Frachtbriefe zur Beförderung angenommen hat, haftet für die Ausführung des Transportes auch auf den folgenden Bahnen der Beförderungsstrecke bis zur Ablieferung. || Jede nachfolgende Bahn tritt dadurch, dass sie das Gut mit dem ursprünglichen Frachtbriefe übernimmt, nach Massgabe des letzteren in den Frachtvertrag ein und übernimmt die selbständige Verpflichtung, den Transport nach Inhalt des Frachtbriefes auszuführen. || Die Ansprüche aus dem internationalen Frachtvertrage können jedoch — unbeschadet des Rückgriffs der Bahnen gegeneinander — im Wege der Klage nur gegen die erste Bahn oder gegen diejenige, welche das Gut zuletzt mit dem Frachtbriefe übernommen hat, oder gegen diejenige Bahn gerichtet werden, auf deren Betriebsstrecke der Schaden sich ereignet hat. Unter den bezeichneten Bahnen steht dem Kläger die Wahl zu. || Die Klage kann nur vor einem Gerichte des Staates anhängig gemacht werden, in welchem die beklagte Bahn ihren Wohnsitz hat und welches nach den Gesetzen dieses Landes zuständig ist. || Das Wahlrecht unter den im dritten Absatz erwähnten Bahnen erlischt mit der Erhebung der Klage.

Artikel 28.

Im Wege der Widerklage oder der Einrede können Ansprüche aus dem internationalen Frachtvertrage auch gegen eine andere als die im Artikel 27 Absatz 3 bezeichneten Bahnen geltend gemacht werden, wenn die Klage sich auf denselben Frachtvertrag gründet. Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Artikel 29.

Die Eisenbahn haftet für ihre Leute und für andere Personen, deren sie sich bei Ausführung des von ihr übernommenen Transportes bedient.

Artikel 30.

Die Eisenbahn haftet nach Massgabe der in den folgenden Artikeln enthaltenen näheren Bestimmungen für den Schaden, welcher durch Verlust, Minderung oder Beschädigung des Gutes seit der Annahme zur Beförderung bis zur Ablieferung entstanden ist, sofern sie nicht zu beweisen vermag, dass der Schaden durch ein Verschulden des Verfügungsberechtigten oder eine nicht von der Eisenbahn verschuldete Anweisung desselben, durch die natürliche Beschaffenheit des Gutes (namentlich durch inneren Verderb, Schwinden, gewöhnliche Leckage) oder durch höhere Gewalt herbeigeführt worden ist. || Ist auf dem Frachtbriefe als Ort der Ablieferung ein nicht an der Eisenbahn liegender Ort bezeichnet, so besteht die Haftpflicht der Eisenbahn auf Grund dieses Uebereinkommens nur für den Transport bis zur Empfangsstation. Für die Weiterbeförderung finden die Bestimmungen des Artikels 19 Anwendung.

Artikel 31.

Die Eisenbahn haftet nicht:

1. in Ansehung der Güter, welche nach der Bestimmung des Tarifes oder nach Vereinbarung mit dem Absender in offen gebauten Wagen transportirt werden, || für den Schaden, welcher aus der mit dieser Transportart verbundenen Gefahr entstanden ist;
2. in Ansehung der Güter, welche, obgleich ihre Natur eine Verpackung zum Schutze gegen Verlust, Minderung oder Beschädigung auf dem Transporte erfordert, nach Erklärung des Absenders auf dem Frachtbriefe (Artikel 9) unverpackt oder mit mangelhafter Verpackung aufgegeben sind, || für den Schaden, welcher aus der mit dem Mangel oder mit der mangelhaften Beschaffenheit der Verpackung verbundenen Gefahr enstanden ist;
3. in Ansehung derjenigen Güter, deren Auf- und Abladen nach Bestimmung des Tarifes oder nach besonderer Vereinbarung mit dem Absender, soweit eine solche in dem Staatsgebiete, wo sie zur Ausführung gelangt, zulässig ist, von dem Absender, beziehungsweise dem Empfänger besorgt wird, || für den Schaden, welcher aus der mit dem Auf- und Abladen oder mit mangelhafter Verladung verbundenen Gefahr entstanden ist;
4. in Ansehung der Güter, welche vermöge ihrer eigenthümlichen natürlichen Beschaffenheit der besonderen Gefahr ausgesetzt sind, Verlust, Minderung

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

oder Beschädigung, namentlich Bruch, Rost, inneren Verderb, aussergewöhnliche Leckage, Austrocknung und Verstreuung zu erleiden, || für den Schaden, welcher aus dieser Gefahr entstanden ist;

5. in Ansehung lebender Thiere || für den Schaden, welcher aus der mit der Beförderung dieser Thiere für dieselben verbundenen besonderen Gefahr entstanden ist;
6. in Ansehung derjenigen Güter, einschliesslich der Thiere, welchen nach der Bestimmung des Tarifes oder nach besonderer Vereinbarung mit dem Absender ein Begleiter beizugeben ist, || für den Schaden, welcher aus der Gefahr entstanden ist, deren Abwendung durch die Begleitung bezweckt wird.

Wenn ein eingetretener Schaden nach den Umständen des Falles aus einer der in diesem Artikel bezeichneten Gefahren entstehen konnte, so wird bis zum Nachweise des Gegentheils vermuthet, dass der Schaden aus der betreffenden Gefahr wirklich entstanden ist.

Artikel 32.

In Ansehung derjenigen Güter, welche nach ihrer natürlichen Beschaffenheit bei dem Transporte regelmässig einen Verlust an Gewicht erleiden, ist die Haftpflicht der Eisenbahn für Gewichtsverluste bis zu dem aus den Ausführungs-Bestimmungen sich ergebenden Normalsatze ausgeschlossen. || Dieser Satz wird, im Falle mehrere Stücke auf einen und denselben Frachtbrief befördert worden sind, für jedes Stück besonders berechnet, wenn das Gewicht der einzelnen Stücke im Frachtbriefe verzeichnet oder sonst erweislich ist.

Diese Beschränkung der Haftpflicht tritt nicht ein, insoweit nachgewiesen wird, dass der Verlust nach den Umständen des Falles nicht in Folge der natürlichen Beschaffenheit des Gutes entstanden ist, oder dass der angenommene Prozentsatz dieser Beschaffenheit oder den sonstigen Umständen des Falles nicht entspricht. || Bei gänzlichem Verlust des Gutes findet ein Abzug für Gewichtsverlust nicht statt.

Artikel 33.

Der zur Klage Berechtigte kann das Gut ohne weiteren Nachweis als in Verlust gerathen betrachten, wenn sich dessen Ablieferung um mehr als dreissig Tage nach Ablauf der Lieferfrist (Artikel 14) verzögert.

Artikel 34.

Wenn auf Grund der vorhergehenden Artikel von der Eisenbahn für gänzlichen oder theilweisen Verlust des Gutes Ersatz geleistet werden muss, so ist der gemeine Handelswerth, in dessen Ermangelung der gemeine Werth, zu ersetzen, welchen Gut derselben Art und Beschaffenheit am Versandorte zu der Zeit hatte, zu welcher das Gut zur Beförderung angenommen worden ist. Dazu kommt die Erstattung dessen, was an Zöllen und sonstigen Kosten, sowie an Fracht etwa bereits bezahlt worden ist.

Artikel 35.

Es ist den Eisenbahnen gestattet, besondere Bedingungen (Spezialtarife) mit Festsetzung eines im Falle des Verlustes, der Minderung oder Beschädigung zu ersetzenden Maximalbetrages zu veröffentlichen, sofern diese Spezialtarife eine Preisermässigung für den ganzen Transport gegenüber den gewöhnlichen Tarifen jeder Eisenbahn enthalten und der gleiche Maximalbetrag auf die ganze Transportstrecke Anwendung findet. Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Artikel 36.

Der Entschädigungsberechtigte kann, wenn er die Entschädigung für das in Verlust gerathene Gut in Empfang nimmt, in der Quittung den Vorbehalt machen, dass er für den Fall, als das Gut binnen vier Monaten nach Ablauf der Lieferfrist wieder aufgefunden wird, hiervon seitens der Eisenbahnverwaltung sofort benachrichtigt werde. || In diesem Falle kann der Entschädigungsberechtigte innerhalb 30 Tage nach erhaltener Nachricht verlangen, dass ihm das Gut nach seiner Wahl an den Versand- oder an den im Frachtbriefe angegebenen Bestimmungsort kostenfrei gegen Rückerstattung der ihm bezahlten Entschädigung ausgeliefert werde. || Wenn der im ersten Absatz erwähnte Vorbehalt nicht gemacht worden ist, oder wenn der Entschädigungsberechtigte in der im zweiten Absatz bezeichneten dreissigtägigen Frist das dort vorgesehene Begehren nicht gestellt hat, oder endlich, wenn das Gut erst nach vier Monaten nach Ablauf der Lieferfrist wieder aufgefunden wird, so kann die Eisenbahn nach den Gesetzen ihres Landes über das wieder aufgefundene Gut verfügen.

Artikel 37.

Im Falle der Beschädigung hat die Eisenbahn den ganzen Betrag des Minderwerthes des Gutes zu bezahlen. Im Falle die Beförderung nach einem Spezialtarife im Sinne des Artikels 35 stattgefunden hat, wird der zu bezahlende Schadensbetrag verhältnissmässig reduzirt.

Artikel 38.

Hat eine Deklaration des Interesses an der Lieferung stattgefunden, so kann dem Berechtigten im Falle des Verlustes, der Minderung oder der Beschädigung, ausser der durch den Artikel 34 und beziehungsweise durch den Artikel 37 festgesetzten Entschädigung noch ein weiterer Schadensersatz bis zur Höhe des in der Deklaration festgesetzten Betrages zugesprochen werden. Das Vorhandensein und die Höhe dieses weiteren Schadens hat der Berechtigte zu erweisen. || Die Ausführungs-Bestimmungen setzen den Höchstbetrag des Frachtzuschlages fest, welchen der Absender im Falle einer Deklaration des Interesses an der Lieferung zu zahlen hat.

Artikel 39.

Die Eisenbahn haftet für den Schaden, welcher durch Versäumung der Lieferfrist (Artikel 14) entstanden ist, sofern sie nicht beweist, dass die Ver-

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

spätung von einem Ereignisse herrührt, welches sie weder herbeigeführt hat, noch abzuwenden vermochte.

Artikel 40.

Im Falle der Versäumung der Lieferfrist können ohne Nachweis eines Schadens folgende Vergütungen beansprucht werden:

bei einer Verspätung bis einschliesslich $^1/_{10}$ der Lieferfrist: $^1/_{10}$ der Fracht;
bei einer Verspätung bis einschliesslich $^2/_{10}$ der Lieferfrist: $^2/_{10}$ der Fracht;
bei einer Verspätung bis einschliesslich $^3/_{10}$ der Lieferfrist: $^3/_{10}$ der Fracht;
bei einer Verspätung bis einschliesslich $^4/_{10}$ der Lieferfrist: $^4/_{10}$ der Fracht;
bei einer Verspätung von längerer Dauer: $^5/_{10}$ der Fracht.

Wird der Nachweis eines Schadens erbracht, so kann der Betrag bis zur Höhe der ganzen Fracht beansprucht werden. || Hat eine Deklaration des Interesses stattgefunden, so können ohne Nachweis eines Schadens folgende Vergütungen beansprucht werden:

bei einer Verspätung bis einschliesslich $^1/_{10}$ der Lieferfrist: $^2/_{10}$ der Fracht;
bei einer Verspätung bis einschliesslich $^2/_{10}$ der Lieferfrist: $^4/_{10}$ der Fracht;
bei einer Verspätung bis einschliesslich $^3/_{10}$ der Lieferfrist: $^6/_{10}$ der Fracht;
bei einer Verspätung bis einschliesslich $^4/_{10}$ der Lieferfrist: $^8/_{10}$ der Fracht;
bei einer Verspätung von längerer Dauer: die ganze Fracht.

Wird der Nachweis eines Schadens erbracht, so kann der Betrag des Schadens beansprucht werden. In beiden Fällen darf die Vergütung den deklarirten Betrag des Interesses nicht übersteigen.

Artikel 41.

Die Vergütung des vollen Schadens kann in allen Fällen gefordert werden, wenn derselbe in Folge der Arglist oder der groben Fahrlässigkeit der Eisenbahn entstanden ist.

Artikel 42.

Der Forderungsberechtigte kann sechs Prozent Zinsen der als Entschädigung festgesetzten Summe verlangen. Diese Zinsen laufen von dem Tage, an welchem das Entschädigungsbegehren gestellt wird.

Artikel 43.

Wenn Gegenstände, welche vom Transporte ausgeschlossen oder zu demselben nur bedingungsweise zugelassen sind, unter unrichtiger oder ungenauer Deklaration zur Beförderung aufgegeben, oder wenn die für dieselben vorgeschenen Sicherheitsvorschriften vom Absender ausser Acht gelassen werden, so ist jede Haftpflicht der Eisenbahn auf Grund des Frachtvertrages ausgeschlossen.

Artikel 44.

Ist die Fracht nebst den sonst auf dem Gute haftenden Forderungen bezahlt und das Gut angenommen, so sind alle Ansprüche gegen die Eisenbahn aus dem Frachtvertrage erloschen.

Hiervon sind jedoch ausgenommen:

1. Entschädigungsansprüche, bei welchen der Berechtigte nachweisen kann, dass der Schaden durch Arglist oder grobe Fahrlässigkeit der Eisenbahn herbeigeführt worden ist;
2. Entschädigungsansprüche wegen Verspätung, wenn die Reklamation spätestens am siebenten Tage, den Tag der Annahme nicht mitgerechnet, bei einer der nach Artikel 27 Absatz 3 in Anspruch zu nehmenden Eisenbahnen angebracht wird;
3. Entschädigungsansprüche wegen solcher Mängel, deren Feststellung gemäss Artikel 25 vor der Annahme des Gutes durch den Empfänger erfolgt ist, oder deren Feststellung nach Artikel 25 hätte erfolgen sollen und durch Verschulden der Eisenbahn unterblieben ist;
4. Entschädigungsansprüche wegen äusserlich nicht erkennbarer Mängel, deren Feststellung nach der Annahme erfolgt ist, jedoch nur unter nachstehenden Voraussetzungen:
   a. es muss unmittelbar nach der Entdeckung des Schadens und spätestens sieben Tage nach der Empfangnahme des Gutes der Antrag auf Feststellung gemäss Artikel 25 bei der Eisenbahn oder dem zuständigen Gerichte angebracht werden;
   b. der Berechtigte muss beweisen, dass der Mangel während der Zeit zwischen der Annahme zur Beförderung und der Ablieferung entstanden ist.

War indessen die Feststellung des Zustandes des Gutes durch den Empfänger auf der Empfangsstation möglich und hat die Eisenbahn sich bereit erklärt, dieselbe dort vorzunehmen, so findet die Bestimmung unter Nr. 4 keine Anwendung.

Es steht dem Empfänger frei, die Annahme des Gutes, auch nach Annahme des Frachtbriefes und Bezahlung der Fracht, insolange zu verweigern, als nicht seinem Antrage auf Feststellung der von ihm behaupteten Mängel stattgegeben ist. Vorbehalte bei der Annahme des Gutes sind wirkungslos, sofern sie nicht unter Zustimmung der Eisenbahn erfolgt sind. || Wenn von mehreren auf dem Frachtbriefe verzeichneten Gegenständen einzelne bei der Ablieferung fehlen, so kann der Empfänger in der Empfangsbescheinigung (Artikel 16) die nicht abgelieferten Gegenstände unter spezieller Bezeichnung derselben ausschliessen. || Alle in diesem Artikel erwähnten Entschädigungsansprüche müssen schriftlich erhoben werden.

Artikel 45.

Entschädigungsforderungen wegen Verlustes, Minderung, Beschädigung oder Verspätung, insofern sie nicht durch Anerkenntniss der Eisenbahn, Vergleich oder gerichtliches Urtheil festgestellt sind, verjähren in einem Jahre und im Falle des Artikels 44 Nr. 1 in drei Jahren.

Die Verjährung beginnt im Falle der Beschädigung oder Minderung an dem Tage, an welchem die Ablieferung stattgefunden hat, im Falle des gänz-

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

lichen Verlustes eines Frachtstückes oder der Verspätung an dem Tage, an welchem die Lieferfrist abgelaufen ist. || Bezüglich der Unterbrechung der Verjährung entscheiden die Gesetze des Landes, wo die Klage angestellt ist.

Artikel 46.

Ansprüche, welche nach den Bestimmungen der Artikel 44 und 45 erloschen oder verjährt sind, können auch nicht im Wege einer Widerklage oder einer Einrede geltend gemacht werden.

Artikel 47.

Derjenigen Eisenbahn, welche auf Grund der Bestimmungen dieses Uebereinkommens Entschädigung geleistet hat, steht der Rückgriff gegen die am Transporte betheiligten Bahnen nach Massgabe folgender Bestimmungen zu: || 1. Diejenige Eisenbahn, welche den Schaden allein verschuldet hat, haftet für denselben ausschliesslich. || 2. Haben mehrere Bahnen den Schaden verschuldet, so haftet jede Bahn für den von ihr verschuldeten Schaden. Ist eine solche Unterscheidung nach den Umständen des Falles nicht möglich, so werden die Antheile der schuldtragenden Bahnen am Schadensersatze nach den Grundsätzen der folgenden Nr. 3 festgesetzt. || 3. Ist ein Verschulden einer oder mehrerer Bahnen als Ursache des Schadens nicht nachweisbar, so haften die sämmtlichen am Transporte betheiligten Bahnen mit Ausnahme derjenigen, welche beweisen, dass der Schaden auf ihrer Strecke nicht entstanden ist, nach Verhältniss der reinen Fracht, welche jede derselben nach dem Tarife im Falle der ordnungsmässigen Ausführung des Transportes bezogen hätte. || Im Falle der Zahlungsunfähigkeit einer der in diesem Artikel bezeichneten Eisenbahnen wird der Schaden, der hieraus für die Eisenbahn entsteht, welche den Schadensersatz geleistet hat, unter alle Eisenbahnen, welche an dem Transporte theilgenommen haben, nach Verhältniss der reinen Fracht vertheilt.

Artikel 48.

Die Vorschriften des Artikels 47 finden auch auf die Fälle der Versäumung der Lieferfrist Anwendung. Für Versäumung der Lieferfrist haften mehrere schuldtragende Verwaltungen nach Verhältniss der Zeitdauer der auf ihren Bahnstrecken vorgekommenen Versäumniss. || Die Vertheilung der Lieferfrist unter die einzelnen an einem Transporte betheiligten Eisenbahnen richtet sich, in Ermangelung anderweitiger Vereinbarungen, nach den durch die Ausführungs-Bestimmungen festgesetzten Normen.

Artikel 49.

Eine Solidarhaft mehrerer am Transporte betheiligter Bahnen findet für den Rückgriff nicht statt.

Artikel 50.

Für den im Wege des Rückgriffs geltend zu machenden Anspruch der Eisenbahnen untereinander ist die im Entschädigungsprozess gegen die rück-

griffnehmende Bahn ergangene endgültige Entscheidung hinsichtlich der Verbindlichkeit zum Schadensersatz und der Höhe der Entschädigung massgebend, sofern den im Rückgriffswege in Anspruch zu nehmenden Bahnen der Streit in gehöriger Form verkündet ist und dieselben in der Lage sich befanden, in dem Prozesse zu interveniren. Die Frist für diese Intervention wird von dem Richter der Hauptsache den Umständen des Falles nach und so kurz als möglich bestimmt. Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Artikel 51.

Insoweit nicht eine gütliche Einigung erfolgt ist, sind sämmtliche betheiligte Bahnen in einer und derselben Klage zu belangen, widrigenfalls das Recht des Rückgriffs gegen die nicht belangten Bahnen erlischt. || Der Richter hat in einem und demselben Verfahren zu entscheiden. Den Beklagten steht ein weiterer Rückgriff nicht zu.

Artikel 52.

Die Verbindung des Rückgriffsverfahrens mit dem Entschädigungsverfahren ist unzulässig.

Artikel 53.

Für alle Rückgriffsansprüche ist der Richter des Wohnsitzes der Bahn, gegen welche der Rückgriff erhoben wird, ausschliesslich zuständig. || Ist die Klage gegen mehrere Bahnen zu erheben, so steht der klagenden Bahn die Wahl unter den nach Massgabe des ersten Absatzes dieses Artikels zuständigen Richtern zu.

Artikel 54.

Die Befugniss der Eisenbahnen, über den Rückgriff im voraus oder im einzelnen Falle andere Vereinbarungen zu treffen, wird durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Artikel 55.

Soweit nicht durch das gegenwärtige Uebereinkommen andere Bestimmungen getroffen sind, richtet sich das Verfahren nach den Gesetzen des Prozessrichters.

Artikel 56.

Urtheile, welche auf Grund der Bestimmungen dieses Uebereinkommens von dem zuständigen Richter in Folge eines kontradiktorischen oder eines Versäumnissverfahrens erlassen und nach den für den urtheilenden Richter massgebenden Gesetzen vollstreckbar geworden sind, erlangen im Gebiete sämmtlicher Vertragsstaaten Vollstreckbarkeit, unter Erfüllung der von den Gesetzen des Landes vorgeschriebenen Bedingungen und Formalitäten, aber ohne dass eine materielle Prüfung des Inhalts zulässig wäre. Auf nur vorläufig vollstreckbare Urtheile findet diese Vorschrift keine Anwendung, ebensowenig auf diejenigen Bestimmungen eines Urtheils, durch welche der Kläger, weil derselbe im Prozesse unterliegt, ausser den Prozesskosten zu einer weiteren

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Entschädigung verurtheilt wird. || Eine Sicherstellung für die Prozesskosten kann bei Klagen, welche auf Grund des internationalen Frachtvertrages erhoben werden, nicht gefordert werden.

Artikel 57.

Um die Ausführung des gegenwärtigen Uebereinkommens zu erleichtern und zu sichern, soll ein Centralamt für den internationalen Transport errichtet werden, welches die Aufgabe hat: || 1. die Mittheilungen eines jeden der vertragschliessenden Staaten und einer jeden der betheiligten Eisenbahnverwaltungen entgegenzunehmen und sie den übrigen Staaten und Verwaltuugen zur Kenntniss zu bringen; || 2. Nachrichten aller Art, welche für das internationale Transportwesen von Wichtigkeit sind, zu sammeln, zusammenzustellen und zu veröffentlichen; || 3. auf Begehren der Parteien Entscheidungen über Streitigkeiten der Eisenbahnen untereinander abzugeben; || 4. die geschäftliche Behandlung der behufs Abänderung des gegenwärtigen Uebereinkommens gemachten Vorschläge vorzunehmen, sowie in allen Fällen, wenn hierzu ein Anlass vorliegt, den vertragschliessenden Staaten den Zusammentritt einer neuen Konferenz vorzuschlagen; || 5. die durch den internationalen Transportdienst bedingten finanziellen Beziehungen zwischen den betheiligten Verwaltungen, sowie die Einziehung rückständig gebliebener Forderungen zu erleichtern und in dieser Hinsicht die Sicherheit des Verhältnisses der Eisenbahnen untereinander zu fördern. || Ein besonderes Reglement wird den Sitz, die Zusammensetzung und Organisation dieses Amts, sowie die zur Ausführung nöthigen Mittel feststellen.

Artikel 58.

Das im Artikel 57 bezeichnete Centralamt hat die Mittheilungen der Vertragsstaaten in Betreff der Hinzufügung oder der Streichung von Eisenbahnen in den in Gemässheit des Artikels 1 aufgestellten Listen entgegenzunehmen. || Der wirkliche Eintritt einer neuen Eisenbahn in den internationalen Transportdienst erfolgt erst nach einem Monat vom Datum des an die anderen Staaten gerichteten Benachrichtigungsschreibens des Centralamts. || Die Streichung einer Eisenbahn wird von dem Centralamt vollzogen, sobald es von einem der Vertragsstaaten davon in Kenntniss gesetzt wird, dass dieser festgestellt hat, dass eine ihm angehörige und in der von ihm aufgestellten Liste verzeichnete Eisenbahn aus finanziellen Gründen oder in Folge einer thatsächlichen Behinderung nicht mehr in der Lage ist, den Verpflichtungen zu entsprechen, welche den Eisenbahnen durch das gegenwärtige Uebereinkommen auferlegt werden. || Jede Eisenbahnverwaltung ist, sobald sie seitens des Centralamts die Nachricht von der erfolgten Streichung einer Eisenbahn erhalten hat, berechtigt, mit der betreffenden Eisenbahn alle aus dem internationalen Transporte sich ergebenden Beziehungen abzubrechen. Die bereits in der Ausführung begriffenen Transporte sind jedoch auch in diesem Falle vollständig auszuführen.

Artikel 59.

Wenigstens alle drei Jahre wird eine aus Delegirten der vertragschliessenden Staaten bestehende Konferenz zusammentreten, um zu dem gegenwärtigen Uebereinkommen die für nothwendig erachteten Abänderungen und Verbesserungen in Vorschlag zu bringen. || Auf Begehren von wenigstens einem Viertel der betheiligten Staaten kann jedoch der Zusammentritt von Konferenzen auch in einem früheren Zeitpunkte erfolgen.

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Artikel 60.

Das gegenwärtige Uebereinkommen ist für jeden betheiligten Staat auf drei Jahre von dem Tage, an welchem dasselbe in Wirksamkeit tritt, verbindlich. Jeder Staat, welcher nach Ablauf dieser Zeit von dem Uebereinkommen zurückzutreten beabsichtigt, ist verpflichtet, hiervon die übrigen Staaten ein Jahr vorher in Kenntniss zu setzen. Wird von diesem Rechte kein Gebrauch gemacht, so ist das gegenwärtige Uebereinkommen als für weitere drei Jahre verlängert zu betrachten.

Das gegenwärtige Uebereinkommen wird von den vertragschliessenden Staaten sobald als möglich ratifizirt werden. Seine Wirksamkeit beginnt drei Monate nach erfolgtem Austausch der Ratifikations-Urkunden. || Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Uebereinkommen unterzeichnet und demselben ihre Siegel beigedrückt. || So geschehen in Bern am vierzehnten Oktober Eintausend achthundertundneunzig.

Für Deutschland: Otto von Bülow. || Für Belgien: Jooris. || Für Frankreich: Cte de Diesbach, E. George. || Für Italien: A. Peiroleri. || Für Luxemburg: W. Leibfried. || Für die Niederlande: T. M. C. Asser, J. C. M. van Riemsdyk. || Für Oesterreich-Ungarn: Seiller. || Für Russland: A. Hamburger, N. Isnard. || Für die Schweiz: Welti, Farner.

Reglement,

betreffend die

Errichtung eines Centralamts.

Artikel I.

Der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft wird beauftragt, das durch Artikel 57 des internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr errichtete Centralamt zu organisiren und seine Geschäftsführung zu überwachen. Der Sitz dieses Amts soll in Bern sein. || Zu dieser Organisirung soll sofort nach dem Austausche der Ratifikations-Urkunden und in der Art geschritten werden, dass das Amt die ihm übertragenen Funktionen zugleich mit dem Eintritte der Wirksamkeit des Uebereinkommens beginnen kann. || Die Kosten dieses Amts, welche bis auf Weiteres den jährlichen Betrag von 100 000 Franken nicht übersteigen sollen, werden von jedem Staate

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

im Verhältnisse zu der kilometrischen Länge der von demselben zur Ausführung internationaler Transporte als geeignet bezeichneten Eisenbahnstrecken getragen.

Artikel II.

Dem Centralamt werden alle Mittheilungen, welche für das internationale Transportwesen von Wichtigkeit sind, von den vertragschliessenden Staaten, sowie von den Eisenbahnverwaltungen mitgetheilt werden. Dasselbe kann mit Benutzung dieser Mittheilungen eine Zeitschrift herausgeben, von welcher je ein Exemplar jedem Staate und jeder betheiligten Verwaltung unentgeltlich zu übermitteln ist. Weitere Exemplare dieser Zeitschrift sind zu einem von dem Centralamt festzusetzenden Preise zu bezahlen. Diese Zeitschrift soll in deutscher und französischer Sprache erscheinen. || Das Verzeichniss der einzelnen im Artikel 2 des Uebereinkommens unter Ziffer 1 und 3 bezeichneten Gegenstände, sowie allfällige Abänderungen dieses Verzeichnisses, welche später von einzelnen der vertragschliessenden Staaten vorgenommen werden, sind mit thunlichster Beschleunigung dem Centralamt zur Kenntniss zu bringen, welches dieselben sofort allen vertragschliessenden Staaten mittheilen wird. || Was die im Artikel 2 des Uebereinkommens unter Ziffer 2 bezeichneten Gegenstände betrifft, so wird das Centralamt von jedem der vertragschliessenden Staaten die erforderlichen Angaben begehren und den anderen Staaten mittheilen.

Artikel III.

Auf Verlangen jeder Eisenbahnverwaltung wird das Centralamt bei Regulirung der aus dem internationalen Transporte herrührenden Forderungen als Vermittler dienen. || Die aus dem internationalen Transporte herrührenden unbezahlt gebliebenen Forderungen können dem Centralamt zur Kenntniss gebracht werden, um die Einziehung derselben zu erleichtern. Zu diesem Zweck wird das Amt ungesäumt an die schuldnerische Bahn die Aufforderung richten, die Forderung zu reguliren oder die Gründe der Zahlungsverweigerung anzugeben.

Ist das Amt der Ansicht, dass die Weigerung hinreichend begründet ist, so hat es die Parteien vor den zuständigen Richter zu verweisen. || Im entgegengesetzten, sowie in dem Falle, wenn nur ein Theil der Forderung bestritten wird, hat der Leiter des Amts, nachdem er das Gutachten zweier von dem Bundesrath zu diesem Zweck zu bezeichnenden Sachverständigen eingeholt hat, sich darüber auszusprechen, ob die schuldnerische Eisenbahn die ganze oder einen Theil der Forderung zu Händen des Amts niederzulegen habe. Der auf diese Weise niedergelegte Betrag bleibt bis nach Entscheidung der Sache durch den zuständigen Richter in den Händen des Amts. || Wenn eine Eisenbahn innerhalb vierzehn Tage der Aufforderung des Amts nicht nachkommt, so ist an dieselbe eine neue Aufforderung unter Androhung der Folgen einer ferneren Verweigerung der Zahlung zu richten. || Wird auch dieser zweiten Aufforderung binnen zehn Tagen nicht entsprochen, so hat der Leiter von Amtswegen an den Staat, welchem die betreffende Eisenbahn angehört, eine

motivirte Mittheilung und zugleich das Ersuchen zu richten, die geeigneten Massregeln in Erwägung zu ziehen, und namentlich zu prüfen, ob die schuldnerische Eisenbahn noch ferner in dem von ihm mitgetheilten Verzeichnisse zu belassen sei. || Bleibt die Mittheilung des Amts an den Staat, welchem die betreffende Eisenbahn angehört, innerhalb einer sechswöchentlichen Frist unbeantwortet, oder erklärt der Staat, dass er, ungeachtet der nicht erfolgten Zahlung, die Eisenbahn nicht aus der Liste streichen zu lassen beabsichtigt, so wird angenommen, dass der betreffende Staat für die Zahlungsfähigkeit der schuldnerischen Eisenbahn, soweit es sich um aus dem internationalen Transporte herrührende Forderungen handelt, ohne weitere Erklärung die Garantie übernehme.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Reglement unterzeichnet. || So geschehen in Bern am vierzehnten Oktober Eintausend achthundertundneunzig. (Folgen die Namen.)

Protokoll.

Im Begriffe, an die Unterzeichnung des am heutigen Tage abgeschlossenen Uebereinkommens zu schreiten, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten erklärt und vereinbart, was folgt:

I. In Betreff des Artikels 1 besteht darüber allseitiges Einverständniss, dass Sendungen, deren Abgangs- und Endstation in dem Gebiete desselben Staates liegen, nicht als internationale Transporte zu betrachten sind, wenn dieselben auf einer Linie, deren Betrieb einer Verwaltung dieses Staates angehört, das Gebiet eines fremden Staates nur transitiren. || Im Weiteren ist man darüber einverstanden, dass die Bestimmungen dieses Uebereinkommens keine Anwendung finden, wenn eine Sendung von irgend einer Station eines Staatsgebietes entweder nach dem Grenzbahnhofe des Nachbarstaates, in welchem die Zollbehandlung erfolgt, oder nach einer Station stattfindet, welche zwischen diesem Bahnhofe und der Grenze liegt, es sei denn, dass der Absender für eine solche Sendung die Anwendung des gegenwärtigen Uebereinkommens verlangt. Diese Bestimmung gilt auch für Transporte von dem genannten Grenzbahnhofe oder einer der genannten Zwischenstationen nach Stationen des anderen Staates.

II. In Betreff des Artikels 11 erklären die unterzeichneten Bevollmächtigten, dass sie keine Verpflichtung eingehen können, welche die Freiheit ihrer Staaten in der Regelung ihres internen Eisenbahnverkehrs beschränken würde. Sie konstatiren übrigens, jeder für den von ihm vertretenen Staat, dass diese Regelung zur Zeit mit den im Artikel 11 des Uebereinkommens festgestellten Grundsätzen sich im Einklange befinde, und sie betrachten es als wünschenswerth, dass dieser Einklang erhalten bleibe.

III. Es wird ferner anerkannt, dass durch das Uebereinkommen das Verhältniss der Eisenbahnen zu dem Staate, welchem sie angehören, in keiner

Nr. 10356. Vertrags-Staaten. 14. Okt. 1890.

Weise geändert wird, und dass dieses Verhältniss auch in Zukunft durch die Gesetzgebung jedes einzelnen Staates geregelt werden wird, sowie dass insbesondere durch das Uebereinkommen die in jedem Staate in Geltung stehenden Bestimmungen über die staatliche Genehmigung der Tarife und Transportbedingungen nicht berührt werden.

IV. Es wird anerkannt, dass das Reglement, betreffend die Errichtung eines Centralamts, sowie die Ausführungs-Bestimmungen zu dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr und die Anlagen 1, 2, 3 und 4 dieselbe Kraft und Dauer haben sollen, wie das Uebereinkommen selbst.

Das gegenwärtige Protokoll, welches zugleich mit dem am heutigen Tage abgeschlossenen Uebereinkommen ratifizirt werden soll, ist als ein integrirender Bestandtheil dieses Uebereinkommens zu betrachten und hat dieselbe Kraft und Dauer, wie dieses letztere selbst.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Protokoll mit ihren Unterschriften versehen. || So geschehen in Bern am vierzehnten Oktober Eintausend achthundertundneunzig.

(Folgen die Namen.)

Das vorstehende Uebereinkommen nebst dem Protokoll ist von den Vertragsstaaten ratifiziert und die Ratifikations-Urkunden sind in den Archiven der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu Bern am 30. September 1892 niedergelegt worden.

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Kongo-Staate.

Nr. 10357. **DEUTSCHES REICH und KONGO-STAAT.** — Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Kongo-Staate über die Auslieferung der Verbrecher und die Gewährung sonstiger Rechtshülfe in Strafsachen zwischen den deutschen Schutzgebieten in Afrika und dem Gebiete des Kongo-Staates. Vom 25. Juli 1890.

Nachdem Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, und Seine Majestät der König der Belgier, Souverän des Kongo-Staates, übereingekommen sind, die Auslieferung der Verbrecher und die Gewährung sonstiger Rechtshülfe in Strafsachen zwischen den deutschen Schutzgebieten in Afrika und dem Gebiete des Kongo-Staates durch einen Vertrag zu regeln, haben Allerhöchstdieselben zu diesem Zweck mit Vollmacht versehen, und zwar:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || den Herrn Friedrich Johann Grafen von Alvensleben, Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Könige der Belgier und Wirklichen Geheimen Rath,

Seine Majestät der König der Belgier, Souverän des Kongo-Staates: || den Herrn Edmond van Eetvelde, General-Administrator des Departements der auswärtigen Angelegenheiten des Kongo-Staates, || welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die Hohen vertragschliessenden Theile verpflichten sich durch gegenwärtigen Vertrag hinsichtlich der im Eingang bezeichneten beiderseitigen Gebiete, sich diejenigen Personen, welche in dem unter den Vertrag fallenden Gebiete des ersuchenden Theiles wegen einer der nachstehend aufgeführten strafbaren Handlungen, die in diesem Gebiete begangen ist, sei es als Thäter oder Theilnehmer verurtheilt oder angeklagt oder zur Untersuchung gezogen sind und in dem unter den Vertrag fallenden Gebiete des ersuchten Theiles sich innerhalb des Bereiches der daselbst bestehenden Behörden aufhalten,

Nr. 10357. Deutsches Reich und Kongostaat. 25. Juli 1890.

in allen nach den Bestimmungen des Vertrages zulässigen Fällen einander auszuliefern, sofern die betreffende Handlung zugleich nach der Gesetzgebung des Gebietes, in welchem sich die verfolgte Person aufhält, als eine der nachstehend aufgezählten Strafthaten anzusehen ist.

Die im Vorstehenden in Bezug genommenen Strafthaten sind:

1. Todtschlag, Mord, Giftmord, Elternmord und Kindesmord; || 2. vorsätzliche Abtreibung der Leibesfrucht; || 3. Aussetzung einer hülflosen Person oder vorsätzliche Verlassung einer solchen in hülfloser Lage; || 4. Unterdrückung, Verwechselung und Unterschiebung eines Kindes; || 5. Menschenraub und Entführung, einschliesslich der Entführung einer minderjährigen Person des einen oder anderen Geschlechts; || 6. vorsätzliche und rechtswidrige Beraubung der persönlichen Freiheit eines Menschen; || 7. Eindringen in eine fremde Wohnung; || 8. Bedrohung; || 9. unbefugte Bildung einer Bande in der Absicht, Personen oder Eigenthum anzugreifen; || 10. mehrfache Ehe; || 11. Nothzucht; || 12. Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Gewalt oder unter Drohungen; || 13. Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Personen unter vierzehn Jahren, sowie Verleitung solcher Personen zur Verübung oder Duldung unzüchtiger Handlungen; || 14. Kuppelei; || 15. vorsätzliche Misshandlung oder Verletzung eines Menschen, welche unter erschwerenden Umständen begangen ist oder welche eine voraussichtlich unheilbare Krankheit oder dauernde Arbeitsunfähigkeit oder den Verlust des unumschränkten Gebrauches eines Organs, eine schwere Verstümmelung oder den Tod, ohne den Vorsatz, zu tödten, zur Folge gehabt hat; || 16. Diebstahl, Raub und Erpressung; || 17. Unterschlagung und Untreue; || 18. Betrug; || 19. betrüglicher Bankerutt und betrügliche Benachtheiligung einer Konkursmasse; || 20. Meineid; || 21. falsches Zeugniss und falsches Gutachten eines Sachverständigen oder eines Dolmetschers; || 22. Verleitung eines Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetschers zum Meineide; || 23. Fälschung von Urkunden oder telegraphischen Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, einem Anderen zu schaden, sowie wissentlicher Gebrauch falscher oder gefälschter Urkunden und telegraphischer Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, einem Anderen zu schaden; || 24. vorsätzliche und rechtswidrige Vernichtung, Beschädigung oder Unterdrückung einer öffentlichen oder Privaturkunde, begangen in der Absicht, einem Anderen zu schaden; || 25. Fälschung oder Verfälschung von Stempeln, Stempelzeichen, Marken oder Siegeln, in der Absicht, sie als echte zu verwenden, und wissentlicher Gebrauch falscher oder gefälschter Stempel, Stempelzeichen, Marken oder Siegel; || 26. Falschmünzerei, nämlich Nachmachen und Verändern von Metall- und Papiergeld, sowie wissentliches Ausgeben und Inumlaufsetzen von nachgemachtem oder verfälschtem Metall- oder Papiergeld; || 27. Nachmachen und Verfälschen von Banknoten und anderen vom Staate oder unter Autorität des Staates von Korporationen, Gesellschaften oder Privatpersonen ausgegebenen Schuldverschreibungen und sonstigen Werthpapieren, sowie wissentliches Ausgeben und Inumlaufsetzen von solchen nachgemachten oder gefälschten Bank-

noten, Schuldverschreibungen und sonstigen Werthpapieren; || 28. vorsätzliche Brandstiftung; || 29. Unterschlagung und Erpressung seitens öffentlicher Beamten; || 30. Bestechung öffentlicher Beamten; || 31. folgende strafbare Handlungen der Schiffsführer und Schiffsmannschaften auf Seeschiffen: vorsätzliche Versenkung oder Zerstörung eines Schiffes, vorsätzlich bewirkte Strandung eines Schiffes, Widerstand mit Thätlichkeiten gegen den Schiffsführer, wenn dieser Widerstand von mehreren Schiffsleuten auf Verabredung gemeinschaftlich geleistet ist; || 32. vorsätzliche Gefährdung eines Eisenbahntransports und vorsätzliche Störung der Benutzung einer öffentlichen Telegraphenanstalt; || 33. vorsätzliche und rechtswidrige Beschädigung oder Zerstörung einer fremden Sache; || 34. Verhehlung von Sachen, welche durch eine der im gegenwärtigen Vertrage vorgesehenen Strafthaten erlangt worden sind.

Ist die strafbare Handlung ausserhalb des unter den Vertrag fallenden Gebietes des ersuchenden Theiles begangen, so soll die Auslieferung gleichfalls bewilligt werden, wenn die Gesetzgebung des Gebietes, aus welchem die Auslieferung nachgesucht wird, wegen einer im Gebiete eines fremden Staates begangenen gleichen Handlung die Verfolgung gestattet.

Artikel 2.

Die Auslieferung soll auch wegen Versuchs einer der im Artikel 1 aufgeführten strafbaren Handlungen stattfinden, wenn der Versuch derselben nach der Gesetzgebung der betreffenden beiderseitigen Gebiete mit Strafe bedroht ist.

Artikel 3.

Die Verpflichtung zur Auslieferung erstreckt sich deutscherseits nicht auf Reichsangehörige, sowie auf Eingeborene der deutschen Schutzgebiete, für die Regierung des Kongo-Staates nicht auf Angehörige des letzteren. || Ist der Verfolgte Angehöriger eines dritten Staates, so kann der ersuchte Theil von dem gestellten Auslieferungsantrage diejenige Regierung, welcher der Verfolgte angehört, in Kenntniss setzen. Wenn diese Regierung den Verfolgten ihrerseits beansprucht, um denselben vor ihre Gerichte zu stellen, so kann der ersuchte Theil nach seiner Wahl ihn der genannten Regierung oder dem ersuchenden Theile ausliefern.

Artikel 4.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die bei der Regierung des Kongo-Staates reklamirte Person in dem Gebiete des Kongo-Staates oder die von Seiten der genannten Regierung reklamirte Person in dem Gebiete des Deutschen Reiches oder in einem deutschen Schutzgebiete wegen derselben strafbaren Handlung, wegen welcher die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden ist oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist. || Wenn die bei der Regierung des Kongo-Staates reklamirte Person in dem Gebiete des Kongo-Staates oder die von Seiten der genannten Regierung reklamirte Person in

Nr. 10357. Deutsches Reich und Kongostaat. 25. Juli 1890.

dem Gebiete des Deutschen Reiches oder in einem deutschen Schutzgebiete wegen einer anderen strafbaren Handlung verfolgt wird oder verurtheilt ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung der Untersuchung und vollendeter Vollstreckung der gegen sie erkannten oder zu erkennenden Strafe aufgeschoben werden. Die Verpflichtung zur Auslieferung einer von der Regierung des Kongo-Staates reklamirten Person fällt weg, wenn vor Ausführung der Auslieferung ein Antrag auf Ablieferung dieser Person nach dem Gebiete des Deutschen Reiches eingeht, welchem nach gesetzlicher Vorschrift entsprochen werden muss. Die Bewilligung der Auslieferung aus einem deutschen Schutzgebiete soll stets als unter der Bedingung geschehen gelten, dass ein solcher Antrag auf Ablieferung bis zur Ausführung der Auslieferung nicht eingegangen ist.

Artikel 5.

Wenn eine reklamirte Person Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen eingegangen ist, an deren Erfüllung sie durch die Auslieferung verhindert wird, so soll dieselbe dennoch ausgeliefert werden, und es bleibt den dadurch Beeinträchtigten überlassen, ihre Rechte vor der zuständigen Behörde geltend zu machen.

Artikel 6.

Die ausgelieferte Person darf in dem Gebiete, nach welchem die Auslieferung bewilligt worden ist, wegen einer anderen vor der Auslieferung begangenen strafbaren Handlung, als derjenigen, welche zu der Auslieferung Anlass gegeben hat, weder zur Untersuchung gezogen noch bestraft, noch von da nach einem anderen Lande weitergeliefert werden, es sei denn, dass die Regierung oder Behörde, welche die Auslieferung bewilligt hat, ihre Zustimmung dazu ertheilt oder die ausgelieferte Person, nachdem sie wegen der strafbaren Handlung, welche zur Auslieferung Anlass gegeben hat, bestraft oder endgültig freigesprochen worden ist, während eines Monats im Lande bleibt oder nach Verlassen desselben wieder in dasselbe zurückkehrt.

Artikel 7.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn zu der Zeit, wo sie beantragt wird, nach der Gesetzgebung des Gebietes, in welchem der Verfolgte sich aufhält, bereits Verjährung der strafrechtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

Artikel 8.

Die Auslieferung soll bewilligt werden auf Grund eines verurtheilenden Erkenntnisses oder, auf Grund einer von der zuständigen Behörde erlassenen Verfügung, durch welche das Hauptverfahren eröffnet oder die Verweisung des Beschuldigten vor den erkennenden Richter bewirkt wird, oder auch auf Grund eines von der zuständigen Behörde erlassenen, den Thatbestand, sowie die darauf anwendbare strafgesetzliche Bestimmung genau angebenden Haftbefehls

oder einer die gleiche Geltung habenden sonstigen Urkunde, insofern die bezeichneten Schriftstücke in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift und zwar in denjenigen Formen beigebracht sind, welche die Gesetzgebung des ersuchenden Theiles vorschreibt. || Die Anträge auf Auslieferung erfolgen im diplomatischen Wege. Jedoch kann dieselbe in Angelegenheiten, welche schleuniger Erledigung bedürfen, von der obersten Behörde des betreffenden deutschen Schutzgebietes bei dem Generalgouverneur des Kongo-Staates, sowie umgekehrt von diesem bei der obersten Behörde des betreffenden deutschen Schutzgebietes beantragt werden.

Artikel 9.

Der wegen einer unter Artikel 1 oder 2 fallenden strafbaren Handlung Verfolgte darf in dringenden Fällen vorläufig festgenommen werden auf Grund einer amtlichen Mittheilung, welche von der zuständigen Behörde des die Auslieferung betreibenden Theiles gemacht und auf das Vorhandensein einer der im Artikel 8 aufgeführten Urkunden gestützt ist. || In diesem Falle wird der vorläufig Festgenommene wieder auf freien Fuss gesetzt werden, wenn nicht binnen dreier Monate nach seiner Festnahme der Auslieferungsantrag gemäss dem Artikel 8 gestellt worden ist.

Artikel 10.

Alle in Beschlag genommenen Gegenstände, welche sich zur Zeit der Festnahme im Besitze des Auszuliefernden befinden, sollen, sofern nicht besondere Bedenken entgegenstehen, dem ersuchenden Theile mit übergeben werden, und es soll sich diese Ueberlieferung nicht blos auf die entfremdeten Gegenstände, sondern auf alles erstrecken, was zum Beweise der strafbaren Handlung dienen könnte. || Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den oben erwähnten Gegenständen vorbehalten, und es sollen ihnen dieselben nach dem Schlusse des strafrechtlichen Verfahrens kostenfrei zurückgegeben werden.

Artikel 11.

Die vertragschliessenden Theile verzichten darauf, die Erstattung derjenigen Kosten zu verlangen, welche ihnen aus der Festnahme und dem Unterhalte des Auszuliefernden und seinem Transporte bis zur Grenze erwachsen, willigen vielmehr gegenseitig ein, diese Kosten selbst zu tragen.

Artikel 12.

Die vertragschliessenden Theile gestatten ausdrücklich die Auslieferung mittelst Durchführung Auszuliefernder durch ihr unter den Vertrag fallendes Gebiet auf Grund einfacher Beibringung einer der im Artikel 8 aufgeführten Urkunden, in Urschrift oder beglaubigter Abschrift, vorausgesetzt, dass die strafbare Handlung, wegen welcher die Auslieferung beantragt wird, in dem gegenwärtigen Vertrage inbegriffen ist und nicht unter die Bestimmung des Artikels 7 fällt.

Die Durchführung findet auf Kosten des ersuchenden Theiles statt.

Artikel 13.

Nr. 10357. Deutsches Reich und Kongostaat. 25. Juli 1890.

Wenn in einem in den deutschen Schutzgebieten in Afrika oder in dem Kongo-Staate schwebenden Strafverfahren einer der vertragschliessenden Theile die Vernehmung von Zeugen, welche sich in dem betreffenden Gebiete des anderen Theiles aufhalten, oder irgend eine andere dort vorzunehmende Untersuchungshandlung für nothwendig erachtet, so wird ein entsprechendes Ersuchungsschreiben auf dem im Artikel 8 Absatz 2 bezeichneten Wege mitgetheilt und demselben, nach Massgabe der Gesetzgebung des Gebietes, wo der Zeuge vernommen oder der Akt vorgenommen werden soll, Folge gegeben werden, sofern nicht besondere Bedenken entgegenstehen. || Die vertragschliessenden Theile verzichten gegenseitig auf alle Ersatzansprüche wegen der aus der Ausführung des Ersuchens entspringenden Kosten, sofern es sich nicht um Gutachten in Straf- oder Handelssachen oder Sachen der gerichtlichen Medizin handelt, welche mehrere Termine erfordern.

Artikel 14.

Wenn in einem in den deutschen Schutzgebieten in Afrika oder in dem Kongo-Staate schwebenden Strafverfahren einer der vertragschliessenden Theile das persönliche Erscheinen eines Zeugen für nothwendig erachtet, welcher sich in dem betreffenden Gebiete des anderen Theiles aufhält, so wird ein entsprechender Antrag unter Beifügung der für den Zeugen bestimmten Ladung auf dem im Artikel 8 Absatz 2 bezeichneten Wege gestellt und der Zeuge, sofern nicht besondere Bedenken entgegenstehen, von der ersuchten Regierung oder Behörde unter Mittheilung der Ladung zu einer Erklärung darüber aufgefordert werden, ob er derselben Folge zu leisten bereit ist. Ueber die dem Zeugen zu bewilligende Entschädigung wird im einzelnen Falle zwischen der ersuchenden und der ersuchten Regierung oder Behörde eine Verständigung stattfinden. || In keinem Falle darf ein Zeuge, welcher in Folge der in dem einen Lande an ihn ergangenen Vorladung freiwillig vor den Behörden des anderen Landes erscheint, daselbst wegen früherer strafbarer Handlungen oder Verurtheilungen oder unter dem Vorwande der Mitschuld an den Handlungen, welche den Gegenstand der Untersuchung bilden, in der er als Zeuge erscheinen soll, zur Untersuchung gezogen oder in Haft genommen werden. Hierbei kommt es auf die Staatsangehörigkeit des Zeugen nicht an.

Artikel 15.

Wenn in einem in den deutschen Schutzgebieten in Afrika oder in dem Kongo-Staate schwebenden Strafverfahren die Mittheilung von Beweisstücken oder von Urkunden, die im Gewahrsam der Behörden des betreffenden Gebietes des anderen Theiles sich befinden, für nothwendig oder nützlich erachtet wird, so soll deshalb ein entsprechendes Ersuchen auf dem im Artikel 8 Absatz 2 bezeichneten Wege gestellt und demselben, sofern nicht besondere Bedenken entgegenstehen, stattgegeben werden, dies jedoch nur unter der Bedingung, dass die Beweisstücke und Urkunden zurückgesandt werden.

Die vertragschliessenden Theile verzichten gegenseitig auf Ersatz der Kosten, welche aus der Ausantwortung und Rücksendung der Beweisstücke und Urkunden bis zur Grenze entstehen.

Artikel 16.

Die vertragschliessenden Theile werden sich im diplomatischen Wege von denjenigen verurtheilenden Erkenntnissen gegenseitig Mittheilung machen, welche wegen strafbarer Handlungen, die eine Freiheitsstrafe von mehr als sechs Wochen nach sich ziehen können, in den deutschen Schutzgebieten in Afrika gegen Angehörige des Kongo-Staates und in diesem Staate gegen Deutsche, welche in den deutschen Schutzgebieten in Afrika ihren Wohnsitz haben, oder gegen Personen, welche in denselben geboren sind, erlassen werden.

Artikel 17.

Auf die Auslieferung der Verbrecher und die Gewährung sonstiger Rechtshülfe in Strafsachen zwischen dem Gebiete des Deutschen Reiches und dem Gebiete des Kongo-Staates finden die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages keine Anwendung. Die Regelung dieses Gegenstandes zwischen den genannten beiden Gebieten bleibt einer besonderen Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 18.

Der gegenwärtige Vertrag wird ratifizirt, und die Ratifikations-Urkunden werden sobald wie möglich ausgetauscht werden. || Derselbe soll zwei Monate nach Austausch der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und in Kraft bleiben bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tage, an welchem er von einem der vertragschliessenden Theile aufgekündigt wird. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und mit dem Abdruck ihrer Petschafte versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift zu Brüssel, den fünfundzwanzigsten Juli 1890.

Alvensleben.
Edm. van Eetvelde.

(Uebersetzung.)

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, et Sa Majesté le Roi des Belges, Souverain de l'État Indépendant du Congo, étant convenus de régler, par un Traité, l'extradition des malfaiteurs et de s'assurer une assistance réciproque en matière pénale, entre les territoires de protectorat allemand en Afrique et l'État Indépendant du Congo, ont muni dans ce but de Leurs pleins pouvoirs, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || Mr. Friedrich Johann Comte d'Alvensleben, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges et Conseiller intime actuel,

Nr. 10357. Deutsches Reich und Kongostaat. 25 Juli 1890.

Sa Majesté le Roi des Belges, Souverain de l'État Indépendant du Congo: || Mr. Edmond van Eetvelde, Administrateur Général du Département des Affaires Etrangères de l'État Indépendant du Congo, lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1er.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent par le présent Traité applicable aux régions prémentionnées, à se livrer réciproquement, dans tous les cas admis par les clauses du dit Traité, les personnes qui à cause d'une des infractions ci-après énumérées commise dans le territoire de la partie réclamante soumis au présent Traité, ont été, comme auteurs ou complices, condamnées ou mises en accusation ou soumises à une poursuite judiciaire et qui se trouvent dans le territoire de la partie requise, soumis au présent Traité, à la portée de l'action des autorités y établies, pourvu que le fait constitue en même temps, d'après la législation du territoire, où se trouve la personne poursuivie, une des infractions ci-après énumérées. || Les infractions pour lesquelles l'extradition aura lieu sont les suivantes:

1. Meurtre, assassinat, empoisonnement, parricide et infanticide; || 2. Avortement volontaire; || 3. Exposition d'une personne incapable de se protéger ou abandon prémédité d'une telle personne dans un état qui la prive de tout secours; || 4. Suppression, substitution ou supposition d'enfant; || 5. Rapt et enlèvement, y compris l'enlèvement d'une personne mineure de l'un ou de l'autre sexe; || 6. Privation volontaire et illégale de la liberté individuelle d'une personne; || 7. Attentat à l'inviolabilité du domicile; || 8. Menaces; || 9. Formation illégale d'une bande dans le but d'attenter aux personnes ou aux propriétés; || 10. Bigamie; || 11. Viol; || 12. Attentat à la pudeur avec violence ou avec menaces; || 13. Attentat à la pudeur commis sur la personne ou à l'aide de la personne d'un enfant de l'un ou de l'autre sexe, âgé de moins de quatorze ans; || 14. Excitation à la débauche; || 15. Coups portés ou blessures faites volontairement à une personne avec des circonstances aggravantes ou qui ont eu pour conséquence une maladie paraissant incurable ou une incapacité permanente de travail ou la perte de l'usage absolu d'un organe, une mutilation grave ou la mort sans l'intention de la donner; || 16. Vol, rapine et extorsion; || 17. Abus de confiance; || 18. Escroquerie, || 19. Banqueroute frauduleuse et lésion frauduleuse à une masse faillie; || 20. Faux serment; || 21. Faux témoignage ou fausse déclaration d'un expert ou d'un interprète; || 22. Subornation de témoin, expert ou interprète; || 23. Faux en écritures ou dans des dépêches télégraphiques commis avec une intention frauduleuse ou à dessein de nuire, ainsi qu'usage de dépêches télégraghiques ou titres faux ou falsifiés fait avec connaissance ou avec une intention frauduleuse ou à dessein de nuire; || 24. Destruction, dégradation ou suppression volontaire et illégale d'un titre public ou privé, commis dans le but de causer du dommage

à autrui; || 25. Contrefaçon ou falsification de timbres, poinçons, marques ou sceaux dans le but d'en faire usage comme de vrais, et usage fait avec connaissance, de timbres, poinçons, marques ou sceaux contrefaits ou falsifiés; || 26. Fausse monnaie, comprenant contrefaçon et altération de monnaies de métal et de papier, et émission et mise en circulation, avec connaissance, de monnaies de métal ou de papier contrefaites ou altérées; || 27. Contrefaçon et falsification de billets de banque et d'autres titres d'obligation et valeurs en papier quelconques émis par l'État ou sous l'autorité de l'État par des corporations, sociétés ou particuliers ainsi qu'émission et mise en circulation, avec connaissance, de ces billets de banque, titres d'obligations ou autres valeurs en papier contrefaits ou falsifiés; || 28. Incendie volontaire; || 29. Détournement et concussion de la part de fonctionnaires publics; || 30. Corruption de fonctionnaires publics; || 31. Les faits punissables suivants des capitaines de navire et de gens de l'équipage sur des bâtiments de mer: || Submersion ou destruction volontaires d'un navire, Echouement volontaire d'un navire, Résistance avec violences et voies de fait envers le capitaine, si cette résistance a été complotée par plusieurs gens de l'équipage; || 32. Mise en péril volontaire d'un transport par chemin de fer ou entrave volontaire des communications télégraphiques publiques; || 33. Dégradation ou destruction volontaires et illégales des biens d'autrui; || 34. Recèlement d'objets obtenus à l'aide d'une des infractions prévues par la présente convention.

Au cas, où l'infraction a été commise hors du territoire de la partie requérante, soumis au traité, l'extradition sera également accordée si la législation du pays requis autorise la poursuite des mêmes faits commis dans le territoire d'un État étranger.

Article 2.

L'extradition aura aussi lieu pour la tentative des infractions énumerées à l'article 1er, lorsque la tentative est punissable d'après la législation des deux Pays contractants.

Article 3.

L'obligation de l'extradition ne s'étend pas pour l'Allemagne aux sujets allemands ni aux indigènes des territoires de protectorat allemand, pour l'État Indépendant du Congo, à ceux qui en sont les sujets. || Si l'individu poursuivi appartient à un 3e État, la partie requise pourra informer de la demande d'extradition le Gouvernement auquel appartient cet individu. Si ce Gouvernement réclame, à son tour, la personne poursuivie pour la faire juger par ses tribunaux, la partie requise peut à son choix la livrer à l'un ou à l'autre Gouvernement.

Article 4.

L'extradition n'aura pas lieu si la personne réclamée au Gouvernement de l'État Indépendant du Congo a été poursuivie et mise hors de cause ou est encore poursuivie ou a déjà été punie dans le territoire de l'État Indé-

Nr. 10357. Deutsches Reich und Kongostaat. 25. Juli 1890.

pendant du Congo au sujet des mêmes infractions pour lesquelles l'extradition est demandée; il en sera de même d'une personne réclamée par le Gouvernement de cet État et qui se trouverait dans les mêmes conditions dans le territoire de l'Empire allemand ou dans un des territoires de protectorat allemand. || Lorsque la personne réclamée à l'État Indépendant du Congo est poursuivie ou condamnée dans le territoire de cet Etat ou que la personne réclamée par celui-ci est poursuivie ou condamnée dans l'Empire allemand ou dans un des territoires de protectorat allemand à cause d'une autre infraction, son extradition sera différée jusqu'à la fin de ces poursuites et l'accomplissement de la peine prononcée ou à prononcer contre elle. || L'obligation de l'extradition d'une personne réclamée par le Gouvernement de l'État Indépendant du Congo cesse d'exister si, avant l'accomplissement de l'extradition, une demande est faite de transférer cette personne au territoire de l'Empire allemand, demande à laquelle il doit être donné suite d'après la législation en vigueur. Ce consentement à l'extradition d'une personne, se trouvant dans un des territoires de protectorat allemand sera toujours censé être donné sous la condition qu'une pareille demande de transfert n'aura été produite, avant que l'extradition n'a eu lieu.

Article 5.

Si un individu réclamé a contracté envers des particuliers des obligations que son extradition l'empêche de remplir, il sera néanmoins extradé, et il restera libre aux personnes lésées de poursuivre leurs droits devant l'autorité compétente.

Article 6.

La personne extradée ne pourra être ni poursuivie ni punie, ni livrée à un autre pays par l'Etat auquel l'extradition a été accordée à raison d'infractions commises avant l'extradition, autres que celles pour lesquelles cette extradition a été obtenue, à moins que le Gouvernement ou l'autorité compétente qui a accordé l'extradition n'y consente ou que la personne extradée après avoir été punie ou acquittée à cause des faits qui ont motivé l'extradition ne reste un mois dans le pays ou n'y revienne après l'avoir quitté.

Article 7.

L'extradition ne pourra avoir lieu si, au moment où elle est demandée, la prescription de l'action ou de la peine est acquise d'après les lois du pays dans lequel la personne poursuivie se trouve.

Article 8.

L'extradition sera accordée sur le fondement d'une sentence de condamnation ou sur le fondement d'une ordonnance édictée par l'autorité compétente et décrétant l'ouverture de la poursuite principale ou le renvoi de l'inculpé devant la juridiction répressive, ou encore sur le fondement d'un mandat

d'arrêt ou d'un autre acte ayant la même force, décerné par l'autorité compétente et renfermant l'indication précise du fait incriminé et de la loi appliquée, pour autant que ces documents soient produits en original ou en expédition authentique dans les formes prescrites par la législation de la Partie requérante. || Les demandes d'extradition seront adressées par la voie diplomatique. Toutefois elles pourront en cas d'urgence être adressées par l'autorité supérieure compétente du territoire de protectorat allemand au Gouverneur Général de l'État Indépendant du Congo et réciproquement par celui-ci à l'autorité supérieure compétente du territoire de protectorat allemand.

Article 9.

L'individu poursuivi ou condamné à raison de l'une des infractions énumérées aux art. 1 et 2 peut, en cas d'urgence, être provisoirement arrêté sur le fondement d'une communication officielle faite par l'autorité compétente du pays qui poursuit l'extradition et se basant sur l'existence de l'un des actes énumérés dans l'art. 8. || Dans ce cas l'individu arrêté provisoirement sera mis en liberté si, dans les 3 mois après son arrestation, la demande d'extradition n'a pas été faite conformément à l'article 8.

Article 10.

Tous les objets saisis, qui au moment de l'arrestation se trouvent en possession de l'individu à extrader, seront remis à la Partie requérante, à moins que des raisons spéciales ne s'y opposent, et cette remise s'étendra non seulement aux objets soustraits, mais à tout ce qui pourrait servir de preuve de l'infraction. || Sont cependant réservés les droits des tiers sur les objets sus-mentionnés qui devront leur être restitués sans frais après la fin du procès.

Article 11.

Les Parties contractantes renoncent à requérir la restitution des frais, qui leur surviennent du chef de l'arrestation et de l'entretien de l'individu à extrader et de son transport jusqu'à la frontière. Elles consentent au contraire de part et d'autre à les supporter elles-mêmes.

Article 12.

Il est formellement stipulé que l'extradition par voie de transit d'un individu livré à l'une des Parties contractantes à travers leurs territoires soumis au traité sera accordée sur la simple production en original ou en expédition authentique de l'un des actes énumérés à l'art. 8, pourvu que le fait servant de base à l'extradition soit compris dans le présent Traité et ne rentre point dans les dispositions de l'art. 7.

Le transit a lieu aux frais de la Partie requérante.

Article 13.

Lorsque, dans la poursuite d'une affaire pénale dans les territoires de protectorat allemand en Afrique ou dans l'État Indépendant du Congo, une

des Parties contractantes jugera nécessaire l'audition de témoins se trouvant sur le territoire de l'autre Partie, ou tout autre acte d'instruction, une commission rogatoire sera envoyée à cet effet par la voie indiquée à l'art. 8, 2e alinéa, et il y sera donné suite en observant les lois du pays où les témoins seront invités à comparaître, ou l'acte devra avoir lieu, pour autant que des considérations spéciales ne s'y opposent pas. || Les Parties contractantes renoncent de part et d'autre à toute réclamation par rapport à la restitution des frais qui résulteraient de l'exécution de la commission rogatoire à moins qu'il ne s'agisse d'expertises criminelles, commerciales ou médico-légales exigeant plusieurs vacations.

Article 14.

Lorsque dans une cause pénale dans les territoires de protectorat allemand en Afrique ou dans l'État Indépendant du Congo une des Parties contractantes juge nécessaire la comparation personnelle d'un témoin se trouvant dans le territoire de l'autre Partie, une demande sera faite, en y joignant l'invitation destinée au témoin, par la voie indiquée à l'art. 8, 2e alinéa et le témoin, à moins que des considérations spéciales ne s'y opposent, sera engagé par le Gouvernement ou l'autorité compétente requis, lors de la remise de l'invitation à déclarer s'il est prêt à s'y rendre. Quant à l'indemnité à accorder au témoin, un accord interviendra dans chaque cas particulier entre le Gouvernement ou l'autorité requis et le Gouvernement ou l'autorité requérant. || Aucun témoin, quelleque soit sa nationalité, qui, cité dans l'un des deux pays, comparaîtra volontairement devant les autorités de l'autre pays, ne pourra y être poursuivi ni détenu pour des infractions ou condamnations antérieures, ni sous prétexte de complicité dans les faits, objets du procès, où il figurera comme témoin.

Article 15.

Lorsque dans une cause pénale dans les territoires de protectorat allemand en Afrique ou dans l'État Indépendant du Congo la communication de pièces de conviction ou de documents se trouvant entre les mains des autorités du territoire de l'autre Partie sera jugée nécessaire ou utile, la demande en sera faite par la voie indiquée à l'art. 8, 2° alinéa, et l'on y donnera suite, pour autant qu'il n'y ait pas de considérations spéciales qui s'y opposent, à la condition toutefois de restituer les pièces de conviction et les documents. || Les Parties contractantes renoncent, de part et d'autre à requérir la restitution des frais résultant de l'envoi et de la restitution des pièces et documents jusqu'à la frontière.

Article 16.

Les Parties contractantes se communiqueront réciproquement par la voie diplomatique les jugements et arrêts de condamnations qui ont été prononcés pour des infractions pouvant entrainer une peine d'emprisonnement de plus de six semaines dans les territoires de protectorat allemand en Afrique contre

des sujets de l'État Indépendant du Congo et dans cet État contre des Allemands résidant dans les territoires de protectorat allemand en Afrique ou contre des personnes qui y sont nées.

Article 17.

Les dispositions du présent Traité ne s'appliquent pas à l'extradition des malfaiteurs ni à l'assistance réciproque en matière pénale entre le territoire de l'Empire allemand et le territoire de l'État Indépendant du Congo. Cet objet sera réglé entre les deux Pays par une convention spéciale.

Article 18.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées aussitôt que possible. || Il entrera en vigueur deux mois après l'échange des ratifications et restera en vigueur jusqu'à l'expiration de six mois après le jour où l'une des deux Parties contractantes l'aura dénoncé. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait en double original à Bruxelles, le vingt-cinq Juillet 1890.

Alvensleben.
Edm. van Eetvelde.

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt worden und der Austausch der Ratifikations-Urkunden hat am 21. März 1891 zu Brüssel stattgefunden.

Deutsches Reich und Türkei.

Nr. 10358. Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 26. August 1890*).

(Uebersetzung**).

Nr. 10358. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches, einerseits, und Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen, andererseits, von dem Wunsche beseelt, die Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern durch ein besonderes Abkommen neu zu regeln und zu befestigen, haben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || den Herrn Joseph von Radowitz, Allerhöchstihren ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser der Ottomanen, Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, || und den Herrn Dionys Gillet, Allerhöchstihren Geheimen Legationsrath und Generalkonsul;

Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen: || Mehemed Saïd Pascha, Vezir des Reiches, Allerhöchstihren Minister der auswärtigen Angelegenheiten, || welche nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel I.

Die Angehörigen und die Erzeugnisse des Bodens und der Industrie, sowie die Schiffe des einen der Hohen vertragschliessenden Theile sollen von Rechtswegen im Gebiete des anderen Theiles die Ausübung und den Genuss aller der Vortheile, Vorrechte und Freiheiten haben, welche den Angehörigen, den Erzeugnissen des Bodens und der Industrie und den Schiffen jeder anderen meistbegünstigten Nation zugestanden sind, oder in der Folge etwa zugestanden werden, oder deren Genuss die Regierung des fraglichen Landes den letzteren einräumen sollte.

---

*) Vgl. Bd. 52 S. 309, Anmerk.

**) Der Urtext ist französisch mit dieser Uebersetzung zugleich publ. im Reichs-Gesetzblatt 1891 Nr. 17.

Artikel II.

Die Angehörigen eines jeden der beiden Hohen Theile oder deren Vertreter sollen in allen Theilen des Gebietes des anderen Theiles alle Boden- und Industrieerzeugisse ohne Ausnahme kaufen dürfen, sei es zum Zweck des Handels im Innern, sei es zum Zweck der Ausfuhr. || Die Hohe Pforte bestätigt die Aufhebung des Gebrauchs der Teskérés, welche früher von den örtlichen Behörden für den Ankauf von Waaren oder für den Transport der gekauften von einem Orte an einen anderen erfordert worden sind.

Artikel III.

Die Angehörigen eines jeden der beiden Hohen Theile sollen im Gebiete des anderen keinerlei anderen oder höheren allgemeinen oder örtlichen Steuer, Auflage oder Abgabe, welcher Art es auch sei, unterworfen sein, als denjenigen, mit welchen die meistbegünstigten Einheimischen und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation belegt sind oder in Zukunft belegt werden.

Artikel IV.

Kein Gegenstand darf in den Staaten des einen der beiden Theile bei seiner Ausfuhr nach den Ländern des anderen Theiles anderen oder höheren Zöllen oder Abgaben unterworfen werden, als denjenigen, welche bei der Ausfuhr desselben Gegenstandes nach jedem anderen fremden Lande erhoben werden, oder erhoben werden möchten. || In der Türkei soll jeder zur Ausfuhr bestimmte Gegenstand nach einem zur Verschiffung oder zur Ausfuhr zu Lande geeigneten Orte frei von jeder Art von Abgaben gebracht werden; der Ausfuhrzoll darf 1 Prozent, berechnet nach dem Werth am Stapelplatz, nicht übersteigen und ist zur Zeit der Ausfuhr zu zahlen. Jeder Gegenstand, welcher den Ausfuhrzoll bereits entrichtet hat, darf demselben nicht noch einmal unterworfen werden, auch wenn er in andere Hände übergegangen sein sollte.

Artikel V.

Jeder Gegenstand deutscher Fabrikation oder Herkunft, welcher zu Lande oder zu Wasser in die Staaten Seiner Majestät des Kaisers der Ottomanen, und jeder Gegenstand ottomanischer Fabrikation oder Herkunft, welcher zu Lande oder zu Wasser nach Deutschland eingeführt wird, soll in den Staaten Seiner Majestät des Kaisers der Ottomanen und in Deutschland keinen anderen oder höheren Abgaben unterworfen werden, als denjenigen, welche zu zahlen sind oder künftig zu zahlen sein möchten, wenn derselbe Gegenstand als Boden- oder Industrieerzeugniss des meistbegünstigten Landes eingeführt würde. Die Hohe Pforte verpflichtet sich ausserdem, die Artikel deutscher Fabrikation oder Herkunft bei der Einfuhr in das Ottomanische Reich keiner anderen Abgabe und keinen höheren Zöllen zu unterwerfen, als in dem beigefügten, einen wesentlichen Bestandtheil dieses Vertrages bildenden Tarif verzeichnet sind. || Was Weine, Spirituosen, Cigarettenpapier, Zucker, Kaffee, Mehl, Thiere, Brennmaterial, Spielkarten, Früchte und Gemüse anbetrifft, so behält sich die

Nr. 1038. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

Hohe Pforte das Recht vor, die in dem erwähnten Tarif festgesetzten Zölle um den Betrag der Zuschläge oder neuen Abgaben zu erhöhen, welche in Zukunft auf die gleichartigen türkischen Boden- und Industrieerzeugnisse gelegt werden möchten. || Anlangend Zucker und Mehl, so dürfen die Abgaben und Zuschläge, welcher Art sie auch sein mögen, einschliesslich des Einfuhrzolles in keinem Falle für 100 Kilogramm mehr betragen, als:

1. für Zucker: || a) raffinirten in Broten, ganz oder gebrochen, in Würfeln oder in Tafeln, Zucker pilé und Zuckermehl, Kandiszucker 60 Piaster Gold, || b) rohen 48 Piaster Gold.
2. für Mehl: || a) Weizenmehl 27 Piaster Gold, || b) Hafer-, Gersten-, Mais- und anderes, nicht benanntes Mehl 18 Piaster Gold.

Der Einfuhrzoll ist in den Staaten Seiner Majestät des Kaisers der Ottomanen, wenn die Einfuhr zur See erfolgt, zur Zeit der Ausschiffung, wenn sie dagegen zu Lande erfolgt, auf dem ersten Zollamt zu zahlen. Was die Ein- und Ausfuhr auf der Eisenbahn betrifft, so wird die Erhebung der Zölle in den Staaten Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans gemäss den besonderen Verordnungen erfolgen, welche von der Ottomanischen Regierung auf Grundlage derjenigen Bestimmungen erlassen werden sollen, welche im Allgemeinen betreffs des gleichen Gegenstandes in den anderen Ländern in Geltung sind.

Die Zahlung der Zölle soll nach Wahl des Importeurs in Gold, den Gold-Medjidieh zu 100 Piaster, oder in Silber-Medjidieh zu dem durch Verordnung der ottomanischen Zentralverwaltung nach dem mittleren Kurse von Constantinopel festzusetzenden und rechtzeitig alle Vierteljahr bekannt zu machenden Satze erfolgen.

Artikel VI.

Bezüglich der Einfuhr, der Ausfuhr, der Durchfuhr und der zollamtlichen Niederlage der Waaren sowie aller Abgaben und der Zollförmlichkeiten jeder Art verpflichten sich beide Theile, einander sofort und ohne weitere Förmlichkeit an allen Vorrechten, allen Wohlthaten und an jeder Ermässigung der Abgaben, sowie an jeder anderen Befreiung und jedem Zugeständniss theilnehmen zu lassen, welche sie einer dritten Macht eingeräumt haben oder einräumen werden.

Artikel VII.

Jeder Gegenstand, welcher auf einheimischen Schiffen oder auf solchen der meistbegünstigten Nation aus dem Auslande in das Gebiet des einen der beiden vertragschliessenden Theile gesetzlich eingeführt werden kann oder wird eingeführt werden können oder welcher von da ausgeführt werden kann oder wird ausgeführt werden können, darf dies gleichfalls auf den Schiffen des anderen Theiles, ohne anderen oder höheren Abgaben oder Lasten unterworfen zu sein, als denjenigen, welche erhoben würden, wenn dieser Gegenstand auf einheimischen Schiffen oder auf solchen der meistbegünstigten Nation ein- oder ausgeführt würde. Diese Gleichheit der Behandlung soll stattfinden,

gleichviel ob die Waare unmittelbar aus dem Ursprungslande oder ob sie aus irgend einem anderen Lande komme.

Artikel VIII.

Keinerlei Abgabe soll von den Waaren deutscher Fabrikation oder Herkunft, noch von den, deutschen Unterthanen gehörigen oder auf deutschen Schiffen verladenen Waaren fremder Fabrikation oder fremder Herkunft erhoben werden, wenn diese Waaren die Meerengen der Dardanellen und des Schwarzen Meeres passiren, sei es, dass sie diese Meerengen auf denjenigen Schiffen passiren, welche sie gebracht haben, oder dass sie auf andere Schiffe umgeladen, oder dass sie, nachdem sie für die Ausfuhr verkauft worden, für eine bestimmte Zeit an das Land gesetzt werden, um an Bord anderer Schiffe ihre Reise fortzusetzen. In diesem letzten Falle müssen die Waaren unter den im Artikel XIII festgesetzten Bedingungen niedergelegt werden.

Artikel IX.

Keine Durchgangsabgabe soll von deutschen Waaren bei der Durchfuhr durch die Türkei erhoben werden. || Nach den Bestimmungen über die Durchfuhr soll auch jede Waare behandelt werden, welche irgend einen Theil der Türkei passirt und nach einem Orte des Ottomanischen Reiches bestimmt ist, wo sie nicht ohne Zahlung einer Einfuhrabgabe eingeführt werden kann. || Was die nach Aegypten bestimmten oder von dort kommenden Waaren anlangt, so wird die gegenwärtige Regelung aufrechterhalten. Es versteht sich hiernach, dass, wenn diese Waaren einmal den Einfuhrzoll entrichtet haben, sie in keinem Falle zu einer zweiten Zahlung von Abgaben angehalten werden sollen. || Ottomanische Waaren sollen bei ihrer Durchfuhr durch Deutschland keinen anderen oder höheren Abgaben unterworfen werden, als denjenigen, welche bei der Durchfuhr von Waaren der meistbegünstigten Nation zu zahlen sind.

Artikel X.

Zollfrei dürfen in das Ottomanische Reich nach zollamtlicher Prüfung eingeführt werden:

1. Musterkarten und Muster in Abschnitten oder Proben, insofern sie zu keinem anderen Gebrauch geeignet sind;
2. Reisegeräth, Kleider und Wäsche der Reisenden zu deren eigenem Gebrauch;
3. Effekten und Gegenstände, welche unter der Adresse des Vorstehers eines in der Türkei errichteten deutschen Generalkonsulats oder Konsulats eingeführt werden und zu dessen persönlichem Gebrauch oder dem seiner Familie bestimmt sind, wenn diese Vorsteher von ihrer Regierung festbesoldete Berufsbeamte sind und insoweit, als die Einfuhrabgabe 2 500 Piaster Gold jährlich nicht übersteigt;
4. Effekten und Gegenstände, welche unter der Adresse eines deutschen diplomatischen oder konsularischen Beamten eingeführt werden und zu dessen

persönlichem Gebrauch oder zu dem seiner Familie bestimmt sind, wenn diese Gegenstände und Effekten zur Zeit der ersten Einrichtung dieses Beamten oder seiner Familie in der Türkei eingeführt werden.

Ausserdem sollen zollfrei, sowie von der zollamtlichen Prüfung befreit sein alle Waarensendungen, welche mit der Post in die Türkei eingehen, insofern das Bruttogewicht 250 Gramm nicht übersteigt und die Zollabgabe nicht mehr als 150 Piaster Gold für 100 Kilogramm beträgt. Bezüglich der Drucksachensendungen unter Streifband, welche bis zum Meistgewicht von zwei Kilogramm Zollfreiheit fortgeniessen sollen, wird die gegenwärtige Behandlung beibehalten. || Es versteht sich von selbst, dass durch die Aufzählung der obigen Ausnahmen die Zollfreiheit, welche die Chefs der diplomatischen Missionen kraft des Völkerrechts geniessen, unberührt bleibt.

Artikel XI.

Zollpflichtige Gegenstände, welche von Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Handlungsreisenden als Muster eingeführt werden, sollen beiderseits frei von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugelassen werden, unter der Bedingung, dass diese Gegenstände unverkauft wieder ausgeführt werden, und vorbehaltlich der Erfüllung der für die Wiederausfuhr oder die zollamtliche Niederlegung nothwendigen Zollförmlichkeiten. || Die für den Umlauf dieser Muster zu gewährende Frist soll bei ihrer Einfuhr festgesetzt werden und kann nicht für länger als ein Jahr beansprucht werden. || Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern sofort am ersten Eingangsorte entweder durch Hinterlegung des Betrages der bezüglichen Zollabgaben oder durch Kaution sichergestellt werden. || Die in eines der beiden Länder durch Handlungsreisende des anderen eingeführten Muster können, nach ihrer Zulassung durch die Zollbehörde des ersten Eingangsortes, während der für ihren Umlauf gewährten Frist nach anderen Orten desselben Landes auf Grund einer bei der zuständigen Zollbehörde abzugebenden Transporterklärung zur Verschiffung gelangen, ohne einer Erneuerung der Einfuhrförmlichkeiten zu unterliegen.

Artikel XII.

Keinerlei Tonnengeld, Hafen-, Lootsen-, Anker-, Ufer-, Leuchtthurm-, Quarantäne- oder andere, zum Entgelt für geleistete Dienste bestimmte ähnliche Abgabe, welche Natur und welchen Namen sie haben möge, sei es, dass sie unter diesem Titel zu Gunsten der Regierung oder zu Gunsten von Privatpersonen, von Körperschaften oder von Anstalten irgend einer Art erhoben wird oder erhoben werden soll, soll den Schiffen des einen der beiden Staaten in den Häfen des anderen auferlegt werden, wenn diese Abgabe nicht in gleicher Weise und unter denselben Bedingungen die einheimischen Schiffe und die Schiffe der meistbegünstigten Nation trifft. Diese Gleichheit der Behandlung soll gegenüber den Schiffen der beiden Länder gegenseitig stattfinden, welches auch immer deren Abgangs- und Bestimmungsort sein möge.

Artikel XIII.

In den Haupthäfen und in den wichtigen Städten wird die Ottomanische Regierung, je nachdem das Interesse des Handels es erfordern wird, Lagerhäuser errichten, wo die eingeführten Waaren gegen ein Lagergeld niedergelegt werden können, welches vier Piaster für einhundert Kilogramm brutto oder einen Theil von einhundert Kilogramm auf den Monat oder den Theil eines Monats nicht übersteigen soll; beim Mangel derartiger öffentlicher Anlagen wird sie die Niederlegung der Waaren in Privatspeichern unter doppeltem Verschluss der Zollbehörde und des Besitzers gegen eine Ueberwachungsgebühr nach Massgabe der Zollordnungen gestatten. Die Dauer der Niederlegung der Waaren soll zwölf Monate nicht überschreiten, während welcher die Importeure die Befugniss haben, dieselben frei von Einfuhr- und Ausfuhrabgaben wieder auszuführen. Nach Ablauf dieser Frist haben die Waaren den Einfuhrzoll unverkürzt zu zahlen.

Artikel XIV.

Jedes Schiff, welches nach ottomanischem Recht als ottomanisches, und jedes Schiff, welches nach deutschem Recht als deutsches betrachtet wird, soll als solches von den vertragschliessenden Theilen anerkannt werden. Sollte ein Schiff nach deutschem Recht als deutsches und zu gleicher Zeit nach ottomanischem Recht als ottomanisches betrachtet werden, so kann jeder der beiden Hohen Theile in seinen Gewässern dieses Schiff als zu seiner Nationalität gehörig behandeln.

Artikel XV.

Die von den deutschen Handelsschiffen bei ihrer Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosporus nachgesuchten Firmane sollen ihnen stets in der Weise zugefertigt werden, dass ihnen dadurch so wenig Aufenthalt wie möglich verursacht wird.

Artikel XVI.

Die Einfuhr und die Durchfuhr von Taback in jeder Gestalt und von Salz sind und bleiben im Ottomanischen Reiche verboten. Die Hohe Pforte verpflichtet sich, keine anderen Monopole während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages einzuführen, als auf Streichhölzer in jeder Gestalt und Zusammensetzung, Spielkarten, Cigarettenpapier und Petroleum. || Die Deutschen in der Türkei sollen, was den inneren Handel mit diesen Gegenständen und die Ausfuhr derselben betrifft, denselben Einrichtungen und Vorschriften unterworfen sein und dieselben Abgaben zu zahlen haben, wie die meistbegünstigten ottomanischen Unterthanen oder die Unterthanen der meistbegünstigten Nation. Dagegen soll in Zukunft von Taback und Salz, wenn sie aus der Türkei von Deutschen oder nach deutschem Gebiete ausgeführt werden, keine Abgabe erhoben werden; jedoch müssen die Mengen Taback und Salz, welche von Deutschen oder deren Vertretern ausgeführt werden sollen, von den Exporteuren bei der Zollverwaltung angemeldet werden, welche, wie bisher, das

Nr. 1035S. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

Recht der Aufsicht über die Ausfuhr dieser Erzeugnisse behält, ohne jedoch dafür irgend eine Vergütung, sei es für Anschreibung oder aus irgend einem anderen Grunde, beanspruchen zu können.

Artikel XVII.

Die Einfuhr und die Durchfuhr von Pulver, Dynamit und anderen ähnlichen Sprengstoffen, von Kanonen, Kriegswaffen und militärischer Munition sind in den Ottomanischen Staaten ausdrücklich verboten. || Die Durchfuhr, einschliesslich der Durchfuhr durch die Meerengen, von Pulver, Patronen und Geschossen mit oder ohne Pulverladung, sowie von Waffen, deren Einfuhr verboten ist, wird unter gewöhnlichen Verhältnissen auf besonderes Ansuchen der deutschen Botschaft gestattet werden. || Nicht einbegriffen in diese allgemeine Einschränkung sind diejenigen Waffen, welche in dem beigefügten, von Amtswegen zu veröffentlichenden Verzeichniss aufgeführt sind. || Der Handel mit Waffen und Munition bleibt unter der unmittelbaren und besonderen Beaufsichtigung der Ottomanischen Regierung.

Artikel XVIII.

Die Kapitäne der Handelsschiffe, welche nach dem Ottomanischen Reiche bestimmte Waaren an Bord haben, sollen gehalten sein, sofort nach ihrer Ankunft im Bestimmungshafen zwei genaue, von ihnen als mit dem Original übereinstimmend beglaubigte Abschriften ihres Manifestes auf dem Zollamt niederzulegen. Desgleichen haben sie vor ihrer Abfahrt aus einem ottomanischen Hafen auf dem Zollamt eine Abschrift des Manifestes niederzulegen, welches die auf ihrem Schiffe verladenen Waaren aufführt. || Das Originalmanifest ist sowohl bei der Ankunft, als bei der Abfahrt, gleichzeitig mit den Abschriften, vorzulegen, um verglichen und binnen vierundzwanzig Stunden zurückgegeben zu werden. || Die Zollbeamten dürfen in keinem Falle zur Besichtigung und Durchsuchung der Handelsschiffe ohne vorgängige Mittheilung an die deutschen Konsularbeamten schreiten, durch welche den letzteren Gelegenheit gegeben werden soll, zugegen zu sein. Diese Mittheilung muss den Konsularbeamten rechtzeitig gemacht werden, und sie muss die Zeit angeben, zu welcher zur Vornahme dieser Förmlichkeiten geschritten werden soll. || Ergeben sich bei Vergleichung der Manifeste mit der Ladung Mehr- oder Fehlbeträge, so finden die im ottomanischen Zollreglement vorgesehenen Geldstrafen Anwendung. || Die ottomanische Zollverwaltung wird durch das gedachte Reglement diejenigen Massregeln zur Kenntniss des Publikums bringen, welche zur Verhütung von Unterschleifen und Schmuggel, sowohl hinsichtlich der Einfuhr, als der Ausfuhr und Durchfuhr von Waaren, zu Lande und zur See, mittelst der Post, der Eisenbahnen und aller anderen Wege und Beförderungsmittel, nothwendig sind.

Artikel XIX.

Jedes zollamtliche Verfahren in der Türkei, sei es bei der Ankunft oder bei der Abfahrt, ist einzuleiten durch eine besondere, von dem Besitzer der

Waare oder von seinem Vertreter unterzeichnete Deklaration. || Die Deklaration muss alle für die Zollbehandlung nothwendigen Angaben enthalten; demnach muss sie, ausser der Beschaffenheit, der Art, der Güte, dem Herkunfts- und dem Bestimmungsorte der Waare, auch das Gewicht, die Zahl, das Maass oder, je nach Lage des Falles, den Werth angeben. Die Zollbehörde muss, im Falle der Beanstandung, zur Prüfung der gedachten Deklaration schreiten, gemäss den besonderen Bestimmungen des im Artikel XX dieses Vertrages erwähnten Reglements. || Jede Weigerung, die Deklaration bei der Ankunft oder Abfahrt abzugeben, jede Verzögerung der Deklaration, jeder ein Mehr oder ein Weniger ergebende Unterschied zwischen den Waaren und der Deklaration begründet die Anwendung der in dem ottomanischen Zollreglement vorgesehenen Strafe.

Artikel XX.

Waaren, welche als Kontrebande eingeführt sind, unterliegen der Einziehung zu Gunsten des Staatsschatzes, unbeschadet der in jedem Falle erhobenen Zollabgaben und der auf Grund des Gesetzes etwa beizutreibenden Geldstrafen, vorausgesetzt, dass die Defraudation gehörig und gesetzmässig bewiesen und über den Thatbestand der Kontrebande ein Protokoll aufgenommen und ohne Verzug der Konsularbehörde des deutschen Unterthanen, welchem die beschlagnahmten Waaren gehören, mitgetheilt worden ist. Auf Verlangen des Betheiligten ist die Sache von dem Handelsgerichte, oder in Ermangelung eines solchen von einem anderen Gerichte zu entscheiden. Solange diese Entscheidung nicht erlassen ist, darf über die zu Gunsten des ottomanischen Fiskus beschlagnahmten Waaren endgültig nicht verfügt werden. || Wenn die ottomanische Zollbehörde triftige Gründe hat, das Vorhandensein geschmuggelter Waaren an irgend welchen Orten der Grenzbezirke zu vermuthen, so kann sie jede sofortige Durchsuchung, welche sie für nothwendig erachtet, in den Speichern und Wohnungen vornehmen. || Ein Duplikat des Durchsuchungsbefehls ist der Konsularbehörde zu übersenden, welche, ohne eine Verzögerung zu verursachen, der Durchsuchung beiwohnen oder sich bei derselben vertreten lassen muss. || Streitigkeiten über die Beschaffenheit, die Art, die Klasse, den Ursprung oder den Werth der Waaren sollen auf dem Verwaltungswege erledigt werden. || Das ottomanische Zollreglement wird die Art der Ausführung obiger Bestimmungen genau regeln.

Artikel XXI.

Glaubt die ottomanische Zollverwaltung auf Grund des Artikels XVII dieses Vertrages Waaren, welche deutsche Unterthanen auf dem ordnungsmässigen Wege einführen, als zu der Kategorie der verbotenen Gegenstände gehörig, nicht durchlassen zu sollen, so soll sie unverzüglich dem ottomanischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und der deutschen Konsularbehörde die Gründe für die Verweigerung der Auslieferung der Waare schriftlich mittheilen. || Das ottomanische Ministerium der auswärtigen Angelegen-

Nr. 1035S. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

heiten wird, nach Einvernehmen mit der deutschen Behörde, entscheiden, ob die Weigerung der Zollbehörde zu bestätigen ist, und in diesem Falle soll der deutsche Unterthan gehalten sein, die Waare ohne jeden Verzug wieder auszuführen: im entgegengesetzten Falle soll die Zollverwaltung die Waare frei passiren lassen, nachdem sie von ihr die ordnungsmässigen Abgaben erhoben hat. || Bis eine Entscheidung getroffen ist, bleibt die Waare auf dem Zollamt in Verwahrung, welches dafür dem deutschen Unterthan verantwortlich ist.

Artikel XXII.

Der gegenwärtige Vertrag soll in allen Besitzungen Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans in Europa, Asien und Afrika Geltung haben. Was das Vasallenfürstenthum Bulgarien und Aegypten betrifft, so soll jede zwischen den Vertretern der Deutschen Regierung und der Lokalverwaltung in den Grenzen der Verträge und der Kaiserlichen Firmane vereinbarte Abweichung von dem, einen Theil des gegenwärtigen Vertrages bildenden, allgemeinen Tarif der Ottomanischen Regierung mitgetheilt werden. || Es versteht sich, dass, wenn Waaren aus Aegypten, mit Reftiehs gemäss Artikel IX versehen, in anderen Theilen des Reichs anlangen und in Folge vereinbarter Tarifänderungen geringere Zollabgaben als die nach dem allgemeinen Tarif berechneten gezahlt haben sollten, der Mehrbetrag auf dem Zollamt des Bestimmungsortes zu entrichten ist.

Artikel XXIII.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages gelten für das Deutsche Reich, sowie für jedes zum deutschen Zollverbande jetzt oder künftig gehörige Gebiet.

Artikel XXIV.

Alle Bestimmungen des Freundschafts- und Handelsvertrages vom 22. März 1761 (alten Stils), soweit sie mit der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht im Widerspruch stehen, werden durch diese letztere nicht berührt und werden unter denselben Bedingungen auf das Deutsche Reich ausgedehnt, bis eine spätere gemeinsame Verständigung über Abänderungen getroffen werden kann, deren Vornahme man für nützlich erachten möchte.

Artikel XXV.

Der gegenwärtige Vertrag mit dem beigefügten Tarif soll an die Stelle des Vertrages zwischen den Staaten des deutschen Zollvereins und der Hohen Pforte vom 20. März 1862 und des Vertrages zwischen der Hohen Pforte und den Hansestädten vom 27. September 1862 treten. || Er soll am 1./13. März 1891 oder, nach vorgängiger Verständigung, wenn möglich, früher in Kraft treten. Er soll während 21 Jahre, d. h. bis zum 28. Februar, bez. 12. März 1912, zu welchem Zeitpunkte er ohne vorgängige Kündigung abläuft, in Geltung bleiben, unter dem Vorbehalt, dass am Ende des siebenten und des vierzehnten Jahres jeder der beiden Theile das Recht haben soll, Aenderungen

vorzuschlagen, welche sich durch die Erfahrung ergeben haben möchten. || Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen sobald als möglich zu Constantinopel ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben gezeichnet und ihre Siegel beigefügt.

Geschehen zu Constantinopel, in doppelter Ausfertigung, am 26. August 1890.

von Radowitz.
Gillet.
M. Saïd.

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt worden und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat stattgefunden.

Verzeichniss zu Artikel XVII.

Kapitel I.

Gestattet ist die Einfuhr von Jagd- und Luxuswaffen, sowie von Handelswaffen, Munition und Material, soweit diese Gegenstände nachstehend aufgeführt sind.

Erste Kategorie.

Waffen, deren Einfuhr gestattet ist.

1. Flinten, Büchsen und Stutzen zur Jagd nach dem System Lefaucheux, Lancaster u. a., gleichviel ob mit einem oder zwei Läufen, ob Vorder- oder Hinterlader, gezogen oder mit glattem Laufe, unter der Bedingung, dass der Durchmesser der Mündung nicht mehr als 20 Millimeter beträgt. || 2. Luxuswaffen, nämlich: antike Waffen, sowie Flinten, Büchsen, Stutzen, Revolver und Pistolen aller Art, jeden Kalibers und jeder Länge, deren Kolben, Hahn oder Lauf wesentlich mit Gold oder Silber verziert oder künstlich ciselirt ist. Damit die Luxuswaffen, mit Ausnahme der antiken Waffen, zugelassen werden, darf der Verkaufspreis nicht geringer sein als 500 Franken für das Stück bei Flinten, Büchsen und Stutzen, 200 Franken bei Revolvern und 80 Franken bei Pistolen. Es versteht sich, dass diejenigen Waffen, deren Einfuhr auf Grund anderer Bestimmungen dieses Verzeichnisses gestattet ist, nicht als Luxuswaffen angesehen und unter der Begründung verboten werden dürfen, dass ihr Werth geringer sei, als die festgesetzten Preise. Denjenigen Personen, welche Luxuswaffen einführen, soll es gestattet sein, 100 geladene Patronen für jede Flinte, jede Büchse und jeden Stutzen mitzuführen; jedoch ist der Preis der Patronen in dem für diese Waffen festgesetzten Werthe nicht mitinbegriffen. || 3. Sogenannte Flaubert-Flinten, -Büchsen und -Pistolen und ähnliche Waffen kleinen Kalibers, sowie Spiralfederwaffen zum Gebrauch im Zimmer und im Garten. || 4. Alle Arten von Revolvern jeden Kalibers, insofern der Lauf von der Trommel an, diese nicht mitgerechnet, nicht länger als sechzehn Centimeter ist. || 5. Gezogene und nicht gezogene Pistolen jeden Kalibers;

Nr. 10358. Deutsches Reich und Türkei. 26 Aug. 1890.

jedoch darf bei gezogenen Pistolen die Länge des Laufes nicht mehr als fünfzehn Centimeter betragen. || 6. Säbel (insofern das Gewicht, einschliesslich des Griffs und der Scheide, ein und ein halbes Kilogramm nicht übersteigt), Säbelklingen, Degen und Degenklingen, Florets zum Fechten, Jagdmesser, Dolche und Schlagringe.

NB. Eine einzelne Revolver-Pistole oder ein Paar Pistolen, gleichviel welchen Kalibers, ferner höchstens 100 geladene Patronen sind für jeden mit einem Passe oder einem Teskéré versehenen Reisenden gestattet.

Zweite Kategorie.

Material, dessen Einfuhr gestattet ist.

Alle Arten von Theilen von Flinten, Revolvern, Pistolen, blanken Waffen, und von anderen zur Einfuhr zugelassenen Waffen, wie zum Beispiel Kolben, Schlösser, Pistonröhren, Abzugsstangen, Bügel, Federn, fertige oder halbfertige Läufe und ähnliche Waffentheile, sowie jedes Zubehör und jeder zum Gebrauch der Waffen nothwendige Gegenstand.

Dritte Kategorie.

Munition, deren Einfuhr gestattet ist.

1. Geladene Patronen, sei es aus Metall oder aus Pappe mit Metallboden, ohne Rücksicht auf das Kaliber, bis zu 4 500 Stück jährlich für jeden Waffenladen bezüglich aller Waffen, deren Einfuhr gestattet ist. || 2. Ungeladene Patronenhülsen aus Metall oder aus Pappe mit Metallboden ohne Rücksicht auf das Kaliber und auf die Zahl für jede erlaubte Waffe. || 3. Jede Art von Zündhütchen und Hülsen, mit Ausnahme derjenigen für verbotene laffetirte Feuerwaffen, sowie Patronen für Flaubert- und andere ähnliche Waffen kleinen Kalibers. || 4. Jede Art Schrot für die Jagd.

Kapitel II.

Alle Waffen, deren Einfuhr gestattet ist, sollen nach zollamtlicher Prüfung von der Zollverwaltung ohne Unkosten und Verzögerung, je nach der Wahl des Eigenthümers, entweder durch einen plombirten Bindfaden oder durch einen Stempel gezeichnet werden.

Kapitel III.

Die Einfuhr aller in dem gegenwärtigen Verzeichniss nicht erwähnten Waffen, nebst zugehörigem Material und Munition, ferner jeder Art Pulver sowie aller Zusammensetzungen von gleicher Bestimmung und aller späteren Erfindungen von gleicher Wirkung, wie zum Beispiel Dynamit, Schiessbaumwolle, genannt fulmi coton, und coton azotique, Nitroglycerin, Pikrinsäure und Knallsäure, Zunder für Minen und andere Zündstoffe der Art, raffinirter und unraffinirter Salpeter, chlorsaures Kali, ist verboten. || Im Interesse der Industrie wird jedoch das Grossmeisteramt der Artillerie auf Antrag von Personen, die Bedarf danach haben, in Constantinopel und in den Provinzen, Jagd- und

Sprengpulver und andere entsprechende Stoffe verkaufen und an denjenigen Orten, wo das Bedürfniss besteht, Niederlagen einrichten. || Es versteht sich, dass die für die Landwirthschaft, die Handwerke oder den häuslichen Gebrauch bestimmten Schneidewerkzeuge nach wie vor eingeführt werden dürfen.

Constantinopel, den 26. August 1890.

von Radowitz.
Gillet.
M. Saïd.

Protokoll.

Die behufs Unterzeichnung des am heutigen Tage zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkei abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrages zusammengetretenen Bevollmächtigten haben die folgenden Erklärungen abgegeben:

I. In Betreff der unter deutscher Konsulargerichtsbarkeit stehenden Schweizer.

Es versteht sich, dass die Bestimmungen des am heutigen Tage zwischen dem Ottomanischen und dem Deutschen Reiche abgeschlossenen Handelsvertrages denjenigen in dem Ottomanischen Reich wohnenden Schweizern, welche sich unter die deutsche Konsulargerichtsbarkeit stellen wollen, zu gute kommen werden.

II. In Betreff der Zollreglements (Art. XIII).

Die Zollreglements, welche den Zweck haben, in der Türkei die Anwendung der in dem Handelsvertrage vom heutigen Tage enthaltenen Grundsätze zu regeln, sowie die Aenderungen, welche man an diesen Reglements in der Zukunft etwa vornimmt, werden von der ottomanischen Verwaltung ausgearbeitet und vor ihrer Inkraftsetzung dem Vertreter der Deutschen Regierung mitgetheilt werden, damit sie rechtzeitig zur Kenntniss des deutschen Handels gebracht werden können. || Die Kaiserlich Ottomanische Regierung wird diejenigen Punkte dieser Reglements, welche mit den in dem Vertrage enthaltenen Grundsätzen und namentlich mit den Artikeln XVIII, XIX und XX, betreffend die bei der Vorlegung des Manifestes zu beobachtenden zollamtlichen Förmlichkeiten, die Deklaration der Waaren, die Durchsuchungen auf Schiffen und in Grenzbezirken, die Strafen im Falle von Kontrebande sowie die Förmlichkeiten und die Abgaben bei den Zollniederlagen, in Widerspruch stehen sollten, abändern, sobald ihr solche Widersprüche von dem Vertreter der Deutschen Regierung angezeigt werden.

III. In Betreff der Sprengstoffe (Art. XVII).

Mit dem Verbot der Einfuhr von „anderen Sprengstoffen“ hat man in der Türkei nicht den Handel und die Einfuhr bezüglich solcher Stoffe, welche ihrer Beschaffenheit nach unter gewissen Umständen explosionsfähig sind, oder welche zur Anfertigung von Sprengstoffen benutzt werden könnten, wie zum

Nr. 10358. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

Beispiel Schwefel, Aether, salpetersaures Natron, sondern nur bezüglich solcher Stoffe verhindern wollen, welche ausschliesslich oder doch wenigstens hauptsächlich zum Sprengen von Minen oder zu ähnlichen Zwecken bestimmt sind. ||

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll unterzeichnet, welches eine Anlage zu dem Vertrage vom heutigen Tage bilden und ohne besondere Ratifikation, durch die blosse Thatsache des Austausches der Ratifikationen zu dem Vertrage, auf welchen es sich bezieht, als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten soll.

Geschehen zu Constantinopel, den 26. August 1890.

von Radowitz.
Gillet.
M. Saïd.

Vollziehungs-Protokoll.

Im Begriff, zur Unterzeichnung des am heutigen Tage zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkei abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrages zu schreiten, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das Nachstehende vereinbart:

1. Bis zu dem Zeitpunkte, an welchem der gedachte Vertrag gemäss seinem Artikel XXV in Kraft treten wird, soll der gegenwärtige Rechtszustand aufrechterhalten bleiben. Jedoch kann auch nach diesem Zeitpunkte weder der Tarif, noch irgend eine Bestimmung des Vertrages ohne Zustimmung der Deutschen Regierung Deutschland gegenüber in Kraft gesetzt werden, wenn dies nicht zu gleicher Zeit auch gegenüber jeder anderen Nation geschieht.

2. Es versteht sich ferner von selbst, dass die Deutsche Regierung, indem sie der Türkei das Recht der meistbegünstigten Nation in Bezug auf die Zollbehandlung einräumt, nicht auch die Ausnahme-Begünstigungen zugestehen will, welche die jetzt oder in Zukunft zum deutschen Zollverbande gehörenden Gebiete geniessen oder geniessen werden. || Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll unterzeichnet.

Geschehen zu Constantinopel, den 26. August 1890.

von Radowitz.
Gillet.
M. Saïd.

Denkschrift,

dem Deutschen Reichstage vorgelegt.

Die Entwickelung der Handelsbeziehungen der europäischen Staaten zum türkischen Reich hat ihre vertragsmässige Grundlage in den, zum Theil seit Jahrhunderten, für Preussen seit dem 22. März 1761 (a. St.) datirenden Kapitulationen. Auf dieser Grundlage wurden in den Jahren 1838—1841 die Handels- und Schiffahrtsrechte, welche den Angehörigen der Vertragsstaaten in

dem türkischen Reich eingeräumt waren, durch besondere Zusatzabkommen neu geordnet. Durch den Vertrag vom 10./20. Oktober 1840, welchen Preussen Namens dss Zollvereins aus diesem Anlass abschloss, gelangten zugleich die durch den preussischen Kapitulationsvertrag von 1761 begründeten Vertragsbeziehungen zur Ausdehnung auf die übrigen Staaten des Zollvereins. Seitens der Hansestädte war ein grundlegender Freundschafts- und Handelsvertrag mit der Pforte am 18. Mai 1839 abgeschlossen worden, welcher durch einen Zusatzvertrag vom 7. September 1841 im Sinne der Zusatzabkommen der übrigen Vertragsstaaten ergänzt wurde.

Nachdem das in jenen Verträgen gebundene türkische Zollsystem mit seinem niedrigen Eingangs- und hohen Ausgangs- und Durchgangszoll sich als ein Hemmniss der wirthschaftlichen und finanziellen Entwickelung des türkischen Reiches erwiesen hatte, traten vor drei Jahrzehnten auf Antrag der Kaiserlich ottomanischen Regierung die Vertragsstaaten, in erster Reihe Frankreich und England, in eine erneute Vertragsrevision ein, auf Grund deren, unter der Bedingung allmäliger Herabsetzung des türkischen Ausgangs- und Durchgangszolles bis auf 1 Prozent des Werthes, die Erhöhung des türkischen Eingangszolles von 5 auf 8 Prozent zugestanden und zugleich in die Einführung des Taback- und Salzmonopols, sowie in das staatspolizeiliche Verbot der Einfuhr von Kriegsmaterial nach der Türkei gewilligt wurde. Aus dieser zweiten Vertragsrevision gingen die beiden Verträge hervor, welche am 20. März 1862 von dem Zollverein und am 27. September 1862 von den Hansestädten auf die Dauer von 28 Jahren mit der Türkei abgeschlossen wurden. Zum Ersatz dieser beiden Abkommen ist der am 26. August 1890 zu Constantinopel zwischen dem Reich und der Türkei abgeschlossene Handelsvertrag bestimmt.

Die Verhandlungen, welche zum Abschluss des neuen Vertrages geführt haben, wurden im Jahre 1882 eingeleitet. Der zu dem Vertrage des Zollvereins von 1862 vereinbarte und thatsächlich auch auf den hanseatischen Handelsverkehr angewandte türkische Einfuhrzolltarif, in welchem der 8 prozentige Werthzoll für viele Artikel in einen festen spezifischen (Gewichts-, Stück- oder Mass-) Zoll umgewandelt war, zeigte sich nicht allein in seiner Waareneintheilung veraltet, sondern belastete auch durch die auf alten Waarenpreisen beruhenden spezifischen Zölle viele Waaren in Folge Rückgangs der Preise weit über 8 Prozent des Werthes. Eine Umgestaltung des Tarifs erschien im Interesse des deutschen Handels um so nothwendiger, als die Angehörigen anderer Staaten durch später festgestellte spezifische Zollsätze oder durch das Recht der Werthverzollung vielfach günstiger gestellt waren und türkischerseits Anstand erhoben wurde, auf Grund des Meistbegünstigungsrechts die Wahl zwischen den einzelnen Sätzen der verschiedenen Vertragstarife einzuräumen. In Gemässheit des Artikels 16 des Vertrages des Zollvereins von 1862 wurde demgemäss deutscherseits eine Revision des Tarifs noch für die letzte siebenjährige Vertragsperiode beantragt. Die im Jahre 1883 eröffneten Verhandlungen blieben indessen nicht auf die Revision des

Nr. 1035S. Deutsches Reich und Türkei. 3. Aug. 1890.

Tarifs beschränkt, sondern erstreckten sich auf Wunsch der Türkei auf die Umgestaltung der vertragsmässigen Grundzüge des Tarifsystems und wurden schliesslich im Jahre 1885, gleichfalls auf Antrag der Türkei, auf die Revision des ganzen Vertragsrechts ausgedehnt, nachdem türkischerseits die ungleiche Behandlung des deutschen Handels durch vorläufige Wiedereinführung des allgemeinen 8 prozentigen Werthzolles abgestellt worden war.

Die Ziele, mit welchen von beiden Seiten in die Vertragsrevision eingetreten wurde, gingen erheblich auseinander. Die Kaiserlich ottomanische Regierung, welche dem Ablauf aller von ihr seit Beginn der sechsziger Jahre geschlossenen Handelsverträge zum Ende des Jahrzehnts entgegensah, wünschte im wirthschaftlichen und finanziellen Interesse des türkischen Reiches die Reform des Zollsystems in der bei der früheren Vertragsrevision verfolgten Richtung — Erhöhung des Eingangszolles gegen Ermässigung des Ausgangs- und Durchgangszolles — fortzusetzen, den bisher für alle Waaren gleichmässigen Einfuhrzoll durch ein verschieden abgestuftes Einfuhrzollsystem zu ersetzen, durch diese Massnahmen zugleich eine alsbaldige Steigerung der Zolleinnahmen zu erzielen, daneben die spätere Eröffnung neuer finanzieller Hülfsquellen vorzubehalten, auch durch Vereinbarung einer kurzen Vertragsdauer die vertragsmässige Bindung der Zölle zeitlich möglichst zu beschränken. Türkischerseits wurden demgemäss im Laufe der Verhandlungen folgende Anträge gestellt: Aufstellung eines einheitlichen Einfuhrtarifs spezifischer Gewichtszölle für die Waaren aller Länder unter Zugrundelegung nicht des bisherigen einheitlichen Satzes von 8 Prozent, sondern verschiedener Sätze von 8, 10—15, zum Theil auch 3 und 20 Prozent, Zahlung der Zölle in Gold, Vorbehalt von Zollzuschlägen auf die eingeführten Waaren in Höhe der auf einheimische Erzeugisse einzuführenden inneren Steuern, Vorbehalt des Monopolrechts, ferner Kontrole der Gold- und Silberwaaren durch Einführung eines obligatorischen Gold- und Silberstempels, Beschränkung der kapitulationsmässigen Zollfreiheiten der diplomatischen und Konsularbeamten, ausschliessliche Kompetenz der türkischen Verwaltungsbehörden in Zollstreitigkeiten, Erweiterung der Rechte der Zollbehörden gegenüber den ausländischen Staatsangehörigen und der fremden Schiffahrt; gegenseitige Einräumung der Meistbegünstigung, Beschränkung der Vertragsdauer auf 7—8 Jahre. In Verbindung mit diesen Anträgen erklärte sich die Kaiserlich ottomanische Regierung zur Aufhebung des Durchgangszolles und zur Einführung des europäischen Entrepotsystems bereit, während sie die Aufhebung des Ausfuhrzolles ihrer Entschliessung vorbehielt.

Vom Standpunkt der Interessen des deutschen Handels, welcher für das Jahr 1888 von der deutschen Statistik in der Ausfuhr nach der europäischen und asiatischen Türkei (aus dem freien Verkehr des deutschen Zollgebietes) auf 11 713 000 Mk. und in der Einfuhr von dort auf 2 361 000 Mk. beziffert wird, aber nach sachkundigem Urtheil bei Hinzurechnung des durch den Zwischenhandel dritter Länder vermittelten Verkehrs auf mehr als das Doppelte

zu schätzen ist, erschien im Allgemeinen ein Verlassen der Grundzüge des bisherigen Vertragsrechts nicht Bedürfniss. Für die deutsche Ausfuhr nach der Türkei, welche, wenn auch minder umfangreich, so doch vielfältiger ist, als diejenige anderer Länder, und welcher durch Vermehrung regelmässiger Dampferlinien und durch Vollendung der Orientbahnen neue Wege eröffnet sind, war das hauptsächlichste Erforderniss, nämlich das der meistbegünstigten Behandlung und der Bindung des gesammten Tarifs, bereits durch das frühere Vertragsrecht gewährleistet. Von den türkischen Anträgen stand der Vorschlag eines einheitlichen Tarifs für die Waaren aller Länder hiermit noch im Einklang und erschien auch geeignet, der Wiederkehr von Beschwerden über ungleiche Behandlung vorzubeugen. Der Ersatz des gemischten Systems des Tarifs von 1862 durch ein reines System spezifischer Zölle, welche das Zollverfahren vereinfachen und dem Kaufmann die Vorausberechnung des Zolles ermöglichen, ferner die Aufhebung des Durchgangszolles und die Einführung des Entrepotsystems erschienen gleichfalls den Handelsinteressen entsprechend. Auch ergaben sich keine Bedenken dagegen, der Türkei auf dem Gebiete des Handels und der Schiffahrt die Gegenseitigkeit im Prinzip und in demjenigen Umfange, in welchem dies von anderen Mächten in den im Jahre 1862 abgeschlossenen Verträgen geschehen war, einzuräumen. Wenn hierin gegenüber der nur einseitigen Verpflichtung in den deutschen Verträgen von 1862 ein Zugeständniss zu sehen ist, so entspricht dasselbe einerseits dem Geiste der Kapitulationen von 1761 und des hanseatisch-türkischen Vertrages von 1839, andererseits der Uebung, welche in Uebereinstimmung mit einer bei Abschluss des Vertrages des Zollvereins von 1862 preussischerseits abgegebenen Erklärung bisher in Deutschland bestanden hat.

Dagegen walteten gegen die übrigen türkischen Anträge Bedenken ob.

Es erschien zwar mit Rücksicht auf die finanziellen Interessen des türkischen Reiches angezeigt, dem Verlangen nach Erhöhung der Zolleinnahmen entgegenzukommen. Immerhin ist, vom Standpunkt des bisherigen Vertragsrechts und der in Betracht kommenden Handelsinteressen, ein Eingehen auf die bezüglichen Anträge nicht in vollem Umfange und nur unter der Voraussetzung für gerechtfertigt erachtet worden, dass türkischerseits einige weitere Gegenkonzessionen, ausser den angebotenen, gemacht wurden. In dieser Hinsicht kamen in erster Linie die Verlängerung der Vertragsdauer bis auf 28 Jahre, sodann noch folgende Punkte in Betracht: Vorbehalt der Einwirkung auf die Regelung des türkischen Zollverfahrens, Zollbefreiungen und Erleichterungen für den Geschäfts-, Reise- und Postverkehr mit der Türkei, Ordnung des Waffenhandels und der Behandlung verbotener Einfuhrwaaren.

Ein Ausgleich der gegenseitigen Wünsche, bei welchem zugleich die Anwendbarkeit des Ergebnisses auf die Beziehungen der Türkei zu den übrigen Vertragsstaaten in Rücksicht zu ziehen war, ist in langwierigen Verhandlungen durch beiderseitige Zugeständnisse erzielt worden.

Unter dem Zugeständniss der Erhöhung des Gesammtertrages der tür-

Nr. 10358. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

kischen Zölle ist ein neuer Einfuhrtarif spezifischer Zölle (Anlage I des Vertrages) welcher in systematischer Anordnung sämmtliche Waaren, mit Ausschluss der zollfreien Edelmetalle, in fast 100 Positionen mit zahlreichen Unterpositionen umfasst, durch beiderseitige Kommissarien, und zwar deutscherseits unter Verwerthung von Gutachten des deutschen Handelsstandes, ausgearbeitet worden. Den spezifischen Zollsätzen liegen 8, 10, 12, auch 15, bei einzelnen Waaren 20, bei anderen wiederum nur 1 bis 3, auch 5 Prozent der Waarenwerthe zu Grunde. Auf der Basis von 20 Prozent ist der Zoll für die Finanzartikel Kaffee und Thee, für Cognak, Rum, Arrak, Branntwein in Fässern, Wein und für die dem Monopolrecht freigegebenen Artikel Zündhölzchen (Zündwachskerzchen), Cigarettenpapier (weisses Seidenpapier) und Spielkarten, auf der Basis von 1 bis 3 Prozent der Zoll für gewisse Uhren-, Edelmetall-, Luxus- und Schmuckfabrikate gebunden. Dem Tarif liegen neu festgestellte, im Vergleich zu dem Tarif von 1862 vielfach niedrigere Waarenwerthe zu Grunde. Die Erhöhung der zu Grunde gelegten Werthprozentsätze stellt daher nicht in entsprechendem Umfange eine Erhöhung des Zolles gegen die Zollbelastung aus dem Tarif von 1862 dar. Im Einzelnen ist eine unmittelbare Vergleichung der neuen und alten Sätze bei der Verschiedenheit der Waareneintheilung und der Verzollungsmaasse nicht thunlich. Die Zollsätze, einschliesslich der denselben zu Grunde liegenden Waarenwerthe, sind in Gold berechnet und die Zollzahlung soll in Gold, oder in Silber zum Kurswerthe, erfolgen. Es liegt hierin ein Zugeständniss deutscherseits, auf welches die Kaiserlich ottomanische Regierung entscheidendes Gewicht gelegt hat.

Der Tarif ist nur ein Maximaltarif für die deutsche Einfuhr nach der Türkei, da Ermässigungen, welche anderen Ländern bei den mit diesen noch schwebenden Verhandlungen eingeräumt werden, kraft des Meistbegünstigungsrechts auch dem deutschen Handel zu Gute kommen (Artikel V). Periodische Revision des Tarifs, wie des Vertrages, ist vorbehalten (Artikel XXV).

Das türkische Monopolrecht ist auf die bisherigen Monopolartikel Taback und Salz und auf die vier neuen Artikel, Spielkarten, Petroleum, Cigarettenpapier und Zündhölzer, und der Vorbehalt von Zuschlägen zu den Einfuhrzöllen auf Grund innerer Steuern auf folgende elf, die neuen Monopolartikel mit einschliessenden Kategorien: Wein, Spirituosen, Kaffee, Thiere, Brennstoffe, Spielkarten, Cigarettenpapier, Früchte, Gemüse, Zucker und Mehl, bei den letzten unter Festsetzung von Belastungsgrenzen, beschränt worden (Artikel XVI und V). Die Beschränkung der Zollfreiheiten der diplomatischen und Konsularbeamten in der Türkei ist nachgegeben worden (Artikel X, Nr. 3 und 4). Eine Erweiterung der Zuständigkeit der türkischen Zollbehörden ist im Interesse der Unterdrückung des Schmuggels, welche sowohl den Interessen des türkischen Fiskus, wie denen des gesetzmässigen Handels entspricht, nach Massgabe des Bedürfnisses anerkannt worden (Artikel XVIII und XX). Die konsularische Mitwirkung bei der zugelassenen Durchsuchung von Schiffen und Häusern ist jedoch vorbehalten. Der türkische Antrag auf Stempelung der

eingeführten Gold- und Silberwaaren ist auf diesseitigen Einspruch fallen gelassen worden.

Bezüglich der Vertragsdauer ist Einigung auf 21 Jahre erfolgt unter Vorbehalt periodischer Revisionen (Artikel XXV).

Was die deutscherseits gestellten Anträge betrifft, so ist die Berücksichtigung der deutschen Wünsche bei Erlass und Aenderung der türkischen Zollregleglements türkischerseits zugesagt (Hauptprotokoll Nr. II). Zollfreie Einfuhr der Waarenmuster und der Reiseeffekten ist zugestanden, dem Postverkehr, an welchem in Constantinopel ein deutsches Postamt betheiligt ist, sind Zollerleichterungen eingeräumt (Artikel X). Eine eingehende Regelung hat die Frage des Waffenhandels erfahren (Artikel XVII). Wenn auch das staatspolizeiliche Verbot der Einfuhr von Kriegsmaterial nach der Türkei in der Hauptsache, soweit es sich um den Bedarf des Staates und öffentlicher Dienstzweige handelt, nur formelle Bedeutung hat, so ist es doch, im Interesse des gesetzmässigen Handels mit Privatpersonen, wünschenswerth erschienen, den Kreis der von dem Verbot nicht betroffenen Gegenstände genau zu bestimmen und einige unter der Herrschaft der bisherigen Verträge entstandene Schwierigkeiten thunlichst nach den Wünschen des Handelsstandes zu lösen. Die Mitwirkung der deutschen amtlichen Vertreter bei der Entscheidung von Zweifelsfragen und die Freigabe der auf ordnungsmässigem Wege eingeführten verbotenen Gegenstände zur Wiederausfuhr ist vorgesehen (Artikel XXI).

Im Uebrigen lehnt sich der neue Vertrag nach Inhalt und Fassung an die bewährten Bestimmungen der Verträge von 1862 an. Die Ausdehnung der Rechte aus dem preussischen Kapitulationsvertrage von 1761 auf das Reich wird anerkannt (Artikel XXIV).

Deutscherseits werden, abgesehen von der Einräumung der Meistbegünstigung an die Türkei auf dem Gebiete des Handels und der Schiffahrt, Verpflichtungen nicht übernommen. Insbesondere ist eine Bindung der deutschen Zölle nicht erfolgt.

Zu den einzelnen Vertragsbestimmungen, von denen Artikel I bis VII, IX, XI, XII und XIV die wechselseitigen Verpflichtungen und daneben die Bindung der türkischen Eingangs- und Ausgangszölle (V und IV) die Abschaffung des türkischen Durchgangszolles und der Teskeres (IX und II), Artikel VIII, X, XIII, XV bis XXI nebst dem Hauptprotokoll die sonstigen Verpflichtungen der Türkei und Artikel XXII bis XXV Geltungsbereich und Dauer des Vertrages, sowie das Verhältniss desselben zum bisherigen Vertragsrecht betreffen, ist Folgendes zu bemerken:

Artikel I bringt das gegenseitige allgemeine Meistbegünstigungsrecht zum Ausdruck. Die Bezeichnung sujets statt ressortissants ist hier und an andern Stellen auf Wunsch der Türkei gewählt worden, um eine zuweitgehende Ausdehnung der Vertragsrechte auf fremde Schutzgenossen in der Türkei auszuschliessen. Den unter deutschem Schutz stehenden Schweizern sind die Rechte aus dem Vertrage durch die Bestimmung unter Nr. I des Hauptprotokolls

Nr. 1035S. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

vorbehalten. || Artikel II gewährt den Angehörigen jedes der beiden Länder in dem andern Lande das Recht zum Handel · im Innern und zum Ausfuhrhandel und bestätigt die Abschaffung des Gebrauchs der Teskeres in der Türkei. Bei Abschluss des Vertrages ist es für selbstverständlich erachtet worden, dass durch den Vertrag das beiderseitige Recht zum Erlass von Ausfuhrverboten behufs Abwehr einer Hungersnoth oder sonst aus politischen Gründen, in gleicher Weise, wie das Recht zum Erlass von Einfuhrverboten aus sanitäts- und veterinärpolizeilichen Gründen und zum Schutze der Landwirthschaft, des Weinbaues und der Seidenzucht z. B. gegen schädliche Insekten, nicht berührt wird.

Artikel III räumt den beiderseitigen Angehörigen in Bezug auf Steuern und Abgaben die Rechte der meistbegünstigten Einheimischen und der meistbegünstigten Ausländer ein.

Artikel IV erkennt für den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern das Meistbegünstigungsrecht in Bezug auf den Ausfuhrzoll an und bindet den türkischen Ausfuhrzoll auf den bisherigen Satz von 1 Prozent. Für die Ausfuhr von Taback und Salz aus der Türkei ist in Artikel XVI Zollfreiheit, wie bisher, zugestanden. Im Uebrigen bleibt die Aufhebung des Ausfuhrzolles der Entschliessung der Kaiserlich ottomanischen Regierung vorbehalten. Es bestand bei den Verhandlungen Einverständniss darüber, dass das Recht zur Entrichtung dieses Zolles in natura bis zur Aufhebung des Zolles fortdauern solle. Mit Rücksicht hierauf, sowie auf die leichtere Theilbarkeit der in Betracht kommenden Ausfuhrwaaren und auf den niedrigen Satz des Zolles ist von Umrechnung des Werthzolles in spezifische Zollsätze abgesehen worden.

Artikel V wendet den Grundsatz der gegenseitigen Meistbegünstigung auf die Einfuhrzölle an, bindet die türkischen Einfuhrzölle auf die Sätze des neuen Tarifs, regelt die Zulässigkeit von Zollzuschlägen in der Türkei auf Grund neuer innerer Steuern und bestimmt die näheren Bedingungen für die dortigen Zollzahlungen.

Als Gegenstände des begünstigten Einfuhrhandels erwähnt der Artikel nach dem Vorgange der Mehrzahl der neueren Handelsverträge die Waaren der deutschen bezw. türkischen Herkunft uad Fabrikation, nicht aber, wie Artikel 5 des Vertrages des Zollvereins von 1862, alle von Angehörigen der Vertragsstaaten eingeführten Waaren. Es ist dies um so weniger bedenklich erschienen, als mit der Einführung eines einheitlichen türkischen Zolltarifs die Unterscheidung der Waarenherkunft für die Einfuhr nach der Türkei überhaupt fortfällt. Unter der Bezeichnung tout article de fabrication ou de provenance im Eingange des Artikels ist jede aus dem Eigenhandel eines der beiden Länder kommende Waare verstanden, gleichviel, ob sie Boden- oder Industrieerzeugniss dieses Landes sei oder nicht. Eine höhere Belastung der Einfuhr nach der Türkei als die tarifmässige ist auch in der Form von inneren Abgaben im Allgemeinen ausgeschlossen.

Die bei den ausgenommenen elf Artikeln zulässigen Zuschläge sollen ein

Aequivalent innerer Steuern sein, welche künftig etwa auf gleichartige türkische Erzeugnisse gelegt werden. Bei Zucker und Mehl sind die etwaigen Zollzuschläge auf feste, nach 8 Prozent der mittleren Werthe berechnete Sätze beschränkt. Die in der Türkei für einzelne der gedachten Artikel bereits bestehenden Steuern können, sofern sie nicht etwa erhöht werden, eine Erhöhung des Eingangszolles nicht begründen. Die bestehende Miristeuer auf Spiritus und Spirituosen ist bereits in dem Tarif (Gruppe IX) berücksichtigt.

Die Bestimmungen in Artikel VI sichern in Bezug auf Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr, Zollbehandlung und alle Abgaben gegenseitige bedingungslose und sofortige Meistbegünstigung zu und entsprechen gleichartigen Verabredungen in neueren deutschen Handelsverträgen.

In den Artikeln VII und XII wird das Recht der beiderseitigen Flaggen zur Ausübung des internationalen Seefrachtgeschäfts und die Frage der Schifffahrtsgebühren nach den Grundsätzen der völligen Gleichberechtigung und der Meistbegünstigung geregelt.

Für die Zulassung zur Küstenschiffahrt ist das Recht der Meistbegünstigung massgebend (Artikel I).

Artikel VIII bestätigt die bisherige Abgabenfreiheit des Handels- und Schiffahrtsverkehrs durch die Meerengen im Sinne des Vertrages des Zollvereins von 1862 und des Artikels 3 des Londoner Vertrages vom 13. März 1871. Die Fassung schliesst sich derjenigen des Artikels 7 des Vertrages des Zollvereins mit den durch Einführung des Entrepotsystems bedingten Modifikationen an. Die Vergünstigung ist auch für alle an Bord deutscher Schiffe befindlichen Gegenstände, entsprechend der Bestimmung in Artikel 11 des englisch-türkischen Vertrages vom 29. April 1861, anerkannt.

Artikel IX spricht die Aufhebung des türkischen Durchfuhrzolles aus und trifft Bestimmungen zur Verhinderung der Doppelverzollung innerhalb des türkischen Reiches. Deutscherseits wird der Türkei bezüglich des Durchgangszolles Meistbegünstigung zugestanden.

Artikel X enthält unter Nr. 1, 2 und 5 die im Interesse des Geschäfts-, Reise- und Postverkehrs türkischerseits bezüglich des Eingangszolles zugestandenen, in den meisten Ländern durch die innere Gesetzgebung oder durch Verträge eingeführten Befreiungen und Erleichterungen. Die Bestimmungen unter Nr. 1 und 2 entsprechen den gleichartigen Bestimmungen in § 5 Nr. 7 und 4 des deutschen Zolltarif-Gesetzes vom 15. Juli 1879. Die Anerkennung der Zollfreiheit für Postsendungen bis 250 g entspricht der Bestimmung im § 4 a dieses Gesetzes. Waaren, deren Zoll mehr als 150 Piaster für 100 kg beträgt, sind von der Vergünstigung auf Wunsch der Türkei ausgeschlossen. Die Zollfreiheit für Drucksachensendungen unter Streifband bis zum zulässigen Gewicht von 2 kg entspricht der bisherigen Uebung und ist für die Zukunft anerkannt. In Deutschland gehen Bücher allgemein zollfrei ein. Die Bestimmungen unter Nr. 3 und 4, betreffend die Zollfreiheiten der diplomatischen

Nr. 1035S. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

und konsularischen Beamten in der Türkei, enthalten die Beschränkungen der bisherigen Vergünstigungen.

Artikel XI enthält für zollpflichtige, als Waarenmuster dienende Gegenstände das gegenseitige Zugeständniss der Freiheit von Eingangs- und Ausgangsabgaben im Falle der Wiederausfuhr innerhalb Jahresfrist. Die Bestimmung, welche, abgesehen von der Fristfestsetzung, einer gleichartigen Verabredung in Artikel 6 des deutsch-griechischen Handelsvertrages vom 9. Juli, bez. 27. Juni 1884 entspricht, erschien besonders veranlasst, weil in der Türkei mit der Einführung des Entrepotsystems der Anspruch auf Zollerstattung im Falle der Wiederausfuhr von Waaren innerhalb sechs Monate (Artikel 5 des Vertrages von 1862) in Fortfall gelangt.

Die Verpflichtung der Türkei zur Einführung des Entrepotsystems ist in Artikel XIII geregelt. Eine Verlängerung der zulässigen Niederlegungszeit über die einjährige Frist hinaus ist mit Rücksicht auf den Umfang der in der Türkei zu diesem Zwecke erforderlichen neuen Einrichtungen nicht erwirkt worden.

Die Bestimmungen in Artikel XIV, betreffend die Nationalität der Kauffahrteischiffe, entsprechen in Satz 1 gleichartigen Verabredungen in den neueren deutschen Handelsverträgen und in Satz 2 den völkerrechtlichen Grundsätzen.

Artikel XV stimmt mit Artikel 12 des Vertrages des Zollvereins von 1862 überein.

Artikel XVI bestätigt, in Anlehnung an Artikel 2 und 10 des früheren Vertrages, den Verzicht der Türkei auf Monopole, mit den bisherigen Ausnahmen von Taback und Salz und den vorbehaltenen vier neuen Ausnahmen.

Artikel XVII, nebst dem beigefügten Verzeichniss (Anlage II) und der Deklaration unter Nr. III des Hauptprotokolls, sowie Artikel XXI regeln die türkischerseits im staatspolizeilichen Interesse für erforderlich erachteten Beschränkungen des Handels mit Waffen und Sprengstoffen. Vom Privathandel sind unter Anderem auch einzelne Arten von blanken Waffen (hauptsächlich Bayonette und Lanzen), sowie von Gewehren, Pistolen und Revolvern ausgeschlossen. Eine nähere Umschreibung der von dem Verbot betroffenen Sprengstoffe ist in dem Hauptprotokoll unter Nr. III enthalten. Die Bestimmungen in Artikel XXI sichern den deutschen diplomatischen und konsularischen Behörden eine Einwirkung auf die Entscheidung der Frage, ob eine Waare von dem Verbot betroffen wird, und enthalten den Grundsatz, dass die auf regelmässigem Wege zur Verzollung eingegangene verbotene Waare zwar wieder ausgeführt werden muss, aber nicht eingezogen werden darf. Dieser Grundsatz steht im Einklange mit der analogen Bestimmung in § 139 Absatz 1 des deutschen Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869.

Die Artikel XVIII bis XX enthalten Bestimmungen über das Zollverfahren in der Türkei. Die Wahrnehmung der vertragsmässigen Interessen beim Erlass und bei Aenderungen der türkischen Ausführungsbestimmungen ist den deutschen Behörden durch die Deklaration unter Nr. II des Hauptprotokolls

gesichert. Der Artikel XVIII, betreffend die Schiffsmanifeste, lehnt sich an den Artikel 13 des Vertrages des Zollvereins von 1862 an. Der Türkei ist im Interesse der Unterdrückung des Schmuggels das Recht der zollamtlichen Durchsuchung der Schiffe unter denjenigen Kautelen zugestanden, welche in Konsularverträgen des Deutschen Reichs mit anderen Staaten, z. B. in Artikel 14 des Konsularvertrages mit Italien vom 21. Dezember 1868, festgesetzt sind. Ohne vorgängige rechtzeitige Benachrichtigung der deutschen Konsularbehörde, welche derselben die Möglichkeit der Assistenz bietet, darf ein deutsches Schiff von den türkischen Zollbehörden nicht betreten werden. Artikel XIX führt das Deklarationssystem in der Türkei ein. Artikel XX betrifft die Verfolgung und Bestrafung des Schmuggels in der Türkei und schliesst sich an die Bestimmungen in Artikel 14 des Vertrages des Zollvereins von 1862 an. Neben Einziehung der Waare und des Zolles wird die Bestrafung des Schmuggels, welche dem Interesse des gesetzmässigen Handels entspricht, und in den Zollgesetzgebungen aller Länder vorgesehen ist, als zulässig anerkannt. Das behufs wirksamer Unterdrückung des Schmuggels zugestandene Recht der Durchsuchung von Wohnungen und Magazinen in den Grenzbezirken darf nur mit konsularischer Assistenz ausgeübt werden. Die Worte auquel appartiennent les marchandises saisies sind so verstanden, dass die Zollverwaltung mit der Schutzbehörde auch nur des Inhabers der Waare in Verbindung treten kann.

Die Artikel XXII und XXIII betreffen den Geltungsbereich des Vertrages. Die Bestimmungen in Artikel XXIII entsprechen den gleichartigen Verabredungen in neueren deutschen Handelsverträgen.

Artikel XXIV enthält die Bestätigung des preussisch-türkischen Freundschafts- und Handelsvertrages von 1761 und die Ausdehnung desselben auf das Reich. Der Vertrag ist dieser Denkschrift im italienischen Wortlaut und in Uebersetzung beigefügt.

Durch Artikel XXV ist der Termin des Inkrafttretens des Vertrages auf den 13. März 1891, den Beginn des türkischen Rechnungsjahres, festgesetzt worden, vorbehaltlich der Verständigung über einen früheren Zeitpunkt und mit der in dem Vollziehungsprotokoll unter Nr. I, in Gemässheit des Meistbegünstigungsrechts, ausgesprochenen Massgabe, wonach keine Bestimmung ohne deutsche Einwilligung Deutschland gegenüber zur Ausführung kommen soll, wenn sie nicht auch gegen alle anderen Länder in Kraft gesetzt wird. Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Vertrages sollen nach der Verabredung unter Nr. 1 des Protokolls die bestehenden Verträge zwischen dem Zollverein und beziehungsweise den Hansestädten und der Türkei vom Jahre 1862, deren 28jährige Geltungsdauer, berechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationen, am 29. Januar und am 12. Februar 1891 ablaufen würde, in Geltung bleiben. Im Uebrigen lehnen sich die Bestimmungen des Artikels XXV an die Bestimmungen in Artikel 16 und 17 des Vertrages vom 20. März 1862 an.

Die von anderen Staaten während der letzten drei Jahrzehnte mit der

Nr. 10358. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

Türkei abgeschlossenen Handelsverträge sind inzwischen sämmtlich ausser Kraft getreten. Die Verhandlungen über die Neuregelung der Verhältnisse haben zum Abschluss noch nicht geführt.

Anlagen der Denkschrift.

Trattato

della ferma amicizia trà Sua Maestà, il Serenissimo ed Potentissimo Rè di Prussia, Federico Terzo, ed Sua Sultanea Maestà, il Serenissimo ed Potentissimo Imperatore Massimo degli Ottomanni, Sultan Mustapha.

L'essere i Principi legati con i vincoli d'una sincera amicizia è cosa certa, che cagiona non solamente ad esser muniti e confortati i loro Regni, ma anche reca grandi avantaggi ai loro Stati e Sudditi. Una tal desiderata Unione trae seco molta utilità, non solamente a quelli, che sono vicini trà di loro mà anche in conseguenza di varii rettissimi riflessioni è più necessaria la sua osservanza a quelli prinzipi che sono lontani e discosti trà di loro. Onde Sua Maestà il Serenissimo e Potentissimo Rè di Prussia mio Soverano e Padrone Clementissimo, avendo ab antico in somma stima e riputazione l'amicizia della fulgida Porta Ottomanna ed essendo d'un tal desiderio la sincerità del Suo cuore pieno, in conseguenza delli sopra menzionati rettissimi riflessioni volendo legare ed unire i suoi interessi con quelli della fulgida Porta Ottomanna per trattar e stabilir colla detta prefulgida Porta una ferma e perpetua amicizia e sincerità, accompagnandomi colle sue pregie creditive lettere continenti la datami piena autorità e tutte l'altre instruzzioni ed ordini necessarii ad un tal affare, anche da parte Sua Reggie lettere per il Serenissimo e Potentissimo Principe Imperatore Massimo degli Ottomanni e Sua Altezza il Sopremo Vezirio della Porta Ottomanna, m'ha mandato alla Residenza del alto Imperio Ottomanno Constantinopoli per trattare e parlare cogli Eccellentissimi Ministri della fulgida Porta, toccante lo stabilimento degli Articoli d'una tale ferma e stabile amicizia. In conseguenza doppo varie conferenze passate furono conchiusi tutti quegli sinceri articoli della reciproca amicizia e stipulato il loro stabilimento in otto articoli e un epilogo. Onde in vigore della mia piena autorità clementissimamente concessami dal sopramenzionato Serenissimo e Clementissimo mio Rè ho ancor io scritto in Idioma Italiana la presente obligatoria carta contenente i sopra detti articoli, per esser cambiata contro quella obligatoria carta scritta in lingua Turca, e ch'è da consegnarsi nelle mie proprie mani dalla parte della fulgida Porta. Gli articoli dunque, che furono conchiusi, si spiegano nella maniera seguente:

Articolo 1°.

Trà il Serenissimo e Potentissimo Rè di Prussia ed il fulgido e Potentissimo Imperio Ottomanno se è stabilito una forte pace, amicizia e reciproca

sincerità. Sia lecito à i sudditi et habitanti d'ambe le parti, tanto per mare quanto per terra, di traficar senza impedimenti ed i nazionali di Prussia, che viaggeranno colla bandiera e colla Patente di Sua Maestà di Prussia ed i marinari delle loro Navi entrando nei porti e nelle Scale ed Isole delle Provinzie Ottomanne con robbe e mercanzie, nel tempo del loro arrivo, dimora e ritorno non saranno molestati, e se per accidenti le loro navi soffrissero del danno, sia lecito di risarcirgli, e per il loro sostenimento comprando con proprio danaro dei viveri et delle bevande e di tutte quelle cose, che loro saranno necessarie, non siino impediti da nessuno. Toccante la compra et la vendita di tutte quelle robbe e mercanzie non proibite, sia reso a loro ed anche ai Mercanti Prussiani tutto quel trattamento, che si rende ai mercanti delle altre amiche Potenze. Le Navi Prussiani che approderanno alle forterezze delle Dardanelle o d'altri Porti e Scale saranno accettati nella stessa maniera, come si fà verso le Navi delle altre amiche Potenze, e doppo haver dato trecento aspre secondo il costume col nome di salvo arrivo, non siano molestati con altre nuovamente inventate domande, e se una Nave Prussiana naufragasse nei Porte e Scale dell' Imperio Ottomanno i Gubernatori, Giudici ed Ufficiali di quel luogo abbiano cura di custodirla d'ogni atto d'ostilità, e quelle robbe, mercanzie ed abiti che si salveranno dal naufragio, procurino di consegnare a quelli Consoli Prussiani, che si troveranno in quelle vicinanze per esser restituiti ai loro proprietarii e per questa raggione, non si havrà a domandar niente fuor che la solita paga di quelli che serviranno e gli transporteranno, e se tale cose saranno depredate s'abbia da ricercarle et ritrovarle, e perfettamente consegnarle et restituirle.

Articolo 2°.

I Mercanti Prussiani e quelli che saranno soggetti à loro, per quelle robbe e mercanzie che porteranno ed estraeranno, come gli altri amici, pagando trè per cento di dritto della dogana in monete corrente, non saranno domandati d'altra cosa di più e i sopraintendenti della dogana non fissino il prezzo di tale cose più di quello che vagliano; in caso però che non potranno accordarsi toccante il prezzo abbiano a dare dal' istesse robbe, computandole per i trè per cento. L'Ambasciadore de Prussia per quelle robbe, abiti e cose apartenenti alla sua persona e per i suoi Regali, non sia ricercato dritto di dogana ne dazzio, e non tornandogli à conto di estrarre il loro carico dai bastimenti Prussiani, non siino sforzati, e volendo portargli coi loro bastimenti ad altro luogo non siino impedite ne si domandera da loro qualche cosa. Se però estraeranno una parte, ed il rimanente lo porteranno à l'altro luogo, gli sara domandato dritto di dogana solamente per quelle cose, che furono estratti, e per quelle cose per le quali sara pagato una volta il dritto di dogana, transportati poi in altri porti e scale dell' Imperio Ottomanno, sia riguardato valido l'autentico bullo della pagata dogana, e non sia loro domandato un altra volta il dritto di dogana; e per il resto toccante l'altre cose, spettante alla Dogana,

Nr. 10358. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

il trattamento, che si fà verso l'altre amiche Potenze, sia fatto anche verso i Prussiani e non si domandi dagli Prussiani e da quelli che sono loro sogetti danaro con nome di dritto Cassabeie.

Articolo 3°.

Le Navi di guerra d'ambidue le Potenze incontrandosi l'una con l'altra la cerimonia della salutazione abbia da farsi nella maniera accostumata colle Navi di guerra d'altre Potenze. Le navi mercantili pero della Prussia incontrandosi con quelle di guerra e dei Negozianti dell'Imperio Ottomanno si salutaranno secondo il costume amichevolmente, non s'impediranno nel loro viaggio, ne si domandino, ne si prendino da loro, con violenza, nessuna cosa, e non siano sforzati i bastimenti Prussiani di trasportare Truppe, canoni, apparati bellici ed altri simili cose. I mercanti della fulgida Porta noleggiando navi Prussiani per portar le loro robbe e mercanzie, s'abbia ad osservar il trattamento di noleggio che si osserva colle altre Potenze, ed i Mercanti Prussiani, che porteranno o riporteranno robbe colle loro navi, per quelle cose, che secondo l'antico uso si paga dritto di Dogana, abbiano a pagare secondo l'usanza agli Ambasciadori e Consoli Prussiani compitamente quel dritto, che si chiama Consolato.

Articolo 4°.

L'Ambasciadore Prussiano, che residera appresso la fulgida Porta, abbia a godere quella independenza e privilegi che sono accostumati d'haver gli Ambasciadori delle altre amiche Potenze ed in tutta la Giurisdizzione della fulgida Porta, in ogni Scala, Porto ed Isola dove si rétrovano Consoli, Vice-consoli e Dragomanni dalla parte delle altre amiche Potenze, abbiano anche gli ambasciadori Prussiani a destinare Consoli, Vice-consoli e Dragomanni, deponere quelle che vogliano, e constituire degli altri nel luogo loro, e per gli ambasciadori che resideranno appresso la fulgida Porta, abbiano a servirsi de quatro Dragomanni e per quei luoghi che resideranno Consoli uno Dragomanno ed i Consoli, Vice-Consoli, Dragomanni e Viaggianti, loro Negozianti e la gente che sono della loro Nazione, siano immuni coll'istessa immunità, come sono i sudditi delle altre amiche Potenze.

Articolo 5°.

Accadendo discordia trà Prussiani e loro soggetti, l'Ambasciadore overo i Consoli Prussiani secondo le loro regole decideranno l'affare e sino che i Prussiani non domandino stessi essere giudicati secondo giustizia ottomanna, i giudici e Gubernatori della fulgida Porta non potranno per forza intrigarsi con dire che loro gli volessero giudicare. I Consoli che resideranno nel Territorio Ottomanno non siano messi in arresto ed ogni lite che avranno si decidera nella Imperiale Residenza per mezzo dei loro Ambasciadori; le loro case non siano sigillate, ricercate ne visitate ed accadendo qualche lite legale trà i sudditi della fulgida Porta e quelli di Prussia, si procederà nei Tribunali

Ottomanni per mezzo dei loro Ambasciadori, Consoli avero Vice-Consoli ed anche per mezzo dei loro Dragomanni e se un Maometano overo altro suddito della fulgida Porta farà presentar avanti il Tribunale qualche Prussiano o loro suggetto, mentre che non è presente uno dei loro Dragomanni overo Procuratori, non siino sforzati di rispondere, e le lite che avranno i Consoli o i loro Dragomanni passando il numero de quatro milla asperi, siano essaminati appresso la Residenza dell' Imperio Ottomanno, e toccante quelle cose che spettano la vendita, le compre e del danaro preso in prestito, accadendo qualche lite trà i Maometani overo altri sudditi della fulgida Porta e trà i Prussiani o loro soggetti, mentre che non sia stromento legale overo qualche altra valida carta, non si ascoltino i testimonii, che si chiamano sforzati ed accadendo qualche lite in quel istante, che è da partire qualche Vascello Prussiano, sia deciso, senza dilazione, per mezzo del Console o del Dragomanno, e non sia arrestato, ne ritardato la sua partenza, senza raggione, e se un Prussiano essendo indebitato overo colpevole, in caso che fuggira un altro Prussiano mentre non essendo malfatore, non sia preso ne molestato e se in quel luogo dove abita un Prussiano, si troverà il corpo di qualche huomo ucciso, se non si convincerà legalmente colpevole esser un Prussiano, non sarà molestato con domanda che si chiama prezzo di sangue.

Articolo 6°.

Non sia lecito, che si faccia schiavo nessuno dei Nazionali Prussiani. In caso peròche si prenderà qualche Prussiano in tempo di guerra insieme con quelle nemiche Truppe che si trovino in guerra colla fulgida Porta, sia lecito di farlo schiavo. In caso peròche non ritrovandosi trà le truppe inimiche che per inavertenza o qualche altra maniera si facesse schiavo, doppo esser domandato, ricercato e dimostrato esser Prussiano, sarà messo in libertà. Nella stessa maniera nessuno dei Maometani ed altri sudditi della fulgida Porta, si faccia schiavo appresso la Corte di Prussia ed in tal maniera ritrovandosi schiavo qualched'uno, senza dilazione e procrastinazione sara liberato. E se qualched'uno dei Prussiani o de loro sudditi morira negli stati della fulgida Porta, le loro robbe che resteranno doppo la loro morte, siino messe in potere degli Ambasciadori o Consoli Prussiani, per esser restituiti ai loro eredi, e non ritrovandosi nessuno dei sopradetti, gli prendera il suo compagno e non saranno molestati della parte dei giudici ed uffiziali della fulgida Porta Ottomanna. In caso pero che non si trovi alcuno Prussiano in quel luogo dove accade la sua morte, le robbe rimaste si scriveranno, e tale carte sigillandosi con sigillo della parte del giudice di quel luogo, saranno messe in custodia le robbe e consegnate senz'alcuna protesta à quella persona, che l'ambasciadore di Prussia darà ordine d'andare a prendere, e non si domandera quel dritto legale che si chiama Resmivismet. Si administrerà la possibile cura e diligenza, di permettere uno in buon ordine tutte quelle cose, che spettano il negozio, come per impedire tutte quelle cose, che gli potranno

Nr. 10358. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

caggionare del danno. Toccante l'essercizio della loro religione ed altre materie si farà anche verso i Prussiani tutto quel trattamento che si fà verso l'altre amiche Nazioni.

Articolo 7°.

Gli articoli sopradetti contenenti l'amicizia ed il negozio doppo esser sottoscritti d'ambedue le parti, non sarà lecito d'agir in qualche maniera contraria, anzi saranno osservati devotamente e come conviene; e quel trattamento, che si fà verso i Negozianti e sudditi della sopra menzionate Maestà a tenore di tali articoli, nella stessa maniera s'abbia da far reciprocamente anche verso i sudditi, soggetti e Negozianti della fulgida Porta.

Articolo 8°.

Di qua in anzi sia lecito di proponere nel tempo di bisogno alcuni articoli utili e profitevoli all'ambidue le parti come frutto della presente amicizia (essendo libero di pregiudizii d'ambidue le parte) i quali doppo esser messo in ordine e regolato, sia permesso d'aggiungergli agli articoli presenti.

Epilogo.

Gli articoli conchiusi trà queste due Potenze abbiano a ratificarsi in spazio di quattro mesi od anche avanti. Onde secondo la concessami piena autorità, i sopradetti otto articoli con questo Epilogo essendo conchiusi, stipulati e stabiliti, acciò che prendino colla grazia divina una felice fine, anche col cambio delle confirmatorie lettere nel prefato spazio di tempo, fù scritta questa mia obligatoria carta in lingua Italiana, con mio sigillo signata, con proprio pugno sottoscritta e per via di cambio consignata à Sua Altezza il Sopremo Vezirio e Plenipotentiario Ministro della fulgida Porta Ottomanna Mechmed Raghib Passa.

Dato in Constantinopoli alla fulgida Porta Ottomanna i venti due di marzo (stilo vecchio) l'anno mille sette cento sessanta uno.

Rexin.

(Uebersetzung.)

Freundschaftsvertrag

zwischen Seiner Majestät, dem Durchlauchtigsten und Grossmächtigsten Könige von Preussen, Friedrich dem Dritten, und Seiner Majestät, dem Durchlauchtigsten und Grossmächtigsten Kaiser der Ottomanen, Sultan Mustapha.

Es ist Thatsache, dass die Bande aufrichtiger Freundschaft zwischen Fürsten nicht nur die Herrschaft derselben befestigen und kräftigen, sondern auch für ihre Staaten und Unterthanen grosse Vortheile zur Folge haben. Solch ein erwünschter Freundschaftsbund bringt nicht nur Nachbarn grosse Wohlthaten, sondern ist in verschiedener Hinsicht für diejenigen Fürsten um

so nothwendiger, deren Staaten von einander entfernt liegen. Daher wünschen Seine Majestät, der Durchlauchtigste und Grossmächtigste König von Preussen, mein gnädigster Fürst und Herr, welcher die Freundschaft der Hohen ottomanischen Pforte von jeher werthgeschätzt hat, mit derselben in eine Interessengemeinschaft einzutreten durch Abschluss eines festen, aufrichtigen und ewigen Freundschaftsvertrages. Zu diesem Zwecke haben Seine Majestät mich in beglaubigter Form mit Ihrer Königlichen Vollmacht und mit allen zum Abschluss eines solchen Vertrages erforderlichen Weisungen und Befehlen versehen, mir Königliche Schreiben an den Durchlauchtigsten und Grossmächtigsten Kaiser der Ottomanen und an Seine Hoheit, den Grossvezier der ottomanischen Pforte, mitgegeben und mich nach der Residenz des Hohen ottomanischen Reiches, Constantinopel, entsandt, um mit den Ministern der Hohen Pforte behufs Feststellung der Bedingungen einer solchen festen und dauernden Freundschaft zu sprechen und zu verhandeln. Demgemäss sind, nach verschiedenen Verhandlungen, die folgenden Bedingungen eines gegenseitigen Freundschaftsvertrages beschlossen und in acht Artikeln und einem Schlussartikel vereinbart worden. Hierauf habe ich kraft der von meinem Durchlauchtigsten und Gnädigsten Könige mir huldreichst verliehenen Vollmacht die gegenwärtige verbindliche Urkunde, welche die erwähnten Artikel enthält, in italienischer Sprache ausgefertigt, um sie gegen die von Seiten der Hohen Pforte in türkischer Sprache abzufassende und mir einzuhändigende verbindliche Urkunde auszutauschen. Die beschlossenen Artikel lauten folgendermassen:

Artikel 1.

Zwischen dem Durchlauchtigsten und Grossmächtigsten Könige von Preussen und dem Hohen und Grossmächtigsten ottomanischen Kaiserreiche soll dauernder Friede und gegenseitige aufrichtige Freundschaft bestehen. Es soll den Unterthanen und Bewohnern beider Reiche gestattet sein, ungehindert sowohl zu Wasser, als zu Lande Handel zu treiben. Die preussischen Unterthanen, welche unter der Flagge und mit einem Passe Seiner Majestät des Königs von Preussen reisen, sowie die Mannschaft ihrer Schiffe, welche mit Ladung und Waaren nach Häfen, Stapelplätzen und Inseln der ottomanischen Provinzen kommt, sollen bei der Ankunft, während des Aufenthaltes und bei der Abfahrt nicht belästigt werden. Sollten ihre Schiffe durch Zufall einen Schaden erleiden, so soll es ihnen gestattet sein, sie auszubessern; auch sollen sie an dem Einkauf der zu ihrem Unterhalt nothwendigen Lebensmittel, Getränke und anderen Dinge für ihr eigenes Geld durch Niemanden gehindert werden. In Betreff des Kaufes und des Verkaufes aller derjenigen Güter und Waaren, deren Handel nicht verboten ist, sollen sie, wie überhaupt die preussischen Kaufleute, derselben Behandlung unterworfen werden, welcher die Kaufleute der anderen befreundeten Mächte unterliegen. Die preussischen Schiffe, welche an den Festungen der Dardanellen oder in einem anderen Hafen oder Stapelplatze anlegen, sollen in derselben Weise, wie die Schiffe der anderen befreundeten

Nr. 10358. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

Mächte empfangen und nach Bezahlung der üblichen 300 Asper für „glückliche Ankunft“ durch keine anderen später etwa eingeführten Abgaben belästigt werden. Sollte ein preussisches Schiff in den Häfen und Stapelplätzen des ottomanischen Reiches Schiffbruch leiden, so sollen die Gouverneure, Richter und Beamten des Ortes sich bemühen, es vor jeder Feindseligkeit zu schützen, und die aus dem Schiffbruche geretteten Güter, Waaren und Kleider den nächsten preussischen Konsuln überweisen, damit sie ihrem Eigenthümer zurückgegeben werden können. Es soll hierfür nur der übliche Lohn für diejenigen Personen gefordert werden dürfen, welche die Güter geborgen und an Ort und Stelle geschafft haben; sollten dabei Gegenstände geraubt worden sein, so sind zu ihrer Wiederauffindung und Rückerstattung alle möglichen Schritte zu thun.

Artikel 2.

Die preussischen Kaufleute und ihre Untergebenen sollen, wie die der anderen befreundeten Nationen, für die von ihnen angebrachten und ausgeladenen Güter und Waaren nicht mehr zu zahlen haben, als eine Zollabgabe von drei Prozent in kurrenter Münze; auch sollen die Zollaufseher den Preis dieser Gegenstände nicht über ihren Werth festsetzen; sollte man sich jedoch über den Preis nicht einigen können, so soll von den Waaren selbst im Verhältniss von drei zu Hundert abgegeben werden. Von dem preussischen Gesandten soll für diejenigen Güter, Kleidungsstücke und Gegenstände, welche ihm persönlich gehören oder zu seinen Geschenken bestimmt sind, weder eine Zollabgabe, noch eine Steuer erhoben werden. Diejenigen, welchen es nicht passt, ihre Güter aus den preussischen Schiffen auszuladen, sollen dazu nicht gezwungen werden; sollten sie dieselben auf ihren Schiffen nach einem anderen Platze bringen wollen, so sollen sie daran nicht gehindert, auch soll nichts von ihnen verlangt werden. Wenn sie aber einen Theil ausladen und den Rest nach einem anderen Platze bringen, so sollen nur die ausgeladenen Gegenstände verzollt werden; und wenn Gegenstände nach Entrichtung der Zollabgabe nach einem anderen Hafen oder Stapelplatz des ottomanischen Reiches geschafft werden, so soll die amtliche Zollquittung als gültig anerkannt werden und es soll nicht zum zweiten Male die Zahlung des Zolles verlangt werden dürfen. Bezüglich aller übrigen den Zoll betreffenden Punkte sollen die Preussen nach denselben Grundsätzen behandelt werden, wie die anderen befreundeten Mächte; auch soll von den Preussen und deren Untergebenen die sogenannte Kassabeie-Abgabe nicht gefordert werden.

Artikel 3.

Bei der Begegnung von Kriegsschiffen der beiden Mächte soll die Begrüssung in derselben Weise stattfinden, wie bei der Begegnung mit Kriegsschiffen anderer Mächte. Begegnen jedoch preussische Handelsschiffe Kriegs- und Handelsschiffen des ottomanischen Reiches, so sollen sie nach dem üblichen freundschaftlichen Salut in ihrer Fahrt nicht gehindert und es soll von ihnen nichts gefordert und nichts mit Gewalt weggenommen werden; auch dürfen die

preussischen Fahrzeuge zum Transport von Truppen, Kanonen, Kriegsgeräth und anderen ähnlichen Dingen nicht gezwungen werden. || Wenn Kaufleute der Hohen Pforte zum Transport ihrer Güter und Waaren preussische Schiffe miethen, so ist in Betreff der Fracht das den anderen Mächten gegenüber beobachtete Verfahren einzuhalten und die preussischen Kaufleute, welche auf ihren Schiffen Güter bringen oder fortschaffen, haben für die altem Brauche gemäss zollpflichtigen Gegenstände die übliche, Consolato genannte, Abgabe vollständig an die preussischen Gesandten und Konsuln zu entrichten.

Artikel 4.

Der preussische Gesandte bei der Hohen Pforte soll dieselbe Unabhängigkeit und dieselben Vorrechte geniessen, welche gewohnheitsmässig den Gesandten der anderen befreundeten Mächte zustehen; es sollen in dem gesammten Gebiete der Hohen Pforte, in jedem Stapelplatze, Hafen und auf jeder Insel, wo sich Konsuln, Vize-Konsuln und Dragomans der anderen befreundeten Mächte befinden, auch die preussischen Gesandten das Recht haben, Konsuln, Vize-Konsuln und Dragomans zu ernennen, nach ihrem Belieben abzusetzen und andere an deren Stelle einzusetzen; die Gesandten bei der Hohen Pforte dürfen vier Dragomans im Dienste haben und für die Konsulate einen; die Konsuln, Vize-Konsuln, Dragomans und Reisenden, ihre Unterhändler und alle Angehörigen ihrer Nation sollen dieselbe Immunität geniessen, wie die Unterthanen der anderen befreundeten Mächte.

Artikel 5.

Bei Streitigkeiten zwischen preussischen Angehörigen und deren Untergebenen soll der preussische Gesandte oder die preussischen Konsuln den Fall nach ihren Gesetzen entscheiden, und so lange die Preussen nicht selbst von der ottomanischen Justiz abgeurtheilt zu werden verlangen, dürfen die Richter und Gouverneure sich nicht mit Gewalt einmischen, um selbst zu richten. Die in dem ottomanischen Gebiete angestellten Konsuln dürfen nicht in Haft genommen werden, und jeder sie betreffende Rechtsstreit soll in der Kaiserlichen Residenz durch Vermittelung ihrer Gesandten entschieden werden; ihre Häuser dürfen weder versiegelt, noch besichtigt, noch durchsucht werden. Rechtsstreitigkeiten zwischen Unterthanen der Hohen Pforte und preussischen Unterthanen sollen vor den ottomanischen Gerichten mit Hülfe der betreffenden Gesandten, Konsuln oder Vize-Konsuln und auch mit Hülfe der Dragomans verhandelt werden, und wenn ein Mohamedaner oder ein anderer Unterthan der Hohen Pforte preussische Unterthanen oder deren Untergebene zur Zeit der Abwesenheit eines ihrer Dragomans oder Sachverwalter vor Gericht verklagen sollte, so können diese nicht gezwungen werden, sich darauf einzulassen; die den Betrag von viertausend Asper übersteigenden Prozesse der Konsuln oder ihrer Dragomans sollen in der Residenz des ottomanischen Reiches verhandelt werden; in denjenigen Streitigkeiten zwischen Mohamedanern oder anderen Unterthanen der Hohen Pforte und zwischen Preussen oder deren Untergebenen,

Nr. 1035S. Deutsches Reich und Türkei. 26. Aug. 1890.

welche Verkaufs-, Kauf- und Gelddarlehnsgeschäfte betreffen, sollen beim Mangel einer gesetzlichen Schuldurkunde oder eines anderen gültigen Beweismittels sogenannte erzwungene Zeugen nicht gehört werden; entsteht ein Streit im Augenblicke der Abfahrt eines preussischen Schiffes, so soll er unverzüglich mit Hülfe des Konsuls oder des Dragomans entschieden werden, und es soll das Schiff ohne Grund weder angehalten, noch in seiner Abfahrt aufgehalten werden. Im Falle, dass ein überschuldeter oder straffälliger Preusse geflohen ist, soll ein anderer Preusse, der nicht schuldig ist, weder ergriffen noch belästigt werden, und wenn an einem Orte, wo ein Preusse wohnt, der Körper eines getödteten Menschen gefunden werden sollte, so soll dieser Preusse mit der prezzo di sangue genannten Untersuchung nicht belästigt werden, wenn er nicht in gesetzlicher Weise der Schuld überführt worden ist.

Artikel 6.

Kein Angehöriger der preussischen Nation soll zum Sklaven gemacht werden dürfen. Falls jedoch in Kriegszeiten ein Preusse zusammen mit solchen feindlichen Truppen, welche sich mit der Hohen Pforte im Kriege befinden, gefangen genommen werden sollte, soll es gestattet sein, ihn zum Sklaven zu machen. Ist er aber nur aus Unachtsamkeit oder auf irgend eine andere Weise unter die feindlichen Truppen gerathen und dann zum Sklaven gemacht worden, so soll er, wenn er reklamirt und aufgesucht und seine Eigenschaft als Preusse festgestellt worden, in Freiheit gesetzt werden. || Desgleichen darf preussischerseits kein Mohamedaner oder anderer Unterthan der Hohen Pforte zum Sklaven gemacht und soll jeder, der unter solchen Verhältnissen in Sklaverei sich vorfindet, ohne Verzug in Freiheit gesetzt werden. Stirbt ein Preusse oder dessen Untergebener in den Staaten der Hohen Pforte, so sollen die von ihm hinterlassenen Güter behufs Rückgabe an seine Erben den preussischen Gesandten oder Konsuln zur Verfügung gestellt werden, und wenn von den Erben sich keiner vorfindet, so soll einer der Landsleute des Verstorbenen sie an sich nehmen, ohne von den Richtern oder Beamten der Hohen ottomanischen Pforte belästigt zu werden. Ist jedoch an dem Sterbeorte kein Preusse zu finden, so sind die hinterlassenen Güter in ein von dem Ortsrichter zu versiegelndes Verzeichniss einzutragen, in Verwahrung zu nehmen und ohne Weiteres der von dem preussischen Gesandten mit dem Abholen beauftragten Person auszuhändigen, ohne dass die Resmivismet genannte gesetzliche Abgabe gefordert werden dürfte. Man wird alle mögliche Mühe und Sorgfalt aufwenden, um die den Handel betreffenden Dinge in Ordnung zu halten, sowie alles zu beseitigen, was demselben Schaden verursachen könnte. In Betreff der Religionsausübung und aller anderen Angelegenheiten sollen die Preussen ganz ebenso behandelt werden, wie die Angehörigen der anderen befreundeten Nationen.

Artikel 7.

Sind die vorstehenden, Freundschaft und Handel betreffenden Artikel von beiden Theilen unterzeichnet, so soll es nicht gestattet sein, denselben in irgend

einer Weise entgegenzuhandeln; vielmehr sollen sie genau und wie es sich gebührt beobachtet werden. Und dieselbe Behandlung, welche nach dem Wortlaute dieser Artikel den Geschäftstreibenden und Unterthanen der oben erwähnten Majestät zugestanden wird, soll in derselben Weise als eine gegenseitige auch den Unterthanen und Geschäftstreibenden der Hohen Pforte zu Theil werden.

Artikel 8.

In Zukunft soll es gestattet sein, erforderlichen Falles, gemäss der bestehenden, beiden Theilen erspriesslichen Freundschaft, fernere nützliche und beiden Theilen vortheilhafte Artikel vorzuschlagen und dieselben nach getroffener Vereinbarung den gegenwärtigen Artikeln hinzuzufügen.

Schluss.

Die zwischen diesen beiden Mächten abgeschlossenen Artikel sollen in vier Monaten, oder auch früher, ratifizirt werden. Nachdem somit kraft der mir übertragenen Machtvollkommenheit die vorstehenden acht Artikel mit diesem Schlussartikel vereinbart und festgestellt worden sind, damit sie durch Gottes Gnade im Wege des Austausches der Ratifikationsurkunden innerhalb der erwähnten Zeit zu einem glücklichen Ende führen mögen, habe ich diese verbindliche Urkunde in italienischer Sprache niedergeschrieben, mit meinem Siegel versehen, eigenhändig unterschrieben und sie im Austausch Seiner Hoheit, dem Grossvezier und bevollmächtigten Minister der Hohen ottomanischen Pforte, Mehemed Raghib Pascha, übergeben.

Gegeben zu Constantinopel in der Hohen ottomanischen Pforte am 22. März (alten Stils) 1761.

Rexin.

Deutsches Reich und Marokko.

Nr. 10359. DEUTSCHES REICH und MAROKKO. — Handelsvertrag vom 1. Juni 1890*).

Nr. 10359. Deutsches Reich und Marokko. 1. Juni 1890.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen etc. etc. etc., einerseits und Seine Scherifische Majestät der Sultan von Fez, Marokko, Sus etc. etc. etc. andererseits, von dem Wunsche geleitet, die bestehende Freundschaft zu befördern und die Handels- und Schiffahrtsbeziehungen zwischen ihren Ländern und Staatsangehörigen auszudehnen, haben beschlossen, eine besondere Handelskonvention abzuschliessen, und haben zu diesem Ende zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser || Allerhöchstihren Ministerresidenten, Legationsrath Grafen von Tattenbach,

Seine Scherifische Majestät || Allerhöchstihren Vezier für Auswärtige Angelegenheiten Sid Mohamed Ben el Mofdel Ben Mohamed Garit und Seine Umanas die Herren El Arbi Ben Achmed Benani, El Arbi Ben Abdel Resak Ben Schakrun, Abd el Kerimn Ben Hadj Kadur Benis, Mohamed Ben el Hadj el Tacher el Asrak, Mohamed Ben el Tchami Cohen, Azuz Ben el Kebir Ben Kiran, Mohamed Ben Abd el Kebir el Tazi, Abd el Uahab Ben Mohamed Benis, El Abbas Ben Mohamed Berada, Edris Ben Achmed Benani, El Hadj el Arbi Ben Abd el Kerim Ben Mussa, Edris Ben Mohamed Berada, El Tacher Ben el Tehami Benani, Mohamed Ben el Arbi Berada, Ben Naser Ben Schelun, Ben Naser Ben Mohamed el Heluh, Mohamed Ben el Kebir Benis, Mohamed Ben el Nebbi Ben Schelun, Mohamed Brischa, El Taijeb Benani, || welche die gegenwärtige Konvention unterzeichnet haben, nachdem sie sich über nachstehende Artikel geeinigt hatten.

Artikel 1.

Es soll dauernde und unwandelbare Freundschaft bestehen zwischen Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und Seiner Majestät dem Sultan von Morokko, sowie zwischen ihren Reichen und Reichsangehörigen. Zwischen beiden Reichen soll gegenseitige Handelsfreiheit bestehen. Zu diesem Zweck verpflichtet sich ein jeder der Hohen vertragschliessenden Theile, den Unterthanen des anderen

*) Reichsgesetzblatt 1891 Nr. 25.

Theils alle Rechte, Vortheile und Privilegien zuzusichern und zu gewähren, welche seitens des einen wie des anderen Theiles den Angehörigen der meistbegünstigten Nation zugestanden sind oder künftig zugestanden werden.

Artikel 2.

Deutsche Kaufleute dürfen in die Staaten Seiner Majestät des Sultans von Marokko Waaren und Produkte jeder Art einführen, ohne dass ihre Herkunft oder die Nationalität der zu ihrer Einfuhr bestimmten Schiffe dabei einen Unterschied begründet. Ausgenommen hiervon sind Schnupftabak und die zum Rauchen bestimmten Kräuter, wie z. B. Opium und andere Produkte gleicher Art, ferner Pulver, Salpeter, Schwefel, Blei, Kriegsmunition und Waffen aller Art, deren Einfuhr verboten ist. || Seine Majestät der Sultan von Marokko erklärt sich durch die gegenwärtige Konvention damit einverstanden, dass die Zölle von Waaren und Produkten, welche von Deutschen in die Häfen seiner Station eingeführt werden, nicht über zehn Prozent des Werthes der gedachten Waaren und Produkte betragen sollen; die Berechnung dieser Zölle geschieht nach dem Engrospreis, den dieselben auf dem Markte des Einfuhrhafens bei Baarzahlung haben. || Waaren und Produkte, mit Ausnahme der oben aufgeführten verbotenen Artikel, welche von Deutschen nach Marokko eingeführt worden sind, dürfen innerhalb Marokkos weder verboten noch mit höheren Abgaben belegt werden als denjenigen, welche Marokkaner oder die Unterthanen der meistbegünstigten Nation entrichten. || Es ist den deutschen Kaufleuten gestattet, Waaren und Produkte, für welche sie den Einfuhrzoll entrichtet haben, ohne jede weitere Abgabe bei der Ein- oder Ausschiffung nach jedem beliebigen anderen Hafen in Marokko zu verschiffen, sowie sie in der Lage sind, ein von der Zollverwaltung ausgestelltes Attest über die Bezahlung des Einfuhrzolles vorzuzeigen.

Artikel 3.

Seine Majestät der Sultan, von dem Wunsche beseelt, den Handel in seinem Reiche zu entwickeln und zu fördern, wird den deutschen Unterthanen gestatten, die in dem nachstehenden Tarif aufgeführten Waaren und Produkte auszuführen, gegen Entrichtung des bei jedem einzelnen dieser Artikel beigesetzten Zolles.

Ausfuhr-Zolltarif.

Nr.	Artikel.	Einheit.	Betrag des Zolles in Vellon Realen
	Mais	gehäufte Fanega	10 (zehn) Realen.
	Dura	„ „	10 (zehn) Realen.
	Bohnen	„ „	10 (zehn) Realen.
	Linsen	„ „	10 (zehn) Realen.
	Erbsen, grosse und kleine .	„ „	10 (zehn) Realen.
	Vogelsamen	Cantar	5 (fünf) Realen.

Nr.	Artikel.	Einheit.	Betrag des Zolles in Vellon Realen.
	Datteln	Cantar	20 (zwanzig) Realen.
	Mandeln	„	15 (fünfzehn) Realen.
	Orangen und Citronen aller Art	1000 Stück	4 (vier) Realen.
	Wilder Majoran	Cantar	4 (vier) Realen.
	Kümmelsamen	„	8 (acht) Realen.
	Oel	„	25 (fünfundzwanzig) Realen.
	Gummata	„	8 (acht) Realen.
	Henna	„	6 (sechs) Realen.
	Wachs, gebleichtes . . .	„	70 1/8 (siebzig und ein Achtel) Realen.
	Wachs, natürlich	„	50 (fünfzig) Realen
	Reis	„	9 3/8 (neun und drei Achtel) Realen.
	Wolle, gewaschen	„	40 (vierzig) Realen.
	Wolle, ungewaschen . . .	„	27 1/2 (siebenundzwanzig und einhalb) Realen.
	Häute von Rindern, Schafen und Ziegen	„	18 (achtzehn) Realen.
	Gegerbte Felle (tafilete, sandani, cochinea)	„	50 (fünfzig) Realen.
	Talg	„	25 (fünfundzwanzig) Realen.
	Hühner	Dutzend	10 (zehn) Realen.
	Eier	1000 Stück	25 (fünfundzwanzig) Realen.
	Hörner	„	10 (zehn) Realen.
	Pantoffel	5 % (fünf Prozent) ad valorem.	
	Nadeln von Stachelschweinen	1000 Stück	2 (zwei) Realen.
	Ghasul (Seifenwurzel). . .	Cantar	7 1/2 (sieben und einhalb) Realen.
	Straussenfedern	ein Pfund	18 (achtzehn) Realen.
	Körbe.	100 Stück	10 (zehn) Realen.
	Karauyasamen	Cantar	10 (zehn) Realen.
	Kämme aus Holz	100 Stück	2 (zwei) Realen.
	Haar	Cantar	15 (fünfzehn) Realen.
	Rosinen	„	10 (zehn) Realen.
	Wollene Gürtel	100 Stück	50 (fünfzig) Realen.
	Tackawt (Färbestoff) . . .	Cantar	10 (zehn) Realen.

Nr.	Artikel.	Einheit.	Betrag des Zolles in Vellon Realen.
	Gegerbte Schafvliesse . .	Cantar	18 (achtzehn Realen.
	Hanf und Flachs	„	20 (zwanzig) Realen.

Artikel, die nach Abschluss der englischen Konvention tarifirt worden sind.

Anis	Cantar	10 (zehn) Realen.
Wollene Decken	5 % (fünf Prozent) ad valorem.	
Teppiche	desgl.	
Käse	Cantar	20 (zwanzig) Realen.
Palmettoblätter	100 Bündel	8 (acht) Realen.
Kissen von Leder mit seidener oder wollener Stickerei	5 % (fünf Prozent) ad valorem.	
El Horf	Cantar	10 (zehn) Realen.
Fasoch	„	10 (zehn) Realen.
Seile von Ziegenhaar . .	100 Bündel	10 (zehn) Realen.
Haiks	5 % (fünf Prozent) ad valorem.	
Hasen	das Stück	1 (ein) Real.
Holbah (Fenngreck) . . .	Cantar	5 (fünf) Realen.
Dschellaba	5 % (fünf Prozent) ad valorem.	
Kermes (Farbstoff) . . .	Cantar	10 (zehn) Realen.
Ledertaschen	5 % (fünf Prozent (ad valorem.	
Leinsamen	Cantar	5 (fünf) Realen.
Orseille (Farbstoff) . . .	„	10 (zehn) Realen.
Strausseneier	das Stück	½ (ein halb) Real.
Kopfhaut von Rindern . .	Cantar	4 (vier) Realen.
Rebhühner	das Stück	1 (ein) Real.
Birnen	Cantar	10 (zehn) Realen.
Kaninchen	das Stück	1 (ein) Real.
Lumpen	Cantar	5 (fünf) Realen.
Rosenblätter	„	10 (zehn) Realen.
Sanusch	„	8 (acht) Realen.
Sesamsamen	„	10 (zehn) Realen.
Siebe	5 % (fünf Prozent) ad valorem.	
Esparto Gras	Cantar	2 (zwei) Realen.
Steigbügel	8 % (acht Prozent) ad valorem.	
Därme	Cantar	10 (zehn) Realen.
Wallnüsse	„	8 (acht) Realen.
Gesponnene Wolle . . .	8 % (acht Prozent) ad valorem.	
Wollene Strümpfe	desgl.	
Matten von Palmetto . .	desgl.	
Zerguina (Farbstoff) . . .	Cantar	5 (fünf) Realen.

Nr.	Artikel.	Einheit.	Betrag des Zolles in Vellon Realen.
	Zelte von Haar u. Palmetto	5 % (fünf Prozent) ad valorem.	
	Theebretter von Messing .	8 % (acht Prozent) ad valorem.	
	Gesalzene Fische	Cantar	20 (zwanzig) Realen.
	Schildkröten	50 Kilos	2 1/2 (zwei und einhalb) Realen.
	Besen von Palmetto . . .	50 Kilos	1 1/2 (ein und einhalb) Realen.
	Palmettowolle	50 Kilos	2 1/2 (zwei und einhalb) Realen.
	el Bochna	gehäufte Fanega	10 (zehn) Realen.
	el Cohol (Farbenstoff) . .	Cantar	5 (fünf) Realen.

Artikel 4.

Die Waaren und Produkte marokkanischen Ursprungs, welche in dem im vorstehenden Artikel aufgeführten Tarif verzeichnet sind, dürfen von Deutschen gegen Bezahlung des für jeden Artikel beigesetzten Zollsatzes und auf den Schiffen jeder Nation ausgeführt werden. || Deutschen Kaufleuten soll gestattet sein, diese Waaren und Produkte auf allen Märkten in den Staaten Seiner Majestät des Sultans von Marokko in Person oder durch ihre Agenten zu kaufen, und ihre kaufmännischen Transaktionen dürfen in keiner Beziehung behindert, beschränkt oder benachtheiligt werden, weder durch marokkanische Beamte noch durch andere Personen. || Wenn deutsche Kaufleute Körnerfrucht von einem marokkanischen Hafen in einen anderen marokkanischen Hafen zur See verschiffen, so werden sie den für die betreffende Frucht im Tarif ausgesetzten Ausfuhrzoll bezahlen.

Artikel 5.

Die Bestimmungen der Madrider Konvention werden durch die gegenwärtige Konvention nicht berührt.

Artikel 6.

Damit die Hohen kontrahirenden Theile Veranlassung haben, über fernere Verbesserungen zu verhandeln, welche geeignet sein möchten, die Interessen der Unterthanen ihrer Staaten zu fördern und die gegenseitigen Verkehrsbeziehungen zu erleichtern und auszudehnen, sind dieselben übereingekommen, dass fünf Jahre nach der Ratifikation dieser Handelskonvention jeder derselben das Recht haben soll, bei dem anderen auf Revision anzutragen. Bis indessen eine solche Revision stattgefunden haben und eine neue Konvention abgeschlossen oder ratifizirt sein wird, soll die gegenwärtige in voller Kraft und Geltung bleiben.

Artikel 7.

Die vorstehende Konvention soll von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und von Seiner Majestät dem Sultan von Marokko ratifizirt und die Rati-

fikationen möglichst bald an dem von Seiner Majestät dem Sultan von Marokko zu bestimmenden Ort ausgewechselt werden. || Nach Auswechselung der Ratifikationen sollen die Bestimmungen dieser Konvention ohne Verzug in Geltung treten. || Zu Urkund dessen haben wir, die Bevollmächtigten, diese Konvention mit unserer Unterschrift versehen. || So geschehen zu Fez in zwei Originalausfertigungen in deutscher und arabischer Sprache am ersten Juni eintausendachthundert und neunzig, dem zwölften Chonal eintausenddreihundert und sieben nach muhammedanischem Kalender. || Tattenbach. || Mohamed el Mofdel Ben Mohamed Garit. || el Arbi ben Achmed Benani. || el Tacher Ben el Tehami Benani. || Edris Ben Achmed Benani. || Abd el Uahab Ben Mohamed Benis. || Azuz Ben el Kebir Ben Kiran. || Mohamed Ben el Hadj el Tacher el Asrak. || Mohamed Brischa. || Ben Naser ben Mohamed el Heluh. || Ben Naser Ben Schelun. || El Abbas Ben Mohamed Berada. || Mohamed Ben Schelun. || Mohamed Ben el Kebir Benis. || Mohamed Ben Abd el Kebir el Tazi. || Mohamed Ben el Tchami Cohen. || El Hadj el Arbi Ben Abd el Kerim Ben Mussa. || El Taijeb Benani. || Edris Ben Mohamed Berada. || Mohamed Berada. || El Arbi Ben Abdel Resak Ben Schakrun. || Abd el Kerim Ben Hadj Kadur Benis.

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt worden und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat am 10. Juli 1891 in Tanger stattgefunden.

Dresdener Internationale Sanitäts-Conferenz. 1893.

Nr. 10360. CONFERENZ-STAATEN. — Dresdener Internationale Sanitäts-Conferenz. 1893.

A. Aus dem Protokoll der Sitzung vom 15. April 1893.

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

MM. les Délégués d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de Belgique, de France, d'Italie, de Russie et de Suisse annoncent qu'ils sont en mesure de signer la Convention; ils déclarent en outre que leurs Gouvernements, en vue d'un retour de l'épidémie cholérique et, autant que cela leur sera possible, n'attendront pas les délais de ratification pour appliquer, en ce qui les concerne, les dispositions de la Convention.

MM. les Délégués de Luxembourg, de Monténégro et des Pays-Bas déclarent qu'ils sont en mesure de signer également la Convention.

MM. les Délégués de Danemark, et de Suède et de Norvège déclarent prendre le Projet de Convention ad referendum et s'engagent à en recommander l'adoption à leurs Gouvernements respectifs.

M. le Premier Délégué d'Espagne déclare qu'il prend le projet de Convention ad referendum et avec les réserves que la Délégation Espagnole a cru devoir faire lors de la discussion générale (Protocole N° 4)*) et plus

*) Die Erklärung lautete: M. le Dr. San Martin, Délégué d'Espagne, prend la parole: || „A la Conférence Sanitaire de Venise, pour ne pas remonter plus haut la Délégation Espagnole s'est exprimée en faveur des réformes raisonnables en matière de prophylaxie internationale contre le choléra; et malgré les méfiances que l'apparition du choléra en France, au printemps dernier, avait pu soulever chez nous, au sujet de l'efficacité des décisions votées à Venise, l'Espagne s'est empressée de se rendre à Dresde dans le même esprit de tolérance et avec le même désir d'arriver à une entente internationale sur les points indiqués dans le Questionnaire, points que nous avons vu si clairement commentés dans les discours de MM. les Délégués d'Autriche-Hongrie et d'Allemagne. || La législation sanitaire Espagnole, quoique rédigée il y a 40 ans, offre en certains points assez de latitude pour accepter les innovations proposées d'autant plus que le but de la Conférence de Dresde n'est pas de protéger l'Europe contre l'invasion du choléra, mais de la défendre contre un ennemi qui s'y trouve déjà caché, probléme d'exigences moins restrictives que celui de la surveillance du Canal de Suez qui fut l'objet des délibérations de Venise. || Eh bien! à la seule exception de l'épidémie de 1885 qui donna lieu certainement à des

spécialement à la Séance du 8 Avril (Protocole N° 9)*) au sujet des mesures de police sanitaire maritime, que l'Espagne n'est pas encore en état d'adopter. Il espère qu'en lui donnant acte de ces réserves, qui l'empêchent de signer la Convention, la Conférence ne les interprétera pas comme un refus de la part de l'Espagne de s'associer, dans la mesure du possible, à l'œuvre d'humanité et de progrès commencée à Venise et continuée à Dresde avec autant de zèle que de succès.

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

---

mesures un peu anarchiques et même anachroniques, bien explicables par l'effet des nouvelles découvertes microbiologiques, incomplètement comprises, l'Espagne n'a établi dans la règle, depuis la première épidémie de 1843, ni quarantaines terrestres ni cordons sanitaires. || En conséquence, je crois que le Gouvernement Espagnol serait disposé à aller jusqu'au minimum des précautions sanitaires terrestres, pourvu que ce régime soit aussi accepté de l'autre côté des Pyrénées et en se réservant d'établir d'un commun accord le régime à suivre sur sa frontière occidentale. || Mais si le Gouvernement Espagnol est tout prêt à accepter, sur la base de la réciprocité et sous les réserves que je viens d'exprimer, le minimum des restrictions sanitaires sur sa frontière terrestre, il ne serait cependant pas disposé à accepter tout ce qui a rapport à la police sanitaire maritime. || L'Espagne a des raisons géographiques bien évidentes pour défendre son littoral plus sévèrement que ses frontières. Notre police sanitaire maritime est organisée plutôt en vue de garder passivement les ports, qu'à procéder à une inspection active et à une désinfection efficace des vaisseaux, des voyageurs, des bagages et des marchandises, mesures qui seraient aussi difficiles que coûteuses. Enfin, nous ne pouvons pas oublier que notre service sanitaire maritime a toujours à craindre l'invasion de la fièvre jaune et que les libertés accordées aux navires Européens en cas de choléra donneraient lieu à des réclamations justifiées de la part de nos Antilles dont le commerce reste soumis à ces restrictions pénibles, mais fondées sur l'expérience. || Quant à la contradiction entre les déclarations si tolérantes que je viens de faire pour les communications terrestres et les réserves peut être exagérées sur les précautions maritimes contre le choléra, je dois avouer que, si frappante que cette contradiction puisse paraître au point de vue dogmatique, l'expérience nous impose, sur ce point, une extrême prudence, puisque, même dans les épidémies d'origine Européenne, le choléra n'est jamais entré en Espagne par la frontière française, à l'exception de quelques cas isolés peu redoutables, tandis que l'invasion du fléau par mer a créé tous les foyers véritablement épidémiques dont nous avons souffert. || Néanmoins, si dans le cours de nos débats on arrivait à croire qu'un sacrifice de la part de l'Espagne pouvait amener l'unanimité désirée, je crois pouvoir espérer que mon Gouvernement ferait quelques concessions pour limiter, autant que possible, les mesures de protection internationale, aussi bien au point de vue de leur durée que de leur extension territoriale. || „En tout cas, les mesures que le Gouvernement Espagnol pourrait édicter ne seraient autres que celles qui sont consignées dans les lois et règlements sanitaires auxquels il a donné dernièrement la plus grande publicité. || Je viens, Messieurs, de vous exposer ce qui constitue la législation sanitaire en Espagne et ce qui, dans l'esprit et dans la lettre de cette législation, pourrait être fait pour atteindre le but que la Conférence se propose."

*) Die Erklärung lautete: || M. de Villa-Urrutia renouvelle les réserves qu'il avait formulées au sein de la Commission et déclare que le Gouvernement Espagnol, ne se trouvant pas encore en mesure d'adopter le nouveau régime proposé par la Conférence pour remplacer le système quarantenaire, la Délégation Espagnole s'abstiendra de voter les propositions qui se rapportent à ce régime.

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

MM. les Délégués de la Grande-Bretagne font la déclaration suivante*): || Dans le Royaume Uni il suffit, selon leur opinion, que les personnes bien portantes qui arrivent à bord d'un navire infecté soient soumises à une surveillance médicale à domicile. || Ils demandent que la Conférence leur donne acte de cette déclaration. || Ils ajoutent qu'ils ne sont pas munis des pouvoirs nécessaires pour signer la Convention; mais, sous le bénéfice de la déclaration qu'ils viennent de faire, ils se chargent de soumettre cet acte immédiatement à leur Gouvernement.

La Délégation Hellénique n'est pas en mesure de signer la Convention. Elle réserve, toutefois, à son Gouvernement la faculté d'y adhérer en tout ou en partie si, bien entendu, les Puissances Signataires y consentent.

M. le Délégué de Portugal déclare qu'il prend le projet de Convention ad referendum, tout en renouvelant les réserves qui figurent dans les Protocoles ainsi que dans les Procès-verbaux, et dont la principale se réfère aux mesures jugées nécessaires par son Gouvernement pour empêcher l'entrée du choléra sur le territoire Portugais.

M. le Premier Délégué de Roumanie déclare qu'il a adhéré aux propositions successivement adoptées par la Conférence, mais ad referendum sous le bénéfice des déclarations et explications et sous les réserves consignées dans les Protocoles et dans les Procès-verbaux. || Son Gouvernement n'ayant pas encore eu le temps de s'éclairer d'une manière complète sur l'ensemble de l'œuvre de la Conférence et sur la portée pratique, en ce qui le concerne, de toutes ses conséquences, le Délégué de Roumanie n'est pas en mesure de signer dès à présent la Convention.

M. le Délégué de Serbie déclare qu'il prend le Projet de Convention ad referendum sous la réserve déjà antérieurement formulée et consignée aux Protocoles de la Conférence, que la Serbie, étant obligée de tenir compte de

---

*) In der Schluss-Sitzung an demselben Tage gab der Grossbritannische Vertreter ferner folgende Erklärung ab: || „En relisant le texte définitif de la Convention, nous remarquons que certaines mesures sont recommandées pour les navires indemnes; — telles sont l'évacuation de l'eau de la cale, la surveillance des passagers etc. Mais, puisque le terme „navires indemnes" comprend les navires qui viennent d'un port non contaminé aussi bien que les navires provenant d'un port contaminé, il est bon de faire remarquer que les mesures indiquées ne sont évidemment recommandées que pour les navires indemnes provenant de ports contaminés. Le but de la Convention est, du reste, si clair, qu'il suffit d'appeler l'attention sur ce point afin d'éviter toute possibilité d'erreur ou de malentendu. || Nous profitons de cette occasion pour exprimer notre opinion sur l'ensemble de la Convention. Le résultat des travaux de la Conférence est, au point de vue de la prophylaxie internationale, et au point de vue de la suppression des restrictions inutiles, une oeuvre de la plus haute importance. Nous espérons vivement que la Convention sera acceptée par toutes les Puissances qui sont représentées ici, mais qui ne la signent pas aujourd'hui. La Grande Bretagne est de ce nombre, puisqu'il nous a été impossible de soumettre, en temps utile, le texte définitif de la Convention à notre Gouvernement. Mais nous sommes convaincus que nous pourrons recommander cet acte à son acceptation."

ce qui sera fait par ses voisins, ne saurait renoncer aux quarantaines terrestres tant que les pays limitrophes de la Serbie les maintiendront de leur côté. Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

MM. les Délégués Ottomans, au nom de leur Gouvernement, déclarent qu'ils sont autorisés à accéder à la Convention ad referendum et sous le bénéfice des réserves qu'ils ont faites dans les Protocoles et dans les Procès-verbaux ainsi qu'à l'occasion des votes et ils prient la Conférence de leur en donner acte. || La Conférence décide que le protocole d'adhésion à la Convention pour les Puissances dont les Représentants ne peuvent y apposer leur signature restera ouvert pendant un espace de trois mois. || Il est entendu d'un commun accord que les Pays qui n'ont pas pris part à la Conférence pourront, sur leur demande, accéder dans les formes habituelles à la Convention et ses Annexes. || Sous le bénéfice de ces déclarations la Convention est signée par les Délégués munis des pouvoirs nécessaires.

B. Die Convention.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc., etc., et Roi Apostolique de Hongrie; Sa Majesté le Roi des Belges; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi d'Italie; Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg; Son Altesse le Prince de Monténégro; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas et en Son nom Sa Majesté la Reine Régente du Royaume; Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies; le Conseil Fédéral Suisse, || Ayant décidé d'établir des mesures communes pour sauvegarder la santé publique en temps d'épidémie cholérique, sans apporter d'entraves inutiles aux transactions commerciales et au mouvement des voyageurs, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, || Monsieur le Comte Charles de Dönhoff, Son Conseiller Intime Actuel et Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Dresde; || Monsieur Hopf, Son Conseiller Intime Supérieur de Régence au Département de l'Intérieur; || Monsieur le Chevalier de Landmann, Conseiller Supérieur de Régence au Ministère Royal de l'Intérieur de Bavière; || Monsieur de Criegern, Conseiller Intime de Régence au Ministère Royal de l'Intérieur de Saxe; || Monsieur le Dr. Koch, Professeur à l'Université Royale de Berlin, Son Conseiller Intime de Médecine, Membre Extraordinaire de l'Office Sanitaire Impérial; || Monsieur le Dr. Lehmann, Son Conseiller de Légation au Département des Affaires Etrangères.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc., etc., et Roi Apostolique de Hongrie, || Monsieur Hengelmueller de Hengervár, Son Envoyé Extraordineire et Ministre Plénipotentiaire à Rio de Janeiro; || Monsieur le Chevalier de Gsiller, Son Consul Général, Délégué à la Commission Européenne du Danube; || Monsieur le Chevalier Dr. Kusý, Conseiller au Ministère Impérial Royal de l'Intérieur à Vienne; || Monsieur le Dr. Alexandre de

Nr. 16360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

Faschó-Moys, Conseiller au Ministère Royal Hongrois de l'Intérieur à Budapest; || Monsieur de Ebner, Conseiller de Section au Ministère Impérial Royal du Commerce à Vienne; || Monsieur Charles de Vajkay, Ingénieur Supérieur des Chemins de Fer de l'Etat Hongrois.

Sa Majesté le Roi des Belges, || Monsieur E. Beco, Secrétaire Général du Ministère de l'Agriculture, de l'Industrie et des Travaux Publics.

Le Président de la République Française, || Monsieur Camille Barrère, Ministre Plénipotentiaire de 1re classe, Chargé d'Affaires de France à Munich; || Monsieur le Professeur Brouardel, Doyen de la Faculté de Médecine de Paris, Membre de l'Institut, Président du Comité Consultatif d'Hygiène Publique; || Monsieur le Professeur Proust, Membre de l'Académie de Médecine, Inspecteur Général des Services Sanitaires.

Sa Majesté le Roi d'Italie, || Monsieur le Comte Curtopassi, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Bucarest; || Le Commandeur Pagliani, Docteur en médecine, Professeur d'Hygiène à la Faculté de Médecine, Directeur de la Santé Publique au Ministère de l'Intérieur.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg, || Monsieur le Comte H. E. V. de Villers, Son Chargé d'Affaires à Berlin.

Son Altesse le Prince de Monténégro, || Monsieur Hengelmueller de Hengervár, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche et Roi Apostolique de Hongrie.

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas et en Son nom Sa Majesté la Reine Régente du Royaume, || Monsieur L. H. Ruyssenaers, Son Ministre Résident; || Monsieur le Dr. Ruysch, Conseiller au Ministère de l'Intérieur.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, || Monsieur Yonine, Son Conseiller Privé et Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire.

Le Conseil Fédéral Suisse, || Monsieur le Colonel Dr. Roth, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la Confédération Suisse près l'Empire Allemand; || Monsieur le Dr. F. Schmid, Chef du Bureau Sanitaire Fédéral; || Lesquels, ayant échangé leurs pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

I.

En ce qui concerne la prophylaxie internationale applicable aux voyageurs et aux marchandises: || Seront appliquées désormais les mesures indiquées et précisées dans l'Annexe I de la présente Convention.

II.

En ce qui touche le régime sanitaire de l'embouchure du Danube (Bouche de Soulina): || Sont adoptées les dispositions consignées dans l'Annexe II.

III.

Les pièces ci-annexées ont la même valeur que si elles étaient incorporées dans la présente Convention.

IV.

La présente Convention aura une durée de cinq ans à partir de la date de la ratification. Elle sera renouvelée de cinq en cinq ans par tacite reconduction, sauf dénonciation, dans une période de six mois avant l'expiration de ce terme, par l'une des Hautes Parties Contractantes. Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

La dénonciation ne produira son effet qu'à l'égard du ou des Pays qui l'auront notifiée. La Convention restera exécutoire pour les autres Etats. Les Hautes Parties Contractantes se réservent également la faculté de provoquer, par la voie des négociations diplomatiques, les modifications qu'elles jugeraient nécessaire d'introduire dans la Convention et ses Annexes.

La présente Convention sera ratifiée; les ratifications en seront déposées à Berlin le plus tôt possible et au plus tard dans le délai de six mois à dater du quinze Avril mil huit cent quatre-vingt-treize.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs cachets.

Fait en dix exemplaires, à Dresde, le quinze Avril mil huit cent quatre-vingt-treize.

Cte Ch^s^ De Dönhoff. || Hopf. || Robert von Landmann. || Friedrich von Criegern. || R. Koch. || Lehmann. || Hengelmüller. || Gsiller. || Dr. Em. Kusý. || Faschó-Moys. || Ebner. || Vajkay. || E. Beco. || Camille Barrère. || P. Brouardel. || A. Proust. || Cte Curtopassi. || L. Pagliani. || H. de Villers. || Hengelmüller. || L. H. Ruyssenaers. || Dr. Ruysch. || Yonine. || Roth. || Dr. Schmid.

Annexes à la Convention.

Annexe I.

Titre I.

Mesures destinées à tenir les Gouvernements signataires de la Convention au courant de l'état d'une épidémie de choléra, ainsi que des moyens employés pour éviter sa propagation et son importation dans les endroits indemnes.

Notification et communications ultérieures.

Le Gouvernement du pays contaminé doit notifier aux divers Gouvernements l'existence d'un foyer cholérique. Cette mesure est essentielle. || Elle n'aura de valeur réelle que si celui-ci est prévenu lui-même des cas de choléra et des cas douteux survenus sur son territoire. On ne saurait donc trop recommander aux divers Gouvernements la déclaration obligatoire des cas de choléra par les médecins. || L'objet de la notification sera l'existence d'un foyer cholérique, l'endroit où il s'est formé, la date du début de ce foyer, le nombre des cas constatés cliniquement et celui des décès. Les cas restés isolés ne feront pas nécessairement l'objet d'une notification. || La notification sera faite aux agences diplomatiques ou consulaires dans la capitale du pays

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15 April 1893.

contaminé. Pour les pays qui n'y sont pas représentés, la notification sera faite directement par télégraphe aux Gouvernements étrangers. || Cette première notification sera suivie de communications ultérieures données d'une façon régulière de manière à tenir les Gouvernements au courant de la marche de l'épidémie. Ces communications se feront au moins une fois par semaine. || Les renseignements sur le début et sur la marche de la maladie devront être aussi complets que possible. Ils indiqueront plus particulièrement les mesures prises en vue de combattre l'extension de l'épidémie. Ils devront préciser les mesures prophylactiques adoptées relativement:

à l'inspection sanitaire ou à la visite médicale,
à l'isolement,
à la désinfection,

et les mesures prescrites au point de vue du départ des navires et de l'exportation des objets susceptibles.

Il est entendu que les pays limitrophes se réservent de faire des arrangements spéciaux en vue d'organiser un service d'informations directes entre les chefs des administrations des frontières. || Le Gouvernement de chaque Etat sera tenu de publier immédiatement les mesures qu'il croit devoir prescrire au sujet des provenances d'un pays ou d'une circonscription territoriale contaminée*).

Il communiquera aussitôt cette publication à l'agent diplomatique ou consulaire du pays contaminé, résidant dans sa capitale. A défaut d'agence diplomatique ou consulaire dans la capitale, la communication se fera directement au Gouvernement du pays intéressé. || Il sera tenu également de faire connaître par les mêmes voies le retrait de ces mesures ou les modifications dont elles seraient l'objet.

Titre II.

Conditions dans lesquelles une circonscription territoriale doit être considérée comme contaminée ou saine.

Est considérée comme contaminée toute circonscription où a été constatée officiellement l'existence d'un foyer de choléra. || N'est plus considérée comme contaminée toute circonscription dans laquelle un foyer a existé, mais où, après constatation officielle, il n'y a eu ni décès, ni cas nouveau de choléra depuis cinq jours, à condition que les mesures de désinfection nécessaires aient été exécutées. || Les mesures préventives seront appliquées au territoire contaminé à partir du moment où le début de l'épidémie aura été officiellement constaté. || Ces mesures cesseront d'être appliquées dès qu'il aura été

*) On entend par le mot circonscription une partie de territoire d'un pays placée sous une autorité administrative bien déterminée, ainsi: une province, un „gouvernement", un district, un département, un canton, une île, une commune, une ville, un village, un port, un polder, etc., quelles que soient l'étendue et la population de ces portions de territoire.

officiellement constaté que la circonscription est redevenue saine. || Ne sera pas considéré comme donnant lieu à l'application de ces mesures le fait que quelques cas isolés, ne formant pas foyer, se sont manifestés dans une circonscription territoriale. Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

Titre III.

Nécessité de limiter aux circonscriptions territoriales contaminés les mesures destinées à empêcher la propagation de l'épidémie.

Pour restreindre les mesures aux seules régions atteintes, les Gouvernements ne doivent les appliquer qu'aux provenances des circonscriptions contaminées. || Mais cette restriction limitée à la circonscription contaminée ne devra être acceptée qu'à la condition formelle que le Gouvernement du pays contaminé prenne les mesures nécessaires pour prévenir l'exportation des objets susceptibles provenant de la circonscription contaminée. || Quand une circonscription est contaminée, aucune mesure restrictive ne sera prise contre les provenances de cette circonscription, si ces provenances l'ont quittée cinq jours au moins avant le début de l'épidémie.

Titre IV.

Marchandises ou objets susceptibles envisagés au point de vue des défenses d'importation ou de transit — et de la désinfection.

I.

Importation et transit.

Les seuls objets ou marchandises susceptibles, qui peuvent être prohibés à l'entrée, sont:

1° Les linges de corps, hardes et vêtements portés (effets à usage); les literies ayant servi.

Lorsque ces objets sont transportés comme bagages ou à la suite d'un changement de domicile (effets d'installation), ils sont soumis à un régime spécial.

2° Les chiffons et drilles.

Ne doivent pas être interdits: a) les chiffons comprimés par la force hydraulique, qui sont transportés comme marchandises en gros, par ballots cerclés de fer et portant des marques et des numéros d'origine acceptés par l'Autorité du pays de destination; b) les déchets neufs, provenant directement d'ateliers de filature, de tissage, de confection ou de blanchiment; les laines artificielles (Kunstwolle, Shoddy) et les rognures de papier neuf. || Le transit des marchandises ou objets susceptibles, emballés de telle façon qu'ils ne puissent être manipulés en route, ne doit pas être interdit. || De même, lorsque les marchandises ou objets susceptibles sont transportés de telle façon qu'en cours de route, ils n'aient pu être en contact avec des objets souillés, leur transit à travers une circonscription territoriale contaminée ne doit pas être un obstacle à leur entrée dans le pays de destination. || Les marchandises

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

et objets susceptibles ne tomberont pas sous l'application des mesures de prohibition à l'entrée, s'il est démontré à l'Autorité du pays de destination qu'ils ont été expédiés cinq jours au moins avant le début de l'épidémie. || Il n'est pas admissible que les marchandises puissent être retenues en quarantaine, aux frontières de terre. La prohibition pure et simple ou la désinfection sont les seules mesures qui puissent être prises.

II.

Désinfection.

Bagages. — La désinfection sera obligatoire pour le linge sale, les hardes, vêtements et objets, qui font partie de bagages ou de mobiliers (effets d'installation), provenant d'une circonscription territoriale déclarée contaminée et que l'Autorité sanitaire locale considérera comme contaminés.

Marchandises. — La désinfection ne sera appliquée qu'aux marchandises et objets que l'Autorité sanitaire locale considérera comme contaminés, ou à ceux dont l'importation peut être défendue.

Il appartient à l'Autorité du pays de destination de fixer le mode et l'endroit de la désinfection.

La désinfection devra être faite de manière à ne détériorer les objets que le moins possible.

Il appartient à chaque Etat de régler la question relative au payement éventuel de dommages-intérêts résultant d'une désinfection.

Les lettres et correspondances, imprimés, livres, journaux, papiers d'affaires, etc. (non compris les colis-postaux) ne seront soumis à aucune restriction ni désinfection.

Titre V.

Mesures à prendre aux frontières terrestres. Service des chemins de fer. Voyageurs.

Les voitures affectées au transport des voyageurs, de la poste et des bagages ne peuvent être retenues aux frontières. || S'il arrive qu'une de ces voitures soit souillée, elle sera détachée du train pour être désinfectée, soit à la frontière, soit à la station d'arrêt la plus rapprochée, lorsque la chose sera possible. || Il en sera de même pour les wagons à marchandises. || Il ne sera plus établi de quarantaines terrestres. || Seuls, les malades cholériques et les personnes atteintes d'accidents cholériformes peuvent être retenus. || Il importe que les voyageurs soient soumis, au point de vue de leur état de santé, à une surveillance de la part du personnel des chemins de fer. || L'intervention médicale se bornera à une visite des voyageurs et aux soins à donner aux malades. || S'il y a visite médicale, elle sera combinée, autant que possible, avec la visite douanière, de façon que les voyageurs soient retenus le moins longtemps possible. || Dès que les voyageurs venant d'un endroit contaminé seront arrivés à destination, il serait de la plus haute utilité de les soumettre

à une surveillance de cinq jours à compter de la date du départ. || Les mesures concernant le passage aux frontières du personnel des chemins de fer et de la poste sont du ressort des administrations intéressées. Elles seront combinées de façon à ne pas entraver le service régulier. || Les Gouvernements se réservent le droit de prendre des mesures particulières à l'égard de certaines catégories de personnes, notamment envers:

a) les bohémiens et les vagabonds;

b) les émigrants et les personnes voyageant ou passant la frontière par troupes.

Titre VI.

Régime spécial des zones-frontière.

Le règlement du trafic-frontière et des questions inhérentes à ce trafic ainsi que l'adoption de mesures exceptionnelles de surveillance doivent être laissés à des arrangements spéciaux entre les Etats limitrophes.

Titre VII.

Voies fluviales. Fleuves, canaux et lacs.

On doit laisser aux Gouvernements des Etats riverains le soin de régler, par des arrangements spéciaux, le régime sanitaire des voies fluviales.

On recommande les Règlements Allemands édictés en 1892 dont l'application a donné de bons résultats.

Titre VIII.

Partie maritime. — Mesures à prendre dans les ports.

Est considéré comme infecté le navire qui a du choléra à bord ou qui a présenté des cas nouveaux de choléra depuis sept jours. || Est considéré comme suspect le navire à bord duquel il y a eu des cas de choléra au moment du départ ou pendant la traversée, mais aucun cas nouveau depuis sept jours. || Est considéré comme indemne, bien que venant d'un port contaminé, le navire qui n'a eu ni décès ni cas de choléra à bord, soit avant le départ, soit pendant la traversée, soit au moment de l'arrivée.

Les navires infectés sont soumis au régime suivant:

1° Les malades sont immédiatement débarqués et isolés;

2° Les autres personnes doivent être également débarquées, si possible, et soumises à une observation, dont la durée variera selon l'état sanitaire du navire et selon la date du dernier cas, sans pouvoir dépasser cinq jours;

3° Le linge sale, les effets à usage et les objets de l'équipage et des passagers, qui, de l'avis de l'Autorité sanitaire du port, seront considérés comme contaminés, seront désinfectés, ainsi que le navire ou seulement la partie du navire qui a été contaminée.

Les navires suspects sont soumis aux mesures ci-après:

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

1° Visite médicale;

2° Désinfection: Le linge sale, les effets à usage et les objets de l'équipage et des passagers, qui, de l'avis de l'Autorité sanitaire locale, seront considérés comme contaminés, seront désinfectés;

3° Evacuation de l'eau de la cale après désinfection et substitution d'une bonne eau potable à celle qui est emmagasinée à bord.

Il est recommandé de soumettre à une surveillance, au point de vue de leur état de santé, l'équipage et les passagers pendant cinq jours à dater de l'arrivée du navire.

Il est également recommandé d'empêcher le débarquement de l'équipage, sauf pour raisons de service.

Les navires indemnes seront admis à la libre pratique immédiate, quelle que soit la nature de leur patente. || Le seul régime que peut prescrire à leur sujet l'Autorité du port d'arrivée, consiste dans les mesures applicables aux navires suspects (visite médicale, désinfection, évacuation de l'eau de cale et substitution d'une bonne eau potable à celle qui est emmagasinée à bord). || Il est recommandé de soumettre à une surveillance, au point de vue de leur état de santé, les passagers et l'équipage pendant cinq jours à compter de la date où le navire est parti du port contaminé. || Il est recommandé également d'empêcher le débarquement de l'équipage, sauf pour raisons de service. || Il est entendu que l'Autorité compétente du port d'arrivée pourra toujours réclamer un certificat attestant qu'il n'y a pas eu de cas de choléra sur le navire au port de départ. || L'Autorité compétente du port tiendra compte, pour l'application de ces mesures, de la présence d'un médecin et d'un appareil de désinfection (étuve) à bord des navires des trois catégories susmentionnées. || Des mesures spéciales peuvent être prescrites à l'égard des navires encombrés, notamment des navires d'émigrants ou de tout autre navire offrant de mauvaises conditions d'hygiène. || Les marchandises arrivant par mer ne peuvent être traitées autrement que les marchandises transportées par terre, au point de vue de la désinfection et des défenses d'importation, de transit et de quarantaine (voir titre IV).

Tout navire qui ne voudra pas se soumettre aux obligations imposées par l'Autorité du port sera libre de reprendre la mer.

Il pourra être autorisé à débarquer ses marchandises, après que les précautions nécessaires auront été prises, à savoir:

1° Isolement du navire, de l'équipage et des passagers;

2° Evacuation de l'eau de la cale, après désinfection;

3° Substitution d'une bonne eau potable à celle qui était emmagasinée à bord.

Il pourra également être autorisé à débarquer les passagers qui en feraient la demande à la condition que ceux-ci se soumettent aux mesures prescrites par l'Autorité locale.

Chaque pays doit pourvoir au moins un des ports du littoral de chacune

de ses mers d'une organisation et d'un outillage suffisants pour recevoir un navire, quel que soit son état sanitaire. Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

Les bateaux de cabotage feront l'objet d'un régime spécial à établir d'un commun accord entre les pays intéressés.

Annexe II.

Mesures à prendre à l'égard des navires provenant d'un port contaminé et remontant le Danube.

En attendant que la ville de Soulina soit pourvue d'une bonne eau potable, les bateaux qui remontent le fleuve devront être soumis à une hygiène rigoureuse. || L'encombrement des passagers sera strictement interdit.

I. Mesures à prendre à Soulina.

Les bateaux entrant en Roumanie par le Danube seront retenus jusqu'à la visite médicale et jusqu'à parachèvement des opérations de désinfection.

Les bateaux se présentant à Soulina devront subir, avant de pouvoir remonter le Danube, une ou plusieurs visites médicales sérieuses faites de jour. Chaque matin, à une heure indiquée, le médecin s'assurera de l'état de santé de tout le personnel du bateau et ne permettra l'entrée que s'il constate la santé parfaite de tout le personnel. Il délivrera au capitaine ou au batelier un passeport sanitaire ou patente, ou certificat dont la production sera exigée aux garages ultérieurs. || Il y aura une visite chaque jour. La durée de l'arrêt à Soulina des navires non infectés ne dépassera pas trois jours. La désinfection des linges contaminés sera effectuée dès l'arrivée. || On substituera une eau potable de bonne qualité à l'eau douteuse qui pourrait être à bord. || L'eau de la cale sera désinfectée. || Les mesures qui viennent d'être indiquées ne seront applicables qu'aux provenances de ports qui sont le siège d'un foyer cholérique. || Il est bien entendu qu'un navire provenant d'un port non contaminé — c'est-à-dire d'un port qui n'est pas le siège d'un foyer — pourra, s'il ne veut pas être soumis aux mesures restrictives précédemment indiquées, ne pas accepter les voyageurs venant d'un port contaminé. || Il y a lieu de perfectionner à Soulina l'établissement sanitaire, de le pourvoir de l'outillage moderne comme moyens de désinfection et de le compléter de façon à ce qu'on puisse débarquer et isoler les malades provenant d'un navire infecté, ainsi que les autres passagers.

II. Mesures à prendre sur les bords du fleuve.

Des postes sanitaires de moindre importance devront être installés sur les bords du fleuve de façon à pouvoir débarquer des malades s'il s'en trouve à bord; les postes devront être pourvus de bonne eau potable et des moyens de désinfection nécessaires. Une entente doit être établie à cet égard entre le Gouvernement Russe et le Gouvernement Roumain.

Un médecin sera attaché à chaque poste sanitaire ou à chaque point de

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

relâche important. || Dans chaque station, une chambre convenablement isolée devra être préparée. || Tous les bateaux subiront en passant devant ces postes la visite médicale. S'il y a des malades ou des suspects, ils seront débarqués et isolés. || Les autres personnes devront être également débarquées et isolées pendant cinq jours. || Les cabines, dortoirs et autres endroits contaminés, le linge, les hardes et objets souillés seront désinfectés; il en sera de même de la cale; une bonne eau potable sera substituée à l'eau douteuse du bord. || Pour les bateaux dans lesquels il n'y aura ni malade ni suspect, on désinfectera les cabinets et la cale, et on substituera une bonne eau potable à celle qui est à bord et qui pourrait être mauvaise. || Après la visite médicale, on donnera au capitaine ou au chef de l'équipage un certificat indiquant les précautions qui ont été prises et les désinfections qui ont été effectuées; ce certificat précisera en outre le nombre des passagers et des hommes de l'équipage. || Ce certificat devra être présenté dans les différents postes. || Lorsque le bateau abordera une nouvelle circonscription, il subira une nouvelle visite médicale. || La cale sera de nouveau désinfectée, à moins que l'eau ne renferme encore, d'une façon non douteuse, le mercure ou la chaux à l'état alcalin.

C. Die im Reichs-Staatsanzeiger (vom 3. Juni 1893) veröffentlichte Uebersetzung.

Uebereinkunft.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches; Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. etc. und apostolischer König von Ungarn; Seine Majestät der König der Belgier; der Präsident der Französischen Republik; Seine Majestät der König von Italien; Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Luxemburg; Seine Hoheit der Fürst von Montenegro; Ihre Majestät die Königin der Niederlande und in Ihrem Namen Ihre Majestät die Königin-Regentin des Königreiches; Seine Majestät der Kaiser von Russland; der schweizerische Bundesrath, || haben in der Absicht, zum Schutze der öffentlichen Gesundheit in Zeiten des epidemischen Auftretens der Cholera gemeinsame Massregeln zu vereinbaren, durch welche dem Handels- und Reiseverkehr keine unnöthigen Schranken auferlegt werden, zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen etc. etc. || welche nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Bestimmungen vereinbart haben:

I.

Was die auf den Reise- und Waarenverkehr anwendbaren internationalen Vorbeugungsmassregeln anlangt, || so sollen fortan die in Anlage I zu der gegenwärtigen Uebereinkunft aufgeführten und näher bezeichneten Massnahmen in Anwendung kommen.

II.

Was das Sanitätswesen an der Donaumündung (Sulinamündung) betrifft: || so sind die in Anlage II enthaltenen Bestimmungen zur Annahme gelangt.

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

III.

Die beigefügten Anlagen haben dieselbe Geltung, als wären sie in die gegenwärtige Uebereinkunft mit aufgenommen.

IV.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll vom Tage der Ratification ab fünf Jahre in Geltung bleiben. Dieselbe wird durch stillschweigende Erneuerung von fünf zu fünf Jahren verlängert, wenn nicht seitens eines der hohen vertragschliessenden Theile sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums eine Kündigung erfolgt. || Die Kündigung hat nur Wirksamkeit bezüglich desjenigen Landes oder derjenigen Länder, welche dieselbe eingelegt haben. Für die übrigen Staaten bleibt die Uebereinkunft verbindlich. Auch behalten sich die hohen vertragschliessenden Theile das Recht vor, in der Uebereinkunft und ihren Anlagen Aenderungen, welche sich als nothwendig erweisen sollten, im Wege diplomatischer Verhandlungen herbeizuführen. || Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Ratificationsurkunden sollen sobald als möglich und spätestens innerhalb einer mit dem fünfzehnten April eintausend achthundert und dreiundneunzig beginnenden sechsmonatlichen Frist in Berlin niedergelegt werden. || Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten die Uebereinkunft vollzogen und ihre Insiegel beigedrückt. || So geschehen in zehn Exemplaren in Dresden, am fünfzehnten April eintausend achthundert und dreiundneunzig.

Anlagen zu der Uebereinkunft.

Anlage I.

Titel 1.

Massregeln, um die der Uebereinkunft beigetretenen Regierungen über den Stand einer Cholera-Epidemie sowie über die zur Verhütung der Ausbreitung und Verschleppung derselben in seuchenfreie Gegenden angewandten Mittel auf dem Laufenden zu erhalten.

Erste Benachrichtigung und weitere Mittheilungen.

Die Regierung des verseuchten Landes muss den übrigen Regierungen Nachricht geben, sobald sich ein Choleraherd gebildet hat. Diese Massregel ist von besonderer Bedeutung. || Von wirklichem Werth ist dieselbe nur dann, wenn die betreffende Regierung selbst von dem Auftreten von Cholera- und choleraverdächtigen Krankheitsfällen auf ihrem Gebiet stets zuverlässig unterrichtet ist. Die Einführung der Anzeigepflicht für die Aerzte bei Cholerafällen kann den verschiedenen Regierungen deshalb nicht genug empfohlen werden.

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

Gegenstand der Benachrichtigung unter den Regierungen ist das Vorhandensein eines Choleraherdes, der Ort, wo er sich gebildet hat, und der Zeitpunkt seines Entstehens, die Zahl der klinisch festgestellten Krankheitsfälle, sowie die Zahl der Todesfälle. Die vereinzelt bleibenden Fälle brauchen nicht mitgetheilt zu werden. || Die Benachrichtigung erfolgt an die diplomatischen oder konsularischen Vertretungen in der Hauptstadt des verseuchten Landes. Für die Länder, welche dort nicht vertreten sind, soll die Benachrichtigung direct auf telegraphischem Wege an die betreffenden fremden Regierungen ergehen. || Dieser ersten Benachrichtigung müssen demnächst weitere regelmässige Mittheilungen folgen, welche geeignet sind, die Regierungen über die Entwickelung der Epidemie auf dem Laufenden zu erhalten. Diese Mittheilungen haben mindestens wöchentlich einmal zu erfolgen. || Die Angaben über das Auftreten und die Entwickelung der Krankheit müssen so vollständig wie möglich sein. Dieselben sollen namentlich auch die zur Verhütung der Ausbreitung der Epidemie ergriffenen Massregeln umfassen und im einzelnen die Bestimmungen aufführen, welche erlassen sind: || bezüglich der gesundheitspolizeilichen Inspection oder der ärztlichen Untersuchung, || bezüglich der Isolirung, || bezüglich der Desinfection, sowie die Anordnungen für die Abfahrt der Schiffe und die Ausfuhr von Gegenständen, welche Träger des Ansteckungsstoffs sein können.

Den an einander grenzenden Ländern bleibt es vorbehalten, durch besondere Abkommen einen directen Nachrichtenaustausch zwischen den Vorständen der Verwaltungsbehörden an der Grenze einzurichten. || Die Regierung jedes Staates soll gehalten sein, diejenigen Schutzmassregeln sofort zu veröffentlichen, deren Anordnung sie bezüglich der Herkünfte aus einem verseuchten Lande oder aus einem verseuchten örtlichen Bezirk*) für erforderlich hält.

Die Veröffentlichung muss sie sogleich dem in der Hauptstadt ihres Landes residirenden diplomatischen oder konsularischen Vertreter des verseuchten Landes mittheilen. In Ermangelung einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung in der Hauptstadt hat die Mittheilung direct an die Regierung des betheiligten Landes zu erfolgen. || Die Aufhebung sowie etwaige Abänderungen dieser Massregeln sind auf demselben Wege bekanntzugeben.

Titel 2.

Voraussetzungen, unter denen ein örtlicher Bezirk als verseucht oder als rein anzusehen ist.

Als verseucht wird jeder örtliche Bezirk angesehen, in welchem das Vorhandensein eines Choleraherdes amtlich festgestellt worden ist. || Als nicht mehr verseucht wird jeder örtliche Bezirk angesehen, in welchem zwar ein Cholera-

*) Unter „Bezirk“ wird ein Gebietstheil verstanden, welcher einer bestimmten Verwaltungsbehörde unterstellt ist, wie zum Beispiel eine Provinz, ein Gouvernement, ein District, ein Departement, ein Canton, eine Insel, eine Gemeinde, eine Stadt, ein Dorf, ein Hafen, ein Polder u. s. w., welches auch immer die Ausdehnung und die Bevölkerung dieses Gebietstheiles sein mag.

herd bestanden hat, in dem aber zufolge amtlicher Feststellung seit fünf Tagen weder ein Todesfall noch ein neuer Erkrankungsfall an Cholera vorgekommen ist, vorausgesetzt, dass die erforderlichen Desinfectionsmassregeln zur Ausführung gelangt sind. || Die Schutzmassregeln sollen gegen das verseuchte Gebiet von dem Zeitpunkt an in Wirksamkeit treten, wo der Ausbruch der Epidemie amtlich festgestellt ist. || Diese Massregeln sind ausser Wirksamkeit zu setzen, sobald der Bezirk amtlich wieder für rein erklärt ist. || Als Grund zur Anwendung dieser Massregeln soll es nicht gelten, wenn in einem örtlichen Bezirk vereinzelte Fälle vorgekommen sind, die keinen Choleraherd bilden.

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

Titel 3.

Nothwendigkeit, die zur Verhinderung der Ausbreitung der Epidemie bestimmten Massregeln auf diejenigen örtlichen Bezirke zu beschränken, welche verseucht sind.

Um die Wirksamkeit der ergriffenen Schutzmassregeln ausschliesslich auf die von der Cholera betroffenen Gebietstheile zu beschränken, sollen die Regierungen dieselben nur für Herkünfte aus verseuchten Bezirken in Anwendung bringen. || Indessen braucht die Beschränkung der Schutzmassregeln auf den verseuchten Bezirk nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung eingehalten zu werden, dass die Regierung des verseuchten Landes die erforderlichen Anordnungen trifft, um die Ausfuhr solcher Gegenstände, welche Träger des Ansteckungsstoffs sein können, aus dem verseuchten Bezirk zu verhüten. || Ist ein Bezirk verseucht, so sollen keine Vorbeugungsmassregeln gegen diejenigen Herkünfte ergriffen werden, welche aus demselben mindestens fünf Tage vor dem Ausbruch der Epidemie ausgeführt worden sind.

Titel 4.

Waaren oder Gegenstände, welche Träger des Ansteckungsstoffs sein können und als solche für den Erlass von Ein- und Durchfuhrverboten sowie für die Anordnung einer Desinfection in Betracht kommen.

1) Ein- und Durchfuhr.

Die einzigen Gegenstände oder Waaren, welche Träger des Ansteckungsstoffs sein können und als solche von der Einfuhr ausgeschlossen werden dürfen, sind:

1) Leibwäsche, alte und getragene Kleidungsstücke (Bekleidungsgegenstände des täglichen Gebrauches), gebrauchtes Bettzeug.

Wenn diese Gegenstände als Reisegepäck oder infolge eines Wohnungswechsels (Umzugsgut) zur Versendung kommen, so unterliegen dieselben besonderen Bestimmungen.

2) Hadern und Lumpen.

Es dürfen nicht verboten werden: a. hydraulisch zusammmengepresste Lumpen, welche in eisenbeschlagenen Ballen im Grosshandel versendet werden und mit Ursprungsmarken und -Nummern versehen sind, die von den Behörden

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

des Bestimmungslandes anerkannt sind; b. neue Abfälle, welche direct aus Spinnereien, Webereien, sowie aus Confections- und Bleichanstalten kommen; Kunstwolle (Shoddy) und neue Papierschnitzel. || Die Durchfuhr von Waaren und Gegenständen, welche Träger des Ansteckungsstoffs sein können, darf nicht untersagt werden, sofern dieselben so verpackt sind, dass unterwegs eine Berührung damit nicht möglich ist. || Ebenso soll der Umstand, dass Waaren oder Gegenstände, welche Träger des Ansteckungsstoffs sein können, durch einen verseuchten örtlichen Bezirk befördert worden sind, kein Hinderniss für ihre Einfuhr in das Bestimmungsland bilden, sofern die Beförderung so erfolgt ist, dass unterwegs eine Berührung mit von Cholera-Entleerungen beschmutzten Gegenständen nicht hat stattfinden können. || Auf die Waaren oder Gegenstände, welche Träger des Ansteckungsstoffs sein können, finden die erlassenen Einfuhrverbote alsdann keine Anwendung, wenn der Behörde des Bestimmungslandes nachgewiesen wird, dass sie mindestens fünf Tage vor Ausbruch der Epidemie zur Absendung gelangt sind. || Es ist nicht statthaft, dass Waaren an den Landgrenzen in Quarantäne zurückbehalten werden. Der einfache Ausschluss derselben vor der Einfuhr oder die Desinfection sind die einzigen zulässigen Massregeln.

2) Desinfection.

Reisegepäck. — Der Desinfection sollen in allen Fällen unterworfen werden schmutzige Wäsche, alte und getragene Kleidungsstücke und sonstige Gegenstände, welche zum Gepäck eines Reisenden oder zum Mobiliar eines Umziehenden (Umzugsgut) gehören und die aus einem für verseucht erklärten örtlichen Bezirk stammen, sofern dieselben nach der Ansicht der lokalen Gesundheitsbehörde als mit Cholera-Entleerungen beschmutzt zu erachten sind. || Waaren. — Die Desinfection darf nur bei solchen Waaren und Gegenständen angewendet werden, welche nach der Ansicht der lakalen Gesundheitsbehörde als mit Cholera-Entleerungen beschmutzt zu erachten sind oder deren Einfuhr verboten werden kann. || Die Entscheidung darüber, in welcher Weise und wo die Desinfection stattzufinden hat, steht den Behörden des Bestimmungslandes zu. || Die Desinfection muss so ausgeführt werden, dass sie die Gegenstände möglichst wenig beschädigt. || Die Regelung der Frage, ob der aus einer Desinfection sich ergebende Schaden zu einem Ersatzanspruch berechtigen soll, wird jedem einzelnen Staat überlassen. || Briefe und Correspondenzen, Drucksachen, Bücher, Zeitungen, Geschäftspapiere etc. (ausschliesslich der Postpackete) sollen weder einer Einfuhrbeschränkung noch auch einer Desinfection unterliegen.

Titel 5.

Massregeln an den Landgrenzen. Eisenbahndienst. Reisende.

Die für die Beförderung der Reisenden, der Post und des Reisegepäcks bestimmten Wagen dürfen an der Grenze nicht zurückgehalten werden. || Wenn ein solcher Wagen mit Cholera-Entleerungen beschmutzt ist, so soll er an der

Grenze oder an der nächsten Haltestelle, sobald dies möglich ist, zum Zweck der Desinfection vom Zuge abgehängt werden. || Ebenso ist mit den Güterwagen zu verfahren. || Landquarantänen sollen in Zukunft nicht mehr errichtet werden. || Nur die an Cholera oder unter choleraartigen Erscheinungen erkrankten Personen dürfen zurückgehalten werden. || Es ist von Wichtigkeit, dass die Reisenden in Bezug auf ihren Gesundheitszustand einer Ueberwachung durch das Eisenbahnpersonal unterzogen werden. || Das ärztliche Eingreifen soll sich auf eine Besichtigung der Reisenden und die Fürsorge für die Kranken beschränken. || Wenn eine ärztliche Besichtigung stattfindet, so soll dieselbe thunlichst mit der Zollrevision verbunden werden, damit die Reisenden möglichst wenig aufgehalten werden. Es wäre von der grössten Wichtigkeit, die aus einem verseuchten Ort kommenden Reisenden nach ihrer Ankunft am Bestimmungsort einer fünftägigen, vom Tage der Abreise an zu rechnenden gesundheitspolizeilichen Ueberwachung zu unterwerfen. || Die bezüglich des Grenzüberganges für das Personal der Eisenbahn und der Post zu treffenden Massregeln sind Sache der betheiligten Verwaltungen und sollen so eingerichtet sein, dass sie den regelmäsigen Dienst nicht stören. || Die Regierungen behalten sich das Recht vor, für gewisse Kategorien von Personen, insbesondere

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

a. für Zigeuner und Vagabunden, sowie
b. für Auswanderer und solche Personen, welche in Trupps reisen oder die Grenze überschreiten,

besondere Massnahmen zu treffen.

Titel 6.

Besondere Bestimmungen für die Grenzbezirke.

Die Regelung des Grenzverkehrs und der damit zusammenhängenden Fragen, sowie die Anordnung besonderer Ueberwachungsmassregeln in dieser Beziehung bleiben den besonderen Vereinbarungen zwischen den aneinander grenzenden Staaten überlassen.

Titel 7.

Flussläufe, Flüsse, Kanäle und Seen.

Die gesundheitspolizeiliche Regelung für die Flussläufe bleibt den besonderen Vereinbarungen zwischen den Uferstaaten überlassen. || Es werden in dieser Beziehung die im Jahre 1892 erlassenen deutschen Reglements empfohlen, deren Anwendung günstige Ergebnisse gehabt hat.

Titel 8.

Seeverkehr. Massnahmen in den Häfen.

Als verseucht gilt ein Schiff, welches entweder Cholera an Bord hat oder auf welchem während der letzten sieben Tage neue Cholerafälle vorgekommen sind. || Als verdächtig gilt ein Schiff, auf welchem zur Zeit der Abfahrt oder während der Reise Cholerafälle vorgekommen sind, auf dem aber während der

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

letzten sieben Tage kein neuer Fall sich ereignet hat. || Als rein gilt ein Schiff, wenngleich es aus einem verseuchten Hafen kommt, in dem Falle, wenn es weder vor der Abfahrt noch während der Reise, noch auch bei der Ankunft einen Cholera-Todes- oder Krankheitsfall an Bord gehabt hat.

Verseuchte Schiffe unterliegen folgenden Bestimmungen:

1) Die Kranken werden sofort ausgeschifft und isolirt.

2) Die übrigen Personen müssen womöglich gleichfalls ausgeschifft und einer Beobachtung unterworfen werden, deren Dauer sich nach dem Gesundheitszustand des Schiffes und nach dem Zeitpunkt des letzten Krankheitsfalles richtet, die indessen den Zeitraum von fünf Tagen nicht überschreiten darf.

3) Die schmutzige Wäsche, die Bekleidungsgegenstände des täglichen Gebrauches und sonstige Sachen der Schiffsmannschaft und der Reisenden sollen, sofern dieselben nach der Ansicht der Hafengesundheitsbehörde als mit Cholera-Entleerungen beschmutzt zu erachten sind, ebenso wie das Schiff oder auch nur der mit Cholera-Entleerungen beschmutzte Theil desselben desinficirt werden.

Verdächtige Schiffe sind nachstehenden Bestimmungen unterworfen:

1) Aerztliche Revision.

2) Desinfection: die schmutzige Wäsche, die Bekleidungsgegenstände des täglichen Gebrauches und sonstige Sachen der Schiffsmannschaft und der Reisenden sollen, sofern dieselben nach der Ansicht der Hafengesundheitsbehörde als mit Cholera-Entleerungen beschmutzt zu erachten sind, desinficirt werden.

3) Auspumpen des Kielwassers nach erfolgter Desinfection und Ersatz des an Bord befindlichen Wasservorraths durch gutes Trinkwasser.

Es empfiehlt sich, die Mannschaft und Reisenden in Bezug auf ihren Gesundheitszustand während eines Zeitraums von fünf Tagen seit der Ankunft des Schiffes einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung zu unterziehen. || Ebenso empfiehlt es sich, das Anlandgehen der Mannschaft zu verhindern, es sei denn, dass Gründe des Dienstes das Anlandgehen nothwendig machen. || Reine Schiffe sind sofort zum freien Verkehr zuzulassen, wie auch immer ihr Gesundheitspass lauten mag. || Die einzigen Bestimmungen, welche die Behörde des Ankunftshafens ihnen gegenüber treffen darf, bestehen in den auf verdächtige Schiffe anwendbaren Massregeln (ärztliche Revision, Desinfection, Auspumpen des Kielwassers und Ersatz des an Bord befindlichen Wasservorraths durch gutes Trinkwasser). || Es empfiehlt sich, die Reisenden und die Schiffsmannschaft in Bezug auf ihren Gesundheitszustand bis zum Ablauf eines Zeitraums von fünf Tagen, dessen Beginn von dem Tage der Abfahrt des Schiffs aus dem verseuchten Hafen gerechnet wird, einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung zu unterwerfen. || Ebenso empfiehlt es sich, das Anlandgehen der Mannschaft zu verhindern, es sei denn, dass Gründe des Dienstes das Anlandgehen nothwendig machen. || Die zuständige Behörde des Ankunftshafens ist unter allen Umständen berechtigt, eine Bescheinigung darüber zu verlangen, dass auf dem Schiff im Abgangshafen keine Cholerafälle vorgekommen sind. || Die zuständige Hafenbehörde soll bei der Anwendung dieser Massregeln den

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

Umstand in Rechnung ziehen, ob sich an Bord der vorherbezeichneten drei Kategorien von Schiffen ein Arzt und ein Desinfectionsapparat befindet. || Besondere Massregeln können getroffen werden für mit Personen besonders stark besetzte Schiffe, namentlich für Auswandererschiffe, sowie für alle anderen Schiffe, welche ungünstige gesundheitliche Verhältnisse aufweisen. || Die zur See ankommenden Waaren dürfen in Bezug auf Desinfection, Einfuhrverbote, Durchfuhrverbote und Quarantäne nicht anders behandelt werden, als die zu Lande beförderten Waaren. (Vergl. Tit. 4.) || Jedem Schiff, welches sich den von der Hafenbehörde ihm auferlegten Massregeln nicht unterwerfen will, soll es freistehen, wieder in See zu gehen. || Das Schiff kann jedoch die Erlaubniss erhalten, seine Waaren zu löschen, nachdem die erforderlichen Vorsichtsmassregeln getroffen worden sind, nämlich

1) Isolirung des Schiffes, der Mannschaft und der Reisenden;

2) Auspumpen des Kielwassers nach erfolgter Desinfection;

3) Ersatz des an Bord befindlichen Wasservorraths durch gutes Trinkwasser.

Auch kann dem Schiffe gestattet werden, die Reisenden, welche dies wünschen, an Land zu setzen, unter der Bedingung, dass die betreffenden Reisenden sich den von der localen Behörde vorgeschriebenen Massregeln unterwerfen. || Jedes Land muss wenigstens einen Hafen an der Küste jedes seiner Meere mit ausreichenden Einrichtungen und Anstalten versehen, um Schiffe ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand aufnehmen zu können. || Die Küstenfahrzeuge unterliegen besonderen, zwischen den betheiligten Ländern zu vereinbarenden Bestimmungen.

Anlage II.

Massregeln in Betreff der aus einem verseuchten Hafen kommenden und die Donau stromaufwärts fahrenden Schiffe.

Solange bis die Stadt Sulina mit gutem Trinkwasser versehen sein wird, sollen die Fahrzeuge, welche stromaufwärts gehen wollen, einer strengen gesundheitspolizeilichen Behandlung unterworfen werden. || Eine zu starke Besetzung der Schiffe mit Reisenden ist streng verboten.

I. In Sulina zu ergreifende Massregeln.

Die Fahrzeuge, welche auf der Donau nach Rumänien hineinfahren wollen, müssen bis nach Beendigung der ärztlichen Revision und bis nach vollständiger Vornahme der Desinfectionsmassregeln zurückgehalten werden. Die in Sulina ankommenden Schiffe haben, bevor sie die Donau hinauffahren dürfen, sich einer oder mehreren strengen ärztlichen Revisionen zu unterziehen, die am Tage vorgenommen werden. Jeden Morgen, zu einer bestimmten Zeit, hat sich der Arzt über den Gesundheitszustand des ganzen Schiffspersonals zu vergewissern, und er darf die Einfahrt nur dann gestatten, wenn er das gesammte Schiffspersonal für vollkommen gesund erachtet. Er hat dem Capitän oder

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

dem Bootsführer einen Gesundheitspass, ein Patent oder ein Zeugniss auszuhändigen, welches bei jedem späteren Anlegen des Schiffes vorzuzeigen ist. || Die ärztliche Revision findet täglich statt. || Die Dauer des Aufenthalts in Sulina soll für nicht verseuchte Schiffe den Zeitraum von drei Tagen nicht übersteigen. Die Desinfection der mit Cholera-Entleerungen beschmutzten Wäschestücke ist sogleich nach der Ankunft vorzunehmen. || Das an Bord etwa vorhandene Wasser von zweifelhafter Beschaffenheit ist durch gutes Trinkwasser zu ersetzen. || Das Kielwasser wird desinficirt. || Die vorerwähnten Massregeln sollen nur auf Herkünfte aus solchen Häfen angewendet werden, in denen sich ein Choleraherd gebildet hat. || Ein Schiff, welches aus einem nicht verseuchten Hafen — d. h. aus einem Hafen, in dem kein Choleraherd vorhanden ist — kommt, darf, falls es nicht sich den vorstehend bezeichneten Beschränkungen unterwerfen will, Reisende, die aus einem verseuchten Hafen kommen, nicht aufnehmen. || Es erscheint angezeigt, die sanitären Veranstaltungen in Sulina zu vervollkommnen, dieselben mit den, den jetzigen Anschauungen entsprechenden Vorrichtungen, namentlich auch für die Desinfection, zu versehen und den dortigen Zustand so zu verbessern, dass Kranke von einem verseuchten Schiffe, sowie andere Reisende ans Land gesetzt und isolirt werden können.

II. Massregeln an den Ufern des Flusses.

An den Ufern des Flusses sind Sanitäts-Stationen minderer Ordnung in der Weise einzurichten, dass etwa auf dem Schiffe befindliche Kranke dort ans Land geschafft werden können. Diese Stationen müssen mit gutem Trinkwasser und den nöthigen Desinfectionsmitteln versehen sein. In dieser Beziehung wird zwischen der russischen und der rumänischen Regierung eine Verständigung stattzufinden haben. || Auf jeder Sanitäts-Station sowie auf jedem bedeutenderen Haltepunkt wird ein Arzt stationirt. || Auf jeder Station muss ein gehörig isolirter Raum bereit stehen. || Alle Fahrzeuge haben sich bei der Vorbeifahrt an diesen Stationen einer ärztlichen Revision zu unterwerfen. || Wenn sich cholerakranke oder -verdächtige Personen an Bord befinden, so sind dieselben ans Land zu schaffen und zu isoliren. || Die anderen Personen müssen gleichfalls ans Land geschafft und fünf Tage lang isolirt werden. || Die Kabinen, Schlafräume und anderen Räumlichkeiten, welche mit Cholera-Entleerungen in Berührung gekommen sind, sowie die Wäsche, die gebrauchten Kleidungsstücke und sonstigen Gegenstände, welche von Cholera-Entleerungen beschmutzt sind, werden desinficirt, ebenso der Kielraum; das Wasser von zweifelhafter Beschaffenheit an Bord wird durch gutes Trinkwasser ersetzt. || Auf den Fahrzeugen, welche keine kranken oder verdächtigen Personen an Bord haben, sind die Aborte und der Kielraum zu desinficiren; das an Bord befindliche Wasser, welches etwa verdorben sein könnte, ist durch gutes Trinkwasser zu ersetzen. || Nach Vornahme der ärztlichen Revision empfängt der Capitän oder Schiffsführer ein Zeugniss über die angewendeten Vorsichtsmass-

regeln und die stattgehabte Desinfection; dieses Zeugniss soll im übrigen auch die Zahl der Reisenden und Schiffsbesatzung enthalten. || Dasselbe ist auf den verschiedenen Stationen vorzuzeigen. || Wenn das Fahrzeug in einen neuen Bezirk kommt, so ist es einer neuen ärztlichen Revision zu unterziehen. || Der Kielraum wird von neuem desinficirt, wenn das Kielwasser nicht mehr in unzweifelhafter Weise Sublimat oder Kalk mit alkalischer Reaction enthält.

D. Denkschrift an den Bundesrath bei Vorlage der Uebereinkunft.

Die schweren Schädigungen, welche die aus Anlass der vorjährigen Cholera-Epidemie in Deutschland von einzelnen fremden Regierungen angeordneten weitgehenden Sperrmassregeln für unser gesammtes Erwerbsleben zur Folge gehabt haben, mussten der Kaiserlichen Regierung die Erwägung der Frage nahe legen, ob nicht durch eine internationale Verständigung über das Mass der beim Auftreten der Cholera zulässigen Verkehrsbeschränkungen der Wiederkehr ähnlicher Unzuträglichkeiten für die Zukunft vorgebeugt werden könne. Die Prüfung dieser Frage erschien um so dringlicher, als die Cholera in Europa noch nicht erloschen ist und daher bei der centralen Lage Deutschlands für das laufende Jahr mit der Möglichkeit eines neuen Erscheinens der Krankheit gerechnet werden muss. || Wenn somit den Anlass zu dem Gedanken der Einberufung einer internationalen Conferenz das Bestreben bot, im Falle des Wiederausbruches der Cholera die Opfer, welche die Krankheit fordert, nicht noch durch eine Störung der wirthschaftlichen Beziehungen vermehrt zu sehen, so konnte sich doch dieses Bestreben selbstverständlich nur insoweit bethätigen, als durch die von der Conferenz zu fassenden Beschlüsse den einzelnen Staaten die Möglichkeit gelassen werden musste, sich gegen das Eindringen der Cholera in ihr Gebiet an den Grenzen in wirksamer Weise zu schützen. Ebensowenig wie die Kaiserliche Regierung gesonnen ist, im Fall des Auftretens der Cholera in einem fremden Lande von der Anwendung der als nothwendig erkannten Vorsichtsmassregeln abzusehen, war bei den übrigen Staaten eine derartige Neigung vorauszusetzen. Aber gerade die Erfahrungen des vorigen Jahres hatten in Deutschland in überzeugender Weise den Beweis geliefert, dass die Cholera nicht hauptsächlich und in erster Linie an den Grenzen, und namentlich nicht durch Unterbindungen des Verkehrs, sondern vielmehr durch stete Verbesserung der sanitären Verhältnisse im Innern und durch rastlose Bethätigung einer umsichtigen Gesundheitspolizei zu bekämpfen ist, und dass viele von den verkehrserschwerenden Massregeln, welche bisher im internationalen Verkehr angewendet zu werden pflegten, in sanitärer Beziehung von gar keinem Nutzen, in wirthschaftlicher Beziehung aber höchst schädlich sind. Es durfte erwartet werden, dass in anderen Staaten gleiche oder ähnliche Erfahrungen gemacht worden sind und dass der Austausch dieser Erfahrungen auf einer internationalen Conferenz zu einer Milderung des bisherigen strengen Systems beitragen werde.

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

Im vorigen Jahre hatte sich die Kaiserliche Regierung darauf beschränken müssen, ihre Erkenntniss von der Nutzlosigkeit verschiedener Absperrungsmassregeln dem Auslande gegenüber durch Berufung auf die Ansichten der deutschen wissenschaftlichen Autoritäten und durch Mittheilung von Gutachten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes zu begründen. Dieses Verfahren hatte vielfach Erfolg gehabt. Von ganz anderem Gewicht musste es indessen sein, wenn im gleichen Falle die Beschlüsse einer internationalen Conferenz vorlagen, die sich als der Ausdruck der wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungen nicht nur der Fachmänner eines, und zwar betheiligten Landes, sondern der Fachmänner sämmtlicher europäischen Staaten darstellen. Derartige Beschlüsse lassen sich widerstrebenden Regierungen gegenüber in viel eindringlicherer Weise verwerthen, als dies im ersteren Falle möglich ist, und vermögen solchen Regierungen, welche zwar selbst auf einem gemässigten Standpunkte stehen, ihre Auffassung aber im Hinblick auf die Besorgnisse ihrer Bevölkerungen zu verwirklichen Bedenken tragen, als ein geeigneter Rückhalt zu dienen. Insofern bot eine internationale Conferenz, selbst wenn dieselbe ohne die Eingehung von bindenden Verpflichtungen abschloss, immerhin die Aussicht auf Erreichung von gewissen, nicht zu unterschätzenden moralischen Vortheilen. || Nun konnte aber nicht verkannt werden, dass die Verhältnisse für die Einberufung einer internationalen Sanitätsconferenz im gegebenen Zeitpunkt günstiger lagen als früher, wo manche ähnliche Conferenzen ohne positives Ergebniss geendigt haben. Nicht nur in Deutschland war die Cholera im vorigen Jahre aufgetreten, sondern eine ganze Anzahl der übrigen europäischen Staaten hatte in gleicher Weise sowohl unter der Krankheit, wie unter den übertriebenen Verkehrserschwerungen ihrer Absatzländer zu leiden gehabt, und alle Staaten sahen sich gleichmässig von der Möglichkeit eines Wiederausbruches der Cholera in diesem Jahre und damit zugleich, bei einem Weiterbestehen des bisherigen Systems, von der Möglichkeit einer Verschliessung ihrer Absatzwege bedroht. Die hierin liegende Interessengemeinschaft sollte sich alsbald in günstiger Weise geltend machen. || Als nämlich die Kaiserliche Regierung auf Grund der vorstehenden Erwägungen sich bereits dazu entschlossen hatte, die Einberufung einer internationalen Sanitätsconferenz durch vertrauliche Sondirungen der übrigen europäischen Staaten anzubahnen, trat an sie die österreichisch-ungarische Regierung unter Hinweis auf die der österreichisch-ungarischen Monarchie während der Cholera-Epidemie von Osten her bereiteten Schwierigkeiten mit der Frage heran, wie man deutscherseits über eine internationale Regelung der im Falle des Ausbruchs der Cholera an der Hand der bisherigen Erfahrungen als zulässig zu bezeichnenden Verkehrsbeschränkungen für Personen und Waaren denke. Da die an diese Frage sich anknüpfenden Bemerkungen erkennen liessen, dass sich die Auffassung des Wiener Cabinets in ihrem Hauptziele völlig mit der Auffassung der Kaiserlichen Regierung deckte, so erklärte sich letztere gern bereit, der österreichisch-ungarischen Regierung die Initiative in der Angelegen-

heit zu überlassen. Die österreichisch-ungarische Regierung hat darauf die Vorverhandlungen wegen der Beschickung der Conferenz mit den einzelnen europäischen Regierungen geführt und dabei auf allen Seiten die grösste Bereitwilligkeit gefunden, sich an dem geplanten Unternehmen zu betheiligen. || Für das Gelingen des Werkes war es von besonderer Bedeutung, durch die Aufstellung eines Programms diejenigen Fragen zu bezeichnen, zu deren Lösung die Conferenz berufen werden sollte, und von diesem Programm alle Fragen auszuscheiden, deren Erörterung zu Weiterungen und Meinungsverschiedenheiten Anlass geben konnte und deren Besprechung deshalb im Interesse der Erzielung eines Ergebnisses im Augenblick besser zu vermeiden war. Auf den Wunsch der österreichisch-ungarischen Regierung, dass ihr die Kaiserliche Regierung ihre Ansichten über das aufzustellende Programm mittheilen möchte, wurde deutscherseits ein Fragebogen ausgearbeitet, den die österreichisch-ungarische Regierung nach gemeinsamer Vorberathung mit einigen geringen Aenderungen annahm. Der Fragebogen wurde österreichisch-ungarischerseits als Programm der Conferenz an die betheiligten Regierungen versendet und hat nachmals die Grundlage für die Verhandlungen der Conferenz gebildet. || So vorbereitet, trat die Conferenz am 11. März d. J. in Dresden zusammen. Auf derselben waren durch Delegirte vertreten: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Griechenland, Italien, Luxemburg, Montenegro, die Niederlande, Portugal, Rumänien, Russland, Serbien, Schweden-Norwegen, die Schweiz und die Türkei. Nach einer im Plenum stattgehabten Generaldiscussion, bei welcher die Vertreter der einzelnen Staaten die principielle Auffassung ihrer Regierungen darlegten, wurde das vorhandene Material in drei Commissionen vertheilt, deren Beschlüsse der Conferenz zur Genehmigung unterbreitet wurden. Am 15. April d. J. schloss die Conferenz ihre Berathungen mit der Unterzeichnung der vorliegenden Uebereinkunft ab, an welcher sich Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Montenegro, die Niederlande, Russland und die Schweiz, im ganzen also zehn Staaten, betheiligt haben. Die Delegirten der übrigen neun, auf der Conferenz vertretenen Staaten nahmen das Ergebniss ad referendum. Denselben ist durch eine Erklärung im Unterzeichnungsprotokoll der Beitritt zu der Uebereinkunft offen gehalten worden. || Die Uebereinkunft wird zwischen denjenigen Staaten, welche dieselbe unterzeichnet haben, erst nach erfolgter Ratification in Kraft treten, für deren Vornahme in Art. IV eine Frist von sechs Monaten seit dem Tage der Unterzeichnung vorgesehen ist. Die Delegirten von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Italien, Russland und der Schweiz haben jedoch bei der Unterzeichnung bereits die Erklärung abgegeben, dass ihre Regierungen für den Fall des Wiederauftretens der Cholera, soweit es ihnen möglich ist, schon vor der Ratification der Uebereinkunft die Bestimmungen der letzteren in Anwendung bringen werden. || Die Beschlüsse der Conferenz sind der Uebereinkunft in zwei Anlagen beigefügt, welche dieselbe Geltung haben sollen, als

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

wenn sie in die Uebereinkunft selbst aufgenommen worden wären, und über die im einzelnen Folgendes zu bemerken ist:

Anlage I.

Die in Anlage I wiedergegebenen Beschlüsse der Conferenz entsprechen im wesentlichen dem Programm, welches von deutscher Seite mit der österreichisch-ungarischen Regierung vereinbart war und von den deutschen Delegirten auf der Conferenz vertreten worden ist. Dieselben verfolgen nicht den Zweck, für alle Vertragsstaaten ein gleichmässiges Verfahren zur Abwehr und Unterdrückung der Cholera festzusetzen; sie beschränken sich vielmehr im allgemeinen darauf, zum Schutze des internationalen Verkehrs gegen übertriebene und als unnöthig erkannte Massregeln die oberste Grenze zu ziehen, welche von den betheiligten Staaten bei ihren Anordnungen künftig nicht überschritten werden soll, innerhalb deren aber jeder Staat die Bekämpfung der Cholera nach seinem Ermessen regeln kann. Nur in wenigen Punkten enthält die Uebereinkunft eine positive Verpflichtung zu gewissen Vorkehrungen. || Insbesondere ist dies der Fall bei den im Titel I enthaltenen Bestimmungen. Danach übernehmen die Vertragsstaaten die Verpflichtung, sich über den Ausbruch und den Verlauf einer Cholera-Epidemie, sowie über die zur Verhütung der Verbreitung und Einschleppung derselben von ihnen ergriffenen Massnahmen durch gegenseitige Benachrichtigungen, welche auf diplomatischem Wege erfolgen sollen, auf dem Laufenden zu erhalten. Die gegen ein verseuchtes Land angeordneten Verkehrsbeschränkungen müssen ausserdem unverzüglich veröffentlicht werden, um die betheiligten Kreise so rasch wie möglich davon in Kenntniss zu setzen. || Im Titel II sind die Voraussetzungen angegeben, unter denen ein Ort oder ein Bezirk als verseucht zu gelten hat, sodass gegen ihn mit Schutzmassregeln vorgegangen werden darf. Nur die Bildung eines Cholera-herdes soll hierzu berechtigen; vereinzelt bleibende Fälle dagegen sollen nicht mehr ausreichen, um einen Ort als verseucht zu behandeln. Fünf Tage nach dem letzten neuen Fall gilt der betreffende Ort wieder als rein. || Von besonderer Wichtigkeit ist es, dass die angeordneten Massregeln räumlich nicht zu weit ausgedehnt werden; insbesondere gilt es, zu verhindern, dass beim Ausbruch der Cholera an einem einzelnen Ort ohne weiteres alle Herkünfte aus dem betreffenden Lande beschränkenden Anordnungen unterworfen werden. Zu diesem Behuf ist im Titel III bestimmt, dass diese Anordnungen nur auf die Herkünfte aus den verseuchten Orten und Bezirken Anwendung finden sollen. Die Gewährung dieser Vergünstigung ist jedoch von der Bedingung abhängig gemacht, dass in dem von der Cholera betroffenen Staate die Ausfuhr der zur Uebertragung der Cholera geeigneten Gegenstände aus dem verseuchten Bezirk verhindert wird. || Am empfindlichsten haben sich im vorigen Jahre während der Cholera-Epidemie für den Ausfuhrhandel die weitgehenden Einfuhrverbote geltend gemacht, welche einzelne Staaten gegen die von der Krankheit betroffenen Länder erlassen haben. Die auf die vorjährigen Er-

fahrungen gegründete Ueberzeugung, dass durch Handelswaaren die Cholera nicht verschleppt wird, hat in der Uebereinkunft Ausdruck gefunden, indem der Erlass von Einfuhrverboten im Titel IV auf wenige, für den internationalen Handelsverkehr nahezu bedeutungslose Gegenstände eingeschränkt worden ist, nämlich auf Leibwäsche, getragene Kleider, gebrauchtes Bettzeug und solche Lumpen, welche noch nicht in der im Grosshandel üblichen Weise hergerichtet und verpackt sind. Zur Vermeidung von Zweifeln ist ausserdem bestimmt, dass neue Fabrikabfälle und Kunstwolle nicht unter den Begriff der Lumpen fallen. Soweit Gegenstände der vorbezeichneten Art sich im Gepäck von Reisenden oder im Umzugsgut befinden, fallen sie nicht unter das Einfuhrverbot, sondern unterliegen nur der Desinfection. Auf Waaren, welche nachweislich fünf Tage vor Ausbruch der Epidemie schon abgesandt waren, sollen die erlassenen Einfuhrbeschränkungen nicht angewendet werden. Die Anordnung einer Waarenquarantäne ist nicht zulässig. || Um den Nachtheilen vorzubeugen, welche vielfach durch die Desinfectionen herbeigeführt worden sind, ist ferner vorgesehen, dass für Waaren — mit Ausschluss derjenigen, deren Einfuhr verboten werden kann — eine allgemeine Desinfection nicht angeordnet werden darf; nur solche Waaren sind zu desinficiren, von denen anzunehmen ist, dass sie thatsächlich mit Cholera-Entleerungen beschmutzt sind. Die Desinfection des Reisegepäcks und Umzugsguts ist eingeschränkt auf die schmutzige Wäsche, die gebrauchten Kleider etc. der aus verseuchten Bezirken kommenden Personen, soweit die fraglichen Gegenstände nach dem Urtheil der örtlichen Gesundheitsbehörde als mit Cholera-Entleerungen beschmutzt zu erachten sind. || Der Briefpostverkehr soll von Einfuhrverboten sowie von sonstigen Beschränkungen frei bleiben; die Behandlung von Postpacketen richtet sich, je nach ihrem Inhalt, nach den für Waaren im allgemeinen gegebenen Bestimmungen. || Die Durchfuhr von Waaren und Gegenständen, welche Träger des Ansteckungsstoffes sein können, aus choleraverseuchten Gebieten, ist bei geeigneter Verpackung derselben zuzulassen; unter der gleichen Voraussetzung soll die Durchfuhr derartiger Gegenstände durch ein verseuchtes Gebiet für die Einfuhr in das Bestimmungsland kein Hinderniss bilden. || Im Interesse einer ungestörten Abwickelung des Eisenbahnverkehrs in Cholerazeiten sind im Titel V Bestimmungen getroffen. Die Reisenden dürfen künftig nicht mehr Landquarantänen unterworfen, sondern nur diejenigen, welche an Cholera oder unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt sind, von der Weiterbeförderung ausgeschlossen werden. Bei Reisenden, welche aus Cholera-Orten kommen, ist nach ihrer Ankunft am Bestimmungsort eine fünftägige, vom Tage der Abreise zu rechnende gesundheitspolizeiliche Ueberwachung zulässig. Letzterer Begriff schliesst eine Internirung der Reisenden aus, gewährleistet ihnen vielmehr, abgesehen von einer polizeilichen Meldepflicht, volle Bewegungsfreiheit. || Die Regelung des Grenzverkehrs und des Schiffsverkehrs auf Binnenwässern ist im Titel VI und VII der Vereinbarung zwischen den jeweils in Betracht kommenden Nachbarstaaten überlassen. || Im Seeverkehr hat während

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

des Vorjahres der Handel und die Schiffahrt namentlich darunter zu leiden gehabt, dass in verschiedenen Staaten des Auslandes die aus Ländern, in denen die Cholera aufgetreten war, kommenden Schiffe ohne Rücksicht auf ihren sanitären Zustand einer kürzeren oder längeren Quarantäne unterworfen und während der Dauer derselben an jedem Verkehr mit dem Lande, namentlich am Löschen der Ladung und an der Landung der Passagiere, gehindert wurden. In dieser Beziehung stellen die Bestimmungen der Uebereinkunft in Titel VIII einen bedeutsamen Fortschritt dar, indem mit dem System der Seequarantänen gebrochen und dasselbe durch eine ärztliche Inspection ersetzt wird, wie sie bisher schon in Grossbrittannien und im wesentlichen auch in Deutschland geübt wurde. Die Herkunft aus einem verseuchten Hafen bildet nach der Uebereinkunft an und für sich kein Hinderniss für den freien Verkehr des Schiffes im Bestimmungshafen. Der Schwerpunkt ist vielmehr in die sanitären Verhältnisse des Schiffes selbst verlegt, indem zwischen verseuchten, verdächtigen und reinen Schiffen unterschieden wird. Nur die verseuchten Schiffe, d. h. solche, welche bei der Ankunft Cholera an Bord haben, oder auf denen innerhalb der letzten sieben Tage neue Cholerafälle vorgekommen sind, unterliegen strengeren Massregeln. Die Kranken werden ausgeschifft und isolirt; die übrigen Personen (Mannschaft und Reisende) werden, wenn möglich, gleichfalls ausgeschifft und sind einer Beobachtung für die Dauer von höchstens fünf Tagen zu unterwerfen. Ausserdem sind die erforderlichen Desinfectionsmassregeln vorzunehmen. || Verdächtige Schiffe, das heisst solche, welche Cholera an Bord gehabt haben, auf denen aber innerhalb der letzten sieben Tage kein neuer Fall vorgekommen ist, sind einer ärztlichen Besichtigung zu unterziehen; die Wäsche und Kleider der Mannschaft und der Reisenden sind zu desinficiren, so weit die örtliche Gesundheitsbehörde es für nöthig befindet; das Schiff ist mit neuem, gutem Trinkwasser zu versehen; das Bilgewasser wird nach erfolgter Desinfection entfernt. || Reine Schiffe, welche weder im Abgangshafen, noch während der Reise Cholera an Bord gehabt haben, werden, wie auch ihr Gesundheitspass lauten mag, ohne weiteres zum freien Verkehr zugelassen, unbeschadet einer ärztlichen Besichtigung, der für nöthig befundenen Desinfectionsmassregeln, entsprechender Behandlung des Bilgewassers und der Versorgung mit gutem Trinkwasser. Eine fünftägige gesundheitspolizeiliche Ueberwachung, welche mit Aufenthaltsbeschränkungen nicht verbunden ist, darf für Mannschaft und Reisende der verdächtigen und reinen Schiffe angeordnet werden. Die Dauer der gesundheitspolizeilichen Ueberwachung rechnet dabei bei verdächtigen Schiffen von dem Tage der Ankunft, bei reinen Schiffen von dem Zeitpunkt ihrer Abfahrt von dem verseuchten Ausgangshafen. Der Mannschaft kann bei beiden Arten von Schiffen das Anlandgehen, soweit es nicht durch den Schiffsdienst geboten ist, untersagt werden. Für gewisse Schiffe (Auswandererschiffe, Schiffe in besonders schlechtem gesundheitlichem Zustande) sind Ausnahmemassregeln vorbehalten. || In keinem Falle darf durch die sanitätspolizeilichen Massregeln der Waarenverkehr beeinträchtigt werden. Auch verseuchte und

verdächtige Schiffe können ihre Ladung ohne weiteres löschen; letztere unterliegt ausschliesslich denjenigen Vorschriften, welche über den Waarenverkehr im allgemeinen getroffen sind. Nr. 10360. Conferenz-Staaten. 15. April 1893.

Die Grundsätze in

Anlage II

stellen die Lösung einer Frage dar, welche im vorigen Jahre zwischen Russland und Rumänien zu Zweifeln Anlass gegeben hatte, und die deshalb der Conferenz unterbreitet wurde. Wie weit diese Grundsätze thatsächlich zur Anwendung kommen werden, muss einstweilen dahingestellt bleiben, da ihre Durchführung nicht allein von den Betheiligten, sondern auch von der Rücksicht auf deren Nachbarstaaten abhängig ist. Deutschland hat an der Frage kein näheres Interesse, da die deutsche Schiffahrt an der unteren Donau nur von geringer Bedeutung ist.

Internationale Sanitäts-Convention zu Venedig.

Nr. 10361. **CONFERENZ-STAATEN.** — Internationale Sanitäts-Convention zu Venedig, betr. Aegypten und den Suez-Canal. 30. Januar 1892.

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes; Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême &c., et Roi Apostolique de Hongrie; Sa Majesté le Roi des Belges; Sa Majesté le Roi de'Espagne, et, en son nom, la Reine-Régente du Royaume; son Excellence le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi des Hellènes; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas, et, en son nom, la Reine-Régente du Royaume; Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves; Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; || Désirant procéder à la réforme du système sanitaire, maritime et quarantenaire actuellement appliqué en Égypte à la navigation, et aussi pour introduire les modifications reconnues nécessaires dans la composition, le fonctionnement et le règlement du Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire d'Égypte, ont nommé pour leur Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, Lord Vivian, Pair du Royaume-Uni, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près de Sa Majesté le Roi d'Italie; || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, M. le Comte de Leyden, son Conseiller de Légation, son Consul-Général en Égypte; || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie, son Excellence le Comte de Kuefstein, son Conseiller Intime et Chambellan, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire; || Sa Majesté le Roi des Belges, M. E. Beco, Secrétaire-Général du Ministère de l'Agriculture, de l'Industrie, et des Travaux publics de Belgique; || Sa Majesté le Roi d'Espagne, et, en son nom, la Reine-Régente du Royaume, Don Silverio Baguer de Corsi y Ribas, Comte de Baguer, son Ministre Résident; || Son Excellence le Président de la République Française, M. Camille Barrère, Ministre Plénipotentiaire de première classe, Chargé d'Affaires de la République Française en

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

Bavière; M. le Professeur Brouardel, Doyen de la Faculté de Médicine, Président du Comité d'Hygiène de France; M. le Professeur Proust, Inspecteur-Général des Services Sanitaires de France, Professeur à la Faculté de Médecine; || Sa Majesté le Roi des Hellènes, M. Georges Argyropoulos, son Agent Diplomatique en Égypte; le Dr. Zancarol, Délégué Hellénique au Conseil Sanitaire d'Égypte; || Sa Majesté le Roi d'Italie, son Excellence le Comte d'Arco, son Sous-Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères, Député au Parlement; || Sa Majesté la Reine des Pays-Bas, et, en son nom, Sa Majesté la Reine-Régente du Royaume, M. le Jonkheer P. J. F. M. van der Does de Willebois, son Agent Politique et Consul-Général en Égypte; M. le Dr. Ruysch, son Conseiller au Ministère de l'Intérieur; || Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, son Excellence le Comte de Macedo, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi d'Italie; || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, son Excellence M. Yonine, son Conseiller intime, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire. || Lesquels, ayant échangé leurs pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes, dont les Hautes Puissances Contractantes s'engagent à recommander l'adoption au Gouvernement de Son Altesse le Khédive.

En ce qui concerne le régime sanitaire et spécialement le passage en quarantaine des navires pour le Canal de Suez:

Seront appliquées désormais les mesures indiquées et précisées dans l'Annexe I de la présente Convention.

Les ressources financières que comporte l'application du dit régime sont indiquées à l'Annexe II.

En ce qui touche la composition et le fonctionnement du Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire d'Égypte, et la revision de ses règlements:

La composition, les attributions et le fonctionnement de ce Conseil sont indiqués dans l'Annexe III.

Les Règlements Sanitaires spéciaux sont revisés et arrêtés conformément au texte consigné dans l'Annexe IV.

Il en est de même de la création du corps des Gardes Sanitaires.

Tous les Règlements et pièces ci-annexés ont la même valeur que s'ils étaient incorporés dans la dite Convention.

L'Annexe 5 n'est rédigée et insérée qu'à titre de conseils et recommandations au commerce et à la navigation.

Il est stipulé, en outre, que chacune des Hautes Puissances Contractantes aura le privilège de proposer, par les voies diplomatiques qui lui paraîtront convenables, les modifications qu'elle jugerait nécessaire d'apporter aux dispositions ci-desssus énoncées, ainsi qu'aux Annexes qui les accompagnent. || En ce qui concerne la modification des Règlements contre la peste et la fièvre jaune, ainsi que ceux applicables aux animaux, le Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire d'Épypte, réformé, est chargé de les reviser et de les mettre en harmonie avec les décisions ci-dessus consignées. || La présente Convention

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

sera ratifiée; les ratifications en seront échangées à Rome le plus tôt possible et au plus tard dans le délai de six mois à dater du 30 Janvier, 1892. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs cachets. || Fait en quatorze exemplaires, à Venise, le 30 Janvier, 1892.

Vivian (le 6 Juillet, 1892). || Comte Leyden. || Kuefstein. || Beco. || Comte de Baguer. || Camille Barrère. || P. Brouardel. || A. Proust. || G. Argyropoulos. || Dr. G. Zancarol. || Comte d'Arco. || Van der Does de Willebois. || Ruysch. || Comte de Macedo. || A. Yonine.

Annexe 1.

Transit en Quarantaine.

Le principe du passage en quarantaine des navires par le Canal de Suez, formulé dans le Protocole Austro-Anglais*), est accepté, sous la réserve des mesures suivantes.

Sous ce rapport, les navires sont répartis en trois classes: —

1. Navires indemnes. || 2. Navires suspects. || 3. Navires infectés.

Article I. — Navires Indemnes.

Les navires reconnus indemnes après visite médicale, auront libre pratique immédiate quelle que soit la nature de leur patente. || Ils ne seront pas soumis à l'observation de 24 heures qui est prescrite actuellement contre les navires avec patente brute.

Article II. — Navires Suspects.

Les navires suspects sont ceux à bord desquels il y a eu des cas de choléra au moment du départ ou pendant la traversée, mais aucun cas nouveau depuis 7 jours. Ces navires seront traités d'une façon différente suivant qu'ils ont ou n'ont pas à bord un médecin et un appareil à désinfection (étuve).

(a.) Les navires ayant un médecin et un appareil de désinfection (étuve) remplissant les conditions voulues, seront admis à passer le Canal de Suez en quarantaine dans les conditions du Règlement pour le transit.

(b.) Les autres navires suspects n'ayant ni médecin ni appareil de désinfection (étuve) seront, avant d'être admis à transiter en quarantaine, retenus aux Sources de Moïse, pendant le temps nécessaire pour opérer les désinfections du linge sale, du linge de corps et autres objets susceptibles, et s'assurer de l'état sanitaire du navire.

S'il s'agit d'un navire postal, ou d'un paquebot spécialement affecté au transport des voyageurs, sans appareil de désinfection (étuve), mais ayant un médecin à bord, si l'autorité locale à l'assurance, par une constatation officielle, que les mesures d'assainissement et de désinfection ont été convenable-

*) See "Commercial No. 7 (1892)."

ment pratiquées, soit au point de départ, soit pendant la traversée, le passage en quarantaine sera accordé. || S'il s'agit de navires postaux ou de paquebots spécialement affectés au transport des voyageurs, sans appareil de désinfection (étuve), mais ayant un médecin à bord, si le dernier cas de choléra remonte à plus de 14 jours, et si l'état sanitaire du navire est satisfaisant, la libre pratique pourra être donnée à Suez, lorsque les opérations de désinfection seront terminées. || Pour un bateau ayant un trajet de moins de 14 jours, les passagers à destination d'Égypte seront débarqués aux Sources de Moïse et isolés pendant 24 heures, et leur linge sale et leurs effets à usage désinfectés. Ils recevront alors la libre pratique. Les bateaux ayant un trajet de moins de 14 jours, et demandant à obtenir la libre pratique en Égypte, seront également retenus pendant 24 heures aux Sources de Moïse.

Article III. — Navires infectés.

Navires infectés. — C'est-à dire, ayant du choléra à bord, ou ayant présenté des cas nouveaux de choléra depuis 7 jours. Ils se divisent en navires avec médecin et appareil de désinfection (étuve), et navires sans médecin et sans appareil de désinfection (étuve).

(a.) Les navires sans médecin et sans appareil de désinfection (étuve) seront arrêtés aux Sources de Moïse, les personnes atteintes de choléra ou de diarrhée cholériforme débarquées et isolées dans un hôpital. La désinfection sera pratiquée d'une façon complète. Les autres passagers seront débarqués et isolés par groupes aussi peu nombreux que possible, de manière que l'ensemble ne soit pas solidaire d'un groupe particulier si le choléra venait à se développer. Le linge sale, les objets à usage, les vêtements de l'équipage et des passagers seront désinfectés, ainsi que le navire. || Il est bien entendu qu'il ne s'agit pas du déchargement des marchandises, mais seulement de la désinfection de la partie du navire qui a été infectée. || Les passagers resteront cinq jours à l'établissement des Sources de Moïse; lorsque les cas de choléra remonteront à plusieurs jours, la durée de l'isolement sera diminuée. Cette durée variera selon l'époque de l'apparition du dernier cas. || Ainsi, lorsque le dernier cas se sera produit depuis sept jours, la durée de l'observation sera de quarante-huit heures; s'il s'est produit depuis six jours l'observation sera de trois jours; s'il s'est produit depuis cinq jours l'observation sera de quatre jours; s'il s'est produit depuis moins de cinq jours l'observation sera de cinq jours.

(b.) Navires avec Médecin et Appareil de Désinfection (Étuve). — Les navires avec médecin et étuves seront arrêtés aux Sources de Moïse.

Le médecin du bord déclarera sous serment quelles sont les personnes à bord atteintes de choléra ou de diarrhée cholériforme. Ces malades seront débarqués et isolés. || Après le débarquement de ces malades, le linge sale du reste des passagers et de l'équipage subira la désinfection à bord.

Lorsque le choléra se sera montré exclusivement dans l'équipage, la

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

désinfection du linge ne portera que sur le linge sale de l'équipage et le linge des postes de l'équipage. || Le médecin du bord indiquera aussi, sous serment, la partie ou le compartiment du navire et la section de l'hôpital dans lesquels le ou les malades auront été transportés. Il déclarera également, sous serment, quelles sont les personnes qui ont été en rapport avec le cholérique depuis la première manifestation de la maladie soit par des contacts directs, soit par des contacts avec des objets capables de transmettre l'infection. Ces personnes seulement seront considérées comme "suspectes" || La partie ou le compartiment du navire et la section de l'hôpital dans lesquels le ou les malades auront été transportés seront complètement désinfectés. On entend par "partie du navire" la cabine du malade, les cabines attenantes, le couloir de ces cabines, le pont, les parties du pont sur lesquels le ou les malades auraient séjourné. || S'il est impossible de désinfecter la partie ou le compartiment du navire qui a été occupé par les personnes atteintes du choléra ou de diarrhée cholériforme sans débarquer les personnes déclarées suspectes, ces personnes seront ou placées sur un autre navire spécialement affecté à cet usage, ou débarquées et logées dans l'établissement sanitaire, prévu dans l'Annexe 1 de la Convention sous le titre: "Organisation de la Surveillance et de la Désinfection à Suez et aux Sources de Moïse", sans contact avec les malades, lesquels seront placés dans l'hôpital. || La durée de ce séjour sur le navire ou à terre pour la désinfection sera aussi courte que possible et n'excédera pas vingt-quatre heures. || Ces suspects subiront une observation, soit sur leur bâtiment, soit sur le navire affecté à cet usage; la durée de cette observation variera selon le Tableau suivant:

Lorsque le dernier cas de choléra se sera produit dans le cours du septième, du sixième, ou du cinquième jour avant l'arrivée à Suez	L'observation sera de 24 à 48 heures.
S'il s'est produit dans le cours du quatrième jour avant l'arrivée à Suez	L'observation sera de 2 à 3 jours.
S'il s'est produit dans le cours du troisième jour avant l'arrivée à Suez	L'observation sera de 3 à 4 jours.
S'il s'est produit dans le cours du deuxième jour avant l'arrivée à Suez	L'observation sera de 4 à 5 jours.
S'il s'est produit un jour avant l'arrivée à Suez .	L'observation sera de 5 jours.

Le temps pris par les opérations de désinfection est compris dans la durée de l'observation. || Le passage en quarantaine pourra être accordé avant l'expiration des délais indiqués dans le Tableau ci-dessus si l'autorité Sanitaire le juge possible; il sera en tout cas accordé lorsque la désinfection aura été accomplie, si le navire abandonne, outre ses malades, les personnes indiquées ci-dessus comme "suspectes". || Une étuve placée sur un ponton pourra venir accoster le navire pour rendre plus rapides les opérations de désinfection.

Les navires infectés, demandant à obtenir la libre pratique en Égypte,

sont retenus cinq jour aux Sources de Moïse, à compter du dernier cas survenu à bord. Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

Organisation de la Surveillance et de la Désinfection à Suez et aux Sources de Moïse.

1. La visite médicale, prévue par le Règlement, sera faite, pour chaque navire arrivant à Suez, par un des médecins de la station.

2. Les médecins seront au nombre de quatre; un Médecin-en-chef et trois médecins.

3. Ils seront pourvus d'un diplôme régulier, choisis de préférence parmi des médecins ayant fait des études spéciales pratiques d'épidémiologie et de bactériologie.

4. Ils seront nommés par le Ministre de l'Intérieur, sur la présentation du Conseil d'Alexandrie.

5. Ils recevront un traitement qui, primitivement de 8,000 fr., pourra s'élever progressivement à 12,000 fr. pour les trois médecins et de 12,000 fr. à 15,000 fr. pour le Médecin-en-chef.

6. La station de désinfection et d'isolement des Sources de Moïse est placée sous l'autorité du Médecin-en-chef de Suez.

7. Si des malades y sont débarqués, deux des médecins de Suez y seront internés, l'un pour soigner les cholériques, l'autre pour soigner les personnes non atteintes du choléra.

La station de désinfection et d'isolement des Sources de Moïse comprendra:

1. Trois étuves à désinfection, dont une sera placée sur un ponton;

2. Un hôpital d'isolement de 12 lits pour les personnes atteintes de choléra ou de diarrhée cholériforme. Cet hôpital sera disposé de façon à ce que ces malades, les hommes et les femmes, soient isolés les uns des autres;

3. Des bâtiments, ou des tentes-hôpital ou des tentes ordinaires pour les personnes débarquées non comprises dans le paragraphe précédent.

4. Des baignoires et des douches-lavage en nombre suffisant;

5. Les bâtiments nécessaires pour les services communs, le personnel médicale, les Gardes, &c.; un magasin, une buanderie;

6. Un réservoir d'eau.

7. Ces divers bâtiments seront disposés de telle façon qu'il n'y ait pas de contact possible entre les malades, les objets infectés ou suspects, et les autres personnes.

Dispositions concernant le Passage du Canal de Suez en Quarantaine.

1. L'autorité Sanitaire de Suez accorde le passage en quarantaine; le Conseil est immédiatement informé. Dans les cas douteux la décision est prise par le Conseil.

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

2. Un télégramm est aussitôt expédié à l'autorité désignée par chaque Puissance.

L'expédition du télégramme sera aux frais du bâtiment.

Chaque Puissance édictera des dispositions pénales contre les bâtiments qui, abandonnant le parcours indiqué par le capitaine, aborderaient indûment un des ports du territoire de cette Puissance.

Seront excepté les cas de force majeure et de relâche forcée.

3. Lors de l'arraisonnement, le capitaine sera tenu de déclarer s'il a à son bord des équipes de chauffeurs indigènes ou des serviteurs à gages, quelconques, non inscrits sur registre de bord ("log book").

4. Un officier et deux Gardes Sanitaires montent à bord.

Ils doivent accompagner le navire jusqu'à Port-Saïd; ils ont pour mission d'empêcher les communications et de veiller à l'exécution des mesures prescrites pendant la traversée du Canal.

5. Tout embarquement ou débarquement et tout transbordement de passagers et de marchandises sont interdits pendant le parcours du Canal de Suez à Port-Saïd inclusivement.

6. Les navires transitant en quarantaine devront effectuer le parcours de Suez à Port-Saïd sans garages.

En cas d'échouage ou de garage indispensable, les opérations nécessaires seront exécutées par le personnel du bord, en évitant toute communication avec le personnel de la compagnie du Canal de Suez.

Les transports de troupes transitant en quarantaine seront tenus de traverser le Canal seulement de jour.

S'ils doivent séjourner de nuit dans le Canal, ils prendront leur mouillage au lac Timsah.

7. Le stationnement des navires transitant en quarantaine est interdit dans le port de Port-Saïd.

Les opérations de ravitaillement devront être pratiquées avec les moyens du bord.

Ceux des chargeurs ou toute autre personne qui seront montés à bord, seront isolés sur le ponton quarantenaire.

Leurs vêtements y subiront la désinfection réglementaire.

8. Lorsqu'il sera indispensable, pour des navires transitant en quarantaine, de prendre du charbon à Port-Saïd, ils devront exécuter cette opération hors du port, entre les jetées.

9. Les pilotes, les électriciens, les agents de la Compagnie, les Gardes Sanitaires seront débarqués à Port-Saïd, hors du port, entre les jetées, et de là conduits directement au ponton de quarantaine, où leurs vêtements subiront une désinfection complète.

Annexe 2.

Ressources Financières destinées à subvenir aux Frais du Nouveau Régime Sanitaire.

Les dépenses provenant de l'application du nouveau régime sanitaire seront réparties ainsi qu'il suit:—

Dépenses Extraordinaires.

Le Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire d'Égypte déterminera, d'accord avec le Gouvernement Égyptien, les sommes exigées pour la construction de l'hôpital aux Sources de Moïse et l'établissement de désinfection. Il étudiera et indiquera les plans d'après lesquels ces constructions seront établies. || Ces sommes pourront être prélevées: (a) soit sur l'excédant des recettes de l'Administration des Phares, ou sur toute autre source budgétaire qu'ils croiraient préférable; (b) soit au moyen d'un emprunt contracté par le Conseil, emprunt dont il arrêterait les conditions d'émission et amortissement.

Dépenses Budgétaires.

On y pourvoira:—

1. Par le rétablissement du droit commun pour les navires postaux qui jusqu'ici ont été exemptés de toute taxe sanitaire;

2. Par une taxe perçue sur les passagers, à l'exclusion des militaires et des pèlerins, ou par une taxe perçue sur le tonnage des navires venant par la Mer Rouge.

Annexe 3.

Composition, Attributions et Fonctionnement du Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire d'Égypte (Décret, Arrêté, Règlement Général).

Modifications apportées au Décret Khédivial du 3 Janvier, 1881.

Article 1er. Le Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire est chargé d'arrêter les mesures à prendre pour prévenir l'introduction en Égypte, ou la traansmission à l'étranger des maladies épidémiques et des épizooties.

Article 2. Le nombre des Délégués Égyptiens sera réduit à quatre membres:—

1. Le Président du Conseil nommé par le Gouvernement Égyptien, et qui ne votera qu'en cas de partage des voix;

2. Un docteur en médecine Européen, Inspecteur-Général du Service Sanitaire, Maritime et Quarantenaire;

3. L'Inspecteur Sanitaire de la ville d'Alexandrie, ou celui qui remplit ses fonctions;

4. L'Inspecteur Vétérinaire de l'Administration des Services Sanitaires et de l'Hygiène Publique.

Tous les Délégués doivent être médecins régulièrement diplômés, soit par

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

une Faculté de Médecine Européenne soit par l'État, ou être fonctionnaires effectifs de carrière du grade de Vice-Consul aumoins, ou d'un grade équivalent. Cette disposition ne s'applique pas aux titulaires actuellement en fonctions.

Article 4. En ce qui concerne l'Égypte, le Conseil Sanitaire, Maritime, et Quarantenaire recevra, chaque semaine, du Conseil de Santé et d'Hygiène Publique les bulletins sanitaires des villes du Caire et d'Alexandrie et chaque mois les bulletins sanitaires des provinces. Ces bulletins devront être dransmis à des intervalles plus rapprochés, lorsque, à raison de circonstances spéciales, le Conseil Sanitaire, Maritime, et Quarantenaire en fera la demande. || De son côté, le Conseil Sanitaire, Maritime, et Quarantenaire communiquera au Conseil de Santé et d'Hygiène Publique les décisions qu'il aura prises et les renseignements qu'il aura reçus de l'étranger. || Les Gouvernements adressent au Conseil, s'ils le jugent à propos, le bulletin sanitaire de leur pays, et lui signalent dès leur apparition les épidémies et les épizooties.

Article 13. L'Inspecteur Sanitaire, les Directeurs des offices Sanitaires, les médecins des stations Sanitaires et campements quarantenaires doivent être choisis parmi les médecins régulièrement diplômés soit par une Faculté de Médecine Européenne, soit par l'État. || Le Délégué du Conseil à Djeddah pourra être médecin diplômé du Caire.

Article 14. Pour toutes les fonctions et emplois relevant du Service Sanitaire, Maritime et Quarantenaire, le Conseil, par l'entremise de son Président, désigne ses candidats au Ministre de l'Intérieur, qui seul aura le droit de les nommer.

Il sera procédé de même pour les révocations, mutations et avancements.

Toutefois, le Président aura la nomination directe de tous les agents subalternes, hommes de peine, gens de service &c. La nomination des Gardes de Santé est réservée au Conseil.

Article 15. Les Directeurs des Offices Sanitaires sont au nombre de sept, ayant leur résidence à Alexandrie, Damiette, Port-Saïd, Suez, Tor, Souakim, et Kosseir.

L'Office Sanitaire de Tor pourra ne fonctionner que pendant la durée du pèlerinage ou en temps d'épidémie.

Article 17. Le Chef de l'Agence Sanitaire de El-Arich a les mêmes attributions que celles confiées aux Directeurs par l'Article qui précède.

Article 21. Un Comité de Discipline composé du Président, de l'Inspecteur-Général du Service Sanitaire, Maritime et Quarantenaire, et de trois Délégués élus par le Conseil est chargé d'examiner les plaintes portées contre les agents relevant du Service Sanitaire, Maritime et Quarantenaire.

Il dresse sur chaque affaire un Rapport et le soumet à l'appréciation du Conseil réuni en assemblée générale. Les Délégués seront renouvelés tous les ans. Ils sont rééligibles.

La décision du Conseil est, par les soins de son Président, soumise à la sanction du Ministre de l'Intérieur.

Le Comité de Discipline peut infliger, sans consulter le Conseil: (1) le blâme, (2) la suspension du traitement jusqu'à un mois.

Article 24. Le Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire dispose de ses finances.

L'administration des recettes et des dépenses est confiée à un Comité composé du Président, de l'Inspecteur-Général du Service Sanitaire, Maritime et Quarantenaire et de trois Délégués des Puissances élus par le Conseil. Il prend le titre de Comité des Finances. Les trois Délégués des Puissances sont renouvelés tous les ans. Ils sont rééligibles. || Ce Comité fixe, sauf ratification par le Conseil, le traitement des employés de tout grade; il décide les dépenses fixes et les dépenses imprévues. Tous les trois mois, dans une séance spéciale, il fait au Conseil un Rapport détaillé de sa gestion. Dans les trois mois qui suivront l'expiration de l'année budgétaire, le Conseil, sur la proposition du Comité, arrête le bilan définitif et le transmet, par l'entremise de son Président, au Ministre de l'Intérieur. || Le Conseil prépare le budget de ses recettes, et celui de ses dépenses. Ce budget sera arrêté par le Conseil des Ministres, en même temps que le Budget Général de l'État, à titre de Budget Annexe. Dans le cas où le chiffre des dépenses excéderait le chiffre des recettes, le déficit sera comblé par les ressources générales de l'État. Toutefois, le Conseil devra étudier sans retard les moyens d'équilibrer les recettes et les dépenses. Ses propositions seront, par les soins du Président, transmises au Ministre de l'Intérieur. L'excédant des recettes, s'il en existe, restera à la Caisse du Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire; il sera, après décision du Conseil Sanitaire, ratifié par le Conseil des Ministres, affecté exclusivement à la création d'un fonds de réserve destiné à faire face aux besoins imprévus.

Article 25. Le Président est tenu d'ordonner que le vote aura lieu au scrutin secret, toutes les fois que trois membres du Conseil en font demande. Le vote au scrutin secret est obligatoire toutes les fois qu'il s'agit du choix des Délégués des Puissances pour faire partie du Comité de Discipline ou du Comité des Finances, et lorsqu'il s'agit de nomination, révocation, mutation, ou avancement dans le personnel.

L'Article 27 est supprimé.

Modifications apportées à l'Arrêté Ministériel du 9 Janvier, 1881.

Article 3. Le Secrétaire du Conseil rédige les procès-verbaux des séances. Ces procès-verbaux doivent être présentés à la signature de tous les membres qui assistaient à la séance.

Ils sont intégralement copiés sur un registre qui est conservé dans les archives concurremment avec les originaux des procès-verbaux. || Une copie provisoire des procès-verbaux sera délivrée à tout membre du Conseil qui en fera la demande. || Article 4. Une Commission Permanente composée du Président, de l'Inspecteur-Général du Service Sanitaire, Maritime et Quarantenaire, et de

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

deux Délégués des Puissances élus par le Conseil, est chargée de prendre les décisions et mesures urgentes. || Le Délégué de la nation intéressée est toujours convoqué. Il a droit de vote. || Le Président ne vote qu'en cas de partage. || Les décisions sont immédiatement communiquées par lettres à tous les membres du Conseil. || Cette Commission sera renouvelée tous les trois mois. || Article 5. Le Président, ou en son absence l'Inspecteur-Général du Service Sanitaire, Maritime et Quarantenaire, dirige les délibérations du Conseil. Il ne vote qu'en cas de partage. || Le Président a la direction générale du service. Il est chargé de faire exécuter les décisions du Conseil. || Article 12. Les Directeurs des offices de Santé sont, au point de vue du traitement, divisés en deux classes: || Les offices de première classe, qui sont au nombre de quatre: || Alexandrie, Port-Saïd, bassin de Suez et campement aux Sources de Moïse, et Tor. || Les offices de deuxième classe, qui sont au nombre de trois: || Damiette, Souakim, et Kosseir. || Article 14. Il y a une seule agence Sanitaire à El-Arich. || Article 16. Les postes Sanitaires sont au nombre de six, énumérés ci-après: || Postes du Port-Neuf, d'Aboukir, Broullos, et Rosette, relevant de l'office d'Alexandrie. || Postes de Kantara et du port intérieur d'Ismaïlia, relevant de l'office de Port Saïd. || Le Conseil pourra, suivant les nécessités du Service et suivant ses ressources, créer de nouveaux postes Sanitaires.

Modifications apportées au Règlement Général de Police Sanitaire, Maritime et Quarantenaire.

Article 2. La constitution du Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire est réglée par le Décret Organique en date du 3 Janvier, 1881, et par le Décret du . . . . . Ses attributions générales sont définies par l'Arrêté Ministériel joint au Décret sus-visé et par le présent Règlement Général.

Article 16. La patente de santé est nette ou brute. Elle est nette quand elle constate l'absence de toute maladie pestilentielle dans le pays ou dans les pays d'où vient le navire; elle est brute quand la présence d'une maladie de cette nature y est signalée.

Article 28. La reconnaissance doit être opérée sans délai, de manière à occasionner le moins de retard possible aux navires. Elle est pratiquée aussi bien la nuit que le jour.

Article 29. Les navires sont admis immédiatement à la libre pratique après la reconnaissance ou l'arraisonnement, sauf le cas où ils entrent dans les catégories des navires suspects ou infectés.

Article 30. Tout navire suspect ou infecté est passible, à son arrivée, de mesures préventives. Dans le cas où le choléra serait signalé du côté de la Méditerranée, le Conseil arrête l'application des mesures à prendre pour les navires suspects ou infectés se présentant pour transiter le Canal.

Ces mesures seront conformes aux dispositions en vigueur à Suez.

Les Articles 31, 32, 33, 34, et 35 sont supprimés.

Article 31 (ex 36). Tout navire suspect ou infecté doit être tenu à l'écart dans un mouillage déterminé et surveillé par un nombre suffissant de Gardes de Santé.

Article 32 (ex 37). Si, pendant la durée de l'isolement des personnes débarquées, un nouveau cas douteux ou confirmé de choléra se produit parmi les personnes isolées, la durée de l'isolement recommence pour le groupe de personnes restées en communication avec la personne atteinte.

Article 35 (ex 40). Un paquebot étranger, à destination étrangère, qui se présente à l'état suspect ou infecté dans un port à station Sanitaire pour y faire quarantaine, peut, s'il doit en résulter un danger pour les autres quarantenaires, ne pas être admis à débarquer ses passagers à la station Sanitaire et être invité à continuer sa route pour sa plus prochaine destination, après avoir reçu tous les secours nécessaires.

S'il y a des cas de maladie pestilentielle à bord, les malades seront, autant que faire se pourra, débarqués à l'infirmerie de la station Sanitaire.

Article 36 (ex 41). Les navires chargés d'émigrants, de pèlerins et en général tous les navires jugés dangereux par une agglomération d'hommes dans de mauvaises conditions hygiéniques, peuvent, en tout temps, être l'objet de précautions spéciales que détermine l'autorité Sanitaire du port d'arrivée (voir Règlement sur le pèlerinage).

Titre IX. — Des Mesures de Désinfection.

(Voir les instructions contre le choléra émises par la Commission Technique et approuvées par la Conférence.)

Titre X. — Des Stations Sanitaires.

Nota. — Les mots "station Sanitaire" remplaceront partout le mot "lazaret."

Article 39 (ex 55). Les stations Sanitaires de premier ordre sont celles dont lesquelles, en règle générale, doivent être accomplies toutes les mesures préventives.

Article 42 (ex 58). Les stations Sanitaires de premier ordre doivent être pourvues de chambres et locaux, ainsi que de l'outillage nécessaire pour la désinfection.

Article 44 (ex 60). Les stations Sanitaires de second ordre sont des établissements restreints, permanents ou temporaires, destinés, en cas d'urgence, à recevoir un petit nombre de malades atteints d'une des affections réputées importables.

Article 45 (ex 61). Quand le nombre des places disponibles est insuffisant dans une station Sanitaire quelconque pour recevoir à la fois toutes les personnes qui doivent être isolées, le navire sur lequel sont les personnes en

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

excédant est invité à se rendre à la station Sanitaire la plus proche, à moins qu'il ne préfère attendre que les occupants aient achevé leur isolement.

Article 46 (ex 62). Les endroits réservés à la quarantaine des navires, les stations Sanitaires destinées à celle des passagers, et les établissements d'isolement et de désinfection sont placés sous l'autorité immédiate du Service Sanitaire, Maritime et Quarantenaire.

Article 52 (ex 68). Pour le militaires, les marins, ainsi que pour les indigents, les frais de séjour à la station Sanitaire incombent à l'autorité dont ils relèvent.

Article 59 (ex 75). La police Sanitaire, Maritime et Quarantenaire du littoral Egyptien de la Mediterranée et de la Mer Rouge, aussi bien que sur les frontières de terre du côté du Désert, est exercée par des agents relevant du Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire d'Alexandrie.

Les attributions de ces agents sont définies par Arrêté Ministériel.

Annexe 4.

Règlements Sanitaires Spéciaux.

Règlement contre le choléra.

Article 1er. Navires Indemnes. — Tout navire indemne, quelle que soit la nature de sa patente, qui n'a pas eu à bord, au moment du départ ou pendant la traversée, des cas de choléra, est admis immédiatement à la libre pratique aprés visite médicale favorable. Dans aucun cas cette disposition ne peut être appliquée à un navire porteur de pèlerins.

Article 2. Navires Suspects. — C'est-à-dire ayant eu des cas de choléra au moment du départ ou pendant la traversée, mais aucun cas nouveau depuis 7 jours. Ces navires seront traités d'une façon différente suivant qu'ils ont ou n'ont pas à bord un médecin et un appareil à désinfection (étuve).

(a.) Les navires ayant un médecin et un appareil de désinfection (étuve) remplissant les conditions voulues, seront admis à passer le Canal de Suez en quarantaine dans les conditions du Règlement pour le transit.

(b.) Les autres navires suspects n'ayant ni le médecin ni l'appareil de désinfection (étuve) seront, avant d'être admis à transiter en quarantaine, retenus aux Sources de Moïse, pendant le temps nécessaire pour opérer la désinfection du linge sale, du linge de corps et autres objets susceptibles, et s'assurer de l'état sanitaire du navire.

S'il s'agit d'un navire postal, ou d'un paquebot spécialement affecté au transport des voyageurs, sans appareil de désinfection (étuve), mais ayant un médicin à bord; si l'autorité locale a l'assurance, par une constatation officielle, que les mesures d'assainissement et de désinfection ont été convenablement pratiquées, soit au point du départ, soit pendant la traversée, le passage en quarantaine sera accordé.

S'il s'agit de navires postaux ou de paquebots spécialement affectés au

transport des voyageurs, sans l'appareil de désinfection (étuve), mais ayant un médecin à bord; si le dernier cas de choléra remonte à plus de 14 jours et si l'état du navire est satisfaisant, la libre pratique pourra être donnée à Suez, lorsque les opérations de désinfection seront terminées.

Pour les bateaux ayant un trajet de moins de 14 jours, les passagers à destination de l'Égypte seront débarqués aux Sources de Moïse et isolés pendant 24 heures, et leur linge sale et leurs effets à usage désinfectés. Ils recevront alors la libre pratique.

Les bateaux ayant un trajet de moins de 14 jours et demandant à obtenir la libre pratique en Égypte sont également retenus pendant 24 heures aux Sources de Moïse.

Lorsque le choléra se montrera exclusivement dans l'équipage, la désinfection ne portera que sur le linge sale de l'équipage, mais sur tout le linge sale de l'équipage, et s'étendra aux postes d'habitation de l'équipage.

Article 3. Navires Infectés. C'est-à-dire ayant du choléra à bord ou ayant présenté des cas nouveaux de choléra depuis 7 jours. Ils se divisent en navires sans médecin et sans appareil de désinfection (étuve) et navires avec médecin et appareil de désinfection (étuve).

(a.) Les navires sans médecin et sans appareil de désinfection (étuve) seront arrêtés aux Sources de Moïse, les personnes atteintes de choléra ou de diarrhée cholériforme débarquées et isolées dans un hôpital. La désinfection sera pratiquée d'une façon complète. Les autres passagers seront débarqués et isolés par groupes aussi peu nombreux que possible, de manière que l'ensemble ne soit pas solidaire d'un groupe particulier, si le choléra venait à se développer. Le linge sale, les objets à usage, les vêtements de l'équipage et des passagers seront désinfectés, ainsi que le navire.

Il est bien entendu qu'il ne s'agit pas du déchargement des marchandises, mais seulement de la désinfection de la partie du navire qui a été infectée.

Les passagers resteront 5 jours à l'établissement des Sources de Moïse. Lorsque les cas de choléra remonteront à plusieurs jours, la durée de l'isolement sera diminuée. Cette durée variera selon l'époque de l'apparition du dernier cas. || Ainsi, lorsque le dernier cas se sera produit depuis sept jours la durée de l'observation sera de quarante huit heures; s'il s'est produit depuis six jours l'observation sera de trois jours; s'il s'est produit depuis cinq jours l'observation sera de quatre jours; s'il s'est produit depuis moins de cinq jours l'observation sera de cinq jours.

(b.) Navires avec Médecin et Appareil de Désinfection (Étuve)—Les navires avec médecins et étuves seront arrêtés aux Sources de Moïse. || Le médecin du bord déclarera sous serment quelles sont les personnes à bord atteintes de cholera ou de diarrhée cholériforme. Ces malades seront débarqués et isolés. || Après le débarquement de ces malades, le linge sale du reste des passagers et de l'équipage subira la désinfection à bord. || Lorsque le choléra se sera montré exclusivement dans l'équipage, la désinfection du linge ne

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

portera que sur le linge sale de l'équipage et le linge des postes de l'équipage. || Le médecin du bord indiquera aussi, sous serment, la partie ou le compartiment du navire et la section de l'hôpital dans lesquels le ou les malades auront été transportés. Il déclarera également, sous serment, quelles sont les personnes qui ont été en rapport avec le cholérique depuis la première manifestation de la maladie, soit par des contacts directs, soit par des contacts avec des objets capables de transmettre l'infection. Ces personnes seulement seront considérées comme "suspectes." || La partie ou le compartiment du navire et la section de l'hôpital dans lesquels le ou les malades auront été transportés seront complètement désinfectés. On entend par "partie du navire" la cabine du malade, les cabines attenantes, le couloir de ces cabines, le pont, les parties du pont sur lesquels le ou les malades auraient séjourné. || S'il est impossible de désinfecter la partie ou le compartiment du navire qui a été occupé par les personnes atteintes du choléra ou de diarrhée cholériforme sans débarquer les personnes déclarées suspectes, ces personnes seront ou placées sur un autre navire spécialement affecté à cet usage, ou débarquées et logées dans l'établissement Sanitaire, prévu dans l'Annexe 1 de la Convention sous le titre: "Organisation de la Surveillance et de la Désinfection à Suez et aux Sources de Moïse," sans contact avec les malades, lesquels seront placés dans l'hôpital. || La durée de ce séjour sur le navire ou à terre pour la désinfection sera aussi courte que possible et n'excédera pas vingt-quatre heures. || Ces suspects subiront une observation, soit sur leur bâtiment, soit sur le navire affecté à cet usage; la durée de cette observation variera selon le Tableau suivant:—

Lorsque le dernier cas de choléra se sera produit dans le cours du septième, du sixième, ou du cinquième jour avant l'arrivée à Suez	L'observation sera de 24 à 48 heures.
S'il s'est produit dans le cours du quatrième jour avant l'arrivée à Suez	L'observation sera de 2 à 3 jours.
S'il s'est produit dans le cours du troisième jour avant l'arrivée à Suez	L'observation sera de 3 à 4 jours.
S'il s'est produit dans le cours du deuxième jour avant l'arrivée à Suez	L'observation sera de 4 à 5 jours.
S'il s'est produit un jour avant l'arrivée à Suez .	L'observation sera de 5 jours.

Le temps pris par les opérations de désinfection est compris dans la durée de l'observation. || Le passage en quarantaine pourra être accordé avant l'expiration des délais indiqués dans le Tableau ci-dessus si l'autorité Sanitaire le juge possible; il sera en tout cas accordé, lorsque la désinfection aura été accomplie, si le navire abandonne, outre ses malades, les personnes indiquées ci-dessus comme "suspectes." || Une étuve placée sur un ponton pourra venir accoster le navire pour rendre plus rapides les opérations de désinfection. || Les navires infectés demandant à obtenir la libre pratique en Égypte, seront retenus 5 jours aux Sources de Moïse, à compter du dernier cas survenu à bord. || Article 4. Passagers. — Les différents groupes de personnes admises à la station

Sanitaire sont séparées les unes des autres suivant la date de l'arrivée et l'état sanitaire de chaque groupe. Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30 Jan. 1892.

Les personnes atteintes de choléra ou de diarrhée cholériforme sont strictement séparées des autres personnes et reçoivent les soins médicaux que réclame leur état. || Les convalescents de choléra, quel que soit le nombre des jours qu'ils aient passés à la station Sanitaire, ne reçoivent libre pratique que sur la déclaration du médecin de la dite station constatant l'absence de danger à l'accorder. || Les individus morts de choléra seront inhumés dans le cimetière affecté à la station Sanitaire ou, à défaut de cimetière, dans un endroit isolé et avec toutes les précautions requises. La fosse devra être de 2. mètres de profondeur. || Les appartements occupés par les cholériques dans les stations Sanitaires seront, après leur évacuation, désinfectés avec le plus grand soin. || Article 5. Désinfection. — 1. Les hardes, vieux chiffons, pansements infectés, les papiers et autres objets sans valeur seront détruits par le feu. || 2. Les linges, objets de literie, vêtements, matelas, tapis, papiers de valeur, &c., contaminés ou suspects seront désinfectés dans des étuves à vapeur sous pression. || Pour être considérées comme instruments de désinfection efficaces, ces étuves doivent être soumises à des épreuves démontrant, à l'aide du thermomètre à maxima, que la température réelle obtenue au sein d'un matelas s'élève à 105 ou 110 degrés centigrades, température qui dépasse légèrement celle qui est nécessaire pour tuer les microorganismes pathogènes connus. || Pour être certain de l'efficacité de l'opération, cette température doit être maintenue réelle pendant 10 ou 15 minutes.

3. Solutions désinfectantes:—

(a.) Solution de sublimé à 1 pour 1,000, additionnée de 5 grammes d'acide chlorhydrique.

Cette solution sera colorée avec la fuchsine ou l'éosine. Elle ne sera pas mise dans des vases métalliques;

(b.) Solution d'acide phénique pur cristallisé à 5 pour cent;

(c.) Le lait de chaux fraîchement préparé*.

4. Recommandations spéciales à observer dans l'emploi des solutions désinfectantes. || On plongera dans la solution de sublimé les linges, vêtements, objets souillés par les déjections des malades. || On lavera avec la solution de sublimé les objets qui ne peuvent supporter sans détérioration la température de l'étuve (100 degrés c.), les objets en cuir, les tables, les parquets, &c. || Les personnes qui donneront des soins aux malades se laveront les mains et le

* Pour avoir du lait de chaux très actif, on prend de la chaux de bonne qualité, on la fait se déliter, en l'arrosant petit à petit avec la moitié de son poids d'eau. Quand la délitescence est effectuée, on met la poudre dans un récipient soigneusement bouché et placé dans un endroit sec. Comme un kilogramme de chaux qui absorbe 500 gr. d'eau pour se déliter, a acquis un volume de 2 lit. 200, il suffit de la délayer dans le double de son volume d'eau, soit 4 kilog. 400 gr., pour avoir un lait de chaux qui soit environ à 20 pour 100.

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

visage avec la solution de sublimé à 1 pour 2,000. || L'acide phénique servira pour désinfecter les objets qui ne supportent ni la température de 100 degrés cent., ni le contact du sublimé, tel que les métaux, les instruments, &c. || Le lait de chaux est spécialement recommandé pour la désinfection des déjections des cholériques, vomissements, évacuations alvines. A son défaut, on pourra employer l'acide phénique.

5. Désinfection des bateaux occupés par les cholériques:

On videra la ou les cabines, et toutes les parties du bâtiment occupées par des cholériques ou des suspects; on soumettra tous les objets aux prescriptions précédentes.

On désinfectera les parois à l'aide de la solution de sublimé additionné de 10 % d'alcool. La pulvérisation se fera en commençant par la partie supérieure de la paroi suivant une ligne horizontale; on descendra successivement, de telle sorte que toute la surface soit couverte d'une couche de liquide en fines goutelettes. || Les planchers seront lavés avec la même solution. || Deux heures après, on frottera et on lavera les parois et le plancher à grande eau.

6. Désinfection de la cale d'un navire infecté:

Pour désinfecter la cale d'un navire on injectera d'abord, afin de neutraliser l'hydrogène sulfuré, une quantité suffisante de sulfate de fer, on videra l'eau de la cale, on la lavera à l'eau de mer; puis on injectera une certaine quantité de la solution de sublimé.

L'eau de cale ne sera pas déversée dans un port.

Article 6. En ce qui concerne les peaux vertes, débris d'animaux, drilles, chiffons, le Conseil déterminera le traitement spécial qui leur sera appliqué en se conformant aux instructions émises par le Comité Technique et acceptées par la Conférence.

L'Article 9 est supprimé.

Institution d'un Corps de Gardes Sanitaires pour le Service de Transit en Quarantaine.

1. Il est créé un corps de Gardes Sanitaires chargés d'assurer la surveillance et l'exécution des mesures de prophylaxie appliquées dans le Canal et à l'établissement des Sources de Moïse.

Ce corps comprend dix Gardes.

2. Il est recruté parmi les anciens sous-officiers des armées et marines Européennes et Égyptiennes.

3. Les Gardes sont divisés en deux classes—

La première classe comprend 4 Gardes;

La deuxième comprend 6 Gardes.

4. La solde annuelle allouée à ces employés est pour—

La première classe de £ Eg. 160 à £ Eg. 200;

La deuxième classe de £ Eg. 120 à £ Eg. 160;

Avec augmentation annuelle progressive jusqu'à ce que le maximum soit atteint.

5. Ils sont placés sous les ordres immédiats du Directeur de l'office de Suez. Nr. 10361. Conferenz Staaten. 30. Jan. 1892.

6. Ils devront être initiés à toutes les pratiques et à toutes les opérations de désinfection usitées, connaître la manipulation des instruments et des substances employés à cet effet.

7. Ils sont nommés, après que leur compétence aura été constatée par le Conseil, dans les formes prévues à l'Article 14 du Décret Khédivial de 1881 revisé.

8. Ils sont investis du caractère d'agents de la force publique, avec droit de réquisition en cas d'infraction aux Règlements Sanitaires.

Le Règlement contre la peste, le Règlement contre la fièvre jaune, ainsi que le Règlement Quarantenaire applicable aux animaux seront remaniés par le Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire d'Égypte renouvelé.

Règlement pour le Transit.

(Voir plus haut: Dispositions pour le passage du Canal en quarantaine.)

Règlement applicable aux Provenances des Ports Arabiques de la Mer Rouge, à l'Epoque du Retour du Pèlerinage.

Article 1er. Tout navire provenant d'un port du Hedjaz ou de tout autre port de la côte Arabique de la Mer Rouge, muni de patente brute de choléra, ayant à bord des pèlerins ou masses analogues, à destination de Suez ou d'un port de la Méditerranée, est tenu de se rendre à El-Tor pour y subir la quarantaine réglementaire. || Il y sera procédé au débarquement des passagers, bagages et marchandises susceptibles et à leur désinfection, ainsi qu'à celle des effets à usage et du navire.

Article 2. La durée de la quarantaine à El-Tor pour les pèlerins, désignée sous le précédent Article, est de 15 jours pleins à compter du jour du dernier cas de choléra constaté dans la section quarantenaire, pourvu qu'il n'y ait pas eu d'infractions aux prescriptions indiquées pour l'isolement. || Dans les cas où un accident cholérique se manifesterait dans une des sections, les pèlerins qu'elle renferme subiront une quarantaine de 15 jours. || Les navires qui remporteront les pèlerins ne traverseront le Canal qu'en quarantaine. || Les pèlerins Égyptiens, après avoir quitté El-Tor, devront débarquer à Ras Mallap ou tout autre endroit désigné par le Conseil d'Alexandrie, pour y subir l'observation quarantenaire de 3 jours et une visite médicale, avant d'être admis en libre pratique. || Dans le cas, où, pendant la traversée de El-Tor à Suez, ces navires auraient eu un cas suspect à bord, ils seront repoussés à El-Tor.

Article 3. Les agents des Compagnies de Navigation et les capitaines sont prévenus qu'après avoir fini leur quarantaine à la station Sanitaire de El-Tor et à Ras Mallap, les pèlerins Égyptiens seront seuls autorisés à quitter définitivement le navire pour rentrer ensuite dans leurs foyers. Ne seront reconnus comme Égyptiens ou résidant en Égypte que les pélerins porteurs d'une carte de résidence émanant d'une autorité Égyptienne, et conforme au modèle établi. Des modèles de cette carte seront déposés auprès des autorités

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 20. Jan. 1892.

Consulaires et Sanitaires de Djeddah et de Jambo, où MM. les Agents et capitaines de navire pourront les examiner. || Les pèlerins non Égyptiens, tels que les Turcs, les Russes, les Persans, les Tunisiens, les Algériens, les Marocains, &c., ne pourront, après avoir quitté El-Tor, être débarqués dans un port Égyptien. || En conséquence, les agents de navigation et les capitaines sont prévenus que le transbordement des pèlerins étrangers à l'Égypte, soit à Tor, soit à Suez, à Port-Saïd ou à Alexandrie, est interdit. || Les bateaux qui auraient à leur bord des pèlerins appartenant aux nationalités dénommées dans le paragraphe précédent suivront la condition de ces pèlerins et ne seront reçus dans aucun port Égyptien de la Méditerranée. || Article 4. Les navires avec patente brute de choléra provenant d'un port du Hedjaz ou de tout autre port de la côte Arabique de la Mer Rouge sans y avoir embarqué des pèlerins ou masses analogues et qui n'auront pas eu à bord, durant la traversée, d'accident suspect, sont placés dans la catégorie des navires ordinaires suspects. Ils seront soumis aux mesures préventives et au même traitement imposé à ces navires. S'ils sont à destination de l'Égypte, ils subiront une observation quarantenaire de 3 jours aux Sources de Moïse et ne seront admis à la libre pratique qu'après visite médicale favorable. || Il est entendu que, si ces navires, durant la traversée ont eu des accidents suspects, la quarantaine sera subie à El-Tor et sera de 15 jours. || Dans le cas, où un accident suspect se manifesterait à bord durant la traversée entre Tor et Suez, le navire sera renvoyé à Tor pour y subir la quarantaine prévue par le précédent paragraphe. || Les caravanes composées de pèlerins Égyptiens devront, avant de se rendre en Égypte, subir une quarantaine de rigueur de 15 jours à El-Tor; elles seront ensuite dirigées sur Ras Mallap pour y subir une observation quarantenaire de 5 jours, après laquelle elles ne seront admises en libre pratique qu'après visite médicale favorable et désinfection des effets. Les caravanes composées de pèlerins étrangers devant se rendre dans leurs foyers par la voie de terre seront soumises aux mêmes mesures que les caravanes Égyptiennes et devront être accompagnées par des Gardes Sanitaires jusqu'aux limites du Désert. || Les caravanes venant du Hedjaz par la route de Kaba ou de Moïla, seront soumises, à leur arrivée au Canal, à la visite médicale et à la désinfection du linge sale et des effets à usage.

Article 6.—1. Pendant tout le temps que durera le retour des pèlerins, les navires provenant du Hedjaz ou de tout autre port de la côte Arabique de la Mer Rouge, avec patente nette, ayant des pèlerins à bord, sont tenus de se rendre à El-Tor pour y subir une observation de trois à quatre jours après complet débarquement des pèlerins.

2. Les pèlerins seuls seront débarqués au campement quarantenaire.

3. Après avoir subi cette observation de 3 à 4 jours, les navires seront reçus à Suez en libre pratique, si la visite médicale est favorable.

4. Toutefois, les pèlerins Égyptiens ou résidant en Égypte, munis d'une carte de résidence, seront seuls autorisés à débarquer à Suez.

5. A l'égard des autres pèlerins de nationalité étrangère, on suivra la même règle qui a été etablie dans le paragraphe 3 de l'Article 3.

6. Le transbordement des pèlerins est strictement interdit dans tous les ports Égyptiens.

7. Les navires venant du Hedjaz ou d'un port de la côte Arabique de la Mer Rouge avec patente nette, n'ayant pas à bord des pèlerins ou masses analogues et qui n'auront pas eu d'accident suspect, durant la traversée, seront admis en libre pratique à Suez après visite médicale favorable.

Article 7. Les navires partant du Hedjaz avec patente nette et ayant à leur bord des pèlerins à destination d'un port de la côte Africaine de la Mer Rouge sont autorisés à se rendre à Souakim pour y subir l'observation de 3 à 4 jours avec débarquement des passagers au campement quarantenaire.

Article 8. Les caravanes et pèlerins arrivant par voie de terre seront soumis à la visite médicale et à la désinfection aux Sources de Moïse.

Relevé des Conclusions de la Commission Technique sur l'application du Règlement concernant les Pèlerinages.

La Commission Technique de la Conférence Sanitaire Internationale est d'avis que pour obtenir des résultats sur l'application du Règlement concernant les pèlerinages, il faudrait:

1. Que chaque navire à pèlerins ait à bord un médecin, régulièrement diplômé et une étuve à désinfection;

2. Que les pèlerins qui débarquent et ceux qui sont embarqués n'aient entre eux aucun contact, sur les points de débarquement;

3. Que les navires qui auront débarqué leurs pèlerins changent de mouillage pour les rembarquer;

4. Que les pèlerins débarqués soient répartis au campement en groupes aussi peu nombreux que possible;

5. Que, pendant la période du fonctionnement du campement d'El-Tor, il y ait un nombre plus grand de médecins qu'auparavant;

6. Que la direction de la station Sanitaire soit mise complètement dans les mains du Directeur-Médecin. Toutefois les Puissances intéressées désirant que leurs pèlerins soient soignés par un de leurs médecins nationaux, devront s'adresser au Conseil d'Alexandrie, qui pourra donner cette autorisation, à la condition que, dans tous les cas, ces médecins seront, à El-Tor, sous l'autorité du Directeur du Campement;

7. Que les Gardes Sanitaires soient en nombre suffisant et qu'ils soient payés de façon à ne pas céder aux tentatives de corruption;

8. Qu'il soit établi, sous les ordres du Directeur, un laboratoire de bactériologie, auquel sera attaché un médecin compétent, afin d'établir scientifiquement les cas de choléra et de bien déterminer le début, la marche et la fin d'une telle épidémie;

9. Que le nombre et la dimension des étuves à désinfection soient suffi-

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

sants pour que les opérations soient faites avec rapidité, en les portant au moins à trois de grand modèle;

10. Qu'un mécanicien se trouve toujours, pendant le pèlerinage, à El-Tor pour assurer le fonctionnement régulier des étuves sous les ordres du médecin;

11. Que les douches-lavage soient installées en nombre suffisant pour soumettre les pèlerins aux bains nécessaires pour assurer la complète désinfection des masses qui doivent passer à El-Tor;

12. Qu'il y ait, pendant le campement des pèlerins, une inspection rigoureuse de la qualité des denrées alimentaires et de l'eau, en se servant du personnel et des moyens du laboratoire de la station Sanitaire;

13. Que le tarif des prix des denrées alimentaires soit établi par le Conseil d'Alexandrie et affiché dans les campements;

14. Que l'eau fournie aux pèlerins soit distillée ou portée, avant d'être distribuée, à une température de 100 degrés c., et qu'aux diverses sections du campement l'eau soit gardée dans plusieurs réservoirs permettant de donner aux pèlerins une quantité suffisante d'eau de bonne qualité.

Les réservoirs doivent être fermés et servis par des robinets ou par une pompe;

15. Que les prescriptions pour les désinfections et les installations diverses nécessaires au fonctionnement de la station Sanitaire de Suez (voir le Règlement et les Instructions contre le Choléra et le programme pour l'installation Sanitaire près de Suez) soient appliquées en général au campement d'El-Tor.

Les fosses d'aisance feront l'objet spécial de la surveillance rigoureuse de l'autorité Sanitaire.

L'emplacement de ces fosses sera choisi de telle façon qu'elles n'exposent pas à la propagation de la maladie;

16. Qu'un fil télégraphique relie le campement d'El-Tor à la station Sanitaire de Suez.

Annexe 5.

Mesures de Préservation à prendre à bord des Navires au moment du Départ, pendant la Traversée, et à l'Arrivée à Suez.

Nota.—Le germe du choléra est contenu dans les voies digestives des malades; la transmission se fait surtout par les déjections et les matières de vomissements et, par conséquent, par les linges, les matelas et les mains souillées.

I.—Mesures à prendre au Point de Départ.

1. Le capitaine veillera à ne pas laisser embarquer les personnes suspectes d'être atteintes d'une affection cholériforme. Il refusera d'accepter à bord des linges, hardes, objets de literie et en général tous objets sales ou suspects.

Les objets de literie, vêtements, hardes, &c., ayant appartenu à des malades atteints de choléra ou d'une affection suspecte ne seront pas admis à bord.

2. Lorsque le navire doit transporter des émigrants, des troupes, il est désirable que l'embarquement ne se fasse qu'après que les personnes réunies en groupes ont été soumises, pendant 5 ou 6 jours, à une observation permettant de s'assurer qu'aucune d'elles n'est atteinte de choléra.

3. Avant l'embarquement, le navire sera mis dans un état de propreté parfaite; au besoin il sera désinfecté.

4. Il est indispensable que l'eau potable embarquée à bord soit prise à une source qui soit à l'abri de toute contamination possible.

L'eau n'expose à aucun danger si elle est distillée ou bouillie.

II. — Mesures à prendre pendant la Traversée.

1. Il est désirable que, dans chaque navire, un endroit spécial soit réservé pour isoler les personnes atteintes d'une affection contagieuse.

2. S'il n'en existe pas, la cabine ou tout autre endroit dans lequel une personne est atteinte de choléra sera mis en interdit.

Seules les personnes chargées de donner des soins au malade y pourront pénétrer.

Elles-mêmes seront isolées de tout contact avec les autres personnes.

3. Les objets de literie, les linges, les vêtements qui auront été en contact avec le malade seront immédiatement, et dans la chambre même du malade, plongés dans une solution désinfectante. Il en sera de même pour les vêtements des personnes qui lui donnent des soins et qui auraient été souillées.

Ceux de ces objets qui n'ont pas de valeur seront brûlés ou jetés en mer, si on n'est ni dans un port, ni dans le Canal. Les autres seront portés à l'étuve dans des sacs imperméables impregnés d'une solution de sublimé, de façon à éviter tout contact avec les objets environnants.

S'il n'y a pas d'étuve à bord, ces objets resteront plongés dans la solution désinfectante pendant deux heures.

4. Les déjections des malades (vomissements et matières fécales) seront reçues dans un vase, dans lequel on aura préalablement versé un verre d'une solution désinfectante indiquée ailleurs.

Ces déjections sont immédiatement jetées dans les cabinets. Ceux-ci sont rigoureusement désinfectés après chaque projection de matières cholériques.

5. Les locaux occupés par les malades seront rigoureusement désinfectés suivant les règles indiquées plus loin.

6. Les cadavres, préalablement enveloppés d'un suaire imprégné de sublime, seront jetés à la mer.

7. Toutes les opérations prophylactiques exécutées pendant le trajet du navire seront inscrites sur le journal du bord, qui sera présenté à l'autorité médicale à l'arrivée à Suez.

8. Ces règles sont expressément applicables à tout ce qui a été en contact avec les malades, quelles qu'aient été la gravité et l'issue de la maladie.

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

III. — Mesures à prendre lors de l'Arrivée du Navire à Suez.

1. Tous les bâtiments subiront une visite médicale avant d'entrer dans le Canal de Suez.

2. Cette visite sera faite par l'autorité Sanitaire de Suez.

3. Si le navire est infecté, les personnes atteintes du choléra ou d'accidents douteux seront débarquées et isolées dans un local spécial construit à proximité de Suez.

Seront considérés comme douteux les individus ayant eu des symptômes de choléra, notamment la diarrhée cholériforme.

4. Tous les objets contaminés et les objets suivants seront désinfectés avant l'entrée du navire dans le Canal de Suez, c'est-à-dire les habits, objets de literie, matelas, tapis et autres objets qui ont été en contact avec le malade, les vêtements de ceux qui lui ont donné des soins, les objets contenus dans la cabine du malade et dans les cabines attenantes, le couloir de ces cabines, le pont ou les parties du pont sur lesquelles le malade aurait séjourné.

Vivian.

Procès-Verbal.

Les Parties Contractantes ayant unanimement accepté que l'échange des ratifications de la Convention Sanitaire de Venise du 30 Janvier, 1892, se ferait moyennant le dépôt des instruments respectifs aux archives du Ministère des Affaires Étrangères d'Italie, le présent procès-verbal de dépôt a été, à cet effet, ouvert, au Ministère Royal des Affaires Étrangères, ce jourd'hui, 30 Juillet, 1892.

Les Parties Contractantes sont d'accord à considérer comme étant régulièrement prorogé jusqu'à la date de clôture du présent procès-verbal le délai que la Convention avait fixé au 31 Juillet, 1892, pour l'échange des ratifications.

Au sujet d'une phrase contenue au § 3 des "Dispositions concernant le Passage du Canal de Suez en quarantaine (Annexe I)," le Gouvernement des Pays-Bas a désiré voir figurer au présent procès-verbal la déclaration suivante, à savoir, que "selon la marche de la Conférence de Venise, les mots chaque Puissance édictera des dispositions pénales contre les bâtiments qui, abandonnant le parcours indiqué par le capitaine, aborderaient indûment un des ports du territoire de cette Puissance, ne sauraient être autrement interprétés que dans le sens que le Gouvernement de chaque Puissance prendra, dans les limites de sa législation, des mesures contre les bâtiments, ... &c."

Sur quoi, le dépôt des ratifications de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., &c., et Roi Apostolique de Hongrie, de Sa Majesté la Reine-Régente d'Espagne, de Sa Majesté le Roi d'Italie, de Sa Majesté la Reine-Régente des Pays-Bas, et de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège a été effectué ce même jour, 30 Juillet, 1892.

Ont été successivement présentées au dépôt:—

Le 31 Juillet, 1892, la ratification de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse;

Nr. 10361. Conferenz-Staaten. 30. Jan. 1892.

Le 2 Août, 1892, la ratification de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes;

Le 3 Août, 1892, les ratifications du Président de la République Française, et de Sa Majesté le Roi des Hellènes;

Le 4 Août, 1892, la ratification de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Également le 4 Août, 1892, la ratification de Sa Majesté le Roi des Belges;

Le 9 Août, 1892, la ratification de Sa Majesté le Roi de Danemark;

Le 13 Février, 1893, la ratification de Sa Majesté l'Empereur des Ottomans. Au moment de la déposer, l'Ambassadeur de Sa Majesté Impériale demande l'insertion, au présent procès-verbal, de la réserve suivante que les Puissances Contractantes ont toutes préalablement admise, à savoir, que "Sa Majesté Impériale le Sultan ratifie la Convention Sanitaire de Venise à la condition expresse que cet Acte ne porte aucune atteinte, tant aux Règlements et Instructions Sanitaires actuellement en vigueur dans l'Empire ou à adopter à l'avenir, qu'aux mesures que le Gouvernement Impérial Ottoman pourrait prendre en temps d'épidémie à la suite des Résolutions du Conseil Supérieur de Santé." || Une note du Ministre de Portugal auprès de la Cour Royale, en date du 31 Août, 1892, porte la déclaration que "le Gouvernement de Sa Majesté Très-Fidèle, sauf ultérieure ratification dépendant, selon la Constitution Portugaise, d'un Acte du Pouvoir Législatif, et en tant que son adhésion appartient au Pouvoir Exécutif, accepte définitivement l'Acte de la Conférence Internationale Sanitaire de Venise, aussi bien que les modifications y apportées par les récentes négociations de Paris," et qu'il "accepte également la proposition Néerlandaise concernant une phrase de l'Acte de Venise." A la suite de cette double déclaration, et le dépôt des autres ratifications étant maintenant complet, le présent procès-verbal a été, ce jourd'hui, 13 Février, 1893, provisoirement clos, avec réserve de le rouvrir ultérieurement pour le dépôt de la ratification de Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves. || L'exemplaire unique du présent procès-verbal reste aux archives du Ministère Royal des Affaires Étrangères, par les soins duquel une copie certifiée conforme à l'original en sera délivrée à chacune des Hautes Parties Contractantes.

Eperjesy, Chargé d'Affaires d'Autriche-Hongrie. || Le Comte de Benomar, Ambassadeur d'Espagne. || B. Brin, Ministre des Affaires Étrangères d'Italie. || Westemberg, Ministre des Pays-Bas. || H. Bohn, Consul de Suède et Norvège. || Comte Solms, Ambassadeur d'Allemagne. || Vivian, Ambassadeur d'Angleterre. || H. Marchand, Chargé d'Affaires de France. || M. A. Durutti, Chargé d'Affaires de Grèce. || A. Vlangali, Ambassadeur de Russie. || Baron Moncheur, Chargé d'Affaires de Belgique. || Knuth, Ministre de Danemark. || Mahmoud Nedim, Ambassadeur de Turquie.

Pour copie conforme à l'original existant aux archives du Ministère des Affaires Étrangères d'Italie.

Le Secrétaire Général, Malvano.

Rome, ce 14 Février, 1893.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

UNIVERSITY OF FLORIDA
3 1262 08553 3395
329.08
S77s
v.54